

ÜBERNATIONALE PARLAMENTARISCHE  
UND INTERPARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNGEN  
IN EUROPA DES 21. JAHRHUNDERTS  
Seminar des EZPWD

---

Warschau, 8./9. Mai 2006

KANZLEI DES SENATS

Bearbeitung:

EUROPAABTEILUNG

BÜRO FÜR INFORMATION UND DOKUMENTATION

Satz:

JACEK PIETRZAK

ISBN 978-83-60995-24-2

INFORMATIKBÜRO

ABTEILUNG FÜR AUSGABE UND VERVIELFÄLTIGUNG

Warschau, 2008.

## INHALT

---

Einführung – Genese des Seminars. . . . .	9
Eröffnung des Seminars . . . . .	17

### EINLEITENDES REFERAT

Kjell Torbiörn: <i>Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in Europa in Jahren 1945-2005: nach der Zeit des Kalten Krieges und Détente, in Jahren 1989-2005 und vor 1989.</i> . . . . .	27
--	----

### TAGUNG 1 ÜBERNATIONALE PARLAMENTARISCHE UND INTERPARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNGEN IN EUROPA DES 21. JAHRHUNDERTS: VORSCHLAG EINER SYSTEMATISIERUNG

Stanisław Puzyna: <i>Die Versammlungen, deren Teilnehmer die Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates und der OSZE sind: Beschreibung und ein Versucheiner Systematisierung</i> . . . . .	39
Leszek Kieniewicz: <i>Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in der EU als Instrumente der Außenpolitik der Mitgliedstaaten der EU und der Politik der internationalen Beziehungen der EU; Beschreibung und Versuch einer Systematisierung</i> . . . . .	53
Diskussion . . . . .	67

### TAGUNG 2 ÜBERNATIONALE PARLAMENTARISCHE UND INTERPARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNGEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION, DIE DIE POLITIKEN DER EU ÜBERPRÜFEN

Robert Grzeszczak: <i>Die Rolle der Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU in der gemeinschaftlichen und intergouvernementalen Dimension der EU.</i> . . . . .	92
Andreas Maurer: <i>Interparlamentarische, übernationale Versammlungen in der Europäischen Union, die die Politiken der EU in der gemeinschaftlichen Dimension überprüfen</i> . . . . .	106

### TAGUNG 3 ÜBERNATIONALE PARLAMENTARISCHE UND INTERPARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNGEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION, DIE DIE POLITIKEN DER EU ÜBERPRÜFEN

Michael Hilger: <i>Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in der Europäischen Union des 21. Jahrhunderts, die die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik überprüfen</i> . . . . .	124
Thomas Grunert: <i>Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in der Europäischen Union des 21. Jahrhunderts, die die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik überprüfen</i> . . . . .	133

## Inhalt

---

Kim van Dooren: <i>Interparlamentarische, übernationale Versammlungen in der Europäischen Union, die die Politik der EU im Bereich der Freiheit, der inneren Sicherheit und der Gerechtigkeit überprüfen.</i> . . . . .	141
Diskussion . . . . .	147
TAGUNG 4 ÜBERNATIONALE PARLAMENTARISCHE UND INTERPARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNGEN, DIE IM RAHMEN DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFTSPOLITIK UND DER ERWEITERUNGSPOLITIK GEBILDET WERDEN	
Maria Valeria Agostini: <i>Die parlamentarische Dimension der Nachbarschaftspolitik der EU im Mittelmeerraum</i> . . . . .	158
Darius Degutis: <i>Die parlamentarische Dimension der osteuropäischen und nördlichen Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union.</i> . . . . .	165
Diskussion . . . . .	170
TAGUNG 5 DIE ROLLE DER INTERPARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNGEN IN DER AUßENPOLITIK, SICHERHEITSPOLITIK UND POLITIK DER MENSCHENRECHTE IN EUROPA DES 21. JAHRHUNDERTS	
Spencer Oliver: <i>Die Rolle der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa</i> . . . . .	182
Kjell Torbiörn: <i>Die Rolle der Parlamentarischen Versammlung des Europarates</i> . . . . .	188
Artur Kucharski: <i>Die Rolle der Parlamentarischen Dimension der Zentraleuropäischen Initiative.</i> . . . . .	193
Andrzej Januszewski: <i>Die Rolle der Ostseeparlamentarierkonferenz</i> . . . . .	198
Natia Gaprindaszwili: <i>Die Rolle der Parlamentarischen Versammlung der Organisation der Schwarzmeerwirtschaftskooperation</i> . . . . .	203
Diskussion . . . . .	207
TAGUNG 6 ÜBERNATIONALE INTERPARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNGEN MIT DER TEILNAHME DER PARLAMENTE DER MITGLIEDSTAATEN DER EU UND DER PARLAMENTE DER AUßEREUROPÄISCHEN STAATEN DER TRANSATLANTISCHEN GEMEINSCHAFT UND DER PARLAMENTE DER STAATEN ASIENS, AFRIKAS UND SÜDAMERIKAS	
Paul Cook: <i>Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen unter Mitwirkung der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU sowie der Parlamente der außereuropäischen Staaten der transatlantischen Gemeinschaft</i> . . . . .	222
Mikołaj Karłowski: <i>Die Tätigkeit der Parlamentarischen Versammlung der NATO aus der Perspektive Polens</i> . . . . .	231
Guy Lindström: <i>Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen mit der Teilnahme der Parlamente aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Parlamente der Länder Asiens, Afrikas und Südamerikas</i> . . . . .	235
Diskussion . . . . .	240

## Inhalt

---

### TAGUNG 7 ÜBERNATIONALE PARLAMENTARISCHE UND INTERPARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNGEN IN EUROPA DES 21. JAHRHUNDERTS: ZUSAMMENFASSUNG DER DEBATTE

Morten Knudsen: <i>Zusammenfassung des Seminars: Kann man die interparlamentarische Zusammenarbeit rationalisieren? Wenn ja, was sollte man tun, um es zu erreichen?</i> . . .	258
Diskussion . . . . .	265
Schlussfolgerungen aus dem Seminar . . . . .	285
Bericht über die Teilnahme der Parlamente der europäischen Staaten an den interparlamentarischen Versammlungen, Konferenzen, Vereinigungen, Organisationen, Netzen, Unionen, Räten, Foren, Gemeinsamen Ausschüssen erfasst anhand der Antworten auf die Umfrage des EZPWD Nr. 456 vom September 2005 ...	295

### ERGÄNZENDE MATERIALIEN

M. V. Agostini: <i>Die parlamentarische Dimension der Nachbarschaftspolitik der EU im Mittelmeerraum</i> . . . . .	329
M. Hilger: <i>Die interparlamentarische Kontrolle der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik</i> . . . . .	341
D. Hobbs: <i>Die Parlamentarische Versammlung der NATO</i> . . . . .	354
J. Kurczewski: <i>Der Begriff der Rationalität in den modernen Sozialwissenschaften</i> . . . . .	367
J. Kurczewski: <i>Die Rationalität des internationalen Parlamentarismus</i> . . . . .	373
G. Lindström: <i>Übernationale und interparlamentarische Versammlungen</i> . . . . .	380
A. Nowak-Far: <i>Die Rationalisierung der internationalen Zusammenarbeit der Parlamente</i> . . . . .	388
Teilnehmerliste . . . . .	404

Einführung in das Programm  
des Seminars „Überationale  
parlamentarische und interparlamentari-  
sche Versammlungen in Europa  
des 21. Jahrhunderts“ unter  
dem Patronat vom Europäischen Zentrum  
für Parlamentarische Wissenschaft  
und Dokumentation (EZPWD)  
Warschau, am 8. und 9. Mai 2006

## Genese des Seminars

Am 18. und 19. Mai 2004 tagte in Straßburg, im Sitz des Europarates, die Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten (European Conference of Presidents of Parliaments). Die Parlamentspräsidenten und Generalsekretäre der Parlamente haben dort unter anderem über die Richtungen der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und den anderen europäischen parlamentarischen Versammlungen nachgedacht. Die Konferenz machte es deutlich, dass die Überprüfung und Systematisierung der bereits vorhandenen parlamentarischen und interparlamentarischen Versammlungen in Europa notwendig sind.

Am 3. Juni 2004 wurde das Thema der Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Staaten (Conference of Speakers of the EU Parliaments), die in Den Haag tagte, aufgenommen. Der Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer, Pier Ferdinando Casini, und der Präsident des deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, wiesen auf die Notwendigkeit einer Debatte hin, während der man sich einen „Überblick über die Entwicklung der Strukturen, Versammlungen und interparlamentarischen Institutionen auf der europäischen Ebene verschaffen und ihre Effizienz beurteilen könnte“. Der Bundestagspräsident Thierse wurde zum Berichterstatter dieses Themas erwählt und um das Erstellen eines Berichts für die nächste Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Staaten, die im Mai 2005 in Budapest stattfand, gebeten.

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Erstellung des Berichts vom Bundestagspräsidenten Thierse versandte der Generalsekretär des Bundestages, Wolfgang Zeh, im Dezember 2004 an die Parlamente der EU-Staaten einen Fragebogen, dessen Inhalt das Funktionieren von sechs interparlamentarischen Versammlungen betraf, und zwar: die Parlamentarische Versammlung des Europarates (ER PV), Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV), Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO PV), Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V), Interparlamentarische Union (IPU) und Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung (EMPA).

Früher, auf der alljährlichen Konferenz der Korrespondenten des EZPWD in Berlin am 15. Oktober 2004, schlug die Korrespondentin von der Kanzlei des polnischen Senats die Überprüfung durch das EZPWD der vorhandenen dauerhaften Formen der mehrseitigen Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Mitgliedstaaten des Europarates und vor allem der parlamentarischen Versammlungen, für die sich diese Parlamente engagieren, vor. In diesem Zusammenhang kam von ihr die Initiative, im Jahre 2006 ein Seminar in Warschau zu organisieren, das ermöglichen würde, eine solche Übersicht zu schaffen und sie zu systematisieren.

Am 4. März 2005 nahm der Exekutivausschuss des EZPWD in London das Seminar zum Thema der mehrseitigen parlamentarischen Zusammenarbeit in Europa im polnischen Senat in den Treffkalender des Zentrums im Jahre 2006 auf. Während des Treffens des Exekutivausschusses wurde daran erinnert, dass die Rollen des EZPWD das Sammeln und der Informationsaustausch sind und wurde vorgeschlagen, dass das EZPWD, im Zusammenhang mit dem Seminar im polnischen Senat, die vorhandenen dauerhaften Formen der mehrseitigen Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Mitgliedstaaten des Europarates überprüft.

Im Mai 2005 wurde der Vorschlag der Organisierung durch die Kanzlei des polnischen Senats, unter dem Patronat des EZPWD, eines Seminars zum Thema der mehrseitigen parlamentarischen Zusammenarbeit in Europa von der Direktion der Kanzlei akzeptiert.

Vom 6. bis 7. Mai 2005 tagte in Budapest die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Staaten, während der, gemäß den Bestimmungen aus den Haag, der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse die Ergebnisse der oben genannten Umfrage, die das Funktionieren von sechs interparlamentarischen Versammlungen (ER PV, OSZE PV, NATO PV, WEU V, IPU und EMPA) betraf, besprach. Er informierte darüber, dass die überwiegende Mehrheit der befragten Parlamente darauf hinwies, dass die genannten Versammlungen ihre Aufgaben auf befriedigende Art und Weise realisieren, jedoch drei Bereiche der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa Reformen benötigen, und zwar:

- a) die Zusammenarbeit zwischen den Parlamentarischen Versammlungen des ER und der OSZE,
- b) die Rolle der WEU und
- c) der Mittelmeerraum.

Die Konferenz entschied, dass die Diskussion zum Thema der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa in ihrem nächsten Treffen im Jahre 2006 in Kopenhagen fortgesetzt wird. Die nötigen Arbeitsunterlagen



und Thesen zu dieser Diskussion werden von der Arbeitsgruppe für die Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa vorbereitet. Es wurde bestimmt, dass diese Gruppe durch die dänische Konferenz-Präsidentschaft berufen wird.

Mitte Mai 2005 wurde zum ersten Mal die eventuelle Aufnahme des auf 2006 geplanten Warschauer Seminars zum Thema der mehrseitigen parlamentarischen Zusammenarbeit in Europa in den Arbeitsplan der Arbeitsgruppe für die Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa, die durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Staaten ins Leben gerufen wurde, diskutiert.

Ende Juni / Anfang Juli 2005 erhielten wir Information, dass:

- die nächste Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten vom 30. Mai bis 1. Juni 2006 in Tallin stattfinden wird;
- die nächste Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Staaten vom 29. Juni bis 2. Juli 2006 in Kopenhagen stattfindet.

Im August 2005 wurde sowohl der Termin des Seminars des EZPWD in Warschau auf den 8. und 9. Mai 2006 festgesetzt als auch sein Thema: „*Die transnationalen parlamentarischen und interparlamentarischen Versammlungen in Europa des 21. Jahrhunderts*“ präzisiert.

Am 2. September 2005 wurde an die Korrespondenten des EZPWD eine Bitte gerichtet, die die Nummer 456 erhielt, um folgende zwei Fragen zu beantworten:

- Welchen interparlamentarischen Versammlungen / Konferenzen / Vereinigungen / Organisationen / ... gehört zum gegenwärtigen Zeitpunkt (mit dem Status des Mitglieds, des assoziierten Mitglieds, des Beobachters,...) Ihr Parlament an?
- Welchen interparlamentarischen Versammlungen / Konferenzen / Vereinigungen / Organisationen / ... plant sich Ihr Parlament (mit dem Status des Mitglieds, des assoziierten Mitglieds, des Beobachters,...) in absehbarer Zukunft anzuschließen?

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind Antworten von 35 der insgesamt 58 Korrespondenten des EZPWD (von 23 Korrespondenten gab es keine Antwort) eingegangen. Sie wurden in ein einheitliches Verzeichnis eingetragen, zu dem jetzt ein Vorwort verfasst wird.

Anfang Oktober 2005 wurde ein vorläufiges Programm des Seminars des EZPWD in Warschau vorgeschlagen.

Am 12. Oktober 2005 kamen in Kopenhagen die Generalsekretäre der Parlamente von drei Mitgliedstaaten der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Staaten: aus Ungarn, Dänemark und aus der Slowakei

zusammen. In diesem Treffen wurde die Realisierung des dänischen Vorschlags der Versendung an die Parlamente der EU eines Fragebogens mit Fragen, die die Zeit betrafen, die die Parlamentarier den interparlamentarischen Treffen widmen, entschieden. Es wurde ebenfalls vereinbart, dass Ende 2005 die oben genannte Arbeitsgruppe für die Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa auf der Ebene der Experten gegründet wird. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass die weiteren Vereinbarungen, die die Arbeiten an der Frage der Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa nach dem Treffen der Arbeitsgruppe betreffen, werden im Laufe des Treffens der Generalsekretäre der Parlamente der EU-Staaten in Kopenhagen vom 9. bis 10. Februar 2006 sowie während der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten in Tallin vom 30. Mai bis 1. Juni 2006 festgelegt. Die Teilnehmer dieses Treffens zeigten Interesse am Seminar des EZPWD in Warschau und erwarteten die Einzelheiten in Bezug auf sein Programm.

Am 17. November 2005 richtete der Generalsekretär des Folketing, Henrik Tværnø, an die Generalsekretäre der Parlamente der EU-Staaten den oben genannten Fragebogen mit Fragen, welche die Zeit betrafen, die die Parlamentarier der EU-Parlamente den interparlamentarischen Treffen widmen.

Das Treffen der Arbeitsgruppe für die Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa fand am 9. Februar 2006 in Kopenhagen statt. In diesem Treffen wurden die Ergebnisse der durch das Folketing durchgeführten Umfrage besprochen, die die Zeit betraf, die die Parlamentarier der EU-Parlamente den interparlamentarischen Treffen widmen. Darüber hinaus wurde das Programm des Seminars des EZPWD in Warschau zum Thema *Die Übernationalen parlamentarischen und interparlamentarischen Versammlungen in Europa des 21. Jahrhunderts* präsentiert. Als Schlussfolgerung des Treffens der Arbeitsgruppe wurde bestätigt, dass der dänische Vorsitz für die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Staaten, die Ende Juni / Anfang Juli 2006 in Kopenhagen stattfindet, einen Bericht über die Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa erstellt. Dieser Bericht wird ebenfalls die Thesen des der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Staaten in Budapest dargestellten Berichts von Thierse, die Antworten auf den durch den dänischen Vorsitz verfassten Fragebogen und die das Seminar des EZPWD in Warschau zusammenfassenden Schlussfolgerungen berücksichtigen.

## Ziel des Seminars

Bisher wurde vereinbart, dass das in Warschau im Mai 2006 stattfindende Seminar des EZPWD zum Thema: „*Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in Europa des 21. Jahrhunderts*“ folgende Ziele realisieren soll:

- Vorbereiten, im Rahmen des EZPWD, einer Übersicht zum Thema der vorhandenen Formen der dauerhaften mehrseitigen interparlamentarischen Zusammenarbeit, für die sich die Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates<sup>1</sup> engagieren; diese Übersicht sollte Folgendes umfassen:
- maximal komplettes und aktuelles Verzeichnis der gegenwärtigen Formen der dauerhaften interparlamentarischen Zusammenarbeit, für die sich die Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates engagieren;
- Klassifizieren der aufgestellten Formen der dauerhaften multilateralen interparlamentarischen Zusammenarbeit nach den rechtlich-organisatorischen Grundlagen ihres Funktionierens;
- Skizzieren der kurzen Geschichte der Entstehung und des Bestehens der aufgestellten Formen der dauerhaften multilateralen interparlamentarischen Zusammenarbeit, sowie eventuell ihres Wertes;
- Beschreibungen der formellen und informellen Funktionen und Kompetenzen der aufgestellten Formen der dauerhaften multilateralen Zusammenarbeit sowie der Arbeitsorganisation in ihren Rahmen;
- Zusammenfassung, welche die Bewertung der aufgestellten Formen der dauerhaften multilateralen interparlamentarischen Zusammenarbeit vor allem unter dem Aspekt der Getrenntheit, Komplementarität, bzw. des Überlappens (der Wiederholung) ihrer Funktionen und Aufgaben, sowie im Falle der Europäischen Union ebenfalls die Bewertung dieser Zusammenarbeit unter dem Aspekt der demokratischen Legitimität der einzelnen Handlungsbereiche der vollziehenden Gewalten in der EU enthält;
- produktive Beteiligung an den Handlungen der Arbeitsgruppe für die Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa, die gemäß dem Beschluss der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Staaten, die vom 6. bis 7. Mai 2005 in Budapest tagte, durch den jetzigen dänischen Konferenz-Vorsitz ins Leben gerufen wurde.

---

<sup>1</sup> Es wäre am besten, wenn das oben genannte Verzeichnis auf den Internetseiten des EZPWD zu finden und sukzessiv aktualisiert wäre.

## Bedeutung der Realisation des obengenannten Ziels des Seminars

Seit Anfang der 90er Jahre entwickelt sich die interparlamentarische Zusammenarbeit, für die sich die Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates engagieren, sehr dynamisch. Gleichzeitig ist die Information über die bereits vorhandenen (jedoch sich umwandelnden) und neu entstehenden Formen dieser Zusammenarbeit begrenzt und manchmal schwer zugänglich. Das Anfertigen einer Übersicht der vorhandenen Formen der dauerhaften mehrseitigen interparlamentarischen Zusammenarbeit, für die sich die Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates engagieren, würde:

- die Informationslücke füllen und somit die Kommunikation und Koordination der Zusammenarbeit zwischen den oben genannten Parlamenten einfacher machen. Das wäre nicht nur für die parlamentarischen Beamten, sondern auch für die Parlamentarier nützlich;
- die Planung und aktuelle Koordinierung der inneren Arbeit dieser Parlamente einfacher machen;
- die gegenseitige Anpassung der vorhandenen und neu entstehenden Formen der dauerhaften multilateralen interparlamentarischen Zusammenarbeit, für die sich die Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates engagieren, ermöglichen und eventuelles Überlappen ihrer Funktionen und Aufgaben einschränken;
- im Falle der Europäischen Union eine solche Gestaltung der vorhandenen und neu entstehenden Formen der dauerhaften multilateralen interparlamentarischen Zusammenarbeit einfacher machen, um die demokratische Legitimität der einzelnen Handlungsbereiche der vollziehenden Gewalten in der EU am effektivsten zu stärken.

*Erstellt von S. Puzyna*

# Eröffnung des Seminars

## EWA POLKOWSKA

Die Generalsekretärin der Kanzlei des Senats der Republik Polen

Sehr geehrte Damen und Herren, ich heiÙe Sie herzlich willkommen in polnischem Senat. Ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich gekommen sind, um Ihre nationale, ùbernationale und interparlamentarische Versammlungen zu vertreten. Das Interesse an diesem Seminar bekundet, dass wir ein wichtiges Thema aufgegriffen haben. Ein Thema, ùber das in Europa eine lebhaftere Diskussion im Gang ist. Denn das Anfangen der Handlungen, welche die Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa zum Ziel haben, ist eine groÙe Herausforderung.

Ich hoffe, dass wir diese Herausforderung annehmen und dass die Ergebnisse dieses Seminars ein Beispiel fÙur solche eine Rationalisierung und funktionale Zusammenarbeit sein werden. So hervorragender Teilnehmerkreis verspricht eine sehr interessante Diskussion. Ich hoffe auch auf einen erregten Meinungs austausch.

Erlauben Sie mir, dass ich jetzt ein persÙonliches Bedenken. Vor ùber zehn Jahren, als ich hier im Senat als Beamte gearbeitet habe, hatte ich einen wunderbaren Chef der Kanzlei des Senats, der zu meinem Vorbild wurde. Dieser Chef war Wojciech Sawicki.

Heute mÙochte ich ihm zu seiner BefÙorderung zum Generaldirektor im Sekretariat der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gratulieren. Jetzt gebe ich ihm das Wort.

# WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Vielen Dank für die netten Worte, die an mich gerichtet wurden. Nach solch einem Empfang weiß ich nicht, was ich sagen soll. Noch ein Mal vielen Dank für die herzliche Begrüßung. Ich muss auch offen zugestehen, dass ich mit diesem Saal im Senat eine besondere Art von Gefühlen verbinde, wo ich – wie ich glaube – sieben Jahre lang die Ehre gehabt habe, als Chef der Kanzlei tätig zu sein. Sie können sich sicher leicht vorstellen, dass es für mich wie eine Rückkehr nach Hause ist.

Herr Senatsvorsitzender, sehr geehrte Frau Minister, liebe Kollegen!

Es ist mir sehr angenehm, Sie bei dem vom polnischen Senat zum Thema der übernationalen parlamentarischen und interparlamentarischen Versammlungen in Europa des 21. Jahrhunderts organisierten Seminar in Warschau zu begrüßen.

Am Anfang will ich sagen, dass der polnische Senat nicht zum ersten Mal ein Seminar im Rahmen des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) organisiert. Zwecks der Erinnerung: vor zwei Jahren, in März 2004 hat der polnische Senat ein Seminar zum Thema der Rolle der parlamentarischen Legislaturdiensten im legislativen Prozess veranstaltet. Noch früher, im Jahre 2000 hat das Seminar zum Thema Rechtsanpassung und parlamentarische Unterstützung für die Länder der Mittel- und Osteuropa stattgefunden und im Jahre 1995 zum Thema der Rolle der parlamentarischen Dienste bei der Erstellung der Staatsbudgets, im Jahre 1996 zum Thema EUROVOC, und in den Jahren 1993 und 1994 eine Reihe von Seminaren, die von Sejm und Senat in Pułtusk organisiert wurden. Wie Sie selbst sehen können, spielt das polnische Parlament eine aktive Rolle in der Tätigkeit des EZPWD. Ich möchte dem Parlament für die aktive Rolle und Teilnahme an unserer Tätigkeit, für das Engagement und die Unterstützung, Offenheit und den Willen, uns die Erfahrungen und Informationen weiter zu leiten, herzlich danken.

Das heutige Seminar ist ein von vielen Seminaren, das vom EZPWD mitorganisiert wurde. Die Frage danach, womit sich das EZPWD befasst, kann verschieden beantwortet werden. Eine der Antworten lautet: „EZPWD befasst sich mit dem Informationsaustausch, Entwicklung der parlamentarischen

Zusammenarbeit“. Sie kann aber auch lauten: „EZPWD befasst sich mit der Entwicklung der Kontakte zwischen den Parlamentangestellten“. Tatsächlich, durch unsere Tätigkeit, unsere Seminare, werden Kontakte und Erfahrungsaustausch zwischen Personen, die sich gewöhnlich mit denselben Aufgaben in ihren Nationalparlamenten befassen, hergestellt. Und so verstehen wir im Exekutivkomitee des EZPWD unsere Rolle – die Kontakte zwischen den Leuten anzufertigen. Das heutige Seminar halte ich auch für einen integralen Bestandteil dieses Prozesses. Wir werden heute und morgen über internationale und interparlamentarische Versammlungen in Europa sprechen. Wir wissen, dass es viele davon gibt. Selbst in Europa finden wir, wie ich glaube, 15 bis 20 von ihnen. Wenn wir auch die, die außer Europa funktionieren, dazurechnen, sind es weitere 20 bis 30. Die Mehrzahl davon, wenn ich mich nicht irre, außer des Europäischen Parlaments, ist für die Mitglieder der nationalen Parlamente bestimmt. Das bedeutet, dass die Mitglieder Ihrer Parlamente aktiv an den Arbeiten von einigen internationalen Versammlungen teilnehmen. Das ist eine zeit- und kostenaufwendige Beschäftigung für Sie und für Steuerzahler, daher stellen wir uns manchmal die Frage: Worum geht es eigentlich? Welchen Nutzen haben wir in unseren Parlamenten aus solchen internationalen Versammlungen? Wie ist ihre Rolle in dem heutigen Europa? Wiederholt sich ihre Tätigkeit im gewissen Masse nicht? Man soll das alles unter Betracht ziehen und erwägen, ob wir alle diese Versammlungen wirklich brauchen.

Wie es Ihnen bekannt ist, komme ich aus einer solchen internationalen Versammlung – aus der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die unter allen diesen Versammlungen, die wir heute besprechen, wahrscheinlich die älteste in Europa ist. Hier im Saal sind Kolleginnen und Kollegen aus anderen internationalen Versammlungen anwesend. Wir haben unsere eigenen Überlegungen und Empfindungen, die unsere Versammlungen betreffen. Wir glauben es zu wissen, wie wir ihre Tätigkeit, ihre – unserer Meinung nach – wichtige Rolle im heutigen Europa vorstellen sollen. Der Gesichtspunkt von vielen hier anwesend Kollegen und Kolleginnen, die die Nationalparlamente repräsentieren, kann anders sein. Sie können diese Versammlungen anders als wir, die für sie arbeiten, betrachten. Sehr interessant wäre, wenn es im Laufe unserer zweitägigen Diskussion zwischen Personen, die mit den internationalen Versammlungen verbunden sind und Kollegen und Kolleginnen aus den Nationalparlamenten zu einer Konfrontation – wenn ich so sagen darf – ihrer Einstellungen kämme. Gibt es vielleicht ein gemeinsamer Berührungspunkt zwischen den beiden Gesichtspunkten? Ich glaube – ja, aber wir versuchen es in diesen zwei Tagen zu beweisen.



Von den polnischen Organisatoren haben wir eine detaillierte Bearbeitung zum Thema Gründe und Ziele dieses Seminars erhalten, wofür ich sehr dankbar bin. Ich will nicht all das, was in dieser Bearbeitung steht, wiederholen. Ich hoffe, dass alle die Gelegenheit hatten, dieses Dokument zu lesen. Nur eine kurze Äußerung zu diesem Thema. Den Anstoß zu diesem Seminar gab die letzte Konferenz der europäischen Parlamentsvorsitzenden, die in Straßburg im Mai 2004 organisiert wurde. Bei jeder solchen Konferenz findet ein Treffen der Generalsekretäre, die den Bericht über die Tätigkeit der EZPWD besprechen, statt. Eben während eines solchen Treffens hat der Chef der Kanzlei des polnischen Senats den Vorschlag gemacht, ein Seminar zum Thema der internationalen Versammlungen, die in Europa funktionieren, zu organisieren. Danach fanden statt: Konferenz der Parlamentsvorsitzenden der EU, der Thierse-Bericht, und für Juli ist ein weiterer Schritt geplant – Debatte der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden der EU über die Schlussfolgerungen und Anträge der Arbeitsgruppe. In der Bearbeitung der Organisatoren finden Sie alle wichtigsten Tatsachen, ich werde also keine Details angehen. Ich bin jedoch überzeugt, dass viele davon ständig in unserer Diskussion wiederkehren werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich will Sie noch einmal bei diesem Seminar begrüßen. In Namen von uns allen – wie ich denke – möchte ich den Organisatoren danken – der Chefin der Kanzlei des polnischen Senats, den Parlamentsangestellten, die für die Vorbereitung dieses Seminars Sorge getragen haben. Vielen Dank für die Einladung nach Warschau und für die Arbeit, die Sie für die Organisation dieses Seminars geleistet haben.

Mit großer Freude erteile ich das Wort dem Vizemarschall des Senats, Herrn Marek Ziółkowski, der neben mir sitzt. Herr Marschall, ich erteile Ihnen das Wort.

# MAREK ZIÓŁKOWSKI

## Vizemarschall des Senats der Republik Polen

Vielen Dank Herr Vorsitzender.

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

Mein Vorsprecher hat mir die Aufgabe sehr leicht gemacht, weil fast alles, was ich Ihnen mitteilen wollte, er schon gesagt hat. Ich will auch nicht noch einmal im Einzelnen das tatsächliche Ziel des Seminars besprechen, sondern nur einige Elemente wiederholen. Ich möchte Sie alle noch einmal im Namen des polnischen Senats herzlich willkommen heißen. Es ist uns sehr angenehm, dass Sie hier sind. Das heutige Seminar wurde auf Anfrage, die seitens der Chefs der Parlamente des Europarates und der Europäischen Union auf verschiedenen Konferenzen geäußert wurde, organisiert, weil wir alle der Notwendigkeit einer Inspektion der Systeme der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen- und Nationalparlamenten in bezug auf ihre Wirksamkeit und Rationalisierungsmöglichkeiten bewusst sind. Seit den 80er Jahren haben wir oft die Gelegenheit gehabt, viele Debatten in verschiedenen Gremien zu hören. Nach dem Jahr 1989 hat sich die Situation selbstverständlich absolut verändert. An dieser Stelle will ich Sie an die Berichte von John Priestman, Heinrich Klebes und andere erinnern. Bei Konferenzen, über die schon Herr Sawicki sprach, wurde beschlossen, dass während der dänischen Präsidentschaft ein Bericht über die Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa erarbeitet wird. Ein Projekt dieses Berichtes wird Ende Mai in Tallin während der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden, an der ich teilnehmen werde, konsultiert. Ich hoffe, dass ich an der Diskussion über den Endrapport während der Konferenz der Vorsitzenden in Kopenhagen teilnehmen können werde. So ist unser Seminar in Warschau ein Schritt auf dem Weg zur Vorbereitung dieses Rapports. Sie haben aber noch zwei Aufgaben zu erfüllen:

- erstens, eine Inspektion der aktuellen Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Mitgliedstaaten des Europarates vorzunehmen,
- die Vorschläge zur Rationalisierung der interparlamentarischen Beziehungen in Europa zu bearbeiten und somit einen Beitrag zu den Vorbereitungen der

Konferenz der Parlamentsvorsitzenden der EU-Mitgliedstaaten in Kopenhagen zu leisten.

Selbstverständlich kann man sehr viele Elemente in Betracht ziehen, zum Schluss will ich aber an dieser Stelle Ihnen, aber ehrlich gesagt uns allen, eine förderliche Debatte wünschen. Im Falle dieses Seminars sind die Effekte dieser Debatte sehr wichtig und wünschenswert. Wir alle sollen versuchen, einen Beitrag zu leisten, damit die interparlamentarischen Beziehungen in Europa und auf dem europäischen Kontinent sehr engagiert und rationell werden, die Demokratie verstärken und konsequent zum Ziel führen. Sie sollen regelmäßig stattfinden, nicht sehr zeitaufwendig und, *last but not least*, interessant, intellektuell anregend und freudebereitend sein.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Eröffnung und Einleitung zu unserem Seminar. Das ist sehr wichtig, was Sie zum Thema des aktuellen Treffens der Parlamentsvorsitzenden in Kopenhagen gesagt haben. Wir glauben, dass Sie den Vorsitzenden die Resultate unserer Arbeit als auch unsere Schlussfolgerungen und all das, worüber wir in diesen zwei Tagen diskutieren werden, übermitteln werden. Wir werden uns bemühen, einen bündigen und konkreten Rapport aus unserem Seminar für Sie zu erarbeiten, den Sie eventuell während der Gespräche mit den Vorsitzenden in Kopenhagen ausnutzen können.

MAREK ZIÓŁKOWSKI  
Vizemarschall des Senats der Republik Polen

Ich werde mich bemühen, Sie nicht zu enttäuschen.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Danke sehr. Herr Senatsvorsitzender, wir bitten Sie, die zweitägige Debatte mit uns zu verfolgen. Wir wissen, dass Sie sehr beschäftigt sind; wir wissen

auch, dass jetzt in Polen viele sehr wichtige politische Ereignisse geschehen. Sie sind jeder Zeit hier gern willkommen, wir verstehen aber auch, dass Sie viele andere Aufgaben haben.

MAREK ZIÓŁKOWSKI

Vizemarschall des Senats der Republik Polen

Wenn Sie gestatten, bleibe ich noch anderthalb Stunden mit Ihnen. Danach werde ich Blumen am Grab des Unbekannten Soldaten niederlegen, um den Jahrestag des Sieges im 2. Weltkrieg zu ehren.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Vielen Dank.

Liebe Kollegen, an der heutigen Vormittagstagung wird Kjell Torbiörn, der an meiner linken Seite sitzt, die Inaugurationsrede halten. Er ist Chef vom Büro des Generalsekretärs der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und ein langjähriger Mitarbeiter dieser Versammlung. Er wird eine historische Übersicht der Entwicklung der übernationalen parlamentarischen Versammlungen, die seit 1945 in Europa existieren, durchführen.

Anschließend kommen wir zu den zwei Beiträgen von Herren Puzyna und Kieniewicz aus den polnischen Senat und Sejm. Sie werden Referate im Rahmen der ersten Tagung „Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen im Europa des 21. Jahrhunderts – Systematisierungsvorschlag“ halten.

Nach diesen drei Auftritten erfolgt eine Debatte, Diskussion und Fragenrunde an unsere Hauptreferenten zu dem, was wir gerade in diesen Referaten gehört haben. Wenn Sie also gestatten, ich habe die Freude, das Wort Herrn Kjell Torbiörn zu erteilen.

# Einleitendes Referat

KJELL TORBIÖRN

Direktor des Kabinetts des Generalsekretärs  
der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

---

## Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in Europa in Jahren 1945–2005: nach der Zeit des Kalten Krieges und Détente, in Jahren 1989-2005 und vor 1989

Danke sehr Herr Vorsitzender.

Ich will unseren polnischen Gastgebern für den wunderbaren Empfang, den sie für uns vorbereitet haben, recht herzlichen Dank sagen.

Herr Vorsitzender, das Thema ist sehr interessant und ich habe sofort Ihren Vorschlag angenommen, um mich damit auseinander zu setzen. Ich habe nur die Reihenfolge in dem Titel umgestellt und werde zuerst über die Periode des Kalten Krieges und anschließend über die Zeit danach sprechen, weil mir diese Reihenfolge logischer zu sein erscheint. Ich verstehe den Grundgedanken, dass zuerst die uns näher liegende Zeit, in der wir leben, besprochen werden soll, und anschließend zu der ferner gelegenen Zeit übergehen, die von theoretischer Seite sehr interessant sind. Dennoch, wenn wir die Gründe sowie Art und Weise der Entwicklung der Ereignisse verstehen wollen, dann sollten wir sie in chronologischer Reihenfolge besprechen. Die Gegenwart kann doch niemals die Vergangenheit beeinflussen, es sei denn wir haben ein Zeitvehikel.

Ich beschränke mich auf Europa, und nur kurz, zwecks Vergleichs, halte ich mich kurz bei den außereuropäischen Regionen, wie Nordamerika, auf. Ich werde die ganze EZPWD-Mitglieder -Region besprechen.

Zum Anfang ein paar Definitionen. Das Wort „übernational“ bedeutet „über den Nationen oder über den Ländern“. Das ist ein wenig seltsam, weil es in der realen Welt keine Beispiele für „eine übernationale Versammlung“ gibt. „Eine

übernationale Versammlung“ ist eigentlich unmöglich, weil in dem Moment, wenn eine Versammlung übernational wird, schließen die Nationen oder Staaten, die sie bilden, eine Konföderation oder Föderation. In dem Moment verliert diese Versammlung ihren übernationalen Charakter und wird zu einer Konföderationsversammlung so wie es in Kanada, oder Föderationsversammlung so wie in den Vereinigten Staaten oder in Deutschland der Fall ist. Ich bin dessen bewusst, dass wir, wenn wir über eine übernationale Versammlung sprechen, das Europäische Parlament meinen. Tatsächlich kreierte sich das Europäische Parlament selbst so in der Öffentlichkeit. Ich würde das bestreiten. Wenn wir präzise sein wollen, ist das Europäische Parlament nicht wirklich übernational und auf jedem Fall nicht ganz übernational, weil es keine vollständige Rechtsetzungsmacht hat und diese mit dem Ministerrat der Europäischen Union teilt, der nach der Meinung vieler Kommentatoren immer noch eine größere Rechtsetzungsmacht besitzt, weil eben er die endgültigen Entschlüsse über die Rechtsakten in der letzten Etappe der so genannten Mitentscheidungsphase fasst.

Gehen wir nun zu einer einfacheren Definition des Wortes „interparlamentarisch“ über. Das englische Wort „inter“ bedeutet „zwischen“, das heißt, dass die Versammlung zwischen den Parlamenten, die zusammenarbeiten, organisiert ist. Es gibt viele Beispiele der interparlamentarischen Gremien: das Europäische Parlament in der Form vor den ersten direkten Wahlen im Jahre 1979, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Parlamentarische Versammlung der NATO, und außerhalb Europa – zum Beispiel das Anden-Parlament oder Regionalversammlungen, solche wie: die Parlamentarische Versammlung der Organisation für die Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten der Region vom Schwarzen Meer, der Nordische Rat usw.

Wir stellen uns jedoch die Frage, wie funktionierten und entwickelten sich die so genannten übernationalen Versammlungen, wenn wir annehmen, dass wir so das Europäische Parlament und seine Vorgänger sowie verschiedene interparlamentarische Versammlungen, die in diesem Zeitraum existierten, bezeichnen werden.

Im Jahre 1945, nach dem 2. Weltkrieg, gab es vier Gruppen von Ländern. Der ersten Gruppe gehörten Länder an, die wir Demokratien, die den Krieg überstanden haben, nennen können. Es waren: Vereinigtes Königreich, die Schweiz und Schweden, den es ihnen gelungen ist, deutscher oder italienischer Okkupation zu entgehen und das demokratische System auch während des Krieges zu behalten. Wir hatten hier mehr oder weniger mit

großen Koalitionen zu tun. Das politische Leben wurde in gewisser Weise stillgelegt und die Bevölkerung hat sich um die Anführer versammelt, um die Nation zu retten. Es fanden keine wirklichen Wahlen statt. In den Vereinigten Staaten hatte man dem Präsidenten Franklin D. Roosevelt seine dritte Kadenz praktisch geschenkt, was ein Ereignis ohne Präzedenz war. Die Regierung war stark und das Parlament – schwach.

Die zweite Gruppe der Länder bildeten diejenige, die sich unter der Okkupation der europäischen Achse-Staaten befanden. In diesen Ländern fand ein Prozess statt, das oft „Entnazifizieren“ genannt wurde. Wenn die Wähler an die Urnen gingen, wollten sie nur Frieden, Wiederaufbau und eine starke Regierung. Deshalb wurden starke Persönlichkeiten, überwiegend Männer, solche wie de Gaulle, der die Parteipolitik und parlamentarische Macht niemals wirklich geschätzt hat und der – später – die Fünfte Republik gründete, die eine Verbindung der starken Präsidentenmacht mit relativ schwachen Parlament darstellte. Ziel dieser Regierungen war auch die Bestätigung der nationalen Identität, mit anderen Worten – eine Bestätigung eigener Nationalrechte im Sinne des internationalen Rechts.

Die dritte Gruppe bildeten Länder der so genannten Volksdemokratien in Mittel- und Osteuropa. Die ersten Wahlen waren mehr oder minder frei, aber kurz danach haben die Kommunisten die Macht ergriffen, so wie es im Land unserer Gastgeber, in Polen, der Fall war. Diese Länder wurden über längere Zeit durch kommunistische Parteien dominiert. Andere Parteien spielten eine symbolische Rolle und hatten eine dekorative Funktion und die Parlamente dienten nur zur Absicherung der schon gefassten Entschlüsse. Charakteristisch ist, dass es weder in dem Rat der Gegenseitigen Wirtschaftlichen Unterstützung noch in dem Warschauer Vertrag keine Parlamentsstrukturen gab.

Der vierten Gruppe gehörten Länder wie Portugal und Spanien, die immer noch unter der Macht der Diktatoren standen. Die Parlamente spielten keine wichtige Rolle, sie existierten nur als ein Konsultationsgremium für die Versiegelung der Entscheidungen und wurden nicht demokratisch gewählt.

Lassen wir vorerst die von der Sowjetunion dominierten Länder Mittel- und Osteuropas, wo – aus der Sicht unserer Themenbetrachtung – nichts Wichtiges passierte, und sehen wir uns das Westeuropa an, wo seit dem Ende des Weltkrieges die Ereignisse recht schnell passiert sind. In diesen Ländern waren nur zwei Faktoren wichtig: erstens war es der Traum über ein vereinigtes, föderatives Europa, teilweise auf amerikanischem Muster gestützt. Dieser Traum ist schon aus der Vorkriegszeit bekannt. An Bedeutung gewann er nach den schrecklichen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges verliehen ihm noch mehr an Bedeutung. Wenn ein



solches vereinigt, föderatives Europa entstanden wäre, müsste es selbstverständlich ein starkes Parlament geben – so stark, wie in den Vereinigten Staaten, wo die Macht unter dem Präsidenten, dem Kongress und dem Obersten Gericht streng geteilt ist.

Der zweite Faktor sind die Menschen, die diese Bewegungen angeführt hatten, solche wie Sir Winston Churchill. Viele von ihnen waren an der Macht noch während des Krieges, sie hatten sie aber nach dem Krieg verloren, weil die Gesellschaften neue Gesichter sehen wollten – nicht diese, die sie mit den grausamen Kriegsjahren identifizierten. Sehr oft waren diese Menschen oder aufgrund der eigenen Erfahrungen wurden sie zu Idealisten. Gemeinsam haben sie so genannte Europäische Bewegung gegründet. Ohne Zweifel strebten sie danach, dass die Parlamente eine starke Rolle spielen; Europa sollte ein Land oder zumindest eine Föderation oder Konföderation werden.

Jedoch waren die damaligen Machthaber nicht positiv zur solchen Idee eingestellt. In Folge dessen entstand eine Westeuropäische Union, die nur eine Konsultationsversammlung hatte. Dasselbe bezog sich auf die Konsultationsversammlung des Europarates, heute Parlamentarische Versammlung genannt. Es entstand auch NATO, die auch anfangs keine Versammlung hatte, später aber bildete eine Versammlung, die einen Konsultationscharakter hatte, die anfangs offiziell nicht mit NATO verbunden war und eine Gemeinsame Versammlung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft.

Sogar die Versuche, die in den 50er Jahren unternommen wurden und beinahe gelungen waren, eine Art Europäische Union – Europäische Politische Gemeinschaft und Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen, hatten die Aufgabe, den Regierungen die führende Funktion zu erteilen und den Parlamenten eine viel schwächere Rolle als die, die sie in den Mitgliedstaaten hatten, zuzuschreiben.

In Westeuropa haben die interparlamentarischen Gremien von selbst niemals nach der Erweiterung der Macht und Einflüsse gestrebt, hauptsächlich deswegen, weil ihre Mitglieder gleichzeitig Mitglieder der nationalen Parlamente waren, welche die interparlamentarische Arbeit als Nebenbeschäftigung ausgeführt haben. Das bezog sich ebenso auf die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft, die Konsultationsversammlung des Europarates und die Versammlung der Westeuropäischen Union. Vielleicht sahen sie keine Notwendigkeit dazu, weil die Wirtschaft in ihren Ländern blühte und es gab keinen Grund zu klagen.

Erst in der Hälfte der 70er Jahren, nach der Unterzeichnung im Jahre 1975 in Helsinki der Schlussakte der Konferenz der Sicherheit und der

Zusammenarbeit in Europa, als die wirtschaftliche Entwicklung nach der Energiekrise in 1974 langsamer und der Enthusiasmus für die damalige EWG schwächer wurde, begann eine stärkere Anerkennung der Bedeutung der Parlamente in dem damaligen europäischen Aufbauprozess. Die Idee, dass das Europäische Parlament in Direktwahlen in 9 Mitgliedstaaten der EWG gewählt werden soll, schlugen der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing und der damalige deutsche Kanzler Helmut Schmidt vor. Die erste Direktwahl zu dem Europäischen Parlament fand 1979 statt aber es muss festgestellt werden, dass ihm am Anfang keine bedeutende Rolle zugeteilt wurde. Weiter erfüllte das Parlament eine strikt konsultative Funktion.

Die neu gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments sprachen jedoch untereinander und auch nach außen, dass in der gesamten EWG-Struktur nur sie unmittelbar gewählt wurden. Der Ministerrat repräsentiert die Regierungen, die eigene Nationen nur indirekt repräsentieren. Die Kommission wird berufen und nicht gewählt. Warum sollte die Berechtigung für die Gesetzgebung, Budgetentscheidungen und politische Einflussnahme dem Status, der aus den Direktwahlen und dem demokratischen Bestrebungen unserer Gemeinschaft stammt, nicht entsprechen?

Jedoch die Regierungen, die im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften vertreten sind, und der neu gegründete Europäische Rat der Oberhäuptern der Staaten und Regierungen – Frankreich ist durch den Präsidenten vertreten – haben nicht nachgelassen. Mehr Macht für das Europäische Parlament würde heißen: weniger Macht für den Ministerrat, der daran gewöhnt war, über Jahrzehnte selbstständig zu regieren.

Die Europäische Kommission, die im gewissen Sinn die Macht mit dem Ministerrat geteilt hat, hat ungern mit dem Gedanken gespielt, die Macht mit einem „Neuankömmling“ zu teilen. Die Kommission hatte jedoch auch Probleme mit dem Ministerrat gehabt, und zwar in den 60er Jahren wegen der französischen Politik „eines leeren Stuhles“. Daher glaubte sie auch, dass das Europäische Parlament zu Verbündeten in den Anstrengungen zu weiterer Vereinigung wird.

Es fing damals ein langer Prozess an, im Laufe dessen nach und nach, mit jedem Gipfeltreffen das Europäische Parlament immer kräftiger wurde und die heutige Position als „halbübernationale Versammlung“ – wenn Sie mir diesen unschönen Neologismus verzeihen wollen – oder Parlament erreichte. Dank dem Maastrichter Vertrag über die Europäische Union von 1992 und dem Amsterdamer Vertrag von 1997 wurde dieser Prozess in den 90er Jahren beschleunigt. Wenn der Verfassungsvertrag der EU in Kraft treten würde, das

heißt, wenn er 2005 in den Referenden von Frankreich und Holland nicht abgelehnt würde, wäre dieser Prozess erfolgreich abgeschlossen.

Was geschah in dieser Zeit mit den interparlamentarischen Versammlungen? Die interparlamentarischen Versammlungen, die schon eine verankerte Position erlangten, solche wie die Parlamentarische Versammlung des Europarates, die Versammlung der WEU und die Versammlung der NATO, wurden um eine neue – Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – ergänzt. Am Anfang der 90er Jahren wandelte sich die Konferenz für Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) um.

Diese interparlamentarischen Versammlungen strebten die Übernationalität nicht an, weil die Organisationen, von denen sie gebildet wurden von den Regierungen stammten und man kann doch keine übernationale Versammlung in Rahmen einer internationalen- oder Zwischenregierungsorganisation bilden. Man muss zugestehen, dass gewisse Anstrengungen in der Richtung vor allem in der Organisation, die eine so starke und anerkannte parlamentarische Versammlung hat, wie der Europarat, unternommen wurden. Es wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Versammlung durch die nationalen Parlamente selbstständig über das eigene Budget entscheiden konnte und nicht, wie bis jetzt, dies eine Kompetenz des Ministerkomitees war.

Die Stimmung in den interparlamentarischen Versammlungen kontrastierte mit der Situation in der Europäischen Gemeinschaft, die in die Europäische Union umgewandelt wurde. Das in der EU in Direktwahlen berufene Parlament sah sich immer mehr als eine übernationale Organisation und kam sich daher durch so wenig Macht als an Rand gedrängt vor, obwohl es das einzige Organ der Union war, welches durch die Bürger direkt gewählt wurde. Auch andere Faktoren spielten eine Rolle, die das Europäische Parlament davon überzeugten, dass der Weg zur wirklichen übernationalen Versammlung richtig ist.

Erstens: der Prozess der Vereinigung der EU schritt voran. Gemäß der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Integration der Länder war das gemeinsame Entscheiden bei immer mehr Angelegenheiten erforderlich. Wenn der Ministerrat – wie es schien – hauptsächlich die nationalen Interessen vertreten hatte, glaubte das Europäische Parlament, den allgemeinen Interessen der Europäischen Union dienen zu müssen. Diese Tendenz hat sich verstärkt, nachdem die Aktivität der europäischen Parteien, solcher wie Sozialisten, Liberalen, Konservativen und anderen, zunahm.

Zweitens: ein Grund, der die übernationale Tendenz des Europäischen Parlaments erklärt, ist die Globalisierung. Immer öfter hat sich erwiesen, dass

einige Probleme einer Lösung auf der Unionsebene oder sogar im Weltmaßstab verlangten, wenn es zum Beispiel um die Klimaänderung, den Kampf gegen Terrorismus, die Migration oder den Menschenhandel geht.

Drittens: die Regierungen, die in den internationalen Organisationen ihre Repräsentanz haben, darunter in der EU, haben es verstanden, dass sie eine kräftige Stimme der Parlamente brauchen, um eine zusätzliche Legitimierung der eigenen Entscheidungen zu bekommen. So geschah es in der EU, trotz dem, dass mit Laufe der Zeit die Beteiligung an Wahlen sank, um den heutigen Stand von einwenig über 40 Prozent zu erreichen.

In den Organisationen, so wie es der Europarat ist, spielt die parlamentarische Versammlung eine immer größere Rolle, ich würde sagen, Rolle eines „Sauerstoffapparats“ dieser Organisation. Tatsächlich, solche Organisationen wie OECD und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die keine eigenen Parlamentsstrukturen haben, wendeten sich an die Parlamentarische Versammlung des Europarates in Jahresrapporten und Debatten, durch Vermittlung des Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung der Parlamentarischen Versammlung, diese Rolle zu übernehmen.

Interessant ist, dass die OECD und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die jeweils 1960 und 1991 entstanden sind, Beweise dafür sind, dass man weder 1960 oder 1991 in diesen Institutionen keine Notwendigkeit sah, Parlamentsstrukturen zu bilden. Ganz anders als in der WEU, die 1949 gegründet wurde, in der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft, die 1951 entstand oder in dem Europarat, der 1949 berufen wurde.

Das heißt, der Glaube daran, dass eine Parlamentsstruktur für die internationalen Organisationen notwendig ist, in der Periode kurz nach dem Krieg stärker als in der Periode zwischen 1960 und 1990 war.

Was können wir also in der Zukunft erwarten, wenn es um die Rolle der Parlamente in der europäischen Zusammenarbeit oder Integration geht?

Ich möchte Sie wieder auf zwei Faktoren aufmerksam machen. Erstens, es gibt keine gemeinsame, äußere Bedrohung, ähnlich der Bedrohung seitens der Sowjetunion für das westliche Europa in der Zeit des kalten Krieges. Der Terrorismus wird nicht als eine so starke Bedrohung anerkannt. Es ist immer schwieriger, sich zu vereinigen, wenn es keinen äußeren Feind gibt.

Der zweite Faktor ist die Globalisierung. In der Welt der blitzschnellen Kommunikation, wo die Möglichkeiten der Übermittlung von praktisch unbegrenzten Mengen an Informationen bestehen, gibt es eine Distanz zwischen den Ländern nicht mehr. Wenn sich in den vergangenen Jahrhunderten Großbritannien näher Frankreich befand, so ist es heute näher

Frankreich oder – angenommen – Australien oder Südafrika, mit denen es zusätzlich die gleiche Sprache verbindet? In der Zeit des Pferdetransports war Großbritannien selbstverständlich näher Frankreich. Auch in der Zeit des Telegrafen, Fernsehens und Rundfunks hatte die geographische Nähe ihre Bedeutung. Jedoch in der Zeit des Internets und der Welthandelsorganisation, die ständig die Hindernisse für Kapital- und Dienstleistungsfluss abbaut, spielt die geographische Entfernung eine immer geringere Rolle.

Ich bin davon überzeugt, dass in dieser Situation die Stimme des „Interparlamentarismuses“, der interparlamentarischen oder „halbüernationalen“ Versammlungen, wie das Europäische Parlament, lauter sein muss. Angesichts der fehlenden Antriebskraft, wenn so viele Probleme auf die gemeinsame Lösung warten, muss die Menschenstimme hörbar sein, um den Herausforderungen gewachsen zu sein. Wenn den Menschen bewusst wird, dass die Demokratie nicht ein für alle Mal gegeben ist, sondern einen Wert darstellt, um den man kämpfen und sorgen muss, dann überzeugen wir uns, dass eine kräftige Stimme der interparlamentarischen Gremien notwendig ist, um die sich bildende, paneuropäische, demokratische Ordnung zu bewahren und die gemeinsamen Probleme wirkungsvoll zu lösen.

Herr Vorsitzender, Herr Senatsvorsitzender, Frau Generalsekretärin, ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion. Danke.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Vielen Dank für Ihr Referat. Applaus ist wohl verdient. Ich denke, dass es sehr wichtig war, über die schwierige Entwicklungsperiode der – ich weiß nicht, wie ich es nennen soll – übernationalen, internationalen oder interparlamentarischen Versammlungen, die am Anfang nur eine konsultative Rolle gespielt haben und erst mit der Zeit eine wichtigere Bedeutung bekamen, zu sprechen. Sie sprachen auch über die Lage dieser Versammlungen – und dies betrifft sie alle – die immer noch ihre Rolle in Europa suchen. Es betrifft auch einige Versammlungen, die im Rahmen der internationalen Organisationen wirken. Es ist ein ständiger Prozess und eine „unendliche Geschichte“, die so lange wie die Versammlungen existieren werden, dauern wird. Mir ist es aufgefallen und ich glaube Sie geben mir recht, dass Kjell in einigen Fragmenten des Referates über seine Vergangenheit spricht – Kjell war viele Jahre lang Chef des Sekretariats des

Wirtschaftsausschusses in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und diese Elemente bemerkt man in seinem Referat – Globalisierung, wichtige Rolle der wirtschaftlichen Entwicklung, auch wenn es um die interparlamentarischen Versammlungen geht. Danke sehr und ich warte auf die Diskussion darüber, was uns vor Kurzen gesagt wurde.

Ich bitte gleich Herrn Puzyna aus der Senatskanzlei, der ein Referat zum Thema „Die Versammlungen, deren Teilnehmer die Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates und der OSZE sind; Beschreibung und Systematisierungsversuch“ vorbereitet hat, das Wort zu ergreifen. Staszek, ich erteile dir das Wort.

## TAGUNG 1

Übernationale parlamentarische  
und interparlamentarische  
Versammlungen in Europa  
des 21. Jahrhunderts:  
Vorschlag einer Systematisierung

STANISŁAW PUZYNA

Experte in der Kanzlei des polnischen Senats

## Die Versammlungen, deren Teilnehmer die Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates und der OSZE sind; Beschreibung und ein Versuch einer Systematisierung

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren!

Das heutige Seminar erinnert mich an Debatte, die auf Forum der ehemaligen Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und Europäische Integration von Frühjahr bis Herbst 2001 zum Thema der Rolle der nationalen Parlamente nach der Erweiterung der Europäischen Union und der Regierungskonferenzen 2004 geführt wurde. Auch damals nahmen die Experten und Politiker aus Polen, Deutschland, Schweden und Belgien an der Diskussion teil. Sie war ebenfalls ein Ausdruck der Suche nach der Rolle der nationalen Parlamente in dem sich dynamisch ändernden interparlamentarischen Milieu. Damals handelte es sich jedoch um die Analyse der aktuellen Situation und um die Suche des Weges der weiteren rationalen Entwicklung der parlamentarischen Demokratie im Bereich der Europäischen Union, wohingegen im Laufe dieses Seminars das Problemspektrum breiter ist, weil es alle europäischen Staaten umfasst, die als Mitgliedsstaaten des Europarates verstanden sind.

Das heutige Seminar findet in den Tagen statt, wenn einerseits im Europäischen Parlament unter Beteiligung der Vertreter der nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU und der für den Eintritt in die EU kandidierenden Staaten über die Zukunft der Strukturen der Europäischen Union diskutiert wird. Andererseits wiederum wird morgen der Europatag gefeiert, der den ersten Schritt in Richtung der Gründung der Europäischen Union unvergesslich macht, der die vom damaligen Außenminister Frankreichs Robert Schuman 1950 veröffentlichte Erklärung war, die Frankreich,



Deutschland und andere europäischen Staaten zum Zusammenschluss der Produktion von Kohle und Stahl als „erster konkreter Grundlage der Europäischen Föderation“ aufgerufen hat. Ohne Schumans Erklärung würde der ein Jahr früher gegründete Europarat misslingen. Ohne diese Erklärung würde unser heutiges Seminar vermutlich nicht stattfinden.

Die Tatsache, dass das heutige Seminar parallel zu einer so wichtigen Debatte im Europäischen Parlament stattfindet, verursachte, dass vielen Personen, die am heutigen Seminar teilnehmen wollten, wegen ihres Engagements für das Organisieren der Konferenz in Brüssel diese Möglichkeit entzogen wurde. Ich möchte darüber meines Bedauerns Ausdruck geben.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frage der Versammlungen mit der Teilnahme der Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarates ist ein Teil eines breiteren Problems – des Internationalisierens der nationalen Parlamente im globalen Bereich. Ein kanadischer Experte, Robert M. Cutler, spricht sogar – vielleicht ein bisschen übertreibend – von den internationalen interparlamentarischen Institutionen als Netzen von Einflüssen im Rahmen der Weltbevölkerung.

Zwei Konferenzen der Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (Association of Secretaries General of Parliaments, ASGP) befassten sich seinerzeit mit dem Problem der Internationalisierung der nationalen Parlamente im globalen Bereich, deren Frucht zwei für unsere heutigen Überlegungen wichtige Rapporte waren:

1. der Bericht des Generalsekretärs der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, John Priestman, zum Thema der Relationen zwischen den nationalen Parlamenten und den internationalen parlamentarischen Versammlungen, aus dem Jahr 1980 und
2. der Bericht des Generalsekretärs der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Heinrich Klebes, zum Thema der Entwicklung der internationalen parlamentarischen Institutionen, aus dem Jahr 1990.

Die Autoren der oben genannten Berichte unternehmen den Versuch sowohl der Beschreibung von Bereichen der interparlamentarischen Beziehungen, als auch ihres Ordens: sie listen die damals bestehenden internationalen parlamentarischen Institutionen auf, führen ihre Klassifikation ein und vereinheitlichen die Terminologie.

Das Thema der Versammlungen unter Beteiligung der Mitgliedsstaaten des Europarates wird schon seit Jahren sowohl von der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten als auch von der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments zur Diskussion gestellt. Und so, zum Beispiel:

1. auf der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten im April 2000 führt der damalige Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Lord Russell-Johnston, dieses Problem in die Debatte zum Thema der sich ergänzenden Rollen der nationalen Parlamente und der europäischen parlamentarischen Versammlungen bei der Gestaltung des größeren demokratischen Europas ein;
2. auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europäischen Parlaments im Mai 2003 stellt der damalige Vorsitzende der italienischen Abgeordnetenkammer, Pier Ferdinando Casini, den Bericht zum Thema der Rolle der europäischen Parlamente nach der Erweiterung der EU auf der institutionellen und politischen Ebene dar;
3. auf der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten im Mai führt der damalige Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Peter Schieder, dieses Problem in die Debatte zum Thema der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente und der europäischen Versammlungen zugunsten der Entwicklung der Demokratie ein;
4. auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europäischen Parlaments im Mai 2005 stellt der damalige Vorsitzende des Bundestages, Wolfgang Thierse, den Bericht zum Thema der Zusammenarbeit der interparlamentarischen Versammlungen dar.

In manchen der oben genannten Berichte oder Reden auf den beiden Konferenzen (paneuropäische und EU-Konferenz) der Parlamentspräsidenten unternehmen die Autoren den Versuch sowohl der Beschreibung ausgewählter Bereiche der interparlamentarischen Beziehungen, an denen die nationalen Parlamente Europas teilnehmen, als auch ihrer Klassifikation. Diese Versuche haben jedoch einen partiellen Charakter. Daher werden einzig die bereits erwähnten Rapporte von Priestman aus dem Jahr 1980 und von Klebes aus dem Jahr 1990 als komplex und mustergültig angesehen. Diese beiden Berichte bedürfen jedoch einer Aktualisierung und Ergänzung.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Seit Anfang der 90er Jahre entwickelt sich die interparlamentarische Zusammenarbeit, für die sich die Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarates engagieren, sehr dynamisch. Gleichzeitig ist die Information sowohl von den bereits bestehenden (aber sich umwandelnden), als auch von den neu entstehenden Formen der Zusammenarbeit beschränkt, desorganisiert und manchmal schwer erreichbar.

Deshalb hat man im September 2005 die Korrespondenten des EZPWD gebeten, folgende zwei Fragen zu beantworten:

1. Welchen interparlamentarischen Versammlungen, Konferenzen, Vereine, Organisationen usw. gehört zum gegenwärtigen Zeitpunkt (mit dem Status eines Mitglieds, eines assoziierten Mitglieds, eines Beobachters,...) Ihr Parlament an?
2. Welchen interparlamentarischen Versammlungen, Konferenzen, Vereine, Organisationen usw. plant sich Ihr Parlament (mit dem Status eines Mitglieds, eines assoziierten Mitglieds, eines Beobachters,...) in absehbarer Zukunft anzuschließen?

Die Antworten dieser Umfrage kamen aus 36 von insgesamt 62 Parlamentskammer der Mitgliedsstaaten des Europarates (fast 60%). Auf der Basis dieser Antworten wurde ein Bericht zum Thema der Teilnahme der Parlamente der europäischen Staaten an den interparlamentarischen Versammlungen, Konferenzen, Vereinen, Organisationen, Netzen, Unionen, Räten, Foren und gemeinsamen Ausschüssen abgefasst.

Aus den von den Korrespondenten des EZPWD zugeschickten Antworten geht hervor, dass sich die Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarates für etwa 76 mehr oder weniger offizielle Formen der interparlamentarischen Beziehungen auf der politischen Ebene und für etwa 8 im Bereich der parlamentarischen Verwaltungen engagieren.

Die Antworten auf die Frage nach der interparlamentarischen Zusammenarbeit, für die die Parlamente der europäischen Staaten engagiert sind, wurden in zwei Ebenen eingegliedert, die sich auf folgenden zwei Kriterien stützen: rechtlich-organisatorische Ebene und geopolitische Ebene.

Die erste Ebene dieser Klassifikation sammelt die zugeschickten Informationen zum Thema der interparlamentarischen Zusammenarbeit gemäß den rechtlich-organisatorischen Rahmen dieser Zusammenarbeit.

Es wurden sechs Kategorien dieser Klassifikation unterschieden:

1. Konferenzen bzw. Treffen der Parlamentspräsidenten;
2. interparlamentarische Unionen, Räte, Versammlungen, gemeinsame Ausschüsse, Vereine, Konferenzen, Foren;
3. Konferenzen bzw. Treffen der Vorsitzenden oder Vertreter der miteinander korrespondierenden ständigen parlamentarischen Ausschüsse;
4. interparlamentarische bzw. parlamentarische Organisationen, Vereine, Konferenzen, Treffen, Netze [für Mitglieder der Parlamente];
5. Vereine, oder auch Treffen der Generalsekretäre der Sekretariate bzw. Parlamentskanzleien;
6. Treffen und Netze der Beamten der Parlamentssekretariate bzw. der Parlamentskanzleien;

**Ad 1.** Die ersten vier Kategorien dieser Klassifikation betreffen den politischen Aspekt der interparlamentarischen Zusammenarbeit, wohingegen zwei letzte Kategorien den administrativen Aspekt betreffen. Wir werden uns jetzt auf den politischen Aspekt konzentrieren. Konferenzen oder Treffen der Parlamentspräsidenten sind autonom, bzw. spielen eine übergeordnete Rolle gegenüber den anderen Formen der interparlamentarischen Beziehungen. Sie sind oft ein Forum der Debatte über die Richtungen der Entwicklung dieser Beziehungen. Manchmal ergreifen sie in dieser Hinsicht die Initiative. Die Schlussfolgerungen aus ihren Sitzungen haben formell keine Verbindlichkeit, sind aber angesichts ihres politischen Gewichts bedeutend. Die Treffen der Parlamentspräsidenten sind gegenüber den zwischen den Regierungen bestehenden Beziehungen generell autonom. Diese Treffen können ausschließlich für Parlamentspräsidenten bestimmt sein, oder aber berücksichtigen, dass die Parlamentspräsidenten von ihren Stellvertretern oder von anderen Mitgliedern der Parlamente repräsentiert werden.

**Ad 2.** Das charakteristische Merkmal dieser Kategorie der internationalen parlamentarischen Institutionen, welche die interparlamentarischen Unionen, Räte, Versammlungen, gemeinsame Ausschüsse, Vereine, Konferenzen und Foren einordnet, ist es, dass sie aus Vertretungen bestehen, die meistens gewählt werden und im Rahmen der Amtszeit bestimmter Mitgliedsparlamente unverändert bleiben. Die Zusammensetzungen dieser Vertretungen spiegeln meistens die politischen Paritäten wider. Die politische Repräsentativität der Vertretungen ist die Konsequenz des stärkeren Formalisierens der Organisationen und Arbeitsprozeduren der Institutionen dieser Kategorie: ihr Handeln stützt sich auf mehrseitige, bzw. zweiseitige Abkommen oder internationale oder auch interparlamentarische Verträge, sowie auf die inneren Arbeitsordnungen. Diese Institutionen entstehen meistens als Instrumente der übernationalen Integration um bestimmte Interessen, bzw. Werte herum. Ein Teil von ihnen bildet die parlamentarische Dimension der internationalen Regierungsinstitutionen und kontrolliert ihre Arbeiten.

**Ad 3.** Diese Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit betrifft die Konferenzen bzw. Treffen der Vorsitzenden oder Vertreter der miteinander korrespondierenden ständigen parlamentarischen Ausschüsse. Sie hat sich innerhalb der letzten zwanzig – dreißig Jahre in bezug auf das Vertiefen und Erweitern des Integrationsprozesses im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und dann der Europäischen Union entwickelt.

In den letzten Jahren hat sich vor allem in bezug auf die Arbeiten des Europäischen Konvents die Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen des Europäischen Parlaments und entsprechenden Ausschüssen der Parlamente

der Mitgliedsstaaten der EU entwickelt. Gegenwärtig wird sie in zwei Formen vollgezogen: als Gemeinsame Parlamentarische Treffen (Joint Parliamentary Meetings, JPMs) und Gemeinsame Ausschüsetreffen (Joint Committee Meetings, JCMs). Seit der zweiten Hälfte 2005 wird im Europäischen Parlament ein Entwurf von Netzen der Miteinander Korrespondierenden Ausschüsse (Corresponding Committee Network, CCN) der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgearbeitet.

Die Zusammenarbeit wird auch oft von den Ausschüssen der Parlamente der Mitgliedsstaaten, bzw. von den Ausschüssen der für den Eintritt in die EU (oder auch NATO) kandidierenden Staaten aufgenommen. Meistens sind das Ausschüsse für europäische Integration auf der subregionalen Ebene, z.B. des Mitteleuropas (Visegrad-Gruppe und Regionale Partnerschaft), oder im Balkangebiet.

**Ad 4.** Das charakteristische Merkmal dieser Kategorie der internationalen parlamentarischen (oder auch quasiparlamentarischen) Institutionen, welche die interparlamentarischen, bzw. parlamentarischen Organisationen, Konferenzen, Treffen, Netze [für Parlamentsmitglieder] versammelt, ist es, dass an ihren Treffen individuelle Parlamentarier teilnehmen, die nicht nach der politischen Parität, sondern nach individuellen Eigenschaften, Interessen oder Qualifikationen gewählt werden. Diese Institutionen charakterisieren sich durch im geringeren Maße gefestigte Rechtsgrundlagen des Handelns und durch das geringere Formalisieren der Organisation und der Arbeitsprozeduren, und man kann sich auch oft über sie nur schwer informieren. Im Falle einer solchen Institution fällt es schwer von der parlamentarischen Kontrolle der Exekutive zu sprechen, weil es an der politischen Repräsentativität fehlt.

Die internationalen parlamentarischen (oder auch quasiparlamentarischen) Institutionen dieses Typs begannen in einem Zeitraum von einigen zehn Jahren zu erscheinen. Ihre Bildung und der Anstieg ihrer Zahl stehen in hohem Maße in Zusammenhang mit dem Prozess der Globalisierung, mit der technologischen Revolution und mit dem Herauskristallisieren des Modells der postindustriellen oder auch der postmodernen Gesellschaft. Zu diesem Institutionstyp gehören: Parlamentarier für Globales Handeln (Parliamentarians for Global Action, PGA), Internationaler Parlamentarierverband für Informationstechnologie (International Parliamentarians' Association for Information Technology, IPAIT), etc.

Ein Teil der Formen der parlamentarischen Zusammenarbeit dieses Typs wird auch in Europa in Gebieten gegründet, wo es zu Spannungen und internationalen Konflikten kommt. Ihr Ziel besteht darin, die politische

Situation zu stabilisieren und die Grundlagen für weitere sozial-wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Sie nehmen oft die Form der interparlamentarischen Treffen auf der Ebene der Parlamentspräsidenten oder Ausschussvorsitzenden an. Beispiele dazu sind: Parlamentsforum Cetinje (Cetinje Parliamentary Forum), oder auch Südosteuropäischer Kooperationsprozess (Parliamentary Dimension of the South-East European Cooperation Process, SEECP). Solche Formen der Zusammenarbeit können zeitweilig sein – das betrifft nur die Transformationsdauer; sie können sich aber auch konsolidieren – so ist es zum Beispiel im Falle der parlamentarischen Dimension der Visegrad-Gruppe.

Die zweite Ebene dieser Klassifikation versammelt die zugeschickten Informationen zum Thema der interparlamentarischen Zusammenarbeit gemäß den geopolitischen Rahmen dieser Zusammenarbeit.

Es wurden zehn Stufen unterschieden, innerhalb deren sich die interparlamentarischen Beziehungen der europäischen Staaten, je nach den geopolitischen Rahmen dieser Beziehungen, entwickeln:

1. globale Beziehungen;
2. transatlantische Beziehungen;
3. paneuropäische Beziehungen;
4. subregionale Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Kontinents;
5. Außenbeziehungen der europäischen Staaten oder ihrer Gruppierungen;
6. Beziehungen oder *governance* im Rahmen der Europäischen Union;
7. subregionale Zusammenarbeit im Rahmen der EU;
8. Außenbeziehungen der Europäischen Union;
9. Innenbeziehungen im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS);
10. Beziehungen der außereuropäischen Staaten oder ihrer Gruppierungen zu den europäischen Staaten;

Die obige Klassifikation ist ein Abbild der internationalen Beziehungen *Anno Domini* 2006. Generell sind diese Beziehungen historisch bedingt und haben von der Natur her einen dynamischen Charakter. Bis zum Ende des Kalten Krieges (1989) entwickelten sich die interparlamentarischen Beziehungen in Europa nur innerhalb seines westlichen Teils: also der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA). Nach 1989 kam es zur globalen Expansion der parlamentarischen Demokratie vom Westen nach Osten und Süden, und das sowohl auf der nationalen Ebene, als auch auf der Ebene der übernationalen interparlamentarischen Beziehungen. Die Logik dieser Expansion in Europa spiegelte auf der übernationalen Ebene die natürliche Dominanz der Regierungen in den internationalen Beziehungen wider. Deshalb war die

interparlamentarische Zusammenarbeit meistens zweitrangig gegenüber der zwischen den Regierungen bestehenden Zusammenarbeit und bildete oft die parlamentarische Dimension dieser Letzteren. Manchmal erfüllte sie auch eine Mittlerfunktion beim Beilegen der Konflikte, oder beim Konfliktmanagement, z.B. im Balkangebiet.

Die bereits früher erwähnten geopolitischen Rahmen der interparlamentarischen Beziehungen in Europa entsprechen heutzutage den Gebieten der europäischen Integration, deren Treibräder die Europäische Union und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sind.

Die größte Intensität erreichten die interparlamentarischen Beziehungen im Rahmen der Europäischen Union, was sich zum Teil damit verbindet, dass die nationalen Parlamente einen Großteil ihrer Kompetenzen in Staatssachen verloren haben. Ihre heutige Aktivität auf der EU-Ebene kann als Suche nach neuem Platz innerhalb neuer EU-Architektur, oder auch innerhalb des neuen europäischen *governance* angesehen werden.

In der Anlage gibt es die Aufstellung der zugeschnittenen Antworten auf die Frage nach der Teilnahme der europäischen nationalen Parlamente an der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Diese Aufstellung beruht auf dem Sichüberschneiden der beiden vorher besprochenen Klassifikationen: gemäß den rechtlich-organisatorischen und geopolitischen Rahmen dieser Zusammenarbeit.

Auf der rechtlich-organisatorischen Ebene war die Zahl der Formen der interparlamentarischen politischen Beziehungen der europäischen Staaten in folgenden Bereichen am größten:

- interparlamentarische bzw. parlamentarische Organisationen, Vereine, Konferenzen, Treffen, Netze [für Mitglieder der Parlamente];
- interparlamentarische Unionen, Räte, Versammlungen, gemeinsame Ausschüsse, Vereine, Konferenzen, Foren;

Konferenzen oder auch Foren der Treffen der Parlamentspräsidenten gab es nahezu dreimal so wenig als die erste von den oben genannten Formen der interparlamentarischen Beziehungen der europäischen Staaten und zweimal so wenig als die Zweite. Konferenzen oder auch Foren der Treffen der Parlamentspräsidenten oder Vertreter der miteinander korrespondierenden ständigen parlamentarischen Ausschüsse gab es viermal so wenig als die erste von den oben genannten Formen und dreimal so wenig als die Zweite.

Auf der geographischen, bzw. geopolitischen Ebene war die Zahl der Formen der interparlamentarischen politischen Beziehungen der europäischen Staaten am größten:

- auf der subregionalen Ebene im Rahmen des europäischen Kontinents;

- im Rahmen der Außenbeziehungen der europäischen Staaten oder ihrer Gruppierungen;
- im Rahmen der Beziehungen von globaler Bedeutung;
- auf dem Gebiet der EU – als Ganzes und subregional, sowie
- im Rahmen der Außenbeziehungen der EU;

In der Anlage gibt es die Aufstellung der zugeschickten Antworten auf die Frage nach der Teilnahme der europäischen nationalen Parlamente an der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Diese Aufstellung beruht auf dem Sichüberschneiden der beiden vorher besprochenen Klassifikationen. Die Zahl der Formen der interparlamentarischen politischen Beziehungen der europäischen Staaten war in den Bereichen am Überschneiden folgender Kategorien am größten:

- interparlamentarische bzw. parlamentarische Organisationen, Vereine, Konferenzen, Treffen, Netze [für Mitglieder der Parlamente] und Außenbeziehungen der europäischen Staaten oder ihrer Gruppierungen (11 Verbindungen);
- interparlamentarische Unionen, Räte, Versammlungen, gemeinsame Ausschüsse, Vereine, Konferenzen, Foren und die subregionale Zusammenarbeit im Rahmen des europäischen Kontinents (10 Verbindungen);
- interparlamentarische bzw. parlamentarische Organisationen, Vereine, Konferenzen, Treffen, Netze [für Mitglieder der Parlamente] und globale Beziehungen (10 Verbindungen).

Sehr geehrte Damen und Herren!

Beim Vorbereiten der Synthese der Antworten auf die Fragen der Umfrage zur mehrseitigen interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa tauchten folgende Probleme auf:

1. Übersetzungen mancher Bezeichnungen der Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (z.B. aus dem Russischen ins Englische) waren manchmal unpräzise, was ihr Identifizieren und Verifizieren erschwerte.
2. Probleme mit der Terminologie:
  - Fehlen homogener Nomenklatur,
  - in entstellter Form angegebene Bezeichnungen mancher Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (manchmal dieselben Formen der Zusammenarbeit verschieden benannt),
  - ähnliche Bezeichnungen verschiedener Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (z.B. in bezug auf die mittelländische Zusammenarbeit);



3. vorläufiger Charakter mancher der gegründeten interparlamentarischen Strukturen;
4. unklarer Status mancher Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (selbst wenn bestimmte Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit innerhalb vieler Jahre entwickelt wird, kann das Fehlen ihres sogar geringen Institutionalisierens dazu führen, dass diese Form schnell ungültig wird);
5. Fehlen scharfer Bewertungsmaßstäbe, was man schon als feste Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit anerkennen kann, und was noch nicht;
6. unklares Mandat mancher Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit: wen, bzw. was sie repräsentieren – welcher Art ist ihre Legitimation (ihr Bezeichnen als „demokratische“ Legitimation ist manchmal schwer zu operationalisieren);
7. unverbindliche Formen der Mitgliedschaft im Rahmen mancher Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (unverbindliche Versammlungen der Parlamentarier, unverbindlich behandelt durch die nationalen Parlamente);
8. wenig messbare Effekte der Tätigkeit im Rahmen mancher Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit;
9. Gebrauchen einer gemeinsamen Bezeichnung für verschiedene Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (Treffen der Parlamentspräsidenten, Ausschüsse, Parlamentarierinnen etc.). Das betrifft vor allem Südosteuropa. Ein so großes Gebiet bezeichnet z.B. der Name *Parlamentsforum Cetinje*, oder auch *Südosteuropäischer Kooperationsprozess*.

Anhand der Analyse des im Rahmen der Umfrage gesammelten Materials zum Thema der mehrseitigen interparlamentarischen Beziehungen in Europa kann man folgendes schlussfolgern:

1. Die Notwendigkeit des Vorbereitens einer Aufstellung und Klassifikation der bestehenden Formen der interparlamentarischen Beziehungen, an denen die Parlamente der europäischen Staaten beteiligt sind, wird bestätigt. Diese Klassifikation wird ein Ausgangspunkt eventueller Bewertung der Rationalisierung oder auch Funktionalität dieser Beziehungen in bezug auf zwei Faktoren: die beschriebene Vielfalt und Verschiedenheit dieser Beziehungen, insbesondere im Rahmen der internationalen parlamentarischen (oder auch quasiparlamentarischen) Institutionen mit den im geringeren Maße gefestigten Rechtsgrundlagen des Handelns und mit geringerem Formalisieren der Organisation und der Arbeitsprozeduren, und auch in Bezug darauf, dass man sich oft über sie nur schwer informieren

- kann. Diese Aufgabe sollte auf der Ebene der parlamentarischen Verwaltungen oder auf der Expertenebene gelöst werden.
2. Die terminologischen Probleme, die beim Vorbereiten der Antworten auf die Umfrage auftauchten, zeigen die Notwendigkeit des Vereinbarens einer Bezeichnung für alle bestehenden Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Man sollte es auch zu einem Grundsatz machen, dass alle Bezeichnungen der einzelnen Formen der interparlamentarischen Beziehungen in englischer Sprache, als Standardsprache, genannt werden, und diese Bezeichnungen sollten aus dem Englischen in andere Sprachen übersetzt werden.
  3. In bezug auf die Schwierigkeiten mit dem Zugang zu Informationen, auf die man beim Vorbereiten der Antworten auf die Umfrage stieß, scheint das Postulat richtig zu sein, damit alle internationalen parlamentarischen Institutionen in Europa auf ihren Internetseiten die Informationen zum Thema der Rechtsgrundlagen ihrer Tätigkeit (darunter auch Ziele, oder auch Missionen), der Arbeitsordnung, der Wahl der Mitglieder, eigener Geschichte (wann und in Zusammenhang mit welchen Ereignissen sie gegründet wurden), sowie der Effekte ihrer Tätigkeit enthalten. Das würde die Transparenz ihrer Arbeit erhöhen;
  4. Wegen der erwähnten Vielfalt und Verschiedenheit der Formen der interparlamentarischen Beziehungen, an denen die Parlamente der europäischen Staaten beteiligt sind, ist die Wahl der entsprechenden Kriterien der Klassifikation, die das richtige Gewicht einzelnen Formen dieser Beziehungen zuschreiben lassen, eine entscheidende Sache. Diese Kriterien der Klassifikation sollten an die neue internationale und geopolitische Situation in Europa angepasst sein, als auch die neuen interparlamentarischen Strukturen berücksichtigen, die nach 1989 ins Leben gerufen wurden;
  5. Das Ausarbeiten der Maßstäbe der übernationalen parlamentarischen Demokratie, nach dem Modell der oft in bezug auf die nationalen Staaten formulierten Maßstäbe, scheint auch wichtig zu sein. Das Thema der europäischen Demokratie stand im Rahmen des Europäischen Konvents zur Debatte, und steht immer noch auf dem Forum der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten, sowie in akademischen Kreisen zur Debatte. Sie übergeht jedoch meistens die nationalen Parlamente. Sie spiegelt sich auch nicht in Anweisungen oder Richtlinien wider. Es ist auch nicht ganz klar welche parlamentarische Körperschaft diese Richtlinien autorisieren sollte.

6. Es scheint die Bestimmung wichtig zu sein, welche unter den europäischen interparlamentarischen Versammlungen auf der politischen Ebene koordinierende Funktionen gegenüber den anderen Strukturen dieser Zusammenarbeit innehaben sollte. Seit Juli 2004, in Anlehnung an Richtlinien zur interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU, trägt die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments die Verantwortung für „die Aufsicht über die Koordination von interparlamentarischen Tätigkeiten der EU“. Es würde die Entscheidung berechtigt, ob in bezug auf die interparlamentarischen Beziehungen im Rahmen des ganzen Europas eine vergleichbare Koordination benötigt wird und welche parlamentarische Institution eine solche koordinierende Rolle ausüben könnte.

Angesichts dessen, was ich bis jetzt gesagt habe, bedürfen folgende Angelegenheiten, welche die mehrseitige interparlamentarische Zusammenarbeit in Europa betreffen, weiterer Erklärung:

1. Ergänzen der Informationen von den Antworten aus den Parlamenten, die auf die Fragen der Umfrage noch nicht geantwortet haben, um ein vollständiges Bild der interparlamentarischen Zusammenarbeit zu haben, für die sich die Parlamente der europäischen Staaten engagieren;
2. die von den Befragten durchgeführte Verifikation der gegebenen Antworten: ob sie richtig im beigelegten Sammelbogen klassifiziert wurden?;
3. in bezug auf die Konferenzen bzw. Treffen der Parlamentspräsidenten scheint das Erhalten der Information über den Status der Parlamentspräsidenten in einzelnen Parlamenten Europas wichtig zu sein: in welchen Parlamenten befinden sie sich zugleich an der Spitze ihrer Parteien und in welchen Parlamenten werden sie über politische Antagonismen gestellt;
4. Informationsfluss aus den Treffen der interparlamentarischen Foren in die nationalen Parlamente und Einfluss solcher Informationen auf die Arbeiten und Entscheidungen dieser Parlamente;
5. die Art und Weise der Wahl der Parlamentarier, die an den Treffen der interparlamentarischen Foren teilnehmen sollten;
6. Rechtsgrundlagen und Ordnungen der einzelnen interparlamentarischen Foren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Ich bedanke mich bei Herrn Puzyna für die Erinnerung an wichtige Jahrestage, die wir in der Zeit unseres Treffens in Warschau begehen werden: der 8. und 9. Mai sind sehr wichtige Daten in der Geschichte gegenwärtigen Europas. Ich danke noch einmal für die Erinnerung an sie. Bevor ich das Wort Herrn Kieniewicz erteile, eine kurze Bemerkung, die Ihre Aussage bzw. Schlussbemerkungen betrifft. Als Sie über die Vorbereitung einer genauen Beschreibung und eines Rapports zu den existierenden interparlamentarischen Gremien gesprochen haben, ist mir eine Frage aufgefallen: wäre der polnische Senat nicht bereit, so einen Rapport zu erstellen, nachdem ein guter Anfang mit dem Fragebogen und den von den nationalen Parlamenten zugeschickten Antworten gemacht wurde? Hier danke ich allen, die die Antworten auf die dort gestellten Fragen geschickt haben. Der nächste Schritt in dieser Prozedere, meine Frage an den polnischen Senat: wollen Sie das fortsetzen?

Sie haben auch die Terminologie angesprochen und die damit verbundenen Probleme. Sie haben uns einen interessanten Vorschlag vorgestellt, damit die Urfassung aller Fremdnamen in der englischen Sprache verfasst wird. Ich kann ja verstehen, in der Periode der Globalisierung, wenn wir nur das Wort aussprechen, haben wir Assoziationen zur englischen Sprache, aber ich bin nicht sicher, ob alle Anwesenden hier im Saal damit zufrieden werden. Wir sollen äußerst vorsichtig sein, wenn wir sagen, dass Englisch ein Anfang für alles sein soll. Ich weise Sie nur darauf hin, dass wir hier auch andere Sprachen haben und nicht nur Englisch sprechen müssen. Was aber die Standards der übernationalen Demokratie anbetrifft – wer sollte sie festlegen? Wer soll die Quelle der grundlegenden Information für alle sein? Weitere interessante Frage. Ich hoffe, dass Sie zu diesem Vorschlag Stellung nehmen werden, ob die Standards von oben geregelt werden sollen und ob dieser Prozess fortgesetzt werden soll, wenn es eigentlich keine festgelegten Standards, die für alle parlamentarischen Versammlungen in Europa gelten, gibt. Das ist ein Thema zu Diskussion. Ich hoffe auch, dass Sie diese Probleme in unserer Diskussion ansprechen werden. Danke noch einmal für das Referat, für die Erfüllung einer schwierigen Aufgabe der Klassifizierung und des Vergleichs aller existierenden Versammlungen.

Jetzt habe ich die Freude, das Wort Herrn Kieniewicz aus der Kanzlei des Sejms zu erteilen.

LESZEK KIENIEWICZ

Chef der Sektion für Europäische Union  
in der Kanzlei des polnischen Sejms

---

## Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in der EU als Instrumente der Außenpolitik der Mitgliedstaaten der EU und der Politik der internationalen Beziehungen der EU; Beschreibung und Versuch einer Systematisierung

Ich möchte mich für die Einladung zur Teilnahme an dieser Konferenz sehr bedanken. Sie ist, meiner Meinung nach, nicht von so großer Bedeutung wie das heutige Treffen der Parlamentarier in Brüssel, das sich mit dem Thema der Zukunft Europas befasst, aber vielleicht wird sie, zumindest für uns hier, interessanter sein.

Ich befinde mich hier in einer komfortablen Situation, weil nach hervorragender Rede von Herrn Kjell Torbiörn, der uns einen großartigen historischen Abriss der interparlamentarischen Versammlungen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg geschildert hat, und nach der Präsentation der Ergebnisse der mühseligen Arbeit von Herrn Stanisław Puzyna, kann ich mir erlauben, das so sehr umfangreiche Thema ein bisschen lockerer zu behandeln.

Eine Beschreibung und ein Systematisierungsversuch werden von mir erwartet. Meine Rede verbindet also die kritische Beschreibung mit eigener Systematisierung.

Zuerst sollten wir darauf schauen, was in Wirklichkeit übernational und zugleich parlamentarisch ist: Vor allem können das Parlamente sein und nach 1979 ist das selbstverständlich das Europäische Parlament. Ferner haben wir Versammlungen, also Gebilde, die als Folge vom Sichkonstituieren der durch die nationalen Parlamente gewählten Vertretungen entstehen.

Das dritte Beispiel betrifft die horizontalen Strukturen, also Kongregationen in der Art von der COSAC, oder auch des Ausschusses der Regionen (vielleicht am interessantesten).

Schließlich haben wir auch die Vereinigungen, also mit anderen Worten, Konventikel, mit denen man sich nur schwer beschäftigen kann, weil das oftmals Gebiete der individuellen Aktivität mancher Parlamentarier oder Parlamente sind. Der Parlamentarismus wird im Allgemeinen ein sehr leichter und dankbarer Gegenstand des Spottes von verschiedenen Seiten. Wahrscheinlich nur das Europäische Parlament, das jeden Monat nach Straßburg verreist, kommt häufiger ins Gerede.

Die parlamentarischen Versammlungen sind äußerst leicht einzuleiten, zu initiieren. Es reicht aus, wenn wir am Ende einer mehr oder weniger gelungenen Konferenz den Punkt hinzufügen: Datum und Ort des nächsten Treffens. Es kommt manchmal vor, dass die Konferenzen selbst von ihren Initiatoren vergessen werden. Die Konferenzen leben dann weiter mit ihrem eigenen Leben. Übrigens, kostet der Unterhalt solcher Körperschaften nicht zu viel Geld. Die Gründung interparlamentarischer Versammlungen, oder auch die Berufung einer parlamentarischen Dimension sind die Sachen, die man, wie es scheint, jeder Zeit machen kann. Den Regierungskörperschaften oder auch den internationalen Organisationen scheint es, dass das nie jemandem schaden kann.

Es gibt viele internationale Organisationen, die eine mehr oder weniger offizielle parlamentarische Dimension haben. Es gibt viele, aber was noch schlimmer ist, sind sie immer zahlreicher. Wir haben zum Beispiel die Vereinten Nationen und die Welthandelsorganisation. Hier versucht glücklicherweise die Interparlamentarische Union die Aufgabe zu bewältigen und sogar das Europäische Parlament räumt ihr das Recht auf das Handeln in diesem Bereich ein, wovon auch der neuste Bericht vom Abgeordneten Georgios Papastamkos zeugt.

Es gibt auch scheinbar wichtige und seriöse Organisationen, wie zum Beispiel das Asien-Europa-Treffen, deren Existenz wahrscheinlich weder der Bericht von Thierse noch die zahlreichen an das EZPWD gerichtete Anfragen nachweisen. Und gerade am 4. oder 5. Mai endete in Helsinki das vierte Treffen dieser Organisation unter dem Motto: *Asia-Europe Parliamentary Partnership Meeting*. Ich erinnere mich, dass durch meine Hände die Einladung zum, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, vorletzten Treffen ging und ich glaube, dass es viele Parlamentarier gab, die sich der Einladung in die Hauptstadt Vietnams nicht erwehren konnten.

Ich werde jetzt für eine Sekunde zur Beschreibung übergehen: daraus, was ich bereits gesagt habe, folgt ganz klar, dass wir in den internationalen

Versammlungen, vom Standpunkt der Psychologie aus, mit zwei Erscheinungen zu tun haben. Einerseits machen sich in ihren Rahmen die Frustrationen der nationalen Parlamentarier der Europäischen Union freien Lauf, die bemerken, dass sie immer mehr Sachen verpassen und immer mehr Probleme auf der gemeinschaftsweiten Ebene gelöst werden. Andererseits überlappen sich die Ambitionen der Parlamentarier derjenigen Länder, die sich noch nicht in der Europäischen Union befinden und in denen sich viele sehr kompetente oder sogar hervorragende Parlamentarier lieber auf der übernationalen Ebene verwirklichen oder auch wegen ihrer politischen oder sprachlichen Kompetenzen stets auf solch eine Ebene delegiert werden.

In einer der Antworten auf den von Wolfgang Thierse verschickten Fragebogen fand sich ein Vorschlag aus Luxemburg, dass eigentlich möglich viele Parlamentarier an den interparlamentarischen Versammlungen teilnehmen sollten, weil das ihnen einfach gut tun wird und einfach nützlich ist. Von diesem Standpunkt aus sollte man also den gesamten übernationalen Parlamentarismus auf irgendeinen Erasmus oder Jugendaustausch zurückführen.

Es gibt noch eine Schattenseite dieser ganzen Erscheinung, und zwar, dass die nationalen Parlamente durch die übernationale Ebene gewissermaßen behindert werden. An ständigen Delegationen und zahlreichen Konferenzen, die bald regelmäßig werden, nehmen einfach sehr wertvolle Parlamentarier teil. Das betrifft insbesondere diese Foren, oder Organisationen, die aus finanziellen oder anderen Gründen keine Dolmetscher beauftragen. Die Parlamentarier, welche die Sprachen kennen, reisen aus oder sogar die ganze Zeit auf Reisen sind. Es ergibt sich so, dass genau die gleichen Personen, die verreist sind, einen sehr positiven Einfluss auf den Arbeitsablauf in eigenen Parlamenten haben könnten. Was noch schlimmer ist, dass manche große Parlamente in der Praxis sehr klein sind. Man kann sich vorstellen, dass ein aus mehreren hundert Personen bestehendes Parlament alle möglichen parlamentarischen Versammlungen zu steuern im Stande ist. Wenn wir jedoch die Zahl der Abgeordneten zusammenzählen, die locker diskutieren oder in einer fremden Sprache verhandeln, stellt sich heraus, dass dieses Parlament kleiner als das Parlament von Luxemburg ist.

Welche Versuche gibt es also, um diese Situation zu normalisieren oder um diesen Wirrwarr von Initiativen und Handlungen zu ordnen?

Die erste Sache, die ich als Praktiker beobachte, ist das Anziehen von zwei oder manchmal drei „Mützen“. Zum Beispiel jetzt in Brüssel auf dem Treffen über die Zukunft Europas ist der Chef der Vertretung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zugleich der Chef der Vertretung der Nationalversammlung der Türkei. Man schickt also eine Person statt zwei.

Eine andere Methode ist das Verbinden von einigen Anlässen, wie zum Beispiel gegen Ende dieses Monats. In Tallin und Helsinki wird eine Besetzung der Parlamentarier an zwei wichtigen interparlamentarischen Ereignissen teilnehmen (das Treffen der Parlamentspräsidenten des Europarates und die Feierlichkeiten zum hundertjährigen Jubiläum des finnischen Parlaments [Eduskunta]). Auch das Verbinden von Treffen auf der höchsten Ebene, das bedeutet, der Parlamentspräsidenten mit den Treffen der Chefs der Kanzleien, ist auch nützlich, weil sie oft sowieso zusammen reisen und das sicherlich eine Ersparnis an Zeit und Kosten ist.

Eine andere Methode ist die Bestimmung der Ebene, oder der Art der Initiative. Es gibt nämlich übernationale Initiativen, vor allem regionale innerhalb der Europäischen Union, die nur für die höchste Ebene, so wie zum Beispiel für die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments, oder auch für die Regionale Partnerschaft oder nur für die Ausschussebene vorbehalten sind. Und hier haben wir im Prinzip die Visegrad-Gruppe, oder auch die Treffen der Ausschüsse für die Angelegenheiten der Europäischen Union von drei baltischen Ländern und Polen.

Ich versuche hier den Wirrwarr von diesen Angelegenheiten zu schildern und darauf aufmerksam zu machen, dass wir den Stier bei den Hörnern fassen müssen, weil, um von Europa zu sprechen und darüber nachzudenken, was daraus folgt, muss man irgendwelche Kategorien auszuarbeiten, die uns ermöglichen, diese Angelegenheiten in gewisser Ordnung zu systematisieren. Denn in diesem Augenblick sind wir in einer solchen Situation, dass entweder alles keinen Sinn ergibt oder wir verstehen das nicht.

Wieder zur Systematisierung übergehend möchte ich hier zwei parallele Systematisierungen vorschlagen. Die Erste nach der Besetzung dieser Versammlungen und die Zweite nach der Repräsentationstheorie, die hinter ihnen steht. Man kann natürlich diese Initiativen, Versammlungen, übernationalen Parlamente und Konferenzen nach ihrem Kompetenzbereich, nach dem Mandat ordnen, das ihre Mitglieder erhalten haben. Dieses Mandat ist aber in der Regel unklar und sehr schwach.

Ich lasse alle individuellen Initiativen auf der Seite. Diese Initiativen sind in diesem Sinne individuell, weil sie im Interesse eines Mitgliedsstaates gegründet wurden, und es ergibt sich so, dass das in der Regel ausgerechnet derjenige Mitgliedsstaat der Europäischen Union ist, der einfach dadurch eine komfortable Position gegenüber den Staaten, die nicht zur Europäischen Union gehören, oder gegenüber den außereuropäischen Staaten erlangt. Wir haben hier also das Commonwealth of Nations, das ein völlig getrenntes



Kapitel ist, obwohl das eine mächtige Versammlung ist, verschiedene parlamentarische Versammlungen der Orthodoxie, der Frankophonie, der portugiesischen Sprache usw.

Wiederum im Hinblick auf die Besetzung haben wir vier Beispiele: es gibt Versammlungen, an denen alle Mitglieder der Europäischen Union teilnehmen. Dazu gehören zum Beispiel: die Parlamentarische Versammlung des Europarates, der OSZE, die Interparlamentarische Union. Ferner haben wir die Versammlungen, an denen nur die Mitglieder der EU teilnehmen, aber noch nicht die EU selbst (die EU nimmt selbst noch nirgendwo teil – aber ich komme noch darauf zu sprechen). Und so haben wir die EU-Mitglieder in der NATO, in der Westeuropäischen Union, im Nordischen Rat, in der Parlamentarischen Konferenz für Zusammenarbeit im Ostseeraum, in der Parlamentarischen Versammlung der Zentraleuropäischen Initiative, und schließlich in der Polnisch-Ukrainischen Abgeordnetenversammlung sowie in der Litauisch-Ukrainischen Abgeordnetenversammlung, usw.

Das dritte Beispiel betrifft diese Versammlungen, die nur aus den Mitgliedern der Europäischen Union bestehen. Das sind meistens die regionalen Initiativen, wie zum Beispiel die Versammlung der Parlamente der Beneluxstaaten, die Treffen der Ausschüsse der Staaten der Visegrad-Gruppe, die Baltische Versammlung (besteht aus Litauen, Lettland und Estland) und auch die Regionale Partnerschaft sowie die Polnisch-Litauische Abgeordnetenversammlung.

Zwei Beispiele benötigen ein näheres Betrachten. Das erste Beispiel ist die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer, die deswegen so ungewöhnlich ist, weil sie drei Arten der Teilnehmer hat: die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die nationalen Parlamente außerhalb der Europäischen Union und das Europäische Parlament. Die Versammlung vereint drei Interessen: von der EU, von den arabischen Staaten und von Israel. In dieser Besetzung soll sie alle für die EU wesentlichen Angelegenheiten erledigen: die Beziehungen zu den islamischen Staaten, darunter vor allem das Thema der Migration, und der Frieden im Nahen Osten. Bis zu diesem Zeitpunkt gelingt das nicht so ganz.

Das zweite interessante Beispiel ist die Parlamentarische Konferenz für Zusammenarbeit im Ostseeraum. Dieses Beispiel ist deshalb so interessant, weil wir im Rahmen dieser Organisation die parlamentarischen, oder manchmal quasiparlamentarischen sowie kommunalen Vertretungen von fünf Ebenen haben – von den interparlamentarischen Versammlungen und dem übernationalen Parlament über die nationalen Parlamente und Landtage bis zu den lokalen kommunalen Körperschaften, wie die Vertretungen von Karelien und Kaliningrad.

Wie nehmen all diese Handlungen, all diese Anstrengungen, an der Außenpolitik der Europäischen Union teil? Selbstverständlich so, wie sie sich das vorstellen. Sie sind vor allem bei der Debatte über das Mitbegründen der Außenpolitik der EU nützlich. Ein charakteristisches Merkmal ist es, dass das zentrale Objekt der Arbeit der Parlamentarier immer das Mitglied der Versammlung ist, das außerhalb der EU ist. Das bedeutet, dass die OSZE in sich einen Bestandteil der Präsenz von zwei (oder einundeinhalb) Großmächten enthält. Mitglieder sind sowohl die Amerikaner als auch die Russen. Im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Konferenz ist vor allem die arabische Welt zu sehen, also die südlichen Küsten des Mittelmeeres. Im Europäischen Wirtschaftsraum versuchen die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEPs) mit den Norwegern und Isländern zusammenzuarbeiten. Die Ostseekonferenz hat wiederum zum Ziel, Russland und Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die den Status des Beobachters haben, in die europäische Zusammenarbeit einzubeziehen oder all diese Staaten unter Druck zu setzen.

Die EU-Versammlungen sollen überprüfen, ob die künftigen Mitglieder oder die aktuellen Nachbarn der EU zur Zusammenarbeit fähig sind. Das wird langsam zu einem Teil des neuen Beitrittskriteriums, und zwar zum Kriterium der Fähigkeit zur Integration. Die EU ist natürlich bereit nur denjenigen aufzunehmen, der eine elementare Fähigkeit zur Zusammenarbeit zeigt.

Schließlich stehen die übernationalen und interparlamentarischen Versammlungen unter Beteiligung der EU in Konkurrenz um das Angebot, das die EU allen Staaten zur Verfügung stellt. Das ist das Angebot der Vereinigung, also offiziellen Beziehungen, oder sogar der Mitgliedschaft.

Es ist charakteristisch, dass viele Versammlungen, die im Rahmen der EU entstanden sind, das Hinausgehen aus ihren Strukturen anstreben. An dieser Stelle sollte man vor allem an die Initiativen des polnischen Sejms und Senats erinnern. Wir haben mit der polnisch-litauischen Versammlung begonnen, und jetzt gehen die beiden Länder nach außen und bilden ähnliche Abgeordnetenversammlungen mit der Ukraine, und dann sogar dreiseitige polnisch-litauisch-ukrainische Abgeordnetenversammlungen. Vielleicht bilden sie in der Zukunft auch Versammlungen mit dem Weißrussland.

Welche Methoden der Koordination können wir, vom Standpunkt der Europäischen Union aus, in Rahmen all dieser Versammlungen beobachten? In den Antworten auf die Umfrage, die vom Herrn Präsidenten Thierse verschickt wurde, habe ich das ungarische Postulat gefunden, nach dem es nämlich so sein sollte, dass die Parlamentarier oder die Vertretung des Staates, der aktuell die Präsidentschaft ausübt, die führende Rolle in den Versammlungen übernehmen

sollte. Ich muss sagen, dass aus meinen Beobachtungen hervorgeht, dass das schon seit langem üblich ist. Wenn es solch eine Konferenz oder globale Versammlung, wie 1994 die UN-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, und dann in Peking, oder auch einen Erdgipfel gibt, sind die europäischen Parlamentarier ziemlich ruhig und realisieren ihr touristisches und privates Programm, weil sie wissen, dass die Präsidentschaft dafür ist, sich in ihrem Namen zu äußern. Mehr noch: das macht auf alle Abgeordneten einen sehr guten Eindruck, dass wir so hervorragend organisiert sind und so viel Vertrauen zueinander haben, das natürlich damit wächst, je weiter wir uns von unserem Zuhause befinden.

Die zweite Methode der Koordinierung ist selbstverständlich diese, die dem Europäischen Parlament am besten gefällt, und zwar nach dem europäischen Parteischlüssel. Der stellvertretende Präsident des Europäischen Parlaments, McMillan-Scott, schlug in letzter Zeit vor, damit sich auch die Mitglieder in der Europa-Mittelmeer-Konferenz nach dem Parteischlüssel setzen und sah darin ein Mittel, das verhelfen würde, aus der Sackgasse herauszukommen und die Arbeiten dieser Versammlung voranzutreiben.

Was ist charakteristisch für die parlamentarischen Versammlungen? Sie alle träumen vor allem davon, dass es irgendeine gesetzgebende oder regierende Gewalt gäbe, die ihnen gegenüber politisch verantwortlich wäre. Das kommt jedoch leider in keinem Fall vor. Selbstverständlich ist auch der Rat der Europäischen Union keiner Körperschaft gegenüber politisch verantwortlich. Auch das große Europäische Parlament erleidet Niederlagen, wenn man zum Beispiel seinen Vertretern die Teilnahme an den Arbeiten verschiedener Agenden der Welthandelsorganisation verweigert, wie das beispielsweise in der Sitzung der Komitee 133 in Genf der Fall war.

Was ist für die Parlamentarier die Hauptattraktion, wenn es sich um politische Seite der Teilnahme an solchen Sitzungen handelt? Es ist die Gelegenheit, dass die Parlamentarier eines Staates die Minister anderer Länder ins Kreuzverhör nehmen. Und eben das ist ein Aspekt oder eher eine Möglichkeit, welche die Vertreter der gesetzgebenden Gewalt besonders nicht leiden können, denn sie wissen nicht, was sie von einem Parlamentarier eines anderen Staates erwarten können, der mit unerwarteten, unvereinbaren und ausfallenden Fragen auftreten kann. Das ist ein großer Vorteil der parlamentarischen Versammlungen. Und natürlich die Veranstalter der Konferenzen, wenn die Konferenzen Reihe nach in einzelnen Sitzen der Parlamente stattfinden, sind in der Regel imstande, zur Anwesenheit der Vertreter eigener Regierung zu führen, besonders wenn sie die Präsidentschaft ausüben. Aber schon die Europäische Kommission ist streng bemüht in die Schusslinie nicht zu geraten. So war es zum Beispiel auf der letzten Konferenz

der COSAC, als sich der stellvertretende Generaldirektor, ein Vertreter der Europäischen Kommission von höchstem Rang, auf das Vorlesen seiner Rede beschränkte und verließ die Konferenz ohne jemanden eine Gelegenheit zu geben, ihn nach irgendwas zu fragen.

Die nächste wichtige Sache ist die elementare Koordination, d.h. diese, die die Gründung von zwei Europa-Mittelmeer-Konferenzen verhindert, einer im Rahmen der Europäischen Nachbarschafts- und Mittelmeerpolitik und zweiter im Rahmen des Systems der Interparlamentarischen Union, denn das wäre schon wirklich eine verrückte Idee.

Es scheint, dass man im Lichte dessen, was ich gesagt habe, oder dessen vielleicht, was ich in Erinnerung brachte, denn – wie ich glaube – wir alle haben ähnliche Eindrücke, annehmen kann, dass man die bereits bestehenden Versammlungen weder ändern, noch reformieren kann. Und an dieser Stelle war die Ratlosigkeit der Arbeitsgruppe in Kopenhagen der beste Beweis dieses Sachverhalts. Sie war sich dessen bewusst, dass, wenn auch konkrete Lösungen vorgeschlagen würden, würden sie auch nie eine politische Unterstützung finden, und dass niemand auf dem politischen Forum mit einem Vorschlag der Beseitigung oder Verbindung von irgendetwas kommt. Das sind zu heikle und zu wichtige Fragen.

Es scheint auch, dass man trotzdem das Verbot der Gründung neuer interparlamentarischen Versammlungen bekannt geben könnte, so wie man auch die Emission des ungedeckten Geldes vermeiden sollte.

Noch ein paar Worte über das Reformieren: solange die Europäische Union nicht imstande ist, zu einer Einigung im Sicherheitsrat der UNO zu kommen, solange wird es schwierig sein, die interparlamentarischen Versammlungen zu reformieren. Solange sich das Europäische Parlament jeden Monat nach Straßburg begeben muss, solange erwartet man vergebens von den Körperschaften, die kleiner und weniger wichtig als das Europäische Parlament sind, ein größeres Bemühen zugunsten der Veränderungen. Es scheint mir aber, dass es eine Möglichkeit gibt, wie man aus der konstitutionellen Sackgasse herauskommt und allmonatliche Sitzungen des Parlaments in Straßburg vermeiden kann. Und zwar: wenn die MdEPs aufhören würden, sich in die Sitzungen des Europäischen Parlaments zu begeben, dann gäbe es wahrscheinlich kein Quorum und die Tagungen würden eines natürlichen Todes sterben.

Das ganze System der ausländischen Kontakte dreht sich um das Europäische Parlament. Im Moment gibt es etwa fünfunddreißig ständige Delegationen, von der schon erwähnten Europa-Mittelmeer-Konferenz, über parlamentarische gemeinsame Ausschüsse, bis zu den Treffen mit den Ländern

von Afrika, Pazifik und von der Karibik. Vielleicht werden wir bald noch die Schengener parlamentarische Dimension haben.

Zu welchem Zweck dienen all diese Delegationen? Natürlich bilden sie oft die parlamentarische Dimension irgendeiner Formel der Strukturbeziehungen zu bestimmten Ländern oder Organisationen. Sie dienen der Diskussion, dem Überblick der politischen Situation, der Verbreitung der Einflüsse, und sogar in bestimmten Ländern dem Legen der Parteigrundlagen nach europäischem Muster, besonders in kandidierenden oder angrenzenden Ländern. Die politischen Folgen einer solchen Arbeit sind jedoch gering. Die Delegation des Europäischen Parlaments wird sich nie von der aktuellen Position des Europäischen Parlaments unterscheiden. Das ist die Grenze, die – mindestens in den geschriebenen Dokumenten – die durch das Parlament mitbegründeten Körperschaften nie passieren werden.

Eine interessante Sache ist es, dass das Europäische Parlament vielleicht noch besser als das Commonwealth of Nations die Interessen der ehemaligen Kolonien der Mitgliedsländer repräsentiert. Auch hier gibt es das nationale Element, das, wie es scheint, im Europäischen Parlament rein theoretisch abwesend ist. Indem das Europäische Parlament alle seinen Delegationen beruft, handelt es wie ein Parlament eines Staates, das die zwei- oder mehrseitigen parlamentarischen Versammlungen in der traditionellen Form beruft. Wenn wir schon vom nationalen Element im Europäischen Parlament sprechen, dann tritt in den Sitzungen solch eine Erscheinung auf, dass es sich z.B. während der Tagung des Wirtschaftsausschusses der Europa-Mittelmeer-Konferenz in Lissabon, wo die Delegation des Europäischen Parlaments und die Delegationen der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten anwesend waren, ergab, dass die Repräsentationen völlig national komplementär waren. Das heißt, wenn ein Mitgliedsstaat sein Mitglied in der Besetzung der Delegation des Europäischen Parlaments hatte, schickte er keine nationale Delegation mehr. Wir haben also schon wieder zwei „Mützen“ und auf diese Art und Weise das Rationalisieren der Teilnahme an solchen Initiativen.

Um das Thema der Systematisierung zu beenden, sollten wir zwei Sachen bemerken: Wir haben ein System der interparlamentarischen Versammlungen, die nach dem Jahre 1989 aufgeblüht sind, vor allem deswegen, weil der eiserne Vorhang gefallen wurde und neue Mitglieder ankamen, die im Stande waren, an der internationalen parlamentarischen Zusammenarbeit teilzunehmen, welche die europäischen politischen und zivilisatorischen Standards erfüllte. Gleichzeitig haben wir ein zweites System, das des Europäischen Parlaments, das seit 1979 gebaut wurde, und das auf der übernationalen Repräsentation und ihren zweiseitigen Kontakten beruht.

Nun ein paar Bemerkungen zur Einteilung der übernationalen Initiativen nach dem Kriterium der Repräsentationsformen. Wir haben eine indirekte Repräsentationsform, die Repräsentation nach dem Schlüssel, also die horizontalen Strukturen, und eine direkte Repräsentation, also genau solch eine, mit der wir im Europäischen Parlament zu tun haben. Es gibt eine ganze Reihe der gemischten Formen, aber meiner Meinung nach sind sie nicht so interessant, um sich mit ihnen in diesem Augenblick zu befassen. Für die indirekten Repräsentationsformen sind die ständigen parlamentarischen Delegationen charakteristisch und ausschlaggebend, die sich vor allem der Sache rühmen, dass sie mit Behalten der politischen Parität gebaut werden, die für die Behörde typisch ist, die sie aufstellt. Übrigens stellt das Europäische Parlament auch gegenüber den Subjekten, die sich nicht in der Europäischen Union befinden, Delegationen zusammen, die bei den Arbeiten an den inneren Angelegenheiten oder im inneren Leben des Parlaments eine Funktion des Quasi-Unterausschusses für Angelegenheiten eines bestimmten Landes oder einer bestimmten Region erfüllen, ohne gleichzeitig ein Organ des Europäischen Parlaments zu sein.

Es besteht also die Frage, ob Joint Parliamentary Meetings, also die Foren, die vom Europäischen Parlament zusammen mit dem Parlament des Landes, das die Präsidentschaft über fünfundzwanzig Delegationen plus das Europäische Parlament plus die Delegationen der Mitgliedstaaten, der kandidierenden und beitretenden Länder ausübt, initiiert werden, die interparlamentarischen *ad-hoc*-Versammlungen sind? Natürlich sind sie es. Dabei sind sie jedoch umso schwächer von den bekanntesten und typischsten, die sich einer langjährigen Tradition rühmen, dass sie keine ständigen Delegationen haben.

Schon wieder werde ich an den stellvertretenden Vorsitzenden des Europäischen Parlaments erinnern, der für die Kontakte mit den nationalen Parlamenten zuständig ist, den Abgeordneten Edward McMillan-Scott, der in der vorigen Woche die Gründung einer nächsten interparlamentarischen Konferenz vorschlug, nämlich der Konferenz des Europäischen Parlaments mit den angrenzenden Ländern, und nicht nur den kandidierenden, aber allgemein angrenzenden. Diese Idee wurde von den polnischen Abgeordneten unterstützt, aber dann widersprachen die anderen, die Sozialisten, diesem Vorschlag, und so weiß man jetzt nicht, was für Ergebnis diese Initiative schließlich haben wird. Das fand während der Sitzung des Verfassungsausschusses des Europäischen Parlaments am 2. Mai statt.

Und noch eine Bemerkung zum nationalen Element im Europäischen Parlament. Es gibt einen Augenblick, wenn die MdEPs, obwohl das der

politischen Korrektheit der EU widerspricht, wie die nationalen Gruppen behandelt werden. Das geschieht bei den Kästen mit Dokumenten, denn es gibt nämlich eine Vermutung, dass jeder Parlamentarier doch seine Muttersprache benutzt. Im Zusammenhang damit, zugunsten der offenkundigen Bequemlichkeit des Personals, das die entsprechenden Dokumente in die Kästen legt, treffen sich die deutsch-, französischsprachigen Delegationen eben beim „Vogelhäuschen“ mit den Dokumenten. Das ist der einzige Platz, an dem das Parlament nach sprachlichem und nicht politischem Kriterium eingeteilt wird.

Langsam zum Schluss kommend, möchte ich ein paar Worte über die horizontalen Strukturen sagen, und zwar über die COSAC, die zum ersten Mal im November 1989 zusammentrat und es besteht kein Zweifel, dass sie das Kind der zweiten Märzrevolution, des Wunders des Jahres 1989 ist. Das war ein Augenblick des Mutes und des gesunden Menschenverstands, der nur dank der Euphorie dieser Zeit möglich war.

Die COSAC wurde durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments ins Leben gerufen, die sich selbst nicht viel früher organisierte und die auch selbst eine horizontale Struktur ist, sofern man überhaupt von einer horizontalen Struktur im Falle eines Gipfels sprechen kann.

Es ist wesentlich, dass die COSAC die Delegationen bilden, die in den eigenen Parlamenten auf autonome Art und Weise existieren, d.h. sie haben ihr eigenes Mandat und ihren eigenen Tätigkeitsbereich im Rahmen des eigenen Parlaments. Sie existieren von sich aus und brauchen nicht, speziell für die Teilnahme an einem Treffen jedes halbes Jahr berufen zu werden.

Selbst die Existenz der COSAC erweckt mehr oder weniger verborgene Abneigung im Europäischen Parlament und die letzte Sitzung des Verfassungsausschusses, die mit der ankommenden nächsten Sitzung der COSAC in Wien verbunden war, war das beste Beispiel dafür. Die COSAC erregt den Widerstand, wie jede Institution, die auf etwas gezielt ist, was auch leider in der EU zu bemerken ist, und zwar auf den demokratischen Zentralismus.

In bezug auf die COSAC (auch auf den Ausschuss der Regionen, im Falle dessen die Situation ein bisschen komplizierter ist) benutze ich eine Kategorie oder einen Begriff „horizontale Struktur“, die in Polen ziemlich gute Konnotationen hat. Ich glaube aber, dass eine vergleichbar gute Bezeichnung auch „Netzstruktur“ sein kann. Übrigens konnte das Europäische Parlament ebenfalls eine horizontale Struktur oder eine Netzstruktur hervorrufen. Ungefähr ein Jahr vor der großen Erweiterung entstand im Sekretariat des

Parlaments eine Idee des Stattfindens einer Sitzung mit den Präsidien von zwölf gemeinsamen parlamentarischen Ausschüsse und das würde eine horizontale Struktur *par excellence*. Diese Idee wurde aber nicht entwickelt. Ich glaube, dass die politischen Umstände einfach verschwanden, die eine solche Möglichkeit früher in Erwägung gezogen haben. Vielleicht bin ich die einzige Person, die sich noch daran erinnern kann.

Es gibt noch horizontale Treffen der spezialisierten parlamentarischen Ausschüsse nicht für Angelegenheiten der EU, sondern anderer nach dem Vorbild von der COSAC, z.B. des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, des Ausschusses für Nationale Verteidigung, des Ausschusses für Umwelt, des Ausschusses für innere Angelegenheiten, des Ausschusses für Landwirtschaft, die aber nicht durch die Ausschüsse des Europäischen Parlaments, sondern durch die entsprechenden Ausschüsse der nationalen Parlamente organisiert werden, wobei das Europäische Parlament dazu eingeladen wird. Und es ist wie das Klonen der Struktur der COSAC oder die Übertragung dieses Mechanismus auch auf andere Dimensionen, nicht nur auf die institutionelle Dimension und EU-Dimension. Die geplanten oder überlegenen Reformen der Versammlung der Westeuropäischen Union neigen eigentlich auch zu dieser Konzeption, und zwar zum Verleihen derselben Kompetenzen der Körperschaft, die etwas in der Art von der COSAC in der Besetzung des Ausschusses für Nationale Verteidigung wäre. Wiederum stellte Marek Borowski, der Vorsitzende des polnischen Sejms, auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments in Madrid 2002 einen Vorschlag der Veröffentlichung und des Einverstehens mit einer solchen zweiten „Netzammer“ des Parlaments vor.

Zum Schluss, was für eine Koordination oder was für einen Ausweg aus diesem Sachverhalt wir uns vorstellen können? Meiner Ansicht nach war in letzter Zeit der Bericht des Premierministers von Luxemburg, Jean Claude Juncker, ein wichtiges Ereignis, Er stellt in seinem Bericht fest, dass die EU, seiner Meinung nach, bis zum Jahre 2010, also nach der Europawahl 2009 und nach dem erwarteten Ratifizieren der Verfassung für Europa oder eines neuen Vertrages, dem Europarat beitreten soll. Auf diese Art und Weise wäre dann der Europarat, aus der Sicht Brüssels, nicht irgendeine Nichtregierungsorganisation, sondern würde zu einem Außenwirbel der Europäischen Union, zu einem seiner konzentrischen Wirbel. Und ich bin der Ansicht, dass solch eine Intention hinter dem Vorschlag von Juncker steckt.

Im Moment müssen wir auch feststellen und damit zurecht kommen, dass wir das Europäische Parlament haben, das die übernationale parlamentarische Versammlung ist, dessen ständige Delegation die ganze interparlamentarische



Versammlung vertritt. Eine aus fünfzehn Personen bestehende Delegation. Übrigens haben wir in der Dimension der Angelegenheiten der EU, sowie der europäischen und gemeinschaftlichen Angelegenheiten mit ähnlicher Situation in einem jeden unserer Parlamente zu tun, wo wir oft ein spezialisiertes und zuständiges Organ, einen Ausschuss, der sich zumindest im polnischen Sejm ausschließlich mit den europäischen Fragen beschäftigt und auf diese Fragen das volle Monopol hat, während sich der Rest des Parlaments, wenn er sich mit den auf die Europäische Union bezogenen Angelegenheiten befasst, dann nur damit, was ihm nach zwei Jahren als Folge des Mitentscheidungsverfahrens zum Transponieren fällt.

Also, wenn es sich um das 21. Jahrhundert, oder eher, sagen wir, um seine ersten zwei Jahrzehnten handelt, weil es mir scheint, dass es sich nicht mehr lohnt, weiter in die Zukunft zu schauen, werden die interparlamentarischen Versammlungen blühen, und gleichzeitig wird die EU zum parlamentarischen Gebilde, so wie sie schon von Anfang an war. Und das alles trotz unserer besten Anstrengungen im Gebiet der breit verstandenen parlamentarischen Kontrolle und trotz des besten Realisierens der Haager Richtlinien und trotz des Kontrollierens des Beachtens der Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Das Demokratiedefizit besteht nämlich darin, dass die EU parlamentarisch bleiben wird, bis Europa föderativ wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Ich danke Ihnen. Sie haben mehrere Fragen gestellt. Einige von den Fragen würde ich sogar als provokativ bezeichnen. Ich glaube, dass sich einige Kollegen zu Ihren Aussagen äußern wollen werden. Sie haben die Frage gestellt, ob man die Neubildung von Versammlungen untersagen kann? Wer könnte das tun und wie? Sie sagten, dass man in Wirklichkeit die existierenden Versammlungen nicht modifizieren kann. Das würde heißen, dass die ganze Arbeit, die von der Arbeitsgruppe in Folge des Thierse-Rapports geleistet wurde, zwecklos war, weil wir nichts ändern können. Wir werden lediglich im selben Punkt stehen können, der nach meiner Auffassung weit von der Globalisierung ist und eher einem globalen Chaos ähnelt, wo es mehrere Initiativen, einige Versammlungen gibt und unbekannt ist, welche Aufgaben

sie zu erfüllen haben. Ich bin der Meinung, dass zumindest einige davon klargestellte Funktionen haben.

Ich hoffe, dass wir die Gelegenheit haben werden, auch darüber zu diskutieren, weil wir hier anfangen sollten: womit befassen sich die Versammlungen, womit sollten sie sich befassen, worin besteht ihre Rolle? Die nächste Frage hat einen praktischen Charakter: sind diese Versammlungen durch die Aktivität ihrer Mitglieder gekennzeichnet oder werden sie mehr mit der parlamentarischen Touristik identifiziert. Sie sagten, dass viele Abgeordneten aus den nationalen Parlamenten sehr oft aus den eigenen Parlamenten verschwinden, weil sie die Tagungen der internationalen Versammlungen, den sie angehören, besuchen. Tatsächlich sind die Tagungen eines nationalen Parlaments sehr oft durch die Abwesenheit der Abgeordneten vernachlässigt. Ich kann Ihnen aus der Perspektive der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sagen, dass uns dieses Problem auch plagt. Vielleicht wundert Sie das, weil Sie sagten, dass die Abgeordneten nach Strassburg fahren, um dort an der Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates teilzunehmen. Wir haben aber auch das Problem der Abwesenheit der Abgeordneten. Soll es heißen, dass sie im Raum zwischen Ihren Hauptstädten und Strassburg verschwinden? Das ist auch eine interessante Frage, sie hat aber einen technischen Charakter. Sie haben das Europäische Parlament in Strassburg angesprochen. Ich bin sicher, dass unsere französischen Kollegen und die Kollegen aus dem Europäischen Parlament zu Ihren Bemerkungen Stellung nehmen werden. Danke noch einmal für ihren Vortrag.

Sehr geehrte Herrschaften, jetzt erteile ich Ihnen das Wort und lade Sie zur Diskussion darüber, was wir in den Beiträgen von Herren Torbiörn, Puzyna und Kieniewicz gehört haben, ein. Wir haben 30 Minuten für diesen Teil der Diskussion, der, wenn Sie mit mir einverstanden sind, einen allgemeinen Charakter haben sollte. Laut Programm unseres Seminars werden wir noch zu späterem Zeitpunkt die Möglichkeit haben, die Versammlungen und ihre Rolle genauer zu besprechen. Ich bitte Sie also, Ihren Aussagen einen allgemeinen Charakter zu geben und die Einzelheiten der jeweiligen internationalen Versammlungen nicht einzugehen. Im weiteren Teil des Seminars gehen wir zu einer genaueren Diskussion über. Am Anfang Ihrer Aussagen bitte ich Sie, sich vorzustellen und den Namen der Versammlung, die Sie repräsentieren zu nennen, damit wir alles richtig protokollieren können. Fangen wir also an.

## DISKUSSION

PAUL COOK

Chef des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit der Parlamentarischen  
Versammlung der NATO

Das war ein sehr provozierendes Referat und ich bin überzeugt, dass uns einige hier vorgestellten Konzeptionen viel zu nachdenken gegeben haben. Ich möchte nur eine Konzeption ansprechen. Es geht mir um die Idee einer Reorganisation von oben, was Sie vorgeschlagen haben, aber in der Wirklichkeit können die Parlamente „mit den Beinen abstimmen“ und müssen nicht an allem teilnehmen, Ich meine, dass sich die USA aus der IPU zurückgezogen haben, weil sie der Meinung waren, dass sie nichts als Gegenleistung haben. Sie meinten, dass es eine reine Zeit- und Energieverschwendung ist und haben sich einfach zurückgezogen. Ich glaube auch nicht, was die Regeln anbetrifft, dass ein Parlament an allem teilnehmen muss, mit einigen Ausnahmen, die in Verträgen geregelt sind. Es sind also souveräne Entscheidungen und vielleicht dort soll man das diskutieren und eine Lösung suchen, statt etwas von oben zu regeln. Das ist meine erste Bemerkung. Die zweite betrifft die Sprachkenntnisse. Ich kenne viele Beispiele dafür, dass die Teilnahme an den Versammlungen die Mitglieder motiviert hat, Fremdsprachen zu lernen und ich habe selbst große Fortschritte beobachten können. Das soll auch kein die Teilnahme begrenzender Faktor sein. Das kann sogar ein Instrument sein, dank dessen einige Abgeordneten mehr international werden, man kann aber das linguistisch betrachten

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Thomas Grunert, das Europäische Parlament

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Im Generalsekretariat des Europäischen Parlaments bin ich für interparlamentarische Delegationen verantwortlich und möchte kurz kommentieren, was Sie gesagt haben. Am Anfang will ich sagen, dass ich hier meine persönliche Meinung vorstelle. Ich kann nicht in Namen des Europäischen Parlaments auftreten. Wir nehmen hier an einem Gedankenaustausch teil und sollten schöpferisch denken und sogar provokativ die Hypothesen für die Zukunft formulieren, wie man die Arbeit der interparlamentarischen Versammlungen verbessern kann.

Ich möchte die Aussagen aller Vorredner kurz kommentieren und beginne mit der von Kjell. Ich danke Dir für Dein Referat über die Geschichte. Ich habe viel daraus entnehmen können. Offen gesagt, nach zweistündigem Aufenthalt in Warschau kann ich sagen, dass es sich gelohnt hat hier zu kommen, weil ich viel aus dem Wissen der drei Redner schöpfen konnte. Ich bin jedoch nicht mit allen Aussagen einverstanden und jetzt gehe ich zu der Aussage von Kjell über. Wenn es um Deine Definition des Begriffes „übernational“ geht, so wie Du vermutest, kann ich Dir nicht zustimmen, wenn du sagst, dass das Europäische Parlament nur eine halbübernationale Versammlung ist. Im Europäischen Parlament halten wir uns für eine übernationale Versammlung und wie Du selbst gesagt hast, die einzige dieser Art im globalen Maßstab. Übernational – weil das Europäische Parlament seit 1979 in Direktwahlen gewählt ist und hier unterscheiden sich unsere Einschätzungen einwenig. Ich würde sagen, dass das Europäische Parlament vollberechtigter Rechtsgeber ist und Mitbestimmungsrecht hat. Du hast gesagt, dass das letzte Wort dem Rat zusteht, aber der Rat kann das Recht nicht ohne dem Europäischen Parlament bestimmen und umgekehrt. Noch ein terminologisches Problem. Wir sprechen hier über „übernational“, „interparlamentarisch“, „international“, ich habe aber nicht gehört, dass der Begriff „transnational“ verwendet wurde. Als ich noch die politischen Wissenschaften studiert habe, haben wir zwischen „übernational“ – zum Beispiel das Europäische Parlament, international mit einer lockeren Verbindung und „transnational“ klar differenziert – wobei wir unter dem letzten Begriff die Versammlungen verstanden haben, die sich aus den parlamentarischen Delegationen der jeweiligen Mitgliedsländer der gegebenen Organisation zusammensetzen.

Kurze Bemerkung zu dem Beitrag von Stanislaw. Danke, aus Deinem Referat habe ich viel erfahren. Ich habe mir unter anderen ein Zitat von Peter

Schieder notiert; der ehemalige Vorsitzender der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sagte: „Was ist die interparlamentarische Zusammenarbeit? Das ist eine Zusammenarbeit zu Gunsten einer größeren Demokratie“. Und das, wie ich denke, sollte der gemeinsame Nenner für unsere Überlegungen über die Methoden der Wirksamkeitsverbesserung der interparlamentarischen Versammlungen oder transnationalen parlamentarischen Versammlungen in den nächsten Tagen sein.

Was Leszek anbetrifft, zum Glück kenne ich ihn seit beinahe zehn Jahren, sonst hätten mich einige seiner Aussagen geärgert. Aber wie immer zwingen Deine Aussagen zum Nachdenken. Kurz gesagt, ich bin mit Deiner Analyse einverstanden, samt Punkt drei, der schon von Wojciech Sawicki angesprochen war und die Parlamentstouristik anpeilte. Warum verschwinden die Abgeordneten aus den nationalen Parlamenten? Sie verschwinden aus den nationalen Parlamenten, weil sie nach Strassburg zu der Parlamentarischen Versammlung des Europarates fahren müssen. Vielleicht haben sie ein dreifaches Mandat, vielleicht auch sind sie Mitglieder der WEU. Wenn man also drei verschiedene Funktionen ausübt und noch dazu Verpflichtungen seinen Wählern gegenüber hat, dann verschwindet man. Einige von ihnen verschwinden, um die Touristik zu genießen, weil sie niemand kontrollieren kann. Die meisten verschwinden jedoch, weil sie zu viele Aufgaben haben und man kann sie nicht alle ausfüllen.

Eine weitere Bemerkung – Leszek. Du hast eine Äußerung von unserem Vizevorsitzenden, Eduard McMillan-Scott zitiert, der vorgeschlagen hat, dass in dem Europäischen Mittelmeer – Parlament die Sitzordnung nach dem Parteischlüssel erfolgt. Solche Lösung kann die Verständigung zwischen den Nationen erleichtern. Wenn Du zwischen den Kollegen aus derselben politischen „Familie“ sitzt, dann kannst Du mit ihnen sprechen. Ich glaube, dass das eine bessere Lösung ist als die Kollegen nach der Blockordnung der Mitgliederstaaten der Europäischen Union, aus den Ländern des Mittelmeerraumes und des Europäischen Parlaments auseinander zu setzen. Was halten Sie von der Idee, dass die Abgeordneten die Plätze nach der Parteizugehörigkeit einnehmen?

Und noch eine Sache, die ich kurz klären will. Du sagtest, dass die Delegationen des Europäischen Parlaments niemals außer den von dem Europäischen Parlament angenommenen Standpunkten hinausgehen. Es besteht solche Tendenz aber das ist nicht ganz so, wie du sagtest. Ich befasse mich jetzt mit den interparlamentarischen Delegationen in Europa, also mit den Verhältnissen zwischen dem Europäischen Parlament und den Staaten außer der Union. Wir haben 17 Delegationen. Vor Kurzem bin ich aus

Armenien zurückgekehrt, wo ich an der Tagung unseres Ausschusses der parlamentarischen Zusammenarbeit mit Armenien teilgenommen habe. Tatsächlich äußern sich die Delegationen nicht anders, als es im Europäischen Parlament beschlossen wurde. Wir müssen uns an das Beschlossene halten.

Aber sehr oft stellen die Delegationen eigene Vorschläge vor, das Europäische Parlament greift sie auf und nutzt später in eigenen Beschlüssen aus. Möglich ist also schöpferisches Denken und Vorstellen neuer Gesichtspunkte.

Ich will noch einmal zum McMillan-Scott zurückkehren. Zweimal hast Du ihn zitiert und Dich mit seinem Vorschlag auseinander gesetzt, eine interparlamentarische Konferenz zu organisieren, die das Europäische Parlament und alle Länder, sowohl aus dem östlichen als auch südlichem Bereich, welche die Politik der Nachbarschaft betreiben, umfassen wird. Ich bin überrascht, weil ich nie vorher etwas davon gehört habe. Wir haben über die Initiative für die Demokratie von Edward McMillan-Scott gehört, die tatsächlich die Staaten der südlichen und östlichen Nachbarschaft umfassen sollte, aber vielleicht wird das mein Kollege Dionyz Hochel kommentieren – ich habe niemals über solch eine parlamentarische Initiative gehört. Ich glaube, das sind alle Sachen, die ich in bezug auf die Referate besprechen wollte und danke für Eure Beiträge.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Danke Thomas. Eine Bemerkung zu dem, was Du zu der Sitzordnung in den Versammlungen sagtest. Die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europäischen Parlaments nehmen die Plätze nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen ein. Das ist historisch bedingt und kommt daher, dass die Abgeordneten aus den Parlamenten der Mitgliedstaaten kommen aber weder die eigenen Länder, noch Parlamente repräsentieren – sie alle sind Europäer. Wir sitzen nicht mal nach den politischen Gruppen.

Bitte, Herr Liam Lawrence Smyth.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Vielen Dank. Ich heiße Lawrence Smyth und repräsentiere die Unterammer des Vereinten Königreiches. Ich möchte den Organisatoren für den sehr inspirierenden Vormittag und die drei, in den Referaten vorgestellten,

verschiedenen Herangehensweisen danken. Ich bin der Meinung, dass alle drei sehr wertvoll sind. Ich habe gehört, dass in den 40er und 50er Jahren, keine Interregierungsorganisation ohne das parlamentarische Ausmaß gab. Ich glaube, dass wir jetzt im gewissen Maße in diese Zeit zurückkehren. Ich weiß die Arbeit, die für die Vorbereitung der Antworten im Frageformular zu schätzen, umso mehr wenn wir sehen, wie schwer es war, die Informationen zu sammeln und zu vergleichen. Ich glaube, dass es ein gutes Beispiel für die geleistete Arbeit des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) ist, die meinem Erachten nach, sehr nützlich ist. Herr Leszek Kieniewicz hat so viele Themen angesprochen und so viel provokative Bemerkungen geäußert, dass ich nicht weiß, womit ich anfangen soll.

Also knüpfe ich an die Aussage von Herrn Vorsitzenden zum Thema der Bedeutung unserer Gruppe als eines Netzes an und will einen Aufruf an die Kollegen richten. Ich möchte gern einiges mehr über das Treffen Asien-Europa in Helsinki und über die Arbeiten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer, während wir auf das Referat von Valeria warten, erfahren. Wenn in den nächsten Tagen jemand an mich zukommt und beim Kaffee oder einem Drink über diese zwei Versammlungen sprechen möchte, werde ich sehr dankbar. Danke.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Danke sehr. Ich bin sicher, dass die Kollegen Ihnen alle wichtigen Informationen erteilen werden. OK, das Europäische Parlament.

DIONYZ HOCHEL  
Direktion für die Beziehungen mit den Nationalparlamenten  
im Europäischen Parlament

Ich heiße Dionyz Hochel und arbeite in der Direktion für die Beziehungen mit den Nationalparlamenten im Europäischen Parlament. Ich will an dem Vorschlag von Thomas anknüpfen, ein Parlamentstreffen mit der Teilnahme der Länder die mit der Nachbarschaftspolitik erfasst sind zu organisieren. Diese Idee entstand vor einem Jahr in London während der Sitzung der COSAC, wenn der französische Senator, Herr Haendel vorgeschlagen hat, dass das

Europäische Parlament solches Treffen organisiert. Das ist im gewissen Sinne mit der Sache, die Gegenstand der COSAC –Diskussion war, verbunden, und zwar, dass die Parlamente der Ukraine und der West-Balkanen einen Status der „Mitvereinten“ mit COSAC haben und an ihren Arbeiten teilnehmen sollten. Dieser Vorschlag wurde angenommen und die Hoffnung geäußert, dass das Europäische Parlament statt einer parlamentarischen Versammlung ein Parlamentstreffen mit den Ländern der Nachbarschaftspolitik noch während der finnischen Präsidentschaft organisiert. Praktische Aspekte besprechen das Europäische Parlament mit dem Finnischen Parlament in der zweiten Jahreshälfte. So viel zwecks Erklärung.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Jetzt ergreift das Wort der Kollege aus der WEU. Ich möchte auch bitten, dass sich die Kollegen von den nationalen Parlamenten der Diskussion anschließen und mit uns ihre Gesichtspunkte teilen: wie beurteilen Sie die Tatsache, dass es so viele interparlamentarische Versammlungen gibt und inwieweit sie Ihnen bei ihrer Tätigkeit auf der Landesebene helfen, und ob es wichtig ist, sie aus Ihrer Perspektive zu betrachten. Ich habe das Gefühl, dass wir in den interparlamentarischen Versammlungen sehr lange überzeugen können, wie sehr nützlich wir sind, aber wichtig wäre es zu erfahren, was die Mitarbeiter der nationalen Parlamente über unsere Tätigkeit und Rolle dieser internationalen Versammlungen halten und welchen Nutzen Sie davon haben können. Haben ihre Abgeordneten einen Nutzen davon? Wie ist unser Beitrag – der parlamentarischen Versammlungen – in Ihre Landespolitik? Westeuropäische Union, bitte.

MICHAEL HILGER

Chef der Abteilung für Außenbeziehungen in der Versammlung der WEU

Ich wird mich kurz fassen um den Kollegen aus den nationalen Parlamenten auch die Möglichkeit geben an der Diskussion Teil zu nehmen. Ich glaube, dass die nationalen Parlamente oft die Frage stellen: womit befassen sich eigentlich die Abgeordneten, wenn sie zu den interparlamentarischen Konferenzen fahren? Frage, die sich von selbst stellt: Warum fragen wir sie nicht danach? Es geht mir darum, dass eine



entscheidende Rolle spielt hier die Rückinformation, die wir über die Arbeit aller Delegationen und Abgeordneten in den parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen vorbereiten. In welcher Form werden die Informationen an die jeweiligen nationalen Parlamente überwiesen? Ob wir dafür Sorge tragen, dass die Delegationsmitglieder auch gleichzeitig Mitglieder der entsprechenden Ausschüsse in ihren nationalen Parlamenten? Sorgen wir dafür, dass während der Plenartagung oder zumindest während der Treffen von Ausschüssen Zeit für die Stellungnahme der Delegationsleiter vorgesehen wird? Diese Fragen stellen sich selbst, ich wollte nur die Aspekte ansprechen. Danke sehr.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Danke sehr, dass dieses Thema angesprochen wurde. Das ist tatsächlich eine sehr wichtige Frage.

Kollegen, bis jetzt haben wir Referate nur in englischer und polnischer Sprache hören können. Vergisst bitte nicht, dass wir noch zwei andere Sprachen haben in den, dank den Dolmetschern in den Kabinen ihre Referate gehalten werden können, es sind Russisch und Französisch.

*C'est avec plaisir...*

MICHEL ANTOINE

Chef der Abteilung für Europäische Forschung und Vergleichsrecht  
in der französischen Nationalversammlung

Vielen Dank. Dass ich mich in französischer Sprache äußere, hat eine symbolische Bedeutung. Dadurch will ich mich für die Verteidigung der sprachlichen und kulturellen Verschiedenheit einsetzen.

Ich bin nämlich überzeugt, dass wir heutzutage in Europa in einer Umbruchszeit leben, die uns verschiedene Entwicklungsszenarien zur Verfügung stellt.

Es ist eine zentralistische Entwicklung möglich, die sich auf Brüssel und um Institutionen konzentriert, die gemeinsam Lösungen einzelner Probleme zu finden versuchen, was jedoch gewisse Frustrationen auslösen könnte. Frustrationen, die in letzter Zeit in den sowohl in Frankreich als auch in Holland durchgeführten Referenden ihr Spiegelbild gefunden haben.

Wir können uns auch ein anderes Szenario vorstellen, und zwar das Bild zu dem ich persönlich neige: das Bild vom differenzierten Europa. Europa, welches das Gefühl der Zugehörigkeit der Bürger zu einer Nation respektiert. Europa, wo die Zusammenarbeit verstärkt wird. Und hier möchte ich betonen, dass wir bereits heutzutage Signale empfangen, die zur Entwicklung gerade in dieser Richtung ermuntern. Ich möchte betonen, dass die Beziehungen zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament seit einiger Zeit deutlich besser geworden sind. Ich gratuliere der COSAC hervorragender Arbeit, die selbstverständlich noch an Bedeutung gewinnen kann, wenn sich Europa weiterentwickeln wird, wenn sich Europa zu etwas mehr als zu einer politischen Gemeinschaft entwickeln wird. Ich glaube, dass es jetzt besonders wichtig ist, Europa den Bürgern anzunähern. Und ich finde, dass die Rolle der europäischen parlamentarischen Institutionen gerade auf diesem Gebiet von besonderer Bedeutung ist.

Wenn Sie aus dem Gesichtspunkt eines nationalen Parlaments blicken, dann zu welchem Zweck sind eine internationale parlamentarische Organisation oder eine europäische parlamentarische Organisation berufen worden? Personen, die im Parlament 10, 20 oder 30 Jahre durchgearbeitet haben, und ich kenne viele davon, die ich u.a. in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates getroffen habe, sagen Ihnen, dass sie haben... dass diese Organisationen bei ihnen das Verständnis für die Entscheidungen, die von ihren Kollegen aus anderen Ländern getroffen wurden, ausgeprägt haben.

Eigentlich es sind viele Diskussionen geführt, die manchmal einen ideologischen Charakter haben und von der Realität weit entfernt zu sein scheinen. Es gibt aber auch zahlreiche Diskussionen über Fragen, die uns allen vertraut sind und die uns mit der Zeit noch vertrauter sein werden. Hier meine ich zum Beispiel die Immigration. Ich bin überrascht, dass sich jetzt in Frankreich eine große parlamentarische Debatte über die Immigration abspielt und vielleicht zum ersten Mal wurde die Diskussion auf die Beispiele außerhalb unserer Grenzen ausgerichtet. Diese Beispiele aus der Fremde sind uns deshalb geläufiger, weil wir uns vorstellen konnten, wie interessant sie sind. Und ich finde, dass das eine der Dimensionen der zukünftigen europäischen parlamentarischen Zusammenarbeit ist. Und zwar, das man dazu führt, dass sowohl die Parlamentarier, als auch die Beamten des Parlaments, die an solchen Diskussionen teilnehmen können, sich bewusst machen, dass jede Situation oder jedes Problem verschiedene Rechtslösungen haben können. Eine große Herausforderung in den kommenden Jahren wird der Versuch der Vereinheitlichung unserer Rechtssysteme, ihrer Annäherung und

ihrer größeren Kompatibilität. Wir werden wahrscheinlich herausfinden, dass es Bereiche gibt, in denen es keine Notwendigkeit besteht, genau dieselben Vorschriften anzuwenden, in denen jedoch auch gewisse gemeinsame Prinzipien beachtet werden sollten. Und in diesem Bereich des Informationsaustausches und der Forschung bin ich von der konkreten Rolle des EZPWD überzeugt. Ich bin davon überzeugt als Person, die eine der Gruppen der Nationalversammlung in seiner Obhut hat und die Rechtssysteme anderer Mitgliedsländer analysiert oder vergleichend analysiert.

Und es ist wahr, dass wir oft auf große Schwierigkeiten beim Gelangen zu Rechtsvorschriften stoßen. Dabei geht es hier nicht um die Information, die allein den Wortlaut betrifft, sondern auch um die Information, wie eine bestimmte Vorschrift angewandt werden soll. In vielen Fällen, um die Informationen zu erhalten, die aus anderen nationalen Parlamenten stammen, konnte ich von der vom EZPWD angebotenen Möglichkeit der Zusammenarbeit Gebrauch machen. Ich bin überzeugt, dass wir diese Tätigkeit entfalten könnten, weil wenn wir unseren Parlamentariern die Möglichkeit verschiedener Lösungen der sozialen Probleme, die in ihre Zuständigkeitsbereiche fallen, bewusst machen, dann könnten wir vielleicht in Wirklichkeit das so erträumte Europa der Bürger schaffen.

Gestatten Sie mir also, dass ich als Franzose meines durch Angriffe auf Straßburg hervorgerufenen Kummers Ausdruck gebe. Wir sollten nicht vergessen, dass Straßburg, das Europäische Parlament in Straßburg, ein Ergebnis der Beschlüsse des Vertrags ist. Es ist die Entscheidung, die im Rahmen des Vertrags getroffen wurde. Wir sollten nicht vergessen, und hiermit möchte ich schließen, dass Straßburg ein Symbol der Aussöhnung von Frankreich und Deutschland war und ich würde sagen, dass es heute vielleicht sogar ein Symbol der kulturellen Verschiedenheit ist.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Vielen Dank für Ihre Rede. Mir scheint tatsächlich, dass im Falle Straßburgs der Aspekt, der sich auf den Vertrag bezieht, weniger relevant als die Frage der Symbolik ist. Könnte man sagen: „Symbol, ach was“, „was ist überhaupt ein Symbol“. Politische Realien sind doch das wichtigste Symbol... aber nein, die Symbole im Leben sind ebenso wichtig. Straßburg ist ein symbolischer Ort für Europa. Es ist ein Symbol der Einigung und des Friedens in Europa. Mir scheint, dass dieses Argument größere Bedeutung hat, als Vertrag, der

eine politische Entscheidung war und übrigen vor langer Zeit von Staatsoberhäuptern geschlossen wurde.

Ich bedanke mich auch sehr bei Ihnen für die Anmerkung, die sich auf das Funktionieren der internationalen Versammlungen und ihre bedeutsame Rolle für besseres gegenseitiges Verständnis der Parlamentarier bezieht. Meiner Meinung nach wird Europa durch das Erkennen der Tatsachen, Gründe, Entwicklungsprozesse einzelner Länder und ihrer Positionen gebaut. Ich bin überzeugt, dass Herr Kjell das morgen, während der Präsentation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bestätigt. Wir finden auch, dass die wichtigste Aufgabe der Parlamentarischen Versammlung das Ausnutzen der Situation ist, wenn Parlamentarier verschiedener Länder miteinander diskutieren und gegenseitige politische Stellungen, die in ihren Ländern genommen wurden, darstellen können. Dieser Informationsaustausch auf parlamentarischer Ebene ist sehr wichtig.

MIKOŁAJ KARŁOWSKI

Der Experte in der Kanzlei des Sejms der Republik Polen

Mikołaj Karłowski, Büro für Analysen bei der Sejmkanzlei, ehemaliges Studien- und Begutachtungsbüro. Aus den Präsentationen, die wir heute hören konnten, scheinen drei Aspekte besonders interessant zu sein.

Der so genannte „Experte“ bin ich seit kurzem – in den letzten acht Jahren war ich Sekretär der Delegierung (des Sejms und Senats) zur Parlamentarischen Versammlung der NATO – meine Stellung zum Problem war also sehr praktisch. Ich finde, dass die Koordination des Funktionierens der parlamentarischen Versammlungen keine leichte Aufgabe sein kann. Wenn man annehmen würde, dass es einen freien Markt von Werken dieser Art gibt, dann wäre es am besten, wenn sie sich selbst an die sich ändernde und dynamische Umgebung anpassen würden. Und im Übrigen sehen wir, was nach 1989 geschah, als die Versammlungen, sagen wir, in das Mitteleuropa eingezogen sind, als die Länder unserer Region die Chance auf Änderungen wahrgenommen und mit hoher Dynamik die Zusammenarbeit mit politischen Strukturen des Westens aufgenommen haben.

Ich glaube, dass das Treffen, an dem wir heute teilnehmen, zum Versuch der Koordination, also zur Verbesserung der parlamentarischen Zusammenarbeit auf solch eine Art und Weise beitragen kann, auf welche die Börse der Verbesserung des Funktionierens des Marktes dient, nämlich durch die Teilnehmer ermöglichten Informationsaustausch. Von diesem Standpunkt

aus ist die von Herrn Puzyna erstellte Ausarbeitung ein wertvolles Vergleichsmaterial. Die Versammlungen, wenn sie über das Wissen von ihrer Existenz, also von ihren Aufgaben, von der Umgebung, in der sie sich befinden, verfügen werden, dann werden sie auch im Stande, sich anzupassen. Also, der „Markt“ oder die äußeren Bedingungen – die Umgebung – werden einen größeren Einfluss auf die Form und auf das Funktionieren der Versammlungen haben, als Versuche der von oben oder von unten kommenden Koordination, der Formalisierung oder der Uniformierung von Arbeiten.

Ich möchte noch kurz zwei Aspekte besprechen.

Solche Netzstrukturen wie die COSAC sind eine interessante Arbeitsform. Als Angestellter der Kanzlei des Sejms meine ich, dass sie ihre Nützlichkeit bewiesen haben. Nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union (damals habe ich im Internationalen Büro gearbeitet) haben wir viel mehr Einladungen, als das früher der Fall war, zu den Treffen unserer spezialisierten Ausschüsse des Parlaments mit analogen Parlamenten anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bekommen. Meine Kollegen, die in den Sekretariaten der Sejmausschüsse arbeiten, waren über das Bestehen einer solchen Zusammenarbeit und über ihre Intensität mehrmals überrascht. Manche von ihnen dachten bis dahin, dass die Beziehungen zwischen Parlamenten zu äußeren Angelegenheiten gehören, dass „auswärtige Beziehungen“ nur etwas sind, womit sich ausschließlich ein einziges Büro beschäftigt, und dass „wir uns in den Ausschüssen“ mit der Gesetzgebung, mit den Sachen, die einen bestimmten Wirtschaftsbereich oder das Funktionieren des Staates betreffen, befassen. Es stellte sich jedoch heraus, dass die interparlamentarische Zusammenarbeit ein Bereich ist, von dem die Abgeordneten profitieren können, weil sie sehen können, dass es woanders auch Probleme gibt, die denjenigen ähnlich sind, über die sie in eigenen Ländern debattieren. Sie bemerken, dass gewisse Lösungen, die man bei uns erst zu suchen anfängt, schon irgendwo eingeführt und überprüft worden sind. Ich würde sagen, dass sie dadurch neue Erkenntnisse gewinnen können.

Die Aufgabe der parlamentarischen Versammlungen – mehr davon möchte ich morgen sagen – ist in Wirklichkeit die Bildung. Ich werde hier gern an die Worte von Herrn Leszek Kieniewicz erinnern, der sich zum Luxemburger Vorschlag geäußert hat und nämlich, dass in die Arbeit der Versammlungen möglichst viele Parlamentarier einbezogen werden sollten. Das ist eine richtige Forderung. Die Abgeordneten sind doch gleiche Menschen wie wir (vielleicht nicht ganz, weil wir mit der Arbeit in der Administration bereits „verseucht“ sind), die sich jedoch in der besonderen öffentlichen Rolle wiederfinden

sollen. Darüber hinaus sollen sie bemerken, in welcher Welt sie sich befinden. Das sind Bürger, auf denen die Aufgabe besonderer Art ruht. Unsere jetzige Wirklichkeit (ich will hier den Termin „Globalisierung“ nicht gebrauchen, aber die Welt wird immer interdependent) bewirkt, dass man sich nicht auf Probleme einer Region oder nur seines Landes beschränken kann. Unsere Aufgabe besteht darin, den Abgeordneten zu ermöglichen, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, welche Probleme (und auf welche Art und Weise) „außen“ existieren.

Und zum Schluss, dritte, praktische Sache: ich habe in den letzten Jahren versucht, wovon Michael Hilger bereits gesprochen hat, mich mit den alltäglichen Problemen der so genannten parlamentarischen Diplomatie zu beschäftigen. Wegen Zeitmangels und großer Zahl von Treffen, welche die Abgeordneten in ihren nationalen Parlamenten (Sitzungen der Ausschüsse, politische Treffen) haben, fällt es schwer sie dazu zu ermuntern, damit sie ihren Kollegen, die im Land bleiben, die während der Sitzungen im Ausland und während der Arbeit in der parlamentarischen Versammlung gewonnenen Erkenntnisse mitteilen. Das ist wirklich eine schwierige Aufgabe. Vielleicht findet das doch statt – in Wirklichkeit wissen wir nicht immer genau, wie das aussieht – vielleicht während der inoffiziellen Gespräche beim Kaffee wechseln sie ein paar Worte über ihre Aktivitäten auf internationalem Forum. Es ist jedenfalls nicht einfach die Abgeordneten in ihrem Land zusammenzubringen und dazu zu ermuntern, damit sie ihre im Ausland gewonnenen Erkenntnisse anderen mitteilen. Ich glaube, dass eine Information über Ihre Erkenntnisse bezüglich des Austausches der dank der interparlamentarischen Zusammenarbeit gesammelten Erfahrungen sehr lehrreich sein würde. Ich bin zu der Erkenntnis gekommen, dass man mit den Parlamentariern oder für sie arbeiten kann, aber man sollte sich die Frage nach dem Sinn der Arbeit in dem Augenblick stellen, wenn man an Stelle der Parlamentarier arbeitet. Man kann doch kein Treffen mit sich selbst machen. Es muss Menschen geben, die sich treffen und ihre Erfahrungen und Gedanken austauschen wollen.

Ich hoffe, dass das oben genannte ein kleiner Beitrag zur Diskussion über praktische Aspekte und Formen der internationalen oder übernationalen Zusammenarbeit der Parlamentarier zugunsten des Funktionierens der nationalen Parlamente sein kann.

Vielen Dank.

## WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Das was Sie gesagt haben über die Bildung der festen Kontakte, obwohl sie es im Zusammenhang mit COSAC erwähnten war es Musik für meine Ohren. Die EZPWD ist eben so eine Bildung der festen Kontaktnetze zwischen den Menschen, und Bildung der größtmöglichen Anzahl der Verbindungen den Mitarbeitern der nationalen Parlamente. Das ist unsere Hauptaufgabe und Pflicht. Sie erwähnten auch den freien Markt der internationalen Versammlungen. Ich weiß nicht, ob wir die Regeln des freien Marktes auch hier anwenden können. Herr Kieniewicz sagte in seinem Referat, dass es relativ leicht ist, ein neues parlamentarisches Volumen zu schaffen, eine neue parlamentarische Versammlung. So ist die Wahrheit, man kann sie leicht berufen aber sehr schwer abschaffen. Ich weiß wirklich nicht, ob man die Regeln des freien Marktes für die existierenden Versammlungen anwenden kann.

Jetzt wollte Frau Brown aus der Unterkammer des britischen Parlaments das Wort ergreifen. Ich weiß auch, dass der Kaffee auf uns wartet und gleich folgt die Pause. Noch vor der Pause möchte ich unsere drei Sprecher aus dem Vormittag bitten um einen Kommentar zu den Fragender und der Diskussion zu erstatten. Ich erteile Ihnen das Wort.

## ADELE BROWN

Informationsdienst in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Danke schön. Ich heiße Adele Brown und arbeite im Sektor der Informationsdienst der Unterkammer. Herr Vorsitzender fragte, ob wir Beispiele für den positiven Einfluss der übernationalen Gremien haben auf die nationalen Parlamente und die Arbeit der Abgeordneten. Ich möchte kurz etwas dazu sagen.

Am Ende des Jahres 2005 viele Abgeordneten der Unterkammer und der Oberkammer hatte die Angelegenheit der Gefangenen und die angeblichen geheimen Gefängnisse der CIA in Europa. Trotz der anfangs sehr breiten Diskussion in beiden Kammern, ist die Sache auf Grund der fehlenden Informationen schnell versandet. Zum Glück für die britischen Abgeordneten liefen in der Angelegenheit zwei Untersuchungen, eine im Europäischen Parlament und die zweite im Europarat. Die Rapporte der beiden Organisationen und ihre Arbeit belebten aufs Neue die Debatte in der

Unterkammer und lieferten den Abgeordneten zusätzliche Informationen, die Druck auf die britische Regierung zu weiteren Erklärungen ausüben halfen.

Ich bin überzeugt, dass dem Europarat und den Europäischen Parlament gelungen ist nicht nur wichtige Informationen zu liefern, sondern verlieh auch der ganzen Sache eine politische Bedeutung, was für die Abgeordneten sehr wichtig war. Ich bin auch der Meinung, dass die beiden Organisationen über einen sehr guten Zeit- und Bedeutungsgefühl was den Moment des Untersuchungsbeginns betrifft, verfügen. Ich denke auch, dass diese Faktoren eine größere Bedeutung hatten als die Struktur und Zusammensetzung dieser Institutionen. Ich hoffe, dass das was ich gesagt habe ein wenig zu Verstehen helfen kann, wie übernationale Gremien Einfluss auf wichtige Sachen haben können. Danke.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Danke sehr für dieses konkrete Beispiel. Für Ihre Information: wenn es um die Rapporte der beiden Organisationen geht – das Europäische Parlament und die Parlamentarische Versammlung des Europarates – die Arbeiten sind im Gange. Die Debatte zum Thema des Rapports der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ist für Juni und wir hoffen, dass sie statt findet. Ich kann sagen, dass der Rapport Antworten auf die Fragen beinhaltet, die – soviel ich weiß – auch in den nationalen Parlamenten gestellt werden. Ich will Ihnen nur sagen, dass die Untersuchung uns sofort vor dem eigentlichen Problem gestellt hat. Wir haben keine reelle Untersuchungszuständigkeit – ich weiß nicht, ob sie das Europäische Parlament hat. Das heißt also, dass wir Informationen sammeln aber haben nicht mal solche Möglichkeiten wie es die nationalen Parlamente haben, die anhand des Grundgesetzes, in gewissen Situationen besondere Ausschüsse mit speziellen Befugnissen, die den Gerichtskompetenzen ähnlich sind, berufen können. Das gibt nicht im Europarat. Im unseren Statut gibt es keine Regeln, die das erlauben. Wir bemühen uns soviel wie möglich Informationen zu liefern, unterliegen aber auch einigen Beschränkungen. So wie ihr, Thomas.



THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Ich will nur die Informationen ergänzen. Entschuldige mich, aber ich war nicht da als du deine Bemerkungen mitteiltest, aber mein Freund und Nachbar aus der WEU Versammlung hatte sie mir wiederholt. Du sprachst über die Probleme, die in Großbritannien der Parlamentarische Untersuchungsausschuss hatte, deren Tätigkeit bei der Untersuchung der CIA-Affäre von der Regierung blockiert war. Das Europäische Parlament, Wojciech, unterliegt ähnlichen Beschränkungen wie der Europarat. Unsere Ordnung lässt die Möglichkeit der Berufung der Untersuchungsausschüsse, die aber nur in diesen Bereichen funktionieren dürfen, die der Kompetenzen der Europäischen Union unterliegen. In der CIA-Affäre handelt es sich um die Verletzung des Landesrechts. Im Zusammenhang damit das Europäische Parlament, nach einer heißen Diskussion, diese Idee der Berufung des Untersuchungsausschusses aufgegeben hat und einen Vorübergehenden Ausschuss gründete, ein anderes Instrument den wir zu Verfügung haben. Tatsächlich ist es eine Angelegenheit wobei die internationale Zusammenarbeit eine grundlegende Bedeutung hat. Wir arbeiten zusammen in Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa oder dank unseren direkten Kontakten mit dem Kongress der Vereinigten Staaten, arbeitet das Europäische Parlament mit den Kongressvertretern zusammen um gemeinsame Ausgangspunkte zu erarbeiten. Es geht hier nicht um die Untersuchung der Rechtsverletzung sonder um die Klärung der Fakten und Einvernehmen welche sollten verurteilt werden.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Nur zwecks der Ergänzung. Das ist auch ein sehr gutes Beispiel der guten Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Institutionen, weil zwischen dem Ausschuss des Europäischen Parlaments und unserer Rechtsausschuss, die sich mit dieser Sache befasst ein guter Informationsaustausch erfolgt. So sieht es aus.

Wollen unsere Hauptreferenten dieses kommentieren. Leszek, ja.

LESZEK KIENIEWICZ

Chef der Sektion für Europäische Union in der Kanzlei des polnischen Sejms

Ich verstehe, dass ich mich jetzt zu den Fragen und Bemerkungen äußern kann? Wer sollte die Gründung neuer interparlamentarischen Versammlungen verbieten? Natürlich niemand kann das verbieten, aber ich stelle mir vor, dass die Parlamentspräsidenten in Kopenhagen beschließen könnten, dass eine jede neue Konferenz oder Versammlung ganz auf Kosten des Gastgebers stattfinden soll. Und ich glaube, dass diese Maßnahme ausreichen würde, wenn man sich manche Initiativen ansieht.

Wenn es sich um die Arbeitsgruppe handelt, die im Februar in Kopenhagen tagte, dann war das ein spannendes Treffen und das, dass man beschloss, dass es unmöglich ist, den Präsidenten etwas Konkretes anzubieten, bedeutet nicht, dass es nutzlos war. Ich habe einen ausführlichen Bericht mit Vergnügen abgefasst und kann ihn gerne jemandem zur Verfügung stellen.

Chaos. Klar, Chaos ist eine ganz normale Sache. Chaos gehört einfach zum Leben und hier gibt es nichts Außergewöhnliches.

Wenn es sich um die Mitglieder handelt, die weder im Parlament noch in einer Versammlung sind, dann die Antwort lautet „ja“ – sie reisen viel und die Reisen nehmen ihnen mehr Zeit in Anspruch als die eigentliche Teilnahme an den Sitzungen. Und genau aus diesem Grund glaube ich, dass es im dänischen Fragebogen, der im Herbst vergangenen Jahres verschickt wurde, doch einen Fehler in der Annahme gab. Als eine der realen Belastungen, die mit der Teilnahme verbunden sind, sollte man auch die Zeit der Reise erwähnen, weil es ganz anders ist, wenn ein Holländer an der Versammlung der Westeuropäischen Union teilnimmt und ein anderes Mitglied, der von einem Land fliegt, das vielleicht nicht sehr weit entfernt ist, aber von dem es keine direkten Verbindungen gibt. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

Wenn es um die transnationalen Kontakte geht, dann glaube ich, dass wir von so einer Sache wie die Teilnahme der MdEPs an den Arbeiten der nationalen Parlamente überhaupt nicht gesprochen haben, weil das wohl die transinstitutionellen Kontakte würden, oder auch... Ich weiß nicht wie ich das bezeichnen soll, aber vielleicht sollten wir eine Bezeichnung dafür finden und über dieses Thema noch einmal diskutieren?

Was die Initiative angeht, damit man sich in der Europa-Mittelmeer-Konferenz nach dem Parteischlüssel setzt, glaube ich, dass das eine sehr gute Idee ist, obwohl ich meine, dass es vielen Gruppierungen aus dem Süden des Mittelmeeres (dortigen Parteien) schwerfallen wird, ihre Entsprechungen auf

unserer Seite des Meeres zu finden. Das würde jedoch zweifellos nützlich sein und dieser Versammlung mehr Energie geben.

Ich stimme natürlich mit dem Vorbehalt bezüglich des Beachtens der Richtlinien des Europäischen Parlaments überein. Die gemeinsamen Ausschüsse treten öfters öffentlich auf, gehen weiter, nehmen sein Privileg als Parlamentarier in Anspruch, sagen jedoch nichts gegen die Richtlinien des Parlaments. Ich stimme zu, dass das selbstverständlich richtig ist. Ich erinnere mich selbst daran, dass das erste Datum der Erweiterung, das sich tatsächlich bestätigte, gab der Präsident des Europäischen Parlaments in Sofia bekannt, als er verkündete, dass die nächsten EU-Wahlen erst nach der Erweiterung stattfinden. Ich glaube, dass das 1999 in Sofia während des Treffens des Präsidenten des Europäischen Parlaments mit Parlamentspräsidenten der am Prozess der Erweiterung der Europäischen Union beteiligten Staaten war.

Was diese Initiative von McMillan-Scott angeht, dann war es natürlich nicht die Rede von der Versammlung, sondern von der Konferenz. Ich habe die Informationen aus dem Bulletin *Agence Europe* geschöpft und das war eine ziemlich kurze Information. Tatsächlich, vielen Dank für die Erinnerung, so etwas tauchte auch auf dem Forum der COSAC auf und vielleicht deshalb hat ein anderes Mitglied, auch Sozialist, dagegen opponiert. Keine Ahnung. Auf jeden Fall, wenn sich solch eine Körperschaft einmal treffen würde, dann würde das bestimmt eine interparlamentarische Versammlung *ad-hoc* sein. Sie würde aber bestimmt wieder zusammentreten, denn ich glaube nicht, dass es sich nur auf ein einziges Treffen begrenzen würde. Übrigens, ist solch eine Versammlung vielleicht auch nicht so sehr notwendig.

Glücklicherweise, wenn solche Initiativen im Europäischen Parlament organisiert werden, dort wo es die ganze Infrastruktur und die Dolmetschkabinen bereits gibt, entfallen viele Kosten und außerdem sind die erfahrenen Beamten auch bereits an Ort und Stelle. Das ist sehr wertvoll.

Die Asien-Europa-Versammlung – ist das, wonach Liam gefragt hat. Wie es sich herausgestellt hat, fand das vierte Treffen des Parlamentarischen Partnerschaft Asien-Europa statt. Ich weiß, dass der Präsident des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union und der Präsident des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Sejms daran teilgenommen haben. Das musste also ein wichtiges Treffen sein. Ich hoffe bald etwas mehr davon zu erfahren.

Ich glaube, dass ich auf alle weiteren Fragen während des Lunches, Abendessens und in der Kaffeepause antworten kann.

Vielen Dank.

KJELL TORBIÖRN

Direktor des Kabinetts des Generalsekretärs des Europarates

Ich möchte zu zwei Bemerkungen von Thomas Grunert aus dem Europäischen Parlament Stellung nehmen. Erstens, Thomas hatte Einwände gegen das Wort „halbübernational“ und überzeugte – ich aber bin nicht ganz überzeugt – das es tatsächlich ein übernationales Gremium ist. Wenn es so sein sollte, würde das bedeuten, dass die Mitgliederstaaten der EU, ohne sich dessen bewusst zu sein, tatsächlich ein Teil der Föderation oder Konföderation sind. Sie sind aber nach wie vor unabhängige Länder. So ist es also ein „geheimübernationales“ Organ. Um dieses Problem zu lösen sollten wir vielleicht uns die lateinischen Präpositionen anschauen. Es gibt eine selten benutzte Präposition „praeter“. Es war die Rede von so etwas was die Bedeutung wie „praeter“ hat, was keine übernatürliche oder magische Bedeutung hat und bedeutet nichts anderes als „außer“, „praeter“ bedeutet „außer“. Also, über das Europäische Parlament können wir sagen, dass es „außernational“ und nicht „übernational“ ist. Du sagst, dass das Europäische Parlament ein vollberechtigter Teilnehmer des Rechtsgebungsprozesses in der EU ist, aber in den Ländern der EU und in den europäischen Ländern überhaupt treffen die Parlamente die endgültigen Entscheidungen. Ein extremes Beispiel dafür ist das Britische Parlament, das, wenn ich mich nicht irre (ich sehe hier zu Liam und Adele), die einzige reale Macht im Lande darstellt. Wenn ich aber die Unionsprozeduren betrachte, hat das Ministerrat das letzte Wort und das Europäische Parlament ist nur ein Teilnehmer und zwar nur ein unter vielen anderen Teilnehmern. Ihr müsst mit der Kommission zusammenwirken, die das Recht hat, Rechtsinitiativen vorzulegen, die Entscheidung liegt immer bei dem Ministerrat.

Zum Schluss möchte ich einige Worte der Äußerung von Mikołaj Karłowski widmen. Sie sprachen über den freien Markt und ich würde sagen, dass im gewissen Sinne existiert ein Markt der interparlamentarischen Versammlungen. Im Gegenteil zum Kaugummi oder Champagnermarkt ist es ein sehr unvollkommener Markt, uns die Entscheidungsträger sind die Landesregierungen und nationale Parlamente, weil – im Endeffekt – eben sie müssen alles über die Runden bringen, sich um Budgetdefizit sorgen, noch dazu jetzt wann die Budgetdefizite so Schmerzhaft sind. Im gewissem Sinne stellt sich heraus, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarates kann marktmäßig reagieren, weil wir versuchten uns in der Parlamentarischen Versammlung auf den „grundlegenden Handlungen“ dass heißt auf den Menschenrechten und Demokratie- und Regierungen des Rechts zu

konzentrieren. Im Endeffekt hat die Parlamentarische Versammlung gewisse Prioritäten festgelegt und das Präsidium der Versammlung beachtet es streng, welche Probleme zu Ausschussrapportthemen und Parlamentsdebatten gewählt werden können. Daher existiert ein Markt und als Ökonom gebe ich ihnen recht. Danke.

MIKOŁAJ KARŁOWSKI

Experte in der Kanzlei des polnischen Sejms

Wenn wir über Markt sprechen, muss zugestanden werden, dass es ein von dem Staat vollsubventioniertes Markt ist, oder nicht?

STIMME VOM SAAL

So, wie in den alten kommunistischen Zeiten.

STANISŁAW PUZYNA

Experte in der Kanzlei des polnischen Senats

Zuerst ein paar Worte Kommentars zu der von Leszek Kieniewicz ausgedrückter Skepsis gegenüber den Arbeiten der Arbeitsgruppe zur Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa.

Ich teile zum Teil diese Skepsis, insbesondere im Zusammenhang damit, dass die erwähnte Arbeitsgruppe zur Rationalisierung der auf Paneuropa bezogenen interparlamentarischen Zusammenarbeit bei der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments gegründet wird, deren Kompetenzen grundsätzlich mit dem EU-Gebiet und nicht mit dem Gebiet Europas verbunden sind. Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments beginnt, sich in letzter Zeit grundsätzlich mit Problemen zu beschäftigen, die bisher eher Domäne der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten war, die mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates verbunden ist. In diesem Zusammenhang kann man natürlich überlegen, ob die Arbeitsgruppe in richtigen Rahmen ins Leben gerufen wurde und ob das ihr erfolgreiches Handeln nicht verhindert.

Ich teile auch die Skepsis von Leszek Kieniewicz im Zusammenhang mit den begrenzten Möglichkeiten der Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Bereichen, wo diese Zusammenarbeit eine parlamentarische Dimension der zwischen den Regierungen bestehenden Zusammenarbeit hat. Das bezieht sich vor allem auf die Forderung der Rationalisierung dieser Zusammenarbeit im Rahmen der Kompetenzen der Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der OSZE. Und zwar die beiden Parlamentarischen Versammlungen bilden eine parlamentarische Dimension der zwischen den Regierungen bestehenden internationalen Institutionen. Eine Diskussion zum Thema Rationalisierung sollte sich also in erster Linie, wenn überhaupt, auf die zwischen den Regierungen bestehende, durch entsprechende Verträge oder internationale Übereinkommen geregelte Ebene beziehen. Die parlamentarische Dimension hat in diesem Fall im Vergleich zur Regierungsdimension einen sekundären Charakter.

Zusammenfassend, es ist offensichtlich, dass weder die Arbeitsgruppe zur Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa noch umso mehr dieses Seminar, das sich mit diesem Problem beschäftigte, keine Wunder vollbringen kann und diese Zusammenarbeit nicht rationalisieren wird. Das, was hingegen realistisch ist, ist das Anfangen eines bestimmten Prozesses, dessen Ausgangspunkt die Auflistung der im Moment differenzierten Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa im Rahmen einer entsprechenden Klassifikation sein sollte. Solche Auflistung wird diese Zusammenarbeit klarer machen. Sie wird die Rationalisierungsversuche sowohl den Experten als auch den Politikern vor allem auf Forum der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments, oder auch der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten ermöglichen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

JEWGIENIJ BOROWIKOW

Experte, Analytische Abteilung, Rat der Föderation, Russland

Ich möchte mich hier zum Prozess der internationalen Kommunikation äußern. Ein Teil der Delegation der russischen Duma ist heute nicht da und das ist damit verbunden, wovon sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen gesprochen haben, das heißt mit der Einschränkung des parlamentarischen Tourismus. Und das ist relevant.

Relevant ist auch, dass manche Aspekte der Angelegenheiten, die wir unter anderen in solchen Seminaren wie das hier besprechen, in keinem Zusammenhang mit wesentlichen Problemen der internationalen Zusammenarbeit stehen. Das Problem der übernationalen Erweiterung der parlamentarischen Zusammenarbeit muss im Zusammenhang mit der Erweiterung der Basis für alle Seiten nach gleichen Regeln, nach dem Gleichheitsprinzip stehen.

Danke.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Wir unterbrechen an der Stelle. Wir treffen uns nach der Pause um die Diskussion fortzusetzen. Der Kaffee wartet. Die Pause sollte schon vor einer halben Stunde beginnen und dass ist nur meine Schuld wie es mir nicht gelungen ist die Diskussion dynamischer zu führen. Wir treffen uns wieder um zwanzig vor eins.

## TAGUNG 2

Übernationale parlamentarische  
und interparlamentarische  
Versammlungen in der Europäischen  
Union, die die Politiken  
der EU überprüfen



## LESZEK KIENIEWICZ

Chef der Sektion für Europäische Union in der Kanzlei des polnischen Sejms

Sehr geehrte Herrschaften, nach dem Kaffee und den Beilagen können wir zum weiteren Thema der Tagesordnung kommen, der den Monitoring der Innenpolitik der EU durch die übernationalen und internationalen parlamentarischen Versammlungen der EU betrifft. Unser Kollege, Andreas Mauer ist schon gelandet und bald schließt sich uns an. Der erste Redner nach der Pause wird Herr Dr. Robert Grzeszczak aus der Breslauer Universität. Ich erteile Ihnen das Wort.

ROBERT GRZESZCZAK

Willy-Brandt-Zentrum, Universität Breslau

## Die Rolle der Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU in der gemeinschaftlichen und intergouvernementalen Dimension der EU

Ich möchte mich bei den Gastgebern für die Einladung zu diesem sehr interessanten Seminar bedanken. Es freut mich sehr, dass ich Ihnen einige Informationen zum Thema Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamenten in der Europäischen Union mitteilen kann.

Ich wurde gebeten, dass ich von zwei Dimensionen erzähle, und zwar, dass ich die gemeinschaftsweite Dimension und die zwischen den Regierungen bestehende Dimension darstelle.

Von der zwischen den Regierungen bestehenden Dimension kann man soviel sagen, dass sich die Rolle der nationalen Parlamente bei den Integrationsprozessen vor allem auf Praktiken einzelner Länder und Rechtslösungen stützt. Diese Bemerkung betrifft das Verbinden durch Dokumente, die im Rahmen der zweiten und dritten Säule der Europäischen Union, entstehen. Dagegen – und darauf werde ich noch zurückkommen – hat das Europäische Parlament im Rahmen der zweiten und dritten Säule sehr kleine Kompetenzen, um nicht zu sagen – es ist abwesend. Es wird lediglich über die geplanten und unternommenen Handlungen informiert. Die nationalen Parlamente können wiederum, wenn es sich ums Prinzip handelt, die Erlaubnis zur Durchführung der Ratifizierung in den Mitgliedsländern erteilen (oder diese Erlaubnis verweigern), aber ihre Rolle reduziert sich auf bloße „ja“ oder „nein“. Sie haben keinen Einfluss auf das Kreieren der Dokumente, das heißt auf die Gestaltung des Inhalts dieser Dokumente. Sie können auch keine Abänderungsanträge einbringen. Das Verbinden durch diese Akten, die in

einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Union eine Ratifizierung erfordern, können sie ebenfalls annehmen oder ablehnen.

Im Rahmen der gemeinschaftsweiten Dimension wurde die Rolle der nationalen Parlamente, praktisch von Anfang an, also schon in den 50er Jahren, einerseits durch den Status der Gründer der Organisation und der Mitbegründer ihres politischen Willens und andererseits durch die Rolle der Ausführenden von den aus diesen Verträgen resultierenden Verpflichtungen bestimmt. Das ist manchmal eine ziemlich instrumentale und untergeordnete Rolle, weil die nationalen Parlamente keine Rechtskraft haben, d.h. um zu sagen: in der Tat, wir wollen einen Rechtsakt in Kraft setzen, jedoch dieser entspricht nicht unseren Erwartungen und wir werden es nicht tun. Also, in diesem Sinne instrumental, weil sie gemäß dem Vertragsrecht zu ihrer Implementation verpflichtet sind. In erster Linie handelt es sich hier um Direktiven, und im Kontext der allgemeinen Tendenz zum „Direktivisieren“ des Gemeinschaftsrechts, d.h. zum außerordentlich häufigen Regulieren der gemeinschaftlichen Politik gerade durch Direktiven, ist das eine Aufgabe, welche die Parlamente, vor allem wenn es um das Wirtschaftsrecht geht, beträchtlich belastet.

Ich möchte daran erinnern, dass die Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente nicht nur, und zumindest nicht ausschließlich, aus gutem Willen, sondern auch aus der Pflicht resultiert, die in den Vorschriften des Vertrags berücksichtigt wurde, der die Europäische Gemeinschaft ins Leben gerufen hat. Zur Erinnerung – es sind Art. 5 und 10 des Vertrags. Art. 5 und insbesondere sein Abs. 1 bringt das Prinzip der von den Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft übertragenen Zuständigkeiten zum Ausdruck, und Art. 10 handelt von der Pflicht zur Zusammenarbeit zwischen den Ländern in Sachen der Gemeinschaft. Und diese Vorschriften werden unmittelbar in Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten und Gemeinschaftsinstitutionen, darunter auch des Europäischen Parlaments, umgesetzt. Zusätzlich wurden der Amsterdamer Revision zwei Protokolle hinzugefügt, welche die Pflicht zum Führen einer solchen Zusammenarbeit auferlegen, was ich noch genauer besprechen werde.

Schon allein wegen der Form der Prinzipien und Prozeduren der Implementation ist die Zusammenarbeit zwischen den Organen, und vor allem zwischen dem Parlament und den nationalen Parlamenten, angesagt. Das determiniert die Rolle, oder aber hat einen Einfluss auf die Rolle der Parlamente, aber auch auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Gesetzgeber mit dem Europäischen Parlament in Sachen der Gemeinschaft. Diese Pflicht ist eine Pflicht der Kooperation und Loyalität. Um sich in diese

theoretische Sphäre Pflichtenteilung der nationalen Parlamente gegenüber den Institutionen der Gemeinschaft nicht zu vertiefen, muss man feststellen, dass diese Pflicht unbestreitbar vorhanden ist. Und man darf nicht vergessen, dass sich die allgemeinen Grundlagen der Zusammenarbeit der Parlamente auf die Pflicht stützen, die das Vertragsrecht und allgemeine Prinzipien der Gemeinschaften geformt haben. Jedoch auf der anderen Seite hat ein gewöhnlicher Pragmatismus, also das Streben nach einem effektiven Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren vor allem in der gemeinschaftsweiten Dimension und der Einfluss auf die Form der EU-Politik in verschiedenen Bereichen, eine nicht geringfügige Bedeutung für die endgültige Form und den endgültigen Umfang dieser Zusammenarbeit.

Wie ich gesagt habe, resultieren die Grundsätze der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament in höherem Maße aus Erfahrung als aus Rechtsvorschriften des Vertrags, die zu diesem Thema meistens einfach fehlen. Diese Tatsache verwundert gar nicht, denn es ist unmöglich, dass im Vertrag, der die Europäische Union ins Leben gerufen hat, oder im Vertrag über die Europäische Gemeinschaft irgendwelche Vorschriften auftauchen, die Befehle oder Verbote einzelner nationaler Parlamente geordnet hätten. Das würde zur Autonomie der Gesetzgeber der Mitgliedsländer nicht passen und dabei noch die demokratischen Prinzipien eines Rechtsstaates brechen.

Und so wurden im Vertragsrecht in den 50er Jahren weder die Kompetenzenteilung noch neue Pflichten seitens der nationalen Parlamente zugunsten der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und umgekehrt berücksichtigt. Auch die nächsten Revisionen des Vertragsrechts haben das nicht ergänzt. Jedoch, wie wir wissen, haben die ersten zwar nicht bindenden Deklarationen den Maastrichter Vertrag begleitet. Diese Deklarationen waren eine gewisse Ankündigung, dass die nationalen Parlamente, ihre Rolle und Bedeutung bei den Integrationsprozessen aufs Neue bemerkt wurden, nachdem sie einen unmittelbaren Kontakt mit dem Europäischen Parlament verloren haben, das heißt, nachdem sie ihre Abgeordneten auf Sitzungen nach Straßburg, oder Brüssel, also seit dem Zeitpunkt der ersten Direktwahlen (1979) zu schicken aufgehört haben. Maastrichter Vertrag hat nicht nur das Problem der Rolle der nationalen Parlamente innerhalb der Strukturen einer neu gegründeten Organisation berührt, sondern auch das Problem des Funktionierens der nationalen Parlamente der Mitgliedsländer in eine andere politisch-rechtliche Dimension eingeführt.

In den letzten zehn Jahren wurden sowohl die Rolle der nationalen Parlamente bei den europäischen Integrationsprozessen, ihre Zusammenarbeit in diesem Bereich, als auch die Zusammenarbeit mit dem europäischen

Vertreter (das Europäische Parlament) zum Gegenstand der Regulierung differenzierter Bindungskraft und differenzierten Ranges. Der Vertrag von Amsterdam aus dem Jahr 1999 führte in die Texte der Verträge die Regelungen bezüglich der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten und dem Europäischen Parlament ein. Der Europäische Rat beschloss, dem Vertrag von Amsterdam das Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente der Mitgliedsländer der Europäischen Union beizufügen. Das Protokoll ist ein integraler Bestandteil des Vertrags und teilt sich in zwei Hauptteile. Im ersten Teil wird es über das Informieren der Parlamente der Mitgliedsländer gesprochen, und der zweite Teil handelt wiederum von den Grundvoraussetzungen der Arbeiten der COSAC. Diesen Weg ging auch der Vertrag über eine Verfassung für Europa, dem Protokolle in Sachen des Prinzips der Subsidiarität und das Protokoll, das von der Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union handelte, beigefügt wurden.

Sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europäische Parlament spielen verschiedene, aber zugleich, in gewissen Bereichen, komplementäre Rollen. Und das klingt ein bisschen wie Truismus, denn verschieden und komplementär, bedeutet anders und gleich. Dann wo verläuft die Grenze zwischen verschiedenen und gemeinsamen Aufgaben? Diese Grenze ist gut sichtbar, wenn man sich die Dreisäulenstruktur der EU anschaut.

Könnte man sagen, dass sich das Europäische Parlament in den 90er Jahren für die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten öffnete, indem es viele Formen von mehr oder weniger institutionalisierten oder informellen Zusammenarbeiten mit nationalen Parlamenten förderte. Diese Zusammenarbeit, wenn man dabei nicht vergisst, dass sich nationale Parlamente in ihrer Aktivität in bezug auf den Einfluss auf die Gemeinschaftspolitik unterscheiden, war mit einzelnen Parlamenten nicht gleich intensiv. Der abwesende Andreas Maurer hat im Rahmen eines der an der Universität zu Köln realisierten Projekte hervorragend die Parlamente in diejenigen geteilt, die sich schnell oder langsam an dynamische Entwicklung des Gemeinschaftsrechts anpassen. Es gibt also Parlamente, wie dänisches Folketing oder skandinavische Parlamente im Allgemeinen, die tatsächlich auf dem Laufenden sind und die die Politik der Regierungen, also auch ihre Minister, effektiv beeinflussen. Und sie machen das noch vor ihrer Abreise nach Brüssel auf die Tagung des Rates der Europäischen Union. Die Minister erhalten mehr oder weniger restriktive Verhandlungsmandate.

Es gibt Parlamente, die nur selten das Wort in Sachen der Integration ergreifen, und auch solche, deren Handeln im europäischen Bereich evolviert, zum Beispiel italienische Camera dei Deputati und Senato della Republica

Italiana, wo das Parlament, könnte man sagen, nach dem Nichtsein wieder zu leben begann. Früher passte es sich tatsächlich eher, sagen wir, langsam an dynamische Entwicklung des Gemeinschaftsrechts an.

Ich werde hier kein Urteil über polnisches Parlament äußern, ich glaube, dass die Zeit es noch erweisen wird, wie diese Dynamik aussehen wird, und ob das Tempo und die Effektivität der Arbeiten wirklich schnell wird oder nicht. Eine ziemlich kurze Zeit unserer Teilnahme an den Gemeinschaftsstrukturen gibt noch keine Chance für die Entstehung eines vollständigen Bildes. Trotzdem sollte man hier einen besonderen Akzent darauf legen, dass wie es die bisherige Erfahrung der Parlamente der Mitgliedsländer der Alten EU zeigte, und das wird sich voraussichtlich auch nicht ändern, brauchen die Parlamente das Aussondern von Eliten des Zivildienstes, das heißt Personen, die sich auf Entscheidungsmechanismen der EU verstehen, die die sich regelmäßig wechselnden oder in diesem Bereich über kein Grundwissen verfügenden Parlamentarier (weil sie es auch nicht besitzen müssen) unter ihren Schutz nehmen und den Unerfahrenen die richtigen Wege zeigen werden. Das sind also für die Beamten, die sich damit beschäftigen, eine sehr große Belastung und eine sehr bedeutende Aufgabe.

Ein Truismus ist auch die Feststellung, und das erfordert eine Unterstreichung, dass die Rolle der Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments und den nationalen Parlamenten in der Stärkung des demokratischen Sanktionierens von Initiativen der Europäischen Union besteht. Und ja, so ist es tatsächlich. Diese demokratische Legitimation festigt die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, und so wird es auch in der Zukunft sein. Ich bin jedoch nicht der Meinung, dass eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament zur Überwindung der Krise der demokratischen Legitimation von Entscheidungsprozessen der EU führen wird. Das wäre eine zu einfache Lösung, wenn sich die Antwort auf die Überwindung der Krise der Demokratie in der EU auf nur solche einfache Lösung gestützt hätte. Wenn die Sache so aussehen würde, dann wäre das schon eingeführt, wie ich hoffe.

Wie ich gesagt habe, stützt sich die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten auf bestimmte Rechtsgrundlagen, aber vor allem auf den Pragmatismus. Eine erhebliche Überlegenheit der Regierungen, also der Exekutivorgane, bei den Integrationsprozessen, und vor allem bei den Gesetzgebungsverfahren der Gemeinschaft bewirkte in der Konsequenz eine erhebliche Aufgeschlossenheit der nationalen Parlamente gegenüber neuen Formen der Zusammenarbeit mit

den Institutionen der Gemeinschaft, und vor allem mit dem Europäischen Parlament.

Beachtenswert sind die Relationen zwischen dem Europäischen Parlament und den parlamentarischen Europaausschüssen, und damit auch die Relationen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten. Jetzt möchte ich mich zur Schlussbemerkung des Vorsitzenden äußern.

Es entstanden tatsächlich parlamentarische Europaausschüsse, oder wie sie auch einmal genannt wurden – Gemeinschaftsausschüsse, seltener sind das die Branchenausschüsse. Die Arbeit dieser Ausschüsse ersetzt oft Plenararbeiten des Parlaments. Aber das ist auch kein Wunder. Das Plenum, also die Vollversammlung des Parlaments, ist nicht im Stande sich um eine solche Fülle der Angelegenheiten in Sachen der Integration zu kümmern und wird den Dokumentenfluss nicht beherrschen. Bei alledem sollte uns auch das bewusst sein, dass die Sachen der Gemeinschaft keine einfachen Sachen sind. Sie betreffen eine Reihe fachlicher Angelegenheiten aus dem Gebiet der Wirtschaft, und ein Teil davon geht sogar über die Wirtschaftsfragen hinaus – die zweite oder dritte Säule der EU, wie etwa die Annahme des umstrittenen europäischen Haftbefehls. Die Gesetzgebungspolitik erfordert zum Beispiel in bezug auf die Zusammenarbeit der Gerichte oder der Polizei in Strafsachen ein großes Fachwissen. Sie benötigt also nicht nur eine gut funktionierende Arbeit der Beamten in den Parlamenten und Kanzleien, sondern auch Parlamentarier, die diesem Ausschuss angehören und die das erforderliche Wissen haben.

Na ja, es muss uns auch noch bewusst sein, dass es, wie der Vorsitzende gesagt hat, in der Epoche der Globalisierung und bei der bisher nicht bekannten Dynamik des Lebens, unmöglich ist, Diskussionen und Abstimmungen über alle wichtigen Probleme in der Vollversammlung durchzuführen. Ich möchte betonen, dass wir in diesem Fall unvermeidlich vor einer Krise der Prinzipien der parlamentarischen Vertreterdemokratie stehen, die in diesem Sinne an Bedeutung verliert. Es ist allgemein bekannt, dass die Parteien keine Massenparteien, sondern eher Sofaparteien sind, und die wesentlichsten Sachen werden in den Sitzungen der parlamentarischen Ausschüsse, und nicht in der Vollversammlung erledigt. Also, die wesentlichste Arbeit wird in kleinen Gremien geleistet und das hat den größten Einfluss auf die Angelegenheiten der Gemeinschaft. Und gerade die Ausschüsse einzelner Parlamente, die sich mit Problemen der Europäischen Union beschäftigen, haben ihre einzige Chance auf effektive Zusammenarbeit und auf realen Einfluss auf manche Elemente der Integrationspolitik der Regierungen oder

Institutionen. Umso mehr sollte die Arbeit des Ausschusses einen Einfluss auf die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament haben.

Diese Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments mit nationalen Parlamenten (ich schaue schon auf die Uhr, um nicht zu verlängern) entwickelt sich auf zwei Ebenen, und zwar auf der institutionalisierten und informellen, informativen Ebene meistens vom Personalcharakter. In der Praxis spielen persönliche Beziehungen zwischen den Abgeordneten (wie auch zwischen den Beamten einzelner Parlamente) eine sehr bedeutsame Rolle.

Wenn es sich um institutionelle Formen der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament handelt, dann werde ich sie nicht mehr erwähnen. Denn es wird noch im Rahmen dieses Seminars versucht, diese Formen der Zusammenarbeit vernünftig zu katalogisieren. Dennoch erlaube ich mir, sie zu nennen – Kleine Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedsländer der EU, Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU oder schließlich auch COSAC – als Gremium, das eine effektive Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten sicherstellt.

Ich möchte jedoch zugeben, und auch meinen Vorrednern nachsprechen, dass die Rolle und Bedeutung, die Aufgaben und Funktionen der Konferenz der Europaausschüsse COSAC in einzelnen Parlamenten und auch im Europäischen Parlament unterschiedlich beurteilt werden. Das Letztgenannte war sogar, zu Beginn des Funktionierens der COSAC, gegen das Formalisieren der Arbeiten dieses Forums, weil es in dieser Institution gewisse Bedrohung für seine Kompetenzen sah. Die Geschichte des Europäischen Parlaments erscheint jedoch als schrittweise erfolgreiches Erlangen neuer Kompetenzen und in diesem Sinne konnte das Europäische Parlament früher gewisse Konkurrenz seitens der COSAC befürchten. Jetzt, insbesondere angesichts bisheriger Reformen, aber auch angesichts angekündigter Reformen in der Konstitution für Europa, gewinnt das Europäische Parlament immer mehr Kompetenzen, und demzufolge sollte sich schon vor einer solchen Konkurrenz nicht mehr fürchten.

Während die COSAC eine Brücke zwischen nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament ist, spielt, wie ich bereits gesagt habe, die Konferenz der Vorsitzenden, für mein Empfinden eine wichtige Rolle, aber eher als Koordinator der Zusammenarbeit einzelner nationaler Parlamente, und nicht so sehr der Zusammenarbeit nationaler Parlamente und des Europäischen Parlaments.

Die Rolle der informellen Beziehungen zum Europäischen Parlament ist interessant und meiner Meinung nach durch die Doktrin unterschätzt. Wie ich



gesagt habe, hat das Europäische Parlament eine ganze Reihe der Formen der Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten unterstützt, meistens diejenigen, die nicht institutionalisiert waren.

Zu den informellen Handlungsarten gehören zum Beispiel gemeinsame Sitzungen der parlamentarischen Fachausschüsse. Darüber hinaus sind das auch häufig bilaterale Sitzungen der Ausschüsse in Sachen der Europäischen Gemeinschaft, oder die Treffen der Vorsitzenden der parlamentarischen Fraktionen. Das sind Treffen in der Art der Rundsitzungen – wie man das in der Literatur zu nennen pflegt – die von den einzelnen Ausschüssen des Europäischen Parlaments organisiert werden und an denen die Vertreter von analogen Ausschüssen nationaler Parlamente teilnehmen. Diese Treffen handeln von konkreten Problemen, zum Beispiel in Schweden von der Euro-Einführung, oder von Fragen, welche die Geldpolitik oder die Einleitung der EU-Strategie der nachhaltigen Entwicklung betreffen (Lissabon Strategie).

Das Parlament in Straßburg lädt auch Vertreter aller Ausschüsse nationaler Parlamente in Sachen der Geldpolitik und Währungspolitik in Sitzungen eigener Ausschüsse ein, die sich z.B. mit der Problematik der Währungsunion befassen.

Die nächste Form der nicht institutionalisierten Zusammenarbeit ist die Teilnahme der Abgeordneten des Europäischen Parlaments an den parlamentarischen Sitzungen nationaler Vertreter. Also eine Umkehrung der vorigen Situation. Es ist meistens die Beteiligung der Abgeordneten des Europäischen Parlaments an den Sitzungen ohne ein Stimmrecht. Diese Möglichkeit nutzen meistens die europäischen Parlamentarier aus, wenn sie die Stellung des Europäischen Parlaments, die anders als die Stellung anderer Institutionen ist, durchsetzen wollen. Es kommt also vor, dass nationale Parlamente bei den Auseinandersetzungen mit dem Rat der Europäischen Union als natürlicher Verbündete ausgenutzt werden. Das ist also das beste Beispiel dieser Komplementarität von Interessen des Europäischen Parlaments und nationaler Gesetzgeber.

Wenn es sich um die Teilnahme der Abgeordneten des Europäischen Parlaments an den Sitzungen der Ausschüsse einzelner nationaler Parlamente handelt, dann sehen diese Praktiken statistisch sehr interessant aus. In 19 Kammern der Parlamente der Mitgliedsländer haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, auf der Grundlage von der so genannten festen Einladung, das Recht an regulären Sitzungen der Europäischen Kommission teilzunehmen. In fünf anderen Kammern, haben die Abgeordneten des europäischen Parlaments ebenfalls das Recht an Sitzungen der Europäischen Kommission teilzunehmen. Das erfolgt jedoch bei ihnen nur auf der Basis von

der so genannten speziellen, also zeitlich begrenzten Einladung. In elf Kammern wurde eine reguläre Teilnahme nicht vorgesehen, was jedoch nicht bedeuten soll, dass man eine solche Form der Beziehungen ausschließt, sondern es gibt solche Praktiken nicht oder sie sind sehr selten.

Wenn es sich um Branchenausschüsse handelt, die ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, dann haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in acht parlamentarischen Kammern auf der Basis von festen Einladungen das Recht, an regulären Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen. In sieben Kammern ist diese Teilnahme von spezieller Einladung abhängig, und in zwanzig Kammern haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments diese Möglichkeit nicht. Ihre Beteiligung an den Sitzungen der Branchenausschüsse beschränkt sich auf die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen.

Es werden auch einmalige, gelegentliche Treffen organisiert, um einige sehr sensible oder problematische Fragen mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu besprechen.

Die nächste Form dieser informellen Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments mit nationalen Parlamenten ist dank der Initiative des Europäischen Parlaments möglich. Das sind die informellen gemeinsamen Ausschüsse, die sich in seinem Forum, meistens in Brüssel, treffen, um einen konkreten Bericht oder Report aus einem bestimmten Bereich zu besprechen.

Oft finden auch die Treffen der Berichtersteller statt. Das sind Funktionäre des Zivildienstes und Beamte des Europäischen Parlaments, die zur Arbeit in Parlamenten der Mitgliedsländer abgeordnet wurden. Diese Handlungen sind eine sichere Methode, die dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten schnellen und sachlichen Informationsaustausch gewährleistet.

Hier sollte man u.a. die deutschen Praktiken loben, im Rahmen deren der Europäischen Kommission seit langer Zeit fünfzehn Abgeordnete des Europäischen Parlaments angehören, und dazu gibt es da auch noch festen Beamtenaustausch vom Bundestag und Europäischen Parlament.

Es bleibt noch die Frage der Koordination der Arbeiten mit politischen Gruppen, also das nationale Parlament – das Europäische Parlament. Hier sind die Praktiken deutlich differenziert, das bedeutet, dass die Koordination über Parteien, Fraktionen im Parlament stattfindet und dann wird das auf die Koordination der Politik und Stellungen der Abgeordneten, die auf den Abgeordnetenbänken Platz nehmen, übertragen. Ich glaube, dass sich diese Sache noch weiterentwickeln wird – d.h. die Sache des Einflusses der Parteien und der Vorsitzenden dieser Parteien auf Abgeordnete des Europäischen Parlaments, die im Namen dieser Parteien zum Europäischen Parlament gewählt worden waren.

Meiner Meinung nach sollte sich die Relation zwischen nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament - und das wird auch mehrmals in allen möglichen Gremien wiederholt - auf zwei Grundvoraussetzungen stützen, und zwar irgendwelche Änderungen oder institutionelle Ergänzungen dürfen die jetzt funktionierenden Institutionen nicht schwächer machen, also sie dürfen die Funktionsfähigkeit weder des Europäischen Parlaments noch anderer Institutionen, wie etwa des Rates, abschwächen.

Also, wenn man etwas ändert, dann nicht mit Hilfe der einfachsten Methoden, die mir etwas an die Komitologie erinnern, also durch das Berufen von immer neuen Gremien formeller und informeller Zusammenarbeit, die nichts Neues bringen - ich will das aber nicht so scharf kommentieren, weil ich kein Fachmann bin und mich nicht genau auskenne, ob und was sie bringen. Ich habe jedoch den Eindruck, dass ihr Beitrag gering ist, und sie werden zur Form - ich nenne das ziemlich scharf - der parlamentarischen Touristik. Es gibt entweder Klarheit der Prozeduren, oder fügen wir immer neue Glieder zu dieser Kette hinzu und sie wird zu solcher Kette, die dieses Gesetzgebungsverfahren selbst zu würgen beginnt.

Das nächste Prinzip, das die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten begleiten sollte, sollte neben dem Vermeiden der Anhäufung von neuen Formen dieser Zusammenarbeit auch das Streben nach der möglichst effektivsten Ausnutzung dieser bereits bestehenden Möglichkeiten sein. Nehmen wir die COSAC als Beispiel. Die interparlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der COSAC bringt viele Möglichkeiten der Entwicklung mit sich. Es ist eine Zusammenarbeit, die im Gegensatz z.B. zum Ausschuss der Regionen zu jedem Thema, das die Europäische Union betrifft, ihre Meinung äußern kann. Es gibt hier also große Möglichkeiten zum Handeln. Man sollte also davon Gebrauch machen, was wir bereits haben, und nicht immer wieder neue Strukturen gründen.

Zusätzlich sollten diese Veränderungen oder eher die Rationalisierung der bisherigen Formen der Zusammenarbeit das schon sowieso komplizierte Entscheidungsverfahren der EU nicht unübersichtlich machen. Das ist ein großes Problem, weil es schwierig ist, beispielsweise neue Aufgaben, die durch die Konstitution für Europa gesetzt werden, so z.B. die Rolle der Parlamente der Mitgliedsstaaten als der Wächter des Beachtens durch die Gemeinschaftsinstitutionen des Prinzips der Subsidiarität, mit dem Bedürfnis der Einhaltung der Klarheit und Übersichtlichkeit der Entscheidungsprozesse in Einklang zu bringen. Man darf nicht unendlich Argumente dafür vorbringen, dass die Rolle des Europäischen Parlaments immer größer in den

Entscheidungsverfahren sein sollte. Und mindestens sollte man unbewusst darüber nicht sprechen, wie es oft geschieht. Man anerkennt nämlich, dass, wenn wir schon eine Krise der demokratischen Legitimation der Unionsstrukturen haben, reicht es nur die Kompetenzen des Europäischen Parlaments zu erhöhen und das Problem wird gelöst. So ist es aber nicht. Gleich danach sagt man mit einer anderen Stimme, dass die nationalen Parlamente eine garantierte bedeutende Beteiligung am legislativen gemeinschaftlichen Prozess haben sollten, denn sie sind auch ein Garant der Demokratie. Und tatsächlich ist es so im großen Ganzen. Wenn nämlich das Europäische Parlament keine europäische Nation vertritt, weil eine solche Nation noch nicht existiert (ein riesiger europäischer *Demos*, d.h. ungefähr 440 Mio. der EU-Bürger und kein *Etnos*). Wenn es keine europäische Nation gibt, oder sie in der Keimphase bleibt, dann sind die Vertreter der einzelnen sich in der EU vereinigenden Nationen bis auf weiteres unsere nationalen Vertreterkörperschaften.

Ab und zu erscheinen erhabene, wie ich sie nennen würde, Parolen der Zusammenarbeit zwischen dem Straßburger Parlament und den nationalen Parlamenten. Das sind Parolen, die an der Rhetorik reich sind, es fehlt ihnen aber am Inhalt, also eben Parolen dieses ständigen Zurückkehrens zum Bedürfnis der Erhöhung der Rolle und des Garantierens der Bedeutung von Parlamenten in den Integrationsprozessen. Es ist also von Bedeutung, sich nicht so sehr auf die effektiven Parolen als auf die sachliche Seite der Diskussion über die Regeln der Zusammenarbeit von Parlamenten in Sachen der EU zu konzentrieren.

Nicht immer sind die Interessen des Europäischen Parlaments – und es ist, wie mir scheint, selbstverständlich – mit den Meinungen und Interessen der nationalen Parlamente übereinstimmend. Sofern das Europäische Parlament nach der Erhöhung seiner Rolle gegenüber anderen Organen, besonders gegenüber dem Rat der Europäischen Union strebt – was sich aus der Konkurrenz beider Organe ergibt, die in den legislativen Gemeinschaftsprozeduren aufgeschrieben wurde – sind die nationalen Parlamente mehr an der Erweiterung des Einflusses interessiert, den sie gegenüber den Staatsregierungen im Zusammenhang mit den von ihnen im Rat erfüllten Funktionen ausüben werden, oder ausüben könnten.

Um die Diskussion über die Rahmen der Fähigkeit bzw. Unfähigkeit der Konkurrenz von Aufgabenkompetenzen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente sozusagen abubrechen, betont das erste im Bericht aus dem Jahr 2002, dass es sich für den einzigen Vertreter der Bürger auf der EU-Ebene und den Garanten der Demokratie nicht hält. Und meiner Meinung

nach tat es richtig, es betont zu haben, weil es offiziell keine Voraussetzungen dafür gibt, dass es sich für den Vertreter und Garanten der Demokratie der europäischen Strukturen halten könnte. Das Europäische Parlament müsste nämlich ein Vertreter der europäischen Nation sein, und diese, wie ich schon erwähnt habe, hat sich noch nicht ausgebildet.

Es ist nicht schwierig die Bereiche zu zeigen, die bei der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament ziemlich problematisch sind. Ich erlaube mir einen zu erwähnen, und zwar das Budget der EU. Die Parlamente sind auf natürliche Art und Weise am Behalten des größten Einflusses (der Ausschließlichkeit) auf das Gestalten der staatlichen Haushalte interessiert, und das ergibt sich auch aus dem Laufe der Dinge. Das Europäische Parlament möchte dagegen zur Erhöhung der Eigeneinzahlungen der Mitgliedsstaaten führen, der Einzahlungen, die aus den staatlichen Haushalten stammen. Das vergrößert gleichzeitig die Rolle des Europäischen Parlaments, neben dem Rat als der Haushaltsbehörde der EU. Die nationalen Parlamente streben dagegen nach dem Behalten der möglichst großen Mittel in der Staatskasse, deren einziger Disponent sie sind.

Trotz der ziemlich kritischen Meinungen zum Thema der Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments mit den nationalen Parlamenten, erhält eben das Europäische Parlament die engsten Kontakte mit den nationalen Parlamenten unter allen Institutionen aufrecht. Das bedeutet nicht, dass alle Vorschläge des Straßburger Parlaments die Rolle der nationalen Parlamente berücksichtigen. Beispielsweise: der Vorschlag der Verleihung der völkerrechtlichen Subjektivität der EU. Ein richtiger und erwünschter Schritt, man sollte aber dessen bewusst sein, dass es die Rolle der nationalen Parlamente im Rahmen der heutigen zweiten und dritten Säule ändert. Das kann mit dem Abgehen von den Parlamenten der Kompetenzen der Einwilligung zur Ratifizierung der Dokumente verbunden sein, die im Rahmen der heutigen zweiten und dritten Säule der EU entstehen.

Die Frage ist, ob das Europäische Parlament dann weiter an der Zusammenarbeit im Rahmen der gemeinsamen Auslands- und Sicherheitspolitik interessiert wird? Heutzutage, wenn das Europäische Parlament in diesem Bereich praktisch keine Rolle spielt, ist es selbstverständlich daran interessiert, um über Kontakte mit den nationalen Parlamenten mindestens einen beschränkten Einfluss zu haben, und sich dadurch der zweiten und dritten Säule zu nähern.

Indem man gegenseitige Verhältnisse der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament bespricht, sollte man über ein wichtiges Problem nachdenken, ob die Verstärkung der Rolle des Europäischen Parlaments zur

Erhöhung der Bedeutung der nationalen Parlamente führt. Es wird auch eine umgekehrte These aufgestellt. Nach Ansicht mancher Vertreter der Doktrin, und ich neige mich auch dazu, verdeutlicht die Ausbreitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments im Gemeinschaftssystem schon jetzt zusätzlich den Partikularismus der nationalen Parlamente und wird es weiter verdeutlichen, und beschränkt im Resultat ihre politische Bedeutung, so wie die Möglichkeit des Auswirkens auf die Gemeinschaftsgesetzgebung.

Ich bin gespannt, was für Meinungen Sie haben, es ist nämlich eher eine These als eine bewiesene Ansicht.

Zusammenfassend ergibt sich die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament einerseits aus dem guten Willen und gesunden Pragmatismus der nationalen Parlamente, andererseits stützt sie sich auf solide rechtliche Grundlagen. Der Pragmatismus, weil die nationalen Vertreter, indem sie sozusagen näher dem Europäischen Parlament sind, durch häufigere formale und informelle Kontakte einen erheblich besseren Zugang zu Informationen, so wie zu den so genannten guten Praktiken haben, zu denjenigen also, die schon das Examen ihrer Effektivität bestanden haben. Die Zusammenarbeit der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament ist in folgenden Bereichen wesentlich: Kontrolle der Anwendung des Prinzips der Subsidiarität, Informationsaustausch und Austausch von EU-Dokumenten, von den so genannten guten Praktiken, Austausch von Erfahrungen im Rahmen der Formen und Prozeduren der Kontrolle gegenüber der Regierung in den Integrationsfragen und Praxis der Kontrolle der Politik im Bereich der zweiten und dritten Säule.

Momentan erscheint das Problem der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament erneut und stärker, diesmal im Zusammenhang mit der Debatte über die Zukunft der EU. Es ist kein Zufall. Man sollte nämlich die Rolle des nationalen Parlaments auch vom Gesichtspunkt des Verhältnisses zwischen der staatlichen Souveränität und den Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaften bewerten, die heutzutage auf eine neue Art und Weise als konstruktive Kooperationen zwischen dem Bereich der staatlichen Macht und dem Bereich der Macht von Gemeinschaften bestimmt werden. Diese beiden Bereiche arbeiten in immer größerem Maße zusammen, und die nationalen Parlamente sollten sich in immer größerem Maße zu den Brücken zwischen dem Staat und der EU verwandeln (und sie tun es).

Zweifellos geht die EU in Richtung eines immer komplizierten politischen Systems, wo Instrumente von einem staatlichen Charakter im Rahmen der Administrationsstruktur von einem nicht staatlichen Charakter benutzt werden.

Deswegen stehen die nationalen Parlamente sowie das Europäische Parlament vor einer Reihe neuer Herausforderungen. Und sie stellen ihre institutionelle Position als einer Gemeinschaft der unmittelbar legitimierten und repräsentativen EU-Bürger in Frage. Diese Erscheinung erfordert eine ständige Ausnutzung von Möglichkeiten und Anpassung an die Gelegenheiten, zum Zwecke des parlamentarischen Engagements als Antwort auf Herausforderung, die mit der Gesetzgebung der Europäischen Gemeinschaft und Tätigkeit der Europäischen Union verbunden ist.

Das Thema ist unerschöpft. Es gibt noch mehrere Fäden, die ich nicht aufgegriffen habe, wahrscheinlich treten sie noch in der Diskussion hervor. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

**LESZEK KIENIEWICZ**

Chef der Sektion für Europäische Union in der Kanzlei des polnischen Sejms

Der nächste Redner ist Herr Doktor Andreas Maurer, der uns ein Referat zum Thema des internationalen innenpolitischen Monitorings der EU vorstellen wird. Ich erteile Ihnen das Wort. Also, das Wort, Stuhl und die Leitung.

Es ist sehr angenehm zu avancieren. Mich hat man vor der Pause befördert.

ANDREAS MAURER

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

---

## Interparlamentarische, übernationale Versammlungen in der Europäischen Union, die die Politiken der EU in der gemeinschaftlichen Dimension überprüfen

Danke sehr Herr Vorsitzender

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Kollegen! Ich bin eine Person außerhalb der Beziehungen – ich bin weder ein Mitglied des Europäischen Parlaments noch eines nationalen Parlaments noch ein Beamter eines nationalen Parlaments. Ich bin einfach ein Wissenschaftler, der das Funktionieren der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments und die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament im Rahmen der EU und der Welthandelsorganisation untersucht.

Ich möchte Ihnen vier Ansichten präsentieren.

Am Anfang möchte ich bestimmte Aspekte der Grundsätze der interparlamentarischen Zusammenarbeit im gemeinschaftlichen Rahmen der EU schildern, weil sich solche Grundsätze sowohl auf das Europäische Parlament als auch auf die nationalen Parlamente beziehen.

Dann werde ich zu gewisser Art Übung zum Bilden der Kategorien übergehen – ich werde verschiedenen Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf den Grund gehen und versuchen, sie gemäß einer Reihe von Richtwerten in ein System zu bringen. Mein Vorredner sprach von den Sitzungen gemeinsamer Ausschüsse, z.B. die COSAC u.Ä. Ich möchte dies ein wenig systematisieren.

Im dritten Teil meiner Rede werde ich einige Ergebnisse der empirischen Untersuchungen, und eigentlich meine Interpretation dieser Ergebnisse der



empirischen Untersuchungen präsentieren, weil die Ausgangsdaten vor allem durch das Europäische Parlament, die COSAC, die Vorsitze der COSAC, das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) oder IPEX gesammelt werden.

Zum Schluss werde ich ein paar Vorschläge im Rahmen der aktuellen Diskussion über die Verbesserung der interparlamentarischen Zusammenarbeit machen.

Zum Ersten – Grundsätze.

Wir haben mit vielen Gruppen der Grundsätze zu tun, die als Richtlinien für jeden Teil oder jede Ebene der interparlamentarischen Zusammenarbeit dienen, das bedeutet im Rahmen der Europäischen Union und unter Berücksichtigung des gemeinschaftlichen Rahmens, aber auch mit Bezug auf die dritte und zweite Säule und so weiter. Die interparlamentarische Zusammenarbeit sollte den Parlamentariern einfach beim Beseitigen davon helfen, was wir ein Demokratiedefizit nennen. Das ist sowohl für das polnische als auch für jedes andere nationale Parlament und das Europäische Parlament selbstverständlich. Die Interpretationen des Begriffs „Demokratiedefizit“ sind jedoch unterschiedlich. Nach zwei „nein“ in den Referenden in Frankreich und Holland sieht es so aus, dass die Demokratie und das Demokratiedefizit in der EU in Holland und Großbritannien anders verstanden werden, als in Estland und Finnland und in anderen Ländern, die an der Ratifikation arbeiten, obwohl sie wissen, dass das zu einem ernsten Problem in allen Mitgliedstaaten werden kann.

Das zweite Prinzip, das durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente unterschiedlich interpretiert wird, beruht darin, dass die interparlamentarische Zusammenarbeit der Strategie des Europäischen Parlaments adäquat sein soll, deren Ziel die Verbesserung der gesetzgebenden Tätigkeit und Erhöhung ihrer Transparenz ist. Wir alle befürworten die Erhöhung der Transparenz. Wenn wir jedoch in Deutschland von der Effizienz der interparlamentarischen Zusammenarbeit oder des Europäischen Parlaments sprechen, dann sieht man, dass viele Menschen Zweifel haben. Wenn es sich um das Europäische Parlament handelt, dann vertreten viele Autoren die Meinung, dass der Weg der Gesetzgebungsprojekte zwischen den Institutionen der EU (zu) kompliziert, lang, schwierig und weitschweifig ist. Und tatsächlich kann man das ursprüngliche Mitbestimmungsverfahren ruhig als einen „allgemeinen Kompromiss“ zwischen dem erfolgreichen Treffen der Entscheidungen in der Europäischen Union auf der einen Seite und der Beteiligung des Parlaments auf der anderen Seite interpretieren. Natürlich haben sich die ursprünglichen Gesetzgebungsverfahren, die durch den Vertrag

von Maastricht festgesetzt wurden, als weitschweifig erwiesen. Wenn es sich um den Einfluss des Europäischen Parlaments auf die endgültige Form der Gesetzgebungsakte, also seiner Beteiligung am „endgültigen Legitimieren“ / „Legitimieren des Finalproduktes“ der aus mehreren Ebenen bestehenden Machtstruktur in der Europäischen Union handelt, hat man angenommen, dass das Mitbestimmungsverfahren an sich kompliziert, lang und weitschweifig sein wird. Vielmehr noch, man konnte dieses Verfahren ruhig als symptomatisch für den „allgemeinen Kompromiss“ zwischen der Fähigkeit zum Lösen der Probleme im Entscheidungsverfahren in der Europäischen Union auf der einen Seite und der Beteiligung des Parlaments auf der anderen Seite halten. Fritz Scharpf hat das folgend formuliert: „Das Erweitern der Gesetzgebungskompetenzen [...] des Europäischen Parlaments könnte zur Folge haben, dass das schon heute zu komplizierte und lang dauernde Entscheidungsverfahren in der EU noch anstrengender sein wird.“ Jedoch hat das Mitbestimmungsverfahren, trotz dieses Arguments, das Gesetzgebungsverfahren in der EU nicht allzu sehr verlängert. Das Europäische Parlament war immer dieses „allgemeinen Kompromisses“ bewusst, und daher wurde die parlamentarische Effizienz zu einem seiner beliebtesten Liedchen. Die von Kreppel durchgeführte Analyse der Änderungen in der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments weist darauf hin, dass „die Verbesserung der Effizienz des Parlaments der am häufigsten bekanntgegebene Grund des Verabschiedens bestimmter oft kontroversen Änderungen ist“. Die empirischen Daten zeugen jedoch, zumindest im Falle des Mitbestimmungsverfahrens, davon, dass das Einbeziehen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente in diesen Prozess die Effizienz des ganzen Verfahrens verbessert. Die Beteiligung des Europäischen Parlaments schwächt die Effizienz der Europäischen Gemeinschaft nicht! Im Gegenteil – das Erweitern der Befugnisse des Parlaments beim Gestalten bestimmter Politikfelder erhöhte im Endergebnis die Effizienz des Entscheidungsverfahrens, obwohl sich zugleich auch das Risiko eines Konflikts zwischen dem Rat und dem Parlament vergrößert hat. Die Bildung der Politik in bestimmten Bereichen ist nicht nur die Sache der Demokratie. Das betrifft auch die Parlamente, die der Europäischen Gemeinschaft zum Erzielen immer besserer Effizienz verhelfen. Die Garanten dieser Effizienz sind nämlich nicht nur die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sondern auch die Parlamentarier.

Bezüglich dieser Bemerkungen. Ich glaube, dass es im Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit außer diesen zwei Prinzipien auch zwei sich überlappende Organisationsbedingungen gibt. Erstens sollte die EU

dank der interparlamentarischen Zusammenarbeit zu einem immer erfolgreicherem, effektiverem, auffälligerem „Spieler“ und Autor eines Produkts werden, das von den Bürgern der EU begehrt wird.

Zweitens muss die interparlamentarische Zusammenarbeit auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhen. Gegenwärtig erwähnen weder die Verträge noch *das Amsterdamer Protokoll zum Thema der nationalen Parlamente und der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten in der Europäischen Union* das Prinzip der Gegenseitigkeit. Dieses Prinzip wurde in die Deklarationen Nr. 13 und 14 des Vertrages von Maastricht eingetragen, die jedoch keine Verbindlichkeit haben. Dieses Prinzip der Gegenseitigkeit wird jedoch angewandt, was in der Praxis, wie das mein Vorredner formuliert hat, durch die Anwesenheit der MdEPs in den nationalen Parlamenten und umgekehrt: durch die an Parlamente verschiedener Ebenen gerichtete Einladung zu festen Kontakten zum Ausdruck kommt.

Wenn wir eine Analyse dieser Kriterien durchführen wollen, müssen wir jedem Kriterium eine entsprechende Kategorie zuschreiben. Ich glaube, dass es auf zwei Ebenen einen Qualitätsunterschied gibt. Eine Sache ist die Frage „Bis zu welchem Grad wollen wir die Kontakte zwischen den Parlamenten formalisieren und institutionalisieren?“ Es gibt verschiedene Interpretationen im Europäischen Parlament und in einzelnen nationalen Parlamenten sowie unter manchen MdEPs. Das zweite Problem ist rein praktisch und betrifft die Systematisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit nach den Maßstäben der parlamentarischen Tätigkeit. In bezug auf den Grad der Förmlichkeit können wir fünf Kategorien der interparlamentarischen Zusammenarbeit unterscheiden. Die Erste ist eine Sammlung völlig inoffizieller Kontakte zwischen den Abgeordneten des Europäischen Parlaments und den nationalen Parlamentariern ohne irgendwelche Regeln oder schriftliche Vorschriften. Die Zweite betrifft das Konzeptualisieren des Kontextes, was bedeutet, dass die Beteiligten die Schauspieler bestimmen, die an der interparlamentarischen Zusammenarbeit teilnehmen, aber sie durch keinen Verhaltenskodex und keine Ordnung etc. begrenzen. Zur dritten Kategorie gehört zurzeit die COSAC – ich würde das als eine Zwischenform zwischen dem Formalisieren und Kodifizieren von Verträgen bezeichnen, also ein gewisses Gebiet der interparlamentarischen Zusammenarbeit, in der die COSAC einen offiziell anerkannten Status hat, der in der Ordnung (die in letzter Zeit ein paar Mal geändert wurde) bestimmt wurde. Diese Ordnung formt bis zu einem gewissen Grade die interparlamentarische Zusammenarbeit. Die letzte Kategorie ist das volle Institutionalisieren der Kontakte, also das offizielle und formelle Anerkennen dieser interparlamentarischen Körperschaften

auf der Vertragsebene. So hat man in gewissem Sinne im Vertrag von Amsterdam gemacht, der als erster die COSAC für gemeinsames Forum des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente erklärt hat. Wenn Sie jedoch die Abgeordneten der nationalen Parlamente fragen, wann die nächste Sitzung der COSAC stattfindet, finden Sie sogar unter den Mitgliedern des Ausschusses für Europäische Union solche Personen, die nicht genau wissen werden, was die COSAC ist. Im Großen und Ganzen wird die COSAC als Körperschaft erkannt, aber sie erfordert immer zusätzliches Erläutern. Jedes neue Mitglied des Bundestages oder des Europäischen Parlaments benötigt einer Erklärung, was die COSAC eigentlich ist und warum wir solch eine Körperschaft überhaupt brauchen.

Das sind Kriterien der Förmlichkeit. Die zweite Kategorie, die, wie ich meine, an Bedeutung gewinnt, wenn wir über das Thema des Wiederholens der interparlamentarischen Arbeit auf der Ebene des Europarates, der Europäischen Union usw. zu diskutieren beginnen, ist die Systematisierung, in deren Rahmen man drei Kategorien unterscheiden kann. Die erste Kategorie umfasst die mit dem Planen der Kontakte und ihres Inhalts verbundenen Angelegenheiten und ist auf folgende Frage zurückzuführen: „In welchem Ausmaß/Berücksichtigen die Subjekte der interparlamentarischen Zusammenarbeit das Prognostizieren der Kontakte, das Planen und Programmieren der Kontakte nach dem Zeitplan der Arbeiten verschiedener Parlamente, nach dem Tempo und Häufigkeit der parlamentarischen Sitzungen, usw.“ Die zweite Kategorie ist eine feste Versuch-und-Irrtum-Methode, mit deren Hilfe es zur Bestimmung der Hierarchie in der Struktur zwischen verschiedenen Ebenen der Aufsicht und der die Aufsicht ausübenden Körperschaften kommt. Es gibt einen Unterschied, wenn wir uns die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments, die COSAC, die gemeinsamen Sitzungen oder Konferenzen, an denen die Berichtstatter teilnehmen oder die Konferenzen, an denen die Beamten teilnehmen, ansehen. Diese Angelegenheiten betreffen das Problem der Bestimmung der Hierarchie von Tätigkeitsabschnitten. Die Meinungen zu dieser Art der Hierarchie sind sehr unterschiedlich und hängen davon ab, wie ein Teilnehmer selbst das Wesen der interparlamentarischen Zusammenarbeit einschätzt: Wozu soll sie dienen? Wie ist oder wie sollte ihr Ziel sein?

Wir werden versuchen, dem optimalen Zyklus des Formulierens der Politik in bestimmten Bereichen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auf den Grund zu gehen. Es ist relevant, dass die interparlamentarische Zusammenarbeit mit einem Jahresplan der Arbeiten der Europäischen

Kommission beginnt und dann diesen Plan analysiert, setzt den Gesetzgebungsplan der Kommission in alljährliche Debatten in nationalen Parlamenten und in Untersuchung der Themen um, die sich im Laufe des Jahres als bedeutend herausstellen können, und dann stellt ihre Bemerkungen auf dem Forum der COSAC oder auf gemeinsamen Sitzungen der Kommission zwecks der Bestimmung der Themen für weitere Debatten zur Diskussion. Das ist eine Methode der Systematisierung. Man kann jedoch auch sagen, dass die Systematisierung keine Bedeutung hat, denn die Parlamente treten sowieso zusammen und diskutieren über alles. Eine solche Einstellung hat zur Folge, dass sich die Treffen der COSAC, mehr oder weniger, nur auf innere Angelegenheiten konzentrieren. Das sind sehr spannende aber allgemeine Debatten, welche die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union zum Thema haben, und endlose Diskussionen über Subsidiarität. Die COSAC beschäftigt sich nicht mit bestimmten Gebieten der Politik und Themen, für die die Bürger ihr Interesse zeigen könnten. Mit anderen Worten - schenkt die COSAC den Themen keine Aufmerksamkeit, die für diejenigen von Interesse sind, die von den der COSAC angehörenden Personen vertreten sind, d.h. von den Mitgliedern der Parlamente. Das Problem der COSAC beruht darin, dass sie weder nach Arbeitsplan oder Zeitplan der Europäischen Gemeinschaft handelt noch ist sie nach dem politischen Zyklus der Europäischen Union organisiert. Und es könnte so sein:

Die Europäische Kommission stellt, nach dem Verabschieden ihrer Besetzung, einen fünfjährigen Plan (sehr allgemeinen, aber doch einen Plan) und dann die Jahresprogramme vor. Darüber hinaus werden den Parlamenten ebenfalls die 6-monatigen Pläne der nächsten Ratsvorsitze vorgestellt. Es gibt also ausreichend viele Gelegenheiten zur interparlamentarischen Zusammenarbeit, damit man sich auch mit einzelnen Politikbereichen beschäftigen könnte. Wenn man sich jedoch die Geschichte der formalisierten Körperschaften, vielleicht nur außer dieser Übung mit dem Bahnpaket – mehr darüber in wenigen Augenblicken, wie die COSAC anschaut, dann sieht man, dass sich die COSAC immer noch sehr auf institutionelle Sachen konzentriert.

Wie sollte die interparlamentarische Zusammenarbeit aussehen? Die unten beschriebenen Bemerkungen stammen nicht aus meiner Feder. Ich wiederhole lediglich das, was der ehemalige portugiesische Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Herr Cavinho, zu Beginn der 80er Jahre als optimale interparlamentarische Zusammenarbeit im gemeinschaftsweiten Gebiet präsentiert hat. Um die Parlamentarier einander näher zu bringen, hat er folgendes Verfahren vorgeschlagen:

1. Bevor das Gesetzgebungsprogramm angenommen wird, schickt das Europäische Parlament den Arbeitsplan der [Europäischen] Kommission den nationalen Parlamenten und lädt sie zur Beteiligung am inoffiziellen Aussprechen der Kommentare ein.
2. Vor Jahresende schickt das Europäische Parlament den nationalen Parlamenten ein jährliches Gesetzgebungsprogramm, das gemeinsam von der Kommission und dem Parlament verabschiedet wurde und gemeinsame Deklaration dieser zwei Institutionen über das Gesetzgebungsprogramm. Das gibt den nationalen Parlamenten die bestmögliche Gelegenheit, damit sie die mit der Europäischen Union verbundenen gesetzgebenden und implementativen Handlungen vornehmen, bevor die endgültigen Entscheidungen getroffen werden.
3. Nach dem Verabschieden des Gesetzgebungsprogramms schlägt das Europäische Parlament vor, zusammen mit den nationalen Parlamenten eine alljährliche Übersicht der zu ergreifenden Initiativen durchzuführen, die verschiedene Aspekte des Gesetzgebungsprogramms betreffen. Solch eine Übersicht könnte auf dem Treffen der COSAC in der ersten Jahreshälfte oder in Form der Treffen der Präsidenten entsprechender Ausschüsse stattfinden. So weit es nur möglich ist, teilen die Ausschüsse des Europäischen Parlaments entsprechenden Ausschüssen der nationalen Parlamente die Namen der eventuellen Berichterstatter der einzelnen Gesetzgebungsentwürfe mit, um das Treffen der Berichterstatter einfacher zu machen. Wenn es möglich ist, sind sie auch von den Ansichten der nationalen Parlamente über die Gesetzgebungsentwürfe informiert, die ihnen mitgeteilt wurden, damit sie sie überdenken.
4. Das Europäische Parlament überreicht den in den nationalen Parlamenten für die Angelegenheiten der Europäischen Union zuständigen Ausschüsse seinen allmonatlichen Bericht über die aktuelle und zukünftige Arbeit, um sie über die Fortschritte in der Arbeit des Europäischen Parlaments auf dem laufenden zu halten.
5. Um die Aufsicht über die Arbeit und das Planen der Arbeit leichter zu machen, stellt das Europäische Parlament den nationalen Parlamenten sein OVIDE-System zur Verfügung, das den Zeitplan der Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments, die Tagesordnungen der Sitzungen der Ausschüsse, die Aufnahme ihrer Tätigkeiten (INFO-MEMO), die Liste entsprechender Ausschüsse in allen nationalen Parlamenten, die Liste der Parlamentspräsidenten und Generalsekretäre sowie die Wahlordnungen (die nationalen und die europäische) enthält. Zusätzlich stellt das Europäische Parlament seine institutionelle und legislative

Beobachtungsstelle (OEIL) zur Verfügung, dank der man stets den Inhalt der gemeinschaftlichen Gesetzgebungsprojekte und die Fortschritte in Arbeiten an ihnen verfolgen kann. Die nationalen Parlamente haben auch den Zugang zum EPOQUE-System, welches das systematische Durchsuchen der bereits verabschiedeten Gesetzgebung möglich macht, die vielleicht noch nicht in Kraft tritt.

Außer dem Fortschritt, der im Rahmen der Vereinbarungen über das Vergrößern der Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Bildung und Beschleunigung des Verfahrens der Verabschiedung und Transparenz des Gesetzgebungsprogramms erzielt wurde, hat das Europäische Parlament seine Anstrengungen verstärkt, damit die nationalen Parlamente dieses Programm im möglichst frühesten Stadium erhalten. Zu diesem Zweck wurde in die Ordnung des Europäischen Parlaments eine Reihe von Änderungen eingeführt, die das jährliche Gesetzgebungsprogramm betreffen. Das Europäische Parlament hat sich somit verpflichtet, dieses Programm den nationalen Parlamenten zu überreichen. Um die nationalen Parlamente am auf das Gesetzgebungsprogramm bezogenen Entscheidungsverfahren teilnehmen zu lassen, lädt das Europäische Parlament den Rat zur Zusammenarbeit. In der gemeinsamen Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zum Thema der Demokratie, Transparenz und Subsidiarität, die am 25. Oktober 1993 verabschiedet wurde, hat der Rat auf diese Anstrengungen positiv reagiert und ist zu dem Schluss gekommen, dass „er die Stellung zu diesem Programm in der Erklärung nehmen und die nach Ansicht des Rates wichtigsten Beschlüsse so schnell wie möglich in Kraft setzen wird.“ In diesem Zusammenhang bestätigte die Kommission erneut ihren Willen, folgende Schritte zu unternehmen:

1. „das Abhalten ausführlicher Konsultationen, bevor noch Anträge/ Gesetzgebungsprojekte vorgelegt werden, und vor allem Veröffentlichen von Weiß- und Grünbüchern“,
2. „das Signalisieren im Gesetzgebungsprogramm, welche von den geplanten Gesetzgebungsprojekten zu ausführlichen Vorbesprechungen geeignet sind“,
3. „das Veröffentlichen von Arbeitsplänen und Gesetzgebungsprogrammen ..., um die durch die Kommission geplanten Handlungen bekannt zu geben.“

Um den nationalen Parlamenten genug Zeit für das Bearbeiten und Vorbereiten der Antworten auf das Gesetzgebungsprogramm zu geben, hat man zwecks der Beschleunigung der Arbeiten an seinem Verabschieden folgende Schritte unternommen:

1. In der oben genannten gemeinsamen Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission verpflichtete sich die

Kommission seinen Arbeitsplan für das nächste Jahr bis Oktober des vorigen Jahres zu entwerfen.

2. Der Rat änderte den 6. Punkt seiner Ordnung, um von diesem Programm dann entscheiden zu können, wenn das nötig wird.
3. Das Europäische Parlament bestätigte in seiner Ordnung den Willen der Durchführung der Gesamtanalyse des Gesetzgebungsprogramms vor dem Ende des vorigen Jahres.

In seinem Dokument zum Thema der Subsidiarität schlug die Kommission vor, dass das Projekt des Gesetzgebungsprogramms den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament gleichzeitig geschickt wird.

Aus diesen Gründen und im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsprogramm scheint der im Bericht von Cavinho vorgestellte und aus vier Abschnitten bestehende Plan der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission immer noch die beste Methode zu sein, die nationalen Parlamente in die Diskussion über dieses Programm einzubeziehen.

Das Problem mit dem Anwenden des Programms von Cavinho liegt in der dritten Phase. Die nationalen Parlamente kommen auf die Sitzungen der COSAC mit ihren eigenen Problemen – sie wollen sich z.B. mit einer genaueren Analyse der vorgelegten Gesetzgebungsprojekte, der Weiß- und Grünbücher, der Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip und mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit oder mit anderen Bewertungsmaßstäben beschäftigen. Die gegenwärtige Diskussion, die im Schatten des Verfassungsvertrages steht, konzentriert sich allzu sehr auf das Subsidiaritätsprinzip. Es gibt auch viele andere Sachen. Im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips handelt es sich nicht ausschließlich um die Verteilung der Kompetenzen zwischen den Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union, sondern manchmal auch - sehen Sie sich bitte die Handelsbeziehungen an – zwischen der EU und den internationalen Organisationen. Hier ist die EU nur einer der Subjekte. Die Subsidiarität löst nicht immer die Probleme der Demokratie. Sie ist nur ein kleiner Teil dieser Angelegenheit.

Ein anderes Problem ist mit der fünften Phase des Programms von Cavinho verbunden. Die Interparlamentarischen Treffen der nationalen Ausschüsse und der COSAC. Es gibt eine gewisse Art Rückkopplung zwischen dem Europäischen Parlament, das diese Informationen in den mit der ersten und zweiten Lesung verbundenen Berichten ausnutzt und den nationalen Parlamenten. Die nationalen Delegierten können sich nicht nur darüber informieren, was das Europäische Parlament über ein bestimmtes Thema der Sitzung denkt, sondern auch wie die anderen Parlamente an die gleichen



Probleme herantreten. Diese für die gemeinsamen Sitzungen charakteristische Eigenschaft – die Möglichkeit zum Beobachten, wie die nationalen Parlamente mit der herbeiströmenden Gesetzgebung zurechtkommen – betrifft nicht die Treffen der COSAC, weil die Mitglieder der COSAC schon von der Definition her die Mitglieder des Ausschusses für Europäische Union sind. Sie verstehen sich hervorragend auf institutionelle Angelegenheiten, auf große strittige Themen, auf zwischenstaatliche Konferenzen, auf die Agenda 2007 usw. aber nicht unbedingt auf die tägliche harte Arbeit der Europäischen Gemeinschaft, dank der die Gemeinschaft funktioniert, wie Transport, Energie u.a. Solche Sachen bespricht man nicht auf den Sitzungen der COSAC, sondern auf gemeinsamen Treffen der Ausschüsse. Nehmen wir als Beispiel die neue in gewissem Sinne von den Russen verursachte Energiekrise. Polen, die Ukraine, Deutschland, Frankreich oder Großbritannien haben unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema. Wo sollte man über dieses Thema auf der parlamentarischen Ebene diskutieren? Auf dem Forum der COSAC? Das ist eine sehr schwierige Aufgabe. Anderthalb Tage, um das Thema der Energie zu besprechen? Ich glaube, dass die Besetzung der COSAC verursacht, dass so etwas sehr kompliziert würde. Wenn wir jedoch sagen: „Wir laden die Ausschüsse für Wirtschaft, Industrie und Energiepolitik ein. Besprechen wir das auf dieser Ebene, dann wird das für alle Beteiligten interessanter“. Interessanter wird für die Briten und für die Deutschen der Versuch die Ängste der Polen zu verstehen. Interessanter wird es für die Polen die Gründe zu erfahren, warum sich die Franzosen und Deutschen nicht so sehr vor den Russen fürchten.

Um die COSAC und andere Kontakte auf der „hohen Ebene“ zusammenzufassen: Das Konzentrieren auf die Subsidiarität und ihr In-Kraft-Setzen sowie auf den so genannten „Frühwarnmechanismus“ ohne den Verfassungsvertrag ist ein falscher Weg, wenn man will, dass die Gesetzgebung der Gemeinschaft mehr demokratisch und effizient wird. Aus der Sicht eines Bürgers hat die Subsidiarität an sich nichts mit der Demokratie zu tun. Die Kompetenzen und Prinzipien, die den Gebrauch dieser Kompetenzen leiten, sind in Verträgen bestimmt. Wenn die Mitgliedsstaaten oder die Parlamente denken, dass diese Kompetenzen reformiert werden sollten, dann können sie das auf der Ebene der staatlichen Konferenz oder gemäß Artikel 309 des Vertrags über die Europäische Union machen. Aber wiederum hat das mit der Effizienz nichts zu tun. Und die Subsidiarität ist kein Thema, auf das sich die nationalen Parlamente das Recht wie auf ihr politisches Eigentum anmaßen könnten. Die Subsidiarität wurde als Prinzip durch das Europäische Parlament im Bericht von Spinelli im Jahre 1984 ausgedacht! Das

war die Idee des Europäischen Parlaments und nicht der nationalen Parlamente. Es war auch keine deutsche Idee. Erst nach Spinelli schlugen Belgien und Deutschland vor, dieses Prinzip in den Vertrag von Maastricht aufzunehmen. Das Subsidiaritätsprinzip wurde damals durch diese zwei Länder neu interpretiert und als Prinzip umformuliert, das einen gewissen Mechanismus als Garanten des politischen Gleichgewichts zwischen diesen zwei Ebenen des Leitens gewährleisten soll. Die [diesem Verfahren] zugrunde liegende Idee hatte aber mit der Effizienz nichts zu tun. Die Effizienz hängt also nicht nur von der Zuteilung der Kompetenzen gemäß den Verträgen, sondern auch von der richtig verteilten Arbeitsbelastung auf verschiedenen Ebenen. Es kommt vor, dass es den am Entscheidungsprozess beteiligten Personen bewusst ist, dass die Europäische Union, obwohl sie die rechtlichen Kompetenzen nicht hat, besser mit einer Herausforderung von außen zurechtkommt, auch wenn das der Vertrag nicht berücksichtigt. Das Konzentrieren auf die Subsidiarität ist meiner Meinung nach eine zu begrenzte Einstellung. Das ist eine inadäquate Reaktion auf Kritik, die seitens der Bürger von Frankreich, Holland und anderen Ländern in bezug auf den Verfassungsvertrag geübt wird. Die Bürger üben Kritik an der Europäischen Union nicht deswegen, weil sie zu viel unternimmt. Sie kritisieren die EU deswegen, weil sie zu wenig unternimmt! Bezüglich der Geschichte der Treffen der gemeinsamen Ausschüsse. Ich habe mich mit den gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse seit dem Jahr 1987 vertraut gemacht, als die erste Sitzung stattfand. Es kommen natürlich Sitzungen der Ausschüsse vor, wenn man von marginalen Themen spricht. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass in letzter Zeit die gemeinsamen Sitzungen der Haushaltsausschüsse, der Wirtschafts- und Währungsausschüsse und der Ausschüsse für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten sehr effizient und rein sachlich sind. Ihre Teilnehmer suchen mit pragmatischen Methoden nach Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit, um ihr Wissen von komplizierten, technischen und sich dynamisch entwickelnden Politikbereichen auf der parlamentarischen Ebene zu vertiefen. Nehmen wir als Beispiel die Justiz und die inneren Angelegenheiten. Das Europäische Parlament lud 1992 zum ersten Mal die nationalen Parlamente ein, um gemeinsam über die Berichte des Europäischen Parlaments zu diskutieren, die das Asyl und die Einwanderungspolitik zum Thema hatten. Dieses Treffen lohnte sich, weil es zur Bildung spezieller Kommissionen in Parlamenten von Irland und Portugal führte. Wenn man sich heute diese gemeinsamen Treffen der Ausschüsse anschaut, die mindestens einmal pro Jahr stattfinden, dann sieht man, dass sie oft einen sehr technischen Charakter haben, aber das ist auch kein Wunder,

weil die Beteiligten Experten auf ihren Gebieten sind. Das sind Treffen von rein technischem Charakter, wo man über Änderungen, auch über Änderungen des Europäischen Parlaments im Rahmen der ersten und zweiten Lesung diskutiert, um das Europäische Parlament zu warnen: „Wenn ihr die Änderung ‚A‘ gegen den Ministerrat annimmt, dann könnt ihr das tun. Ihr werdet gewinnen, aber wir, die nationalen Parlamente, können euch schon heute sagen, dass wir nicht im Stande werden, solche Änderungen in Kraft zu treten“. Auf diese Art und Weise Diskussionen zu führen, ist wie ich glaube, eine der wertvollsten Mitteilungen für das Europäische Parlament, wenn es sich um die Effizienz handelt. Das Europäische Parlament wird früher gewarnt, wie realistisch sind seine Änderungspläne.

Das letzte Problem betrifft die Häufigkeit der gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse, weil die Zeitpläne der Arbeiten der Parlamente nicht identisch sind. Wenn man die parlamentarischen Berichterstatter oder Mitglieder der Ausschüsse zusammenbringen will, muss man die Zeitpläne der Arbeiten von 25 Parlamenten berücksichtigen. Der Arbeitsplan des Europäischen Parlaments ist überspannt. Das Europäische Parlament benötigt mindestens drei Wochen im Monat für Plenarsitzungen, Sitzungen der Ausschüsse und Treffen der politischen Gemeinschaften. Inzwischen treffen sich die nationalen Parlamente für eine Woche im Monat und führen in dieser Zeit alle vorher genannten Handlungen aus. In dieser Situation ist es nicht einfach günstige Termine für den interparlamentarischen Austausch zu finden. Das ist ein Problem, das man nicht mithilfe einer Vorschrift lösen kann. Die parlamentarischen Angelegenheiten lassen sich nicht harmonisieren.

Zusammenfassend glaube ich, dass das Konzentrieren der COSAC auf die Subsidiarität durch die nationalen Parlamente sehr kritisch bewertet wird. Die Parlamente wollen sicherlich nicht die Gesetzgebung der Europäischen Gemeinschaft blockieren und wollen in der Zukunft zur Verbesserung der Effizienz der Europäischen Gemeinschaft bei ihren Beziehungen zu den Partnern außerhalb der Europäischen Union und zu den internationalen Organisationen beitragen.

Darüber hinaus bemerken wir das Erscheinen des Gebietes des „neuen Demokratiedefizits“. All das, woran im Rahmen der Lissabon-Agenda gearbeitet wird und was wir die Methode der offenen Koordinierung (MOK) nennen können, kann von den nationalen Parlamenten und vom Europäischen Parlament (das dieses Problem zu bemerken beginnt) nicht kontrolliert werden. Die Parlamente in Finnland und Estland sind sich jetzt auch dem Problem bewusst, dass wir mit der Bildung der Scheinpolitik zu tun haben, die vom Europäischen Parlament und von den nationalen Parlamenten

nicht kontrolliert ist. Die Minister werden nicht kontrolliert und können machen, was sie wollen. Bei der Anwendung der MOK befinden sich die Minister außerhalb jeder Kontrolle und können machen, was sie wollen. Mit der Handelspolitik sieht es ähnlich aus. Die Kontrolle des Europäischen Parlaments über die Handelspolitik ist sehr erfolgreich. Nehmen wir jedoch an, dass die Doha-Runde mit einem Fiasko endet und wir nochmals in die zweiseitigen Handelsbeziehungen treten. In solch einem Fall wird das Europäische Parlament auf große Schwierigkeiten mit der Kontrolle der Handelspolitik stützen. Es ist ganz klar, dass die Kontrolle der Handelspolitik im europäischen Gebiet dem Europäischen Parlament keine Probleme bereitet. Die Kontrolle der Handelspolitik oder der mit der Handelspolitik verbundenen Angelegenheiten würde jedoch beim Scheitern der Doha-Runde sehr schwierig sein. Ähnliche Probleme bei der Bildung der Politik außerhalb der parlamentarischen Szene sind auch in der Eurogruppe zu sehen, wo das Europäische Parlament keine Rechte hat.

Und zum Schluss: Heute und morgen tagt der deutsche Bundestag und ich befürchte, dass es möglich ist, dass er den Vertrag von Prüm ratifiziert. In Prüm haben im letzten Jahr Österreich, Deutschland, die Beneluxstaaten, Frankreich und Spanien den Vertrag angenommen, der den an diesem Vertrag beteiligten Staaten gestattet, die biometrischen und daktyloskopischen Daten sowie die Sicherheitsbeamten, welche die Flugzeuge während des Fluges schützen, auszutauschen. Der Vertrag von Prüm ist eine Handlung in Schengen-Art - also eine engere Zusammenarbeit außerhalb der Europäischen Union, jedoch in Verbindung mit der EU. Sie handeln nach außen. Dort gibt es die Europäische Kommission und das Europäische Parlament nicht. Das einzige Parlament, das eine echte Debatte über den Vertrag von Prüm geführt hat, was der österreichische Nationalrat. Das spanische Parlament ratifizierte den Vertrag von Prüm ohne irgendeine Debatte. Ich fürchte, dass die Deutschen genau das gleiche tun, weil sie die Klassenbesten sein wollen. Im Schengen-Raum, bevor sich noch der Schengen-Prozess unter dem Schutz der Europäischen Gemeinschaft fand, waren wir Zeugen der Ereignisse, über die die Parlamente keine Kontrolle ausübten. Und genau diese Ereignisse, wenn man die Beachtung der Demokratie berücksichtigt, haben eine größere Bedeutung für die Zusammenarbeit und für die interparlamentarischen Beziehungen, sowohl wenn es sich um die Effizienz und Demokratie als auch um die parlamentarische Verantwortung für die politischen Handlungen handelt, als das ausschließliche Konzentrieren auf die Subsidiarität.

Vielen Dank.

**LESZEK KIENIEWICZ**

Chef der Sektion für Europäische Union in der Kanzlei des polnischen Sejms

Danke sehr. Ich denke, sie werden mir recht geben, dass wir die zwei entscheidende Referate gehört haben, in denen beide Redner bewiesen haben, dass sie das Thema gründlich kennen, obwohl sie außer dem Zivildienst tätig sind.

Ich denke, dass wir einwenig Zeit brauchen um das alles zu durchdenken, bevor wir die Fragen stellen werden. Die beste Zeit für die Fragen wird nach dem Lunch sein. Diese Session wird her Doktor Maurer leiten.

## TAGUNG 3

Übernationale parlamentarische  
und interparlamentarische  
Versammlungen  
in der Europäischen Union,  
die die Politiken der EU überprüfen

## ANDREAS MAURER

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

Ich denke wir sind komplett, zumindest was die Redner betrifft. Die Dolmetscher sind auch schon da, wir können also beginnen. Ich begrüße Sie an der Nachmittagstagung. Ich werde zwei Sessionen leiten, die dritte und die vierte. Das Thema der dritten wird „Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in der Europäischen Union, die die Politiken der EU überprüfen“, unter dessen werden wir uns auf der zweiten Säule der EU konzentrieren, das heißt auf der Außenpolitik und Sicherheitspolitik (GASP und ESVP). Reden werden Herr Michael Hilger, der verantwortlich ist für internationale Beziehungen in der Versammlung der Westeuropäischen Union, Herr Thomas Grunert Chef der Abteilung für die Interparlamentarische Delegationen im Europäischen Parlament und Frau Kim van Dooren, die Stellvertreterin des Generalsekretärs der Ersten Kammer also des niederländischen Senats.

Es fängt Herr Hilger an, der seine Überzeugungen aus der Perspektive der WEU-Versammlung vorstellen wird.

MICHAEL HILGER

Chef der Abteilung für Außenbeziehungen in der Versammlung der WEU

## Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in der Europäischen Union des 21. Jahrhunderts, die die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik überprüfen

Danke Herr Vorsitzender. Ich hoffe, dass Sie mit der Tasse Kaffee sich gestärkt haben und die anstrengende Arbeit nachmittags durchhalten werden. Ich werde unterbrechen, wenn ich merke, dass mehr als fünf Personen eingeschlafen sind. Bis jetzt war das Seminar sehr interessant, so freue ich mich auch, jetzt ihnen die WEU vorstellen zu können. Ich habe mein Referat auch in der Papierform vorbereitet. Unsere polnischen Gastgeber haben es freundlichweise in Farbe vervielfältigt. Ich habe nicht vor all das ihnen vorzulesen aber das kann als Lektüre zum Einschlafen dienen. Wenn sie erlauben will ich mich auf einige wesentlichen Punkte konzentrieren. Ich hoffe auf eine Diskussion über das beste Model der Parlamentarischen Kontrolle der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, das wie ich annehme Thema dieser Session ist.

WEU ist eine Organisation mit sehr langer Geschichte. Sie entstand im Jahr 1948, als eine Organisation für gemeinsame Verteidigung und es war die erste Organisation der europäischen Staaten nach dem Krieg. Es wurde der Brüsseler Vertrag unterschrieben, welcher der Gründervertrag der WEU ist, und knüpfte die Zusammenarbeit nicht nur in Rahmen der gemeinsamen Verteidigung, sondern auch im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmen. Jedoch die WEU lebte über mehrere Jahre im Schatten anderen Organisationen: NATO die sich auch mit der Sicherheit befasste, Europarat der sich mit gesellschaftlichen und kulturellen Fragen befasste, und Europäische Gemeinschaft und später die Europäische Union, die sich mit der Wirtschaft befasste. Freilich haben diese Organisationen heute entscheidend



mehr Kompetenzen als damals. Trotz dem hat die WEU nicht aufgehört zu funktionieren, sie wurde in den 80er Jahren „erfrischt“ und sie hatte sich weiter entwickelt in den 90er Jahren und erlangte die Fähigkeit die zivilen und militärischen Krisen zu verwalten. Auf dieser Etappe der Entwicklung, hatte die Europäische Union, die eine selbstständige Militärpolitik nicht erarbeiten konnte, aus der WEU nutzen gemacht. Aus diesem Gesichtspunkt hatte die Europäische Union aus der WEU ein Gebrauch für die Krisenverwaltung gemacht. Diese Funktion wurde zum erstenmal offiziell in Vertrag von Maastricht eingeschrieben und zum zweitenmal in Vertrag von Amsterdam. Ich lese ihnen ein passendes Fragment aus diesem Dokument. Artikel 17 des Amsterdamer Vertrags besagt, dass: „WEU ist ein integraler Bestandteil der Entwicklung der EU, durch die Absicherung der Union zu der operativen Fähigkeit im Zusammenhang mit der Krisenverwaltung.“ In der Zeit nutzte die EU die WEU in vielen Missionen aus, darunter in ziviler Polizeimission in Mostar, in der Mission der Minenentschärfung in Kroatien und im größeren Maßstab in der Mission für die Einhaltung der Sanktionen im Adriatischen Meer und in dem Persischen Golf.

Das waren die besten Jahre der WEU und der Versammlung. Man hat uns damals gefragt warum wir die WEU nicht ganz der EU anschließen. Jedoch in der 90er Jahren satt voller Integration hat man beschlossen, dass die WEU wird die eigenen Fähigkeiten der Krisenverwaltung entwickeln. So entstanden ESVP und GASP also die Bereiche die wir heute besprechen. Die Funktion der Krisenverwaltung wurde in die EU übertragen und im Effekt der Reform die WEU wurde zu dem Stand von Anfang der 90er Jahren reduziert. Nach wie vor hatte sie die Aufgaben der Verteidigung realisiert, und war in Fragen der Rüstung aktiv, und es existiert immer noch die WEU-Versammlung.

Die Versammlung wurde im 1954 berufen, nach der Modifikation des Brüsseler Vertrages von 1948. Ich erinnere sie kurz daran was damals geschah. Es entstand die Idee die Europäische Verteidigung Gemeinschaft zu gründen, die von der französischen Nationalversammlung abgelehnt wurde („nein“ für die Europäische Verfassung ist kein Zufall). Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sah eine beratende Versammlung vor. Als die Idee, wegen dem französischen Widerspruch fiel, wurde der Brüsseler Vertrag geändert und man hat die WEU mit einer Versammlung „ausgerüstet“. Sie hat keine Exekutivmacht, stimmt keine Beschlüsse ab, entscheidet nicht über der Dislokation der Armee, beschließt keine Budgets für Militäraktionen, hat aber breite Konsultationskompetenzen. Dieses ist von dem Artikel 9 des geänderten Vertrags von Brüssel geregelt. Wenn sie möchten, die Kopien des Vertrags liegen vor. Sie wurden in einer Minibuchform von einer französischen Firma

gedruckt, die auch andere wichtige Verträge druckt. Zum Glück haben auch diesen Vertrag als wichtig anerkannt. Es geht hier um die Schaffung von etwas was wichtig ist, was man behalten will, etwas was man nicht wegwerfen will. Es war für uns ein Vermittlungsmittel. In diesem Minibuch befindet sich der ganze Text, bitte vergleichen sie es mit dem Konstitutionstext. In dem veränderten Vertragstext befindet sich ein einfacher Satz: „Rat der WEU legt sein Jahresrapport aus ihrer Tätigkeit der WEU-Versammlung vor“. Und dieser kurze Satz wurde zum Gegenstand zahlreichen Interpretationen. Anhand der Ordnung, der informellen Absprachen mit dem Rat und de facto im Laufe der Entwicklung der Versammlung wurde festgelegt, dass die Mitglieder sich mit allen Angelegenheiten die mit der Verteidigung und der Sicherheit etwas zu tun haben. Die öftesten Themen unter anderen sind: die Nichtverbreitung der Massenvernichtungswaffen, die Fähigkeit der Union die Krisen zu verwalten und auch die politische Situation im Nahen Osten und Kaukasus, transatlantische Politik. Darüber hinaus entstehen auch Vergleichsrapporte über die Entscheidungskompetenz der nationalen Parlamente im Bereich der Armeeverteilung. Es gibt ein sehr interessanter Rapport eines Abgeordneten aus dem portugiesischen Parlament in dem berichtet wurde, dass kein holländischer Soldat das Land verlassen kann ohne die Erlaubnis des holländischen Parlaments. Andererseits, gibt es Mitgliederländer der EU, wo kein Abgeordneter eine Ahnung hat, dass ein Soldat ihr Land verlassen hat. Es bestehe riesengroße Unterschiede zwischen den nationalen Parlamenten, was die Präferenzen der Militärverteilung, obwohl die nationalen Parlamente sich jedoch für diese und nicht andere Verteilung der Armee.

Die Versammlung kann Ausschüsse und Unterausschüsse berufen. Die wichtigsten davon sind die Ausschüsse für die Verteidigung, Politik, Technologie und Luftraum. Die Versammlung kann auch die Berichterstatter berufen und verfügt über Mittel für Informationsbesuche. Die Prozedur ist wie folgt: alles beginnt mit einem Satz der lautet „ der Rat liegt ein Jahresrapport vor“. Rapport wird schriftlich eingereicht und kann auch mündlich vorgestellt werden. Es ist ein Material für die politische Arbeit. Die Versammlung bespricht die Tätigkeit des Rates und formuliert Empfehlungen, die anschließend den Regierungen zugesendet werden. Die Regierungen haben die Pflicht zu antworten. Auf dem Tisch vor dem Saal habe ich das neuste Dokument der Versammlung, das die Empfehlungen und die Antworten der Regierungen. Selbstverständlich, einige von diesen Antworten sind sehr gut und beinhalten viele Informationen über die Anstöße die, die Regierungen berücksichtigt haben bei jeweiligen Beschlüssen. Es gibt auch sehr sparsame Antworten. Jedoch wichtig ist, dass sie gemäß der empfohlenen Prozedur von den

Abgeordneten aus Brüssel zu den Hauptstädten der jeweiligen Länder gelangen. Sie werden von jemandem gelesen, beantwortet und die Antwort muss in Brüssel koordiniert werden. Dank der Prozedur gelingen die für die Abgeordneten wichtigen Sachen zu den Regierungen. Ich glaube, dass das ein sehr wichtiges Element der interparlamentarischen Arbeit ist.

Die Versammlung besteht schon fünfzig Jahren, wir haben eine Unzahl der Rapporte, Empfehlungen und Resolutionen die, die Menge der Angelegenheiten, womit sich die Abgeordneten in dieser Zeit befasst haben. Wir haben es wie ein Buch Herausgegeben. Solche Art von Publikationen hallten wir für Werbung und bereiteten ein Buch mit der DVD – einer Platte, das alle Rapporte der Versammlung beinhaltet. Ich schicke ihnen ein Exemplar zu, lassen sie bitte ihre Visitenkarte.

Wichtig ist das, das im Lauf des Veränderungsprozesses, von dem Moment an, wenn die WEU in Vertrag über die Europäische Union als ein integrales Teil der EU eingetragen wurde und später von der Union abgetrennt wurde, weil die Union schon selbstständig die Aufgaben erfüllen konnte, unsere Versammlung hat ihre Tätigkeit fortgesetzt, obwohl letzstens das Prestige der WEU sich sehr gesenkt hat. Ihr politischer Einfluss wurde reduziert zu dem Niveau, das die Versammlung als ein Instrument der Europäischen Union hatte. Es passiert auch viel in dem Budget der Versammlung. Wichtig jedoch ist, dass der Fakt, dass die Regierungen weniger von der WEU Gebrauch machen, in den Augen der Abgeordneten, die Versammlung sollte nicht abgeschafft werden. Die Regierungen haben selbst mehrmals erklärt, dass sie die Versammlung anerkennen und als ein Forum für den Austausch von strategischen Gedanken der Landesabgeordneten unterstützen. Motivierend ist der Artikel 5 des Vertrags aus Brüssel, der erlaubt eine Debatte über alle Aspekte der europäischen Sicherheit und Verteidigung zu führen, die sich nicht unbedingt im Vertrag über die WEU befinden müssen.

Drittens. Die Abgeordneten wollten aus den Rahmen der WEU ein Gebrauch machen können um eine Kontrolle der Regierungen auf der europäischen Ebene zu haben. Ich möchte an die Regel, die schon heute besprochen war noch einmal erinnern. Ich denke hier an die Regel der parallelen Zusammenarbeit der Regierungen und der Parlamente. Sie haben recht – diese Regel fand keine Anwendung in der Wirtschaft, jedoch in der Vergangenheit wurde sie öfters in der Zusammenarbeit für die Sicherheit ausgenutzt. Wir Haben also eine Zusammenarbeit der Regierungen in Rahmen der Organisation der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, eine interparlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der Organisation der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, eine intergouvernementale

Zusammenarbeit im Rahmen der NATO, eine interparlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der NATO und selbstverständlich die Versammlung der WEU. Die einzige Organisation, die erst ein System der interparlamentarischen Zusammenarbeit schaffen muss ist die Europäische Union. Gerade Jetzt, wenn sie sich mit den Sicherheitsfragen befasst.

Die Mitglieder der WEU-Versammlung argumentieren, dass anstatt der fehlenden analogen parlamentarischen Versammlung der EU ist eben die Versammlung der WEU ein interparlamentarisches Diskussionsforum. Im Allgemeinen ist alles in Ordnung aber nicht alle sind damit einverstanden. So also von den einigen Regierungen ist die Versammlung der WEU unterstützt und von den anderen Regierungen, milde gesagt, nur toleriert. Alle sind damit einverstanden, dass die Situation nicht zufriedenstellend ist. Vielleicht diese Regierungen sind zufrieden, die keine realen Kontrollstrukturen über sich haben wollen. Keine Regierung wird offen nach einer Kontrolle rufen. In der Situation, müssen wir zugestehen, dass es keine einfache Lösung gibt, die alle zufrieden stellen wird. Das wird eine komplizierte Lösung sein.

Wenn man darüber spricht, dass die EU eine Sonderinstitution ist, will man oft ihre Systemschwächen verstecken, wie zum Beispiel die Teilung der Macht usw. Ich denke also, dass solche Situation eine besondere Lösung in der Frage der parlamentarischen Kontrolle braucht. Es gibt drei Spieler: das Europäische Parlament, nationale Parlamente, und die Versammlung der WEU. Man kann heute ohne Zweifel feststellen, dass der Hauptspieler in Brüssel ist das Europäische Parlament. Es geht konkret darum, dass das EP einen Spezialausschuss für die Sicherheit und Verteidigung wiederberufen hat, der ein sehr erfahrener Abgeordneter Herr van Wogau vorsteht. Jedoch noch vor der Wiederberufung der Kommission, das Europäische Parlament hatte sich eine gute Beurteilung dank den Debatten, Rapporten, Verhören und Missionen verdient. Dank der Missionen, die aus dem Budget der Gemeinschaft und der GASP, hat das Europäische Parlament seine Kontroll- und Entscheidungskraft gestärkt. Noch einmal will ich sagen „alles ist OK“ aber die MdEPs sind keine Abgeordneten der nationalen Parlamente. Die Entscheidung über die Teilnahme an einer Operation wird in Brüssel auf einem Konsensusweg von den Landesregierungen gefällt, in der Wirklichkeit aber hängt sie immer noch von den einzelnen Ländern ab. Das ist ein rein intergouvernementaler Prozess. Die MdEPs haben keine Kontrolle über solche Entscheidungen, die der Kontrolle den nationalen Parlamenten unterliegen. Die Abgeordneten der nationalen Parlamente entscheiden eben über das Budget für die Verteidigung, das die Mittel für die ESVP und Militärmissionen der EU sichert. Sie entscheiden

auch über die Armeeverteilung. Paradoxe weise trotz dem, dass die nationalen Parlamente darüber entscheiden, haben kein interparlamentarisches Organ zum Führen eines interparlamentarischen Dialogs mit den Exekutivorganen der EU. Die MdEPs haben kein Zugang an die Informationen und führen ein solcher Dialog mit den Exekutivorganen der EU, stimmen aber die Armeeverteilung und das Budget nicht ab. Das nennt man oft demokratisches paradox der Organisation der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Ich weiß, dass viele immer noch denken, dass die nationalen Parlamente sollten sich ausschließlich mit nationalen Fragen Befassen und eigene Regierungen kontrollieren. Ich denke aber, wenn sich ein Landesabgeordneter wirklich bewusst seine Arbeit ausführen will, also die eigene Regierung kontrollieren, dann sollte er einen Einblick in seine europäische Politik haben. Es gibt Parlamente, die um solche Informationen zu sammeln sehr viel Geld für die individuellen Reisen nach Brüssel ausgeben. Ich habe eben mit Michael Antoine aus der französischen Nationalversammlung gesprochen, der mir gesagt hat, dass tagtäglich ein französischer Abgeordneter nach Brüssel mit der Informationsmission fährt. Es ist schwer vorstellbar, dass eine Reihe der Ausschüsse aus den Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU regulär nach Brüssel kommen. Wenn alle Parlamente nur einen Abgeordneten täglich delegieren würden, dann bin ich sicher Brüssel wäre total gelähmt. Man muss also einen anderen Weg finden, damit die nationalen Parlamente einen Zugang an die Informationen über die Arbeit der eigenen Regierungen im europäischen Maßstab haben werden. Das ist sehr wichtig.

In Gegensatz zu den nationalen Parlamenten die Regierungen haben den Zugang an die Informationen der EU. Die Regierungen treffen sich regelmäßig in Brüssel, die Abgeordneten der nationalen Parlamente aber nicht. Wenn wir es auch unter einem anderen Gesichtspunkt betrachten, dann beschränkt sich die Kontrolle nicht nur auf die Landesebene, aber es dient auch der europäischen Integration nicht. Ich will etwas sehr starkes sagen und ich entschuldige mich gleich dafür. Ich bin der Meinung, dass die Beschränkung der Rolle der nationalen Parlamente zu der Landesebene kann eine enge und sogar nationalistische Betrachtungsweise der Realität hervorrufen. Ich glaube auch, dass Informationen, die auf der europäischen Ebene gesammelt werden, nicht den starken nationalpartikulären Einflüssen unterzogen werden. Deshalb meine erste Schlussfolgerung ist die, dass die Abgeordneten der nationalen Parlamente ein Instrument für das sammeln der Informationen auf der europäischen Ebene brauchen, über die, die europäischen Aspekte der von ihren Ländern geführter Außenpolitik und Politik der Sicherheit und

Verteidigung diskutiert werden, aber auch den Regierungen ihre Einschätzung der Auswirkungen ihrer Tätigkeit vorlegen können.

Zweite Schlussfolgerung: es gibt keine Exklusivität der Kontrolle über die GASP und ESVP gibt. Keiner der genannten drei Spieler hat volle Berechtigung oder genug institutioneller Kraft und politischer Bedeutung oder sogar technischer Mitteln um ein exklusives Recht zu Kontrolle der GASP und ESVP zu verlangen. Ich bin überzeugt, dass am besten wäre die Verbindung der Kompetenzen dieser drei Institutionen. Ich glaube, dass wir die Sache ohne Vorurteile entscheiden statt um die Exklusivität zu kämpfen. Wir sollen das nicht vergessen, dass gegenwärtig die Probleme der europäischen Sicherheit und Verteidigung von drei Institutionen getragen werden: NATO, WEU und EU. Das ist eine außerordentliche Situation, die also auch im Bereich der Kontrolle außerordentliche Lösungen braucht. Nach der Meinung der Mitglieder der WEU-Versammlung, die Lösung sollte sich auf den interparlamentarischen Modell stützen unter der Ausnutzung der ganzen Palette erprobten, parlamentarischen Kontrollinstrumenten.

Bevor ich zum letzten Teil meiner Rede komme in der ich die Vorteile des interparlamentarischen Modells besprechen werde, möchte ich schnell die Bedingungen, die zu erfüllen sind damit die Abgeordneten der nationalen Parlamente die Informationen, die sie für ihre Arbeit brauchen, bekommen. Ich bin der Meinung, dass der Rat der EU sollte die Pflicht haben, den nationalen Parlamenten den Rapport über die eigene Tätigkeit im Bereich der GASP und ESVP vorzulegen. Diese Pflicht soll in dem Vertrag festgehalten werden. Es ist ein Unterschied ob der Rat diesen Rapport als ein Kollektiv oder die Präsidentschaft vorlegen soll. Die Präsidentschaft wird sich immer aus der Perspektive ihres Landes aussprechen. Wenn die Informationen ein Generalsekretär vorstellt, um so schlechter. Wir alle kennen die Steifen Reden der Generalsekretäre der internationalen Organisationen, wenn sie zu den Abgeordneten sprechen. Am besten wäre es, wenn es die Präsidentschaft des Rates wird. Zweitens denke ich, dass der Rapport eine Grundlage der Arbeit der Abgeordneten in den Ausschüssen sein soll, aber darüber können wir noch diskutieren. Die Anweisungen sollen abgestimmt werden, weil es eine große Bedeutung für ihre Legitimation hat. Drittens, ich meine, dass die Regierungen die Pflicht haben sollten auf die Anweisungen zu antworten. Aus denselben Gründen, die ich früher besprochen habe. Diese formale Pflicht wird garantieren, dass die Informationen an die Regierungen, an die Hauptstädte, und vielleicht sogar an die Forschungsinstitute und die Öffentlichkeit gelangen werden. So können wir die Regierungen zu Erläuterungen zwingen, warum sie etwas getan oder nicht getan haben. Dieser Aspekt entweicht manchmal

unserer Aufmerksamkeit. Ich habe soeben eine zerschmetternde Kritik der Präsidents und der Generalsekretäre durchgeführt, weil sie nicht gern bereit sind Informationen zu erteilen, weil sie mündliche Fragen beantworten sollen, denn es schwieriger ist solchen Fragen zu entweichen.

Die Parlamentsabgeordneten brauchen ein ständiges und unabhängiges Personal. Vielleicht klingt das als eine Probe der Selbstpromotion bei den Kollegen, die für die interparlamentarischen Versammlungen arbeiten, aber ich bin der Meinung, dass die Abgeordneten nicht befriedigend auf der interparlamentarischen Ebene arbeiten können, wenn sie kein Personal haben, der im gewissen Sinne die Rolle eines institutionellen Speichers und Informationsübertragungsmechanismus ausführt.

Die Parlamentsabgeordneten brauchen selbstverständlich ein Budget für Informationsbesuche. Über das Budget sollen die nationalen Parlamente abstimmen. In der Situation, wenn die kontrollierte Institution das Geld den Kontrollierenden gib soll nicht stattfinden und so ist es im Fall der Versammlung der WEU – der Rat überweist das Geld der Versammlung damit sie den Rat kontrollieren kann. Das ist doch absurd.

Die letzte Sache, über die ich früher gesprochen habe, betrifft die Rückkopplung. Wenn ein Abgeordneter aus einem internationalen Treffen, soll man ihn nicht fragen ob er die Zeit angenehm verbracht hat sonder was er getan hat und welche Entschlüsse gefasst wurden. Das sind grundlegenden Bedienung, die man den Abgeordneten schaffen soll um ihn den Zugang an die Informationen zu gewährleisten und damit sie ordnungsgemäß ihre Arbeit ausführen können. Eine andere Frage ist, welche Struktur soll gewählt werden. Soll es eine Konferenz der in den Gemeinschaftsfragen Spezialisierten Ausschüsse (COSAC), oder die Konferenz der Vorsitzenden der Ausschüsse für internationale Angelegenheiten und für die Verteidigung oder ein interparlamentarisches Modell?

Zum Schluss. Ich glaube, dass das interparlamentarische Modell hat viele Vorteile. Am wichtigsten sind die vier: der erste – die einzelnen Länder werden gemäß der demographischen und ökonomischen Bedeutung, also der ökonomische Aspekt ebenso wichtig wird wie der militärische. Das ist im Prozess der Entscheidungen sehr wichtig. Wichtig ist auch damit die Zusammensetzung die wahre Widerspiegelung der unterschiedlichen politischen Gruppierungen, die im Lande tätig sind, damit die Widerspruchsstimmen auch international hörbar werden. Im Falle der Konferenz der Vorsitzenden der Ausschüsse aus der nationalen Parlamenten müssen wir beachten, dass in vielen Parlamenten die Vorsitzenden aus den regierenden Parteien kommen und im so einem Fall bekommen wir eine Widerspiegelung

der Meinungen der Regierenden. Wenn ein Abgeordneter aus einer regierenden Partei kommt so auf der interparlamentarischen Ebene, sagt er etwa dasselbe was die Regierung schon gesagt hat. Im Fall einer Delegation werden alle Stellungen unabhängig von politischen Ansichten repräsentiert.

Zweitens, im Gegensatz zu COSAC, ein interparlamentarisches Model währe ein Angebot nur für die nationalen Parlamente und es keine Abgeordneten mit verschiedenen Status geben wird.

Drittens, bin ich der Überzeugung, dass im interparlamentarischen Model ein viel größeres Teil der Abgeordneten zu Informationen Zugang haben kann. Selbstverständlich ist die Delegation größer, wenn die teilnehme nirgendwo verschwinden. Dann haben sie die Gelegenheit die Informationen zu sammeln die an ein größeres Teil der Abgeordneten gelingen kann. Besondere Wichtigkeit hat es, wenn wir betrachten, welche Rolle spielen die Abgeordneten im Informationsprozess der Öffentlichkeit und umgekehrt. Je mehr Abgeordneten sich darin engagieren desto besser. Die Anzahl ist selbstverständlich begrenzt. Es ist auch wichtig aus der Sicht der Entfernung des Bürgers zu dem Landesabgeordneten oder MdEPs.

Viertens, denke ich dass die Überlegenheit des interparlamentarischen Models im Gegensatz zu den *ad-hoc* organisierten Konferenzen ist ein ständiger Dialog und Einhaltung einer gewissen Kontinuität. Zum Schluss noch einige Worte, die es bewirken, dass sie nicht sehr von einem Vorschlag einer neuen Institution betrübt werden. Wenn wir die Ausmaße der heute geschickten Delegationen annehmen, dann im Falle einer interparlamentarischen Versammlung der EU, die aus 25 Mitgliedstaaten besteht, hätten wir 396 Mitglieder, während das Europäische Parlament 732 Abgeordneten zählt.

Ich danke ihnen sehr.

ANDREAS MAURER

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

Ich danke auch. Jetzt ein Vertreter des Europäischen Parlaments – zu einem anderen, wichtigen und kontroversen Thema. Ich erteile das Wort Herrn Thomas Grunert. Ich muss zugestehen, dass ich ihm gegenüber nicht ganz objektiv bin, weil er einer von meinen Lehrern ist. Als ich anfang mein Wissen über das Europäische Parlament zu gewinnen und ein von der Schumann Stiftung organisiertes Praktikum absolvierte, Thomas war mein Berater und Vorgesetzter.



THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

---

## Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in der Europäischen Union des 21. Jahrhunderts, die die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik überprüfen

Danke sehr, Andreas. Ich muss zugestehen, dass seit dieser Zeit haben sich die Rollen gewechselt, den heute kann ich, weil mehr von dir lernen als du von mir zumindest was die interparlamentarische Zusammenarbeit oder die Demokratietheorie anbetrifft. Michael Hilger hat mir das Buch über die Versammlung der WEU geschenkt und jetzt muss ich viel diplomatischer über die WEU und ihre Zukunft Sprechen. Ich wollte sie provozieren und einige radikale Ideen zu Verbesserung der interparlamentarischen Zusammenarbeit vorstellen damit sie ergiebiger und wirkungsvoller wird. Ich werde mich bemühen bündig zu sprechen und meine Aussage wird mein Kollege Dionyz Hochel ergänzen, der in der Generaldirektion für die Innenpolitik arbeitet und verantwortlich für die Kontakte mit den nationalen Parlamenten ist. Ich werde chaotisch sprechen, weil ich keine Zeit gehabt habe um sich zu der Konferenz vorzubereiten. Ich konnte es im Flugzeug tun, aber ich habe es aufgegeben, weil spontan wirken will und auch auf alles was ich hier gehört habe spontan zu reagieren.

Thema dieser Tagung ist „Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in der Europäischen Union des 21. Jahrhunderts, die die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik überprüfen“. Gestatten sie mir bitte, dass ich mit der Feststellung beginne, dass wir hier zwei grundlegenden Probleme haben: der Kontrolle selbst und der demokratischen Verantwortung in dieser Sphäre. Allgemein bekannt ist Fakt, dass die gemeinsame Außenpolitik und Politik der Sicherheit also die

gemeinsame Politik der Sicherheit und der Verteidigung gehören zu Hauptaufgabe der Exekutivmacht. Das heißt, dass die Parlamente wenig zu sagen haben und zusammenwirken sollen, weil nur dann eine Chance existiert, dass sie Einfluss auf die Exekutivmacht in ihren Ländern auf dem europäischen Niveau haben werden. Michael sprach die Rechte der nationalen Parlamente zum Abstimmen der Armeeverteilung und des Budgets. Es ist wahr, was das Budget anbetrifft, nicht aber leider nicht, was die Armeeverteilung angeht. Bitte korrigieren Sie mich, aber nach meinem Wissen nur in 4 unter 25 Mitgliedstaaten die Fragen der Dislokation der Armee wirklich im Parlament abgestimmt wird. Es sind Holland, Deutschland und Schweden. Vielleicht noch ein paar andere Staaten, aber sowieso ist es die Minderheit. Meine persönliche Meinung ist, dass, wenn es um das Leben der Bürger geht, dann die Parlamente, die Vertretung eben dieser Bürger sollten konsultiert werden oder sogar selbst entscheiden können. Schade, dass die Rolle der Parlamente so beschränkt ist, aber es ist verständlich, dass die Außenpolitik, besonders in Fragen der Sicherheit und der Verteidigung der Regierung gehört und deswegen in der Vergangenheit, als auch jetzt die Parlamente hier nicht viel zu sagen. Das ist meine erste Feststellung.

Erlaube Sie mir bitte, dass ich kurz die Funktionsweise der interparlamentarischen Versammlungen, welche die Aufgabe haben, die Außenpolitik und Sicherheitspolitik zu kontrollieren, beschreibe. Wie ich schon gesagt habe, man kann nicht über eine wirkliche Kontrolle sprechen, sondern nur über eine Art Einwirkung und Einfluss auf die Politik in dem Bereich. Die Ihnen wohl bekannte interparlamentarische Union hat nicht viel zu sagen. Sie ist ein Beratungsgremium und verfügt über einige Ausschüsse, eine davon befasst sich mit der Sicherheit. Das ist wichtig, weil sich dort Abgeordnete treffen und ihre Meinungen austauschen, aber das hat mit der Kontrolle nichts zu tun.

Wenn es um die parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa geht – den Generalsekretär sehe ich unter uns noch nicht, aber ich hoffe, dass er im Laufe der Konferenz erscheint und sich ehrlich zu dem Thema aussprechen wird – so ist sie befugt, Handlungen im Bereich der Sicherheitspolitik und der Verteidigung auszuführen, anhand der Schlussakte von Helsinki von 1975. Die Versammlung wurde am Anfang der 90er Jahre gegründet. Die Schlussakte von Helsinki umfasst drei Sektoren: der Sicherheit, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Menschenrechte. Letztes kam noch die Koordinierung der Mittelmeerpolitik. Aber die Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat keine Kontrollinstrumente und kann nur lediglich einen gewissen Einfluss

haben. Noch einmal will ich betonen, dass solche Versammlungen wichtig sind, weil – was schon hier früher gesagt wurde – die Abgeordneten, dank den Begegnungen mit den Kollegen aus anderen Ländern, die ähnliche Funktionen ausführen, die eigenen Horizonte verbreitern können. Es geht darum um andere kennen lernen und Informationen austauschen.

Die Funktionen für Informationsaustausch konnten öfters solche Gremien wie ECPRD oder IPEX übernehmen, oder auch dank der neuen Informationstechnologien konnte die Öffentlichkeit und die Abgeordneten Zugang an die wichtigen Informationen bekommen. Für sehr wichtig erscheint es mir das was Michael über die Rückkopplung gesagt hat. Das ist ein Problem. Wir sprechen hier nicht über Abgeordneten, die während der internationalen Konferenzen verschwinden, weil sie statt Politiker zu hören lieber ins Museum gehen oder andere, angenehme Beschäftigung finden. Das passiert manchmal. In der Mehrzahl sind die Abgeordneten seriös und gehen zu den Versammlungen, dennoch sind hier keine Rückkopplungsmechanismen erkennbar. Ich spreche hier nicht über Großbritannien und einigen anderen Ländern aber am meisten geschieht es so, dass die Abschlußrapporte zum Beispiel aus der letzten Plenarsession der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht unter die dafür bestimmten Plenarsitzungen gelangen. Man muss etwas damit machen.

Und nun unsere liebe Parlamentarische Versammlung des Europarates. Der Europarat befaßt sich mit den Fragen der Sicherheit aber nicht der Verteidigung, weil diese Aufgabe erfüllt die Versammlung der WEU. Was die Menschenrechte anbetrifft, die Demokratie, so haben alle diese Angelegenheiten haben etwas mit der Sicherheit zu tun, sowohl mit dem inneren als auch dem äußeren.

Ich würde niemals die *raison d'entre* dieser Parlamentskörper nicht anzweifeln. Der Europarat hat ein viel größeres Fachwissen als der EP im Bereich eurer grundsätzlichen Tätigkeit, solcher wie: Beobachtung der Wahlen und das Propagieren der Demokratie und der Menschenrechte. Parlamentarische Versammlung der NATO. Ich wende mich hier an meinen „Enkel“, Paul Cook, den ich so nenne, weil er jetzt in den Parlamentarischen Versammlung der NATO die Funktion die ich vor etwa Zwanzig Jahren gehabt hatte, nämlich des Vorsitzenden des Sekretariats der Wirtschaftsausschuss. Wenn die Rede über die Sicherheit oder Verteidigung ist, dann hat die Parlamentarische Versammlung der NATO eine Riesengroße Bedeutung, weil sie die transatlantischen Partner verbindet, hat unterstützende Mitglieder, umfaßt fast alle europäischen Länder und verfügt über Expertenwissen. Am Rande gesagt eben deswegen hat das europäische Parlament, etwa vor

4 Jahren, eine feste Delegation für die Kontakte mit der Parlamentarischen Versammlung der NATO berufen. Wir in dem Europäischen Parlament haben eben keine Experten in dem Sicherheit- und Verteidigungsbereich. Ich selbst einer von denen, obwohl ich kein Experte in dem Bereich bin.

Nur deswegen, dass ich mich mit diesen Problemen zehn Jahre lang befasst habe, als 1985 das Europäische Parlament seine erste Unterausschuss für die Sicherheit und Abrüstung berufen hat, hallten sie mich für „einen Kerl der aus der NATO-Versammlung“ kam und ein Experte für die Sicherheit und Verteidigung ist. Wen ich aber kein Experte bin dann haben wir keine Experten. Deswegen müssen wir uns auf den Expertisen der Mitglieder und Mitarbeiter der Parlamentarischen Versammlung der NATO und zumindest jetzt den Parlamentarischen Versammlung der WEU.

Und hier dieselbe Sache. Die Parlamentarische Versammlung der NATO hat keine Kontrollfunktion. Nun gut, der Rat der NATO muss irgendwie auf die von euch zugeschickten Texte reagieren, so wie sie es im Falle der WEU tun, aber das ist alles. Es hat keine Pflicht die politischen Berater zu hören, oder die Urteile der Versammlungen. Das sind nur beratende Gremien und nichts mehr.

Die Möglichkeit der Sanktionen? Keine. Wie sollte die Versammlung der WEU, die Versammlung der NATO oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die Sanktionen der eigenen Regierungen anwenden? Sie können nur eine sanfte Politik betreiben, Einfluss nehmen und so auf den Lauf der Ereignisse auf der politischen Szene beeinflusse.

Jetzt mochte ich das Problem der Parlamentarischen Versammlung der WEU zu Ende führen. Wir kennen uns mit Michael mehrere Jahre und ich habe ihn gewarnt, dass ich provokativ werde. Ich kann also offen sagen, dass, wenn wir die Tätigkeit der interparlamentarischen Versammlungen verbessern wollen, dann muss der Versammlung der WEU ein Ende gemacht werden. Man muss an der Stelle etwas Neues schaffen, etwas was ihre Funktion übernimmt. Persönlich denke ich (ich spreche hier nicht im Namen des Europäischen Parlaments, obwohl die Mehrheit der MdEPs so denkt), dass es keine Notwendigkeit besteht, damit die WEU als eine selbstständige Einheit funktionierte. Wenn sich einige erinnern in der Abschlußdeklaration des Rates von Köln von 1999 wurde schob festgehalten, dass „WEU ihre historische Funktion ausgefüllt hat“. Ist nicht mehr notwendig. Tatsächlich hatte die WEU und ihre Versammlung eine historische Rolle aber Anbetracht der wachsenden Rolle des Europäischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung der NATO, soll man sich die Frage stellen „ist uns die Versammlung der WEU von Nutzen?“ Wie sie auch wissen, andere Organe der WEU wurden schon abgeschafft, es gibt den Rat der WEU nicht mehr, es finden keine regulären

Treffen mehr statt. WEU war ein Bestandteil im Prozess der europäischen Integration, ein integrales Element der Entwicklung der EU, so, wie es im Vertrag von Amsterdam vermerkt wurde. Gegenwärtig hat dieser Prozess eine noch größere Dynamik. Wir sollen anfangen über andere Lösungen zu denken, dank deren der Einfluss auf die Außenpolitik und auf die Politik im Bereich der Sicherheit und Verteidigung wachsen wird.

Wie soll man das tun? Ich möchte hier mich selbst zitieren. Nicht um mich Selbst zu loben, sondern deshalb, weil wir heute früh über dem berühmten Fragebogen sprachen, der von Wolfgang Thierse, den Bundestagsvorsitzender vorbereitet wurde. Es handelte sich um die Verbesserung der Funktionsweise der interparlamentarischen Versammlungen. Ich war damals verantwortlich für die Vorbereitung der Antworten für das Europäische Parlament, was – das bekräftige ich noch mal – die Stellung des EP in dieser Frage nicht widerspiegelt. Heute früh bekam ich aus meinem Sekretariat eine Kopie dieser Antwort und den Text habe ich vor dem Saal ausgelegt.

Was die Versammlung der WEU anbetrifft, das Problem war wie folgt: „Die Parlamentarische Versammlung der WEU sollte anfangs die Aufgabe des Parlamentarischen Forums der Verteidigungspolitik erfüllen“. Bitte erinnern sie sich an den Vertrag von 1948, die europäische Niederlage mit der Verteidigungsausschuss, Niederlage in der Französischen Nationalversammlung. An der Stelle muss erinnert werden, dass der Niederlage eine gaullistisch-kommunistische Koalition schuld war. Andere Parteien in der Französischen Nationalversammlung in 1951 hatten das Projekt unterstützt aber sie Gaullisten und Kommunisten hatten die Mehrheit gehabt. Sie können Selbst Schlüsse ziehen wie waren die Folgen für den Integrationsprozess in Europa. Die Vorteile sind folgend: die Entstehung der WEU und vor allen der Versammlung der WEU als Forum der Verteidigungspolitik. Deswegen wurden die Korrekturen in dem Brüsseler Vertrag in Jahre 1954 eingetragen. Im Artikel 5 des Vertrags über WEU wurde die Gegenseitige Verteidigung festgelegt. Das geht viel weiter als der Artikel 5 des NATO-Vertrages, weil es festgelegt ist, dass im militärischen Angriffsfall auf einen Mitgliedstaat, andere Mitglieder automatisch zu gegenseitiger Verteidigung verpflichtet sind. Lieber wäre es mir, wenn das in dem Vertrag über die Europäische Union oder Europäischen Konstitution aber diese Konstitution, das ist ein anderes Problem, das mir Kopfschmerzen bereitet hat.

Die Bundestagsfrage lautete: „wer, eurer Meinung nach, in der Zukunft die Rolle der Parlamentarischen Versammlung der WEU als Parlamentsforum für die Verteidigungspolitik ausführen soll?“ Ich habe damals geschrieben: „Seit dem Vertrag von Maastricht, der mit weiteren Verträgen bekräftigt wurde,

übernahmen die Institutionen der UE schrittweise die Aufgaben der WEU. Trotz dem, dass die Versammlung der WEU immer noch existiert (obwohl andere Organe nicht mehr vorhanden sind) das Europäische Parlament ist gegenwärtig eine übernationale – transnationale parlamentarische Hauptmacht in Europa auch in den Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Wenn wir es unter Betracht nehmen, dass die Verteidigung immer noch die Hauptaufgabe der Mitgliederstaaten ist, das Europäische Parlament zusammen mit nationalen Parlamenten und bestimmten Ausschüssen sollte in dieser Frage eine legitimierende, kontrollierende und rechtsbestimmende Instanz sein. Gemeinsame Sitzungen der Ausschüsse des EP und der nationalen Parlamente, als auch die Anteilnahme der nationalen Parlamente in den Verhören des Hohen Repräsentanten der GASP – ESVP, könnten die Aufgabe der Versammlung der WEU übernehmen“.

Ich weiß nicht ob ich heute dasselbe schreiben würde, aber es ist zumindest ein Material über die Alternative für die Versammlung der WEU deren Existenz eine Geldverschwendung der Steuerzahler ist, das man durchdenken soll. Wir sprachen auch heute schon, dass die Landesabgeordneten die Mitglieder der Versammlung der WEU sind auch gleichzeitig Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sind. Die Mehrheit von ihnen hat viel Arbeit und sie können diese drei Funktionen nicht gleichzeitig ausführen. Deswegen statt einer dreiseitigen Lösung, die Thomas ansprach, das heißt die, die nationalen Parlamente, Versammlung der WEU und das EP umfaßt, viel bessere Effekte die zweipolige Lösung also die Entwicklung der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente, ihren entsprechenden Ausschüsse, und dem EP im Bereich der Außenpolitik und der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Gegenwärtig hat das EP keine Möglichkeiten die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu kontrollieren. Man hat es richtig bemerkt, dass das ein internationaler Bereich ist, also in der ersten Phase sollten sich damit die nationalen Parlamente befassen und in der zweiten das Europäische Parlament. Weil auch in diesem Bereich die Übertragung der Kompetenzen auf die Ebene der Gemeinschaft sichtbar ist, denke ich, dass die nationalen Parlamente mit dem EP eng zusammenarbeiten sollten. Ich will hoffen, dass, wenn die Versammlung der WEU zu funktionieren aufhört, ihre Mitarbeiter für die EU zu arbeiten werden und dass unsere Kollegen, wie Michael an das Personal der EP anschließen, weil wir dringend ihr Wissen in dem Bereich benötigen.

Wir werden sehen wie sich das alles entwickelt, weil die ganze Angelegenheit kontrovers ist. Wenn wir die Kollegen aus Frankreich, Groß Britannien oder Deutschland fragen, dann werden wir hören „Ja wir brauchen

die WEU als ein Forum“ und haben kräftige Argumente dafür. Daher habe ich gewarnt, dass ich provozieren werde. Ich denke, dass es andere Lösungen statt der WEU, die Wirksamer sind gibt.

Nun die letzte Bemerkung. Ich will noch zu den Worten von Andreas und Robert zurückkommen. Sie sprachen über COSAC und Robert hat sich klar ausgedrückt. COSAC soll eine Rolle im zweiten und dritten Sektor wo der zweite Sektor bilden die Fragen der Außenpolitik, der Sicherheit und Verteidigung, der dritte Sektor die Justiz und innere Angelegenheiten, die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen oder die graue Zone. Man kann sich vorstellen – ich bin aber nicht dafür – dass COSAC die sachlichen Aufgaben übernimmt, was Andres beantragte. Ihr habt absolut recht, dass die Konzentration auf die Kontrolle der Hilfsgrundsätze keinen Sinn hat. Die britische Herangehensweise, die auf die parlamentarische Kontrolle und Meinungs austausch Druck legt ist meines achtens nach beschränkt. COSAC könnte also den zweiten und dritten Sektor übernehmen. Im Vertrag von Amsterdam (oder von Maastricht, ich weiß nicht mehr) ist ein Protokoll über die nationalen Parlamente, der COSAC das Recht gibt Projekte in dem Bereich der Innenangelegenheiten und der Justiz vorzulegen. COSAC hat niemals daraus Gebrauch gemacht. Sie könnte es aber tun auch im Bereich der Sicherheit und der Verteidigung. Entschuldigung, dass ich mein Referat etwas überzogen habe. Danke für das Zuschauen und ich hoffe, Herr Vorsitzender, dass jetzt Dionyz Hochel mein Beitrag ergänzen wird. Oder sollte er das später tun?

ANDREAS MAURER

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

Vielleicht besser später. Es wird keine Kaffeepause geben, weil wir Zeit für die Diskussion haben sollen. Wir gehen jetzt zu einem sehr schwierigen Bereich über, der sich sehr dynamisch entwickelt, also zu der Justiz und inneren Angelegenheiten, also in „den Raum der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit“, der in gewisser Masse gesondert ist. Ich glaube, dass die Mehrheit der Problematik der Europäischen Gemeinschaft unterliegt, wir haben auch Programm aus Helsinki vom 2004. Über die Mehrheit davon entscheidet die qualifizierte Mehrheit im Rat und über einige entscheidet das Europäische Parlament mit. Es bleiben immer noch die Fragen der Polizeizusammenarbeit, Zusammenarbeit in den Straffragen und andere, die auf der intergouvernementalen Ebene geregelt werden. Wie ich schon sagte,

das alles ist sehr kompliziert und sehr dynamisch, wir haben Schengen, wir haben Prüm.

Ich will jetzt Frau Kim van Dooren aus der Ersten Kammer der Generalstaaten von Niederlanden ankündigen, die uns ihre Auffassung zum Thema der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf diesem Bereich mitteilen wird.



KIM VAN DOOREN

Stellvertretende Generalsekretärin in der Ersten Kammer  
der Generalstaaten von Niederlanden

## Interparlamentarische, übernationale Versammlungen in der Europäischen Union, die die Politik der EU im Bereich der Freiheit, der inneren Sicherheit und der Gerechtigkeit überprüfen

Danke sehr. Etwa vor einem Jahr haben wir ein Formular bekommen – wir bekommen jede Menge davon. Wir bemühen uns auf die Fragen zu antworten, will es uns zu verstehen hilft wie sollen wir mit den parlamentarischen Sachen in und deren Länder und der EU fertig werden sollen.

Die erste Frage hat mir klar gemacht, dass wir in Holländischen Senat was die Angestelltenzahl anbetrifft – Zwerge sind.

Die erste Frage lautete: „Wie Viele Personen arbeiten in Ihrem Parlament? a) weniger als 100, b) 100 – 250, c) 250 – 500, d) 500 – 1000, e) über 1000“. Im Holländischen Senat arbeiten insgesamt 48 Personen, so sind wir im Vergleich mit dem Rest von Europa wirklich ein Zwerg. Ich bin eine unter drei Ausschüsseangestellten in unseren Senat. Ich helfe acht Ausschüssen. Wir haben eine Abteilung, die aus 18 Personen besteht, die den Angestellten und den Ausschüssen in der Vorbereitung von Treffen und in dem Informieren der Senatoren helfen. Sie werden verstehen, dass bei solchen Beschäftigung, das was in anderen Parlamenten ein besonderes Büro macht, im Holländischen Senat eine Person erledigt. Unsere Mitarbeiter haben daher ein Allgemeinwissen über alles aber es fehlen die Spezialisten. Das sieht in etwa so aus, dass an einem Tag einer der Angestellten ein Rapport über die Änderung des Bildungssystems und am zweiten Tag die Themen, die an der Sitzung des Justizrates besprochen wurden, vortragen muss. An einem Tag jemand von

und begleitet einen Senator van der Linden an der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und am nächsten Tag ein Besuch in dem Sitz der Königlichen Luftkräfte und anschließend noch ein COSAC-Treffen organisiert. Wir sind also keine Spezialisten, wir wollen aber an das Fachwissen herankommen und organisieren viele Treffen mit den Spezialisten.

Unsere Senatoren haben keine eigenen Assistenten oder hauptamtlich angestellten Assistenten in den Parlamentsklubs. Sie vertrauen also den Experten und eigenen politischen Erfahrungen und Informationen die wir liefern. Wir bringen unsere Informationen in zwei Internetseiten, wir haben eine Senatsseite und ein europäisches Portal – Euraport. Wir erstellen sowohl offene, als auch vertrauliche Informationen, die ein Senator, nachdem er einen richtigen Code eingibt, lesen kann.

Wie sie es vermuten können ein Zwerg bemüht sich immer die Arbeitsorganisation zu verbessern. Wie gelingt und das? Wie kommen wir zu recht mit dem Informationsüberschuss in unserem Senat? Wöchentlich bekommen wir aus der Europäischen Kommission viele Projekte der Rechtsakten, die unsere Regierung mit Kommentar versieht. Wir lesen diese Projekte und wählen diese aus, die eine Debatte wert sind. Unsere Wahl wird von der Kommission der Europäischen Zusammenarbeitsorganisationen beurteilt und manchmal werden ein – zwei Projekte zugeführt. Danach werden die Projekte zu den bestimmten Ausschüssen geschickt, um sie mit der Regierung abzusprechen. Daraus wird ein Einsternpfeil auf dem Euraport. Wenn die Kommission entscheidet das Projekt mit der Regierung abzusprechen, so wird daraus ein Zweisternpfeil dem wir die Korrespondenz zwischen dem Parlament und der Regierung anschließen manchmal wenden sich die Ausschüsse mit der Bitte ein Treffen mit einem Experten zu organisieren, oder andere Parlamente nach der Meinung zu fragen, oder eine Pressenotiz zu erstatten. Dann entsteht ein Dreisternpfeil. Wir benachrichtigen den Ausschuss wenn sich etwas Interessantes ereignet, oft aktualisieren wir die Informationen. In Dezember haben die beiden Kammern aus dem Programm der Europäischen Kommission für 2006 11 Projekte gewählt, die unter dem Aspekt der „Hilfsregel“ überprüft werden. Diese Projekte werden automatisch zu Dreisternpfeile. So organisieren wir unsere Arbeit. Einen starken Einfluss darauf hat, welche Bedeutung misst der Ausschuss einem konkreten legislativen Projekt zu.

Warum spreche ich darüber? Weil unser Sternensystem zu einem Michelinführer für Parlamentsabgeordneten aus anderen Ländern geworden ist. Wenn wir mit IPEX starten, werden wir die Mehrheit der Inhalte in Dreisternpfeilen unterbringen und den schriftlichen Informationsaustausch

zwischen der Regierung und dem Senat wird man in den Zweisternpfeilen wiederfinden können. Darüber hinaus werden die anderen Parlamente unsere Aufmerksamkeit auf die Pfeile mit einem oder keinem Stern, wenn wir nicht im Stande werden uns kritisch zu den Projekten der Europäischen Kommission zu äußern. Die Äußerungen der anderen Parlamente werden wir unter dem gemeinsamen Titel „Meinungen der Dritten“ unterbringen. Wenn der IPEX startet, werden wir unsere Dreisternpfeile auch in der englischen Sprache, oder wenn der Europaport auch internationales Publikum haben wird – in anderen Sprachen zu Verfügung stellen. Ich will hoffen, dass IPEX uns ein breiteres Wissen über die Meinungen der anderen Parlamente geben und bewirkt, dass die Verhandlungen im Rat durchsichtiger werden. Man wird eine Schlagerliste aufstellen mit den „besten 3 oder 5 oder 10“ der Projekte die Themen der wichtigen Verhandlungen in den nationalen Parlamenten sind. Und vielleicht werden die Parlamente werden Einfluss auf die Projekte haben können. Herr Maurer sagte etwas über COSAC die „die besten 10“ für ihre Arbeit ausnutzen könnte um in der Europäischen Kommission das Meritum zu diskutieren.

Ich habe noch nichts über unsere spezifische Situation gesagt, was die parlamentarische Kontrolle der Projekte der Rechtsakten, die Justiz und Innenangelegenheiten betreffen. Vor einem Jahr dachte ich, dass die Situation sich mit dem Konstitutionstraktat ändern wird, aber in folge des Referendums hatte man anders entschieden. Diese besondere Situation der beiden Kammern des holländischen Parlaments hellt sei dem Vertrag in Schengen und Vertrag von Maastricht. Parlament musste die Verträge ratifizieren und die Abgeordnetenkammer hatte Änderungen in das Projekt eingeführt. Da in den Innenangelegenheiten und der Justiz hatte das EP nichts zu sagen, selbst in der Prozedur der Mitentscheidung und der Ministerrat sollte über die rechtsbindenden Instrumente entscheiden, das holländische Parlament wollte sich die Möglichkeit die Situation zu beeinflussen einräumen. Die Prozedur der Entschlussfassung verlangte Einstimmigkeit und im Zusammenhang damit der holländische Minister konnte von dem Parlament zu einem Veto gezwungen werden. Das Parlament verlangte Informationen welche Beschlüsse sollten im Rat gefasst werden und verlangte zwei Wochen um sich mit den Dokumenten vertraut zu machen. Weil die Minister nicht vor der Notwendigkeit ein Veto im Rat zu geben fingen sie an uns nach zwei Jahren Verhandlungen, Unmengen an Ratsdokumenten zu schicken. Der Effekt war so, dass wir Stapel von Dokumenten zwei Wochen, eine Woche vor der Tagung des Rates für Justiz und Innenangelegenheiten und auch noch nach der Tagung bekommen haben.

Das holländische Parlament war wahrscheinlich das am besten informierte Parlament in den Fragen der Justiz und der Innenangelegenheiten, wurde aber

nicht am besten organisiert. Als ich meine Arbeit im Senat anfang meine erste Aufgabe war es ein Stapel der Justiz und Innenangelegenheiten Dokumenten zu ordnen, weil ein Recht dem EP ein „Ja“ oder „Nein“ ist mit einer großen Verantwortung verbunden. So entstand Europaport, also Anfertigung der elektronischen Pfeile, welche die Dokumente des Rates, Regierungsstellungen, Diskussionen im Parlament, und vieles andere beinhalteten.

Ich zeige ihnen anhand der Beispiele die Funktionsweise unserer Internetseite. Wir haben eine starke Position aber wir sind nicht das einzige Nationale Parlament das eine starke Position hat. Ein Minister wird alles tun um die Situation, wenn er ein Veto einreichen muss vorzubeugen, und argumentiert das. Dass er allein auf dem Schlachtfeld geblieben ist. Vielleicht einige holländischen Bürger oder Abgeordneten würden eine solche Situation begrüßen, aber unter den letzten die Mehrheit will die Meinungen der anderen Parlamente und des EP kennen um eigene Ausgewogene Meinungen zu repräsentieren. Und hier haben wir das fehlende Glied.

Im vergangenen Jahr haben wir uns in die Diskussion über die Sicherung der Personaldaten engagiert. Das Parlament überlegte was getan werden soll um das Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit die Daten der Polizei und der Justiz freizugeben und der Pflicht die Daten zu sammeln und zu sichern wofür die Organe berufen wurden. Am Anfang wurde ein Rahmenbeschluss besprochen. Wir haben die Stellungen der anderen Parlamente kennen gelernt und sie in unseren Pfeil untergebracht. Wir haben unsere Meinung den interessierten holländischen Europaabgeordneten mitgeteilt. Das Europäische Parlament – Parlament, das im Prozess der Konsultationen Teil genommen hat, hat in seinem Rapport den Rahmenbeschluss abgeworfen. Senat und die Abgeordnetenkammer haben den Entschluss des EP unterstützt, dass es eine Richtlinie für die Stärkung der EP Position durch die Mitentscheidungsprozedur. Da der Justizminister Herr Donner kannte die negative Stellung der beiden Kammern, die ihn zu einem Veto zwingen konnten hat die Europäische Kommission unterstützt. Im vorigen Jahr in Dezember hatte den Kompromisstext angenommen. Die holländischen Abgeordneten hatten immer noch eine kritische Stellung zu den Verhandlungen, konnten aber nicht den Minister van Donner zum Veto verpflichten. Sie wußten aber auch, dass sie alle möglichen Argumente vorgestellt haben und dass ein Kompromiss auf der europäischen Ebene annehmbar war. Stellen sie sich bitte vor was passiert wäre, wenn der Rat den Rahmenentschluss noch verhandelt hätte. Hätten die holländischen Abgeordneten Mut gehabt um ein Veto einzulegen, wenn Minister van Donner gesagt hätte dass er ganz allein im Rat ist? Würde er ein Veto gegen den Rahmenbeschluss einlegen. Wir können nur spekulieren.

Es geht auch um die Steigerung des Bewusstseins. Wir werden noch darüber im ganzen Europa sprechen? Welche fragen am wichtigsten sind? Es waren hier heute die CIA-Flüge angesprochen, die in allen Parlamenten besprochen werden. Diese Sache wurde von den Parlamentarischen Versammlung des Europarates untersucht und das EP. Wir sprachen auch heute darüber, dass EP ein Projekt des Rapports und der Europarat – den Marty Rapport vorgelegt hat. Schade, dass das Projekt des EP-Rapports den Marty Rapport nicht berücksichtigt hat. Ich denke, dass wir unsere Kräfte verbinden sollten um unsere Position zu stärken und anschließend zu den eigenen Regierungsdebatten zurückkehren sollten.

Wir haben zu viele Kriege auf unserem Kontinent geführt und haben Organisationen gegründet und Bunde geschlossen. Internationale Verträge und die Rechtsgebung geben Gerechtigkeit über die Kraft der Armee. Wir wollen eine europäische Zusammenarbeit die beständig und dauerhaft ist. Dank der Diskussionen in den Parlamenten und Kommissionen können wir eine entsprechende Balance finden. Von Anfang an war die EU auf den Grundlagen der Hilfsbereitschaft und Proportionalität gestützt. So sind wir dem Kampf zwischen der Notwendigkeit der zentralen Entschlussfassung und der Vielfältigkeit ausgesetzt.

Am Anfang meiner Rede habe ich über ein Formular gesprochen. Die Europäische Kommission benutzt auch Formulare um Informationen zu sammeln. Es ist daraus ersichtlich, dass die Holländer den ersten Platz der Unzufriedenheit hallten was die schlechte Wirksamkeit und keine Einheit in der EU zu Grunde hat. Sie wollen aber auch dass die EU mit besseren Resultaten den Terrorismus bekämpft und auch auf anderen Gebieten mehr Erfolge verzeichnet. Zum Glück, ist das nicht nur die Einschätzung der Holländer.

Ich wurde gebeten über die Wirksamkeit der Maßnahmen im Bereich der Justiz und der Innenangelegenheiten zu sprechen. Über harmonische Zusammenarbeit unserer Parlamente können wir immer noch nur träumen aber die Politik der kleinen Schritte ist auch viel wert. Worte der Anerkennung richte ich an das Britische Oberhaus, das sehr gute Rapporte zu verschiedenen Themen ausgibt und anderen Parlamenten zuschickt. Sie sind vor allen für die kleinen Parlamente mit Mindestbeschäftigung wichtig. Ich erinnere noch einmal an das europäische Dreisternenportal. In wenigen Minuten kann man dort Wissen über alles was wichtig für das Parlament und parlamentarische Diskussion ist finden. Das ist in der Internetzeit ein sehr einfaches und zugängliches Instrument um sich elektronisch mit den Informationen auszutauschen.

In Rahmen der COSAC wurde eine allgemeine Unionskontrolle der Projekte von Rechtsakten beschlossen. Wenn das gelingt sollten wir das gleiche in Bereich der Justiz und der Innenangelegenheiten tun. Trotz der schlechten Auffassung einiger MdEPs, dass es auf der europäischen Ebene nicht machbar ist, bin ich der Meinung, dass das EP enger mit den Nationalen Parlamenten Zusammenarbeiten soll vor allem dort, wo das EP nicht mitentscheiden kann.

Auch die Parlamentarische Versammlung des Europarates und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sollen unser Partner sein.

Wir sollten im Stande sein ein Raum für die gegenseitige Hilfe auf der Landes-, Region- und Europaebene schaffen um den Erwartungen der Bürger der Europäischen Union gerecht zu werden.

Wie ich schon gesagt habe, wir haben im Senat keine Experten, wir versuchen aber an das Fachwissen heranzukommen um unsere Einsicht in die europäischen Angelegenheiten zu verbessern.

ANDREAS MAURER

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

Obwohl uns die Zeit zu Ende läuft, denke ich, dass wir ein Moment für kurze Diskussion haben. Will jemand Fragen stellen, kommentieren? Ja, bitte.

## DISKUSSION

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Nur eine Frage die WEU anbetrifft. Sie organisiert ein Treffen in Coru in Guyana, wo drei Ausschüsse zusammen kommen. Großbritannien ist ein großes Land. Ich werde eine Reise nach Südamerika von 16 Personen bezahlen müssen. Welches Ziel hat die WEU und welchen Zusammenhang hat das mit den Ausgaben meines Landes?

MARIA VALERIA AGOSTINI

Chefin der Abteilung für Außenangelegenheiten in der Verwaltung des italienischen Senats

Ich möchte mich zu dem passionsvollen Beitrag von Herrn Maurer zum Thema COSAC äußern. Anknüpfend an das, was Thomas Grunert über COSAC – Möglichkeiten in Bereich der Verteidigung und der Sicherheit gesagt hat, bestätige ich die Worte von Herr Maurer. COSAC widerspiegelt die Repräsentation der Länder nicht und vertritt viele Meinungen der Nationalen Parlamente, daher sollen wir keine bedeutende Resolution von ihr erwarten. Herr Grunert hat vollkommen recht, wenn er sagt, dass die gemeinsamen Ausschüsse in EP sich eher der Ausbildung und Diskussion dienen werden als einem Einfluss auf die Wirksamkeit der interparlamentarischen Strukturen und Institutionen der EU. Danke.

MICHAEL HILGER

Chef der Abteilung für Außenbeziehungen in der Versammlung der WEU

Vielen Dank für den Kommentar und Frage. Ich fange bei Letzen an. Das Treffen in Coru ist nur ein Treffen der Versammlung der WEU und wird zusammen mit der Europäischen Konferenz der nationalen Ausschüsse für den Kosmischen Raum in nationalen Parlamenten. Weil die Versammlung der WEU auch einen Ausschuss für Technologie und Luftraum hat, nehmen wir an dem

Treffen in Coru Teil. Wenn es ein attraktives Treffen für 16 britische Abgeordneten ist müssen sie das Geld dafür finden oder sie von der Reise abhalten. Ich sehe aber hier keinen Zusammenhang mit der Versammlung der WEU.

Was die Bemerkungen von Thomas anbetrifft, was die Kontrolle der GASP und ESVP und die Entscheidungskraft in den Sicherheits- und Armeefragen was die Nationalen Parlamente und das EP anbetrifft bin ich grundsätzlich der gleichen Meinung.

Was die Sachen mit den ich nicht einverstanden bin will ich kein Theater machen, wenn sich ein Europaabgeordneter mit einem Mitglied der WEU-Versammlung und ein Landesabgeordneter trifft. Ich habe gebeten in den Aussprachen frei von Vorurteilen zu sein, aber du Thomas „hast ein Messer in die Hand genommen“ aber dass macht nichts. Ein Kampf zwischen uns kann nur den Regierungen gut tun. Solche Streite kosten Geld und Zeit und lassen die Regierungen einige Sachen in die Länge zu ziehen. Sie selbst werden aber keine Streite riskieren, weil sie die verstärkten parlamentarischen Kontrollen im intergouvernementalen Bereich vermeiden wollen.

Die nationalen Parlamente sollten ein interparlamentarisches Modell anwenden. Ich habe die Vorteile bereits genannt.

Noch einige Bemerkungen zu der Aussage von Thomas. Du sagtest, dass die interparlamentarischen Versammlungen – ich kann in den Namen nicht von allen sprechen aber ich versuche deine Argumente anzufechten – keine Kontrollinstrumente besitzen. Sie verliehen den parlamentarischen Arbeiten mehr Durchsichtigkeit und helfen den Nationalen Parlamenten ihre aufgaben zu realisieren. Die Regierungen treffen sich und die Parlamente nicht also benötigen sie ein Instrument um die Informationen auszutauschen. Als der britische Abgeordneter Terry Davies die Regierung fragte „warum dieses getan oder nicht getan wurde“ als Antwort bekam er zu Hören „weil es uns die Deutschen haben es in Brüssel nicht erlaubt“. Bei der Gelegenheit hat er einen deutschen Kollegen danach gefragt und der antwortete „als ich meine Regierung danach gefragt habe sagten sie, dass die Franzosen dagegen waren“. Solche Mechanismen kann nur ein Kreuzverhör entblößen was in den nationalen Parlamenten durch eine einfache Kontrolle nicht möglich ist.

Du sagst auch, dass das EP keine Kontrollmöglichkeiten hat. Als ein Bundestagsangestellter kann ich mir nicht vorstellen wie soll ich dem Bundestag raten, dass er seine Kräfte mit dem EP verbinden soll um die Kontrolle zu verbessern, wenn das EP selbst sagen würde „wir können keine Kontrolle ausführen“. Ich behaupte noch einmal, dass die nationalen Parlamente ein eigenes Kontrollinstrument brauchen um auf die Regierungen einwirken zu können.



Noch eins. Du sagst, dass die interparlamentarischen Versammlungen über keine Sanktionen verfügen. Die Parlamentarische Versammlung der WEU zum Beispiel kann den Jahresrapport nicht Annehmen und die Versammlungsmitglieder nach der Rückkehr müssen die Regierung bestrafen zum Beispiel während der Budgetannahme.

Du sprachst auch über dreifaches Mandat. Es betrifft nur 10 von den 37 Ländern. Die Mehrheit hat das Problem durch die Aufteilung der Abgeordneten auf diejenigen, die sich dem Europarat widmen und diejenigen die in der Versammlung der WEU mehr Arbeit leisten. So ist also das Argument mit Dreifachen Mandat ohne Begründung.

Dann sagtest du, dass die WEU ihre historische Rolle abgeschlossen hat. Das ist wahr aber nur für die EU. Die EU hat die WEU, als sie selbst keine Möglichkeiten hatte militärische Aktionen durchzuführen, ausgenutzt und anschließend hat sie eigene Krisenverwaltungsinstrumente entwickelt. Dadurch entstand die Situation, dass die EU Krisen verwalten kann, aber keine gemeinsame Verteidigung realisieren kann.

WEU und die Versammlung der WEU spielen immer noch Rolle eines Warteraums für die Nichtmitgliedstaaten der EU. Europa – das sind mehr als 25 Staaten.

Und noch sehr kurz über zwei Sachen. Um die WEU aufzulösen muss man den Vertrag auflösen und dafür gibt es keine Einwilligung seitens der WEU Mitgliederstaaten. Dem WEU-Personal nach der Auflösung werden Stellen in der EU vorgeschlagen. Wir haben in dem Generalsekretariat der WEU die Beschäftigung reduzieren müssen und die EU hatte kategorisch die Einstellung der ehemaligen WEU – Mitarbeiter abgelehnt. Das wäre nett, ist aber unmöglich. Beides verbleibt in der Traumsphäre. Danke sehr.

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen, Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Um die Sprachenhegemonie zu vermeiden werde ich Französisch sprechen.

Michael, ich verstehe Deine Reaktion und freue mich, dass wir eine Diskussion aufnehmen konnten, die verschiedene Gesichtspunkte berücksichtigt. Ich stimme mit Dir in manchen von dir angesprochenen Punkten überein. Ich war mir einer Sache nicht bewusst, dass inzwischen die Minderheit der Mitgliedsländer des Europarates dreifaches Mandat besitzt und ich bin froh, wenn ich erfahre, dass sich ihre Zahl auf 10 verkleinert hat.

Wenn es sich um die Annäherung handelt, na ja, ich bin eine Person mit offenem Verstand und will kategorisch keine Entscheidung fordern, besonders, wenn Du mir dieses Buch geschenkt hast, das ich mit großer Aufmerksamkeit lesen werde. Ich wollte nur, und hier möchte ich betonen, dass das eine Provokation ist, ein Argument für die Rationalisierung der interparlamentarischen Versammlungen vorbringen. Du stimmst mir zu, dass die WEU-Versammlung keine Möglichkeit und keine Mittel hat, um die Regierungen zu kontrollieren, und auf jeden Fall nicht auf eine direkte Art und Weise. Was das von Dir geschilderte Argument der Transparenz betrifft, dann ist das Schaffen einer theoretischen Transparenz möglich, aber wenn Du auf Realien der interparlamentarischen Sitzungen schaut, musst Du dir einer Sache bewusst sein, und zwar, dass die Möglichkeiten der Sicherung von Transparenz gegenüber den Bürgern sehr begrenzt sind. Ich möchte natürlich, wie alle, wie Du gesagt hast, die Öffentlichkeit informieren, aber hier sehe ich wieder einen kleinen Einfluss der Teilnahme von Mitgliedsländern der WEU an regulären Sitzungen der Versammlung darauf, ob der Standpunkt und die Informationen öffentlich gegeben sind und werden. Das bedarf einer Ergänzung. Und hier hast Du den Begriff angesprochen, der für mich das Schlüsselwort ist, und zwar: „Feedback“. Es geht also darum, dass eine Information nach der Sitzung in die Kompetenz des Ausschusses übergeben sein sollte. Diese Information sollte dann in idealen Bedingungen, auf einer Plenarsitzung, durchdiskutiert und anschließend öffentlich gegeben werden. Wie wir alle wissen, sehen die Sachen anders aus.

Ich glaube nicht, dass sich unsere Standpunkte grundlegend unterscheiden. Mein Konzept beruht jedoch auf dem Versuch der Rationalisierung. Und ich will das auf keinen Fall durch das Ausschalten der nationalen Ebene aus dem zwischen den Regierungen bestehenden Bereich schaffen. Im Gegenteil – das, was ich möchte, ist das Intensivieren der Zusammenarbeit zwischen der übernationalen Ebene, darunter auch zwischen dem Europäischen Parlament, und der nationalen Ebene.

In Sachen der Verteidigung und Sicherheit spielen die nationalen Parlamente viel wichtigere Rolle als das Europäische Parlament. Wie ich schon sagte, verfügen wir als Europäisches Parlament nicht über solche Mittel, um die Verteidigungspolitik gründlich zu analysieren. Und doch in der Epoche der Globalisierung, oder auf französisch – Mondialisierung, sollte man gemeinsam auf der internationalen Bühne mitwirken. Man sollte eine interparlamentarische Koordination einführen. Man sollte, und das habe ich bereits am Anfang meiner Rede angesprochen, gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um der internationalen Politik, und darunter auch den

Problemen der Verteidigung und Sicherheit, eine parlamentarische Dimension zu geben.

Jetzt haben wir ein gemeinsames Ziel. Das einzige, was uns jetzt bleibt, ist zu entscheiden, wie wir bei der Realisierung dieses Ziels einen Erfolg erzielen können. Und hier, gehört meiner Meinung nach die WEU-Versammlung der Vergangenheit an, und eher, bei aller Achtung für seine Verdienste, ist sie auf die Vergangenheit gerichtet. Ich habe hier nur eine Erklärung des Europarates in Köln vom Jahr 1999 zitiert.

Man muss neue Mittel finden. Es wurde von der COSAC gesprochen. Ich bin mir nicht sicher, ob sich die COSAC mit dieser Sache beschäftigen wird.

Vielleicht würden die regulären Treffen der in Sachen der Verteidigung, Sicherheit und Außenpolitik zuständigen Ausschüsse der nationalen Parlamente mit der europäischen Ebene also mit dem Europäischen Parlament eine Lösung sein. Das Ziel ist einfach verstärkte interparlamentarische Zusammenarbeit. Und genau deswegen haben wir diese feste Vertretung bei der NATO-Versammlung, und genau deswegen, obwohl noch gelegentlich, nehmen wir an den alle zwei Jahre organisierten Sitzungen der WEU-Versammlung teil. Deshalb sollte man auch die Relationen zwischen dem Europäischen Parlament und der OSZE-Versammlung festigen.

Und ich frage mich, ob – unter Berücksichtigung des Zusammenhangs – zum Thema der Rationalisierung zurückkommend, ob eine bessere Zusammenarbeit der OSZE-Versammlung und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die fast identische Ausschüsse haben, ein guter Schritt in Richtung der Rationalisierung wäre. Vielleicht würden sich diese Ausschüsse von Zeit zu Zeit treffen? Ich kann mir vorstellen, dass die Versammlung des Europarates auch andere Funktionen der WEU-Versammlung übernehmen würde. Usw. usf.

Das sind nur Ideen. Ideen, die man überlegen und durchdiskutieren soll. Wir verfügen natürlich über keine endgültige Lösung, aber das, was von uns erwartet wird, ist doch das „konstruktive Denken“.

**ROBERT GRZESZCZAK**

Willy-Brandt-Zentrum, Universität Wrocław

Ich möchte vor allem zu den Äußerungen von Herrn Thomas Grunert Stellung beziehen. Sie haben Ihrer Hoffnung Ausdruck verliehen, dass der Einfluss der nationalen Parlamente auf die Außen- und Sicherheitspolitik in diesem Fall immer größer wird. Ich erlaube mir eine ziemlich mutige

Bemerkung zu machen. Ich finde nämlich, dass das eher fromme Wünsche sind. Wir sollten nämlich beachten, dass gerade die Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch das Militär in der Kompetenz der nationalen Regierungen bleiben. Das ist vor allem auf der nationalen Ebene deutlich bemerkbar. In diesem Bereich ist die demokratische Kontrolle nicht so bedeutend, wie der Nutzeffekt dieser Politik. Erst dann, wenn sie nicht effektiv betrieben werden, und sie die erwarteten Ergebnisse nicht bringen (z.B. fehlendes Sicherheitsgefühl in der Gesellschaft oder keine Effekte in der Wirtschaft), beginnen die Diskussionen darüber, dass wir hier das Problem mit der demokratischen Legitimation haben und dass die Prozeduren vielleicht nicht richtig sind.

In Bezug darauf, dass die nationalen Parlamente auf der nationalen Ebene in diesen Bereichen bestimmt keine bedeutendste Rolle spielen, dann ob das de facto möglich ist, dass man auf der gemeinschaftlichen (EU-) Ebene die Aufsicht über sie hat, obwohl das doch ein zu starkes Wort ist, also – eine Kontrolle oder einen bestimmten Einfluss, den diese Parlamente auf die Sachen haben könnten, die eigentlich im Rahmen der nationalen Politik außerhalb ihrer Einflüsse sind.

Und ich habe auch eine Frage oder eher einen Kommentar zu der Aussage von Frau van Dooren. Na ja, wenn wir von der Rationalisierung der interparlamentarischen Verbände sprechen, und dann von der Gründung neuer Foren dieser Zusammenarbeit zu sprechen beginnen, dann steht das, meiner Meinung nach, im Widerspruch zur Idee dieser Rationalisierung. Die Gründung neuer Strukturen ist die einfachste Maßnahme, die allzu oft ergriffen wird, weil wenn wir ein Problem haben, wenn die Zusammenarbeit nicht effektiv genug ist, dann gründen wir einfach mal eine neue Struktur, vielleicht ihr wird etwas gelingen.

Es gibt schon zu viele von diesen Formen. Die Europäische Union leidet unter der Übersättigung der Strukturen, der beratenden Ausschüsse und Begutachtungsausschüsse. Es gibt schon mehr als genug davon. Und wie ich das schon früher in meinem Referat betont habe, hat die COSAC eine sehr breite Legitimation, die aus dem Vertrag von Amsterdam beigefügten Protokoll resultiert. Das ist eine sehr starke Ausgangsposition, die nicht ausgenutzt wird. Also, wofür brauchen wir die Neuen? Vielleicht sollte man darüber nachdenken, wie man aus dieser Torte, die aus sehr verschiedenen Elementen besteht, weil ein jedes der nationalen Parlamente eine unabhängige Institution von unterschiedlicher Aktivität und Kompetenz des Einflusses auf die Regierungen, also auf die Exekutiven, ist, eine fest gefügte Einheit bilden kann, wo findet man einen gemeinsamen Nenner, um die Zusammenarbeit effektiver

zu gestalten? Man sollte aber nichts Neues mehr gründen. Es besteht immer noch die Frage, ob die EU oder der Markt effektiv sein soll, und wie das politische Finale von Integrationsprozessen sein wird. Ich weiß, dass dieses Seminar nicht nur die Sachen der Europäischen Union, sondern auch des Europarates betrifft, aber die bisherigen Referate handeln nur von der EU, deshalb konzentriere ich mich auch auf die Integrationsproblematik.

Vielen Dank.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Ich möchte zu der Frage von Herrn Laurence Smyth zurückkehren, die, wie ich meine, ein Kommentar benötigt. Wir in den internationalen Versammlungen dürfen nicht vergessen, dass wir von den nationalen Parlamenten finanziert werden. Wir müssen uns in klaren sein das es zu einer Überzeugung führen kann, dass die Entscheidungen nur von den Reicheren getroffen werden. Wir haben auch Methoden solchen Überzeugungen entgegenzuwirken dennoch sollten wir vorsichtig sein, weil wir in den nationalen Parlamenten Freunde und Partner suchen sollten und keine negativen Reaktionen, den das Geld zugrunde liegt, hervorrufen.

DYONIZ HOCHEL

Direktion für die Beziehungen mit den Nationalparlamenten  
im Europäischen Parlament

Ich will nur kurz eine Bemerkung zu COSAC sagen. Ich habe mit meinem Freund Morten Knudsen die Gelegenheit gehabt, zwei Jahre im Sekretariat von COSAC zu arbeiten. Ich weiß nicht, ob er mit mir einverstanden wird, aber nach meiner Meinung ist die COSAC ein sehr konservatives Gebilde. In der Zeit hat sie z.B. zwei oder dreimal den Antrag der Abgeordneten aus der Visegrad-Gruppe, die Ukraine mit einzuladen, abgeworfen. Meine Frage ist wie soll man die COSAC dazu bringen, die neue Rolle zu spielen, wie sie der Herr Vorsitzender vorgeschlagen hat.

KIM VAN DOOREN

Stellvertretende Generalsekretärin in der Ersten Kammer  
der Generalstaaten von Niederlanden

In meiner Rede habe ich schon darauf aufmerksam gemacht, dass, mein Vorschlag, ein neues Forum der Kontrolle der Europäischen Rechtsakten aus den Gebieten Justiz und Inneres kann vielleicht im Widerspruch zu den Vorschlägen der Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit stehen. Ich denke, dass das nicht ein neues Gremium sein muss. Wenn man alle Sitzungen der Gemeinsamen Ausschüsse und die von den EU-Präsidentschaft ausübenden Staaten organisierte Konferenzen zum Thema Justiz und Inneres aufzählt, da sieht man, dass es ziemlich viel auf diesem Gebiet passiert. Vielleicht soll man eine neue Struktur ausdenken, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen wird. Man kann IPEX zum Gedankenaustausch nutzen. Man soll eine Liste von 5 oder 10 wichtigsten Problemen feststellen und die Parlamente aller Ebene sollten sich in der Sache aussprechen. Dann muss man zusammen entscheiden, mit welchen Fragen wird man sich befassen. Einen festen Platz auf der Liste sollte die Kontrolle von Europol und Eurojust haben. Die anderen Themen können aus dem Arbeitsplan der Europäischen Kommission stammen. Das könnte ein guter Ausgangspunkt für andere Treffen sein, z.B. COSAC könnte eine eigene Liste der 10 wichtigsten legislativen Projekte bilden, mit denen man sich im nächsten Jahr beschäftigen soll.

Was die neue Rolle der COSAC anbetrifft, sie sollte sich nach meiner Meinung nicht auf die Gebiete Justiz und Inneres begrenzen. Vielleicht soll sich die COSAC auf dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission stützen und auch andere Themen anzeigen. Die COSAC soll nicht nur auf der parlamentarischen Kontrolle der gemeinschaftlichen Projekte von Rechtsakten konzentrieren, sondern auch die Projekte von der meritorischen Seite bearbeiten. Dann werden wir sicher, dass die 5 gewählte Themen auch in anderen nationalen Parlamenten besprochen wird. Danach werden die angekommenen Ansichten lesen und darüber arbeiten. Hier werden bestimmt Internet und E-Mail Schlüsselrolle spielen.

## TAGUNG 4

Übernationale parlamentarische  
und interparlamentarische  
Versammlungen, die im Rahmen  
der Europäischen Nachbarschaftspolitik  
und der Erweiterungspolitik  
gebildet werden

## ANDREAS MAURER

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

---

Bevor ich das Wort Frau Agostini und Herrn Degutis erteile will ich sagen, dass ich die Meinung von Frau van Dooren teile. Ich halte COSAC für kein Entscheidungsgremium, wie das fehlerhaft in der Konferenz in St. Pölten und in Haag der Fall war. Die COSAC sollte sich mit einer von IPEX zusammengestellten Liste den 10 wichtigsten Themen beschäftigen. Um einen positiven Empfang in der Öffentlichkeit zu behalten, soll sie sich mehr mit Bildung und Information befassen. Die neue Aufgabenteilung in den Parlamenten auf allen Ebenen (etwa 80% der EP-Arbeit ist das Rechtschaffen) verlangt nach neuem Verantwortungsbewusstsein für die Bürger. Das bedeutet neue Aufgaben für die COSAC.

Jetzt gehen wir zur nächsten Tagung. Ich danke ihnen für ihre Fragen und Aussagen.

Ich lade Frau Agostini und unseren Kollegen aus Litauen, Darius Degutis, damit sie etwas zu der Nachbarschaftspolitik sagen. In Juni in Berlin organisieren wir eine Konferenz unter dem Titel „Draußen vor der Tür“ die dem Buch von Herrn Borchert. Die Konferenz wird die Nachbarschaftspolitik der EU dem Osten und Süden betreffen.

Wir werden uns mit dem parlamentarischen Ausmaß der Nachbarschaft befassen. Als erste wird Frau Agostini stellt uns die Mittelmeerelemente des Barcelona-Prozesses vor. Danach Herr Degutis wird die Aspekte der osteuropäischen Nachbarschaft besprechen.

Frau Agostini, ich erteile Ihnen das Wort.



MARIA VALERIA AGOSTINI

Chefin der Abteilung für Außenangelegenheiten  
in der Verwaltung des italienischen Senats

---

## Die parlamentarische Dimension der Nachbarschaftspolitik der EU im Mittelmeerraum

Danke Herr Vorsitzender. Ich versuche einige Fragmente des vorbereiteten Vortrages zusammenzufassen, weil, ich glaube, wir haben wenig Zeit. Ich möchte unseren Kollegen aus dem polnischen Senat gratulieren für die Organisation dieses wichtigen Seminars, das sich angesichts der bisherigen Vorträge noch interessanter erwiesen hat. Ich glaube, dass das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation und die Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten ideale Foren sind, auf den wir die vielseitigen Formen der festen interparlamentarischen Zusammenarbeit einschätzen können. Es wurde schon heute Morgen gesagt, dass ehrgeizige Ziele dieses Seminars sind: Aufstellung einer vollen, aktuellen Liste der parlamentarischen Organisationen, kurze Beschreibung ihrer Entstehungsgeschichte und Aktivitäten und Vorstellung der Vorschläge, wie man diese Zusammenarbeit rationalisieren kann.

Meine Aufgabe besteht in der Beschreibung des parlamentarischen Ausmaßes der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union im Mittelmeerraum.

Wie wir alle wissen, die Nachbarschaftspolitik, die sich heute sowohl auf die nordöstlichen als auch südliche Grenzen der Gemeinschaft erstreckt, hat mit dem Barcelona-Prozess von 1995 begonnen. Die Politik der EU in der Mittelmeerregion hat sich ein wenig geändert, jedoch die parlamentarische Zusammenarbeit in der Region blieb dank der Nachbarschaftspolitik bestehen.

Die im Barcelona-Prozess beschriebene parlamentarische Dimension hat folgende Elemente vorgeschlagen: die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (engl. EMPA), die Konferenz der Präsidenten der Euromediterranen Parlamente und das Europa-Mittelmeer Forum für Parlamentarierinnen.

Am Anfang will ich alle diese Institutionen genau beschreiben. Anschließend charakterisiere ich kurz andere interparlamentarische Gremien in der Mittelmeerregion.

Diejenigen, die im vorigen Jahr an der Konferenz der Parlamentspräsidenten in Budapest teilgenommen haben, erinnern sich nach dem Referat von Herrn Wolfgang Thierse, dessen Text auch hier zugänglich ist. Nachdem er seine Aufgabe aus den Haag erfüllt hat (Prüfung der Möglichkeit der Rationalisierung der Aktivitäten von europäischen interparlamentarischen Organisationen), hat er die Komplexität der Frage, Schwierigkeiten mit der Ausarbeitung gemeinsamen Standpunkte und mit der Formulierung der Empfehlungen festgestellt. Er hat jedoch 3 Gebiete aufgezählt, die er als reformfähig eingestuft hat. Zum Ersten: Verteidigung und Sicherheit, die schon im vorigen Teil des Seminars besprochen wurden. Zum Zweiten: die Mittelmeerregion. Ich glaube nicht, dass Herr Thierse über parlamentarischen Ausmaß des Barcelona-Prozesses dachte; es ist aber unwahrscheinlich, dass er in seiner Analyse die anderen interparlamentarischen Körper, die in dieser Region tätig sind, nicht berücksichtigt hat. Deswegen stelle ich auch einen kurzen Riss der Funktionsweise dieser Organisationen vor um denjenigen, die die Schlüsse aus diesem Seminar erarbeiten werden, ein volles Bild zu schaffen.

Ich fange mit der EMPV an, die das Hauptelement des Barcelona-Prozesses ist. Alles fing im Jahre 1995 an, wenn in der Barcelona Deklaration, welche die Europa-Mittelmeer Partnerschaft ins Leben berufen hat um mit dem Europäischen Parlament und anderen Parlamenten über die Zukunft des Mittelmeer-Europäischen Parlamentarischen Dialoges in der Region zu entscheiden.

In Oktober 1998 wurde die Initiative vom EP angenommen und es wurde das Parlamentarische Forum Europa-Mittelmeer ins Leben berufen, das später in die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) umgewandelt wurde. Diese Versammlung zählt 240 Mitglieder, wobei 120 aus den 10 Partnerstaaten der Mittelmeerregion, 45 aus dem Europäischen Parlament und 75 aus den Nationalparlamenten der EU-Mitgliedstaaten (je 3) delegiert werden.

Diese recht ungewöhnliche Form der Zusammensetzung resultiert aus der Geschäftsordnung, die drei verschiedene Bedürfnisse berücksichtigen musste: die gleiche Repräsentanz der nördlichen und südlichen Mittelmeeranreinerstaaten zu gewährleisten, ein Gleichgewicht in der Repräsentanz des EP und der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten herzustellen und die Anzahl der Mitglieder der Versammlung in vernünftigen Rahmen zu halten.

Im Resultat passt die Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer nicht zu dem Modell, der in anderen interparlamentarischen Gremien dominierend ist, wo die Parlamente gewöhnlich entweder proportional zu ihrer Mitgliederzahl oder nach dem Prinzip der Gleichheit zusammengestellt werden. In der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer können die einzelnen Parlamente der Mitgliedstaaten aus der südlichen Region maximal 12 Mitglieder delegieren, dagegen die Parlamente der Nordküste nur je 3, das heißt also, dass die bikammeralen Parlamente den Rotationsmechanismus einführen müssen.

Die Struktur der Organe der Versammlung muss auch diese Herausforderungen erfüllen und derselben Regeln unterliegen. Jeder der drei Ausschüsse besteht aus 80 Mitglieder, wobei die Hälfte aus der südlichen Region kommt, 15 aus dem EP und die übrigen 25 aus den nördlichen Staaten, also jeder Mitgliedstaat der EU hat einen Vertreter in jedem Ausschuss.

In 2005 berief das PVEM-Präsidium einen *ad-hoc*-Ausschuss für die Beachtung der Frauenrechte in der Mittelmeerregion, der fast ausschließlich Frauen angehören. Die Vorsitzende dieses Ausschusses ist Grażyna Ciemiński aus Polen.

Diese zwei Regeln – gleicher Repräsentation der europäischen und nicht-europäischen Staaten und des Gleichgewichts zwischen den Vertretungen von dem Europäischen Parlament und EU-Mitgliedstaaten – beziehen sich auch auf das komplizierte Abstimmungssystem, das ähnlich kompliziert ist wie bei dem Rat der Europäischen Union. Aber obwohl das so kompliziert ist, hat die Versammlung mehrmals davon Gebrauch gemacht und es hat sich erwiesen, dass das sehr effektiv ist. Um einen Entschluss zu fassen ist eine qualifizierte Mehrheit von vier fünftel in jeder den Bestandteilen der Versammlung notwendig (südliche Mittelmeerküste, das Europäische Parlament und die Nationalparlamente der EU-Mitgliedstaaten). Dieses System bewährt sich bei der Abstimmung von ausgewogenen Resolutionen.

Die Vertreter der Europäischen Kommission und der Ministerkonferenz nehmen Teil an den Sitzungen der Versammlung. Ihre Resolutionen und Empfehlungen werden an den Europäischen Rat geschickt. Die Probleme, mit denen sich der Barcelona-Prozess auseinandersetzt, schwächen selbstverständlich die Wirkungskraft der Versammlung ab. Aber man muss zugestehen, dass auch die Versammlung selbst eine Arena von Spannungen war, die die dramatische Situation im Nahen Osten widerspiegelt haben. Immerhin ist das das einzige Forum des interparlamentarischen Dialogs zwischen Israel und Palästina.

Wie ich es schon früher erwähnt habe, hat die Europa-Mittelmeer Partnerschaft die Konferenz der Präsidenten der Euromediterranen Parlamente

ins Leben berufen. Zum ersten Mal hat dieses Gremium 1999 in Palma de Mallorca zusammengetroffen, kurz danach, als das Parlamentarische Forum Europa-Mittelmeer entstanden ist. Jetzt finden die Treffen etwa alle zwei Jahre statt, wobei es an den festgelegten Strukturen und Prozeduren fehlt. Die Debatten konzentrieren sich gewöhnlich um die drei Hauptthemen der Partnerschaft. Die Entschlüsse werden auf dem Konsensusweg gefasst.

Das Europa-Mittelmeer Forum der Frauen hat eigene Regeln festgelegt, die der Förderung der Idee der Chancengleichheit für Frauen und Männer dienen soll. Jeder Delegation gehörten 4 weiblichen Abgeordneten, die an Barcelona Prozess teilnehmen, und 4 weiblichen MdEPs. Die Repräsentation ist also – im Unterschied zur Versammlung – gleich.

Wir haben noch vier Gremien des interparlamentarischen Dialogs. Die wichtigste ist die Sondergruppe Mittelmeer (SGM) der Parlamentarischen Versammlung der NATO, die nach der Berufung durch den Nordatlantischen Rat der NATO des sogenannten NATO-Mittelmeerdialogs entstanden ist. Zu den Treffen der Gruppe werden außer den Delegationen der 26 Mitgliedstaaten der NATO auch 11 Vertreter der Parlamente der südlichen Mittelmeerstaaten eingeladen, wovon fünf den Status der Unterstützungsmitglieder und vier – den Status der Beobachter bekommen haben.

Es gibt noch andere Foren, die analoge Regierungsstrukturen widerspiegeln. Das sind u.a. zwei informelle Treffen der Parlamentspräsidenten. Eine davon ist die Konferenz der Präsidenten der Adriatisch-Ionischen Initiative und die zweite – die Konferenz der Präsidenten des 5+5-Dialogs für Dialog mit Libyen, das – wie Sie wissen – kein Mitglied der Europa-Mittelmeer Partnerschaft ist.

Bemerkenswert ist noch die Parlamentarische Versammlung des Euro-Mittelmeerraumes. Sie stammt aus der Interparlamentarischen Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (CSCM), die ihren Namen von der berühmten Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übernahm, die sich mit den Verhältnissen zwischen West- und Osteuropa befasste.

Die vierte Konferenz, vom Februar 2005, die in Napflio in Griechenland stattgefunden hat, hatte als Ziel Institutionalisierung und Umwandlung von CSCM in diese neue Versammlung. Ihre Aufgabe war, eine Geschäftsordnung zu erarbeiten, ein Budget zu vereinbaren und Sekretariat im Jahre 2007 eröffnen. Das hat einen starken Einspruch von der Seite des Präsidenten des Europäischen Parlaments hervorgerufen, der an die Präsidenten der nationalen Parlamente appellierte, um keine nationalen Delegationen zu bilden, weil es übrige und teure Vervielfältigung der Tätigkeiten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer wäre.

Wir werden hier nicht analysieren, worum es in diesem Streit ging, aber ich will Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen verschiedenen regionalen interparlamentarischen Institutionen zeigen – unter Berücksichtigung von geopolitischem Raum, die sie repräsentieren, wie auch Funktionierensweise und Bedeutung in mehrseitigen Entscheidungsgremien. Meiner schriftlichen Version des Referats habe ich Karten beigelegt. Sie zeigen die geopolitische Situation von Staaten, die verschiedenen parlamentarischen Institutionen angehören.

Zwei kleine Konferenzen der Parlamentspräsidenten umfassen nur ein Teil der Mittelmeerregion – Dialog-5+5 im Westen und Adriatisch-Ionische Initiative im Osten. Sie sind parlamentarische Entsprechungen von Außenministertreffen und die Mittelmeerversammlung hat kein Gegenstück auf der Regierungsebene. Dagegen umfaßt die Mittelmeerversammlung alle Mittelmeerstaaten und alle 23 Staaten, die dieser Region angrenzen

Die parlamentarischen Körperschaften, die im Rahmen der Europa-Mittelmeer Partnerschaft funktionieren (EMPA, Euro-Mittelmeer Konferenz der Parlamentsvorsitzenden, Forum der Frauen) verbinden die 10 Südstaaten, die an Barcelona-Prozess teilnehmen, mit 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das ganze reicht bis zum Mittel- und Nordeuropa. Die Sondergruppe Mittelmeer (SGM) der Parlamentarischen Versammlung der NATO sammelt am runden Tisch Staaten aus Europa, Mittelmeerraum, USA und Kanada.

Es ist bemerkenswert, dass alle drei Konferenzen der Vorsitzenden informelle Struktur haben, dagegen die EMPA und die Mittelmeerversammlung haben eine eigene Geschäftsordnung, die ihre Zusammensetzung, Kompetenzen und Verfahrensweise feststellen. Die SGM ist durch die Parlamentarische Versammlung der NATO anerkannt durch die Versammlung und handelt nach ihrer Geschäftsordnung.

Wenn wir die Fragen aus dem Sichtpunkt des eventuellen Einflusses auf den mehrseitigen Entscheidungsprozess analysieren, soll man merken, dass die SGM berufen wurde, um Mittelmeerdialog im Rahmen der NATO zu berücksichtigen. Was noch mehr sagen wird, sind die beiden Konferenzen (der Präsidenten des 5+5-Dialogs und der Präsidenten der Adriatisch-Ionischen Initiative) parlamentarische Äquivalente der Treffen von Außenministern; die Mittelmeerversammlung hat kein Äquivalent auf der Regierungsebene.

Die EMPA hat Vorteile allen anderen gegenüber. Wie ich schon erwähnt habe, unterhält sie ihre Kontakte nicht nur mit den nationalen Parlamenten, sondern auch mit den Institutionen der Europäischen Union und den interparlamentarischen Gremien der Europa-Mittelmeer Partnerschaft.

Am Ende meines kurzen Vortrages stelle ich Ihnen nun einige Vorschläge vor, welche die Arbeit der interparlamentarischen Gremien im Mittelmeerraum verbessern könnten.

Wenn es um die parlamentarische Dimension der Partnerschaft geht, da können erste Versuche in Richtung des Europa-Mittelmeer Forums für Parlamentarierinnen gemacht werden. Es gibt Chancen, dieses Forum mit dem *ad-hoc*-Ausschuss für Frauenrechte der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (EMPA) zu verbinden. Dieser Vorschlag wurde zwar während des Treffens des Koordinationsausschusses des Forums unter französischer Führung in Paris akzeptiert, fand aber keine Zustimmung während des ersten Treffens des *ad-hoc*-Ausschusses von EMPA am 28 März 2006 in Warschau. Man kann jedoch nicht ausschließen, dass diese Geschichte ihre Fortsetzung finden wird, und zwar wegen zwei Faktoren. Zum Ersten beide diese Gremien stellen vor sich identische Ziele und bestehen aus derselben Mitgliedern, und das bedeutet, dass sie sich duplizieren. Zum Zweiten, der EMPA-Ausschuss ist wichtiger, weil seine Resolutionen, nachdem sie auf einer Plenarsitzung angenommen werden, an die Regierungsgremien von Europa-Mittelmeer Partnerschaft und EU-Institutionen geschickt werden.

Es sollen noch zwei Sachen entschieden werden, was den EMPA-Ausschuss anbetrifft: die Repräsentation der Staaten und des Geschlechts. Diese zwei Gremien, über die wir jetzt sprechen, unterscheiden sich erheblich voneinander. Wie ich es schon erwähnt habe, verlangt das Forum, in jede Nationaldelegation und in die EP-Delegation 4 Frauen einzubeziehen. Der *ad-hoc*-Ausschuss dagegen, ähnlich wie EMPA, neigt sich mehr zu den Mitgliedern aus dem Süden und Europäischen Parlament hin. Unter ihren 40 Mitgliedern stammen 20 aus dem Süden, 8 aus dem EP und 12 aus Nationaldelegationen. Wie man sieht, fehlt es an Platz für Delegationen aus allen EU-Mitgliedstaaten.

Wenn es um die Geschlechtsrepräsentanz geht, da scheitert sofort die Idee, dass Mitglieder einer Delegation ausschließlich oder hauptsächlich Frauen sind, weil in der EMPA Frauen in der Minderheit sind.

Diese Probleme kann man zum Beispiel dadurch lösen, dass:

- die Mitgliederzahl, wie in anderen Ausschüssen, von 40 auf 80 vergrößert wird;
- und / oder Frau einer Männerdelegation anzuschließen, damit sie an der Arbeit des *ad-hoc*-Ausschusses teilnehmen konnte.

Bei dem Auswählen einer neuen Delegation soll jedes nationale Parlament auf den Punkt 2(4) der EMPA-Geschäftsordnung besonders aufmerksam machen. Er verpflichtet die Parlamente der Mitgliedstaaten zur

Gewährleistung, dass es in ihrer Delegation – im Einklang mit nationalen Regulationen – Frauen Platz haben werden.

Eine andere Art von Rationalisierung der Arbeit der parlamentarischen Gremien im Mittelmeerraum könnte die Ausnutzung von Konferenz der Präsidenten der Euromediterranen Parlamente sein. Das ist die einzige Gelegenheit, wenn sich die gerade amtierenden Parlamentspräsidenten zusammentreffen. Es wäre eine natürliche Lösung, wenn der 5+5-Dialog aufgegeben würde, nachdem Libyen zur Partnerschaft angenommen würde und die Adriatisch-Ionische Initiative, nach dem Beitritt der Westbalkanstaaten zur UE, gelöst würde.

Am Ende meiner Präsentation wollte ich noch hinzufügen, dass ich auch über die Zukunft der Mittelmeerversammlung und der Sondergruppe Mittelmeer bei der Parlamentarischen Versammlung der NATO nachdenke. Es ist aber schwer, irgendetwas vorauszusehen, weil viel von der allgemeinen internationalen Situation abhängig sein kann. Die SGM spielt eine wichtige Rolle, weil sie das einzige Forum des interparlamentarischen Dialogs ist, an dem auch die USA teilnehmen. Die Mittelmeerversammlung hat jedoch die Überlegenheit, dass ihr alle Staaten des Mittelmeerraumes mit gleichen Rechten gehören. Trotzdem können ihre Handlungen fruchtlos bleiben, weil an ihren Arbeiten die Regierungen nicht teilnehmen und weder die EU noch die USA ihre Mitglieder sind.

Das Szenario kann auch anders aussehen, wenn der Vorschlag von Italien und Spanien aus den 90er Jahren – Bildung einer Konferenz für Sicherheit und Kooperation im Mittelmeerraum (CSCM), die auf ähnliche Weise wie die OSZE arbeiten würde – auf neu übernommen würde. Die OSZE hat hochgradig zum Ende des kalten Krieges beigetragen. In diesem Fall die Mittelmeerversammlung, die im Rahmen der IPU entstanden würde, könnte ein Forum der parlamentarischen Zusammenarbeit für die Entwicklung eines kostbaren Dialogs, um im Nahen Osten Frieden zu gründen. Es ist auch allgemein bewusst, dass solch ein Dialog fruchtlos bleiben wird, wenn die USA nicht daran teilnehmen werden. Man findet auch empfehlenswert, dass auch Russland und China im Rahmen der Vereinten Nationen daran teilnehmen sollen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit und ich übergebe den Platz dem Vertreter von Litauen.

## Die parlamentarische Dimension der osteuropäischen und nördlichen Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union

Die Gelegenheit nutzend will ich vor allem Herrn Grunert antworten und meine Meinung zum Thema der Abschaffung der WEU-Versammlung hinzufügen. Das ist die schwierigste Frage, die ich meinen Vorgesetzten, den Parlamentspräsidenten, beantworten muss, besonders wenn ich erklären muss, warum wir in dieser Organisation arbeiten, wenn so viele Aufgaben von anderen Institutionen erledigt werden.

Ich komme zurück zum Thema meines Vortrages. Als Diplomat befasse ich mich lieber mit der Analyse der Außenpolitik als mit den organisatorischen Aspekten der parlamentarischen Zusammenarbeit. Ich bedanke mich bei den Organisatoren für die Möglichkeit der Aussage darüber. Es ist auch jetzt wichtig angesichts der Konferenz, die in Vilnius unter dem Titel „Gemeinsame Vision gemeinsamer Nachbarschaft“ mit der Teilnahme von 10 Präsidenten und anderen regionalen Führern in der vorigen Woche stattfand. Vom geographischen Standpunkt war die Vielfalt von Teilnehmerstaaten beeindruckend – von den USA via Spanien bis zu Aserbaidschan. Ganz verschiedene Sichtpunkte wurden präsentiert.

Eine symbolische Bedeutung für uns hat die Tatsache, dass die Gastgeber waren gemeinsam die Präsidenten von Polen und Litauen, was ein Anknüpfen an die lange Geschichte der polnisch-litauischen Zusammenarbeit war, die zweifellos auch in der Zukunft fortgesetzt werden wird.

Das ist nicht das einzige Ereignis mit symbolischer Bedeutung. Letzter Samstag gab es in Krakau einen Marathonlauf und die Mannschaft der litauischen Parlamentarier hat ihn gewonnen. Ich habe den Eindruck, dass wir hier nach einem intensiven Arbeitstag uns ähnlich wie Marathonläufer fühlen, so werde ich mich bemühen diese letzte Strecke schnell und schmerzlos für sie zu verlaufen. Obwohl die Parlamentarier nur 21 Kilometer hinter sich gelegt



haben – eine Hälfte der ganzen Marathonstrecke – jeder, der an das Ziel kam wird sicher gut verstehen, warum ich so viel über den Sieg spreche. Besonders wichtig war er gerade in Krakau – einer Stadt, die sowohl für Polen als auch für Litauern sehr beliebt ist – nirgendwo in der Welt werden sie so viele litauische Wappen finden, die die hervorragende Architektur schmücken. Symbolisch ist auch die Tatsache, dass erste sechs beste Marathonläufer polnische und litauische Parlamentarier waren, was sehr gut zur Struktur der Polnisch-Litauisch-Ukrainischen Parlamentarischen Versammlung passt.

Was geschah in Vilnius? Fast alle Teilnehmer der Konferenz sprachen über die Nachbarschaftspolitik der EU und der kommenden EU-Erweiterung. Wenn Sie mir es erlauben, will ich die Gelegenheit nutzen und ein paar Fragen aus dem Gipfel in Vilnius hier vorstellen. Sie können eine Widerspiegelung in unserer Tätigkeit finden, um die Parlamentsdimension in zukünftiger Gestaltung von Nachbarschaftspolitik der EU gegen Osteuropa zu entwickeln.

Die EU kreierte ihre Nachbarschaftspolitik, um die Beziehungen der EU mit den osteuropäischen Nachbarn zu gestalten. Jetzt sehen wir aber, dass die Politik einer genaueren Kontrolle verlangt und mehr präzisen Mechanismen für ihre Durchführung. Man sieht das besonders damals, wenn wir Missverhältnisse zwischen der östlichen und der südlichen Dimensionen der Nachbarschaftspolitik vergleichen. Leider, wenn es um die technische und finanzielle Förderung geht, geht wenigstens zwei Drittel der Mittel zu unseren südlichen Nachbarn. Ähnlich sieht es aus, wenn es um das politische und wirtschaftliche Engagement von EU geht, die hauptsächlich nach Afrika, Naher Osten und andere südlichen Nachbarn gerichtet ist.

Trotz markanter Unterschiede unter diesen Staaten, wenn es um politische Orientierung, europäische Wurzel und ihre Zukunft in Europa geht, braucht unsere Politik der Entwicklung von Beziehungen mit gemeinsamen Nachbarn ein Ausbalancieren. Das betrifft auch finanzielle und technische Unterstützung, was in der nächsten Finanzperspektive zu sehen sein soll.

Während des Gipfels in Vilnius haben zahlreiche ehrenhafte Sprecher unterstrichen, dass die EU über keine erarbeitete Oststrategie verfügt. Manchmal hat man den Eindruck, dass die EU überhaupt nicht weiß, wie mit der Ukraine, Moldau, Staaten des Südkaukasus oder des Schwarzmeerraumes vorgehen. Eine deutliche Deklaration von diesen fünf Staaten, dass sie sich von dem Rest unterscheiden und sie sich entschieden haben, europäische Staaten zu werden, ist in Brüssel schwach hörbar. Es scheint, dass die EU versucht diesen Staaten eine Nachbarschaftspolitik zu vorschlagen, die sie als eine dauerhafte Nachbarschaft versteht. Auf diese Weise bestimmt die EU eine klare Grenze zwischen sich selbst und ihren Nachbarn. Manchmal wird das sogar als

eine Politik der Grauzone bezeichnet. Es ist der Situation der baltischen Staaten in Jahren 1991-1992 ähnlich, als wir rund um unsere Staaten sowjetische Tanke hatten. Desto trotz haben wir damals gesagt, dass wir anders sind, obwohl kaum jemand in Europa uns hören wollte.

Heute wissen Litauen, Polen und andere Mitgliedstaaten der EU genau was im Osten zu tun ist, um das Werk der Vereinigung der freien Europa zu beenden.

Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Dick Cheney sagte am Gipfeltreffen in Vilnius: „Das Demokratiestiften ist Bildung der Geschichte. Es bringt Nutzen für alle und ist für niemand gefährlich. Der beste Nachbar, den man sich wünschen kann, ist die stabile und friedliche Demokratie, die offen für freie wirtschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit und frei von jeglicher Angst und Verdacht ist. Ein System, das der Region des Baltischen Meeres so viel Hoffnung brachte, kann eben gleiche Hoffnung der Region des Schwarzen Meeres und vielen anderen Regionen bringen. Das, was Wahrheit in Vilnius ist, ist auch Wahrheit in Tbilisi, Kiew, Minsk und Moskau.“

Die Zeit wirkt wahrscheinlich zu Ungunsten der jungen Demokratien im Osten. Die Spannung wächst und die undemokratischen Regime im Osten machen sich stärker, sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. In dieser Situation hängt viel davon ab, was von dem Westen gewählt wird. Inzwischen fordert die EU die neuen Demokratien im Osten nicht so stark, wie sie zum Beispiel das Bauen der demokratischen Systeme in baltischen Staaten forderte. Unsere Hilfe soll entscheidend stärker sein. Wir sollen alle mögliche Instrumente und Programme in Gang setzen, alle mögliche Anreize, die die neuen östlichen Demokratien zu Reformen aufmuntern würden so, wie es auf den Balkan gemacht wurde, wo die Idee der europäischen Perspektive, Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen erst nach vielen peinlichen Erfahrungen erschien. Wer kann eigentlich einen wichtigen Unterschied zwischen Moldau und Balkan zeigen? Warum sollten z.B. Moldau und Georgien weniger Verstehen und Unterstützung aus Brüssel finden? Die Chancen für Demokratie im Osten sind gut sichtbar, aber wir müssen entscheiden, ob wir eine klare Strategie der Unterstützung der jungen Demokratien im Osten brauchen, ob wir eine stabile, demokratische Ukraine uns wünschen. Wenn ja, da kommt die Frage, ob wir – auch kleine – Chance auf Demokratie in Russland brauchen. Wenn wir die europäische Anziehungskraft schwächen, als die einzige Alternative wird die Neigung zum Osten bleiben. Es gibt immer weniger Zeit, um diese Probleme zu lösen. Bei Bildung einer neuen Oststrategie der EU sollen wir uns nach dem Prinzip der gleichen Betrachtung, des Respekts für innerliche Vielfalt und Nachholen von

Rückständen richten. Diese Strategie soll sich auf der stufenweisen Öffnung des EU-Binnenmarktes für neue Demokratien aus dem Osten stützen. Unser mittelfristiges Ziel soll WTO-Beitritt von diesen Staaten, Einführung freien Handels mit der EU, freien Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehr. Dank der europäischen Nachbarschaftspolitik können wir eine Vereinbarung über freien Handel zwischen dem Osten und EU zustande bringen, die die wirtschaftliche und politische Landschaft bei unseren östlichen Nachbarn wechseln würde. Der Status wäre dem ähnlich, der die baltischen Staaten erst im Jahre 1995 bekommen haben, nachdem sie ihre Assoziierungsabkommen unterstrichen haben. Ich glaube, dass solch ein Zustand in unseren Beziehungen zu östlichen Nachbarn wir bis 2008 erreichen können – dann werden die Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen auslösen.

Wir müssen ehrlich zugeben, dass der EU manchmal nach entsprechenden Instrumenten fehlt, um die demokratische Umwandlung, das Bauen der demokratischen Institutionen der Bürgergesellschaft im Osten zu fördern. Die Europäische Union ist ganz erfolgreich, wenn es um Hilfe für die Regierungen mit proeuropäischer Orientierung geht. Wenn sie jedoch eine Autokratie oder ein totalitäres Regime begegnet, versagen ihre Strategien. Diese traurige Tatsache war ein der Themen, die während des Gipfeltreffens in Vilnius besprochen wurden. Die von Herrn Präsident Adamkus vorgeschlagene Idee, einen Europäischen Fonds für Demokratie zu schaffen, kann eben das Instrument sein, das wir brauchen. Sie basiert darauf, dass die Europäische Union verschiedene Regionalinitiativen ausnutzen soll, wie zum Beispiel die Gemeinschaft der Demokratischen Wahl (GDW), die sehr hilfreich bei Festigung der demokratischen Transformationen sein können. Die GDW kreierte neue Chancen auf die Entwicklung informeller Zusammenarbeit im ganzen Europa, besonders dank der Ausnutzung der Formen der Zusammenarbeit, die auf der parlamentarischen Ebene zugänglich sind.

Eine solcher Formen der Zusammenarbeit wäre die von mir während des Treffens der Generalsekretäre in Kopenhagen in diesem Jahr vorgeschlagene Einladung auf das Gipfeltreffen der Parlamentspräsidenten der EU die Präsidenten der Parlamente von Ukraine, Moldau und Georgien. Solch ein Forum, gemeinsam mit vielseitigen Strukturen der Zusammenarbeit – Nordisch-Baltisch-Ukrainisch, Nordisch-Baltisch-Georgisch oder Litauisch-Polnisch-Ukrainisch – wäre bestimmt ein zusätzlicher Faktor, der die östlichen Nachbarn der Europäischen Union stark motivieren würde, damit sie den Pfad der Demokratisierung folgten. Vielleicht würde es einen Anfang der Initiative der Bildung einer parlamentarischen Versammlung der Staaten der Gemeinschaft der Demokratischen Wahl geben. Eine authentische

Partnerschaft für die Zukunft können wir nur dann bilden, wenn wir uns zu den gleichen Werten bekennen und nicht auf gleichen Interessen.

Eine gemeinsame Vision der europäischen Nachbarschaft verlangt die Bestimmung von neuen gemeinsamen Verpflichtungen. Wir brauchen auch demokratische, auf die Reformen eingestellte Regierungen im Osten und eine weitreichende europäische Strategie im Westen.

Erlauben Sie mir, dass ich mit einer Zitate aus dem Gipfel in Vilnius Schluss machen werde. Die Präsidenten Kaczyński und Adamkus haben in einer gemeinsamen Stellungnahme festgestellt: „Das 21. Jahrhundert wird Jahrhundert der Demokratie werden. Nur diese Nationen, denen es gelungen wird, pluralistische Gesellschaft und Freihandelswirtschaft zu bauen, werden für Zusammenarbeit und stärkere Integration angesichts der Herausforderungen der Globalisierung bereit. Die Staaten aber, die keinen Demokratisierungsweg antreten werden, werden auf Isolation angewiesen. Vielleicht werden wir den Zustand akzeptieren und vielleicht werden wir sogar mit diesen Staaten Handel treiben, weil sie wichtige für unsere Wirtschaft Rohstoffe haben. Letztes Ende aber wird niemand Lust haben, sich mit einer Diktatur zu integrieren. Die undemokratischen Systeme werden dazu gezwungen, allein gegen die Globalisierung ankämpfen.“

Danke.

## DISKUSSION

ANDREAS MAURER

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

Ich denke, dass wir jetzt einige Fragen und Kommentare erwarten können. Bitte sehr.

JEWGIENIJ BOROWIKOW

Experte, Analytische Abteilung, Rat der Föderation, Russland

Der heutige Tag ist für uns sehr wichtig. Vor 50 Jahren wurde der 2. Weltkrieg beendet. Die Opfer des Krieges waren Menschen verschiedenen Nationen. In besetztem Warschau bildeten die Nazis das Ghetto für die jüdische Bevölkerung. Menschen wurden wegen ihrer nationalen Zugehörigkeit demütigt, erniedrigt und ermordet. Die internationale Koalition, unter der entscheidenden Führung der UdSSR, hatte den Hitleralptraum besiegt. Trotz dieser Erfahrungen sind wir in einigen baltischen Staaten Zeugen einer Teilung der Menschen in zwei Kategorien. Die SS-Soldaten marschierten durch die Straßen, die stolze Klasse der Schinder. Wir denken an Matthausen, Treblinka, Auschwitz-Birkenau, Majdanek und Sobibor und daran, was die SS-Soldaten dort angerichtet haben. An diesen schrecklichen, grausamen Orten wurden Menschen in Gaskammern getötet und lebendig verbrannt, nicht nur Erwachsene, auch Kinder, jüdische Kinder, Kinder aus Polen, Weißrussland, Ukraine, Russland.

Im Zusammenhang damit will ich wissen, wie die übernationalen parlamentarischen Versammlungen das brennende Problem des wiedererstehenden Faschismus in der Form der staatlichen Politik in Europa zu lösen helfen können. Danke.

DIONYZ HOCHEL

Direktion für die Beziehungen mit den Nationalparlamenten,  
Europäisches Parlament

Ich habe vier kleine Bemerkungen zu den zwei letzten Beiträgen. Der erste war der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer gewidmet. Ich möchte daran erinnern, dass seit März 2005 bis März 2006 das Europäische Parlament den Vorsitz gehabt hat. Ich möchte die Worte von Herrn Borrell, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, der in seiner Rede unterstrichen hat, dass unser Ziel die Schaffung einer Zivilisationsallianz war und zwar in der Zeit, wenn die Anderen eine Zivilisationskollision anstrebten. Die Berufung der Europa-Mittelmeer-Stiftung für den Dialog namens Anna Lindh ist ein Beispiel solchen versöhnlichen Aktivitäten. Die Stiftung fördert interkulturellen Dialog und trägt zu einer Erhöhung der Bedeutung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer durch die Zusammenarbeit von Intellektuellen, Künstler und Organisationen der Zivilgesellschaft bei.

Meine zweite Bemerkung betrifft die Rolle der Parlamentarischen Versammlung. Wir alle wissen doch, dass EMPA eine eher beratende Funktion ausübt. Unsere Entscheidungen und Empfehlungen sind nicht bindend für die Konferenz Europa-Mittelmeer. Doch die Zustimmung des Europäischen Parlaments, der Nationalparlamente und der assoziierten Staaten ist für die Assoziierungsabkommen, die in Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer unterstrichen werden, wichtig.

Und noch zwei kurze Bemerkungen, welche die Nachbarschaftspolitik betreffen. Ich will Sie informieren, dass in unserer Abteilung, gemeinsam mit der ankommenden finnischen Präsidentschaft, eine parlamentarische Konferenz vorbereitet wird, die dem Dialog zwischen der Europäischen Union und den Staaten, die von der Nachbarschaftspolitik umfasst sind, gewidmet ist. Das Datum der Konferenz ist noch nicht festgelegt, aber es gibt einen Vorschlag, damit es im Oktober zu organisieren. An der Konferenz werden sich sowohl die Europaabgeordneten, Parlamentarier aus nationalen Parlamenten von EU-Mitgliedstaaten und Nachbarstaaten als auch hochrangige Beamte aus der Europäischen Kommission und aus dem Rat. Danke.

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Ich will die zwei letzten Beiträge kommentieren. Zum Ersten – die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer. Es war eine schwere Geburt, aber ich denke, dass es sich wirklich lohnte, solch eine Versammlung, die nationalen Parlamentarier aus dem südlichen Teil der Mittelmeerregion und aus dem Europäischen Parlament ins Leben zu rufen. Im März 2005 war ich in Kairo auf einem Treffen der Versammlung. Ich weiß gut, wie schwer es war, diese Zusammenarbeit aufzustellen. Sie hat sich aber sehr fruchtbar erwiesen. Wie Sie wissen, hat die Versammlung drei Ausschüsse und eine neue Gruppe, die sich mit Gleichberechtigung der Frauen befasst. Mit einer großen Aufmerksamkeit habe ich die Arbeit des Ausschusses für Wirtschaftsfragen beobachtet unter dem Vorsitz eines Parlamentariers aus Jordanien. Der Ausschuss soll eine Resolution oder eine gemeinsame Erklärung annehmen. Es war sehr schwierig, weil einige Teilnehmer aus dem Süden des Mittelmeers ganz andersartige Einstellung zur Parlamentarismus und parlamentarischen Arbeitsweise hatten. Wir konnten nicht den ursprünglichen Resolutionstext akzeptieren und es wurde lange daran gearbeitet. Letztes Ende ist es uns gelungen die Resolution annehmen. Ähnlich war es in beiden anderen Ausschüsse – dem Kulturausschuss (Vorsitzender aus Italien) und Sicherheitsausschuss.

Ich habe feststellen können, dass viele Probleme in der fehlenden inneren Koordination ihren Ursprung hatten, also unter Parlamentarier aus den Mitgliedstaaten der EU oder zwischen sie und dem Europäischen Parlament. Ich konnte aus dieser Situation folgende Schlüsse ziehen: in solcher Struktur der Versammlung sollen die nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament alles schon früher besprechen, Treffen von Delegationsführern organisieren, um gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten. Dasselbe betrifft gemeinsamer Stellung zu den Anforderungen und Vorschlägen der Partner aus der Südküste des Mittelmeers. Ich kenne zwar nicht alle der Teilnehmer, habe ich aber lange Zeit mit der dänischen Delegation im Kontakt geblieben. Wir sind nicht imstande als eine Einheit zu reagieren, weil uns fehlt an gemeinsamen Treffen – Parlamentarier aus den nationalen Parlamenten und aus dem EP. Ich würde mich es wünschen, damit es in der Zukunft anders aussehen würde.

Ein der wichtigsten Themen dieses Seminars ist Rationalisierung. Valerie hat die Sondergruppe Mittelmeer der Parlamentarischen Versammlung der NATO

erwähnt, die eine sehr wichtige Rolle spielt, weil sie in ihre Arbeit die Amerikaner einschließt. Im Mittelmeerraum sollen wir auch Vervielfachen der Aktivitäten verschiedener Institutionen vermeiden und die Zusammenarbeit noch effektiver machen. Die SGM der Parlamentarischen Versammlung der NATO ist nicht die einzige. Solche Gruppen – hier Spencer Olivier wird mich vielleicht korrigieren – sind auch bei OSZE-Versammlung und bei IPU tätig. Ich weiß, dass es einmal auch eine Idee gab – ich hoffe sie fiel letztendlich – eine Europa-Mittelmeer Versammlung, die von der Konferenz der Sicherheit und Zusammenarbeit in Mittelmeerraum abgeleitet wurde, zu bilden. Wenn solch eine neue Versammlung entstanden wäre, würde sie mit den schon existierenden Versammlungen wetteifern.

Ich glaube, dass die Bildung des Parlamentarischen Forums Europa-Mittelmeer, das regulär trifft und Parlamentarier sowie aus dem südlichen Teil des Mittelmeers als auch aus Europa – aus dem Europäischen Parlament und aus nationalen Parlamenten – sammelt, hat wirklich einen Sinn. Es muss noch an Einzelheiten von dieser Idee gearbeitet werden. Die Frage ist, ob die Versammlung einen Generalsekretär haben sollte? Es gibt Länder aus dem Süden, die dafür stimmen. Soll die Versammlung über ein Budget verfügen? Das alles muss ernst bedacht werden, aber ich bin sicher, dass es dieser Versammlung gelingen wird und mit dem Nutzen für alle sie mit anderen Gruppierungen von parlamentarischen Versammlungen im Mittelmeerraum zusammenzuarbeiten wird.

Ich stimme überein mit dem, was Darius Degutis gesagt hat, dass die nordöstliche Dimension vernachlässigt wurde. Ich beurteile aber mit mehr Optimismus die Möglichkeiten der neuen Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union. Das basiert nicht nur auf Finanzierung – die Programme TACIS und PHARE werden jetzt von einem neuen Instrument der Nachbarschaftspolitik ersetzt, was 18 Milliarden Euro bringt (alles ist selbstverständlich davon abhängig, wie das Geld ausgegeben wird) – sondern vor allem auf den neuen Aktionsplänen. Wenn wir uns das ansehen, was gerade gemeinsam von der Europäischen Kommission und zwei Partnerschaftsstaaten, Moldau und Georgien, vorbereitet wurde, da werden Sie sicher überrascht, wenn Sie sehen werden, welche Möglichkeiten das neue Instrument, diese neue Politik, erfasst. Mit meiner Anmerkung möchte ich Ihre Aussage abschwächen, dass die Europäische Union keine Beeinflussungskraft im Osten hat.

Wenn es um die Grauzone geht, um die von Ihnen erwähnte Politik der festen Nachbarschaft, da wieder bin ich ein bisschen mehr optimistisch als Sie. Das ist eine Grauzone, weil wir wirklich nicht wissen, welche Pläne die



Europäische Union in der Frage der eventuellen Mitgliedschaft der Ukraine und Moldau in der EU hat, aber diese Mitgliedschaft ist nicht ganz ausgeschlossen. Die Zeit wird uns das zeigen, ob die Staaten entsprechend gut sich vorbereiten werden und ihre Rechtssysteme an *acquis communautaire* anpassen werden. Sie machen das schon jetzt. Es ist auch interessant, ob die beiden Länder Mitglieder der WEU-Versammlung werden. Ich kann mir vorstellen, dass einige von diesen Staaten, Georgien einzuschließen, einmal EU-Mitglieder werden. Ich will hier keine Daten nennen, aber man soll das nicht ausschließen. Ich freue mich, dass es so was wie Nachbarschaftspolitik der EU gibt.

Meine letzte Bemerkung zu der parlamentarischen Dimension der Nachbarschaftspolitik. Ich stimme ganz überein, dass Moldau, Georgien und Ukraine sich der Konferenz der Präsidenten anschließen sollen und vielleicht auch mit COSAC irgendwie zusammenarbeiten. Ich weiß, dass es Kontroverse erregt, aber die Parlamentarier eine Möglichkeit einer Teilnahme haben sollen und wir in dem Europäischen Parlament versuchen eben auf diese Weise wirken. Ich möchte korrekt verstanden werden. Ich will nicht, dass Sie glauben, dass das Europäische Parlament viel besser handelt als andere Parlamente. Wir aber haben bei uns einen Ausschuss für die parlamentarische Zusammenarbeit mit diesen Staaten. Vor zwei Wochen war ich in Armenien mit unserem Ausschuss für die parlamentarische Zusammenarbeit mit diesem Land. Wir haben auch ein Zusammentreffen mit dem Staatspräsidenten, dem Premierminister, dem Außenminister und dem Justizminister gehabt. Ich glaube, dass diese Treffen ihre Wirkung gehabt haben und ich würde jedes Parlament, nicht nur das Europäische Parlament, dazu anregen, solche bilaterale Kontakte aufzunehmen. Sie haben doch Partnerkontakte mit anderen Parlamenten, z.B. Litauen hat solch ein Programm eingeführt. Ich erinnere mich jetzt nicht, ob es mit der Ukraine oder mit einem anderen Staat war. Ich bin doch überzeugt, dass durch die Entwicklung der bilateralen Kontakte die EU-Mitgliedstaaten viel Gutes für diese Staaten machen können.

JACEK KURCZEWSKI

Universität Warschau, Institut für Angewandte Sozialwissenschaft

Danke sehr für die Einladung zu dieser Konferenz. Als ein Professor fühle ich mich verpflichtet, eine Frage zu stellen, die die Korrektheitsprinzipien ein bisschen angreifen kann. Meine Frage richte ich an Herrn Degutis. Ich wurde gebeten, einen Text über Rationalität zu schreiben. Es ist ungewöhnlich

schwer zu definieren, was ist, worüber berührt Rationalität. Auf jeden Fall eine klassische Erscheinungsform der Rationalität ist die Aktivitätenkohäsion auf verschiedenen Gebieten. Als ich die zwei interessante Vorträge über die Europa-Mittelmeer Versammlung und über die Probleme der Europäischen Union mit ihren Ostgrenzen hörte, hat mich eine Frage frappiert. Glauben Sie, dass das alles wirklich richtig funktioniert im Rahmen der Europa-Mittelmeer parlamentarischen Zusammenarbeit, wenn die Teilnehmerstaaten sind – entschuldigen Sie – auf dem Niveau von Weißrussland, das doch niemand von uns für einen guten Partner für parlamentarische Zusammenarbeit halten würde? Glauben Sie nicht, dass eine der Methoden, um die interparlamentarische Zusammenarbeit zu rationalisieren, ist mehr Kohäsion einzuführen?

DARIUS DEGUTIS

Chef der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sejmas, Litauen

Ich glaube, dass eine Antwort auf diese Frage uns in eine lange Diskussion einführen würde, insbesondere, dass Sie einen Staat erwähnt haben, der in der letzten Zeit oft unsere Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat. Ich glaube, dass es ein separates Diskussionsthema ist und es wird Zeit dafür später geben. Wenn wir über Rationalität sprechen und zwei verschiedene Gebilden, zwei verschiedene Strukturen der parlamentarischen Zusammenarbeit vergleichen, da glaube ich – und ich habe mich darauf in meinem Vortrag berufen – laut unserer Erkennung und Erfahrung, Erfahrung dieses Gebietes, Erfahrung von Leuten, Politikern, Geschäftsmännern, die in diesem Gebiet leben und tätig sind, dass ich mich nicht wagen wäre, eine terminologische Teilung auf das neue und das alte Europa einzuführen und beide Teile zu vergleichen. Ähnlich wie in Polen, auch wir in Litauen oder in einem anderen Staat in dieser Region, sind wir des Potenzials, des Ziels und der Entschlossenheit der östlichen Nachbarn der Europäischen Union bewusst, um angemessene praktische Werkzeuge zu ergattern, um das Ziel zu verwirklichen, wie z.B. schon von Thomas erwähnte Aktionspläne wie TACIS oder PHARE. Ich glaube nicht, dass es zurzeit auf dem Europa-Mittelmeer Forum (Tunesien, Algerien und andere Staaten der Mittelmeerküste aus Afrika und Europa) irgendwelche Gespräche über die Mitgliedschaft der afrikanischen Staaten in der EU stattfinden.

Die Situation in Osteuropa ist ganz anders, sowohl in geopolitischer als auch in strategischer Hinsicht. Wir sind uns dessen bewusst, was heute in Energetik stattfindet und wie große Bedeutung das für die Zukunft der ganzen

Europa hat. Ich bin der Meinung, dass man an diese Staaten ein klares Signal senden soll – ich meine hier die Ukraine, Moldau und selbstverständlich Georgien. Die Situation mit der Türkei ist klarer, seitdem sie zu den Beitrittsverhandlungen eingeladen wurde. Wenn man die Türkei mit der Ukraine vergleicht, da sieht man freilich Unterschiede, aber sowohl positive als auch negative. Warum denn nicht der Ukraine das vorschlagen, was die Türkei schon seit langem genießt – also die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Zoll-, Visumpolitik- und Schengenteilnahmevereinbarungen? Sie haben auch Weißrussland erwähnt. Das, was wir wirklich machen wollen und können, ist die Abschaffung von Barrieren, die die Weißrussen überwinden müssen, wenn sie nach Litauen oder nach Polen fahren wollen. Es geht uns nicht um die Teilnahme an politischen Demonstrationen, sondern um bloße Wochenendreise nach Vilnius, mit einer Pubvisite, Einkäufen in einem Supermarkt, und ähnliche Dinge, die die Leute bis vor kurzem gemacht haben und weiter machen wollen, 5 Euro pro Visum zahlend. Warum sollen sie jetzt 60 Euro pro Visum zahlen? Wenn man die finanziellen Möglichkeiten von Weißrussen, Ukrainern und Moldauern vergleicht, da sind sie ganz anders. Wenn man 100 Dollar pro Monat verdient, dann wie kann man 60 Euro für ein Visum bezahlen und sich nicht gedemütigt mit solcher Betrachtung durch die Europäische Union fühlen? Es gibt also viele Dinge, die man machen soll, die aber nicht gemacht werden. Der Diskussionston in der EU richtet sich nicht in der korrekten Richtung. Es gibt also Dinge, die man verbessern soll, und dieses Handeln würde, nach meiner Meinung, gut begründet.

MARIA VALERIA AGOSTINI

Chefin der Abteilung für Außenangelegenheiten in der Verwaltung  
des italienischen Senats

Nur ein paar Worte. Ich danke Herrn Hochel für seine Erinnerung an die Anna Lindh-Stiftung. Ich bin sehr dankbar dafür, weil ich jetzt eine Gelegenheit habe zu unterstreichen, welche bedeutende Rolle in der Entstehung dieser Stiftung der Kulturausschuss unter dem Vorsitz von unserem Senator Greco gespielt hat.

Wenn es um die Aussage von Thomas geht, hat er über fehlende Koordination zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament gegenüber der südlichen Küste des Mittelmeergebiets gesprochen. Ich bin sicher, dass es dir nicht um den Vorschlag der eventuellen Bildung eines Sekretariats ging. Es sieht so aus, als ob die südlichen Länder dazu

neigten, obwohl wir damit nicht einverstanden sind. Du denkst höchstwahrscheinlich über die Möglichkeit, öfter die Treffen unter den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament zu organisieren. Das ist eine gute Idee, aber wir sollen nicht die Struktur der Europa-Mittelmeer Versammlung vergessen. Ich habe sie besprochen. Eine Vereinbarung über die Struktur der Europa-Mittelmeer Versammlung zu erreichen ist eine schwierige Aufgabe. Was die Relationen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten angeht da soll man unterstreichen, dass EP eine stärkere Position als die nationalen Parlamente hat, weil es mehr MdEPs gibt. Das ist auch zu berücksichtigen.

Zweitens, unsere Partner sollten nicht einen Eindruck bekommen, dass eine Allianz zwischen den Staaten der Nordküste der Mittelmeerregion existiert. Ich war auf der letzten Sitzung des Kulturausschusses in Rom. Wir haben nicht an der Diskussion teilgenommen. Wir haben nur zugehört und sogar ein bisschen Fürst gehabt haben, weil das Problem der dänischen Mahometkarrikaturen besprochen war. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen auch da war. Am Ende der Beratungen konnte man fühlen, dass es zu einem Zusammenprall der Zivilisationen zukommen kann. Nach meiner Meinung das konnte endlich vermieden werden, weil es an der Einstimmigkeit unter den Vertretern der nationalen Parlamente fehlte. Es war klar zu sehen, dass sie keine einheitliche Meinungsfront der Nordküste bildeten. Die Meinungen waren ganz verschieden und endlich kam es zu Übereinstimmung und wir konnten eine Resolution annehmen. Das ist alles, was ich sagen wollte. Danke

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Ich habe drei kurze Bemerkungen. Die erste adressiere ich an Valeria. Ich bin kein Anhänger von Sekretariat und Budget der Europa-Mittelmeer Versammlung. Ich glaube, dass Deine Bemerkung, dass wir es vermeiden (organisatorisch-technischen Fragen, z.B. bei der Bildung Europa-Mittelmeer Investitionsbank (Euro-Med Investment Bank) – das ist eine halbe Stunde Zeit während eines Treffens, damit die Vertreter der nationalen Parlamente aus der Europäischen Union sich treffen können und das vereinbaren, worauf sie eingehen können. Das Europäische Parlament soll auch daran teilnehmen.

Die zweite Bemerkung richte ich an den Kollegen aus Russland, der fragte, ob die interparlamentarischen Versammlungen der Wiederbelebung vom

Faschismus entgegenwirken können. Diese Frage blieb hier noch nicht beantwortet. Ich persönlich bin der Meinung, dass die parlamentarischen Versammlungen und Parlamentarier selbst können hier eine wichtige Rolle spielen, sobald sie eine gemeinsame Stellung zu den Problemen erarbeiten werden und vorschlagen werden, wie man dem Rassen- und Fremdenhass und andere ähnliche Erscheinungen, die zu dem von Samuel Huntington beschriebenen Zusammenprall der Zivilisationen führen, bekämpfen kann. Wir sind immer näher daran. Wir sollen auch gemeinsam feststellen, welche Quellen des Terrorismus es gibt und, in Zusammenhang damit, wie ihn nicht nur auf dem juristischen Weg bekämpfen.

Und noch eine Bemerkung. Sie sind der Meinung, dass zu wenig Zeit der nordöstlichen Dimension geschenkt wird. Vielleicht soll man sich die Bildung eines nordöstlichen Äquivalentes der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer überlegen. Ich weiß, dass es Kontroversen erweckt, aber man soll darüber nachdenken.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Das ist gut, dass Thomas unserem Redner aus Russland geantwortet hat. Ich füge dem nur hinzu, dass man sich in der letzten Parlamentssession mit dem Rapport über Wiederbelebung von Nazismus befasst hat und wie man sich damit in Mitgliedsstaaten der EU auseinander setzen soll. Die Versammlung hat eine Resolution und wichtige Empfehlungen angenommen. Es gibt also Gremien, die sich mit diesem Problem befassen.

ANDREAS MAURER  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

Ich danke für alle Kommentare und Aussagen.

## TAGUNG 5

Die Rolle der interparlamentarischen  
Versammlungen in der Außenpolitik,  
Sicherheitspolitik und Politik  
der Menschenrechte in Europa  
des 21. Jahrhunderts

# WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Guten Morgen, meine Damen und Herren.

Während des heutigen Treffens werden wir uns mit der Rolle der in Europa tätigen interparlamentarischen Versammlungen beschäftigen. Es geht uns um die Parlamentarische Versammlung der OSZE, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, sowie um die Zentraleuropäischen Initiative, die Ostseeparlamentarierkonferenz und die Versammlung der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten. Für heute haben wir fünf Präsentationen sowie Diskussionen geplant. Ich bitte unsere heutigen Redner um kurze und bündige Präsentationen, damit wir noch Zeit für den Gedankenaustausch und für eventuelle Kritik Ihrerseits haben. Wenn es um die Versammlungen geht, dann werden wir über ihr Funktionieren, über ihre Relationen mit den nationalen Parlamenten, über ihren Einfluss auf die Arbeit der nationalen Parlamente, und auch darüber sprechen, wie die nationalen Parlamente und die nationalen Delegationen zur Verbesserung der Arbeiten der internationalen Versammlungen beitragen können.

Es ist mir ein Vergnügen unserem ersten Redner, Herrn Spencer Oliver, das Wort zu geben, der die Funktion des Generalsekretärs der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ausübt. Spencer, Du hast jetzt das Wort.

SPENCER OLIVER

Generalsekretär, Parlamentarische Versammlung der OSZE

## Die Rolle der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Vielen Dank, Wojciech. Ich werde versuchen, kurz und bündig zu sprechen. Die Mehrheit von uns, die hier versammelt sind, kennt sich ziemlich gut aus den Treffen der parlamentarischen Versammlungen. Wir wissen, wer sich womit beschäftigt, wie man miteinander kommunizieren und mitarbeiten soll.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE ist eine der jüngsten parlamentarischen Versammlungen, vor allem, wenn man sie mit der Parlamentarischen Versammlung der NATO, mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates oder mit dem während des Kalten Krieges gegründeten Europäischen Parlament vergleicht. Die OSZE wurde durch Regierungen ins Leben berufen; die Parlamente waren damals nicht daran interessiert, eine neue parlamentarische Versammlung zu gründen. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE entstand infolge einer auf dem NATO-Gipfel im Juli 1990 angenommenen Resolution, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, George Bush, unterstützt wurde, der das Funktionieren der OSZE durch Bildung einer parlamentarischen Versammlung institutionalisieren wollte. Das Problem bestand jedoch darin, dass Präsident Bush weder die Entscheidung von der eventuellen Teilnahme an einer solchen Versammlung noch die eigentliche Notwendigkeit der Gründung einer solchen Körperschaft mit dem Kongress der Vereinigten Staaten abgesprochen hat. Viele andere Parlamente befanden sich in einer ähnlichen Situation. Die erste Reaktion des Kongresses – und ich war damals der Chef des Rates für auswärtige Angelegenheiten – war die Feststellung, dass wir die nächste internationale parlamentarische Versammlung nicht brauchen, wenn wir sowieso keine Zeit gehabt hätten, um an ihr teilzunehmen. Unsere Erfahrungen mit der Interparlamentarischen Union (IPU) und auch bis zu



einem gewissen Grade aus der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, zu derer Sitzungen wir regelmäßig eingeladen wurden, waren so, dass die Parlamentarier meistens keine Zeit für die Teilnahme an solchen Treffen hatten. Und weil es im Kongress der Vereinigten Staaten das Pairing-Verfahren (*pairing system*) nicht gibt, das wiederum in parlamentarischen Systemen in Europa funktioniert, reisen die Mitglieder des Kongresses nicht in der Situation, wenn sie an manchen Abstimmungen nicht teilnehmen können. Das bedeutet, dass, wenn ein Treffen der IPU in Korea stattfindet in der Woche, in der es eine Sitzung des Kongresses gibt, kommt kein Mitglied des Kongresses nach Korea. Ähnlich ist es mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, wo wir zur regelmäßigen Teilnahme eingeladen sind. Und aus diesem Grund dominierten damals skeptische Stimmen. Unsere Skepsis teilten auch andere Parlamente, die das Gefühl hatten, dass zu viele internationale parlamentarische Versammlungen entstanden, an denen sie nicht teilnehmen konnten, und deren Organisation einen großen Kostenaufwand benötigte und die Parlamentarier von ihren normalen Pflichten abbrachten.

Nach einer Reihe von Konsultationen, einschließlich der, während der US-Sekretär James Baker ins Büro meines Chefs, des Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, der auch ein offizieller Opponent der Idee der Gründung einer nächsten Versammlung war, kam und ihn zur Unterstützung dieser Angelegenheit überreden wollte, weil sie aus der Initiative des Präsidenten Bush ging, der sich vor dem Kongress der Vereinigten Staaten nicht schämen wollte. Der Vorsitzende stimmte zu und gemeinsam mit einigen anderen Parlamentariern, darunter auch mit dem damaligen Präsidenten des spanischen Parlaments und mit Michael Joplin vom britischen Unterhaus entschieden, dass ein Treffen stattfinden wird, an dem sie überlegen werden, ob es eine Chance gibt, eine neue parlamentarische Versammlung zu gründen, die auf solche Art und Weise funktionieren würde, um allen Parlamenten die Teilnahme zu ermöglichen.

Aufgrund der Charta von Paris für ein Neues Europa vom Herbst 1990 wurde die Parlamentarische Versammlung der KSZE ins Leben gerufen. Der ganze Text der Charta wurde jedoch mit führenden Parlamenten abgesprochen, bevor er während des Gipfels vorgestellt wurde. In der Charta gibt es folgendes Fragment: „In Anerkennung der wichtigen Rolle, die Parlamentarier im KSZE-Prozess spielen können, sprechen wir uns für eine stärkere Einbeziehung der Parlamentsarbeit in die KSZE aus, insbesondere durch die Schaffung einer parlamentarischen Versammlung der KSZE unter Beteiligung von Parlamentsmitgliedern aus allen Teilnehmerstaaten. Zu

diesem Zweck befürworten wir nachdrücklich, daß Kontakte auf Parlamentsebene fortgesetzt werden, um Tätigkeitsbereich, Arbeitsmethoden und Verfahrensregeln einer derartigen parlamentarischen Struktur der KSZE unter Nutzung vorhandener Erfahrungen und bereits geleisteter Arbeiten in diesem Bereich zu erörtern". Die letzten Sätze waren eigentlich eine Anspielung auf die Parlamentarische Versammlung des Europarates, weil der ursprüngliche Antrag des Präsidenten Bush voraussetzte, dass gerade die Arbeiten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates die Basis für die Gründung der parlamentarischen Versammlung sein sollten. Die Verhandlungen zwischen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und anderen Parlamenten, d.h. dem Kongress der Vereinigten Staaten, den Kanadiern und Russen, fanden tatsächlich statt.

Es bestand tatsächlich die Möglichkeit, die parlamentarische Versammlung in Straßburg zu gründen, wenn nicht ein Hindernis erschiene. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates bestand darauf, dass die Struktur der Parlamentarischen Versammlung der KSZE der Struktur der WEU-Versammlung ähnlich wäre, aber die von den Mitgliedsstaaten des Europarates delegierten Mitglieder der Versammlung wären dieselben Menschen, die der Parlamentarischen Versammlung des Europarates angehören. Auf diese Weise würden diese Personen zwei oder sogar drei Funktionen (falls sie auch Mitglieder der WEU-Versammlung wären) gleichzeitig ausüben. Amerikaner, Russen und Kanadier, und auch andere, die keine Mitglieder des Europarates waren, waren damit nicht einverstanden, weil, ihrer Meinung nach, würden sie in einer solchen Situation in den woanders verwalteten parlamentarischen Strukturen als Bürger der zweiten Kategorie behandelt. Sie forderten eine unabhängige parlamentarische Versammlung, die nicht allzu oft tagt, nicht sehr bürokratisiert und nicht allzu viel kosten würde. So entschieden 34 Parlamente im Frühjahr 1991 (das war die Zeit vor dem Zerfall der Sowjetunion). Die neue parlamentarische Versammlung sollte sich einmal pro Jahr treffen, auf der Grundlage des Konsenses im Rahmen eines ständigen Ausschusses handeln und ein kleines Sekretariat haben. Derzeit unterhält unsere Versammlung tatsächlich ein sehr kleines Sekretariat. Unser Budget beträgt 2,3 Millionen Euro – im Vergleich zum Europäischen Parlament oder zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates, und umso mehr zur Versammlung der NATO, die übrigens nur 26 Mitglieder zählt, von der 19 zwei Fremdsprachen sprechen, ist das wirklich nicht viel. Wir haben 55 Mitglieder und 6 Amtssprachen. Wir treffen dreimal pro Jahr, aber stimmen nur einmal, während der Jahressitzung, ab. Die Stimmenmehrheit entscheidet und so verabschieden wir die Resolutionen. In

der Wintersitzung treffen wir uns in Wien mit Regierungsstrukturen. Obwohl die Relationen zwischen Regierungsseite und Parlamenten informell sind und obwohl die Parlamente weder das Budget verabschieden noch irgendwelche Nominierungen bestimmen, besucht uns der amtierende Vorsitzende der OSZE zweimal pro Jahr und beantwortet die Fragen der Parlamentarier, ähnlich wie die Chefs der Institutionen der OSZE, wie Hoher Kommissar für Nationale Minderheiten, der Beauftragte für Medienfreiheit sowie der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. So ist die Versammlung als eine bescheidene Organisation gedacht, die nicht allzu viel Kosten in Anspruch nimmt und für jeden zugänglich ist. Gemäß unserem Statut dauert die Jahressitzung nie länger als fünf Tage und findet in den ersten zehn Julitagen statt, und das deshalb, weil die Parlamentarier der Meinung sind, dass die transatlantische Zusammenarbeit für das Funktionieren der Versammlung von sehr großer Bedeutung ist, und der Kongress der Vereinigten Staaten tagt immer in dieser Zeit anlässlich des Feiertages am 4. Juli nicht.

Die Wintersitzung findet während der so genannten Präsidentenwoche statt, die in den Vereinigten Staaten funktioniert. Die Versammlung der NATO handelt übrigens identisch, aber sie treffen sich zu Beginn der Woche und wir gegen Ende der Woche, sie – in Brüssel, wir – in Wien. Das alles mit Rücksicht auf die Tatsache, dass diese zwei transatlantischen parlamentarischen Versammlungen für die Stärkung des transatlantischen Kontaktes wirklich notwendig sind. Es geht darum, dass Amerikaner und Kanadier auch die Möglichkeit haben, an ihnen teilnehmen zu können. Es ist auch für andere europäische Parlamentarier von Vorteil, weil viele von ihnen die Session gegen Ende Juni beenden und in die Sommerpause gehen. Dank dessen kann die Mehrheit von ihnen in dieser Zeit reisen. Wir haben uns bemüht, ein bescheidenes Programm zu realisieren.

Einer der Mitglieder der Versammlung – ich wurde im Oktober 1992 zum Generalsekretär gewählt und zu Beginn des Jahres 1993 begann ich die Arbeit – organisierte das Sekretariat der Versammlung in Kopenhagen. Dank dessen wurden wir zum Vorbild für andere Institutionen der OSZE. Die Dänen wollten, dass dieses Sekretariat in ihrem Land den Sitz hat und deshalb haben sie sich entschieden, dieses Sekretariat zu finanzieren. Um es kurz zu sagen, sie stellten uns den Sitz zur Verfügung, sorgen für unseren diplomatischen Status und eine Menge anderer Sachen. Im Endeffekt, vor allem dank diesem Sitz, unterstützen die Dänen am meisten unser Budget. Dieser Präzedenzfall wurde von den anderen Institutionen der OSZE ausgenutzt. Zum Beispiel in Warschau, wo sich die Büros der demokratischen Institutionen für Menschenrechte befinden, stellt die polnische Regierung den Sitz zur

Verfügung. Ähnlich in Österreich, wo andere Institutionen der OSZE ihren Sitz haben, und in Den Haag, wo Hoher Kommissar für Nationale Minderheiten amtiert. Dank dessen sind die Strukturen und Institutionen der OSZE im Stande, viel Geld zu sparen. Wir haben ein sehr bescheidenes Mandat, der aus 5 Punkten besteht, die ich Ihnen anführen werde:

1. Hilfe bei der Umsetzung der Ziele der KSZE, jetzt der OSZE;
2. Diskutieren der Themen, die während der Treffen des Ministerrates und während der Gipfel der Staatsoberhäupter und Regierungschefs zur Sprache gebracht wurden;
3. Entwicklung und Förderung der Präventionsmechanismen sowie der Mechanismen der Konfliktenlösung;
4. Unterstützung, Festigung und Konsolidierung der demokratischen Institutionen in den Mitgliedsstaaten der OSZE;
5. Beteiligung an der Entwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE, sowie der Relationen und der Kooperation zwischen den bereits bestehenden Institutionen der OSZE.

Wir versuchen diese Aufgaben mit unseren bescheidenen Mitteln zu erfüllen. Wir engagieren uns für die Wahlbeobachtung. 70 unserer Parlamentarier reisen nächste Woche nach Montenegro, wo ein Referendum stattfindet. Beinahe 100 unserer Parlamentarier sind nach Weißrussland und die gleiche Zahl in die Ukraine gefahren, wo die Wahlen stattfinden. Wenn man die Anzahl der Parlamentarier dazurechnet, die mit dem Europarat, mit dem Europäischen Parlament und mit der Versammlung der NATO bei der Wahlbeobachtung zusammenarbeiten, dann sieht man, dass die Parlamentarische Versammlung der OSZE mehr Beobachter schickt als alle andere zusammen – etwa 65 Prozent. Das resultiert zum Teil daraus, dass wir 55 Mitgliedsstaaten haben, und unsere Ausschüsse kommen nur während der Jahres- und Wintersitzungen zusammen. Dank dessen müssen die Parlamentarier ihre Zeit vielen Treffen der Ausschüsse oder anderen Treffen, zu denen sie gehen müssten, nicht widmen. Sie haben also mehr Zeit, die sie der mit der Wahlbeobachtung verbundenen Tätigkeiten widmen können. Wir haben auch Sonderausschüsse für Konfliktverhütung und Krisenmanagement und die *ad-hoc* gegründeten Ausschüsse für Weißrussland, Abchasien, Moldau. Wir haben auch unsere Vertreter für Berg-Karabach und Guantanamo, die in letzter Zeit – das war der Vorsitzende des belgischen Senats – als die ersten und einzigen europäischen Politiker Guantanamo besuchten. Wir versuchen nützlich zu sein und keinen sog. politischen Tourismus zu betreiben, für den so viele parlamentarische Versammlungen, vor allem die IPU, kritisiert werden. Wir sind vor allem darum bemüht, den Parlamentariern

aus 55 Parlamenten und aus Vatikan, der auch ein Staat ist, obwohl es kein Parlament hat, aber an den Debatten beteiligt ist, ein Forum für Debatten, Treffen, Diskussionen über die mit der OSZE verbundenen Fragen und für Kontakte zu den Institutionen der OSZE, zu den Außenministern, die auch den OSZE-Behörden angehören, zur Verfügung zu stellen und ihnen auch die Möglichkeit zu geben, an den Missionen außerhalb von ihren Staaten teilzunehmen. Die OSZE nimmt an 20 Missionen z.B. im Balkan und im Kaukasus und in anderen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion teil. Ihre Arbeit beruht nicht nur auf der Konfliktverhütung, sondern vor allem auf der Schaffung von einer zivilen Gesellschaft. Und so gibt es in jedem Parlament einen Kader von Parlamentariern, die sich mit den Aufgaben der OSZE auskennen. Als die Parlamentarische Versammlung der KSZE ins Leben gerufen wurde, wussten wahrscheinlich weniger als 1 Prozent der Parlamentarier aus den Mitgliedsstaaten der KSZE, was die KSZE eigentlich ist, womit sie sich befasst und wozu man das Geld für die Teilnahme an dieser Organisation ausgeben sollte. Jetzt wissen hunderte Parlamentarier in jedem Parlament von der OSZE, von ihren Missionen, von ihrem Funktionieren, und davon, warum es so wichtig ist, dass die Budgetausgaben für die Mission im Kosovo oder für andere Projekte, für die die OSZE sehr engagiert ist, verabschiedet werden sollten. Die OSZE engagiert sich für die sog. „weiche Diplomatie“ oder die Diplomatie in Sicherheitsfragen, die mit den Verteidigungssystemen, Armeen oder Kriegshandlungen nichts zu tun hat. Das ist also eine bescheidene parlamentarische Versammlung mit einem geringen Budget, mit einer starken Repräsentation aus 55 Ländern, die uns bei der Schaffung der demokratischen Systeme, bei der Gewährleistung und Förderung der demokratischen Wahlprozeduren, beim Versammeln der Parlamentarier aus allen diesen Ländern zwecks Diskussion über die für die OSZE wichtigen Fragen und bei der Schaffung der demokratischen Basis für diese Organisation hilft. Danke, Wojciech.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Vielen Dank für diese Präsentation. Jetzt übergebe ich das Wort an Kjell, der von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sprechen wird.

KJELL TORBIÖRN

Direktor des Kabinetts des Generalsekretärs  
der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

---

## Die Rolle der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte die Worte von Spencer Oliver wiederholen, der davon sprach, wie wichtige Erscheinung interparlamentarische Zusammenarbeit ist. Bereits gestern habe ich von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates als von einer gewissen Sauerstoffflasche gesprochen. Die Parlamentarische Versammlung dient als eine ständige Inspirationsquelle für den Europarat. Sie steht im Kontakt mit der Öffentlichkeit und bringt das Ministerkomitee des Europarates, also die Außenminister oder ihre Botschafter, die Mitgliedsstaaten und Parlamentarier der Mitgliedsstaaten des Europarates dazu, unterschiedliche Handlungen zu unternehmen. Ganz klar, dass nicht alle Projekte der Versammlung durch das Ministerkomitee in neue Konventionen oder andere Texte umgesetzt werden. Dennoch diese Handlungen, die unternommen werden, bringen sowohl die Organisation als auch Europa tatsächlich nach vorne. Ich sollte hinzufügen, dass die politischen Fraktionen in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sehr gut entwickelt sind. Ich würde sie – entschuldigen sie diese merkwürdige Bezeichnung – als Sauerstoffflaschen nennen, die sich innerhalb eines riesigen Sauerstofftanks befinden, auch wenn ich das nicht besonders gut formuliert habe. Innerhalb der politischen Fraktionen kommen immer wieder neue Ideen zum Vorschein. Sie werden auf der Ebene der Fraktion formuliert, dann werden sie zur Grundlage für Kompromisse und Vereinbarungen zwischen fünf verschiedenen politischen Fraktionen, die der Versammlung angehören, und schließlich bilden sie die Grundlage für politische Initiativen. Wie ich bereits gestern in meiner Rede über übernationale und internationale Versammlungen angedeutet habe, spiegelt die Tatsache, dass der Europarat von Anfang an, also

vom Jahr 1949 ihre eigene parlamentarische Versammlung hatte, den Geist der damaligen Zeit wider. Die später gegründeten Organisationen, wie z.B. die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben keine parlamentarische Dimension, während die OSZE – die zu Beginn der 90er Jahre ins Leben gerufen wurde – eine solche Struktur hat. Das gibt uns eine gewisse Vorstellung vom Geist, der in mancher Zeit, die wir schon hinter uns haben, herrschte. Man kann also sagen, dass wir bei der Gründung der Parlamentarischen Versammlung beim Europarat ein bisschen Glück hatten, weil sie innerhalb des letzten halben Jahrhunderts, und eigentlich innerhalb der etwa 60 Jahre, einen sehr positiven Einfluss auf die Vitalität dieser Organisation hatte.

Der Titel meiner Rede bewirkt, dass ich mich nur darauf beschränken sollte, von den Ereignissen zu sprechen, die sich im Laufe des neuen 21. Jahrhunderts, das allerdings nur 5 Jahre zählt, ereignet haben. Aus diesem Grund erlaube ich mir doch kurz an die wichtigsten Fakten zu erinnern, die mit der Tätigkeit der Parlamentarischen Versammlung im vorigen Jahrhundert in Verbindung stehen.

Ich erinnere auch daran, dass sie zur Basis für die Nachkriegsrekonstruktion Westeuropas wurde und die Gründung der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten initiierte, die jetzt zu den größten rechtlichen Erfolgen unseres Kontinents zählt.

Die Versammlung ist eine Grundlage dafür, was wir heute Europäische Union nennen und früher Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft genannt wurde, um die Pläne der Gründung der Europäischen Politischen Gemeinschaft oder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (1954) nicht zu nennen, die letztendlich gescheitert sind.

Es ist auch nennenswert, dass genau die Versammlung während des Kalten Krieges dafür sorgte, dass in den durch die Sowjetunion dominierten Ländern Mittelosteuropas die Hoffnung auf Freiheit und Demokratie nicht erlischt. Ungarn feiert in diesem Herbst den 50. Jahrestag der Revolution von 1956, die als Ausdruck des Widerstands gegen die Sowjetunion ausbrach. Es ist bedeutend, dass Ungarn gerade dem Europarat eine der zwei Flaggen mit dem ausgeschnittenen Hammer- und Sichelzeichen, die die Demonstration vom Jahr 1956 überstanden haben, schenkte. Diese Flaggen sind jetzt Exponate der ständigen Ausstellung im Gebäude des Europarates. Unsere Parlamentarische Versammlung ist die einzige internationale Organisation, die in diesen finsternen Zeiten der ungarischen Interimsregierung ihre Unterstützung erklärte.

Ich erinnere auch an die unerschütterliche Einstellung der Parlamentarischen Versammlung für Entspannung (*Détente*) zwischen Westen und Osten während des Kalten Krieges, und auch an unseren Beistand bei den Vorbereitungen der Schlussakte von Helsinki (1975). Sowohl der Papst (1988) als auch der ehemalige Russlands Präsident Gorbatschow (1989) wählten den Europarat zum Forum ihrer Reden zum Thema „Das gemeinsame europäische Haus“. Als die Berliner Mauer fiel, führte die Parlamentarische Versammlung den sog. Sondergaststatus für die Parlamente aus Mittel- und Osteuropa ein. Sie war auch die erste europäische Institution, die dieser Region, die Ostseeländer einbeziehend, die Mitgliedschaft anbot. 1996 empfahl die Versammlung auch die Mitgliedschaft Russlands und der Ukraine. Die Erweiterung unserer Organisation um diese Länder stärkte in großem Maße die Rolle des Europarates auf dem alten Kontinent. Kurz gesagt, die Parlamentarische Versammlung arbeitete und arbeitet zugunsten der Initiative „Europa ohne Grenzen“, um die Worte der genau vor einem Jahr während des Dritten Gipfeltreffens des Europarates in Warschau unterzeichneten Erklärung zu zitieren.

Wenn ich die Zeitmaschine gehabt hätte und mich in die Zukunft, um 100 Jahre, zum Jahre 2106, versetzen lassen würde und annehmend, dass sowohl das Europäische Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) als auch der Europarat mit der Parlamentarischen Versammlung immer noch funktionieren würden, dann bin ich mir sicher, dass die Verdienste der Parlamentarischen Versammlung genauso groß gewesen wären. Ich habe jedoch nur meine Kristallkugel voller Zauberformel für die Zukunft und einen Rückspiegel, der uns die letzten fünf Jahre zeigt.

Bevor ich jedoch über von den ein bisschen aktuelleren Erfolgen der Versammlung zu sprechen beginne, möchte ich noch ein paar Worte zu unseren Arbeitswerkzeugen sagen, d.h. zu den neun Fachausschüssen, von denen drei besonders wichtig sind, wenn es sich um die mit der Außenpolitik und eher mit der internationalen Politik (der Europarat führt doch keine Außenpolitik), mit der Sicherheitspolitik und mit den Menschenrechten verbundenen Angelegenheiten handelt. Das sind: Politischer Ausschuss, Ausschuss für Recht und Menschenrechte und sog. Monitoring-Ausschuss, offiziell aber Ausschuss für die Einhaltung der von den Mitgliedstaaten des Europarates eingegangenen Verpflichtungen genannt. Diese Ausschüsse sind äußerst aktiv. In diesem Jahr während einer Sitzung der Parlamentarischen Versammlung, die vom 10. bis zum 13. April dieses Jahres stattfand, waren alle diese Ausschüsse, und insbesondere Politischer Ausschuss, sehr aktiv. Sie präsentierten der Versammlung ihre Berichte. Die Themen der Berichte waren vor allem mit der Lage im Nahen Osten, mit den Möglichkeiten der



Entgegenwirken der Wiederbelebung der nationalsozialistischen Ideologie, mit der Lage in Weißrussland, mit der Lage der Flüchtlinge in Armenien, Aserbaidshan und Georgien, sowie mit den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Europarat verbunden. An der letzten Debatte nahmen folgende Personen teil: Herr Barroso – Vorsitzender der Europäischen Kommission, Herr Juncker – Ministerpräsident von Luxemburg, Herr Schüssel – österreichischer Bundeskanzler, Herr Popescu-Tariceanu – Ministerpräsident Rumäniens und Herr Brok – Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament.

Während der Sitzung im Januar dieses Jahres haben wir über solche Sachen diskutiert, wie z.B. die möglichen Standorte der geheimen Gefängnisse auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten des Europarates, die Einhaltung von Georgien der Verpflichtungen gegenüber dem Europarat, die Menschenrechte in Tschetschenien, internationale Ablehnung der totalitären kommunistischen Regime und außerdem haben wir wieder einmal über die Lage in Weißrussland diskutiert. Die angenommenen Texte, sowohl in Form der an die nationalen Parlamente gerichteten Resolutionen als auch in Form von Anweisungen an das Ministerkomitee des Europarates, sind nicht nur wegen ihres Einflusses äußerst wichtig, aber auch deswegen, weil sie – wie das Oliver vor einer Weile erwähnte – das Wissensniveau mancher Mitglieder der Versammlung steigern. Die Mitglieder der Versammlung werden oft zu Ministern, Ministerpräsidenten, Präsidenten ernannt oder haben diese Funktionen bereits ausgeübt, bevor sie der Versammlung beigetreten sind. Während all dieser Jahre wurden die aufeinanderfolgenden Generationen der europäischen Politiker immer mehr europäisch. Der Einfluss dieses Faktors auf die Erhaltung des Friedens ist schwer zu überschätzen. Hinzu kommt noch durch mehrere Jahre aufgebaute Freundschaft zwischen den Politikern der europäischen Länder, und auch ein gewisses politisches Netz, das dank häufiger Treffen der Politiker und ganzer Fraktionen entstand. Und sie eben bilden die Grundlage für die parlamentarische Diplomatie in Europa, und meiner Meinung nach ist die parlamentarische Diplomatie die wichtigste Ergänzung der Regierungsdiplomatie. Die Parlamente von Kanada und Mexiko haben bei unserer Versammlung einen Beobachterstatus und ihre großen Delegationen nehmen an den Treffen der Versammlung regelmäßig teil. Dank dessen können sie mehr von Europa erfahren, und auch umgekehrt, die europäischen Mitglieder der Versammlung können mehr von Kanada und Mexiko erfahren.

Darüber hinaus bildet die der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ähnliche Parlamentarische Versammlung des Europarates eine gute Ergänzung für das Europäische Parlament. Erstens deshalb, weil die Mitgliedschaft im

Europarat fast das ganze Europa betrifft, und zweitens deshalb, weil das Europäische Parlament von seiner Rolle im Gesetzgebungsprozess der Europäischen Union absorbiert ist. Ich glaube, dass entweder Thomas Grunert oder jemand anderer von Ihnen das bereits gestern erwähnt hat, dass der innere Gesetzgebungsprozess der EU 80 Prozent der Zeit des Europäischen Parlaments in Anspruch nimmt.

Herr Vorsitzender, noch eine Bemerkung zum Schluss. Wir leben, wie es scheint, in der Zeit des wachsenden Nationalismus. Die nationalen Vorurteile beginnen wieder einmal die Gedanken der Menschen zu beschäftigen. Paradoxerweise geschieht das trotz aller jeden zur Verfügung stehenden Reisemöglichkeiten und trotz der modernsten Technologien, die uns doch einander näher bringen sollen und die Aktivitäten gegen Vorurteile aller Art unterstützen sollen. Ich finde, dass die interparlamentarische Diplomatie, so wie sie durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates praktiziert wird, eine besonders gute Investition für den Frieden und das Verständnis ist, weil wenn die Politiker aus dem ganzen Kontinent an einem Ort zusammenkommen, diskutieren und sich gegenseitig kennenlernen können, haben sie die Gelegenheit zu erfahren, dass viel mehr sie verbindet als unterscheidet. Herr Vorsitzender, unter Berücksichtigung der begrenzten Zeit für meinen Vortrag ist das alles, was ich vorbereitet habe. Ich hoffe auf eine spannende Diskussion.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Vielen Dank, Kjell. Ich habe nur ein paar formelle Bemerkungen. Du sagtest, dass wir den Sondergaststatus unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer schufen. Und eigentlich ist es uns gelungen, dies sogar sechs Monate vor dem Fall der Mauer zu schaffen. Der Sondergaststatus, der im Prinzip die Teilnahme der Parlamente Mittel- und Osteuropas an den Handlungen der Versammlung voraussah, wurde im Juni 1989 verabschiedet, während die Mauer im November fiel. Das Parlament von Israel hat auch einen Beobachterstatus bei der Versammlung. Vielen Dank für Deine Präsentation.

Jetzt finden die nächsten Präsentationen statt, die die anderen in Europa funktionierenden internationalen Versammlungen betreffen werden, u.a. die Zentraleuropäische Initiative, die Ostseeparlamentarierkonferenz, die Interparlamentarische Versammlung der GUS und die Parlamentarische Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC). Ich übergebe jetzt das Wort an Herrn Kucharski von der Kanzlei des Sejms.

ARTUR KUCHARSKI

Experte, Kanzlei des Sejms der Republik Polen

## Die Rolle der Parlamentarischen Dimension der Zentraleuropäischen Initiative

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

Unter den europäischen Organisationen der regionalen Zusammenarbeit ist die Zentraleuropäische Initiative (CEI) trotz ihrer Größe eine der unbekanntesten und auf der parlamentarischen Ebene auch eine der am wenigsten strukturierten Organisationen. Es ist sogar *sensu stricto* keine internationale Organisation. Trotz der bereits unternommenen Versuche ihrer Umwandlung in eine solche Organisation ist der Grad ihrer Strukturierung sehr gering geblieben. Aus diesem Grund erlauben Sie mir, dass ich nun ein paar Worte über die Organisation selbst sage, und dann werde ich zur Besprechung ihrer parlamentarischen Dimension übergehen.

Die Geschichte der Gruppierung reicht bis in den November 1989 zurück, als in Budapest die Vertreter von Österreich, Italien, Jugoslawien und Ungarn die Quadragonale gegründet haben. Das Ziel der neuen Gruppierung war es, die Alternative gegenüber den damals in Europa nach dem Fall von zwei Blöcken bestehenden Formen der internationalen Zusammenarbeit zu schaffen. In den nächsten Jahren traten der Gruppierung neue Staaten bei. Polen trat der CEI als fünfter Staat in Folge im Jahre 1991 bei. Auf diese Art und Weise wurde die Quadragonale, über die Pentagonale und Hexagonale zur Gruppierung, die im Jahre 2000 siebzehn Mitgliedstaaten zählte und so bleibt es auch bis zum heutigen Tag. Unserer Organisation gehören Albanien, Österreich, Weißrussland, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Mazedonien, Moldau, Polen, Rumänien, Serbien und Montenegro, Slowenien, Ungarn, Italien, die Slowakei und die Ukraine.

Das Exekutivsekretariat der Regierungsdimension der CEI mit Sitz in Triest wird größtenteils vom Gastgeberstaat, also von Italien, finanziert. Vom Augenblick der Gründung an gehören die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch im Anpassungsprozess der sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bewerbenden Staaten zu den Hauptzielen der

Zentraleuropäischen Initiative. Seit 1991 entwickelt sich die Zusammenarbeit zwischen den Parlamentariern der CEI. Sie wird als Parlamentarische Dimension bezeichnet.

Die Grundvoraussetzung, von der ich gesprochen habe, realisierte die Parlamentarische Dimension, indem sie während der Sitzungen über den Stand der Vorbereitungen der Staaten der Initiative auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union diskutierte und die Arbeit bestimmter Arbeitsgruppen der Initiative und die Verausgaben der Zielfonds der CEI im Rahmen verschiedener Projekte überwachte. Diese Fonds sind nicht besonders groß, aber darauf komme ich noch zu sprechen.

Zu den Zielen der Parlamentarischen Dimension gehören nach ihrer Geschäftsordnung: die Teilnahme an der Erfüllung der Aufgaben der CEI im Einvernehmen und in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen und mit anderen Strukturen der Initiative, Ausbau der vielseitigen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf der parlamentarischen Ebene, die Schaffung und Vertiefung der Partnerschaftsstrukturen, die auf dem Prinzip der parlamentarischen Demokratie, auf der Achtung vor Menschenrechten in Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie mit den Aktionen der OSZE beruhen. Zu anderen Zielen gehören: Unterstützung aller Mitgliedstaaten im Prozess der europäischen Integration, Förderung der Wirtschaftszusammenarbeit, als auch des Umweltschutzes nach dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung.

Jedes Plenartreffen der Parlamentarischen Dimension der Zentraleuropäischen Initiative – es gibt zwei Formen, Parlamentarisches Komitee und Parlamentarische Versammlung – endet mit der Verabschiedung eines Schlussdokuments, in dem die Parlamentarier zu den aktuellen Aktivitäten der Initiative sowie zu den aktuellen Problemen auf der internationalen Arena, die unsere Region Europas betreffen, ihre Stellung nehmen. Dieses Dokument wird dann den Regierungen der Mitgliedstaaten übergeben und wird auf den Treffen der Ministerpräsidenten und Außenminister der Zentraleuropäischen Initiative in Betracht gezogen.

Zu anderen Formen der Aktivität der Parlamentarischen Dimension gehören, außer dem Parlamentarischen Komitee und der Parlamentarischen Versammlung, ein ständiger Ausschuss und drei allgemeine Ausschüsse, *General Committees*, die sich mit konkreten Angelegenheiten, von Menschenrechten über die Wirtschaftszusammenarbeit bis zur politischen Zusammenarbeit, beschäftigen. Die Parlamentarische Dimension der CEI arbeitet auch mit anderen parlamentarischen Versammlungen zusammen. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit hat sie einen Beobachterstatus bei der

Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC). Ich glaube, dass wir uns damit prahlen können, dass diese Zusammenarbeit gerade unter polnischem Vorsitz im Jahre 2003 aufgenommen wurde.

Um jedoch kein so lakonisches Bild der Organisation zu schaffen, werde ich noch ein paar Worte über ihre anderen Aspekte sagen. Über starke Seiten und ambitionierte Vorhaben einer jeden Organisation kann man auf ihren Internetseiten sowie in ihren zahlreichen offiziellen Publikationen lesen. Ich finde, dass es doch interessanter wird, wenn ich mit Ihnen ein paar meine Bemerkungen teile, die Sie dort nicht finden werden. Ich unterstreiche jedoch, dass das meine subjektiven Beobachtungen sind.

Die CEI umfasst heutzutage 2,5 Millionen Quadratkilometer mit ungefähr 260 Millionen Einwohnern. Das wären ganz beeindruckende Zahlen, jedoch das, was die Stärke der CEI ist, ist auch ihre Schwäche. Die territoriale Ausdehnung, verschiedene Interessenrichtungen, sowie verschiedene Wirtschaftslage und politische Situation der Mitgliedstaaten verursachen, dass es im Rahmen der Gruppierung schwer ist, weitgreifende wirtschaftliche, infrastrukturelle oder politische Projekte durchzuführen. Hinzu kommen noch bescheidene finanzielle Möglichkeiten der Organisation.

Darüber hinaus scheint es mir, dass sich die Instrumente der Zusammenarbeit im Rahmen der Zentraleuropäischen Initiative bei der Mehrheit der Mitgliedstaaten an einem eher weit entfernten Platz auf der Liste der vorrangigen Instrumente bei der Führung der Außenpolitik befinden. Um die Rolle, die die Zentraleuropäische Initiative jetzt spielt und vielleicht auch in der Zukunft spielen wird, nicht zu bestreiten, glaube ich, dass sie ein gutes Beispiel für eine Organisation ist, deren Effizienz und Suffizienz zu ihrem Wachstum umgekehrt proportional ist.

Die indirekte Bestätigung dieser These ist die Tatsache, dass einige Mitgliedstaaten der CEI ihre eigenen Zusammenarbeitsforen gegründet haben. Die kleineren Foren, wo die Zusammenarbeit in den Bereichen erfolgen kann, die den Interessen dieser Staaten in größerem Maße entsprechen. Als Beispiele für solche Organisationen können zum Beispiel *Quadrilateral Initiative – Parliamentary Dimension of the Stability Pact for South and East Europe*, *Process Cetinje* oder ihr ähnliche Organisationen dienen. Vor allem *Quadrilateral Initiative* erinnert mich auf den ersten Blick an die Urform, aus der die Zentraleuropäische Initiative herausgewachsen ist. Der *Quadrilateral Initiative* gehören Italien, Ungarn, Kroatien und Slowenien an. Das ist eine Form der Zusammenarbeit, die der Zusammenarbeit ähnlich ist, die 1989 von Italien, Österreich, Jugoslawien und Ungarn aufgenommen wurde.

Genauso wie die CEI sich auf Regierungsebene in eine internationale Organisation im eigentlichen Sinne des Wortes nie umwandelte, so wurde die Parlamentarische Dimension trotz fünfzehnjähriger Geschichte nie zur typischen parlamentarischen Versammlung mit ihren typischen Merkmalen, wie die Verankerung in der Struktur der Organisation oder ihr eigenes ständiges Sekretariat. Nach einer dreijährigen Diskussion ist es im letzten Jahr in Bratislava gelungen, eine neue Geschäftsordnung der Parlamentarischen Dimension der CEI zu verabschieden. Trotz ambitionierten Anfangsvorhaben schafft die letztendlich verabschiedete Form der neuen Geschäftsordnung keinen Umbruch im Funktionieren der Dimension.

Es ist nicht gelungen, die am weitesten greifenden Reformen zu vereinbaren. Es wurde zum Beispiel über die Schaffung der ständigen Organe der Parlamentarischen Dimension, wie des von der Versammlung gewählten Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden, nicht entschieden, die die jetzt funktionierende rotierende Präsidentschaft ersetzen könnten, die jedes Mal von dem Staat, der die CEI-Präsidentschaft hat, übernommen wird. Vor allem aus finanziellen Gründen, wegen der Notwendigkeit der Einführung des Mitgliedsbeitrags, der von allen Mitgliedstaaten der Parlamentarischen Dimension bezahlt wird, ist es nicht gelungen, die Entscheidung über die Gründung des ständigen Sekretariats der Parlamentarischen Dimension zu treffen.

Diese zwei offenen Fragen verursachen, dass die von der Dimension durchgeführten Handlungen immer einen augenblicklichen Charakter haben und jeweils vom Einfallsreichtum, Willen und von organisatorischen Fähigkeiten des Staates, der den Vorsitz innehat, abhängig sind. Eine Studie über die Parlamentarische Dimension zeigt auch, wie die Rolle eines Sekretariats in einer jeden Organisation wichtig ist, eines Sekretariats, über das die Dimension nicht verfügt. Außer der verwaltungs-organisatorischen Funktion übernimmt es auch in einer jeden Organisation die Rolle des Archivs ihrer Aktivitäten, einer gewissen Festplatte, auf der alle Tätigkeiten der Struktur, der das Sekretariat dient, gespeichert werden. Das Fehlen des ständigen Sekretariats bei der Parlamentarischen Dimension der CEI verursacht, dass die unternommenen Aktivitäten, sowie das Wissen und die während einer Präsidentschaft gesammelten Erfahrungen nicht weitergegeben werden, sondern zusammen mit dem Wechsel der Präsidentschaft verloren gehen. Außerdem garantiert ein solches System nicht nur die Kontinuität der Arbeiten, aber auch die Arbeit selbst.

Ich stimme überein damit, was Herr Kieniewicz gestern gesagt hat, dass man leicht dazu führen kann, dass die unstrukturierten Formen der

parlamentarischen Zusammenarbeit erlöschen, weil es einfach genügt, im Schlussdokument nicht zu schreiben, wer das nächste Treffen organisieren wird. Eine Krise entsteht in der CEI damals, wenn eine Präsidentschaft ihre Hauptaufgaben gegenüber der Parlamentarischen Dimension nicht erfüllt. In solch einer Situation stellt es sich heraus, dass es niemanden gibt, dessen Pflicht wäre es, in einer Angelegenheit zu intervenieren, oder den Rat der Präsidentschaft dazu zu bringen, die auf ihm lastenden Pflichten zu erfüllen.

Wie ich bereits am Anfang meiner Rede sagte, die Grundvoraussetzung der CEI war die Hilfe der beitragswilligen Staaten beim Erfüllen der Kriterien für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Dieses Ziel ist immer noch wichtig, während jedoch immer mehr neue Staaten in die EU aufgenommen werden, verliert es für die Mehrheit an Attraktivität. Nachdem Bulgarien, Rumänien und Kroatien der Union beitreten werden, wird die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten der CEI – zehn von siebzehn – gleichzeitig Mitgliedern der Europäischen Union.

Sowohl die CEI als auch die Parlamentarische Dimension sind jetzt Gruppierungen, die nach einer neuen Identifikation und nach wirklich aktuellen Zielen ihrer Aktivitäten suchen. Diese Suche geht in die Richtung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, Bildung, des Jugendaustauschs und Angelegenheiten der Lage von nationalen und ethnischen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Die Zeit wird es erweisen, was aus dieser Suche resultieren wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Während dieser Tagung werden wir noch Vorträge von zwei Rednern anhören. Herr Januszewski von der Kanzlei des polnischen Senats wird uns von der Ostseeparlamentarierkonferenz erzählen, und dann wird Frau Gaprindaschwili von der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC) das Wort ergreifen. Ich möchte Sie um kurze und bündige Präsentationen bitten. Dann werden wir ein bisschen Zeit für die Diskussion haben.

ANDRZEJ JANUSZEWSKI

Experte, Kanzlei des Senats der Republik Polen

## Die Rolle der Ostseeparlamentarierkonferenz

Vielen Dank.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte Ihnen ein paar Bemerkungen zum Thema der Rolle der parlamentarischen Organisationen von einer regionalen Reichweite anhand der Ostseeparlamentarierkonferenz mitteilen.

Einer der Hauptmotive für die Entstehung einer internationalen Organisation ist selbstverständlich eine einfache Tatsache, dass die eine bestimmte Organisation gründenden Subjekte an sich angrenzen und dadurch gemeinsame Interessen haben. Auf die Staaten, die an sich geographisch angrenzen, warten ähnliche Bedrohungen, ähnliche Herausforderungen, ähnliche Chancen. Das, was hinter einer Grenze eines bestimmten Staates geschieht, übt oft einen Einfluss auf seine innere Situation aus. Dieser Sachverhalt ist in vielen Gebieten sichtbar. Der Umweltschutz ist ein klares Beispiel dafür. Die in die Atmosphäre oder in Grundgewässer emittierten Verschmutzungen halten leider an Grenzen nicht an. Deswegen sind wir lebhaft an der Zusammenarbeit und gemeinsamer Problemlösung mit denjenigen interessiert, die eine geographische Region zusammenbilden, in der wir uns befinden. Ich will nicht sagen, dass die Gründung einer Organisation von der regionalen Reichweite eine Notwendigkeit ist, sie ist aber mit Sicherheit der natürlichste Antrieb einer internationalen Zusammenarbeit.

In dieses Schema schreibt sich hervorragend die Ostseeparlamentarierkonferenz ein. Zu dieser Organisation gehören Parlamente von diesen Staaten, die man bezeichnet, dass sie in der Region der Ostsee liegen. Das bedeutet nicht, wie man das mit diesem Namen assoziieren könnte, dass zu dieser Organisation nur die Staaten gehören, die an der Ostsee liegen, weil es auch Island und Norwegen sind. Es hat ihre historische und politische Begründung und ist ein interessanter Beitrag zur Diskussion, wie überhaupt



eine Definition der Region lautet, denn es zeigt sich in diesem Falle, dass ein geographisches Kriterium nicht immer entscheidend ist. Ehrlich gesagt, könnte man hier überlegen, ob man vielleicht in die Ostseeparlamentarierkonferenz beispielsweise Weißrussland oder die Ukraine einschließen sollte, die in der Region der Ostsee liegen und eindeutig auf die ökologische, aber auch politische Situation in dieser Region einen Einfluss ausüben.

So gehören zur Ostseeparlamentarierkonferenz Nationalparlamente Deutschlands, Russlands, Finnlands, Schwedens, Dänemarks, Norwegens, Islands, Litauens, Lettlands, Estlands und Polens, also Parlamente derjenigen Staaten, die zu einer Regierungsorganisation von einer ähnlichen Reichweite gehören, d.h. zum Ostseerat. Außerdem gehören zu der Konferenz als gleichberechtigte Mitglieder auch Parlamente autonomer Territorien dieser Staaten, d.h. Åland Inseln, die Färöer Inseln sowie Grönland, die doch autonome Regionen Dänemarks sind. Wir sehen also, wie der Begriff der Region hier wächst.

Darüber hinaus sind internationale Parlamentsorganisationen der Konferenz angegliedert, wie beispielsweise der Nordische Rat, die Baltische Versammlung, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie das Europäische Parlament. Vielmehr, was möglicherweise einzigartig im weltweiten Umfang ist, sind gleichberechtigte Mitglieder der Konferenz auch lokale Parlamente aus Deutschland und Russland, beispielsweise das Parlament von Schleswig-Holstein und das Parlament von Karelien, sowie das Parlament von Sankt Petersburg. Diese Konferenz ist also ein interessantes Gemisch der Subjekte der internationalen Zusammenarbeit und nach meiner Ansicht bildet es eine einmalige Chance auf einen Dialog unter Staaten und lokalen Gemeinschaften zum Thema wesentlicher Fragen in der Region.

So festgelegte Struktur der Mitgliedschaft verdeutlicht das wichtigste Ziel der regionalen parlamentarischen Organisationen, der – meiner Meinung nach – das Darstellen und die Bekanntmachung der Probleme, die die ganze Region in einzelnen Staaten betreffen und die Zusammenarbeit in diesen Fragen mit Regierungsinstitutionen ist. Das beruht auf eigenartigem Lobbying, auf dem Erwecken des Bewusstseins der Entscheidungsträger, dass die auf staatlicher Ebene getroffenen Entscheidungen zur Lösung regionaler Probleme beitragen sollten.

Von Bedeutung dieser Probleme zeugen zwei Beispiele, die zu Interessengebiet dieser Konferenz gehören. Das erste Beispiel ist die Sicherheit der Seeschifffahrt auf der Ostsee, besonders der Tanker und Massengutfrachter,

die oft gefährliche Substanzen transportieren. Es ist ein außerordentlich wichtiges Thema, das von der Konferenz seit langer Zeit aufgegriffen wurde. Vor ein paar Jahren war sogar eine spezielle Gruppe zur Sache der Sicherheit der Ostseeschifffahrt tätig, die detaillierte Vorschläge zu deren Erhöhung bearbeitete.

Sicherlich wissen es nur wenige Leute, dass der Tanker *Prestige*, der 77.000 Tonnen Heizöls transportierte und an den Ufern Spaniens am 13. November 2002 eine Katastrophe erlitten hat, indem er riesige Vernichtungen und den Tod von mehreren Tausenden Vögel verursachte, stach aus Lettland in die See. Das bedeutet, dass er die ganze Ostsee früher überquerte, bevor er auf den offenen Gewässern des Atlantischen Ozeans erschien, wo es zu der Katastrophe kam. Wenn dieses Unglück passiert hätte, bevor sich der Tanker auf dem Atlantik befand, wären die Folgen viel erschreckender. In der Ostsee dauert ein völliger Wasserwechselzyklus 42 Jahre, man kann sich also die Skala der Vernichtungen vorstellen, wenn der Tanker auf der Ostsee versank. Gleichzeitig ist die Ostsee ein Meer, auf dem der Schiffsverkehr einer der intensivsten ist, so ist die Gefahr wirklich groß. In solcher Situation kann nur die Zusammenarbeit aller Staaten, die auf der Ostsee Waren transportieren, positive Effekte bringen.

Nun das zweite Beispiel. Tausende Tonnen von Chemikalien wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ostsee gesunken. Sie werden von Zeit zu Zeit in Form von beispielsweise korrodierten Fässern voller Senfgas von den Fischkuttern herausgefischt. Dieses Problem ist oft verschwiegen oder von den Regierungen den an der Ostsee gelegenen Staaten nicht völlig begriffen. Mögliche Folgen der Freisetzung von giftigen Substanzen, die sich auf dem Boden der Ostsee befinden, sind nicht völlig bekannt, betreffen aber potenziell alle.

Ich meine, die Aufgaben eben solcher Organisationen wie die Ostseeparlamentarierkonferenz sind das Aufgreifen und die Bekanntmachung solcher Fragen, sowie appellieren um Suche nach erfolgreichen Lösungen, und manchmal sogar das Suggestieren der Lösungen. Mit diesen Aufgaben ist eine andere verbunden, von einem ähnlichen Charakter, die von der Tatsache beeinflusst ist, dass in der heutigen Welt die für Staaten traditionell reservierte Rolle andere Subjekte übernehmen, überwiegend internationale Regierungsorganisationen. In diesem Zusammenhang ist die Aufgabe einer regionalen parlamentarischen Organisation der Dialog mit internationalen Regierungsorganisationen und das Hinweisen auf die Bedürfnisse einer bestimmten Region, doch auf der übernationalen Ebene.

Für die Region der Ostsee sind zwei folgende Organisationen von größter Bedeutung: der Ostseerat, den ich schon erwähnt habe, und die Europäische

Union. Die Reichweite des Ostseerats deckt sich mit der Reichweite des Auswirkens der Konferenz. Ein wesentlicher Unterschied ist jedoch die Tatsache, dass für die Tätigkeit des Rats und die von ihm geführten Programme die Mitgliedstaaten jährlich mehrere tausend Euro bestimmen, und die Konferenz verfügt über keine eigenen Mittel. Sie funktioniert nach den Regeln einer freiwilligen Kontribution ihrer Mitglieder, kein Wunder also, dass sich die Konferenz bemüht, für den Rat ein eigenartiges Parlament zu sein und ihn zum Ausgeben des Geldes auf solche Art und Weise zu ermuntern, die den Abgeordneten scheint, die beste zu sein.

Selbstverständlich lassen die Regierungsorganisationen natürliche Hemmungen vor irgendeiner Unterordnung erkennen, sich irgendwie den Direktiven oder Hinweisen seitens der parlamentarischen Organisationen unterzuordnen. So ist auch im Falle der Beziehungen zwischen dem Rat und der Konferenz. Der Dialog dauert aber. Der Rat berücksichtigt die von der Konferenz jährlich ausgearbeiteten Resolutionen und ist dessen bewusst, welche Probleme der Region die Parlamentarier für die wesentlichsten halten.

Noch deutlicher ist es in den Beziehungen mit der Europäischen Union sichtbar. Man denkt doch allgemein, dass es die stärkste auslösende Kraft in Europa ist und metaphorisch gesagt, genau dort stehen die süßesten Konfitüren in Form von reichen Unionsmitteln. Jedoch nach der Ausdehnung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 auf Polen und baltische Staaten – Litauen, Estland und Lettland – wurde die Ostsee beinahe zum Binnenmeer der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang gewann die so genannte Norddimension der Europäischen Union noch mehr an Bedeutung. Dieses Konzept der ganzheitlichen Entwicklung Nordeuropas wurde von Finnland angebracht.

Wenn man über die Rolle Finnlands spricht, sollte man erwähnen, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz eben diesem Land ihre Entstehung verdankt. Es geschah im Januar 1991, als auf Aufregung des Vorsitzenden des finnischen Parlaments, des schon leider verstorbenen hervorragenden Politikers Herrn Kalevi Sorsa, in Helsinki die erste Ostseeparlamentarierkonferenz stattfand. Das Datum ihrer Entstehung ist für viele regionale parlamentarische Organisationen im ganzen Europa symptomatisch. Die Entstehung dieser Organisationen war dank der politischen Veränderungen und dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 möglich. Der Eiserne Vorhang hörte auf, Europa zu teilen und man konnte erneut Kontakte zwischen dem Westen und Osten nach offenen partnerschaftlichen Regeln anknüpfen. Wenn Sie sich eine Karte der Ostsee vorstellen, war sie zwischen die Gegner im Kalten Krieg genau in zwei Hälften zerrissen.

Zu meinem Konzept der Rollen zurückkehrend, die solche regionalen Parlamente spielen könnten, nächste Aufgabe ist Wiederaufbau und Vertiefen des Bewusstseins der Angehörigkeit zu der Region und der Bildung ihrer Identität sowie das Herausstellen und Verstärken der kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bindungen. Da wir wenig Zeit haben, muss ich meine Aussage zusammenfassen. Ich erwähne nur andere Rollen, die die regionalen parlamentarischen Organisationen noch zu erfüllen haben:

Erstens, die Darstellung der Probleme und allgemeinen Interessen einer bestimmten Region in den Landforen. Zweitens, deren Ausführung in den internationalen Foren. Und in beiden Fällen – Lobbyismus für die Realisierung dieser Interessen und Lösung der Probleme. Drittens, Aufbauen der regionalen Identität, Erwecken des Bewusstseins der Angehörigkeit zu einer Region, ihrer Tradition, Verbinden der Region auf verschiedenen Feldern. Viertens, Streben nach dem Ausgleichen der Missverhältnisse der Entwicklung in der Region. Und schließlich fünftens, Bildung einer Vision des Funktionierens der Region in der Zukunft und das Ausarbeiten der besten Ideen für ihre nachhaltige Entwicklung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Ich übergebe jetzt das Wort an Frau Gaprindaschwili, Sekretärin des Rechtsausschusses der PABSEC. Ich gebe Ihnen das Wort.

NATIA GAPRINDASZWILI

Rechtsausschuss der PABSEC

## Die Rolle der Parlamentarischen Versammlung der Organisation der Schwarzmeerwirtschaftskooperation

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich werde versuchen, kurz und bündig zu sprechen. Die PABSEC wurde 1993 aus der Initiative der nationalen Parlamente gegründet. Ihr Ziel ist die Förderung der Zusammenarbeit sowie das Anknüpfen der gegenseitigen Relationen in dieser Region, und auch die Schaffung der Möglichkeit und Rechtsgrundlage für die Realisierung der in Istanbul am 22. Juni 1992 unterschriebenen Bosphorus-Deklaration und der PABSEC-Deklaration. Die PABSEC bildet das politische Forum für den interparlamentarischen Dialog in der Schwarzmeerregion. Die PABSEC setzt sich aus 76 Parlamentariern zusammen, die die nationalen Parlamente 12 Mitgliedstaaten der Organisation der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (BSEC) repräsentieren. Die PABSEC beschäftigt sich mit den wichtigsten Aspekten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region und erteilt wichtige Anweisungen, um einen höheren Grad an Integration der BSEC-Region in die europäische Wirtschaft und Weltwirtschaft zu schaffen.

Die Parlamentarische Versammlung fördert die Politik, die auf den institutionell regulierten Reformen, die die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung anstreben, basiert. Die Anweisungen der Versammlung, die die Handelsliberalisierung, das Zollrecht, den Schutz der Investitionen, die Bildung der Börse (des Wertpapiermarktes), die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, sowie die mit dem Transport und der Energie verbundenen Angelegenheiten betreffen, bilden einen Teil der von der Versammlung unternommenen Bemühungen, um dieses Ziel zu erreichen. Während die mehrseitige Wirtschaftszusammenarbeit die Hauptaufgabe der BSEC ist, beschäftigt sich die PABSEC auch mit den aktuellen politischen und sozialen Angelegenheiten.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die regionale Wirtschaftszusammenarbeit ohne eine gewisse Stabilität in der Region nicht zu

erreichen ist, entfaltete die PABSEC bereits 1994 während ihres ersten Seminars Initiative für Entwicklung der demokratischen Institutionen in den Mitgliedstaaten der BSEC. 1995 folgte das zweite Seminar zum Thema des Friedens und der Stabilität in der Schwarzmeerregion. Zu Beginn, also während dieser zwei ersten Seminare, kam es zu leidenschaftlichen und manchmal sogar stürmischen Diskussionen, schließlich ist es jedoch der Versammlung gelungen, die Meinungs-austausch über Probleme, die tatsächlich die Mitgliedstaaten betrafen, zustande bringen.

Im Jahre 2001 wurde als Folge einer Sitzung der Versammlung die Anweisung über die Förderung der politischen Stabilität und der wirtschaftlichen Integration in der Region angenommen. In diesem Dokument unterstreicht die Versammlung, dass die regionale Wirtschaftszusammenarbeit eine erfolgreiche Methode des Vertrauensaufbaus ist, das dazu beiträgt, dass die Chancen auf Versöhnung und Beilegung von Streitigkeiten immer größer werden. Die Schwarzmeerregion umfasst die sehr weit voneinander liegenden Länder, darunter gibt es auch Kaukasus, das Gebiet des Kaspischen Meeres sowie Ost- und Südeuropa. Es gibt Länder von unterschiedlicher politischer Dynamik, von innerer Differenzierung und Konflikten. Die Schwarzmeerregion ist ein Schnittpunkt, an dem sich viele politische und strategische Interessen verschiedener Spieler sowohl aus der Region als auch aus der ganzen Welt treffen. Die Bedrohungen für die Sicherheit, Ängste und Herausforderungen sind in der Schwarzmeerregion mehrdimensional und vielgestaltig. Viele neue Bedrohungen und Ängste haben einen übernationalen Charakter und erfordern die Ausarbeitung der Rahmen der mehrseitigen Zusammenarbeit. Im Jahre 2004 nahm die Versammlung den Bericht und die Anweisung über die regionale Dimension der Stabilität und Sicherheit in der Schwarzmeerregion an. In diesen Dokumenten unterstrich die PABSEC, dass die Vorteile vom Frieden nicht nur durch die Verpflichtungen einzelner Länder, sondern auch dank der Unterstützung der Bevölkerung möglich zu erreichen sind. Die Parlamentarische Versammlung musste also ihre Anstrengungen auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie erhöhen, um sich durch die Schaffung der dauerhaften Stabilität und Sicherheit in der Region den Weg für den Aufbau des Vertrauens zu ebnet.

Das Ziel, das die Umwandlung der Schwarzmeerregion in eine Region des Friedens, der Stabilität und des Wohlstandes ist, kann dank der Erlangen der Unterstützung seitens der Parlamente über den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie auch dank der Arbeit an der Verbesserung des politischen Klimas, sowie dank der Förderung der Stabilität in der Region erreicht werden.

Die Parlamentarier sollten durch ihre Teilnahme an den regionalen und internationalen Organisationen, durch den Erfahrungsaustausch, durch bessere Nutzung der internationalen Quellen, sowie durch die Einführung von neuen Dimensionen der Zusammenarbeit ihren Beitrag für den Schutz der Sicherheit und Stabilität leisten.

Im Zusammenhang damit, ebnen zweifellos die intensiven Kontakte der PABSEC und ihrer Mitglieder zu den parlamentarischen Organisationen in Europa, d.h. zur Parlamentarischen Versammlung der NATO, zur Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates den Weg für die Aufwendung der gemeinsamen Bemühungen und Einleitung der Handlungen zugunsten der demokratischen Entwicklung und der Festigung der Stabilität und Sicherheit in der Region.

Gleichzeitig brachten die Erweiterung der Europäischen Union, die auch einige Mitgliedstaaten der BSEC umfasste, sowie die Zusammenarbeit im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und die Kontakte auf der Ebene der internationalen, regionalen und lokalen Strukturen viel Nutzen bei den Bemühungen um den Frieden und die Stabilität. Es wurde bemerkt, dass die Perspektive der Mitgliedschaft in der EU ein großer Impuls für die Einführung der inneren Reformen, für die Festigung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität, sowie für die Erhaltung des nachhaltigen Wirtschaftswachstums in der Schwarzmeerregion ist. Ich möchte hier an ein sehr interessantes Seminar erinnern, das unter der Schirmherrschaft des in Rahmen der EU funktionierenden Institutes für Sicherheitsfragen stattfand. An diesem Seminar haben sich viele hochrangige Vertreter der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der Organisation der Vereinten Nationen, und auch viele Experte versammelt. Das Ziel dieses Seminars war die Analyse der mit der Sicherheit in der Schwarzmeerregion verbundenen Angelegenheiten, vor allem deswegen, weil das Schwarze Meer lange Zeit ein vergessenes Thema im Rahmen der EU-Politik war und zum Thema der Tagesordnung über Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) nie gewählt wurde.

Jetzt, zusammen mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien, mit den Verhandlungen der Türkei, mit den Aktionsplänen der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber der Ukraine, Moldau und Georgien, und mit der Berücksichtigung von vier gemeinsamen Räumen mit Russland, wird das Schwarze Meer zum europäischen Meer. Es erhebt sich also die Frage, ob man im Rahmen der EU für das Gebiet des Schwarzen Meeres einer regionalen Konzeption nicht ausarbeiten sollte. Die PABSEC konzentrierte sich auch auf den Angelegenheiten der Demokratie und Menschenrechte und nahm entsprechende Anordnungen (ich erinnere mich in dem Moment nicht, welche

das genau waren) an. Die Versammlung hat die neue Initiative aktiv unterstützt, die das Anknüpfen der Zusammenarbeit zwischen den Hauptstädten, öffentlichen Medien und Verfassungsgerichten in den Mitgliedsstaaten, die Organisation der Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche aus den Ländern der BSEC, die Festigung der Zusammenarbeit auf der Ebene der zivilen Gesellschaft und das Wachstum des Bewusstseins der Bevölkerung im Bereich der Identität der Schwarzmeerregion voraussetzt.

Zum Schluss möchte ich Sie über die kommende Sitzung in Eriwan informieren. Sie wird Anfang Juni stattfinden. Die Versammlung wird sich in dieser Sitzung mit folgenden Themen der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der BSEC beschäftigen: Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität in der Schwarzmeerregion, Beachtung der Prinzipien des Funktionierens der zivilen Gesellschaft im Prozess der Wirtschaftszusammenarbeit in der Region, der Einfluss der Umwelt und des Klimas auf die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Mitgliedsstaaten und schließlich der interkulturelle Dialog als Versuch der Schaffung der Stabilität und des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Völkern. Die öffentliche Debatte der Versammlung wird wiederum den Angelegenheiten der Energiesicherheit in der Schwarzmeerregion gewidmet. Vielen Dank.



## DISKUSSION

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Ich danke Ihnen für diese Präsentation. Wir haben bereits fünf Vorträge gehört, zwei davon haben, wenn ich so sagen darf, die paneuropäischen Versammlungen betroffen, wobei die eine ebenfalls auf die transatlantische Zusammenarbeit den Bezug nahm, und drei andere waren den regionalen Versammlungen gewidmet. Gehen wir also zu den Fragen und zur Diskussion über. Ich übergebe Ihnen das Wort. Sagen Sie uns bitte, wie Sie diese Versammlungen finden. Bringen diese Versammlungen etwas Neues in Ihre Arbeit bei den nationalen Parlamenten? Wie ist ihr Zusatzwert? Wie sehen Sie das? Es ist auch möglich, den Rednern Fragen zu stellen. Ich eröffne die Diskussion. Das Europäische Parlament als erstes. Wer wird der nächste?

DIONYZ HOCHEL

Direktion für die Beziehungen mit den Nationalparlamenten  
im Europäischen Parlament

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zwei kleine Kommentare zu der Präsentation von Herrn Januszewski, die die Tätigkeit der Ostseeparlamentarierkonferenz betraf. Ich möchte nur hinzufügen, dass am 15. Februar dieses Jahres das Europäische Parlament die Einladung annahm und zum Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz wurde. Diese Einladung wurde während des 14. Treffens der Ostseeparlamentarierkonferenz in Vilnius an das Europäische Parlament gerichtet. Das Europäische Parlament wird von der Vorsitzenden der Delegation für Island, die Schweiz, Norwegen und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Frau Diane Wallis, repräsentiert.

Meine zweite Frage und Bemerkung betreffen die Präsentation von Kjell Torbjörn, der uns die Tätigkeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates schilderte. In unserer Direktion, die sich mit den Kontakten zu den nationalen Parlamenten beschäftigt und dabei zum fließenden Ablauf des Seminars des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und

Dokumentation (EZPWD) (dank enormer Aktivität von Frau Coppolecchia-Somers) beiträgt, haben wir mit großem Interesse den vom Ministerpräsidenten von Luxemburg, Herrn Juncker, vorbereiteten Bericht besprochen, der die Verkehrskarte der Lösungen, die die Organisation der Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und dem Europäischen Parlament betroffen haben, dargestellt hat. Ich möchte nach Ihren Reflexionen und ersten Reaktionen auf diesen Bericht fragen.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Danke. Herr Puzyna.

STANISŁAW PUZYNA  
Experte, Kanzlei des polnischen Senats

Meine erste Bemerkung und Frage – an Kjell Torbjörn und Oliver Spencer – werden die Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) betreffen und sich auf den im Laufe dieses Seminars bereits erwähnten Bericht des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse aus der letzten Konferenz der Parlamentspräsidenten der Europäischen Union in Budapest beziehen. In diesem Bericht wurde das Problem der sich überlappenden Kompetenzen der oben genannten parlamentarischen Versammlungen – des Europarates und der OSZE – zur Sprache gebracht und ein allgemeines Postulat der Rationalisierung der Tätigkeiten der erwähnten Versammlungen formuliert.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass das Problem der sich eventuell überlappenden Kompetenzen, wenn es solch ein Problem überhaupt gibt, dann hat es seine Quelle in den intergouvernementalen Organisationen – in dem Europarat und in der OSZE. Die parlamentarischen Versammlungen bilden lediglich ihre parlamentarischen Dimensionen. Dann rationalisieren, wenn überhaupt, sollte man die intergouvernementalen Organisationen, was außer den Kompetenzen der Konferenz der Parlamentspräsidenten der Europäischen Union zu sein scheint.

Ich möchte auch fragen, ob bei der alltäglichen Tätigkeit, das Problem der sich überlappenden Kompetenzen der Versammlungen des Europarates und

der OSZE praktisch auftaucht, und wenn ja, dann ob man dieses Problem mit Hilfe der Zusammenarbeit und Koordination der Tätigkeiten dieser Versammlungen lösen könnte. Existieren bereits eine solche Zusammenarbeit und Koordination und auf welchen Gebieten?

Ich würde auch für Kommentare – von Herren Artur Kucharski und Andrzej Januszewski sowie von Frau Natia Gaprindaschwili – dankbar sein, die sich auf den eventuellen Einfluss der Integration im Rahmen der Europäischen Union auf die europäische Integration außerhalb der EU, beispielsweise im Ostsee- oder Schwarzmeerraum beziehen würden.

Danke.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Wer ist bereit, das Wort zu ergreifen? Bitte die Hand heben. Seien sie nicht so schüchtern.

THOMAS GRUNERT  
Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Meinerseits nur ein paar Kommentare zu den uns heute Morgen präsentierten parlamentarischen Körperschaften. Beginnen wir mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Zum Ersten – hier richte ich meine Frage direkt an Spencer Oliver. Du sagtest – nein, in Wirklichkeit ist das die Frage an Kjell und betrifft die Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Es geht um Kanada, Mexiko und Israel. Wäre das möglich und nützlich, dass die Vereinigten Staaten von Amerika – nach Erfüllung aller politischen Kriterien – auch zu einem Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werden? Die Vereinigten Staaten können der Europäischen Union nicht beitreten, weil sie – wie du selbst weißt – die politischen Kriterien von Kopenhagen nicht erfüllen.

Zum Zweiten, die Zusammenarbeit zwischen den parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der OSZE. Ich berufe mich hier, wie Stanisław Puzyna, auf den Fragebogen von Wolfgang Thierse. Eine der Fragen

lautete: „Welche Felder der Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sehen Sie? Gibt es Ihrer Meinung nach, irgendwelche Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit? Haben Sie irgendwelche Vorschläge, wie man diesen Stand der Dinge verbessern könnte?“. Das Europäische Parlament antwortete damals, dass diese zwei Versammlungen eine ähnliche Struktur und ein ähnliches politisches Potenzial haben, was jetzt Eure Präsentationen bestätigt haben. Zehn, oder auch neun Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und drei Generalausschüsse der Parlamentarischen Versammlung der OSZE beschäftigen sich in hohem Maße mit denselben Gebieten. Und zwar, und das ist die Frage an Euch beide, kann die Zusammenarbeit auf der Ebene der Ausschüsse zum Zusammenwirken (Synergie) zwischen diesen beiden Versammlungen führen? Die zweite Bemerkung betrifft die spätere Antwort auf denselben Fragebogen. Wäre es möglich, wenn man vergleichbare Handlungsrahmen und Zusammensetzung hat, von Zeit zu Zeit gemeinsame Sitzungen dieser zwei Versammlungen zu organisieren, um zum Zusammenwirken und zu Sitzungen zu beliebigen Themen, aber im gemeinsamen Interesse, z.B. zum Kampf gegen den Terrorismus oder zu anderen Angelegenheiten zu führen?

Wenn es sich um andere Versammlungen handelt, dann möchte ich einfach bemerken, dass das EP mit zunehmendem Interesse die Handlungen der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC) und der Ostseeparlamentarierkonferenz sowie anderen Organisationen beobachtet. Mein Kollege Dionyz Hochel erwähnte, dass das Europäische Parlament bereits jetzt ein Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz ist. Das Europäische Parlament wird während der Treffen der PABSEC von einem unserer stellvertretenden Vorsitzenden für mehrseitige Kontakte zu parlamentarischen Versammlungen regelmäßig repräsentiert.

Die regionale Zusammenarbeit ist sehr wichtig und gerade deshalb will das Europäische Parlament zu keinem vollberechtigten Mitglied werden. Das Europäische Parlament wird sich auf die Unterstützung der auf der regionalen Ebene unternommenen Handlungen sowohl in der Schwarzmeerregion als auch in der Nordseeregion beschränken.

Zum Schluss noch über die Beziehungen zwischen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und dem Europäischen Parlament: in diesem Fall sind wir auch die Augenzeugen der Aktivierung der Kontakte, aber ich glaube immer noch, dass die Zusammenarbeit weiterhin erweitert werden sollte und der Eintritt des Europäischen Parlaments in den Europarat nicht

nötig ist, wovon wir gestern gesprochen haben. Ich finde, dass das ein Missverständnis war. Es handelt sich hier nicht um die Mitgliedschaft im Europarat, sondern um den Beitritt der Europäischen Union oder des Europäischen Parlaments zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Versammlung der OSZE. Ich habe sie ganz am Anfang, als sie 1992 gegründet wurde, vom Außen beobachtet. Das Europäische Parlament wollte damals ein Vollmitglied werden. Heutzutage, wenn man den Unterschied zwischen dem übernationalen Parlament und den interparlamentarischen Versammlungen in Betracht zieht, ist das nicht ausgeschlossen, aber gleichzeitig sehr schwierig. Ich erinnere mich, dass unsere Institution solche Möglichkeiten untersuchte und eine gewisse Unterstützung für volle Integration hatte. Zurzeit hat das Europäische Parlament einen Beobachterstatus bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Ich glaube, dass die Zusammenarbeit zwischen ihnen verbessert werden sollte. Zehn Jahre lang befanden wir uns in Stagnation, was dazu führte, dass das Europäische Parlament keine offizielle Repräsentation an den zweimal im Jahr stattfindenden Treffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE hat.

Die Frage in diesem Kontext lautet: Glauben Sie, dass es sinnvoll wäre, wenn der Status des Europäischen Parlaments bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zum assoziierten oder vollberechtigten Mitglied erweitert würde? Persönlich bin ich davon nicht überzeugt. Ich bin aber überzeugt, dass unsere Zusammenarbeit verbessert und intensiviert werden sollte.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Danke. Während ich auf die anderen Stimmen aus dem Saal warte – es ist gern gesehen, wenn Sie das Wort ergreifen – übergebe ich das Wort an Spencer und Kjell, damit sie die Gelegenheit haben, auf die bis dahin gestellten Fragen zu antworten.

SPENCER OLIVER  
Generalsekretär, Parlamentarische Versammlung der OSZE

Danke, Wojciech. Ich werde versuchen, die von Thomas Grunert gestellten zahlreichen Fragen zu beantworten. Zum Ersten, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, ist eine Organisation, die auf einem Vertrag

beruht. Alle Regierungen, gemäß dem Vertrag, sind zu bestimmten Handlungen verpflichtet, darunter auch zur Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung.

Die OSZE ist keine Organisation, die auf einem Vertrag beruht. Ihre Entschlüsse sind nicht bindend. Das ist eine politische Organisation, die als solche im Grunde genommen keinen Rechtsstatus hat. Man kann also diese zwei Versammlungen nicht verwechseln. Eine andere Tatsache ist die Repräsentation, die in diesen Organisationen nicht ähnlich ist. Im Rahmen des Europarates funktioniert keine nordatlantische Zusammenarbeit. Die Vereinigten Staaten können weder dem Vertrag, der den Europarat gründete, noch der Europäischen Union beitreten. Die OSZE ist weit nach Osten ausgedehnt, wo der Europarat, obwohl er ganz weit nach Osten reicht, wahrscheinlich nicht vorhat, auf diesen Gebieten zu handeln, wo der Aufbau der Demokratie am wichtigsten ist. Und das ist eine Region, in der die OSZE besonders aktiv ist: Tadschikistan, Kirgistan, Turkmenistan und Kasachstan. Das ist also die Grenze, wenn Sie gestatten, der Entwicklung der Demokratie bei der OSZE.

Zum Dritten, Allgemeine Ausschüsse sind nicht gleich. Das heißt, dass es beim Europarat acht, oder auch zehn Ausschüsse gibt, die mit den drei Allgemeinen Ausschüssen bei der OSZE nicht identisch sind. Eine der Implikationen Deines Vorschlags wäre die Erhöhung der Zahl der Treffen, was man gerade bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nicht will, und was auch ihre Gründer nicht wollten, dass sie zu einer Versammlung wird, die so oft zusammentrifft, dass die Parlamentarier wegen Zeitmangels an den Sitzungen nicht teilnehmen wollen. Du solltest die Zahl der Treffen bei diesen internationalen parlamentarischen Versammlungen, die aus den nationalen Parlamenten bestehen, in Betracht ziehen. Dort kommt es zur direkten Korrelation zwischen dem Niveau der Vertreter und der Zahl der Treffen. Wenn wir ein Treffen der 55 Delegationen im Jahr haben, dann sind etwa 40 Vorsitzende der Delegationen gleichzeitig Vorsitzende der Parlamente, die an solch einer Sitzung teilnehmen, gerade deshalb, weil sie nur einmal pro Jahr organisiert wird. Wenn wir unsere Treffen zweimal pro Jahr gehabt hätten, dann würde die Zahl der Vorsitzenden um die Hälfte sinken. Und wenn wir unsere Treffen dreimal pro Jahr gehabt hätten, würden lediglich zehn oder zwölf Vorsitzende anwesend sein. Und so die Anwesenheit der Vertreter der höchsten Ebene oder deren Abwesenheit ist ein wichtiger Faktor, der für die Qualität der Debatten und für die Einflusskraft in der Organisation eine große Bedeutung hat.

Ich erinnere mich an die Debatte über das Europäische Parlament, das das Vollmitglied der OSZE werden sollte. Die Vereinigten Staaten haben damals in

diese Angelegenheit nicht interveniert. Gerade die nationalen Parlamentarier wollten die MdEPs bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nicht haben und blockierten diese Initiative. Ich glaube, dass angesichts dessen, dass wir nach dem Konsensprinzip handeln, sehen die Chancen eher schlecht, vorausgesetzt, dass es sich nichts ändert. Und ich glaube, dass es dazu nie kommen wird.

Jetzt zu den gemeinsamen Sitzungen. Wir haben uns bereits die Idee der Versuche der Organisierung von gemeinsamen Sitzungen näher angeschaut. Es ergibt sich jedoch das Problem eines Terminplans, also des Findens eines Termins, an dem man 317 MdEPs, oder mindestens einen Großteil davon, zusammen mit ein paar hundert Parlamentariern vom Europarat an einem Ort versammeln kann. Das ist nahezu unmöglich. Wir haben, wie Sie wissen, doch ein paar Möglichkeiten der Zusammenarbeit gefunden. Zum Ersten, im Balkan. Der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung der OSZE hat in den frühen 90er Jahren eine Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und dem Europarat angeknüpft, um auf Bitte der Vereinten Nationen, die demokratischen Reformen im Balkan zu unterstützen versuchen. Die Europäische Union und die OSZE waren bemüht, bei der Parlamentenentwicklung im Balkan nach der Unterzeichnung des Abkommens von Dayton zu helfen. Genau dasgleiche haben wir in Weißrussland gemacht, wo wir parlamentarische Gebilde haben, die miteinander zusammenarbeiten und gemeinsame Handlungen unternehmen. Wir arbeiten zusammen bei der Wahlbeobachtung und versuchen unsere Handlungen und gemeinsame Pressekonferenzen zu koordinieren, indem wir am Ende einer jeden Wahlbeobachtungsmission einen gemeinsamen Standpunkt zu erzielen versuchen. Ich glaube nicht, dass Aktivitäten dieser Organisation aus ihren Basisrechtsakten, also *acquis* – aus den Beschlüssen der Schlussakte von Helsinki und der Pariser Charta für ein Neues Europa, die eigentlich keine Rechtsakte sind, sich ergeben. Sie sind Versprechen des besseren Handelns, der Bewegung in dieser Richtung, der Verfolgung dieses Ziels. Das ist keine Rechtsverpflichtung. Es geht nicht darum, dass „du arbeitest an einer Norm, und du arbeitest an einer anderen Norm“, wie das beim Europarat oder beim Europäischen Parlament der Fall ist. Das sind völlig unterschiedliche Sachen. Die einzige Ähnlichkeit zwischen diesen beiden Organisationen betrifft die Beschäftigung mit vergleichbaren Gebieten, aber zwei wichtige Gebiete, das Östliche und Westliche, existieren in OSZE in dem Sinne wie beim Europarat, nicht. Eine andere Sache ist, dass die Mitglieder der beiden Versammlungen gleichzeitig Mitglieder ihrer nationalen Parlamente sind. Das ist eine gemeinsame Basis. Sie haben ihr Wissen über Politik und Wahlen und können

auf den Gebieten zusammenarbeiten, auf denen sie Erfahrung haben. Ich glaube, dass die Parlamentarische Versammlung der OSZE wahrscheinlich die Grenze der Aktivität erreichte, für die sich ihre Mitglieder engagieren wollen. Drei Treffen im Jahr, eine Abstimmung, freiwillige Teilnahme der parlamentarischen Versammlungen an der Wahlbeobachtung. Der Grund, warum wir zwei Drittel der Parlamentarier schicken, die in den letzten zehn Jahren aus verschiedenen parlamentarischen Organisationen als Wahlbeobachter geschickt wurden, ist die Tatsache, dass wir 55 Parlamente haben, auf die wir uns verlassen können. Die Vorsitzenden dieser Parlamente wissen, dass es von Vorteil ist, damit ihre Parlamentarier zur Entwicklung der Demokratie beitragen und dass es sich lohnt, die Geldmittel dafür zu bestimmen. Die gesamte Idee der Rationalisierung, für die sich Wolfgang Thierse engagierte, nahm ihren Anfang dann, als er sich über zu große Zahl dieser Versammlungen und über zu viele Parlamentarier, die ihre Hauptstadt besuchen, ärgerte. Das alles kostete zu viel Geld und vielleicht könnte man das irgendwie beschränken. Das, was Ihr machen wolltet, ist zu erweitern, mehr Treffen haben, mehr Ausschüsse, mehr gemeinsame Treffen usw. Das wird einfach nicht funktionieren.

Ich sage noch etwas über den Europarat. Ich glaube, dass wir sehr gute Arbeitsbeziehungen haben: Vorsitzende und Generalsekretäre treffen jede Woche zusammen, diskutieren, versuchen neue Gebiete der Zusammenarbeit zu finden und finden sie auch. Wie Kjell bemerkte, ist Europarat eine Organisation, die auf den politischen Fraktionen basiert. Jeder ist Mitglied irgendeiner politischen Fraktion. Bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE haben wir keine politischen Fraktionen, weil etwa 40 Prozent unserer Mitglieder zu keiner der traditionellen europäischen politischen Fraktionen, wie zum Beispiel zur konservativen, liberalen oder sozialistischen Fraktion, passen würden. Vor allem die Amerikaner. Auf der einen Seite gibt es Republikaner und auf der anderen Seite – Demokraten. Das funktioniert nicht auf diese Art und Weise. Die bei der OSZE versammelten Regierungen haben die Parlamentarische Versammlung ins Leben gerufen, um für die OSZE die Unterstützung der nationalen Parlamente zu bekommen. Und das ist ihnen auch gelungen. Damit sind sie generell auch zufrieden. Sie haben keinen Plan weder der Erweiterung, noch der Erhöhung des Budgets, noch der Erweiterung des Kreises der Pflichten. Und sie denken daran, was sie tun. Ein Test ist immer die Frage: „Brauchen wir das? Ist die Idee gut genug, damit sich die Parlamentarier damit beschäftigen?“ Ich glaube, dass die Wahlbeobachtung, die Berufung von *ad-hoc*-Ausschüssen, das Sichbeschäftigen mit den Krisengebieten und die Berufung der Sondervertreter für Guantanamo oder



Berg-Karabach zu den wirklich nützlichen Initiativen gehören. Eine andere Sache ist die Organisierung eines Forums, in dem diese Parlamentarier die Gelegenheit hätten, über die mit der OSZE verbundenen Angelegenheiten miteinander zu diskutieren.

Ich möchte Sie noch auf eine Sache aufmerksam machen, die sich mit dem gestrigen Vortrag von Frau Agostini über die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (engl. Euro-Med) verbindet. Wir auch haben eine Mittelmeerdimension, wovon sie vielleicht nicht wusste. Wenn diese Konferenz zu irgendwelchen nützlichen Schlussfolgerungen führen sollte, dann können sie die Rationalisierung aller dieser Mittelmeergruppen betreffen, weil es sich erwiesen hat, dass dieselben Leute an ihnen beteiligt sind. Wenn es fünf verschiedene Gruppen gibt, von denen jede einzelne ein jährliches Mittelmeerforum zu irgendwelchem Thema organisiert und wenn es auch die Euromed-Versammlung gibt, dann wäre es vielleicht möglich, sie alle in einem Forum zusammenzubringen, bevor sie so groß werden, dass sie nicht mehr wollen oder nicht mehr im Stande werden, miteinander zu diskutieren. Ich glaube, ich habe auf alle Fragen geantwortet. Danke.

KJELL TORBIÖRN

Direktor des Kabinetts des Generalsekretärs der Parlamentarischen  
Versammlung des Europarates

Danke, Herr Vorsitzende. Die Herren Hochel, Puzyna und Grunert haben an mich drei Fragen gerichtet.

Die Frage von Herrn Hochel betraf den Bericht von Juncker. Ich werde Sie mit dieser Frage bekannt machen. Die Quelle des Berichts von Juncker ist die Gesamtheit der Angelegenheiten der Relationen zwischen der Europäischen Union und dem Europarat. Diese Frage trat genau vor einem Jahr in Warschau während des dritten Gipfels der Staats- und Regierungschefs der Europarat-Mitgliedstaaten in Erscheinung. Das war ein wichtiger Punkt in der Tagesordnung. Herr Juncker wurde persönlich gebeten, einen Bericht, der seine Vision der Verkehrskarte für die zukünftigen Relationen zwischen der Europäischen Union und dem Europarat beschreibt, zu erstellen. Dieser Bericht wurde am 11. April dieses Jahres gegen Ende der letzten Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mit großem Pomp, aber auch mit einer Hülle eines Geheimnisses, veröffentlicht. Er stützte sich teilweise auf einem vorherigen Dokument, das die Briten während ihrer EU-Präsidentschaft errichteten. Sie vorbereiteten ihre eigene Version nicht nur

aus der Perspektive der Briten, sondern auch der ganzen Europäischen Union. In dieser Zeit hatte Rumänien den Vorsitz im Europarat und hat die britische Version angenommen. Dann fügte der Generalsekretär des Europarates, Herr Terry Davies, seinen Standpunkt hinzu. Schließlich fügten die Rumänen die Desiderate hinzu und alle warteten auf den Bericht von Juncker. Und das deswegen, weil die Parlamentarische Versammlung des Europarates feststellte: „Schaut ihr, wir wissen Bescheid, dass Herr Juncker der Rolle des Europarates und dieser Versammlung positiv gegenübersteht. Warten wir auf seinen Bericht“. Das geschah im April, und jetzt herrscht Chaos, das durch den rumänischen Vorsitz hervorgerufen wurde, um das alles, wenn es gelingt, bis zum 18. Mai zum Schluss bringen. Es scheint eher unwahrscheinlich zu sein, weil das, was wir haben, eigentlich nur Arbeitsversion ist. Viele Delegationen ankündigten, dass sie „darüber nachdenken müssen“. Sie denken darüber, also über die Relationen zwischen der Europäischen Union und dem Europarat, nach, und deshalb ist es besser auf den nächsten, russischen Vorsitz zu warten, der am 19. Mai anfängt.

So sieht also diese Situation aus. Der Bericht von Juncker ist jedoch zugänglich, verständlich und dem Europarat und seiner Rolle sehr positiv eingestellt. Der Europarat setzt sich also für den Bericht ein und ich würde diese Lektüre jedem empfehlen, weil sie wirklich interessant ist.

Die zweite Frage, von Herrn Puzyna, betraf die Beziehungen zwischen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Das, wovon Herr Oliver gesprochen hat, kam dem Kern der Sache nahe.

Ich würde sagen, dass eine gewisse Irritation ganz am Anfang zu spüren war, musst Du, Spencer, zugeben. Als eine neue Organisation am Horizont, „ein neues Kind in der Gegend“, erschien, dann versuchen sich die beiden Seiten an die neue Situation anzupassen und suchen nach *Modus vivendi*. In diesem Fall war das nicht nur wegen des guten Willens auf beiden Seiten, sondern auch wegen der Unterschiede in der Mitgliedschaft und wegen der transatlantischen Dimension, die bei uns in kleinerem Maße entwickelt ist, weil Kanada und die Vereinigten Staaten unserer Organisation nicht angehören. Ich würde sagen, dass wir uns bei der Wahlbeobachtung gegenseitig ergänzen. Die Ausschussstruktur ist anders. Unsere Struktur ist komplexer. Wir arbeiten auch bei den Wahlen zusammen und ich muss sagen, dass das eine hervorragende Zusammenarbeit ist.

Jetzt zu der Frage von Thomas Grunert, die die gemeinsamen Sitzungen beider Körperschaften betraf. Ich würde hier auf der Seite von Spencer stehen. Die Organisation solcher Treffen ist äußerst schwierig. Das ist ein bisschen, wie

ein Tanz von zwei Dinosauriern auf hinteren Beinen. Und zwar ist das für die beiden Dinosaurier sehr schwierig, sich auf das Tangotanz umzustellen und dann mit dem anderen Dinosaurier zu koordinieren. In der Konsequenz fallen beide meistens zu Boden und entscheiden, das nie wieder zu wiederholen. So haben wir uns während der gemeinsamen Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlaments gefühlt. Wir waren ziemlich enttäuscht, dass es sehr wenige Mitglieder des Europäischen Parlaments gab, während wir scharenweise erschienen sind. Dieses Treffen ist also schwer zu organisieren, abgesehen davon, dass es in Straßburg an freien Hotelzimmern mangelt, wenn wir eine gemeinsame Sitzung dieser zwei Körperschaften zu organisieren versuchen.

Und jetzt über die Beobachter. Ich sollte hier sagen, dass es einen wesentlichen Unterschied zwischen den Beobachtern aus den Staaten, die keine Mitglieder des Europarates sind, denen, die Mitglieder des Europarates sind, die durch die Regierung repräsentiert werden und denen, die Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung sind, gibt. Es gibt fünf Beobachter bei dem Europarat als der nationalen Regierungsorganisation. Das sind: die Vereinigten Staaten, Japan, Mexiko, Kanada und Vatikan. Und nur drei Staaten – Kanada, Mexiko und Israel – sind Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Warum nicht die Vereinigten Staaten und Japan? Ich glaube, dass einfach deshalb, weil diese zwei Staaten um den Beobachterstatus bei der Versammlung nicht gebeten haben, und die Parlamentarische Versammlung hat sie als Beobachter nicht eingeladen. Ich finde, dass die Tatsache, dass es in den Vereinigten Staaten und in Japan immer noch die Todesstrafe gibt, darauf Einfluss hat. Eine der Hauptziele der Parlamentarischen Versammlung ist, die Todesstrafe in der ganzen Welt abzuschaffen. Daraus ergeben sich vielleicht diese kleinen Komplikationen.

Herr Vorsitzender, ich glaube, dass ich alles gesagt habe, was ich vorhatte. Danke.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Danke. Kjell, wenn Du erlaubst, habe ich einen Kommentar zum Bericht von Juncker, weil sich die Frage auf die Konsequenzen oder auch auf den Einfluss des Berichts auf die Beziehungen zwischen zwei Parlamenten, d.h. zwischen dem Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bezog.

Ich kann sagen, dass wir in der Tat den Bericht von Juncker zur Gründung oder zur Fortsetzung der Kontakte zwischen diesen beiden Körperschaften so sehr nicht brauchen, weil es sowohl in den beiden Parlamenten, in den beiden Versammlungen Richtlinien über die Vorgehensweisen gibt, die die weitere Zusammenarbeit und die gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse möglich machen, wovon wir auch Gebrauch machen. Wir haben viele Gelegenheiten, die gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse des Europäischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu organisieren. Wir arbeiten auch bei der Wahlbeobachtung zusammen und werden diese Zusammenarbeit fortsetzen. Wir arbeiten in vielen Angelegenheiten, wie z.B. an der Sache der Geheimgefängnisse der CIA zusammen. Das ist ein Beispiel für den Informationsaustausch und für die Zusammenarbeit in der Ermittlung, die bei den beiden Körperschaften gleichzeitig geführt wird. Es gibt mehr solche Beispiele. Ich kann nur sagen, dass der Bericht von Juncker für die Realisierung der Beziehungen zwischen diesen beiden parlamentarischen Körperschaften nicht sehr notwendig war. Das ist meine Meinung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie können jetzt das Wort ergreifen. Keine Kommentare? Das würde bedeuten, dass Sie mit all diesen Versammlungen zufrieden sind. Gut zu wissen!

Ich denke auch an eine wichtige Angelegenheit, die die beiden Versammlungen – des Europarates und der OSZE – betrifft. Wir benutzen oft die Bezeichnung „paneuropäische Versammlungen“, wir sollten jedoch nicht vergessen, dass diese Versammlungen in ihren Organisationen tief eingewurzelt sind. Das heißt, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarates, im Status des Europarates eingewurzelt ist. Das Gleiche gilt auch für die Versammlung der OSZE, die innerhalb der OSZE selbst ins Leben gerufen wurde. Das sind also keine souveränen paneuropäischen Körperschaften, die nur für sich selbst existieren. Im Gegenteil, ihre Aufgaben sind durch den Status des Europarates und auch durch die von den Mitgliedstaaten der OSZE verabschiedeten Vorschriften geregelt. Man kann also nicht sagen: „vereinige einfach diese zwei Körperschaften, weil beide im ganzen Europa funktionieren, also wo liegt das Problem?“ Es scheint, dass das ein sehr einfacher Vorschlag ist. Er ist jedoch falsch. Man sollte sich zwar die Herkunft der Organisation ansehen, d.h. welche Wurzeln haben sie? Das ist ein sehr wichtiger Faktor, den man nicht vergessen darf.

Vielen Dank für die diese Debatte, für Ihre Beteiligung und Ihre Fragen. Ich möchte mich bei allen Rednern für Ihren Beitrag für diese Debatte bedanken.

## TAGUNG 6

Übernationale interparlamentarische  
Versammlungen mit der Teilnahme  
der Parlamente der Mitgliedstaaten  
der EU und der Parlamente  
der außereuropäischen Staaten  
der transatlantischen Gemeinschaft  
und der Parlamente der Staaten Asiens,  
Afrikas und Südamerikas

## THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

---

Wir haben jetzt mindestens 30 Minuten Reserve im Vergleich zum Programm, und diese Tagung sollte genau am Mittag enden. Wir haben also noch drei Viertelstunden. Wir haben drei Redner. Ich werde keine lange Einführung machen. Ich lese Ihnen einfach das Thema der sechsten Tagung vor: *„Übernationale interparlamentarische Versammlungen mit der Teilnahme der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und der Parlamente der außereuropäischen Staaten der transatlantischen Gemeinschaft und der Parlamente der Staaten Asiens, Afrikas und Südamerikas.“*

Wir müssen also die ganze Welt, außer Europa, binnen 45 Minuten umfassen. Ich übergebe, ohne weiter zu verlängern, das Wort an Herrn Cook, den Chef des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit bei der Parlamentarischen Versammlung der NATO, eine der Schlüsselpersonlichkeiten, die die interparlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der Transatlantischen Sicherheitspartnerschaft prägen. Paul, ich übergebe Dir das Wort.

PAUL COOK

Chef des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit,  
Parlamentarische Versammlung der NATO

## Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen unter Mitwirkung der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU sowie der Parlamente der außereuropäischen Staaten der transatlantischen Gemeinschaft

Danke, Thomas.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, dass sie mit Freude die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass Thomas in diesem Augenblick kein Messer mit sich hat. Ich werde diese Tatsache den Abschreckungsfähigkeiten der NATO oder eher unseren hervorragenden Beziehungen zum Europäischen Parlament zuschreiben, oder auch dem Einen und dem Anderen. Jedenfalls möchten wir hier schwierige Fragen stellen.

Thomas, diese Rede, die ich heute halten werde, dauert normalerweise anderthalb Stunden. Wegen der Zeitbegrenzung werde ich mich also beeilen. Scheue jedoch nicht, mich zu unterbrechen und halte mich auf, weil, meiner Meinung nach, die wichtigsten Informationen sich schon am Anfang befinden.

Wir wollen uns hier ein paar Dias anschauen. Ich hoffe, dass Sie diese in PowerPoint vorbereitete Präsentation gut sehen können. Das erste Diapositiv stellt uns die vereinfachte Geschichte der Versammlung dar, über die ich vorhabe, nicht lange zu reden. Unsere Versammlung wurde gemäß dem interparlamentarischen Abkommen der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der NATO im Jahre 1955 gegründet, was bis heute als ein charakteristisches Merkmal der Versammlung angesehen wird. Wir sind keine Organisation, die nach einem Vertrag handelt. Seit über vierzig Jahren diskutieren wir darüber, ob wir nicht zu einer Organisation werden sollten, die auf einem Vertrag beruht und die mit der NATO formell verbunden ist. Manche

Regierungen erheben dagegen aus eigenen Gründen einen Widerspruch. Sie wollen keine formalisierte parlamentarische Rolle bei den Schlüsselfragen wie Sicherheit und Verteidigungspolitik. Jedoch kommen die Mitgliedstaaten langsam zu dem Schluss, dass das im Prinzip eine gute Idee wäre. Das gibt uns eine große Freiheit bei der Bestimmung der Tagesordnung von den Parlamentariern und nicht durch die Regierungen. Und so sind wir in gewissem Sinne eine rein parlamentarische Organisation ohne irgendeine formelle Regierungsdimension und ohne formelle Verbindung mit diesem intergouvernementalen Prozess, für den sich die NATO engagiert. Wir wurden als eine Konferenz der Parlamentarier der NATO gegründet und 1966 wurden wir zur Nordatlantischen Versammlung, was, wie ich glaube, ein in gewissem Sinne passender Namen war, weil er die Tatsache berücksichtigte, dass auch wir uns mit den transatlantischen und nordatlantischen Beziehungen beschäftigen und nicht nur die NATO. Und so ist es bis heute. Das einzige, was an diesem Namen ungünstig war, war die Tatsache, dass die Leute nicht verstanden haben, was er bedeutete. Der Name könnte genauso gut ein Name einer isländischen Fischereiorganisation sein, wie manche geglaubt haben.

1999 wechselten ihre Mitglieder den Namen auf die Parlamentarische Versammlung der NATO. Man muss jedoch wieder einmal hinzufügen, dass unsere Interessen zahlreicher sind, vor allem auf meinem Gebiet, das die wirtschaftlichen Angelegenheiten umfasst. Wir widmen den Handelsfragen und sogar den Entwicklungs- und Sicherheitsfragen viel Zeit, die nicht allzu oft auf der Agenda der NATO steht.

Die ersten Zielsetzungen der Versammlung waren: Stärkung der transatlantischen Solidarität, Sicherung der Kontakte zwischen den Parlamenten und den Behörden der NATO sowie die Förderung der Ziele des Paktes. Ich muss zugeben, dass wir noch mindestens zwei weitere wichtige Funktionen haben. Vielleicht muss man das gar nicht erwähnen, aber ich bin der Meinung, dass die parlamentarische Bildung von großer Bedeutung ist. Und wenn man darüber mit den anderen Mitgliedern spricht, dann sagen Ihnen diejenigen, die seit vielen Jahren der Versammlung angehören, dass sie dank ihrer Beteiligung viel gelernt haben. Der zweite Punkt ist die Gründung eines Netzes der Kontakte. Das betrifft alle Versammlungen, d.h. die Sicherung ihren Mitgliedern des Zugangs zum Netz, Ermöglichung des gegenseitigen Kennenlernens, Schließen der Kontakte im Ausland und Abschluss der Bündnisse. Das kann nützlich sein.

Artikel 2 des Vertrags steht, unserer Meinung nach, der Charta am nächsten. Wenn Sie den Text dieses Artikels vom Dia ablesen können, dann sehen Sie, dass er die politischen Ziele des Paktes festlegt. Unter diesen Zielsetzungen



befinden sich auch die Wirtschaftsfragen. Wegen des Fehlens des Gründungsvertrags, betrachten wir ihn als etwas, was der Charta am nächsten ist.

Es ist auch ein zusätzliches Ziel erschienen, das mit der Zeit nach 1989 verbunden ist und mit dem Ende des Kalten Krieges im Zusammenhang steht. Es handelt sich hier darum, die Kontakte zwischen den Parlamenten der Mitgliedstaaten der NATO und den Partnerstaaten des Paktes zu schaffen. Das war natürlich entscheidend für den Erweiterungsprozess. Unser ganzes Programm wurde 1989 geändert. Damals haben wir uns auf die Zusammenarbeit mit den Parlamenten konzentriert, die keine NATO-Mitglieder waren, die sich um die Mitgliedschaft bemüht haben, sowie mit den Staaten, deren Parlamente strategisch wichtig waren. Hier meine ich zum Beispiel Russland und die Ukraine. Die Ukraine gehört jetzt natürlich auch zu den Bewerberländern.

Auf dem nächsten Diapositiv sehen Sie die Mitglieder der Versammlung. Es spiegelt die NATO-Mitglieder natürlich so wieder, dass jedes Parlament der Mitgliedstaaten der NATO als Vollmitglied der Parlamentarischen Versammlung repräsentiert wird. Sie sehen hier auch die Anzahl der einer jeden Delegation zugeteilten Plätze. Die Vereinigten Staaten haben als größtes Land 36 Parlamentarier. Ich glaube, dass Estland ein Beispiel für ein kleines Land ist, das von 3 Mitgliedern bei der Versammlung repräsentiert wird.

Ich muss hier erwähnen, dass die Vereinigten Staaten an unseren Treffen sehr aktiv beteiligt sind. Sie nehmen mindestens an drei Treffen im Jahr und an der Jahressitzung, an unseren Februartreffen in Brüssel und Washington teil. Das Forum findet jedes Jahr im Dezember statt. Die Parlamentarier aus den Vereinigten Staaten sind immer da. Ich glaube nicht, dass wir irgendwann alle 36 Parlamentarier gesehen haben. Auf diesen Treffen erscheinen jedoch über 20 Senatoren und Abgeordnete aus der Repräsentantenkammer. Darüber hinaus sind sie sehr ergebene Befürworter der Versammlung. Sie sind aktiv und glauben, dass das ein bedeutendes Projekt ist. Ich würde sagen, dass diese transatlantischen Kontakte für uns in gewisser Weise, ein bisschen wie bei der OSZE, ein tagtägliches Element sind. Das Engagement des Kongresses der USA ist äußerst wichtig und ich glaube, dass es unserer Arbeit die für die Erreichung des Erfolgs notwendige Dimension verleiht.

Auf dem nächsten Dia sehen Sie die Anzahl der assoziierten Mitglieder und die Anzahl der ihnen zugeteilten Plätze. Die assoziierten Mitglieder nehmen am Leben der Versammlung voll teil. Es gibt nur eine Ausnahme, und zwar, sie stimmen über die Resolutionen nicht ab. Sie haben somit im Prinzip alle Rechte der Vollmitglieder. Sie brauchen selbstverständlich keine Beiträge zu unserem

Haushalt zu entrichten. Manche Länder, wie zum Beispiel die Schweiz, haben mit der Versammlung im Rahmen der demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte eng zusammengearbeitet.

Auf dem nächsten Dia sehen Sie die Delegationen der Beobachter. Ihre Teilnahme ist viel mehr begrenzt. Sie können während eines Treffens nur dann das Wort ergreifen, wenn der Vorsitzende eines Ausschusses ihnen die Erlaubnis dazu erteilt. Das ist eine mehr begrenzte Art der Mitgliedschaft.

Auf dem nächsten Diapositiv sehen wir die assoziierten Mittelmeermitglieder. Das ist eine neue Kategorie, die wir in Bezug auf das wachsende Interesse für diese Region ins Leben gerufen haben. Algerien, Israel, Jordanien und Marokko bekamen den Status der assoziierten Mittelmeermitglieder. Das spiegelt das Abkommen der Mitglieder der Versammlung über die Lenkung der Aufmerksamkeit auf diese Region wider, weil es gerade dort ziemlich ernste Herausforderungen für die gemeinsame Sicherheit gibt. Die Konzentration auf diese Region ist politisch und strategisch völlig berechtigt.

Hier haben wir wiederum andere Delegationen, die der Versammlung angehören. Das Europäische Parlament hat eine 10-köpfige Delegation und den Status eines quasiassoziierten Mitglieds. Und die Frage des Unterschieds zwischen den beiden Körperschaften kehrt wieder. Das Parlament ist dem Status des assoziierten Mitglieds so nah, wie das nur möglich ist, gleichzeitig ohne ein assoziiertes Mitglied zu sein. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments nahmen nicht nur an unseren Jahressitzungen teil, sondern waren auch an den Delegationen, die in anderen Staaten getagt haben, beteiligt. Wir waren wiederum zum Europäischen Parlament eingeladen, um an manchen Treffen des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten sowie an Konsultationen teilzunehmen.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE, die Westeuropäische Union, die Parlamentarische Versammlung des Europarates – alle konnten ihre Delegationen zum Jahrestreffen der Parlamentarischen Versammlung der NATO schicken und sind dort auf irgendwelche Art und Weise repräsentiert.

Einen Großteil der Arbeit, wie ich persönlich finde, führen in der Versammlung die Ausschüsse aus. Unsere Ausschüsse sind äußerst aktiv. Jeder Ausschuss erstellt jedes Jahr einen Bericht über seine Handlungen sowie konkrete, seriöse Behandlungen, die dabei helfen sollen, die Aufmerksamkeit der Parlamentarier auf die Arbeiten eines bestimmten Ausschusses zu richten. Wir haben einen unmittelbaren Einfluss auf das Funktionieren der Organisation.

Hier sehen sie die Liste der Ausschüsse und Unterausschüsse. Wir haben hier also: Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit, Ausschuss für

Verteidigung und Sicherheit, Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit, Politischer Ausschuss und Ausschuss für Wissenschaft und Technologie. Und auf der rechten Seite – die Unterausschüsse.

Außerdem sehen wir hier andere Foren. Und zwar: Sondergruppe Mittelmeerraum, NATO-Russland Ausschuss, Ukraine-NATO Rat. Alle diese Gruppen sind zurzeit sehr aktiv.

Das nächste Diapositiv zeigt, wie das typische Jahresprogramm aussieht – wir machen sehr viel. Ich muss sagen, dass ich von der Menge der Arbeit beeindruckt war, die sehr kleine Dienste des niederländischen Senats ausführen müssen. Wir arbeiten in der Gruppe von 31 Personen. Ich glaube, dass ihr mehr überlastet seid als wir, aber wir machen auch ziemlich viel. Schauen Sie nur auf manche von uns organisierte Treffen. Rose-Roth-Seminare sind große Seminare, die wir organisieren. Wir laden zu diesen Seminaren Universitätslehrer in voller Zusammenarbeit mit den Parlamentariern zu Grundsatzdebatten ein. Transatlantisches Forum, zwei Mittelmeerseminare, einmal im Jahr ein Treffen in Moskau, ein Treffen in Kiew, sechzehn Treffen der Unterausschüsse, die an den Missionen zur Datenerhebung teilnehmen, was sehr bedeutend ist, ein jährlicher wissenschaftlicher Besuch, der in Wirklichkeit ein Besuch des Militäre Establishments aus einem Mitgliedstaat oder sogar einem Partnerstaat ist. Wir haben einen interparlamentarischen Ukraine-NATO Rat, einen Ständigen Parlamentarischen NATO-Russland Ausschuss. Unser Ständiger Ausschuss ist natürlich die Verwaltungskörperschaft. Eine ziemlich neue Initiative ist *Das Programm für neue Parlamentarier*. Es wurde anfangs als *Das Programm für Junge Parlamentarier* genannt und tatsächlich waren viele von ihnen frisch gewählt, aber sie waren über sechzig Jahre alt, deshalb haben wir den Namen geändert, der jetzt wohl passender ist. Wir nehmen im Europäischen Parlament an den Anhörungen über die ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) und an den Seminaren mit NATO-Beteiligung sowie an den Seminaren des Euroatlantischen Partnerschaftsrats (EAPC) teil. Mein Ausschuss arbeitet zum Beispiel mit dem Ausschuss für Wirtschaft der NATO eng zusammen und nahm an manchen durch diesen Ausschuss organisierten Seminaren teil, die solche Themen betrafen, wie die demokratische Kontrolle über den Militärhaushalt. Unsere Parlamentarier nahmen an den Foren der NATO teil und das hauptsächlich deshalb, damit die Mitglieder ihre Erfahrung im Rahmen der Kontrolle der Parlamentarier über den nationalen Verteidigungshaushalt mit anderen Mitgliedern teilen könnten, was oft ein neues Thema für manche Staaten ist.

Eine ziemlich neue Initiative sind die Weiterbildungskurse für das Parlamentspersonal. Ein Großteil der Leute, die in den nationalen Parlamenten

arbeiten, hat in unserem Sekretariat in Brüssel eine Weiterbildung absolviert. Wir wollten ihnen eine Chance geben, dass sie Wissen über die NATO, über die Beziehungen zwischen der NATO und der EU und schließlich darüber, was wir tun, gewinnen. Das hilft beim Aufbau der Wissensbasis in den nationalen Parlamenten. Wir organisieren die Weiterbildungskurse nicht nur für die Partnerstaaten. Wir haben gerade auch einen Kurs für die Mitgliedstaaten abgeschlossen. Wir wollen natürlich nicht, dass nur der Sekretär für die Relationen zu der Parlamentarischen Versammlung der NATO darin engagiert ist. Das gesamte Personal sollte wissen, woran wir arbeiten.

Ich sollte jetzt zu den von uns erstellten Berichten zurückkommen. Wenn wir versuchen, mit einer der parlamentarischen Versammlungen eine Zusammenarbeit aufzunehmen, mache ich, genau so wie meine Kollegen, immer eine Sache: ich versende unsere Berichte, und zwar so viel, wie es nur möglich ist. In der Tat, ich habe Ihnen ein paar in der letzten Woche geschickt. Wir wollen, dass man von diesen Berichten auf die Art und Weise Gebrauch macht, wie die Parlamente es für angebracht halten, weil sie dafür entstehen, damit sie nützlich sind und damit die Parlamentarier aus ihnen Information kriegen können. Sie sind weder sehr lang noch zu wissenschaftlich geschrieben, aber sie sind voll interessanter Fakten und Bemerkungen und wir wissen, dass nicht nur die Versammlung von ihnen Gebrauch macht. Ich möchte Sie also alle dazu ermuntern, unsere Internetseite zu besuchen, wo Sie die Liste dieser Berichte und Links zu Word-Dateien finden, mit denen Sie machen können, was nur Sie wollen.

Ich werde mich auf bestimmte Angelegenheiten konzentrieren, mit denen sich zurzeit manche Ausschüsse beschäftigen.

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit überwacht in diesem Jahr Bosnien. Zehn Jahre nach Dayton, beschäftigt er sich mit den Angelegenheiten der NATO-Verteidigung sowie mit der zivilen und regionalen Zusammenarbeit in der Schwarzmeerregion. Ich muss sagen, dass dieser Ausschuss in höchstem Maße in der Wahlbeobachtung engagiert ist. Er war auch z.B. in Kontakten mit der OSZE sehr aktiv. Dieser Ausschuss nimmt auf sich die Last der Kontakte, die mit dem Aufbau der Demokratie verbunden sind.

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit ist einer unserer zwei großen Ausschüsse. Er ist natürlich ein zentraler Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung der NATO. In diesem Jahr befassen wir uns mit folgenden Themen: Transformation der NATO, die Rolle der NATO im Südkaukasus, die transatlantischen Beziehungen und Änderungen der präventiven Verteilung der amerikanischen Streitkräfte. So waren wir auf die

Angelegenheiten der Verteidigung und des Militärs konzentriert. Gerade dieser Ausschuss visitiert die militärischen Verteidigungsposten und spricht mit höheren Offizieren.

Und jetzt ist mein Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit an der Reihe. Ich bezeichne ihn manchmal als: „alles, aber kein NATO-Ausschuss“, weil wir uns da selten mit der NATO und mit den Angelegenheiten, für die die NATO unmittelbar zuständig ist, beschäftigen. Manchmal befassen wir uns mit den Angelegenheiten der Verteidigungshaushalte, aber das kann man nicht jedes Jahr tun, um das Interesse der Parlamentarier nicht zu verlieren, weil sich diese Sachen seit zwanzig Jahren sehr wenig geändert haben. Es ist also von Bedeutung, dass man sich damit nur von Zeit zu Zeit beschäftigt. Die Mitglieder der Versammlung bevorzugen, sich mit anderen Angelegenheiten zu befassen, und vor allem mit denen, die die transatlantischen Beziehungen prägen.

Auf dem nächsten Dia haben wir die transatlantischen und globalen Energiemärkte, Energiesicherheit, einen speziellen Bericht über die Entwicklung Afrikas und die Verpflichtungen der G8-Länder. Wir haben an der Verbindung der Angelegenheiten der Sicherheit und Entwicklung gearbeitet. Dieser Bericht konzentriert sich also besonders auf diese Themen. Wir haben einen Bericht über Krise der Übergangsphase in der Ukraine geschrieben – der eigentliche Titel ist: „Reformen in der Ukraine“. Am Ende haben wir die Lage in der Ukraine nicht mit dem Wort „Krise“ bezeichnet. Schließlich – wirtschaftliche Entwicklung in Westchina. Im Thema „China“ ist unser Ausschuss ein Spitzenreiter. China wird immer interessanter für unsere Parlamentarier. Es wird von ihnen nicht nur als eine strategische, sondern auch als eine wirtschaftliche Herausforderung angesehen. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir im Bereich der Wirtschaft einen sehr wichtigen Punkt übersehen haben, und es gibt keinen Grund, weshalb wir uns mit China nicht beschäftigen sollten. Wir haben dort also im letzten Jahr einen Ausschuss geschickt und in diesem Jahr haben wir vor, dorthin noch einmal zu fahren. Unser Vorsitzender, Pierre Lellouche, wird in diesem Jahr mit dem ersten offiziellen Besuch nach China reisen. Wir haben also eine Art Dialogs mit China begonnen. Wenn wir im 21. Jahrhundert etwas bedeuten wollen, ist das unerlässlich.

Politischer Ausschuss beschäftigt sich in diesem Jahr mit Afghanistan, mit der Zukunft des Paktes, mit der Sicherheit in Zentralasien, mit der Rolle der NATO und mit Iran. Alle diese Themen sind sehr wichtig.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie konzentriert sich nicht nur auf Militärtechniken, sondern auch auf die Fragen des Umweltschutzes.

Wir arbeiten also mit ihnen am Kyoto-Protokoll und an den Atomfragen in Iran. Der Ausschuss konzentriert sich auch auf strenge Rüstungskontrolle. Sie führen auch die meisten Rüstungskontrollen durch.

Ich komme zum Schluss. Sie sehen hier einen Überblick dessen, was wir für unsere Leistungen halten. Wir sichern das Forum für den transatlantischen Dialog, fördern auf der gesetzgebenden Ebene den Geist der Partnerschaft und Zusammenarbeit, engagieren und integrieren die Parlamentarier der Mitgliedstaaten im Rahmen der Arbeiten der Versammlung, sichern den Kontakt zwischen der NATO und den Parlamentariern, den Kontakt, den sie in einem anderen Fall nicht gehabt hätten. Wir beeinflussen die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses für Probleme und Perspektiven jeder der Seiten, was ziemlich offensichtlich und auch nötig ist, wenn sich eine Gruppe der Parlamentarier sammelt, die ihre Ansichten über die strittigen Fragen besprechen soll. Wir vergrößern die Transparenz der NATO-Politik. Wir füllen in gewissem Sinne eine Kontrollfunktion über die NATO aus, obwohl sie informell ist. Unsere Mitglieder mögen schwierige Fragen stellen, wenn sie das Quartier der NATO besuchen und die NATO-Beamten dazu zu bringen versuchen, die Verantwortung für irgendetwas zu übernehmen. Dasselbe betrifft die nationalen Minister usw. Wir machen die Gesetzgeber mit den zentralen Fragen der Sicherheit und Verteidigung bekannt. Ich finde persönlich, dass das vielleicht unsere wichtigste Rolle ist. Wir bereiten die Parlamentarier für die Ausübung der gesetzgebenden Aufsicht über die Angelegenheiten der Verteidigung und der Streitkräfte. Wir konzentrieren uns in dieser Arbeit auf die neuen Demokratien der Partnerstaaten. Wir fördern die Entwicklung der entsprechenden zivil-militärischen Beziehungen, was eine zusätzliche Rolle im Rahmen unserer Handlungen ist.

Förderung der Erweiterung der NATO. Gerade damit stimme ich nicht überein. Ich glaube nicht, dass die Förderung der Erweiterung zu unseren Aufgaben gehört. Es scheint mir, dass das die Aufgabe für unsere Parlamentarier ist. Und wenn sie glauben, dass das eine gute Idee ist, werden sie das politisch unterstützen. Bisher hat man die Lage aller neuen Mitglieder bewertet und es gibt unter unseren Mitgliedern Übereinstimmung darüber, dass die Erweiterung sinnvoll ist, aber sie kostet viel Zeit, mehrere Debatten und viele Analysen. Jetzt gehen wir zur nächsten Runde über und wir werden sehen, was daraus folgt. Ich würde jedoch nicht sagen, dass unsere Mitglieder die Erweiterung unterstützen werden, ohne es vorher gründlich zu überdenken und zu analysieren. An dieser Stelle ende ich.

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Vielen Dank, Paul. Für Deine Selbstdisziplin und Kürzung Deiner langen Rede, und natürlich für alle Informationen, die Du uns hier geliefert hast. Ich muss zugeben, dass das bewundernswert ist, wie eine Organisation mit dem Personal, das 31 Personen zählt, ein so umfangreiches Programm realisieren kann. Aus meiner persönlichen Erfahrung weiß ich, dass das möglich ist. Die Parlamentarische Versammlung der NATO hat sicherlich ihr Programm verbessert und entwickelt: die Rose-Roth Seminare, Du hast auch die Sondergruppen zu Kontakten mit Russland, der Ukraine und der Mittelmeerregion erwähnt.

Spencer, ich glaube, Dein Personal zählt ca. 40 Personen? Vierzehn! Aus der Perspektive des Europäischen Parlaments mit dem Personal, das ein paar tausend Menschen zählt, können wir nur fragen: „Wie schaffen sie das?“ Jedoch sie schaffen das, was nur Ihre Bedeutung und Kompetenzen unterstreicht. Noch ein paar Worte über die Berichte, und hier wende ich mich an alle Versammlungen und an das Europäische Parlament, das, trotz großem Personal, auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung keine Erfahrung hat. Ihre Berichte, sowohl die von der Parlamentarischen Versammlung der NATO, als auch die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und auch von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE werden nicht nur im Rahmen der vertikalen Strukturen benutzt. Alle lesen sie. Wir können kein Äquivalent anbieten und deswegen verlassen wir uns auf Ihre Erfahrung und auf den Willen zur Zusammenarbeit mit uns.

Jetzt gehen wir zum nächsten Redner über – Mikołaj Karłowski. Ich sehe im Programm kein genaues Thema, von dem Du sprechen wirst. Unabhängig davon, ob Du uns jetzt nach Asien, Afrika oder Südamerika bringst, wirst Du innerhalb nächster zehn Minuten, wenn diese zehn Minuten ausreichen, unser Reiseführer sein.

MIKOŁAJ KARŁOWSKI

Experte, Kanzlei des polnischen Sejms

## Die Tätigkeit der Parlamentarischen Versammlung der NATO aus der Perspektive Polens

Das Thema meiner Rede werden die transatlantischen Beziehungen – der Blick auf die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung der NATO aus der Perspektive Polens als (1) Staates, der in Mitteleuropa liegt und (2) des Vollmitglieds des Nordatlantikpakts.

In der Arbeit der Versammlung ist, wovon Paul vor einer Weile gesprochen hat, der Bildungswert am wichtigsten. Die Besonderheit der Parlamentarischen Versammlung der NATO besteht darin, dass sie sich mit den Sicherheitsfragen auf der strategischen Ebene, mit der transatlantischen Bindung befasst. Gleich werde ich von dem Spezifikum und Bedeutung dieser Bindung sprechen. Jetzt ein paar Worte über die Vorteile, die die Versammlung ihren Mitgliedern bietet.

Die Versammlung nutzte eine einmalige historische Chance, die nach 1989 entstand. Sie war eine der ersten demokratischen Organisationen des „Westens“, die sich auf Mitteleuropa eröffneten. Ihre Vertreter kamen nach Polen und in andere Länder der Region und luden die Mitglieder der bereits demokratisch gewählten Parlamente zur Teilnahme an ihren Arbeiten ein. Dadurch zeigte die Versammlung, dass man ohne übermäßige Nachlässigkeit ein Dialogforum über die Sicherheit des sich damals ziemlich dynamisch entwickelnden Europas eröffnen kann. Wenn wir in die Vergangenheit zurückblicken, wissen wir, dass es nicht auf einmal und nicht von Anfang an offensichtlich war, dass sich die NATO weiterentwickeln wird und dass die Staaten Mitteleuropas zu Mitgliedern der NATO werden. Es wurde sogar zunächst diskutiert, ob man vielleicht eine der NATO ähnliche Organisation gründen sollte, oder ob man auf andere Art und Weise die Leere, die nach der Auflösung des Warschauer Pakts entstand, füllen könnte.

Möglicherweise – und ich würde sogar sagen: in hohem Maße – gelang es dank dem parlamentarischen Dialog, nicht nur auf der Regierungsebene,



sondern auch auf der parlamentarischen Ebene eine Überzeugung zu schaffen, dass die Erweiterung der NATO nötig ist und dass sie eine Chance (und vielleicht sogar eine Bedingung) für die Förderung der Stabilität und Demokratie in Mitteleuropa und weiter im Osten ist. Diese Überzeugung wurde zum Teil der Mission sowohl der Versammlung als auch der NATO geworden. Diese Mission wird erfolgreich realisiert.

Das, was für Mitglieder der Versammlung wichtig war und weiter wichtig ist, ist die Vielfalt der Formen der Teilnahme und Zusammenarbeit. An erster Stelle (vielleicht unmittelbar nach den Ausschüssen, auf die sich die Mehrheit der Arbeiten konzentriert) würde ich die Rose-Roth-Seminare nennen. Sie wurden nach 1989 zum Zweck der Verbreitung der Regeln der zivilen und demokratischen Kontrolle des Funktionierens von Streitkräften gegründet. Die zivile Aufsicht über die Streitkräfte und die demokratische Kontrolle dieses Prozesses gehörten in unserem Teil Europas zu unbekanntem Begriffen. Begriffe und Probleme, die die Politiker, Offiziere und Soldaten und mit ihnen die ganze Gesellschaft erst kennenlernen mussten.

Die Versammlung sichert den Parlamentariern die Möglichkeit des Dialogs in Fragen, die eng den Pakt betreffen. Es ist eine sehr wichtige Möglichkeit. Dieser Sache dienen sog. Februartreffen (*February Meetings*), Treffen von Mitgliedern der Versammlung im Hauptquartier der NATO in Anzahl von nur 26 Mitgliedern des Pakts. Das ist ein wichtiges Ereignis im Laufe des Jahres, dessen Teilnehmer – Parlamentarier, Diplomaten, Militärs und Experten – sehr offen über die wesentlichsten Themen für die Kondition und Zukunft der NATO sprechen. Scheinbar immer dasselbe Thema. Es ändert sich aber die Umgebung der Sicherheit und beinahe jedes Mal erscheinen neue Probleme, wie beispielsweise die Aspekte der Strategie des Pakts oder Themen wie z.B. die Kontakte des Pakts mit China und Frage der Aufhebung des Embargos auf Waffenlieferungen in dieses Land.

Ein wichtiges Element dieser Treffen sind Gespräche im Europäischen Parlament und mit den Vertretern der Europäischen Kommission, insbesondere wenn sie den wirtschaftlichen Fragen gewidmet sind. Meiner Meinung nach haben sie eine sehr große Bedeutung für Parlamentarier aus Kanada und den Vereinigten Staaten, für die das eine gute Gelegenheit ist, damit sie begreifen und damit sie sich selbst überzeugen könnten, was in Wirklichkeit Europa ist und worauf das Phänomen der europäischen Integration beruht. Für die Kongressabgeordneten, die gewöhnlich die Grenzen ihres Landes nur selten überschreiten, ist es oftmals eine neue Sache, mit der sie sich erst bekannt machen müssen.

Die transatlantische Bindung ist eine besondere Dimension der Zusammenarbeit. Der Nordatlantikpakt beruht auf einer Wertegemeinschaft. Ähnlich die Parlamentarische Versammlung der NATO: Ihre Mitglieder teilen die Überzeugung, dass die Demokratie, die Menschenrechte, die Freiheit des Individuums, die Marktwirtschaft und die Regierung des Rechts zu den Grundlagen der zivilisierten Staatengemeinschaft gehören, deren Organen der gesetzgebenden Gewalt sie angehören.

Wenn man eine Anordnung über die Effizienz des Funktionierens der parlamentarischen Versammlungen formulieren würde, würde sie lauten wie folgend: Sich an Werte halten, an die Mission, die der Organisation zugrunde liegt, nicht vergessen, den Dialog und die Aufgeschlossenheit schaffen. Der Parlamentarischen Versammlung der NATO gelang es, diesen Anordnungen zu folgen. Wir sollten daran nicht vergessen, dass die transatlantische Bindung nicht nur auf der strategischen Dimension und kollektiven Verteidigung, sondern auch auf der alltäglichen Zusammenarbeit, darunter auch auf der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, basiert. Für Kontrolle und Stimulieren dieses Gebiets setzt sich das Europäische Parlament durch sein Forum *Transatlantic Dialogue* ein. Während wir über die Wirtschaft, über die Einschränkungen beim Zugang zu den Ressourcen, zur Energie, oder beim Zugang zu den Märkten, sowie über die Perspektiven der Handelsentwicklung sprechen – und Handel zwischen Nordamerika und Europa macht 40 Prozent des Welthandels aus – können wir bemerken, dass uns, trotz häufiger Auseinandersetzungen und trotz der Konkurrenz zwischen diesen zwei großen Wirtschaftsakteuren, sowohl die Werte, die der transatlantischen Zusammenarbeit zugrunde liegen, als auch ihr strategischer Ausmaß erlauben, sie in einem richtigen Kontext zu stellen: Diese Auseinandersetzungen ergeben sich einfach aus einer gesunden wirtschaftlichen Konkurrenz und nicht aus Wertunterschieden und ideologischen Verschiedenheit.

Ich würde sagen, dass es uns für die Diskussion über die strategischen Themen und über Probleme der transatlantischen Bindung nie genug Zeit geben wird. Meiner Ansicht nach liegt das Bestehen eines solchen Dialogs einer Kohäsion unserer Zivilisation zugrunde.

Ich bin bereit, Ihre Fragen zu beantworten. Danke.

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Danke, Mikołaj. Du hast es wirklich in zwölf Minuten geschafft. Wir haben also ein paar Minuten Zeit für die Diskussion gespart. Ich hoffe, dass wir unser Treffen nicht Punkt zwölf enden müssen und es bis zum etwa zwölf Uhr fünfzehn verlängern können.

Das Schlüsselwort war „Bildungswert“ der Parlamentarischen Versammlung der NATO, das Leitmotiv des Dialogs. Ich kann nur zustimmen. Das nächste Element, von dem ihr beide gesprochen habt, war die Rolle der Parlamentarischen Versammlung der NATO im Zusammenhang mit der Erweiterung der NATO. Paul hatte Zweifel, ob die Versammlung die Erweiterung unterstützen oder kontrollieren sollte. Ich finde, dass die Parlamentarische Versammlung der NATO auch die Erweiterung der NATO unterstützte. Wir kommen noch später während der Diskussion darauf zu sprechen.

Kleine Bemerkung, Mikołaj. Du hast das Europäische Parlament und seine Handlungen in der transatlantischen Dimension angesprochen. Es gibt hier tatsächlich viele Initiativen. Du hast auch den Transatlantischen Dialog der Gesetzgeber angesprochen. Darüber hinaus haben wir den Transatlantischen Geschäftsdialog. Wir haben eine Sondergruppe, die von James Alice von der Gruppe für transatlantische Zusammenarbeit. Wir haben die ständige Delegation für Kontakte zum Kongress der Vereinigten Staaten, die zweimal im Jahr, einmal in Brüssel oder in Straßburg, und einmal in den Vereinigten Staaten, zusammentrifft. So haben wir hier eine Reihe von transatlantischen Initiativen, die durch das Europäische Parlament organisiert werden. Im Grunde genommen, obwohl das gegen die Tendenzen ist, überlegt man im Europäischen Parlament die Gründung einer transatlantischen Versammlung. Ich glaube immer noch an die Rationalisierung, aber diese Idee wird überlegt. Wir wissen nicht, ob es dazu kommt. Ich wollte Sie jedoch einfach darüber informieren, dass eine Idee der Gründung einer solchen Versammlung besteht. Von der Bedeutung des Europäischen Parlaments für die transatlantischen Relationen sollte die Berufung des ständigen Repräsentanten des Sekretariats des Europäischen Parlaments in Washington zeugen. Das wird eine Person, die unsere Kontakte zu den Vereinigten Staaten und vor allem zum Kongress der USA koordinieren wird.

Der nächste und gleichzeitig letzte Redner dieser Tagung ist Guy Lindström. Er hat auch seine Präsentation in PowerPoint vorbereitet. Ich möchte auch Dich um kurze und bündige Rede sowie um die Kürzung Deiner Präsentation, wenn das natürlich möglich wäre, zu zehn Minuten, bitten.

## GUY LINDSTRÖM

Stellvertretender Direktor, Internationale Abteilung, finnisches Parlament

---

# Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen mit der Teilnahme der Parlamente aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Parlamente der Länder Asiens, Afrikas und Südamerikas

Danke, Herr Vorsitzender.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Als ich noch jung war, war „In 80 Tagen um die Welt“ mein beliebtes Buch, aber ich glaube, dass ich jetzt nur 10 Minuten habe. Wenn wir auch das Nordamerika daraus herausnehmen, bleibt das immer noch eine schwierige Aufgabe. Ich werde mich also auf die Angelegenheiten beschränken, worum ich auch gebeten wurde, die sich auf die Beziehungen zwischen Asien und Europa und auf das Treffen im Rahmen der Parlamentarischen Partnerschaft Asien-Europa (ASEP) konzentrieren, das gerade am letzten Freitag in Helsinki endete. Ich freue mich, dass ich hier in Warschau meinen Kollegen aus Italien sehe.

Dieses Thema betrifft eigentlich nicht die Versammlung, sondern das Treffen. Zu Beginn haben wir ein paar Definitionen. Es kann passieren, dass ich in weiterem Teil meiner Rede das Asien-Europa-Treffen (ASEM) und die ASEP verwechsle, weil sie einander sehr ähnlich sind. Der Initiator dieser Zusammenarbeit ist Asien. In Europa fing diese Zusammenarbeit 1996 an. Das ASEM ist eine Zusammenarbeit unter Regierungen, das sind Treffen der Staatsoberhäupter und Regierungschefs, die zweimal im Jahr stattfinden. Ähnliche parlamentarische Treffen wurden vor zehn Jahren ins Leben gerufen. Jetzt ist also ein guter Zeitpunkt, in dem wir die Ereignisse der ersten zehn Jahre einschätzen können.

Man könnte sagen, dass das auch eine Arbeit ist, die, egal welcher Staat ein Gastgeber eines Treffens ist, *ad-hoc* ausgeführt wird. Es wird ohne ständiges

Sekretariat gemacht. Das klingt ziemlich gut, wenn man darüber spricht, aber sie wissen bestimmt Bescheid, dass das bedeutet, dass jemand das alles als eine Nebentätigkeit, außerhalb der Arbeitszeit, ausüben muss. Die Ergebnisse können ganz gut sein, aber andererseits verliert man ein bisschen an Kompetenz und Kontinuität, wenn man immer wieder von Null anfangen muss, so wie wir es tun. Ich bin jedoch froh, dass wir uns ein bisschen auf das Europäische Parlament verlassen können. Und das Sekretariat Ihrer Delegation ist sehr wertvoll und hilfsbereit. Das ist der einzige Ort in Europa, wo wir auf diesem Bereich eine gewisse Kontinuität haben.

Mitgliedschaft ist sehr einfach, vor allem aus dem europäischen Standpunkt. Das sind die Mitgliedstaaten der EU und das Europäische Parlament oder die Europäische Kommission, was von der Art des Treffens und von 13 asiatischen Staaten abhängig ist. Auf der parlamentarischen Seite haben wir zwei heikle Angelegenheiten – das sind Birma und Brunei. Auch wenn diese Probleme nichts mehr zusammen haben, als nur das, dass die beiden Staaten keine Parlamente haben. Finnland, als Gastgeber des Treffens meinte, dass wir diese beiden Staaten mit dem Status der Vollmitglieder zu unseren Treffen nicht einladen sollten. Die Idee der Teilnahme dieser Staaten als Beobachter wurde mit den anderen Staaten, die an dem Treffen beteiligt waren, besprochen. Die Vertreter der beiden Staaten sind jedoch auf dem Treffen nicht erschienen.

Man kann immer die Frage stellen, was das Parlament ist und wie man es definieren soll. Das einzige Prinzip, nach dem wir immer in unserem Parlament zu handeln versuchen, ist die Anerkennung den Parlamenten, die auch Mitglieder der Interparlamentarischen Union (IPU) sind. In diesem Fall war das also eine einfache Entscheidung, weil die beiden Staaten keine Mitglieder der IPU waren.

Ziel. Sowohl die Schaffung einer Dialogmöglichkeit auf der hohen Ebene als auch die Schaffung eines Gleichgewichts zwischen den Beziehungen Europas mit Nordamerika auf der einen Seite und mit Asien auf der anderen Seite sind für die internationale Zusammenarbeit ziemlich typisch. Die ASEP verleiht diesen Handlungen eine parlamentarische Dimension.

Man kann sagen, dass wir zumindest eine gute Gelegenheit haben, viele Fragen in diesem Zusammenhang aufzuwerfen, wovon folgende Zahlen zeugen: 40 Prozent der Weltpopulation, 50 Prozent BIP der ganzen Welt, 60 Prozent des Welthandels.

Vielleicht ein paar Worte über das Treffen in Helsinki. Wir haben hier die zwecks der Bewertung der ersten zehn Jahre durchgeführten Untersuchungen, die auch gewisse Hinweise für die Zukunft vor allem für die Partner des ASEM sowie für die intergouvernementale Zusammenarbeit enthalten. Wir haben

auch Sonderdebatten über Klimaänderungen und Kulturfragen gehabt, und auch ein Treffen abgehalten, während dessen die Geschäftsordnung und die Deklaration vorschriftsgemäß angenommen wurden.

Ein Novum nach diesem Treffen der ASEP ist es, dass wir jetzt eine Art von formaler Struktur haben, auch wenn es noch immer dasselbe Treffen, mit derselben Bedeutung wie früher ist. Eine Schlüsselrolle spielt der Staat, der ein Gastgeber ist und die angenommenen Regeln sind ziemlich genau. Es scheint mir, dass das ein ziemlich großer Kompromiss zwischen Europa und Asien war, diese genauen Regeln zu akzeptieren, aber andererseits sichern sie sich eine gewisse Flexibilität, in dem Sinne, dass das Gastgeberland des Treffens davon entscheiden kann, was sie tun werden und was nicht.

Das Treffen in Helsinki dauerte sehr kurz. Man bat uns darum, dass es kurz und effektiv wird und so war es auch, obwohl ein sehr kleiner Rand für die Lösung verschiedener Probleme geblieben ist. In einem gewissen Augenblick herrschte sogar eine gespannte Atmosphäre, weil das Treffen mit ein paar strittigen Angelegenheiten, welche die Mitgliedschaft betrafen, begann. Es waren strittige Angelegenheiten, weil die asiatischen Staaten damit nicht einverstanden waren, dass alle neuen Mitglieder der EU automatisch in die ASEP, ohne irgendeinen Antragsprozess, aufgenommen wurden. Es ist uns jedoch gelungen, dieses Problem erfolgreich zu lösen. Ich glaube, dass es beim nächsten Mal leichter wird.

Die parlamentarischen Treffen sind nicht immer einfach zu organisieren und deswegen beneide ich die intergouvernementalen Treffen, weil man da ziemlich gut vorsehen kann, wovon die Delegationen sprechen werden. In Parlamenten gibt es wiederum immer eine oder zwei Personen, die, wenn es einen Zeitdruck gibt, Probleme bereiten werden.

Wir hatten auch eine ziemlich gute Teilnehmerzahl, vor allem aus Asien, aber auch aus Europa. Der nächste Gastgeber wird China sein. Die Delegation Chinas war sehr zufrieden, die Rolle des kommenden Gastgebers annehmen zu können, obwohl die chinesischen Parlamentarier davon vor dem Treffen nicht sprechen wollten. Als sie aber nach Helsinki kamen, war es klar, dass China das Gastgeberland des nächsten Treffens sein will.

Auf der europäischen Seite ist es ganz klar, wie ich meine, dass die Treffen des ASEM und der ASEP in der Zukunft denselben Gastgeber haben werden, wenn es uns nur gelingt, dieses Schema zu halten. Es scheint mir, dass in Helsinki alles gut gegangen ist, weil es uns viel leichter war, wenn wir mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Auswärtigen Amt, die gleichzeitig das Treffen des ASEM organisierten, zusammenarbeiten konnten.

Wir wollten auch und ich hoffe, dass das uns gelungen ist, die Kontakte zwischen den beiden Treffen zu initiieren, und zwar so, dass in der Zukunft die Vorsitzenden der Treffen der ASEP zu den Treffen der Staatsoberhäupter und Regierungschefs eingeladen werden, damit sie ihre Deklarationen präsentieren könnten und *vice versa*, und der Vorsitzende des ASEM hat unsere Konferenz besucht. Die Prioritäten vom ASEM und von der ASEP sind ziemlich konvergent. Auf diesem Treffen haben wir auch versucht, dazu zu führen, dass sich die Erklärung hauptsächlich auf diese Themen konzentrierte, die in der Tagesordnung oder im Konferenzprogramm standen, um in dem Augenblick nicht alle uns interessierenden Fragen aufzuwerfen, sondern nur die Schlüsselfragen.

In dem Moment will ich mich nicht in die Einzelheiten anderer Organisationen vertiefen. Wie Sie wissen, gibt es keine gesamteuropäische Organisation, die sich in so hohem Grade, wie die ASEP es tut, auf andere Weltteile konzentrieren würde. Es gibt jedoch natürlich solche, um die sich das Europäische Parlament kümmert, wie verbundenen Versammlungen und auch zahlreiche Delegationen. Ähnliche Handlungen unternimmt die Allgemeine Versammlung der Welthandelsorganisation (WTO) oder auch wenigstens ein parlamentarisches Treffen, IPU und des Europäischen Parlaments. Wir haben auch viele kleinere Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen. Ich möchte sie noch kurz auf das Parlamentarische Netz der Weltbank aufmerksam machen, weil, wie es mir scheint, sein Kern Europäer sind, und die europäischen Parlamentarier treffen sich mit Parlamentariern aus Entwicklungsländern, vor allem aus Afrika. Das ist aber keine typische parlamentarische Versammlung, sondern eher eine Nichtregierungsorganisation, die sich aus Parlamentsmitgliedern aus, bis jetzt, über hundert Staaten zusammensetzt. Das ist eine Gruppe, die sich mit unmittelbarem Handeln beschäftigt und sich jedes Jahr mit dem Präsidenten der Weltbank trifft und direkt mit ihm die Global- und Entwicklungsfragen besprechen kann.

Sie können natürlich verschiedene Meinungen zu solchen Organisationen und auch dazu haben, ob sie sich verdoppeln oder nicht. Ich muss zugeben, dass es mir gefällt, weil es sehr belebend ist, sich von Zeit zu Zeit zu einem internationalen Treffen zu begeben, wo alle Teilnehmer sehr engagiert sind und wirklich etwas unternehmen wollen. So war es eben im Falle des Parlamentarischen Netzes der Weltbank.

Herr Vorsitzender, wegen des Zeitmangels unterbreche ich hier. Ich bin dankbar, dass ich hier kommen und meine Rede halten konnte. Das ist meine zweite Amtszeit im finnischen Parlament, aber ich habe im Büro für Recherchen und Dokumentation angefangen. Ich erinnere mich, dass wir

schon damals etwas in einer Art von europäischem Netz gehabt haben. Ich erinnere mich nicht mehr daran, ob man das schon damals als EZPWD bezeichnete, aber das war unheimlich nützlich. Ich konnte also auch im Rahmen meiner Arbeit auf neu von diesem Netz Gebrauch machen. Danke.



## DISKUSSION

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Vielen Dank. Du hast fast Paul eingeholt. Er hat es in zwölf Minuten geschafft und Du in vierzehn, was meine optimistischen Erwartungen erfüllte. Ich meine hier, dass die Finnen für ihre Knappheit und Präzision bekannt sind, genauso wie Du. Ich danke Dir auch für die Kost für unsere Überlegungen, die Du uns verschafft hast. Du hast dich aus wichtigen Gründen auf Asien konzentriert. Wir haben zwei in globalem Umfang sichtbar werdende Supermächte – die eine ist selbstverständlich China und die zweite – Indien. Gestern nach dem Dinner diskutierten wir lange mit Kolleginnen und Kollegen hauptsächlich über unsere Relationen zu China und Indien, und daraus konnte man Schluss ziehen, dass hier noch viel zu machen ist. Mission, über die Du in deiner Rede sprachst, besteht in der Führung des Dialogs auf der hohen Ebene zwischen Asien und Europa mit dem Ziel, ein fehlendes Glied in der internationalen dreieckförmigen Wirtschaftsstruktur zu schaffen und die Beziehungen zwischen Europa, Amerika und Ostasien ins Gleichgewicht zu bringen.

Du hast kurz die Welthandelsorganisation (WTO) erwähnt. Wenn es von der zukünftigen Rolle der interparlamentarischen Versammlungen die Rede ist, dann hat die WTO tatsächlich den höchsten Rang. Und in der Ära der Globalisierung gibt es keine parlamentarische Versammlung der WTO. Es gibt, wie du erwähntest, bestimmte Treffen im Rahmen der WTO, die man eindeutig braucht. Wenn jemand jedoch die Gründung neuer interparlamentarischen Versammlungen in Erwägung ziehen würde, glaube ich, dass das Interessengebiet der WTO zu denen gehört, die in Betracht gezogen werden sollen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir können diese Tagung um 15-20 Minuten verlängern und ich bin mir sicher, dass Sie zu den Äußerungen unserer drei Redner Fragen und Kommentare haben. Ich eröffne die Diskussion. Bitte, Liam.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Ich habe eine einfache Frage technischer Natur. Ich möchte wissen, wer die Reisekosten, die mit der Teilnahme an den Treffen der Parlamentarier verbunden sind, auf individuelle Einladung des Parlamentarischen Netzes der Weltbank bezahlt? Ich weiß, dass das in unserem Land möglich wäre, dass ein Mitglied des britischen Parlaments an einem Treffen in Europa teilnimmt, aber ich weiß nicht, wie er oder sie weiterreisen sollte.

GUY LINDSTRÖM

Stellvertretender Direktor, Internationale Abteilung, finnisches Parlament

Das hängt vom Land ab. Wir haben in dem Sinne gewisse Probleme damit, dass wir in der Regel für die Reisekosten der Mitglieder, die an einem Treffen auf individuelle Einladung teilnehmen, nicht zahlen. Wir bemühen uns darum, damit die Einladungen für finnische Parlamentarier direkt an das Parlament geschickt werden. Auf diese Weise ist die Sache einfacher. Grundsätzlich organisiert jeder seine Reise selbst und bezahlt sie aus den Mitteln der Geberländer. Die Jahreskonferenz des Parlamentarischen Netzes der Weltbank wird durch das Gastgeberland finanziert. Das bedeutet, dass die Teilnehmer aus den Entwicklungsländern in der Regel die Erstattung der Reisekosten vom Gastgeberland erhalten. So haben wir auch im letzten Jahr gemacht, als die Konferenz in Helsinki stattfand. Ich glaube, dass die früheren Gastgeberländer das auch so gemacht haben.

PAUL COOK

Chef des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit,  
Parlamentarische Versammlung der NATO

Ich möchte hier noch eine mit der Weltbank verbundene Angelegenheit zur Sprache bringen. Die Weltbank brachte ihren eigenen, sehr interessanten Prozess (eine Initiative) mit dem Namen „Wiener Prozess“ in Gang. Im Rahmen dieses Prozesses kommen die interparlamentarischen Versammlungen aus Süden und Norden, die sich mit Entwicklung beschäftigen, zusammen, um Informationen auszutauschen, damit alle wissen, was die anderen, sowohl aus der Perspektive der Schenker als auch der Begünstigter, für die Entwicklung

unternehmen. Mein Ausschuss unternimmt immer mehr im Rahmen der Entwicklungsfragen. Er beschäftigt sich mit der Entwicklung und Wiederherstellung der Sicherheit in einem Land nach einem Konflikt. Es ist uns gelungen, sich dem Wiener Prozess anzuschließen. Er ist sehr inoffiziell und besteht darin, Ideen auszutauschen. Unsere Redner und Teilnehmer dieser Treffen haben dadurch den Zugang zum Personal der Weltbank. Ich fahre zum Beispiel im nächsten Jahr – Entschuldigung, im Herbst – nach China und möchte dorthin auch die Mitglieder meines Ausschusses mitnehmen. Ich bitte also die Weltbank um Unterstützung. Wir können also diesem Netz beitreten, was die Kost für unsere Überlegungen ist. Das ist auch ein Treffen der interparlamentarischen Organisationen, jedoch die Weltbank denkt darüber intensiv nach, auf welche Art und Weise sie diese Gelegenheit nutzen soll, um nicht nur das mitzuteilen, was sie zu sagen hat, sondern wie sie die Menschen dazu bringen kann, dass sie miteinander reden. Ich glaube, dass das, was ich heute hier höre, eine Inspiration für diesen Prozess sein könnte.

Noch eine Sache, die mit der Erweiterung zu tun hat, weil sie hier früher zur Sprache gebracht wurde. Meine Meinung zur Frage, ob wir die Erweiterung unterstützen oder nicht unterstützen, lautet: sowohl das eine als auch das andere. Wir haben uns so nach langer Diskussion, nach Analyse, nach Fragen und Besuchen entschieden, so zu tun. Es dauerte viele Jahre bis es uns gelungen ist, mit unseren Mitgliedern zu einem Konsens zu kommen – fast nie gibt es einen Konsens, aber es bildet sich zumindest eine große Mehrheit der Mitglieder, welche die Erweiterung in erster Runde unterstützen oder Widerspruch gegen sie erheben. Es gibt eine Geschichte von der Sitzung, die in Vilnius stattfand, während sich Vilnius aktiv um die Mitgliedschaft bemühte. Fünf amerikanische Senatoren kamen nach Vilnius. Vier von ihnen im Augenblick der Ankunft waren skeptisch gegen die litauische Mitgliedschaft. Nach drei Tagen wurde die Angelegenheit Vilnius auf sehr einfache Weise erledigt. Diese vier amerikanischen Senatoren wurden zu überzeugten Befürwortern der Erweiterung um die baltischen Staaten, und insbesondere um Litauen. Wir können also zur Meinungsänderung bewegen. Das erfolgt jedoch nur auf dem Weg der Analyse und auf transparente Weise. Danke.

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Der nächste Redner ist Andreas Maurer.

ANDREAS MAURER

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

Danke. Das ist keine Rede. Ich habe nur zwei Fragen. Ich habe heute viel von verschiedenen internationalen und interparlamentarischen Versammlungen erfahren. Gestern haben wir uns sehr auf die Angelegenheit der Aufsicht und Kontrolle der Minister sowie auf der Verantwortung der Regierungen konzentriert. Ich möchte zumindest diese Redner fragen, die ihre Reden heute Morgen hielten: „Versuchen Sie irgendwie eine Art der Verantwortung ihrer Mitglieder gegenüber den Bürgern sichern?“ Natürlich Sie, als Sekretariate, können das nicht tun, aber ich glaube, dass es wenigstens hilfreich wäre, die an der Versammlung der NATO beteiligten Mitglieder zur verantwortungsvollen Handlung in allen nationalen Parlamenten (gesetzgebenden Versammlungen) zu veranlassen. Ich sehe keine parlamentarische Verantwortung gegenüber denen, die sie gewählt haben. Ich sehe hier einen sehr großen Unterschied zwischen dem Europäischen Parlament und dem ganzen Rest.

Die zweite Frage betrifft die Planung und Koordinierung. Das, was Paul vom Kyoto-Protokoll, von der Energiepolitik und Energiesicherheit sagte, hat mich sehr interessiert. Die Parlamentarische Versammlung der NATO ist jedoch nicht die einzige Versammlung, die sich mit diesen Themen beschäftigt. Haben Sie irgendwelche Ideen für die Koordinierung verschiedener Versammlungen und Körperschaften, die sich ungefähr auf die gleichen Angelegenheiten konzentrieren? Das Europäische Parlament, die Ostseeparlamentarierkonferenz und die Nordische Versammlung befassen sich auch mit diesen Fragen. Ich finde, als eine externe Person, dass eine Koordinierung für die Vermeidung der Verdoppelung der Handlungen und für die Schaffung einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Versammlungen notwendig ist. Gestern haben wir viel vom IPEX-System gehört, das sich eher mit den gesetzgebenden Angelegenheiten beschäftigt. Wäre es also möglich, im Rahmen des IPEX-Systems eine Art Unternehmungsagenda zu schaffen und andere internationale Versammlungen zur Teilnahme an bestimmten Projekten einzuladen oder für diese Agenden etwas in der Art des IPEX-Systems zu schaffen, damit sie voneinander lernen könnten?

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Danke. Bevor Sie antworten, möchte Kjell kommentieren.

KJELL TORBIÖRN

Direktor des Kabinetts des Generalsekretärs der Parlamentarischen  
Versammlung des Europarates

Danke, Herr Vorsitzender. Das ist nur ein Kommentar dazu, was Du über die WTO gesagt hast. Du hast Deine Hoffnung geäußert, dass eine parlamentarische Versammlung der WTO entstehen könnte. Das, was jetzt dort geschah, ist hochinteressant. Die WTO reagiert gegen jede parlamentarische Teilnahme allergisch. Die Mitgliedstaaten halten sich für eine strikt intergouvernementale Organisation. Sie argumentieren das damit, dass sie Abkommen schließen, die dann durch Parlamente aller Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

In dieser Situation bleiben uns die Europäische Union und das Europäische Parlament. Die EU ist ein sehr wichtiger Akteur bei den Verhandlungen mit der WTO, weil die Europäische Kommission die Berechtigung hat, im Namen der Europäischen Union zu verhandeln. In dieser Situation sagt das Europäische Parlament: „Sieh mal, die Europäische Kommission verhandelt, während wir nichts zu sagen haben, und wir wollen etwas zu sagen haben.“ Und die WTO antwortet: „Es tut uns leid. Ihr seid keine Verhandlungsseite“. Ähnlich mit der Mitgliedschaft. Jetzt haben wir 25 aus ungefähr 144 Mitgliedern der WTO. In dieser Situation hat das Europäische Parlament die Zusammenarbeit mit der Interparlamentarischen Union aufgenommen. Die IPU besitzt die weltweite Mitgliedschaft und konnte ein natürlicher parlamentarischer Partner für die WTO sein, hat jedoch kein Geld. Das Europäische Parlament hat genug Geld. Sie treffen regelmäßig zusammen und spielen gemeinsam mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (als jüngerer Partner) eine sehr wichtige Rolle. Wir schicken immer eine Delegation zu ihren Treffen und haben sehr gute Kontakte sowohl zu dem EP als auch zu der IPU. Und so zahlt das EP die Mehrheit der benötigten Mittel, und die IPU garantiert die weltweite Vertretung. Die WTO hat also eine parlamentarische Instanz, ohne die Notwendigkeit ihrer offiziellen Anerkennung. Das ist hochinteressant. Danke.

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Ich verstehe, dass die Welthandelsorganisation auf das parlamentarische Engagement allergisch reagiert, jedoch die Tatsache ist, dass es ein solches Engagement auch dort gibt. Wir sind natürlich nicht im Stande alleine zu handeln, deswegen sind wir am Informations- und Meinungs austausch mit den parlamentarischen Organisationen aus Europa interessiert.

Andreas Maurer stellte zwei Fragen nach der Verantwortung und Zusammenarbeit zwischen den parlamentarischen Körperschaften. Seine Fragen richtete er an drei Rednern. Beginnen wir mit Guy.

GUY LINDSTRÖM

Stellvertretender Direktor, Internationale Abteilung, finnisches Parlament

Ich sage etwas über die Koordinierung. Ich glaube, dass wir zugeben müssen, dass die Parlamente mit der Koordinierung eher schlecht zurecht kommen. Wir sind schwach zu Hause, und auch auf der internationalen Ebene. Ein Grund dafür ist vielleicht, dass wir sehr schlechte Kontakte unter Parlamenten und verschiedenen internationalen Organisationen haben. Wir können unsere Handlungen in dem Sinne koordinieren, dass wir gemeinsame Treffen, Seminare u.Ä. veranstalten. Das alles ist sehr gut, vor allem wenn es sich um die Arbeit auf der nationalen Ebene handelt. Es hilft jedoch nicht allzu sehr beim Formieren der Parlamentarier oder bei ihrer Vorbereitung auf internationale Verhandlungen. Vor ein paar Jahren habe ich mich mit der Koordinierung beschäftigt. Das war während des Gipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Finnland hatte damals den Vorsitz des Arktischen Rates, der auch seine parlamentarische Körperschaft hat. Wir versuchten irgendeinen parlamentarischen Beitrag für die Arbeiten des Gipfels in Johannesburg zu leisten. Das war eine sehr schwierige Sache und endete mit einer etwa fünfminütigen Erklärung, die jemand äußerte. Das war eine Art parlamentarischer Stimme vor dem Ende des Gipfels. Man kann sagen – wir waren da. Das war gut an sich, aber in Wirklichkeit gab es keine Idee, wie die Koordination aussehen soll. Ich weiß, dass alle daran denken, dass wir mehr unternehmen wollen, aber wenn es zu Konkreten kommt, ist es wirklich nicht leicht die richtigen Kanäle zu finden, wenn wir wirklich einen Einfluss auf etwas erreichen wollen.

MIKOŁAJ KARŁOWSKI

Experte, Kanzlei des polnischen Sejms

Ich stimme mit meinem Vorredner überein, dass das eine Sache ist, die in Parlamenten schwierig zur Durchführung ist. In Versammlungen werden dagegen der Vorrang und die Thematik von Debatten in großem Maße von den Mitgliedern bestimmt und im Falle der Parlamentarischen Versammlung der NATO vor allem durch den Ständigen Ausschuss. Die Versammlungen entscheiden selbst, worüber sie diskutieren wollen. Die Thematik der Arbeiten wird aus ihrer eigenen Perspektive bestimmt; in Bezug darauf, woran die Mitglieder der Versammlung interessiert sind.

Beachtenswert sind die bestehenden Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen den Sekretären der nationalen Delegationen und den Abgeordneten auf der Ebene der Sekretariate dieser Delegationen. Als Beispiel könnte man die von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE organisierten Wahlbeobachtungsmissionen nennen. Die Versammlung richtete mehrmals Bitten an andere Versammlungen, damit ihre Vertreter an den von ihnen organisierten Missionen teilnehmen. Die Abgeordneten aus Polen nahmen an den Wahlbeobachtungsmissionen in der Ukraine oder in Weißrussland sehr gern teil. Ich würde sogar sagen, dass es zu viele Freiwillige im Verhältnis zu den Organisationsmöglichkeiten und zum Bedarf gab.

Die Zusammenarbeit zwischen den Versammlungen besteht auf jeden Fall und es sind sogar Versuche (und Effekte) der Arbeitskoordinierung sichtbar. Man sollte jedoch nicht vergessen, dass der Terminkalender der Versammlungen die Erwartungen der Abgeordneten widerspiegeln muss. Wir können nur Ratschläge erteilen und ihre Energie in konkreter Richtung lenken.

PAUL COOK

Chef des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit,  
Parlamentarische Versammlung der NATO

Am Anfang werde ich die Angelegenheit der Verantwortung aufwerfen. Aus der Perspektive des Sekretariats scheint es mir, dass das eine heikle Angelegenheit ist, weil es nicht in unserem Interesse liegt, die Parlamentarier zum Thema ihrer Verantwortung gegenüber ihren Wählern zu belehren. Das ist ihre eigene Entscheidung. Ich glaube, dass sie von uns intellektuell sowohl auf die Kontakte zu den Wählern als auch auf den Informationsaustausch zwischen ihnen und den Wählern gut vorbereitet werden. Ich weiß zum

Beispiel, dass viele von den Versammlungsmitgliedern auf ihren privaten Internetseiten Links zu unseren Seiten haben. Das ist eine der Weisen, damit sich die Wähler, wenn sie genug wissbegierig sind, direkt mit unseren Artikeln und Berichten bekannt machen können. Ich glaube, dass das alles ist, was wir auf diesem Gebiet machen können (ich schaue darauf aus der Perspektive eines nationalen Parlaments). Das war der erste Punkt.

Wenn es sich um die Koordinierung handelt, dann war es eine treffende Bemerkung. Es ist wahr, dass sich fünf oder sechs parlamentarische Versammlungen mit der Energiesicherheit beschäftigen und das ist vermutlich gut so. Das Thema ist sehr ernst und die Betrachtungsweisen sehr unterschiedlich, dass es, meiner Meinung nach, sinnvoll ist, wenn wir uns alle mit diesem Thema auf eine oder auch andere Art und Weise befassen. Das wäre meine erste Schlussfolgerung.

Wenn man über das Thema tiefer nachdenkt, da entsteht ein Problem einen potentiellen Bedarf an eine Informationsbank. Sie kann in virtueller Form, als eine Internetseite sein, auf der wir alle von unseren Projekten und Dokumente unterbringen könnten. Auf diese Art und Weise wissen wir, woran die anderen Organisationen arbeiten, und umgekehrt, sie wissen, woran wir in gewissem Augenblick arbeiten. Ich weiß, dass die Mitglieder meiner informellen Parlamentariergruppe keine Probleme haben, sich den Arbeiten anderer Gruppen anzuschließen. Wir arbeiten zum Beispiel viel mit der OECD und der Weltbank zusammen. Es geht mir darum, dass es viele Möglichkeiten gibt, um Kontakt aufzunehmen und es muss nicht immer unbedingt offizieller Prozess sein. Ich glaube jedoch, dass eine Informationsbank eine gute Lösung wäre. Dort konnte man konkrete Berichte und Projekte finden, an denen wir im Moment arbeiten. Ich denke, dass das nützlich wäre.

Ich möchte unterstreichen, dass wir uns mit WTO beschäftigen. Wir haben einen Unterausschuss für transatlantische Handelsbeziehungen. Seine Arbeit konzentriert sich nicht nur auf die WTO, sondern auch auf die mit der WTO verbundenen Angelegenheiten. Dieser Idee liegt eine Bemerkung zugrunde, dass wir nach dem Kalten Krieg den „transatlantischen Sinn“ verloren haben. Wir haben das Diskussionsgebiet verloren. Deswegen haben unsere Mitglieder, bei großer Unterstützung seitens der Amerikaner, über die Gründung des Unterausschusses für Handelsbeziehungen entschieden. Und wieder es ist ein Thema, das nicht in den Kompetenzen der NATO liegt. Wir beschäftigen uns doch damit, weil das politisch wichtig für gemeinsame Kontakte ist.

Noch eine Bemerkung zur Koordinierung. Ich kenne keinen Ursprung dieser Initiative, aber es sind gewisse Handlungen sichtbar, die die Gründung



eines elektronischen Parlaments [*e-parliament*] – eines globalen, virtuellen Parlaments zum Ziele haben. Dort könnte man Informationen über die Arbeit der nationalen Parlamente unterbringen, sowie seine gesetzgebenden Ideen mit anderen teilen. Ich kenne jedoch kein Äquivalent für interparlamentarische Versammlungen, und so kehren wir wieder zur Idee einer Informationsbank zurück.

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Danke, Paul. Ich glaube, dass die Idee eines elektronischen Parlamentes, dessen Gründung man seit zehn Jahren überlegt, sehr interessant ist. Die Debatte über dieses Thema ist leider ins Stocken geraten. Die Parlamentarier sollten aber von den neusten Informationstechnologien Gebrauch machen, um im Netz handeln und zusammenarbeiten zu können.

Wir haben noch zwei Personen, die sich zu Wort gemeldet haben, und dann möchte ich die Diskussion beenden, um genug Zeit für die Zusammenfassung des ganzen Seminars zu haben. Dieser Teil der Tagung wird vom Experten für Rationalisierung, Herrn Morten Knudsen vom dänischen Folketing, moderiert. Zuerst jedoch Wojciech Sawicki, und dann Michel Antoine.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Danke, Thomas. Das, was Paul als Antwort auf die von Andreas gestellte Frage über die Koordinierung gesagt hat, ist sehr wichtig. Ich glaube persönlich nicht an die Idee der Koordinierung, weil welche Körperschaft die Koordinierung führen sollte, wen sie koordinieren sollte, wer entscheiden würde, „du machst dies und du das?“ Es ist eine schwierige Aufgabe. Ich glaube dagegen an den Informationsaustausch. Andreas hat über IPEX gesprochen – das ist eine ernste Angelegenheit. Ich erwarte davon einen Informationsaustausch über die EU-Gesetzgebung unter den nationalen Parlamenten. Wir können in der Tat auf der Ebene der Generalsekretäre der internationalen Versammlungen darüber nachdenken, welche Möglichkeiten des Informationsaustausches es gibt und wie man diese Informationen den nationalen Parlamenten zur Verfügung stellen könnte. Zu diesen

Informationen gehören auch unsere Tagesordnungen und Themen, über die wir diskutieren werden. Das ist ziemlich wesentlich. Wir alle wissen von der Existenz unserer Internetseiten, auf denen es solche Informationen gibt. Um jedoch alle benötigten Informationen zu finden, muss man sie auf verschiedenen Internetseiten suchen, sie überprüfen und verifizieren, usw. Die Schaffung eines gemeinsamen Systems des Informationsaustausches könnte interessant sein und ich glaube, dass wir diese Idee weiterentwickeln sollen. Ich glaube auch, dass diese Überlegungen auch den nächsten Punkt unserer Tagesordnung betreffen. Sie können in den Schlussfolgerungen dieses Seminars berücksichtigt werden: Beantragung der Generalsekretäre der interparlamentarischen Versammlungen zur Weiterentwicklung dieser Idee.

MICHEL ANTOINE

Chef der Abteilung für Europäische Forschung und Vergleichsrecht,  
französische Nationalversammlung

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle meine Erfahrungen als Beamten der Nationalversammlung bezüglich der Art und Weise mitteilen, wie Parlamentarier ihre internationale Tätigkeit sowohl den Wählern, als auch im Parlament darstellen. Nicht immer ist das einfach. Die Presse interessiert sich oft nicht für internationale Organisationen. Die Presse interessiert oft nicht, was Herr X von bestimmter Sache von internationaler Bedeutung hält. Und es gibt doch sehr interessante Fälle. Ich bin von der Zahl der im Fernsehen übertragenen Debatten überrascht, deren Teilnehmer nationale Parlamentarier sind, die gleichzeitig Mitglieder einer oder anderer internationalen Versammlung sind und die, dank seiner Arbeit in internationalen parlamentarischen Versammlungen, die Möglichkeit haben, internationale Probleme zu verstehen. Das bewirkt, dass sie entweder zu interessanten Ansprechpartnern werden, oder im Stande sind, bestimmte neue Ideen zu präsentieren, oder den aktuell regierenden Minister zu unterstützen, oder sich ihm zu widersetzen. Ein großes Problem für nationale Parlamentarier im Rahmen der Kontrolle der Pflichterfüllung ist es, einem Minister zu sagen: Herr Minister, das ist ein Problem, mit dem Sie sich nicht beschäftigt haben. Was halten Sie davon? Das Problem der Parlamentsbeamten ist es dagegen, den Parlamentariern ausreichende Unterstützung zu gewährleisten, damit ein Minister nie antworten könnte: „Herr Abgeordneter, sie haben davon keine Ahnung“.

Die Entwicklung der internationalen Informationskanäle, die Entwicklung der parlamentarischen Informationskanäle, das Veranstalten der im Fernsehen

ausgetragenen internationalen Debatten, die es so oft in Frankreich gibt – ich weiß nicht genau, wie das in anderen Ländern aussieht, obwohl wenn man auf das Angebot von BBC oder DW schaut, sind ähnliche Fälle zu sehen – bilden, was eine sehr interessante Erscheinung ist, eine Verbindung mit Bürgern. Und ich bin überzeugt, dass je besser die Qualität der von einer bestimmten internationalen Versammlung durchgeführten Arbeiten ist, desto besser ihre Rolle ausgeführt ist. Hier denke ich an manche nachahmenswerte Berichte des Europarates. Ich danke Frau Gebart für ihre großartige Arbeit, welche die Dienstleistungsrichtlinie betrifft. Je häufiger die nationalen Parlamentarier an solchen Diskussionen teilnehmen werden oder zu Berichterstattern oder Ausschussvorsitzenden werden, desto größere Rolle sie in den internationalen Angelegenheiten spielen werden. Kann man von der parlamentarischen Diplomatie sprechen? Das ist schon eine andere Frage. Eine internationale Debatte wird sowohl in den internationalen Organisationen, als auch in zunehmendem Maße in den Massenmedien geführt. Und auch hier sind interessante Erfahrungen, die man vielleicht anderen mitteilen sollte, immer zahlreicher.

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Danke Michel. Ich finde, dass das, was hier gesagt wurde, insbesondere zum Thema der Entwicklung der parlamentarischen Informationskanäle besteht bereits in der Mehrheit der Parlamente. Das Europäische Parlament entwickelt gerade seinen eigenen Informationskanal. Das Verbreiten der Nachrichten über den Tätigkeiten der nationalen Parlamente auch auf der Ebene der internationalen Versammlungen ist unsere gemeinsame Aufgabe und bildet die Möglichkeit für weiteres Handeln in der Zukunft. Ich glaube, dass noch viel zu tun ist, und dank neuer Informationstechnologien gibt es neue Möglichkeiten, damit die parlamentarische Diplomatie erfolgreicher wird und die Parlamentarier auch zu den Bürgern kommen können – weil heutzutage die Distanz zwischen ihnen riesig ist und unbedingt verkleinert werden soll.

Will einer von unseren drei Rednern etwas hinzufügen? Bitte Mikołaj.

MIKOŁAJ KARŁOWSKI

Experte, Kanzlei des polnischen Sejms

Gibt es irgendwelche Verantwortung der Abgeordneten der nationalen Parlamente gegenüber ihren Wählern? Es ist in hohem Maße vom Grad der Entwicklung der politischen Kultur eines Landes, und auch von der Arbeitsweise der Parlamente sowie von der Art der Wahl dieser Parlamentarier abhängig. Im Falle Polens haben wir oft mit solch einer Situation zu tun, wenn die Parlamentarier zufrieden und stolz sind und sich vor ihren Wählern damit prahlen, dass sie Mitglieder irgendeiner internationalen Delegation sind und dass sie an ihren Treffen teilnehmen, während die Wähler an internationalen Problemen nicht interessiert sind. Sie wollen von den Wirtschaftsfragen und von den Steuern hören. Sie fragen, warum es in ihrem Wahlkreis so große Arbeitslosigkeit gibt.

Eine sehr interessante Sache, die von Herrn Michel Antoine von der französischen Nationalversammlung berührt wurde, ist die Frage der Benutzung neuer Technologien zum Kontakt mit Wählern. Wir sind Zeugen einer Situation, wenn neue Wählergenerationen kommen, die mit den neuen Informationstechnologien gut vertraut sind. Es ist möglicherweise ein neues Feld für Parlamente und Versammlungen zum Bewirtschaften.

Ein ziemlich interessantes Beispiel kann die Internetseite der NATO sein, wo man sich nicht nur die aktuellen Ereignisse aus dem Hauptquartier ansehen kann, sondern auch beispielsweise die in regelmäßigen Abständen aktualisierten kurzen Aussagen des Sprechers der NATO, des Generalsekretärs oder der anderen, zu den Ministertreffen oder Treffen des Nordatlantikrates eingeladenen Gäste herunterladen kann. Es ist eine neue Form des Kontakts. Ein Wähler, oder eine andere, daran interessierte Person (ich lade das selbst herunter), hat eine Möglichkeit, diese Informationen abzuhören. Die neue Technologie bietet eine einseitige Möglichkeit an einem gewissen Ereignis teilzunehmen. Möglicherweise könnten die Abgeordneten von ähnlichen Lösungen Gebrauch machen.

Es gibt noch einen anderen Aspekt. Unsere Parlamente setzten sich bisher für keine Unterstützung der Parlamentarier in ihren Kontakten zu den Wählern ein. Das sollte die Aufgabe selbst der Wähler und der politischen Parteien sein. Die Parlamentsverwaltung konzentrierte sich in der Regel darauf, den Parlamentariern die Möglichkeit der Arbeit im Parlament und in anderen Formen ihrer parlamentarischen Aktivität, z.B. in der interparlamentarischen Zusammenarbeit zu garantieren.

THOMAS GRUNERT

Chef der Abteilung für Interparlamentarische Delegationen,  
Generalsekretariat des Europäischen Parlaments

Danke Mikołaj. Paul, Guy, möchten Sie etwas hinzufügen? Gut, ich bedanke mich also bei unseren drei Rednern und bei allen Beteiligten für die Teilnahme an der Diskussion. Ich glaube, dass das eine interessante „Reise“ war, auch wenn wir nicht alle Plätze auf der Erdkugel besucht haben. Wir haben nämlich unsere Beziehungen zu Lateinamerika und Afrika nicht erwähnt. Vielleicht, wenn Sie an diesem Thema interessiert sind, können wir diesen Punkt in der letzten Runde besprechen, oder auch wird er zum Gegenstand nächster Konferenz. Vielen Dank und ich übergebe die Leitung an Liam Laurence Smyth, der die letzte Session leiten wird. Danke.

## TAGUNG 7

Übernationale parlamentarische  
und interparlamentarische  
Versammlungen in Europa  
des 21. Jahrhunderts:  
Zusammenfassung der Debatte

## LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons,  
Vereinigtes Königreich

1989 war ich in Straßburg, als Gorbatschow in seiner Rede vom gemeinsamen europäischen Haus gesprochen hat. Damals, gegen Ende der 80er Jahre war ich Sekretär der Delegation zum Europarat, zur Westeuropäischen Union und zur Parlamentarischen Versammlung der NATO. Das war für mich eine sehr aufregende und inspirierende Zeit und jetzt macht es mir viel Spaß, dass ich in jetzigem Abschnitt meiner Karriere auf die internationale Bühne zurückkehren kann, um zu sehen, was wir in diesem Bereich erreicht haben und was noch zu tun ist.

In den letzten Jahren habe ich mich mit den europäischen Angelegenheiten beschäftigt und vor allem mit der Entwicklung der Internetseite vom IPEX. Dabei haben Frau Agostini und Ihre Mitarbeiter aus Italien, Herr Knudsen und seine Mitarbeiter aus Dänemark sowie meine polnische Freunde Regina Wąsowicz und Andrzej Dziubecki große Verdienste. Die Zusammenarbeit mit ihnen ist für mich eine Freude. Meine Teilnahme an diesem Treffen bedeutet mir viel.

Ich glaube, dass das ein sehr interessantes Seminar ist. Wir haben ein paar sehr gute Präsentationen gehört, aber ich konnte mich des Eindrucks nicht entziehen, dass es an diesem Tisch viele Personen gibt, deren Rolle sich lediglich auf das Zuhören begrenzt. Sie nehmen an unserer Debatte nicht voll teil oder es ist ihnen nicht ganz bewusst, dass sie im Namen ihrer Parlamente sprechen können. Wir können ihre Gründe, von denen sie sich leiten lassen, verstehen und respektieren. Vielleicht sollten wir realistisch einschätzen, was wir innerhalb der nächsten Stunde erreichen können. Ich glaube nicht, dass wir zu sehr verbindlichen Schlüssen kommen, die wir unseren politischen Patronen mitteilen könnten.

Unsere polnischen Kollegen haben uns ein paar Ansichten und Schlussfolgerungen aus diesem Seminar dargestellt. Wir sollten über sie nachdenken und sie sich annehmen. Ganz klar, dass Sie ihre Bemerkungen entweder jetzt, oder in den nächsten paar Wochen per E-Mail mit uns teilen können. Ich möchte Ihnen jetzt ein paar meiner Vorbemerkungen mitteilen.

Vor kurzem habe ich eine Risikoanalyse, die meine Tätigkeit betraf, durchgeführt. Welches Risiko ist das? Wie ich dieses Risiko verwalten soll? Was

meine Mitarbeiter betrifft, die die Arbeiten der internationalen Versammlungen unterstützen, nehme ich an, dass ich alles tue, was in meiner Macht steht, um die Teilnahme der Mitglieder der Parlamente an den Treffen sicherzustellen, an denen sie pflichtgemäß sein sollen. Es ist jedoch wahr, dass ihre Abwesenheit an diesen Treffen nicht viel ändert. Auf lange Sicht würde vielleicht das Vereinigte Königreich an seinen Einflüssen und Glaubwürdigkeit verlieren. Die Parlamentarier würden wiederum bestimmte Gelegenheiten verpassen. In Wirklichkeit müssen wir uns selbst auf die Frage antworten, ob die interparlamentarische Aktivität unerlässlich ist oder nicht. Ich glaube, dass es sehr interessant war, verschiedene Meinungen der Vertreter der interparlamentarischen Versammlungen zu hören. Die Vertreter der WEU-Versammlung (vielleicht ein extremer Fall) sprachen von der Bedeutung des Vertrags und von der Notwendigkeit der Schaffung einer Datenbank. Im Gegensatz zu denen äußerte sich ein Vertreter der Parlamentarischen Versammlung der NATO über freie Auswahl der Mitglieder, die eigene Methoden und Vorgehensweisen bestimmen würden. Ich glaube, dass es offensichtlich ist, dass es nur eine sehr kleine Möglichkeit der Rationalisierung der interparlamentarischen Versammlungen gibt. Erinnern wir uns an Schwierigkeiten, von denen Valeria gesprochen hat, dass die Frauen von den in der Schwarzmeerregion versammelten Parlamenten nicht zu einer Einigung kommen können, um statt zwei Gruppen eine zu schaffen. Das kompliziert die Handlungen. Daher sollten wir vielleicht unsere Bemühungen auf etwas anderes richten. Dieses Seminar hat seine wissenschaftliche Rolle im Rahmen des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation sehr gut erfüllt. Ich denke über die Dokumentation nach. Ich überlege, ob wir eine gute Dokumentation der Anstrengungen dieser interparlamentarischen Versammlungen haben, ob das institutionelle Gedächtnis, das übermittelt wird, gut ist. Wir können zum Beispiel die Sparsamkeit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE bewundern. Sie verfügt jedoch nicht über so raffinierte Aufzeichnungen der Beratungen, die zum Beispiel die Parlamentarische Versammlung des Europarates besitzt. Ich glaube, dass wir uns mehr Mühe geben müssen, unsere Parlamentarier in unseren nationalen Parlamenten zu unterstützen, damit sie von ihrer Tätigkeit möglichst viel profitieren. Ich muss sagen, dass wir uns hauptsächlich auf das Finden der Flüge und Hotels konzentrieren. Ich glaube nicht, dass ich genug Zeit und Kräfte widme und genug Informationen liefere, um meinen Parlamentariern bei ihrer Arbeit zu helfen, wenn sie schon das Ziel ihrer Reise erreichen. Ich glaube, dass wir zu wenig tun, um Informationen zu sammeln. Ich denke auch, dass eine der wertvollsten Initiativen dieses Seminars unsere



Antwort auf den Appell von Paul Cook sein könnte, um mehr Informationen zu sammeln und einen besseren Gebrauch von ihnen zu machen.

Ich verstehe und respektiere die Bedeutung der Äußerungen von Kolleginnen und Kollegen über die Erfahrung der Parlamentsmitglieder, die an den Arbeiten teilnehmen, über die Schaffung des Netzes sowie über die Freundschaften, die geschlossen wurden. Das sind jedoch sehr persönliche und ephemere Erfahrungen. Ich glaube, dass zu unseren Aufgaben als parlamentarischen Beamten die Suche nach Möglichkeiten der Unterstützung dieser Erfahrungen gehört. Dazu gehört aber auch die Suche nach einer Vorgehensweise, die das Leben unserer Parlamentarier bereichern und entwickeln würde. Und an dieser Stelle, wie ich glaube, stehen die von Andreas Maurer vor uns gestellten Herausforderungen eng mit diesem Thema zusammen.

Dieses Seminar schätze ich als sehr interessant ein. Ich glaube, dass die Referate unseren Erwartungen entsprochen haben. Ich hoffe, dass während ich meine chaotischen Bemerkungen mit Ihnen teilte, hatten Sie Zeit diese Schlussfolgerungen durchzublättern. Jetzt übergebe ich das Wort an Morten Knudsen und Sie alle möchte ich zur aktiven Teilnahme und Meldung Ihrer Bemerkungen zu den Referaten ermuntern.

Morten unterstützt die Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten, die bald stattfinden wird. Neulich gab er die Funktion auf, die er als erster bekleiden konnte. Er konnte sich dank der großzügigen finanziellen Unterstützung des dänischen Parlaments für die Arbeiten des Sekretariats der COSAC engagieren. Er inspirierte uns alle damit, wie er in Brüssel diese Rolle für die Vertreter der nationalen Parlamente schaffte. Ich warte mit Ungeduld auf seine Rede.

## MORTEN KNUDSEN

Sekretär der Arbeitsgruppe für Rationalisierung der interparlamentarischen  
Zusammenarbeit in Europa, dänisches Parlament

---

# Zusammenfassung des Seminars: Kann man die interparlamentarische Zusammenarbeit rationalisieren? Wenn ja, was sollte man tun, um es zu erreichen?

Vielen Dank, Liam.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde. Obwohl das mein erster Auftritt auf dem Treffen vom EZPWD ist, kann ich mich an Sie per „Freunde“ wenden, weil ich viele Gesichter erkenne, die ich aus anderen interparlamentarischen Treffen kenne, vor allem aus dem Forum der COSAC, denn, wie Liam bereits erwähnte, ist meine Vergangenheit mit der COSAC verbunden. Deswegen muss ich, bevor ich mit meiner Rede anfangen, eine Sache richtig stellen, und zwar das, dass Herr Grunert mich als einen Experten für Rationalisierungsfragen nannte. Ich kann Hand aufs Herz sagen, dass ich überhaupt keine Erfahrung in der Rationalisierung von irgendetwas habe. Ganz im Gegenteil, ich leistete für die Schaffung neuer Bürokratie in der COSAC den Beitrag, was in ein paar Dimensionen, wie ich meine, die Arbeiten der COSAC verbesserte. Und wenn das im gewissen Sinne ein Ziel unseres Seminars ist, geht es nicht unbedingt um Auflösung irgendeiner Organisation, sondern um die Verbesserung ihrer Arbeit.

Bevor ich anfangen möchte, möchte ich mich bei unseren Gastgebern, beim polnischen Senat, für dieses ausgezeichnet organisierte Seminar bedanken. Während eineinhalb Tage erfuhr ich viel von den interparlamentarischen Organisationen. Ich kann nur darum beten, damit das dänische Parlament imstande wäre, eine genauso gute Konferenz in Kopenhagen zu veranstalten, wenn sich die Vorsitzenden der EU-Parlamente vom 29. Juni bis zum 2. Juli treffen werden. Ich bedanke mich bei Ihnen vor allem für das ausgezeichnete

Abendessen gestern. Ich kann Euch sagen, es sieht so aus, dass ich ein vorbereitetes Referat habe – ich habe diesen Laptop mitgebracht – ja, das stimmt, ich habe ein paar Notizen mit, die ich gestern nach dem Abendessen machte. Wenn ich etwas sage, was Eure Bedenken auslöst, dann ist nur der gute polnische Wein daran schuldig. Ich möchte auch hinzufügen, dass ich meine persönliche Meinung ausdrücke und nicht dänisches Parlament vertrete. Ich werde keine provozierenden Bemerkungen äußern, wie es gestern Herr Maurer oder Herr Grunert taten, ich sichere mich aber vor dem Fall ab, wenn jemand den Inhalt meiner Aussage meinen Vollmachtgebern im dänischen Parlament mitteilen würde. Natürlich kann ich auf keinen Fall Entscheidungen meiner politischen Patronen vorhersehen, wenn sie sich in Kopenhagen treffen.

Ich wurde um Äußerung zum folgenden Thema gebeten, „Kann man die interparlamentarische Zusammenarbeit rationalisieren? Wenn ja, was sollte man tun, um es zu erreichen?“ Bevor ich diese Frage beantworte – die ganze Zeit versuche ich es zu vermeiden – möchte ich den Hintergrund dieser Situation im Kontext der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden im Zusammenhang mit diesem Problem besprechen. Mindestens diejenigen, die die Tätigkeit der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden nicht täglich verfolgen, können dabei viel erfahren. Die Frage nach Rationalisierung wurde zum ersten Mal auf der Konferenz der Parlamentspräsidenten gestellt, die in Den Haag im Juli 2004 stattfand. Eben damals meldeten der damalige Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer, Pier Ferdinando Casini, und der damalige Präsident des deutschen Bundestags, Wolfgang Thierse, ein Bedürfnis einer Diskussion zum Thema „Die Möglichkeiten der Rationalisierung der interparlamentarischen Organisationen“ an. Genauer gesagt, formulierten sie es so, dass sie wollten, damit eine Diskussion stattfand, deren Ziele die Untersuchung der Entwicklung von interparlamentarischen Strukturen, Versammlungen und Institutionen auf der europäischen Ebene sowie die Überprüfung ihrer Effizienz wären.

Man sollte die Anträge immer sehr vorsichtig stellen, weil bevor man sich umschaute, man zum Berichterstatter berufen wird. So passierte es Herrn Thierse. Er wurde um die Erstellung eines Berichts für die nächste Konferenz, die im Mai 2005 in Budapest stattfand, gebeten. Er schickte einen Fragebogen mit ein paar Bezügen zu seinem Bericht, der zur Basis für die Diskussion wurde, die in Budapest in 2005 über die Rationalisierung der interparlamentarischen Organisationen stattfand. Die Diskussion konzentrierte sich damals auf nur sechs unterschiedliche europäische interparlamentarische Organisationen. Doch in Budapest kam es zur Verständigung der Vorsitzenden

über konkrete Vorschläge der Reformen der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa nicht. Die Parlamentsvorsitzenden wandten einen alten guten Trick an, und zwar bürdeten alles dem nächsten Vorsitz auf. Sie entschieden, dass sie sich an den dänischen Vorsitz mit einem Antrag auf die Gründung einer Arbeitsgruppe wenden, die die Möglichkeit der Rationalisierung untersuchen sollte, und wenn es möglich wäre, einen Reformvorschlag darstellt.

Bevor ich mehr über die Arbeit der Arbeitsgruppe sage, erwähne ich kurz, dass Herr Thierse, obwohl die Konferenz der Parlamentsvorsitzenden zu keinen Schlussfolgerungen in diesem Bereich kam, in seinem Bericht feststellte, dass die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten keine Weise fand, die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Zukunft zu rationalisieren. Er stellte aber auch fest, dass es insbesondere drei Bereiche gab, zumindest von seinem persönlichen Standpunkt aus, wo die Reform möglich und sogar notwendig wäre. Innerhalb der letzten eineinhalb Tage hat man ein paar solchen Fällen Aufmerksamkeit geschenkt. Diese Bereiche sind: Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in manchen Angelegenheiten, der zweite Bereich: die Rolle der WEU-Versammlung, und der dritte Bereich ist interparlamentarische Zusammenarbeit in der Region des Mittelmeeres. Die von der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden gegründete Arbeitsgruppe traf sich nur einmal, im Februar 2006 in Kopenhagen, zusammen. Anfangs, vor dem Treffen, war die Absicht der dänischen Präsidentschaft eine Debatte über diese drei von Herrn Thierse dargestellten Bereiche durchzuführen. Es ergab sich aus unserer Ansicht, dass man nicht im Stande ist, sich auf alles zu konzentrieren – der Bereich der interparlamentarischen Zusammenarbeit ist sehr umfangreich und es ist nicht möglich, irgendwelche Ergebnisse zu erzielen, ohne unsere Bemühungen auf konkreten Fragen zu konzentrieren.

Es gab jedoch – ich muss es sagen – keinen wirklichen Willen unter den Vertretern von Parlamenten, über die Möglichkeit der Rationalisierung der interparlamentarischen Organisationen zu diskutieren. Eine andere, ziemlich interessante Frage, war die in dieser Zeit ungenügend zugängliche Information über die Arbeiten der europäischen interparlamentarischen Organisationen, ihre Strukturen usw. Es fanden zu wenige Konsultationen über interparlamentarische Organisationen statt, die diese Probleme betrafen. Offensichtlich, seit dem Zeitpunkt des Vorschlags, damit diese drei Fragen in der Arbeitsgruppe besprochen wurden, wurden diese Organisationen in einem ausreichenden Maße nicht konsultiert.

Ich meine – und dazu komme ich noch zurück –, dass, wenn wir einen Fortschritt in den Arbeiten an der Reform oder Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit erreichen wollen, dann brauchen wir eine bessere Überprüfung der existierenden interparlamentarischen Organisationen in Europa, ihrer Aufgaben und Funktionen. Darauf komme ich aber noch zu sprechen.

Wenn es sich um die Vorschläge handelt, wie die interparlamentarische Zusammenarbeit rationalisiert werden sollte, war das Ergebnis der Arbeiten der Arbeitsgruppe ziemlich schlecht. In der Tat, für die von den Generalsekretären am nächsten Tag akzeptierten Schlussfolgerungen reichte ein Papierblatt und ich denke, dass sie auf der Internetseite der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden der dänischen Präsidentschaft zugänglich sind. Falls Sie daran Interesse haben sollten, gebe ich Ihnen die Internetadresse, wo man sie finden kann.

Das war ein richtiges Forum insbesondere deswegen, dass eine der Schlussfolgerungen davon spricht, dass die dänische Präsidentschaft einen sachlichen Bericht für die nächste Konferenz der Parlamentsvorsitzenden in Kopenhagen erstellen sollte. Ein solcher Bericht sollte auf unterschiedlichen wichtigen Informationsquellen beruhen. Eine davon sollte der Bericht von Thierse sein, zweite – die vor dem Treffen der Generalsekretäre (es betraf die von den Parlamenten bei verschiedenen interparlamentarischen Tätigkeiten genutzten Ressourcen) vom dänischen Parlament durchgeführte Umfrage, und dritte – Schlussfolgerungen aus diesem Seminar. Deswegen höre ich aufmerksam zu, was hier vom Zeitpunkt meiner Ankunft gestern Morgen gesagt wurde. Damals begann die Phase des Zuhörens – anführend eine Formulierung des Konventes – ich kann Sie aber versichern, dass diese Phase noch ein paar Wochen dauern wird. Daher, wenn jemand von Euch gute Ideen oder Vorschläge hat, die er auf diesem Seminar zu äußern vergaß, dann bitte ich um Kontakt und die Zusendung von diesen Ideen.

Der vierte Punkt der Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe war der Vorschlag, damit der Bericht nicht nur viele interparlamentarische außereuropäische Organisationen unter die Lupe nahm, sondern auch eventuelle Probleme berücksichtigte, die mit der Implementierung der Richtlinien aus Den Haag verbunden waren. Der von der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden im Juli 2004 angenommene Bericht bestimmt die Richtlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit innerhalb der EU. Sie umfasst die Konferenz der Parlamentsvorsitzenden, die COSAC, alle durch die Branchenausschüsse der nationalen Parlamente organisierten Treffen sowie die durch das Europäische Parlament oder durch das nationale

Parlament aus dem Staat, der den Vorsitz im Rat übernimmt, organisierten Treffen. Es ist eine ganz separate Frage und ich werde sie nun nicht genau besprechen. Wir werden uns mit dieser Frage auf der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden der EU befassen. In diesem Bericht werden wir keine Empfehlungen stellen, denn wir sind dazu nicht befugt. Wir reißen nur eventuelle Probleme auf, die mit der Implementierung verbunden sind.

Im Prinzip ist es ein Mandat, das von der Arbeitsgruppe erteilt wurde. Morgen, zusammen mit einem der Kollegen, fange ich an, einen Bericht zu erstellen, der alle Probleme berücksichtigt, von denen ich vor einer Weile gesprochen habe. Der Bericht wird sehr sachlich sein. Wenn Sie erwarten, dass wir die Auflösung einer Organisation vorschlagen werden, dann warten Sie darauf nicht mit angehaltenem Atem, weil es momentan keinen politischen Willen gibt, um so etwas zu tun. Bedeutet es aber, dass die Rationalisierung der europäischen interparlamentarischen Organisationen nicht möglich, erwünscht oder nötig ist? Meiner Meinung nach bewies dieses Seminar, dass es sicherlich einen Bedarf gibt, die interparlamentarische Zusammenarbeit zu reformieren und dass es auch Möglichkeiten dazu gibt. Innerhalb der letzten eineinhalb Tage stellten unterschiedliche Referenten eine ganze Reihe interessanter Ideen dar. Ich glaube, dass Herr Karłowski es vorschlug, die Rationalisierung den Marktkräften zu überlassen. Wenn wir zur Verständigung in keiner Sache im Kontext der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden kommen, dann kommt es bestimmt eben dazu. Herr Grunert schlug vor, die WEU aufzulösen, und es war einer der provozierendsten Vorschläge. Herr Hilger verteidigte verbissen die WEU, indem er viele überzeugende Argumente anführte. Herr Maurer schlug vor, wenn ich ihn gut verstanden habe, damit sowohl die COSAC als auch die nationalen Parlamente aufhören, einen so großen Druck auf das Subsidiaritätsprinzip zu legen. Ich stimme sowohl mit Herrn Grunert als auch mit Herrn Maurer in dieser Sache nicht ganz überein. Ich meine aber, dass wir noch andere Gelegenheiten haben werden, um darüber zu diskutieren.

Herr Oliver schlug vor, sich besonders Mühe zu geben, um viele Mittelmeergruppen zu rationalisieren. Sein Vorschlag ist mit dem von Herrn Thierse annähernd. Ganz klar bin ich nicht befugt, irgendwelche Schlussfolgerungen aus dieser Tatsache zu ziehen.

Und nun meine letzten Bemerkungen – wahrscheinlich spreche ich schon zu lange, aber anfangs, als mir gesagt wurde, dass ich 19 Minuten lang reden darf, hielt ich es für eine Übertreibung, weil den anderen Rednern nur zwölf Minuten zugeteilt waren. Wie sie aber sehen, sind wir, Menschen vom Norden, nicht zu gesprächig.

Auf jeden Fall möchte ich zum Schluss sagen, dass, bevor wir mit der Diskussion über die Rationalisierung der europäischen interparlamentarischen Zusammenarbeit anfangen, sollen wir den Bereich unserer Forschung bestimmen. Um welche Organisationen handelt es sich? Nur um diese sechs interparlamentarischen Organisationen, die Herr Thierse erwähnte? Und vielleicht sollen wir diesen Bereich erweitern, damit sich darin andere regionalen interparlamentarischen Organisationen befinden, weil es sehr viel von ihnen gibt, wie wir heute Morgen gehört haben?

Ich bin persönlich der Meinung, dass wir unsere Bemühungen nur auf ein paar Probleme konzentrieren sollten, und zwar dort, wo es einen Bedarf gibt und wo wir Möglichkeiten haben. Ich beantworte nicht die Frage, wo sie sich heute befinden. Ich überlasse es meinen politischen Patronen, wenn sie sich in Kopenhagen treffen. Bevor wir doch so weit denken, sollten wir meiner Meinung nach, wie Herr Puzyna erwähnte, genau die interparlamentarischen Organisationen, ihre verschiedenen Aufgaben, Ziele, und rechtlichen Grundlagen überprüfen. Überlappen sie sich vielleicht, dupliziert sich ihre Arbeit, haben sie einen Regierungscharakter? Die mit der Rationalisierung verbundenen Probleme sind eher die Regierungs- und nicht die parlamentarischen Probleme.

Und die zwei letzten Fragen, bevor wir mit dem Prozess anfangen, lauten: „Wer sollte diese Überprüfung unternehmen?“ und „Wessen Pflicht ist die Rationalisierung der europäischen interparlamentarischen Organisationen?“

Meine Antwort auf die erste Frage lautet: Meiner Meinung nach erledigten das EZPWD und der polnische Senat eine sehr gute Arbeit, wenn es sich um die Vorbereitung dieses Seminars handelt. Ich würde gewiss dem polnischen Senat und dem EZPWD vertrauen, dass sie ihre gute Arbeit fortsetzen und möglicherweise einen neuen Fragebogen senden, der manchen Problemen, von denen ich und meine Kollegen während dieser zwei Tage gesprochen haben, auf den Grund gehen wird.

Die zweite Frage: „Wessen Angelegenheit ist die Rationalisierung der europäischen interparlamentarischen Organisationen?“ Ich meine, und das kann der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden der EU nicht gefallen, dass es weder die Aufgabe, noch die Verantwortlichkeit der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden der EU ist, irgendwelche interparlamentarischen Organisationen zu rationalisieren. Sie können lediglich ihren Beitrag für den Prozess leisten, die Bereiche bestimmen, wo sie die Verdoppelung der Arbeiten sehen, das Problem den Parlamenten berichten, und hoffentlich die Diskussion in den nationalen Parlamenten erleichtern, weil, wie ich meine, die nationalen Parlamente, die an den interparlamentarischen Organisationen

teilnehmen, zu den Schlüsselteilnehmern gehören. Ganz klar können die interparlamentarischen Organisationen selbst viel tun, damit ihre Arbeit effizienter und transparenter ist. Davon sprachen insbesondere manche Kollegen aus Polen. Ich würde erwarten, dass diese Probleme in den Schlussfolgerungen der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden ihren Platz finden, was die Ermunterung für die interparlamentarischen Organisationen zur Verbesserung ihrer Effizienz und Transparenz wäre.

Ich meine, Liam, dass ich länger als die mir zugeteilten neunzehn Minuten gesprochen habe, aber du weißt, wie schnell die Zeit vergeht, wenn man in guter Gesellschaft ist. Vielen Dank.



## DISKUSSION

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Vielen Dank. Wir haben ein Referat gehört, das Schlussfolgerungen enthält. Die Vorschläge und Bemerkungen sind also herzlich willkommen. Ich wäre froh, neue Stimmen zu hören, die für Effizienz und Transparenz eine Herausforderung wären. Wojciech Sawicki beginnt.

WOJCIECH SAWICKI

Ko-Direktor des EZPWD

Danke. Ich werde versuchen, kurz zu sprechen. Ich stimme einigen Schlussbemerkungen zu, die hier formuliert wurden. Was die Rationalisierung betrifft, lautet die erste Frage, die man beantworten soll: Was wir unter dem Begriff Rationalisierung verstehen? Was das Wort bedeutet? Als ich früher hier, in der Kanzlei des polnischen Senats arbeitete, als meine politischen Vollmachtgeber mich darum baten, damit ich die Arbeit der Kanzlei rationalisiere, handelte es sich gewöhnlich darum, dass ich jemanden entlasse. Wir sollten also den Begriff definieren, von dem wir sprechen.

Andere Sache: wenn wir von der Rationalisierung, von der Modifizierung der Arbeiten der interparlamentarischen Versammlungen sprechen, dann reden wir vom Bedarf eines vollen Engagements dieser Versammlungen in diesen Prozess. Gemäß dem Spruch „nichts über uns – ohne uns“, müssen wir uns in diese Diskussion engagieren.

Ich weiß, dass wir unsere Botschaft an dieselben Teilnehmer richten, d.h. an die Mitglieder der nationalen Parlamente. Sie sind unsere Mitglieder, sie leisten Beitrag für die Arbeit unserer Versammlungen, ohne sie können wir nicht funktionieren. Deswegen ist unser Adressat – in verschiedenen internationalen Versammlungen – dieselbe Personengruppe. In der Tat stützen wir uns auf ihre Arbeit, und sie leisten ihren Beitrag für die Arbeiten vieler Versammlungen. Die „Rationalisierung“ bedeutet also die Modifikation der Arbeiten der Mitglieder der nationalen Parlamente in den internationalen Versammlungen, ist es nicht so? Bedeutet das, für ihre Tätigkeit weniger Geld

auszugeben? Bezieht sich die Rationalisierung vor allem aufs Geld? Ich betrachte es vom Standpunkt der nationalen Parlamente aus. Sprechen wir hier über eventuelle Verdoppelung der Arbeiten unterschiedlicher Organisationen? Diese Frage soll beantwortet werden.

Ganz klar können wir nicht vergessen, dass wir auch in diesen Versammlungen eine Überprüfung unserer Arbeitsmethoden und dessen, was wir machen, vollziehen. In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ist gegenwärtig eine Diskussion über das Funktionieren der Versammlung, und genauer gesagt über die Rückkehr zur Haupttätigkeit des Europarates, darüber wie wir die Arbeiten der Ausschüsse und Plenarsitzung organisieren sollen, wie wir das Problem der geringen Teilnahme lösen sollen, was das bedeutet und welche Ursachen es dafür gibt, im Gang. Wir wissen, dass für eine bestimmte Mitgliedergruppe die Tätigkeit im nationalen Parlament wichtiger ist, als die Arbeit in unserer Versammlung. Wenn sie also wichtige Angelegenheiten im Land haben, fahren sie aus und nehmen an unseren Arbeiten nicht teil. Wie sollten wir alle diese Probleme lösen? Es ist nicht so, dass wir nichts tun oder dass wir mit unseren eigenen Überlegungen auf den Bericht von Thierse oder auf die Konferenz der Parlamentsvorsitzenden der EU warten und denken: „vielleicht sollten wir etwas unternehmen, weil sich die Gefahr nähert“. So ist es in diesem Fall nicht. Meiner Meinung nach sollte man die Bemühungen vereinigen. Wir sollten auch nicht vergessen, dass das eine Aufgabe nicht nur der nationalen Parlamente, sondern auch dieser Institutionen ist.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Vielen Dank, und nun Frau Małgorzata Korzeniowska.

MAŁGORZATA KORZENIOWSKA

Büro für Information und Dokumentation, Kanzlei des polnischen Senats

Ich möchte der Aussage von Liam, der sagte, dass wir meistens die Mehrheit der Zeit verschwenden, um uns einen Platz im Flugzeug zu finden, vielleicht nicht ganz widersprechen, aber ich werde versuchen, diese Aussage ein wenig abzumildern.

Ich werde also vom Standpunkt eines sehr bescheidenen Informations- und Dokumentationsbüros aus sagen, dass wir uns viel Mühe geben, um unsere

Parlamentarier für die Teilnahme an unterschiedlichen internationalen Versammlungen vorzubereiten. Ich will an dieser Stelle keine schon erwähnten Argumente wiederholen, aus welchem Grund die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung unserer Parlamentarier entstehen, und zwar Mangel an ausreichender Information, Mangel an Datenbanken und natürlich Mangel an Rückinformation, was für uns von größter Bedeutung ist. Das heißt, dass wir, nachdem unsere Parlamentarier an den Treffen konkreter Versammlungen teilgenommen haben, keine Information mehr haben, was dort geschah. Dieser Mangel an Rückinformation stört uns bei der Vorbereitung der nächsten Information für das nächste Treffen. Das ist offensichtlich.

Und nun entsteht die Frage. Es gibt ein Seminar. Das Seminar des EZPWD ist ein Seminar der Beamten. Wie sollten wir jetzt mit unseren Schlussfolgerungen zum Bewusstsein unserer Parlamentarier kommen, damit sie das in Betracht ziehen, dass es von ihrer Aktivität und ihrer wirklich sehr aktiven Teilnahme an den parlamentarischen Versammlungen abhängig ist, wie die Arbeit in diesen Versammlungen aussieht und dass wir eine Information darüber erwarten, was dort passierte, um die nächste eingehende Information vorbereiten zu können.

Danke.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Ich sollte in Demut den Nutzen anerkennen, der sich aus der Tatsache ergibt, dass alle Dokumente immer in der Amtssprache meines Parlaments vorbereitet werden. Jetzt ist Frau Irena Szymanowska an der Reihe.

IRENA SZYMANOWSKA

Büro für Information und Dokumentation, Kanzlei des polnischen Senats

Ich habe eine kurze Bemerkung eher methodologischen Charakters. Wie bereits Stanisław Puzyna erwähnt hat, ist die uneinheitliche Terminologie ein gewaltiges Hindernis beim Analysieren des gegenwärtig funktionierenden Systems der interparlamentarischen Zusammenarbeit.

Schauen Sie zum Beispiel auf die Vielzahl der Namen, auf die Bezeichnung der Strukturen, die sich für diese Zusammenarbeit engagieren: Forum, Vereinigung, Konferenz, Organisation, Versammlung usw. Wenn es

irgendwelche organisatorischen oder rechtlich-administrativen Begründungen für eine solche Unterscheidung gibt, dann sollte man das sehr genau definieren. Ich bin der Meinung, dass es sinnvoll wäre, eine Arbeit an der Vereinheitlichung dieser Terminologie zu initiieren.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Herr Dionyz Hochel, ich übergebe Ihnen das Wort.

DIONYZ HOCHEL

Direktion für die Beziehungen mit den Nationalparlamenten,  
Europäisches Parlament

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Hoffentlich werden wir Ihnen eine Zusammenfassung von den Beratungen der gemeinsamen Parlamentssitzung übergeben können, die vor kurzem in Brüssel stattfand. Im Europäischen Parlament warten wir auf die letzten Schlussfolgerungen aus dieser Debatte. Ich möchte daran erinnern, worauf sich Herr Knudsen bezog. Wenn es sich um die Rationalisierung handelt, dann ist es auch eine Aufgabe für die nationalen Parlamente. Ich möchte daran erinnern, dass die interparlamentarische Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten grundsätzlich auf der Stärkung der parlamentarischen Dimension dank der Förderung der demokratischen Kontrolle und der Verantwortung im Bezug auf die auf der Unionsebene getroffenen Entscheidungen beruht. Ich möchte auch daran erinnern, dass zur Sicherung einer höheren Effizienz und Transparenz schon 21 von 25 Mitgliedsstaaten der EU ihre ständigen Vertreter im Europäischen Parlament haben. Das ist auch ein Beitrag für die Art der Entwicklung der interparlamentarischen Beziehungen, die effektiver und rationaler sein sollte. Danke.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Ich möchte nun das Wort Frau Valeria Agostini erteilen, und nachher Herren Andreas Maurer und Stanisław Puzyna.

MARIA VALERIA AGOSTINI

Chefin der Abteilung für Außenangelegenheiten in der Verwaltung  
des italienischen Senats

Danke. Dieses Seminar ist sehr interessant und eingehend. Ich möchte unseren Kollegen aus dem polnischen Senat ausgezeichneten Organisation und Gastfreundlichkeit gratulieren. Meiner Meinung nach kehren wir alle nach Hause reicher um das Wissen über viele verschiedene parlamentarische Institutionen, die in Europa tätig sind, zurück. Das ist von großer Bedeutung in unserer Arbeit.

Zwei wichtige Angelegenheiten wurden berührt, die, wie ich meine, noch mehr betont werden sollten. Eine von denen ist die Sache der Dokumentation, von der Liam sprach. Es ist ein sehr wichtiges Problem nicht nur, wenn unsere Parlamentarier ausfahren, um an der internationalen Versammlung teilzunehmen, sondern auch dann, wenn sie nach Hause zurückkehren. Dieses Problem sprach unsere Kollegin vom polnischen Senat an. Die zweite Angelegenheit ist das Problem der von intergouvernementalen Subjekten erhaltenen Rückinformation. Es handelt sich wieder um zwei Probleme. Die Rückinformationen über die in den interparlamentarischen Körperschaften und Regierungsinstitutionen unternommenen Arbeiten, und was noch wichtiger ist – die Rückinformationen innerhalb jedes nationalen Parlaments. Soweit ich weiß, werden die von einer internationalen Körperschaft verabschiedeten Beschlüsse oder Dokumente sehr selten zum Thema einer Diskussion in nationalen Parlamenten. Deswegen hören wir so oft Aussagen der Vorsitzenden unserer Parlamente, dass „es zu viele Treffen gibt, zu viele Parlamentarier im Ausland sind und zu viel Geld ausgegeben wird“. Meiner Ansicht nach würden diese Klagen aufhören, wenn man den Parlamentariern die Möglichkeit gäbe, mit ihren Versammlungen und Ausschüssen ihre Erfahrungen zu teilen, die sie während der Treffen von internationalen Körperschaften sammelten. Ich meine, dass wir diesem Problem auf den Grund gehen sollten. Ich habe keine fertige Lösung dieses Problems parat, aber ich denke, dass es nicht schwer wird, eine solche Lösung zu finden. Dieses Thema verdient jedoch ein eigenes Seminar, damit man eine Analyse der von allen nationalen Parlamenten oder internationalen Organisationen zugeschickten Antworten durchführen könnte. Es geht mir um die Regierungsorganisationen, um eine Lösung vorzuschlagen, die zur Steigerung des Bewusstseins von der Bedeutung der internationalen Tätigkeit innerhalb eines jeden nationalen Parlaments beitragen könnte. Danke.

ANDREAS MAURER

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin

Ich habe kein Recht darauf, in diese Diskussion einzugreifen, weil sie sehr praktisch wird. Als eine externe Person habe ich kein Recht, an ihr teilzunehmen. Während der gestrigen und heutigen Diskussion dachte ich jedoch, was ich tun würde, wenn mir eine Aufgabe der Berichterstattung für mein Institut oder für den Bundestagspräsidenten zum Thema Rationalisierung übergeben wurde. Damit es klar wäre, bat mich der Bundestag nie darum. So würde ich mit dem von den polnischen Kollegen bearbeiteten Bericht zum Thema Ebene der internationalen und übernationalen parlamentarischen Versammlungen anfangen, d.h. mit der Kategorisierung, die ich für sehr nützlich halte. Dann würde ich einen weiteren Schritt nach vorne vorschlagen. Was die Rationalisierung und die Frage nach meinen Richtwerten der Rationalisierung betrifft, würde ich die Bestimmung von vier Dimensionen vorschlagen. Die Erste wäre die geographische Dimension, d.h. die Mitgliedschaft in den internationalen oder übernationalen parlamentarischen Versammlungen. Die Zweite wäre die politische Dimension, d.h. die Bereiche der Politik, mit denen sich bestimmte Organisationen und Versammlungen befassen. Die dritte Dimension, die mit deiner Frage, Liam, nach der Risikoanalyse verbunden ist, betrifft das Niveau der formalen Angelegenheiten, d.h. was passieren würde, wenn es diese übernationalen Versammlungen nicht gäbe. Die internationalen Versammlungen haben ihre Geschäftsordnungen und unterscheiden sich grundsätzlich von den übernationalen Versammlungen, die einfach als ein Netz zum Informationsaustausch usw. dienen und auf einer anderen Ebene der Formalität tätig sind. Die vierte Dimension bezieht sich auf die Frage der bestimmten Zeit. Meiner Meinung nach unterscheiden sich alle diesen Versammlungen, von denen gestern und heute die Rede war, sehr voneinander, wenn es sich um diese Dimension handelt, d.h. wann sie tätig sind? Manche handeln nur *ex ante*, indem sie über Fragen beraten, deren Schicksal nicht unbedingt auf der politischen Ebene entschieden wird. Manche handeln *ex post*, z.B. die WEU-Versammlung. Manche fangen ihre Arbeiten vom Vorbereitungsstadium des Entscheidungsprozesses an, was bedeutet, dass wir mit den Ergebnissen des Entscheidungsprozesses in der Organisation zu tun haben, mit der sich diese Versammlungen befassen. Sie nehmen an der Phase der Debatte, an der Phase des Entscheidungsprozesses und an der Phase der Implementierung teil. Sie sind also sowohl *ex ante*, als auch *ex post* tätig.

Wenn wir die Antwort auf die Frage finden wollen, die die Rationalität und Rationalisierung der übernationalen parlamentarischen Versammlungen betrifft, versuchen wir diese vier Dimensionen zu verbinden und die Stellen zu finden, die sich teilweise miteinander decken. Wenn sich zwei Dimensionen teilweise decken, dann ist kein politisches Handeln notwendig. Dagegen je mehr es gemeinsame Gebiete für diese Dimensionen gibt, desto schwieriger ist es, den Bürgern und nationalen Parlamenten zu verstehen, wieso alle diesen Strukturen existieren.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Vielen Dank. Für mich war diese kalte Dusche der akademischen Betrachtungsweise, die unsere oft komplizierte pragmatische Betrachtungsweise in Frage stellt, sehr wertvoll. Ich bedanke mich also. Nun ergreift Stanisław Pużyna und dann Michael Antoine das Wort.

STANISŁAW PUŻYNA

Experte, Kanzlei des polnischen Senats

Ich möchte mich dazu äußern, wovon Mikołaj Karłowski gesprochen hat (was dann auch von ein paar weiteren Rednern kommentiert wurde), dass sich die Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf die Kräfte des freien Markts und zwar auf das Angebot und die Nachfrage stützen kann. Hierbei verstehe ich, dass es sich hier nicht um finanziellen Mechanismus, sondern um freie rationelle Wahl handelt, die sich auf die Nachfrage, als Ausdruck des tatsächlichen Bedarfs beruft, der die manchmal unkontrollierbare Dynamik des Anstiegs der Zahl der interparlamentarischen Foren (seitens des Angebots) einschränken sollte.

Mikołaj Karłowski hat hier die Börse als Beispiel angeführt. Und tatsächlich ist der freie Markt kein Dschungel: damit er gut funktionieren konnte, braucht er Regulierungsinstitutionen. Eine von diesen Institutionen ist die Börse. Die Börse soll Information liefern, welche die Beurteilung der Nützlichkeit von Wirtschaftssubjekten auf dem Markt ermöglichen wird. An der Börse sind manche von diesen Subjekten positiv bewertet und aufgrund der positiven Bewertung werden sie gestärkt, dagegen die anderen, die negativ bewertet wurden, werden wegen negativer Bewertung geschwächt. Eine negative

Bewertung führt sogar manchmal den Konkurs einer solchen Firma herbei. Ein Schlüssel ist jedoch Information über die Subjekte, die an der Börse aktiv sind.

Und zwar, es scheint mir, dass das heutige Seminar eine Art Börse in dem Sinne ist, dass hier eine vergleichende Information über verschiedene interparlamentarische Foren dargestellt wird. Diese Information sollte die Entscheidungsgremien erreichen und bewirken, dass die Foren, deren Tätigkeit fruchtbar ist, gestärkt und Foren, deren Tätigkeit fruchtlos ist, geschwächt werden.

Das nächste Problem, das von meinen Vorrednern zur Sprache gebracht wurde, war die Frage des Fehlens eines Informationsflusses (oder auch der Umsetzung der Impulse in die Praxis) aus den interparlamentarischen Treffen in die nationalen Parlamente. Auf dieses Problem wird eben seit sehr langer Zeit von den Vertretern der parlamentarischen Verwaltungen hingewiesen. Beispielsweise stellte man beim Treffen der Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (ASGP) in Budapest im März 1988 fest, dass *„das wesentliche Problem, auf das die internationalen parlamentarischen Institutionen gestoßen sind, war ihr schwacher Einfluss darauf, was in den nationalen Parlamenten geschah.“* Das Problem besteht also seit langem und seit langem sind sowohl die Mitarbeiter der parlamentarischen Verwaltungen als auch die Experten dessen Existenz bewusst. Und wenn wir heute dieses Problem wieder einmal erwähnen, wissen wir immer noch nicht, wie wir es lösen sollten.

Ich erlaube mir jetzt zu dem uns aushändigten Entwurf der Schlussfolgerungen aus diesem Seminar, zum Thema seiner Struktur und seines Inhalts ein paar Bemerkungen zu formulieren.

Die Struktur dieses Dokuments stützt sich auf die Untertitel. Ich würde vorschlagen, diese Struktur etwas zu modifizieren und folgende Untertitel einzuführen:

- *Überblick der mehrseitigen interparlamentarischen Beziehungen, an denen die nationalen Parlamente Europas beteiligt sind;*
- *Transparenz der interparlamentarischen Beziehungen in Europa;*
- *Rationalisierung der interparlamentarischen Beziehungen in Europa* und
- *Anhang: Die Fragen zur zweiten Runde der Umfrage des EZPWD zum Thema der Teilnahme der Parlamente der europäischen Staaten an den internationalen parlamentarischen Foren.*

Wenn es sich um den ersten Untertitel handelt, dann schlage ich vor, anstatt der Formulierung *„der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa“* den Satz *„der mehrseitigen interparlamentarischen Beziehungen, an denen die nationalen Parlamente Europas beteiligt sind“* einzuführen. Es geht nämlich darum, dass – beispielsweise, das russische Parlament an den Treffen der



interparlamentarischen Foren außerhalb Europa, z.B. asiatischen Foren teilnimmt.

Eine solche Reihenfolge der Untertitel spiegelt die Tatsache wider, dass, bevor man die interparlamentarischen Beziehungen rationalisieren kann, sollte man sich zuerst ihren genauen Überblick verschaffen und weiter – versuchen sie zu *durchleuchten* und ihre Struktur transparenter zu machen.

Wenn es sich um den Anhang handelt, dann werden Ihnen die Veranstalter für weitere Vorschläge zur zweiten Runde der Umfrage des EZPWD zum Thema der Teilnahme der Parlamente der europäischen Staaten an den internationalen parlamentarischen Foren dankbar sein. Diese Vorschläge können noch jetzt im Laufe des Seminars gemeldet werden, oder auch danach über E-Mail gesendet werden. Ein wesentliches Element des Fragebogens sollte auf jeden Fall die Frage nach dem Einfluss der interparlamentarischen Foren auf die Arbeit der nationalen Parlamente sein.

Wenn es sich um den Inhalt des Entwurfs der Schlussfolgerungen handelt, dann würde ich vorschlagen, dass sich in ihren Rahmen die Zusammenfassungen der im Laufe dieses Seminars geäußerten Meinungen finden, die sich auf drei Bereiche der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa beziehen, von denen Problematik der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in Budapest auf der Konferenz der Parlamentsvorsitzenden der Europäischen Union im Mai 2005 gesprochen hat, und zwar zum Thema:

- der Zusammenarbeit zwischen den parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der OSZE,
- der Rolle der WEU-Versammlung sowie
- der interparlamentarischen Zusammenarbeit im Mittelmeergebiet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Ich glaube, dass die für unser Programm bestimmte Zeit abläuft. Wie können jetzt also zu unserer Diskussion zu den Antragsvorschlägen zum Text nicht mehr übergehen. Meiner Ansicht nach wird es am besten, wenn sich die Teilnehmer ihre Meinungen überlegen, aneignen, darüber nachdenken und sie uns per E-Mail senden. Wenn Sie uns also eine E-Mail senden oder an Ihre E-Mail erinnern wollen, indem Sie den endgültigen Termin der Zusendung der Antworten bestimmen, dann wird das, meiner Meinung nach, die beste Weise, auf die wir auf Ihre E-Mails antworten können.

Jetzt möchte ich unsere Beratungen beenden. Ich habe vor, Wojciech Sawicki darum zu bitten, damit er das Schlusswort äußert, bevor ich es aber tue, möchte ich Michael Antoine fragen, ob er etwas sagen möchte. Sowie Leszek Kieniewicz, weil ich weiter meine, dass er die provozierendsten Bemerkungen äußerte. Nicht alle habe ich verstanden. Nachher könnte vielleicht Paul Cook, in der Rolle des Experten für wirtschaftliche Metaphern, kurz etwas zum Schluss sagen, bevor ich das Wort an Wojciech übergebe.

#### MICHEL ANTOINE

Chef der Abteilung für Europäische Forschung und Vergleichsrecht,  
französische Nationalversammlung

Ich möchte hier drei kurze Bemerkungen machen. Erstens: man sollte die von uns benutzte Terminologie beachten. Das Sprechen vom Markt im Zusammenhang mit der interparlamentarischen Zusammenarbeit ist surrealistisch. Ich weiß, dass man sich in manchen Kulturen vorstellen kann, bestimmte Begriffe aus dem privaten Sektor oder aus dem Handelsgesetzbuch zu benutzen, aber in anderen Kulturen, unter anderen auch in meiner, ist das undenkbar. Deshalb sollten wir doch das von uns benutzte Vokabular beachten. Man darf nicht ohne Ende mit festen Begriffen spielen.

Zweitens: Ich bin sehr überrascht, dass in allen Diskussionen, die wir zum Thema der Rationalisierung der Tätigkeiten von einzelnen nationalen Versammlungen geführt haben, hat eigentlich niemand von den Haushaltsrestriktionen oder auch Haushaltseinschränkungen gesprochen. Wir sollen nicht vergessen, dass genau das vor ein paar Jahren einen Anlass zu einer Debatte gab. Einige Mitgliedstaaten der EU stehen vor Haushaltsschwierigkeiten und müssen ihre Haushalte rationalisieren. Es stellt sich also die Frage, wieviel Geld auf das Funktionieren der einzelnen internationalen parlamentarischen Versammlungen bestimmt werden kann und welche Summe für die Finanzierung von nationalen Delegationen zu diesen Versammlungen man ausgeben kann. Das ist eine interessante Frage, weil die parlamentarischen Versammlungen die Unterstützung seitens entweder der Parlamente oder der Regierungen der Mitgliedstaaten brauchen – und je größer das Bewusstsein der Probleme der an diesen Versammlungen teilnehmenden nationalen Parlamentarier wird, desto größer wird ihr Einfluss auf die Regierungen ihrer Länder und desto kleiner werden diese Probleme. Man soll jedoch sehr aufpassen, weil das Wiederholen derselben Projekte unvermeidlich zu Budgetkürzungen führen wird. Einen großen Eindruck hat

auf mich die Bemerkung des Generalsekretärs der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gemacht, der sagte: „Wir haben beschlossen nicht viel zu erledigen, dafür gut, damit die Qualität nichts zu wünschen übrig lässt“. Ich finde, dass man genauso vorgehen sollte.

Wir, in der französischen Nationalversammlung, sind immer häufiger gezwungen, sehr kurze ein- oder zweitägige Missionen für einen oder zwei Parlamentarier zu organisieren, die sich nach Brüssel oder in eine oder andere Hauptstadt oder zu einer oder anderer internationalen parlamentarischen oder intergouvernementalen Organisation begeben, um bestimmte Informationen zu sammeln. Diese Missionen haben ihr konkretes Ziel. Sie enden mit einem Bericht und die erzielten Ergebnisse sind meistens von sehr hoher Qualität. Darüber hinaus erfordern sie keine hohen Ausgaben. Und es ist wahr, dass wir genau wissen, welche Arbeitsmethoden erfolgreich und preiswert sind. Wenn wir die Wahlbeobachtungsmissionen organisieren, wovon sich die OSZE hervorragend entledigt, können wir innerhalb 3-4 Tage eine große Menge Informationen über gewissem Land sammeln, die häufig interessanter sind, als eine Informationsmenge, die von den Teilnehmern eines Freundschaftsbesuches innerhalb einer Woche gesammelt wird. Wenn eine internationale parlamentarische Organisation eine sachliche Debatte mit Teilnahme einer wichtigen Person, einen Hochspezialisten organisiert, dann ist solch eine Diskussion für das bessere Verstehen der Situation und ihrer Komplexität sehr hilfreich. Ich denke hier zum Beispiel an Handlungen, die vom Europarat in Sachen des Mittelostens unternommen wurden. Da entsteht sofort ein Mehrwert.

Wir sollen also vielleicht solche Schritte in Erwägung ziehen, welche Handlungen den größten Mehrwert sowohl für die Organisation als auch für Parlamentarier entweder durch neue Erkenntnisse oder durch einen möglichen Einfluss auf das Leben auf der internationalen Bühne geben würden. Denn die Hauptfrage ist eigentlich, ob die Parlamentarier irgendwelche Rolle in internationalen Fragen zu spielen haben und ob ihre Aufgabe die Teilnahme an den Debatten ist, welche die wichtigsten internationalen Fragen behandeln. Ich glaube, dass wir alle davon überzeugt sind – und die gegenwärtige Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Richtung der Globalisierung und Europäisierung bestimmter Entscheidungen das bewirkt – dass heutzutage kein Parlamentarier ausschließlich mit der nationalen Ebene zufrieden sein kann. Wenn er eine einflussreiche Person werden will, muss er sich auch in den internationalen Angelegenheiten auskennen.

Diese Situation ist natürlich komplex, weil viele von unseren Parlamentariern auf der internationalen Ebene nichts unternehmen. Viele von

ihnen werden nie eine Gelegenheit haben, an einer Tagung einer internationalen parlamentarischen Organisation teilzunehmen. Dennoch wir, als Parlamentsbeamte, sind in zunehmendem Grade verpflichtet, ihnen die Informationen zu überweisen, die das Verstehen der Probleme und vor allem das Handeln ermöglichen werden.

Wenn wir einen Parlamentarier nach Brüssel schicken, damit er zu einem europäischen Kommissar oder zum Generaldirektor in der Europäischen Kommission Kontakt aufnimmt, bereiten wir gemeinsam die Dokumentation auf diese Art und Weise vor, dass die gestellten Fragen sachgemäß sind. Wenn wir mit den Mitgliedern internationalen parlamentarischen Versammlungen zu tun haben, die Berichterstatter oder Ausschussvorsitzenden sein sollen, sind wir überzeugt, dass sie den Einfluss auf das Handeln dieser Versammlung haben sollen.

Was sind eigentlich die internationalen parlamentarischen Organisationen? Das sind Fora, die den Parlamentariern die Möglichkeit zur 100-prozentigen Teilnahme an der politischen internationalen Debatte geben. Ich finde, dass gerade politische Debatte heutzutage verschiedene Ebenen hat. Es gibt natürlich eine lokale Ebene, die bei uns großes Interesse vieler Parlamentarier erregt. Es gibt auch nationale, europäische sowie internationale Ebene. Und ein Parlamentarier muss verschiedene Gesichter haben. Zwangsläufig trägt er unterschiedliche „Mütchen“. Ich bin von der Nützlichkeit der internationalen Organisationen überzeugt. Ihre Rationalisierung wird eine außerordentlich schwierige Aufgabe sein, weil historische Gründe ihrer Entstehung zugrunde liegen. Sie befassen sich mit verschiedenen Problemen und umfassen zahlreiche Formen der Teilnahme, aber wir sollen vielleicht überlegen, wie wir die einzelnen Tätigkeiten auf die Art und Weise konzentrieren, dass jede einzelne Organisation ihre Hauptaufgaben erledigen könnte, zu denen Erfüllung sie vielleicht anfangs gegründet wurde.

Drittens: Das ist ein ganz anderes Thema, und zwar – Austausch der Dokumentation und Rolle des EZPWD. Natürlich werden wir IPEX haben. Wir wissen nicht genau, wie das funktionieren wird, aber ich bin überzeugt, dass sehr gut. Warum? Weil Organe unserer Parlamente, die für die Gemeinschaftsfragen verantwortlich sind, die ganze Arbeit von Grund auf geleistet haben, und es spielt keine Rolle, ob sie mit der Europäischen Kommission oder mit den Delegationen – wie es in Frankreich der Fall ist – verbunden sind. Aber das ist nur die gemeinschaftliche Gesetzgebung. Es gibt noch ein sehr umfassendes Gebiet der in anderen Mitgliedstaaten geltenden Vorschriften. Man soll sie nachforschen und verstehen, auf welche Art und Weise sie praktisch angewandt werden. Wir sprechen hier vom

Vergleichsrecht. Das Vergleichen von Rechtsvorschriften ist eine besonders schwierige Aufgabe. Es ist aber auch ein Gebiet, auf dem – wenn ich meiner Phantasie freien Lauf lasse – ich die Mitwirkung vom EZPWD sehe. In mehreren Parlamenten sind bestimmte Versuche durchgeführt, die zum Ziel haben, die Vergleichsanalyse einzelner Rechtsakte vorzubereiten. Französischer Senat hat als Wegbereiter sehr interessante Arbeiten durchgeführt, die bei der Nationalversammlung ihren Widerhall gefunden haben. Dank dem EZPWD haben wir die Möglichkeit sich mit Anfragen an andere parlamentarischen Verwaltungsbehörden zu wenden. Das ist sehr interessant. Ich glaube, dass man in einem bestimmten Moment eine Diskussion zum Thema der Qualität der erreichten Ergebnisse einleiten soll. Vielleicht soll man auch nachdenken, wie man gute Ideen mit Anderen teilen soll.

Ich werde das kurz zusammenfassen, wenn ich sage, dass wir in der französischen Nationalversammlung ein besonderes Experiment durchführen. Wir konzentrieren an einer Stelle alle Abteilungen, die sich mit der internationalen Zusammenarbeit beschäftigen, also den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, die Europäische Abteilung und die Abteilung für Internationale Zusammenarbeit. Wir beschlossen „gemeinsame Dokumentation“ einzuführen. Dieses Projekt besteht in der Rationalisierung der Dokumentation im Rahmen dieser 4 verschiedenen Gebiete, was sich als eine außerordentlich schwierige Aufgabe herausstellte. Es ist uns gelungen, einige Menschen durch das Errichten eines EDV-Portals, also einer nicht sehr umfangreichen Intranetseite, zum Mitwirken zu ermuntern. Wir bieten da allen Personen die Möglichkeit an, interessante Dokumente in diese Intranetseite zu stellen, die für eine oder andere Delegation, die sich zur einen oder anderen internationalen Organisation begibt, vorbereitet wurden.

Und wir bemerkten tatsächlich, dass man von einer Rede vor der Parlamentarischen Versammlung der NATO ebenfalls an der WEU-Versammlung oder auch an der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Gebrauch machen kann. Im Rahmen unseres EDV-Portals versuchen wir ebenfalls eine Liste interessanter Links und internationaler Organisationen aufzustellen. Auf unserer Seite finden Sie also nicht nur alle von Ihnen repräsentierten internationalen parlamentarischen Organisationen, sondern auch Hinweise, wie man zu Internetseiten von größten Universitäten, von internationaler Presse, von internationalen Expertengruppen oder auch von Forschungszentren gelangen kann. Wir sammeln solche Informationen. Im Moment sind sie nur innerhalb unserer Strukturen durch das Intranet zu erhalten. Und wir sind vollkommen bereit, diese Informationen anderen

Personen, die an den Methoden der Errichtung eines solchen EDV-Portals interessiert sind, zur Verfügung zu stellen. Denn ich muss Ihnen sagen, dass wir mit Pascal Forget und einer Gruppe von Informatiker sechs Monate lang an diesem EDV-Portal gearbeitet haben. Und wenn man ein Beamter des Parlaments, Rechtsanwalt oder Wirtschaftswissenschaftler ist, dann ist es nicht leicht zu begreifen, wie man mit den Informatikern arbeiten soll. Wir als Parlamentsbeamte sind gewöhnt, auf die uns gestellte Frage auf folgende Art und Weise zu antworten: „Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage beantworten kann, aber ich werde alle meine Kräfte daran setzen, die Antwort auf diese Frage zu geben oder zu finden“. Auf die von den Parlamentariern gestellten Fragen antworten wir eher mit „ja“. Wenn wir wiederum einen Informatiker danach fragen, ob man etwas machen kann, antwortet er „nein“, und nach 15 oder 30 Sekunden sagt er: „Na ja, vielleicht könnte ich irgendeine Lösung finden, aber ich weiß nicht, und das wird sehr schwierig sein“. Also, wie Sie sehen, möchten wir mit Ihnen Erkenntnisse genau dieser Art im Rahmen des Schaffens neuer EDV-Programme teilen. Wir könnten vielleicht unsere Erfahrungen dieser Art austauschen, denn ich glaube, dass es gut wäre, wenn sich unsere Zusammenarbeit mit EZPWD genau in diese Richtung entwickeln würde.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Jetzt bitte ich Herrn Leszek Kieniewicz und Herrn Mikołaj Karłowski um kurze Kommentare.

LESZEK KIENIEWICZ

Chef der Sektion für Europäische Union in der Kanzlei des polnischen Sejms

Ich werde kurz sprechen, was Ihnen die Möglichkeit gibt, mein besseres Gesicht – „eines guten Polizisten“ – zu sehen. Ich meine, dass die ungewöhnliche Expansion der parlamentarischen Versammlungen nach 1989 vor allem durch die Perspektive der Erzielung der Mitgliedschaft in der EU oder durch den Willen des Anknüpfens der Beziehungen vom strukturellen Charakter mit der EU angetrieben wurde. Nach solcher Steigerung der Anzahl von Mitgliedern könnte man vermuten, dass das Parkinsonsche Gesetz seine Anwendung haben sollte. Und so passierte es auch, aber nur für kurze Zeit, weil sich die Absorptionsfähigkeit der EU wegen der größeren Erweiterung

extrem verbesserte. Ich würde sogar sagen, dass sie sich auf dem Niveau aus dem Jahre 1995 befindet. Die Absorptionsfähigkeit der EU ist momentan größer, mindestens wenn es sich um die parlamentarische Dimension handelt.

MIKOŁAJ KARŁOWSKI

Experte, Kanzlei des polnischen Sejms

Ich möchte mich zu drei Problemen kurz äußern. Es inspirierte mich das Referat vom Professor Nowak-Far und ich stimme mit Frau Korzeniowska und Frau Agostini überein, die vom Bedarf der Rückinformation in Parlamenten sprachen. Ich glaube, dass wir hier schon den ersten Schritt machten, wir hatten nämlich einige Präsentationen zum Thema der parlamentarischen Tätigkeit, so kann der nächste Schritt der Erfahrungsaustausch und die Verbreitung empfehlenswerter Verfahren in der parlamentarischen Arbeit sein. Meiner Ansicht nach sollte man den Prozess der Rationalisierung mit sich selbst anfangen. Es sind der Informationsaustausch und dann eine Diskussion darüber, was für eine Unterstützung die Verwaltung den Parlamentariern bietet und die Informationen darüber, wie die Parlamentarier über ihre Arbeiten ihren Kollegen berichten, nötig. Das ist immer von irgendwelchen Geheimnissen umhüllt und wir wissen nicht, wie das in anderen Parlamenten aussieht.

Das zweite Problem ist sehr kurz. Wir sprachen über die Budgetbegrenzungen. Ich meine, dass man betonen sollte, dass das Geld nicht alles ist. Manchmal ist es wichtiger, mit welchen Menschen wir zusammenarbeiteten und was für Menschen wir selbst sind. Wenn wir oder manche Parlamente Tennis- oder Fußballturniere organisieren können, dann denke ich, dass es Mittel gibt, die für gute Zwecke bestimmt werden könnten.

Und das dritte und letzte Problem betrifft den Austausch wichtiger Dokumente. Es ist eine wesentliche Sache, weil sie zur Vergrößerung der Anzahl von Informationen führt, die man als Wissen ausnutzen kann. Wir sollten an den Mehrwert nicht vergessen, also daran, dass die parlamentarischen Versammlungen die Demokratie im Handeln bilden. Das ist ein besonderer Anblick, wenn wir die Mitglieder einer Versammlung gleichzeitig an einem Ort sehen, wenn es ihnen letztendlich gelingt, etwas mit gemeinsamer Stimme zu äußern. Und eben darin besteht der Parlamentarismus: im Treffen, in der Diskussion und schließlich in der Vereinbarung. Und das würde ich die Demokratie im Handeln nennen. Danke.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Jetzt äußert Paul ein paar kurze Bemerkungen, und dann erteilen wir das Wort dem Präsidium.

PAUL COOK

Chef des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit,  
Parlamentarische Versammlung der NATO

Ich möchte zu der Sache zurückkehren, von der ich heute früher gesprochen habe, weil ich glaube, dass sie bei der Formulierung unserer Schlussfolgerungen behilflich sein könnte. Das ist eine Konzeption eines Netzes, das aus vielen Netzen besteht (Netz im Netz). Solch ein Netz braucht keinen formalen Charakter zu haben, es kann virtuell sein. Es scheint mir, dass wir separat viele wesentliche Informationen bilden und sie miteinander auf schlechte Art und Weise teilen. Wir bekommen keine uns zustehende Rückerstattung der investierten Zeit und des investierten Geldes. Und so nebenbei erstellen wir nach einem jeden Treffen einen Bericht, also hier enden die Treffen nicht ihr Leben. Es gibt Berichte, die von den Politikern später als Thesen für ihre Reden genutzt werden können.

Ich mache mir Gedanken über das Problem mit der Mittelmeerdimension und über diese fünf verschiedenen Gruppen, die sich mit den Fragen des Mittelmeerraumes befassen. Wir haben mit einem Abgeordneten-Berichterstatter sehr viel Zeit gewidmet für die Vorbereitung eines Berichts zu diesem Problem. Der Bericht wurde, wenn ich mich nicht irre, nur einmal oder zweimal auf dem Forum unserer Organisation präsentiert. Es scheint mir, dass es viele Gelegenheiten gibt, damit ein solcher Berichterstatter denselben Bericht auf dem Forum einer anderen parlamentarischen Organisation darstellen könnte, damit diese Arbeit nicht an die Seite gelegt würde oder nur in unserem kleinen Kreis ausgenutzt wäre. Ich glaube, dass wir eine Lösung finden könnten, um diese Informationen und sogar das Wissen und die Begabungen unserer Mitglieder mit Anderen zu teilen, um ihnen die Ausübung eines größeren Einflusses zu ermöglichen.



LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Danke schön. Ein paar kurze Bemerkungen äußern nun Andrzej Dziubecki und nachher Wojciech Sawicki.

ANDRZEJ DZIUBECKI

Direktor des Büros für Information und Dokumentation,  
Kanzlei des Senats, Polen

Ja, sehr kurze Bemerkungen. Ich möchte sagen, dass wir vorbereitet sind, dass wir wirklich froh sind und uns verpflichtet fühlen, die Forschungsarbeiten über das Thema der heutigen Konferenz fortzusetzen. Wir werden uns mit der Beschreibung und Systematisierung der Organisationen befassen, von denen wir gesprochen haben und wir hoffen, dass die Ergebnisse unserer Arbeit auf der Internetseite des EZPWD zu finden werden.

Zweitens werden wir an den Schlussfolgerungen arbeiten, deren Entwurf wir Ihnen dargestellt haben. Wenn Sie irgendwelche Bemerkungen haben, dann möchten wir sie gerne innerhalb der nächsten zwei Wochen erfahren. Ich bitte sehr herzlich darum. Zum Schluss möchte ich sagen, dass wir vorhaben, eine Publikation, die alle Referate und Diskussionen von unserem Seminar enthalten wird, so früh wie möglich vorzubereiten. Ursprünglich planten wir diese Publikation nur in der englischen und polnischen Sprache zu veröffentlichen, aber wegen der Interessen der hier versammelten Personen und vorausgesetzt, dass die Parlamentarier und andere Personen, die in verschiedenen Parlamenten arbeiten, auch an dieser Publikation interessiert werden, werde ich mit meinem Vorgesetzten von der Möglichkeit der Finanzierung der französischen, deutschen und russischen Ausgabe sprechen. Danke.

LIAM LAURENCE SMYTH

Chef des Internationalen Büros in House of Commons, Vereinigtes Königreich

Vielen Dank. Die Leitung dieser Tagung war für mich eine Ehre. Jetzt übergebe ich das Wort an Wojciech Sawicki, der die Tagung schließen wird.

WOJCIECH SAWICKI  
Ko-Direktor des EZPWD

Danke sehr. Erlauben Sie, dass ich mich jetzt in die Rolle des Vertreters des EZPWD einsetze. Zuerst möchte ich mich bei Ihnen für die netten Worte über das EZPWD herzlich bedanken. In ein paar ihrer Äußerungen habe ich gehört, wie Sie sagten, dass das EZPWD das eine oder das andere tun könnte oder tun sollte. In der Tat setzen solche Äußerungen voraus, dass es eine Institution gibt. Das EZPWD ist jedoch keine Institution. Das EZPWD bilden Menschen, die in den nationalen Parlamenten arbeiten. Das EZPWD das sind Sie und hier, weil das EZPWD ein Netz von Menschen ist, die sich mit ähnlichen Angelegenheiten in den nationalen Parlamenten befassen. In dieser Bedeutung bilden wir alle das EZPWD. Wenn Sie sogar als Vertreter von den Korrespondenten in den nationalen Parlamenten bei unterschiedlichen Gelegenheiten arbeiten, dann wenden sich gerade diese Korrespondenten mit der Bitte an ihre Kollegen von den nationalen Parlamenten um die Zusammenarbeit, um die Anschließung an die Arbeiten an Problemen, mit denen sich das EZPWD befasst. Alle Initiativen, die im Rahmen des EZPWD realisiert werden sollen, sind Initiativen der Menschen von den nationalen Parlamenten. Ich bin dem polnischen Senat für seine Bereitschaft der Fortsetzung der Arbeiten nach dem Abschluss des Seminars dankbar. Wenn wir feststellen, dass das EZPWD die internationalen Institutionen überprüfen soll, dann soll jemand diese Aufgabe übernehmen. Wir suchen einen Freiwilligen und ich bin dankbar, dass es ihn bereits gibt. Vielen Dank dafür. Sie sagten, dass Sie die Vorbereitung eines Fragebogens fortsetzen, der die Fortsetzung der Arbeiten dieses Seminars wird. Vielen Dank dafür. Ich möchte mich jedoch auch bei Ihnen allen für, hoffe ich, Ihre Bereitschaft bedanken, die in diesem Fragebogen gestellten Fragen zu beantworten, denn nur das Aussenden des Fragebogens reicht nicht aus. Wir erwarten, dass die Kolleginnen und Kollegen von den nationalen Parlamenten auf diese Fragen antworten. An beiden Seiten haben wir in gewissem Sinne Freiwilligen, also die Initiatoren und Befragten. Und das ist die wirkliche Basis für die Arbeit des EZPWD, diese Arbeit der Volontäre von den nationalen Parlamenten. Ich kann mich an eine E-Mail erinnern, die an meinen Kollegen vom Europäischen Parlament und an mich von einem Kollegen von australischem Parlament gesendet wurde, der schrieb, dass er den Sitz des EZPWD während seines Aufenthalts in Europa im ankommenden Monat besuchen möchte. Na ja, wir hatten ein Problem, diesen Sitz zu finden, weil es so etwas – wie Sie wissen – nicht gibt.

Ich möchte mich also noch einmal bei Ihnen für Ihren Beitrag für die Tätigkeit des EZPWD bedanken, an der wir uns alle beteiligen können.

Ich möchte mich auch bei allen bedanken, die ihren Beitrag zu unseren zweitägigen Diskussionen beigetragen haben, bei den Autoren von Hauptreferaten, bei allen, die das Wort durch das Stellen der Fragen und Äußern Ihrer Bemerkungen in der Diskussion nahmen. Vielen Dank für Ihre Teilnahme an unserer Diskussion.

An dieser Stelle, wenn Sie mir erlauben, diese seltene Gelegenheit auszunutzen, die diese internationale Konferenz mir gibt, weil meine Muttersprache eine der Arbeitssprachen ist, werde ich jetzt mit Ihrer Erlaubnis Polnisch sprechen.

Ich möchte mich jetzt im Namen aller hier Beteiligten beim Senat, bei der Kanzlei des Senats, bei Frau Minister und bei allen Beamten der Kanzlei des Senats, die an der Vorbereitung dieses Seminars teilgenommen haben, sehr herzlich bedanken. Ich möchte mich auch bei denjenigen von Ihnen bedanken, die wir hier, in diesem Saal gesehen haben, aber auch bei denjenigen, die wir in diesem Saal nicht gesehen haben, aber die zum Organisieren dieses Seminars beigetragen haben, und hier bitte ich darum, ihnen diesen Dank zu übermitteln. Ohne die Arbeit der Beamten der Kanzlei könnte dieses Seminar nicht stattfinden. Ich danke Ihnen herzlich im Namen uns alle dafür, was Sie für uns alle getan haben.

Ich möchte mich auch bei den Dolmetschern bedanken, die wir da in ihren Kabinen im hinteren Teil des Saals sehen können. Dank ihrer Arbeit konnten wir uns in diesen zwei Tagen verständigen. Im Namen uns aller danke ich ihnen herzlich.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass ich mich schon auf baldiges Wiedersehen mit Ihnen in Straßburg oder anlässlich eines anderen Ereignisses, auf einer anderen vom EZPWD organisierten Veranstaltung irgendwo in Europa freue. Es würde mich freuen, wenn wir unsere Kontakte pflegen würden. Ich glaube auch, dass wir unseren polnischen Gastgebern für wunderschönes Wetter danken sollen, das sie uns in diesen zwei Tagen organisiert haben. Wie ich sehe, haben sie gute Beziehungen zu denen, die fürs Wetter zuständig sind.

Und noch mal zum Schluss wünsche ich Ihnen eine glückliche Rückkehr nach Hause.

Vielen Dank für die Teilnahme und Ihre Anwesenheit in Warschau.

SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DEM SEMINAR<sup>1</sup> ZUM THEMA  
„DIE TRANSNATIONALEN PARLAMENTARISCHEN UND  
INTERPARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNGEN  
IN EUROPA DES 21. JAHRHUNDERTS“,  
UNTER DEM PATRONAT VOM  
EUROPÄISCHEN ZENTRUM FÜR PARLAMENTARISCHE WISSENSCHAFT  
UND DOKUMENTATION (EZPWD)  
Warschau, am 8. und 9. Mai 2006

---

Übersicht der mehrseitigen interparlamentarischen Beziehungen,  
an denen die nationalen Parlamente Europas teilnehmen

- 1.1. Es bestätigte sich das Bedürfnis nach der Ausarbeitung der Zusammenstellung und Klassifikation von den bestehenden Formen der interparlamentarischen Beziehungen, an denen die nationalen Parlamente Europas beteiligt sind, vor allem im Zusammenhang mit den folgenden Faktoren:
  - i. einer dynamischen Entwicklung dieser Beziehungen nach der Wende in der Geschichte Europas, im Jahre 1989, und insbesondere – mit dem Wachstum der Zahl der internationalen parlamentarischen Institutionen (oder auch quasi-parlamentarischen Institutionen) von weniger gefestigten rechtlichen Grundlagen der Tätigkeit und einer geringeren Formalisierung von den Arbeitsprozeduren;
  - ii. einer schwer zugänglichen und zerstreuten Information zum Thema dieser Beziehungen.
- 1.2. Die Zusammenstellung von den bestehenden Formen der interparlamentarischen Beziehungen sollte sich in erster Linie auf die Bearbeitung der Ergebnisse der Umfrage von EZPWD Nr. 456 vom September 2005, und der während dieses Seminars bestimmten

---

<sup>1</sup> Schlussfolgerungen wurden durch die Redaktionsgruppe in der folgenden Zusammensetzung vorbereitet: Thomas Grunert, Abteilungschef im Generalsekretariat des Europäischen Parlaments, DG 3; Michael Hilger, der Chef der Abteilung für Außenbeziehungen, WEU-Versammlung, Morten Knudsen, Experte, das dänische Folketing, Artur Nowak-Far, Professor für Europarecht, Hochschule für Wirtschaftslehre, Warschau, Stanisław Puzyna, Experte, die Kanzlei des Senats RP, Wojciech Sawicki, der stellvertretende Chef der Kanzlei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, und Liam Laurence Smyth, der Chef des Internationalen Büros, das House of Commons.

Ergänzungsumfrage, stützen (vergleiche den Anhang zu diesen Schlussfolgerungen).

- 1.3. Angesichts der Vielfalt und Unterschiedlichkeit von den Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit, an denen die europäischen nationalen Parlamente sowie das Europäische Parlament beteiligt sind, ist die Auswahl von den angemessenen Klassifikationskriterien eine Grundfrage, die einen richtigen Wert den einzelnen Foren zuschreiben lässt. Diese Kriterien sollten an die gegenwärtige internationale und geopolitische Situation in Europa angepasst sein, sowie die Umwandlungen der Struktur der interparlamentarischen Zusammenarbeit nach dem Jahr 1989 berücksichtigen, insbesondere die immer häufigere Teilnahme von den individuellen Parlamentariern an den interparlamentarischen (beziehungsweise quasi-parlamentarischen) Treffen, die erweiterte Zusammenarbeit auf der Ebene der Parlamentspräsidenten sowie Vorsitzenden (beziehungsweise den Vertretern) der parlamentarischen Ausschüsse.
- 1.4. Das erste Kriterium sollte das politische und organisatorische Kriterium sein, (das die interparlamentarischen Beziehungen in Kategorien einteilt, in Abhängigkeit davon, ob daran die interparlamentarischen Delegationen teilnehmen, deren Zusammensetzungen die parlamentarischen Paritäten oder die innere politische Struktur des Parlaments widerspiegeln, oder – die individuellen Parlamentarier, die auf der Grundlage ihrer persönlichen Charakterzüge ausgewählt wurden, ohne Rücksicht auf ihre Stellung in der Struktur des Parlaments zu nehmen). Das zweite Kriterium sollte den geopolitischen Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit bilden (der die interparlamentarischen Beziehungen in Kategorien einteilt, in Abhängigkeit davon, welche Parteien / Parlamente für Zusammenarbeit eingesetzt werden und aus welchen geographischen Gruppen von Ländern sie stammen)<sup>2</sup>.
- 1.5. Von großer Bedeutung ist auch die Auswahl eines richtigen, der aktuellen Situation angepassten Terminus, der ein ganzes Spektrum von den interparlamentarischen Relationen umfassen würde. Gegenwärtig scheint

---

<sup>2</sup> In den bisherigen Berichten zum Thema der Entwicklung der interparlamentarischen Beziehungen – die von den Chefs der Kanzlei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates John Priestman (1980) und Heinrich Klebes (1990) vorbereitet wurden – waren die Hauptkriterien der Klassifizierung der *internationalen parlamentarischen Institutionen*: die Rechtsgrundlage ihrer Tätigkeit (ob es das internationale Recht war, oder nicht) und die geographische Lokalisierung.

der Terminus die „internationalen parlamentarischen Foren“ ausreichend allgemein und präzise zu sein<sup>3</sup>. Er umfasst beispielsweise Treffen von den Vertretern der parlamentarischen Ausschüsse, die weder unter die Kategorie „Institution“, noch „Versammlung“, noch „Gesellschaft“ fallen.

- 1.6. Generell sollte das Prinzip angenommen werden, dass alle Namen der internationalen parlamentarischen Foren in englischer Sprache, als Standardsprache, angegeben würden, und andere Sprachversionen von diesen Namen würden aus der englischen Sprache übertragen. Es würde der größeren Präzision der Namen dienen.
- 1.7. Die katalogisierten, aktuell funktionierenden parlamentarischen Foren, an denen die nationalen Parlamente Europas teilnehmen, sollten dann genau unter dem Gesichtspunkt der Getrenntheit, der gegenseitigen Ergänzung oder auch der Verflechtung der Funktionen und Aufgaben, und im Falle der Europäischen Union, auch unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Legitimität von einzelnen Bereichen der Tätigkeit der Exekutive der EU bewertet werden. Die Bewertung sollte im Rahmen der oben beschriebenen detaillierten Kategorien – der politischen und organisatorischen sowie der geopolitischen – durchgeführt werden.

### Transparenz der interparlamentarischen Beziehungen in Europa

- 2.1. Die Katalogisierung und Klassifikation von den bestehenden Formen der interparlamentarischen Beziehungen, an denen die nationalen Parlamente Europas teilnehmen, machen sie noch transparenter. Sie sollten sich auf den Internetseiten von EZPWD befinden und sollten regelmäßig aktualisiert werden.
- 2.2. Darüber hinaus scheint die Stellung der Forderung begründet zu sein, dass sich auf den Internetseiten von allen internationalen parlamentarischen Foren (falls sie solche haben) standardgemäß folgende Informationen befinden:
  - i. Rechtsgrundlagen ihrer Tätigkeit (darunter Ziele, oder Missionen),
  - ii. Arbeitsordnungen,
  - iii. Art der Wahl von Mitgliedern,

---

<sup>3</sup> In dem oben erwähnten Bericht von John Priestman (1980) wurde der Terminus „internationale Versammlungen oder parlamentarische Gesellschaften“ gewählt, im Bericht von Heinrich Klebes (1990) wurde dagegen die Formulierung „internationale parlamentarische Institutionen“ angenommen.

- iv. Beschreibung eigener Geschichte (wann und im Zusammenhang mit welchen Umständen wurden sie gegründet),
  - v. Ergebnisse ihrer Tätigkeit.
- 2.3. Als begründet scheint auch das Postulieren zu sein, damit die Termine der Treffen von allen internationalen parlamentarischen Foren in Europa, im Rahmen der einzelnen geopolitischen Kategorien ein Jahr, beziehungsweise ein halbes Jahr vorher bekannt gegeben würden (wie es schon zu der Regel in der Europäischen Union wird).

### Rationalisierung der interparlamentarischen Beziehungen in Europa

- 3.1. Das Katalogisieren und die Klassifizierung von den bestehenden Formen der internationalen parlamentarischen Foren und die Sicherung einer größeren Transparenz ihrer Tätigkeit sollten ein Ausgangspunkt für die Rationalisierung der interparlamentarischen Beziehungen in Europa sein.
- 3.2. Die Rationalisierung der interparlamentarischen Beziehungen in Europa erfordert auch:
- i. die Präzisierung der Ziele der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa und die Anpassung der Tätigkeiten an diese Ziele;
  - ii. die Ausarbeitung der Standards der übernationalen parlamentarischen Demokratie, nach dem Vorbild derjenigen Standards, die schon oft in bezug auf nationale Staaten formuliert werden;
  - iii. die Bestimmung, welche von den europäischen interparlamentarischen Versammlungen die koordinierenden Funktionen gegenüber den anderen politischen interparlamentarischen Strukturen erfüllen sollten<sup>4</sup>;
  - iv. die Sicherung einer angemessenen materiellen und administrativen Unterstützung für die politischen Tätigkeiten.
- 3.3. Es ist nicht gelungen, einen Konsens in bezug auf keinen detaillierten Vorschlag der Rationalisierung der interparlamentarischen

---

<sup>4</sup> Seit Juli 2004 gemäß den Richtlinien über die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Europäischen Union liegt „die Verantwortung für Aufsicht über die Koordinierung der interparlamentarischen Tätigkeit EU“ in Kompetenzen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union. Begründet wäre die Überlegung, ob eine ähnliche Koordinierung in Bezug auf die interparlamentarischen Beziehungen auf der paneuropäischen Ebene nicht rationell wäre, und welche von den parlamentarischen Institutionen eine solche Rolle erfüllen könnte.

Zusammenarbeit in Europa zu erzielen. Es wurden dagegen folgende Meinungen dargestellt, die sich auf drei Bereiche dieser Zusammenarbeit beziehen, die reformiert werden sollten (worauf der Vorsitzende des Bundestags, Wolfgang Thierse, auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union im Mai 2005 in Budapest hinwies):

- i. Die Zusammenarbeit zwischen den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der OSZE
  - Die Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind parlamentarische Dimensionen von diesen zwei Organisationen: der ersten, die auf dem internationalen Vertrag beruht<sup>5</sup>, der zweiten dagegen, von einem politischen Charakter – ohne Rechtspersönlichkeit<sup>6</sup>; daraus resultiert auch folgendes: erstens – Hauptmittel der Rationalisierung dieser Versammlungen befinden sich in den Händen der Regierungen; zweitens – beide Organisationen unterscheiden sich: Dokumente des Europarates haben einen rechtlichen Charakter, dagegen Dokumente von der OSZE sind rechtlich nicht verbindlich, sie sind eine Widerspiegelung der Verpflichtungen, beziehungsweise der politischen Versprechen;
  - Der Europarat und die OSZE wurden in anderen Zeiten gegründet (Europarat im Jahre 1949 und KSZE / OSZE im Jahre 1975). Deswegen haben sie andere Aufgaben und Missionen. Dasselbe bezieht sich auf die Parlamentarischen Versammlungen von diesen Organisationen.
  - Wenn es sich um ihre Mitgliedschaft handelt, dann ist der Europarat eine europäische Organisation und die OSZE eine transatlantische, die OSZE ist erheblich weiter östlich gelegen, wo das Bauen der Demokratie eine größere Bedeutung hat;
  - Der Europarat und die OSZE arbeiten schon seit langer Zeit zusammen. Die Zusammenarbeit entwickelte sich auf der Ebene der Generalsekretäre, Vorsitzenden, während der Wahlbeobachtungsmissionen sowie während der Tätigkeiten zugunsten des Bauens eines Staates, beispielsweise auf dem

---

<sup>5</sup> Der Europarat ist eine internationale Organisation, die aufgrund des am 5. Mai 1949 unterzeichneten Londoner Zehnmächtepakt gegründet wurde, der auch als das Statut des Europarates bekannt ist.

<sup>6</sup> OSZE ist ein politischer Prozess, der sich insbesondere auf KSZE-Schlussakte [Helsinki] (1975) sowie auf Charta von Paris für ein neues Europa (1990) stützt.



Balkan und in Weißrussland. Aus logistischer Sicht sind die gemeinsamen parlamentarischen Treffen der Ausschüsse sowie Plenarsitzungen schwer zu organisieren. Die Strukturen der Ausschüsse in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates unterscheiden sich von diesen in der OSZE PV. Zusätzlich beruht die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in großem Maße auf politischen Gruppen, wohingegen bestehen solche Gruppen in der OSZE PV nicht.

ii. Die Rolle der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU)<sup>7</sup>

Argumente gegen weiteres Bestehen von der WEU-Versammlung

- Seit dem Europäischen Rat in Köln im Juni 1999 und in Helsinki im Dezember 1999 zieht sich ein ständiger Transfer von Kompetenzen der WEU und von ihren Operationstätigkeiten zu der Europäischen Union. Infolge der Entscheidung des Ministerrates der WEU in Marseille in Juli 2001 wurden alle Tätigkeiten der WEU eingestellt beziehungsweise „betäubt“. Es besteht eine inoffizielle Vereinbarung, dass WEU bis zum Moment des Inkrafttretens des Verfassungsvertrags existieren wird. Es sollte die Übernahme durch EU von allen im Brüsseler Vertrag beinhalteten Verpflichtungen der WEU ermöglichen. Zur Zeit die einzige aktive Institution, die mit der WEU verbunden ist, ist WEU-Versammlung;
- Parlamentarische Versammlung der WEU erfüllt nur eine beratende Rolle, die durch das Europäische Parlament einfach übernommen werden kann. Unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung von den interparlamentarischen Beziehungen in Europa gibt es kein Bedürfnis des Bestehens von einer anderen beratenden Versammlung in Sachen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der Ebene der EU;
- Der Bereich von den Kompetenzen des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlaments umfasst insbesondere die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Auf diesem Gebiet ist der Ausschuss durch einen Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung

---

<sup>7</sup> Sie funktioniert auch unter dem Namen „Interparlamentarische Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung“.

(SEDE) unterstützt. Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments initiierte in den letzten Jahren eine Sitte der Einladung der Vertreter von den Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten der nationalen Parlamente zur Teilnahme an den halbjährig stattfindenden Treffen in Brüssel. Darüber hinaus organisierten aufeinanderfolgende Präsidentschaften der EU in den letzten Jahren halbjährig regelmäßige Treffen von Ausschüssen für auswärtige Angelegenheiten samt der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments. Diese regelmäßige Plattform des parlamentarischen Austauschs von Informationen und Koordinierung der Politik, welche die erweiterten Tätigkeiten des Europäischen Parlaments in Sachen der Sicherheit und Verteidigung ergänzt, verursacht, dass die WEU-Versammlung immer unnötiger ist. Solche Treffen könnten eine gemeinsame interparlamentarische EU-Aufsicht über GASP und ESVP versichern.

#### Argumente für weiteres Bestehen von der WEU-Versammlung

- Die Regierungen befürworten die Arbeit der WEU-Versammlung und versicherten mehrmals von ihrem Wert als des die Fragen der Sicherheits- und Verteidigungsstrategie analysierenden Forums. Der modifizierte Brüsseler Vertrag aus dem Jahr 1954 gilt nach wie vor. Die Versammlung kontrolliert die Anwendung des bedingungslosen kollektiven Verteidigungsengagements, wovon Artikel V des Vertrags spricht, als auch die Zusammenarbeit mit der NATO, die in Artikel IV festgeschrieben ist. Die Europäische Union hat keine ähnliche Klausel von der gegenseitigen Sicherheit;
- Der Vertrag über die Europäische Union sichert den nationalen Parlamenten keine Mittel, die den Zugang zu Informationen über die Tätigkeiten der EU im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, den Austausch von Meinungen oder das Engagement für den Gruppendialog mit der Exekutive der EU ermöglichen. Die nationalen Parlamente treffen jedoch Entscheidungen über Geld für die Verteidigung, was Ressourcen für die europäischen Militäroperationen bildet, und haben in den mit der Aufstellung der Militärs verbundenen Angelegenheiten das letzte Wort, weil es

mit der Bedrohung des Lebens von den Bürgern ihrer Staaten zusammenfällt. Diese Kompetenzen von den nationalen Parlamenten ergänzen sich gegenseitig mit den Berechtigungen von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Die zweiten sind jedoch nicht imstande, die ersten zu ersetzen;

- Die WEU-Versammlung ist ein einziges Instrument in Händen von den nationalen Parlamenten, das ihnen erlaubt, sich in eine Debatte über alle Aspekte der europäischen Sicherheit und Verteidigung zu engagieren. Sie bildet eine vollberechtigte interparlamentarische Struktur, die den nationalen Parlamenten die Ausnutzung von einer breiten Information und beratenden Berechtigungen, die im Rahmen der WEU für Kontrolle der intergouvernementalen Tätigkeiten auf der Ebene der EU zugänglich sind, ermöglicht;
- Die Versammlung schlägt die Gründung auf der Ebene der Europäischen Union eines interparlamentarischen Forums vor, das über die Fragen der Sicherheit und Verteidigung diskutieren würde, im Falle, wenn es die das Abgehen von dem modifizierten Brüsseler Vertrag ermöglichenden Bedingungen erfüllt wurden (welche die Klausel der gegenseitigen Verteidigung für die EU sowie die Beziehungen EU-NATO betreffen). Dieses Forum würde die Versammlung ersetzen, aber auf ihrer überprüften Arbeitsweise beruhen. Es würde mit dem Europäischen Parlament eng zusammenarbeiten.

iii. Die Mittelmeerregion

- Der angebrachte Vorschlag des Verbindens des Europa-Mittelmeer-Forums für Parlamentarierinnen mit dem Ausschuss für die Rechte der Frau der Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung;
- Man suggerierte, damit die Konferenz der Präsidenten der euromediterranen Parlamente eine einzige Form der Treffen von den Vorsitzenden der Parlamente in dieser Region wäre;
- Man schlug die Gründung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit der Europa-Mittelmeer-Region (CSCM) vor, mit der Teilnahme der Delegation aus den USA und beziehungsweise aus China und Russland, nach der Formel von der OSZE in Europa, die zur Endung des Kalten Krieges beitrug. Einer der Teilnehmer des Seminars überzeugte jedoch, dass die Gründung von noch einem anderen interparlamentarischen Forum nach der Berufung

im Jahre 2005 der Parlamentarischen Versammlung Euro-Mittelmeer (EMPA) mit ihrer ausgebauten Struktur (Ausschüsse, Arbeitsgruppen und unterschiedliche Tätigkeiten) unbegründet zu sein scheint;

- Es wurde ein Vorschlag einer größeren Aktivität von EMPA um die politischen Gruppen zum Zweck der Vergrößerung der Dynamik der Versammlung angebracht.

3.4. Da das Haager Programm in Sachen der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der Europäischen Union von einer „Aufsicht über die Koordinierung“ und nicht von der Koordinierung selbst sprechen (Juli 2004), könnte die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union die jährlichen, von den Generalsekretären der Parlamente der EU vorbereiteten Zusammenfassungen oder Berichte zum Thema des Stands dieser Zusammenarbeit untersuchen.

## Annex

Fragen zur zweiten Runde der Umfrage des EZPWD zum Thema  
der Beteiligung der Parlamente der europäischen Staaten  
an den internationalen parlamentarischen Foren  
Warschau, 8-9 Mai 2006 r.

### **Weitere Fragen an die Korrespondenten von EZPWD:**

1. Wenn Sie noch keine Gelegenheit hatten, um auf die Fragen des Fragebogens des EZPWD Nr. 456 vom 2. September 2005 zu antworten, dann machen Sie es bitte jetzt. Wir wären sehr dankbar, wenn Sie internationale parlamentarische Foren nennen, an denen Ihr Parlament teilnimmt, indem Sie sie nach den in der angehängten Dokumentation beschriebenen Kriterien gruppieren.
2. Wenn Sie schon den oben erwähnten Fragebogen beantwortet haben, dann bitten wir um eine Überprüfung, ob die internationalen parlamentarischen Foren, an denen Ihr Parlament teilnimmt, in die richtigen, in der angehängten Dokumentation beschriebenen Kategorien eingeordnet wurden.
3. Könnten Sie den Sonderstatus des Präsidenten von Ihrem Parlament beschreiben? Bleibt er nach der Wahl zum Präsidenten des Parlaments nach

wie vor Parteiführer, oder vielleicht ist dazu verpflichtet, das ganze Parlament zu vertreten und sich über politische Gegensätze hinwegsetzen? Welche Rechte und Regelungen, wenn solche überhaupt bestehen, beschreiben Beziehungen zwischen dem Präsidenten des Parlaments und dem Parlament?

4. Auf welche Art und Weise ist der Durchfluss von Informationen aus den internationalen parlamentarischen Foren, an denen Ihr Parlament teilnimmt, zu seinen unterschiedlichen Organen gerichtet, und wie beeinflusst die Information seine Arbeit und Entscheidungen? Werden nach allen interparlamentarischen Treffen Berichte vorbereitet und präsentiert, und was für eine Bedeutung haben sie?
5. Könnten Sie die Methoden der Wahl von den Vertretern ihres Parlaments für die Treffen von internationalen parlamentarischen Foren, an denen Ihr Parlament teilnimmt, beschreiben? Bewerten Sie, bitte, ob diese Methoden auf politischer Parität, individuellen Qualifikationen oder anderen Kriterien beruhen.

**Fragen an die ausgewählten internationalen parlamentarischen Institutionen:**

1. Auf welchen Rechtsgrundlagen beruht die Tätigkeit Ihres interparlamentarischen Forums?
2. Was für Normen regeln das Funktionieren Ihres interparlamentarischen Forums?
3. Was für grundsätzliche Ziele und Aufgaben hat Ihr interparlamentarisches Forum?
4. Nennen Sie Haupttätigkeiten Ihres interparlamentarischen Forums während des letzten Jahres (2006)?
5. Hat Ihr interparlamentarisches Forum bisher irgendwelche Vereinbarungen über Zusammenarbeit mit anderen interparlamentarischen Foren abgeschlossen?

BERICHT ÜBER  
DIE TEILNAHME DER PARLAMENTE DER EUROPÄISCHEN STAATEN  
AN DEN INTERPARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNGEN,  
KONFERENZEN, VEREINIGUNGEN, ORGANISATIONEN, NETZEN,  
UNIONEN, RÄTEN, FOREN, GEMEINSAMEN AUSSCHÜSSEN  
ERFASST ANHAND DER ANTWORTEN  
AUF DIE UMFRAGE DES EZPWD Nr. 456  
vom September 2005

## I. Umfrage über die mehrseitige interparlamentarische Zusammenarbeit in Europa

Am 2. September 2005 richtete der Senat der Republik Polen eine Bitte an die Korrespondenten des EZPWD um Antwort auf zwei folgende Fragen:

- Welchen interparlamentarischen Versammlungen, Konferenzen, Vereinigungen, Organisationen usw. gehört zum gegenwärtigen Zeitpunkt (mit dem Status des Mitglieds, des assoziierten Mitglieds, des Beobachters,...) Ihr Parlament an?
- Welchen interparlamentarischen Versammlungen, Konferenzen, Vereinigungen, Organisationen usw. plant sich Ihr Parlament (mit dem Status des Mitglieds, des assoziierten Mitglieds, des Beobachters,...) in absehbarer Zukunft anzuschließen?

Diese Fragen wurden im Zusammenhang mit der Perspektive der Organisierung in den Tagen vom 8. bis 9. Mai 2006 in Warschau unter dem Patronat vom EZPWD eines Seminars zum Thema: „*Übernationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen in Europa des 21. Jahrhunderts*“, gestellt.

## II. Teilnehmer der Umfrage

Auf zwei oben genannte Fragen sind Antworten von **35** der insgesamt **58** Korrespondenten des Zentrums<sup>1</sup> eingegangen. **Zwei** diesen **35** Antworten

<sup>1</sup> Dem EZPWD gehören **58** Kammern nationaler Parlamente und **3** interparlamentarische Versammlungen an.

wurden von Parlamenten der außereuropäischen Staaten zugeschickt: aus Israel (von der Knesset) und aus den USA (vom Kongress).

Aus den europäischen Staaten<sup>2</sup> sind somit Antworten von **33** der insgesamt **56** europäischen Korrespondenten des EZPWD (fast **59%**) eingegangen. Von **23** Korrespondenten gab es keine Antwort.

Aus diesen **33** Antworten sind von Zweikammerparlamenten **3** getrennt (aus Belgien, Slowenien und Großbritannien), und **3** zusammen (aus Österreich, Bosnien-Herzegowina und aus der Schweiz) eingegangen.

Die Antworten sind somit aus **30** europäischen Staaten der insgesamt **46** Mitgliedsstaaten des Europarates<sup>3</sup> (über **65%**) eingegangen.

Aus **16** Mitgliedsstaaten des Europarates kam keine Antwort, und zwar: aus Albanien, Andorra, Aserbaidschan, Spanien (zwei Kammern), Irland (zwei Kammern), Island, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Moldawien, Monaco, San Marino, Serbien-Montenegro, aus der Türkei, aus der Ukraine und aus Ungarn.

Darüber hinaus sind Antworten von **8** Zweikammerparlamenten der Mitgliedsstaaten des Europarates nicht eingegangen, und zwar: vom Abgeordnetenhaus Tschechiens, vom Senat Frankreichs, vom deutschen Bundestag, vom Senat Italiens, vom Senat der Niederlanden, vom polnischen Sejm, vom Senat Rumäniens und vom Föderationsrat der Föderalversammlung der Russischen Föderation.

Zusammenfassend sind Antworten von **36** der insgesamt **62** Parlamentskammern der Mitgliedsstaaten des Europarates (fast **60%**) eingegangen. Von **26** Kammern gab es keine Antworten.

### III. Klassifikation der Antworten der Befragten: politische Dimension der interparlamentarischen Beziehungen in Europa

Die Antworten auf die Frage nach der interparlamentarischen Zusammenarbeit, für die sich die Parlamente der europäischen Staaten engagieren, wurden gemäß zweidimensionaler Klassifikation geordnet, die

---

<sup>2</sup> Als Kriterium der Zugehörigkeit eines Landes zu Europa wurde in diesem Text sein Vollmitgliedstatus im Europarat angenommen.

<sup>3</sup> Zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates werden Parlamentarier aus **46** Mitgliedsstaaten des Europarates und aus **3** außereuropäischen Staaten mit Beobachterstatus delegiert. Unter diesen **46** Mitgliedsstaaten sind **30** Einkammerparlamente und **16** Zweikammerparlamente. Der Versammlung gehören somit Parlamentarier von **62** Kammern der Mitgliedsstaaten des Europarates an. Der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gehören aus Europa nur weißrussische Parlamentarier nicht an.

sich auf zwei Kriterien stützt: **rechtlich-organisatorisches** und **geopolitisches Kriterium**.

#### A. Rechtlich-organisatorische Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit

Die erste Dimension dieser Klassifikation gruppiert die zugeschickten Informationen zum Thema der interparlamentarischen Zusammenarbeit gemäß den **rechtlich-organisatorischen** Rahmen dieser Zusammenarbeit.

Es wurden sechs Kategorien dieser Klassifikation unterschieden:

1. Konferenzen bzw. Treffen der Parlamentspräsidenten;
2. interparlamentarische Unionen, Räte, Versammlungen, gemeinsame Ausschüsse, Vereinigungen, Konferenzen, Foren;
3. Konferenzen bzw. Treffen der Präsidenten oder Vertreter der miteinander korrespondierenden ständigen parlamentarischen Ausschüsse;
4. interparlamentarische bzw. parlamentarische Organisationen, Vereinigungen, Konferenzen, Treffen, Netze [für Mitglieder der Parlamentel];
5. Vereine oder Treffen der Generalsekretäre der Sekretariate bzw. Parlamentskanzleien;
6. Treffen und Netze der Beamten der Parlamentssekretariate bzw. der Parlamentskanzleien.

Die ersten vier Kategorien dieser Klassifikation betreffen den politischen und die letzten zwei den administrativen Aspekt der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Wir werden uns jetzt auf den politischen Aspekt konzentrieren. Der administrative Aspekt wird separat besprochen.

**Ad 1.** Ad. Konferenzen oder Treffen der Parlamentspräsidenten sind autonom, bzw. haben eine übergeordnete Funktion gegenüber den anderen Formen der interparlamentarischen Beziehungen. Sie sind oft ein Forum der Debatte<sup>4</sup> über die Richtungen der Entwicklung dieser Beziehungen. Manchmal ergreifen sie in dieser Hinsicht die Initiative<sup>5</sup>. Die Schlussfolgerungen aus ihren Sitzungen haben formell keine Verbindlichkeit, aber sind angesichts ihres politischen Gewichts bedeutend. Die Treffen der Parlamentspräsidenten sind

---

<sup>4</sup> Sowohl die politische Funktion (die Parlamentspräsidenten stehen oft über den politischen Spaltungen in ihren Parlamenten) als auch die Befugnis dieser Gremien, Beschlüsse zu fassen (es ist nicht ganz klar, an wen die eventuellen Beschlüsse gerichtet werden sollten), sind nicht unumstritten.

<sup>5</sup> Zum Beispiel, die Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) wurde auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union ins Leben gerufen, die in den Tagen vom 19. bis 20. Mai 1989 in Madrid tagte.



gegenüber den zwischen den Regierungen bestehenden Beziehungen generell autonom. Diese Treffen können ausschließlich für Parlamentspräsidenten bestimmt sein, oder aber berücksichtigen, dass die Parlamentspräsidenten von ihren Stellvertretern oder von anderen bevollmächtigten Mitgliedern der Parlamente repräsentiert werden.

Die längste Geschichte, die ihren Anfang 1969 nahm, hat die Konferenz der Präsidenten der Parlamente des Commonwealth<sup>6</sup> (Commonwealth Speakers and Presiding Officers Conference, CSPOC). Ihre Treffen finden alle zwei Jahre statt. Ihr Initiator war jedoch ein außereuropäisches Parlament – Parlament Kanadas, und sie umfasst die Parlamente der Mitgliedsstaaten des Commonwealth, dem nur drei europäische Staaten angehören.

In Europa finden seit der ersten Hälfte der 80er Jahre die regelmäßigen Treffen der Parlamentspräsidenten. Seit dieser Zeit bis Ende der 90er Jahre traten abwechselnd die Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten und die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union zusammen. Im 21. Jahrhundert wächst und formalisiert sich<sup>7</sup> langsam die Rolle der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union<sup>8</sup>, die sich jetzt jedes Jahr versammelt und deren Arbeiten durch Parlamente der drei Präsidenschaften (Troika) der Konferenz koordiniert werden. Die Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten tritt unverändert alle zwei Jahre zusammen. Sie unternahm auch den Versuch der Formalisierung ihrer Rolle<sup>9</sup>.

**Ad 2.** Ad. Das charakteristische Merkmal dieser Kategorie der internationalen parlamentarischen Institutionen, die die interparlamentarischen Unionen, Räte, Versammlungen, gemeinsamen Ausschüsse, Vereinigungen, Konferenzen und Foren gruppiert, ist es, dass sie aus Delegationen bestehen, die meistens gewählt werden und im Rahmen der Amtszeit bestimmter Mitgliedsparlamente unverändert bleiben. Die Mitglieder

---

<sup>6</sup> Sie besteht aus 19 Zweikammerparlamenten und 36 Einkammerparlamenten, was insgesamt 74 Mitglieder aus 55 Ländern gibt. Aus Europa (Gebiet der Britischen Inseln und das Mittelmeergebiet) gehören ihr vier Parlamente aus drei Staaten (aus Großbritannien, Zypern und Malta) an.

<sup>7</sup> Im September 2000 beschloss die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union in Rom die Leitlinien (Geschäftsordnung), die die Prinzipien und Prozeduren ihrer Arbeit bestimmen. Im Juli 2004 verabschiedete sie in Den Haag die Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit der nationalen Parlamente in der Europäischen Union.

<sup>8</sup> Gemäß den oben genannten Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit der nationalen Parlamente in der Europäischen Union, durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union beschlossen wurden: „Die Konferenz trägt die Verantwortung für die Aufsicht über die Koordinierung der interparlamentarischen Tätigkeit der EU“.

<sup>9</sup> 2004 arbeitete sie auch den Entwurf ihrer Geschäftsordnung aus.

dieser Vertretungen spiegeln in den meisten Fällen die politischen Paritäten wider. Die politische Repräsentativität der Delegationen ist die Konsequenz der stärkeren Formalisierung der Organisationen und Arbeitsprozeduren der Institutionen dieser Kategorie: Ihr Handeln stützt sich auf mehrseitige bzw. zweiseitige Abkommen oder internationale oder auch interparlamentarische Verträge, sowie auf innere Arbeitsordnungen. Diese Institutionen entstehen in den meisten Fällen als Instrumente der transnationalen Integration um bestimmte Interessen, bzw. Werte herum. Ein Teil von ihnen bildet die parlamentarische Dimension der internationalen Regierungsinstitutionen und kontrolliert ihre Arbeiten.

Die ältesten internationalen parlamentarischen Institutionen dieser Kategorie in Europa sind die Interparlamentarische Union (gegründet 1889<sup>10</sup>) und Parlamentarische Vereinigung des Commonwealth (gegründet 1911<sup>11</sup>). Die beiden oben genannten Institutionen sind jedoch in dem von uns angenommenen Sinne keine europäischen Institutionen. Die erste von ihnen hat eine globale Dimension – und ihr gehören somit alle nationalen Parlamente des alten Kontinents, und die andere umfasst die Mitgliedsstaaten des Commonwealth (vergl. die Fußnote Nr. 6).

Die ältesten europäischen parlamentarischen Institutionen dieser Kategorie begannen nach dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit den Integrationsbestrebungen auf dem Kontinent zu entstehen. Für ihre Quelle hält man die 1949 gegründete Beratende<sup>12</sup> (heute – Parlamentarische) Versammlung des Europarates, woraus auch das Europäische Parlament herauswuchs.

In den internationalen parlamentarischen Institutionen dieser Kategorie ist die EU im Bereich der Außenbeziehungen der Europäischen Union manchmal ausschließlich durch das Europäische Parlament repräsentiert. So ist es zum Beispiel im Falle des transatlantischen Dialogs der Gesetzgeber (Transatlantic Legislators' Dialogue, TLD)<sup>13</sup>, oder auch der gemeinsamen parlamentarischen

---

<sup>10</sup> In ihren Anfängen war diese Organisation für individuelle Parlamentarier offen, jedoch im Laufe der Zeit verwandelte sie sich in eine internationale Organisation der Parlamente der souveränen Staaten. Das ursprüngliche Ziel der Union war das Schiedsverfahren im Falle internationaler Konflikte. Mit der Zeit wurde die Förderung der Demokratie und die Verständigung zwischen den Parlamenten zu ihrer Mission.

<sup>11</sup> 1911 wurde die Imperiale Parlamentarische Versammlung ins Leben gerufen. Den heutigen Namen nahm sie 1948 an.

<sup>12</sup> Dieser Versammlung haben anfänglich die Vertreter der Regierungen der zwölf Staaten angehört, die den Europarat gegründet haben. Sie besteht jedoch seit 1951 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus Vertretern der nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarates.

<sup>13</sup> Hier treffen sich die Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Kongresses der Vereinigten Staaten von Amerika.

Ausschüsse (Joint Parliamentary Committees, JPCs)<sup>14</sup>: EU - Bulgarien, EU - Kroatien, EU - Mazedonien / FYROM.

**Ad 3.** Ad. Diese Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit umfasst die Konferenzen bzw. Treffen der Präsidenten oder Vertreter der miteinander korrespondierenden ständigen parlamentarischen Ausschüsse. Sie hat sich innerhalb der letzten zwanzig, dreißig Jahre in bezug auf das Vertiefen und Erweitern des Integrationsprozesses im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften und dann der Europäischen Union entwickelt.

Das älteste Forum der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf der Ebene der Ausschüsse ist die Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC), die auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union, die im Mai 1989 in Madrid tagte, ins Leben gerufen wurde. Das erste Treffen der COSAC fand im November 1989 in Paris statt.

Kurz darauf, im Januar 1993, fand in Paris auf Einladung des Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung der Französischen Republik, des Abgeordneten der Sozialisten, André Bellon, das erste Treffen der Konferenz der Vorsitzenden der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union<sup>15</sup> statt.

Die beiden oben genannten Foren der Zusammenarbeit der Ausschüsse der Parlamente der EU einleiteten Treffen nächster ständiger Ausschüsse in den Parlamenten der Staaten, die den Vorsitz der EU (EU-Präsidentschaft) innehaben.

In den letzten Jahren hat sich vor allem in bezug auf die Arbeiten des Europäischen Konvents die Zusammenarbeit zwischen Ausschüssen des Europäischen Parlaments und den Ausschüssen der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU entwickelt. Gegenwärtig wird sie im Europäischen Parlament in zwei Formen vollzogen: als gemeinsame parlamentarische Treffen (Joint Parliamentary Meetings, JPMs) und gemeinsame Treffen der Ausschüsse (Joint Committee Meetings, JCMs). Seit der zweiten Hälfte des Jahres 2005 wird im Europäischen Parlament ein Entwurf von Netzen der miteinander korrespondierenden Ausschüsse (Corresponding Committee Network, CCN) der Parlamente der Europäischen Union ausgearbeitet.

Die Zusammenarbeit wird auch oft von den Ausschüssen der Parlamente der Mitgliedsstaaten, bzw. von den Ausschüssen der für den Eintritt in die EU

---

<sup>14</sup> Diese Ausschüsse bilden die parlamentarische Dimension der Relationen zwischen der EU und den für den Beitritt zur EU kandidierenden Staaten.

<sup>15</sup> Zu Beginn hieß es: das Treffen der Vorsitzenden der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten der parlamentarischen Versammlungen der Zwölf.

(oder auch NATO) kandidierenden Staaten aufgenommen. In den meisten Fällen sind das die Ausschüsse für europäische Integration auf der überregionalen Ebene, z.B. in Mitteleuropa (Visegrad-Gruppe und Regionale Partnerschaft) oder im Balkangebiet.

**Ad 4.** Ad. Das charakteristische Merkmal dieser Kategorie der internationalen parlamentarischen (oder auch quasiparlamentarischen) Institutionen, die die interparlamentarischen, bzw. parlamentarischen Organisationen, Vereinigungen, Konferenzen, Treffen, Netzen [für Parlamentsmitglieder] gruppiert, ist es, dass an ihren Treffen individuelle Parlamentarier teilnehmen, die nicht nach der politischen Parität, sondern auf der Basis der individuellen Eigenschaften, Interessen oder Qualifikationen gewählt werden. Diese Institutionen charakterisieren sich oft durch im geringeren Maße geregelte Rechtsgrundlagen des Handelns sowie durch geringere Formalisierung der Organisation und der Arbeitsprozeduren, und außerdem kann man sich oft nur schwer über sie informieren. Im Falle solcher Institutionen kann man nur schwer von der parlamentarischen Kontrolle der Exekutive sprechen, weil es an der politischen Repräsentativität fehlt.

Die internationalen parlamentarischen (oder auch quasiparlamentarischen) Institutionen dieses Typs begannen in einem Zeitraum von den letzten einigen zehn Jahren zu erscheinen. Ihr Erscheinen und der Anstieg ihrer Zahl stehen in hohem Maße mit dem Globalisierungsprozess, mit der technologischen Revolution und mit dem Herauskristallisieren des Modells der postindustriellen oder auch der postmodernen Gesellschaft in Zusammenhang. Zu diesem Typ der Institutionen gehören: Parlamentarier für Globales Handeln (Parliamentarians for Global Action, PGA), Internationaler Parlamentarierversband für Informationstechnologie (International Parliamentarians' Association for Information Technology, IPAIT), etc.

Ein Teil der Formen der parlamentarischen Zusammenarbeit dieses Typs wird auch in Europa in Gebieten gegründet, wo es zu Spannungen und internationalen Konflikten kommt. Ihr Ziel besteht darin, die politische Situation zu stabilisieren und die Grundlagen für weitere sozial-wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Sie nehmen dann oft den Charakter der Rahmen der Zusammenarbeit an, die verschiedenartigen Typen der interparlamentarischen Treffen auf der Ebene der Parlamentspräsidenten, Kommissionsvorsitzenden, etc. umfasst. Zu den Formen einer solchen Zusammenarbeit gehören zum Beispiel: Parlamentsforum Cetinje (Cetinje Parliamentary Forum), oder auch Südosteuropäischer Kooperationsprozess (Parliamentary dimension of the South-East European Cooperation Process, SEECP). Solche Formen der Zusammenarbeit können zeitweilig sein, also nur die Transformationsdauer

betreffen; sie können sich aber auch konsolidieren – so ist es zum Beispiel im Falle der parlamentarischen Dimension der Visegrad-Gruppe<sup>16</sup>.

## B. Geopolitische Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit

Die zweite Dimension der angenommenen Klassifikation gruppiert die zugeschickten Informationen zum Thema der interparlamentarischen Zusammenarbeit gemäß den **geopolitischen** Rahmen dieser Zusammenarbeit.

Es wurden zehn Stufen unterschieden, innerhalb deren sich die interparlamentarischen Beziehungen der europäischen Staaten, je nach den geopolitischen Rahmen dieser Beziehungen, entwickeln:

1. globale Beziehungen;
2. transatlantische Beziehungen;
3. paneuropäische Beziehungen;
4. subregionale Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Kontinents;
5. Außenbeziehungen der europäischen Staaten oder ihrer Gruppierungen;
6. Beziehungen oder *Governance*<sup>17</sup> im Rahmen der Europäischen Union (EU);
7. überregionale Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union;
8. Außenbeziehungen der Europäischen Union;
9. Innenbeziehungen im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS);
10. Beziehungen der außereuropäischen Staaten oder ihrer Gruppierungen zu den europäischen Staaten.

Die obige Klassifikation ist ein Abbild der internationalen Beziehungen *Anno Domini* 2006. Generell sind diese Beziehungen historisch bedingt und haben von der Natur her einen dynamischen Charakter. Bis zum Ende des Kalten Krieges (1989) entwickelten sich die interparlamentarischen

---

<sup>16</sup> Interparlamentarische Zusammenarbeit auf der Ebene der Ausschüsse wurde im Rahmen der Visegrad-Gruppe in der Zeit eingeleitet, als ihre Mitgliedsstaaten für den Beitritt zur NATO und EU kandidierten und sie dauert bis heute, wenn sie bereits den beiden Integrationsgruppierungen angehören.

<sup>17</sup> Die Europäische Kommission entwickelte ihr eigenes *Governance*-Konzept im Weißbuch zum Thema „Europäische *Governance*“, in dem sich der Terminus „Europäische *Governance*“ auf die Prinzipien, Prozesse und Verhalten bezieht, die die Art und Weise der politischen Handlungsweise auf europäischer Ebene beeinflussen, insbesondere wenn es sich um die Offenheit, Partizipation, demokratische Verantwortung, Leistungsfähigkeit und Kohärenz handelt. Diese fünf Prinzipien der „guten *Governance*“ stärken die Idee der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Das Weißbuch handelt generell darüber, wie die EU das auf sie von den Bürgern übertragene Recht, politische Entscheidungen zu treffen, anwenden sollte. [vergl. [http://europa.eu.int/comm/governance/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/governance/index_en.htm)]

Beziehungen in Europa im Großen und Ganzen nur innerhalb seines westlichen Teils: Also, der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA). Nach 1989 kam es zur globalen *Expansion* der parlamentarischen Demokratie vom Westen nach Osten und Süden, und dies sowohl in der nationalen Dimension, als auch in der Dimension der transnationalen interparlamentarischen Beziehungen. Die Logik dieser *Expansion* in Europa spiegelte in der transnationalen Dimension die natürliche Dominanz der Regierungen in den internationalen Beziehungen wider. Deshalb war die interparlamentarische Zusammenarbeit meistens zweitrangig gegenüber der zwischen den Regierungen bestehenden Zusammenarbeit und bildete oft die parlamentarische Dimension der Letzteren. Manchmal erfüllte sie auch eine Mittlerfunktion beim Beilegen der Konflikte, oder beim Konfliktmanagement, z.B. im Balkangebiet.

Die bereits früher erwähnten geopolitischen Rahmen der interparlamentarischen Beziehungen in Europa entsprechen heutzutage den Gebieten der europäischen Integration, deren Treibräder die Europäische Union und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sind.

Die größte Intensität erreichten die interparlamentarischen Beziehungen im Rahmen der Europäischen Union, was sich zum Teil damit verbunden ist, dass die nationalen Parlamente einen Großteil ihrer Kompetenzen in Staatssachen verloren haben. Ihre heutige Aktivität auf der EU-Ebene kann als Suche nach neuem Platz innerhalb neuer EU-Architektur, oder auch innerhalb der neuen europäischen *Governance* (vergl. die Fußnote Nr. 14) angesehen werden.

Die angehängte Aufstellung der zugeschickten Antworten auf die Frage nach der Teilnahme der europäischen nationalen Parlamente an der interparlamentarischen Zusammenarbeit beruht auf dem Sichüberschneiden der beiden vorher besprochenen Klassifikationen: gemäß den **rechtlich-organisatorischen** und **geopolitischen** Rahmen dieser Zusammenarbeit.

#### IV. Statistik der Antworten der Befragten<sup>18</sup>

Aus den von den Korrespondenten des EZPWD zugeschickten Antworten geht hervor, dass sich die Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarates für etwa **76** mehr oder weniger formalisierte Formen der interparlamentarischen

---

<sup>18</sup> Statistik beruht auf den bis jetzt erhaltenen Antworten von Parlamenten. Sie wird aktualisiert, wenn uns die fehlenden Antworten zugeschickt werden.

Beziehungen in der politischen Dimension und für etwa **8** im Bereich der parlamentarischen Verwaltungen engagieren.

Die unten angeführte Analyse betrifft die interparlamentarischen Beziehungen mit der politischen Ausrichtung.

**Tabelle 1. Die Anzahl der Formen der interparlamentarischen Beziehungen der europäischen Staaten mit der politischen Ausrichtung, je nach geografischem Anwendungsbereich, bzw. geopolitischen Rahmen dieser Beziehungen**

Lp.	Interparlamentarische Dimension der politischen Beziehungen	Anzahl der Formen der interparlamentarischen Beziehungen
1.	globale Beziehungen	<b>13</b>
2.	transatlantische Beziehungen	<b>2</b>
3.	paneuropäische Beziehungen	<b>5</b>
4.	subregionale Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Kontinents	<b>16</b>
5.	Außenbeziehungen der europäischen Staaten oder ihrer Gruppierungen	<b>14</b>
6.	Beziehungen oder <i>Governance</i> im Rahmen der EU	<b>8</b>
7.	überregionale Zusammenarbeit im Rahmen der EU	<b>7</b>
8.	Außenbeziehungen der EU	<b>7</b>
9.	Innenbeziehungen im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	<b>2</b>
10.	Beziehungen der außereuropäischen Staaten oder ihrer Gruppierungen zu den europäischen Staaten	<b>2</b>

Im geographischen bzw. geopolitischen Rahmen war die Anzahl der Formen der interparlamentarischen Beziehungen der europäischen Staaten mit der politischen Ausrichtung am größten:

- I. auf der überregionalen Ebene im Rahmen des europäischen Kontinents;
- II. im Rahmen der Außenbeziehungen der europäischen Staaten oder ihrer Gruppierungen;
- III. im Rahmen der Beziehungen mit globalem Anwendungsbereich;
- IV. auf dem Gebiet der EU – als Ganzes und überregional, sowie
- V. im Rahmen der Außenbeziehungen der EU.

**Tabelle 2. Die Anzahl der Formen der interparlamentarischen Beziehungen der europäischen Staaten mit der politischen Ausrichtung, je nach rechtlich-organisatorischen Rahmen dieser Beziehungen**

<b>Lp.</b>	<b>Interparlamentarische Beziehungen mit der politischen Ausrichtung gemäß den rechtlich-organisatorischen Rahmen dieser Beziehungen</b>	<b>Anzahl der Formen der interparlamentarischen Beziehungen</b>
1.	Konferenzen bzw. Treffen der Parlamentspräsidenten	<b>12</b>
2.	interparlamentarische Unionen, Räte, Versammlungen, gemeinsame Ausschüsse, Vereinigungen, Konferenzen, Foren	<b>24</b>
3.	Konferenzen bzw. Treffen der Präsidenten oder Vertreter der miteinander korrespondierenden ständigen parlamentarischen Ausschüsse	<b>8</b>
4.	interparlamentarische bzw. parlamentarische Organisationen, Vereinigungen, Konferenzen, Treffen, Netze [für Mitglieder der Parlamente]	<b>32</b>

Im rechtlich-organisatorischen Rahmen war die Anzahl der Formen der interparlamentarischen Beziehungen der europäischen Staaten mit der politischen Ausrichtung in folgenden Bereichen am größten:

- I. interparlamentarische bzw. parlamentarische Organisationen, Vereinigungen, Konferenzen, Treffen, Netze [für Mitglieder der Parlamente];
- II. interparlamentarische Unionen, Räte, Versammlungen, gemeinsame Ausschüsse, Vereinigungen, Konferenzen, Foren.

Konferenzen oder auch Foren der Treffen der Parlamentspräsidenten gab es nahezu dreimal so wenig als die erste und zweimal so wenig als die Zweite von den oben genannten Formen der interparlamentarischen Beziehungen der europäischen Staaten. Konferenzen oder auch Foren der Treffen der Parlamentspräsidenten oder Vertreter der miteinander korrespondierenden ständigen parlamentarischen Ausschüsse gab es viermal so wenig als die erste und dreimal so wenig als die Zweite von den oben genannten Formen.

In der angehängten Aufstellung der zugeschickten Antworten auf die Frage nach der Teilnahme der europäischen nationalen Parlamente an der interparlamentarischen Zusammenarbeit, die auf dem Sichüberschneiden der beiden vorher besprochenen Klassifikationen beruht, war die Anzahl der Formen der interparlamentarischen Beziehungen der europäischen Staaten mit der politischen Ausrichtung in den gemeinsamen Bereichen folgender Kategorien am größten:



- I. *interparlamentarische bzw. parlamentarische Organisationen, Vereinigungen, Konferenzen, Treffen, Netze [für Mitglieder der Parlamente] **und** Außenbeziehungen der europäischen Staaten oder ihrer Gruppierungen (11 Beziehungen);*
- II. *interparlamentarische Unionen, Räte, Versammlungen, gemeinsame Ausschüsse, Vereinigungen, Konferenzen, Foren **und** die überregionale Zusammenarbeit im Rahmen des europäischen Kontinents (10 Beziehungen);*
- III. *interparlamentarische bzw. parlamentarische Organisationen, Vereinigungen, Konferenzen, Treffen, Netze [für Mitglieder der Parlamente] **und** globale Beziehungen (10 Beziehungen).*

## V. Administrative Dimension der interparlamentarischen Beziehungen in Europa

Die administrative Dimension der interparlamentarischen Beziehungen ist bedeutend, jedoch sekundär gegenüber der politischen Dimension. Dennoch ist sie in den letzten Jahren autonomer geworden. Ein gewisser Grad der Autonomisierung ist im Zusammenhang mit folgenden Determinanten notwendig:

- Notwendigkeit der Gewährleistung der Personal-, Informations- und Technikerunterstützung der interparlamentarischen Beziehungen mit der politischen Ausrichtung, bei der dynamisch wachsenden Intensität dieser Form der Beziehungen;
- Notwendigkeit der Gewährleistung der Kontinuität der Kommunikation in der politischen Dimension der interparlamentarischen Beziehungen für längere Zeit als nur eine Amtszeit des Parlaments;
- Notwendigkeit der kontinuierlichen Rationalisierung und Funktionalisierung der interparlamentarischen Beziehungen mit der politischen Ausrichtung, wegen der sich dynamisch wechselnden internationalen Umgebung;
- Notwendigkeit, mit dem technischen Fortschritt mithalten zu können, dessen Konsequenz die Herausbildung der Informationsgesellschaft ist;
- Im Falle der Europäischen Union: Notwendigkeit des Informationsaustausches und der Koordinierung sowohl im Rahmen des EU-Entscheidungsprozesses als auch der Vereinheitlichung der

Maßnahmen der Kontrolle der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten in Angelegenheiten, die die Europäische Union betreffen.

Auf der paneuropäischen Ebene ist die administrative Dimension der interparlamentarischen Beziehungen durch die Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten mit der politischen Dimension verbunden. Parallel zu den Treffen der Konferenz finden Treffen der Generalsekretäre der Mitgliedsparlamente der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des EZPWD statt. Während dieser Treffen werden Berichte aus den bisherigen Arbeiten des EZPWD und die Zukunftspläne angenommen.

In den letzten Jahren begann die Institutionalisierung der Treffen der Generalsekretäre der Parlamente der EU-Staaten, die sich auf organische Art und Weise mit den Treffen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union verbinden.

Eine wesentliche Erscheinung im Bereich der interparlamentarischen Beziehungen auf der administrativen Ebene sind ebenfalls zahlreiche Netze der Verbindungsbeauftragten, die die Kommunikation im Rahmen verschiedener Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit: Mit dem Europäischen Parlament, mit der COSAC, mit der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union, mit dem EZPWD, etc. gewährleisten.

## VI. Probleme bei der Aufarbeitung der zugeschickten Antworten

Beim Vorbereiten der Synthese der Antworten auf die Fragen der Umfrage zur mehrseitigen interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa tauchten folgende Probleme auf:

- Übersetzungen mancher Bezeichnungen der Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (z.B. aus dem Russischen ins Englische) waren manchmal unpräzise, was ihr Identifizieren und Verifizieren erschwerte;
- Probleme mit der Terminologie:
  - Fehlen einer homogenen Nomenklatur,
  - in entstellter Form angegebene Bezeichnungen mancher Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (manchmal dieselben Formen der Zusammenarbeit verschieden benannt),
  - ähnliche Bezeichnungen verschiedener Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (z.B. in bezug auf die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum);

- Vorläufigkeit mancher der gegründeten interparlamentarischen Strukturen;
- unklarer Status mancher Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (selbst wenn eine bestimmte Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit innerhalb vieler Jahre entwickelt wird, kann sie beim Fehlen einer sogar geringen Institutionalisierung sehr schnell erlöschen);
- Fehlen scharfer Bewertungskriterien, was schon als feste Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit anerkannt werden kann, und was noch nicht;
- unklares Mandat mancher Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit: Wen, bzw. was sie repräsentieren – welcher Art ist ihre Legitimität (ihr Bezeichnen als „demokratische“ Legitimität ist manchmal schwer zu operationalisieren);
- unverbindliche Formen der Mitgliedschaft im Rahmen mancher Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (unverbindliche Versammlungen der Parlamentarier, unverbindlich behandelt durch die nationalen Parlamente);
- wenige konkrete Effekte der Tätigkeit im Rahmen mancher Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit;
- Gebrauch einer gemeinsamen Bezeichnung für verschiedene Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit (Treffen der Parlamentspräsidenten, Ausschüsse, Parlamentarierinnen etc.). Das betrifft vor allem Südosteuropa. Ein so großes Gebiet berücksichtigt z.B. der Name *Parlamentsforum Cetinje*, oder auch *Südosteuropäischer Kooperationsprozess*.

## VII. Schlussfolgerungen

Anhand der Analyse des im Rahmen der Umfrage gesammelten Materials zum Thema der mehrseitigen interparlamentarischen Beziehungen in Europa kann man folgendes schlussfolgern:

- Die Notwendigkeit der Vorbereitung einer Zusammenstellung und Klassifikation der bestehenden Formen der interparlamentarischen Beziehungen, an denen die Parlamente der europäischen Staaten beteiligt sind, wird bestätigt. Diese Klassifikation wird ein Ausgangspunkt eventueller Bewertung der Rationalisierung oder auch Funktionalität dieser

Beziehungen<sup>19</sup> in bezug auf zwei Faktoren: die beschriebene Vielfalt und Verschiedenheit dieser Beziehungen, insbesondere im Rahmen der internationalen parlamentarischen (oder auch quasiparlamentarischen) Institutionen mit den im geringeren Maße gefestigten rechtlichen Grundlagen des Handelns und mit geringerer Formalisierung der Organisation und der Arbeitsprozeduren, und auch in Bezug darauf, dass man sich oft über sie nur schwer informieren kann. Diese Aufgabe sollte auf der Ebene der parlamentarischen Verwaltungen oder auf der Expertenebene gelöst werden;

- Die terminologischen Probleme, die bei der Aufarbeitung der Antworten der Umfrage auftauchten, zeigen die Notwendigkeit der Vereinbarung einer Bezeichnung für alle bestehenden Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit<sup>20</sup>. Es sollte ebenfalls zu einem Grundsatz gemacht werden, dass alle Bezeichnungen der einzelnen Formen der interparlamentarischen Beziehungen in englischer Sprache, als Standardsprache, genannt werden, und diese Bezeichnungen sollten aus dem Englischen in andere Sprachen übersetzt werden;
- Wegen Schwierigkeiten mit dem Zugang zu Informationen, auf die man bei der Aufarbeitung der Antworten der Umfrage stieß, scheint das Postulat richtig zu sein, damit alle internationalen parlamentarischen Institutionen in Europa auf ihren Internetseiten die Informationen zum Thema der Rechtsgrundlagen ihrer Tätigkeit (darunter auch Ziele, oder auch Missionen), der Arbeitsordnung, der Wahl der Mitglieder, der eigenen Geschichte (wann und in Zusammenhang mit welchen Ereignissen sie gegründet wurden), sowie der Effekte ihrer Tätigkeit standardgemäß bekannt geben. Dies würde die Transparenz ihrer Arbeit erhöhen;
- Angesichts der erwähnten Vielfalt und Verschiedenheit der Formen der interparlamentarischen Beziehungen, an denen die Parlamente der europäischen Staaten beteiligt sind, ist die Wahl der entsprechenden

---

<sup>19</sup> Eine solche Zusammenstellung und Klassifikation sind insbesondere wegen der Bewertung der Intensität des Engagements der Parlamentarier für die interparlamentarische Zusammenarbeit wichtig (den Versuch einer solchen Bewertung unternahm der dänische Folketing).

<sup>20</sup> In den bisherigen Berichten zu diesem Thema - das Bericht von 1980 zum Thema der Relationen zwischen den nationalen Parlamenten und den internationalen parlamentarischen Versammlungen, präsentiert von John Priestman, dem Chef des Sekretariats (eng. clerk) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und die aktualisierte Version dieses Berichts von 1990, präsentiert von Heinrich Klebes, dem Chef des Sekretariats der Parlamentarischen Versammlung des Europarates - wurde die Bezeichnung internationale parlamentarische Institutionen (eng. international parliamentary institutions) benutzt.

Kriterien der Klassifikation, welche die richtige Bedeutung den einzelnen Formen dieser Beziehungen zuschreiben lassen, eine entscheidende Sache<sup>21</sup>. Diese Klassifikationskriterien sollten sowohl an die neue internationale und geopolitische Situation in Europa angepasst sein, als auch die neuen interparlamentarischen Strukturen berücksichtigen, die nach 1989 ins Leben gerufen wurden<sup>22</sup>;

- Die Ausarbeitung der Maßstäbe der transnationalen parlamentarischen Demokratie, nach dem Modell dieser, die oft in bezug auf die nationalen Staaten formuliert werden, scheint ebenfalls wichtig zu sein. Das Thema der europäischen Demokratie stand im Rahmen des Europäischen Konvents<sup>23</sup> zur Debatte, und steht immer noch auf dem Forum der Parlamentarischen Versammlung des Europarates<sup>24</sup> und der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten, sowie in akademischen Kreisen zur Debatte. Sie übergeht jedoch meistens die nationalen Parlamente. Sie spiegelt sich auch nicht in Anweisungen oder Richtlinien wider<sup>25</sup>. Es ist auch nicht ganz klar, welche parlamentarische Körperschaft diese Richtlinien autorisieren sollte;
- Es scheint die Bestimmung wichtig zu sein, welche aus den europäischen interparlamentarischen Versammlungen auf der politischen Ebene koordinierende Funktionen gegenüber den anderen Strukturen dieser Zusammenarbeit innehaben sollte. Seit Juli 2004, in Anlehnung an Richtlinien zur interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU, trägt die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union die Verantwortung für „die Aufsicht über die Koordination von interparlamentarischen Tätigkeiten der EU“<sup>26</sup>. Die Entscheidung würde

---

<sup>21</sup> Die wichtigsten Kriterien der Klassifikation der internationalen parlamentarischen Institutionen waren in den oben genannten Berichten von Priestman und Klebes erwähnt: die Rechtsgrundlage für ihr Funktionieren (ob sie sich auf das internationale Recht stützt, oder nicht) und die geographische Lokalisierung.

<sup>22</sup> Es handelt sich hier vor allem um die Zusammenarbeit der parlamentarischen Ausschüsse.

<sup>23</sup> Die Debatte im Konvent betraf nur die Europäische Union im Zusammenhang mit den Arbeiten am Entwurf des EU-Verfassungsvertrages.

<sup>24</sup> 2004 nahm die Versammlung den Bericht und die Empfehlungen über die Krise der Demokratie in Europa an. Das Problem war ebenfalls 2004 in Straßburg auf der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten aufgegriffen.

<sup>25</sup> Besonders wichtig scheint die Operationalisierung solcher Begriffe wie: demokratische Legitimität (eng. democratic legitimacy), Übertragung von Befugnissen (eng. delegation of power), oder auch die Verantwortung der Exekutive gegenüber der parlamentarischen Versammlung (eng. accountability) in bezug auf die bestehenden Formen der interparlamentarischen Beziehungen in Europa.

<sup>26</sup> Es scheint jedoch sogar in bezug auf die parlamentarischen Beziehungen in der Europäischen Union, dass die oben genannten koordinierenden Kompetenzen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union die Handlungen

berechtigt, ob eine vergleichbare Koordination in bezug auf die interparlamentarischen Beziehungen in ganz Europa benötigt wird und welche parlamentarische Institution eine solche koordinierende Funktion ausüben könnte.

### VIII. Angelegenheiten, die einer Ergänzung bedürfen – weitere Fragen an die Korrespondenten des EZPWD und an manche internationalen parlamentarischen Institutionen

Folgende Angelegenheiten, die die mehrseitige interparlamentarische Zusammenarbeit in Europa betreffen, bedürfen weiterer Erklärung:

- Ergänzung der Informationen durch Antworten der Parlamente, die auf die Umfrage noch nicht geantwortet haben, um ein vollständiges Bild der interparlamentarischen Zusammenarbeit zu schaffen, für die sich die Parlamente der europäischen Staaten engagieren;
- die von den Befragten durchgeführte Verifikation der gegebenen Antworten: Ob sie im angehängten Sammelbogen richtig klassifiziert wurden?;
- in bezug auf die Konferenzen bzw. Treffen der Parlamentspräsidenten scheint das Erhalten der Informationen über den Status der Parlamentspräsidenten in einzelnen Parlamenten Europas wichtig zu sein: in welchen Parlamenten befinden sie sich zugleich an der Spitze ihrer Parteien und in welchen Parlamenten werden sie über politische Antagonismen gestellt;
- Informationsfluss aus den Treffen der interparlamentarischen Foren in die nationalen Parlamente und Einfluss solcher Informationen auf die Arbeiten und Entscheidungen dieser Parlamente;
- die Art und Weise der Wahl der Parlamentarier, die an den Treffen der interparlamentarischen Foren teilnehmen sollten;
- Rechtsgrundlagen und Geschäftsordnungen der einzelnen interparlamentarischen Foren.

In bezug auf das oben Gesagte gibt es weitere Bitten und Fragen an die Korrespondenten des EZPWD:

---

des Europäischen Parlaments nicht umfassen. Die Koordination seitens der Konferenz ist generell bei nur einem Treffen im Jahr und bei der mit der des Europäischen Parlaments nicht vergleichbaren Verwaltung sowie durch das Fehlen eines Status der Gesetzgebung der EU schwer durchführbar. Vielleicht deshalb ist in den Kopenhagener Kriterien die Rede von der „Aufsicht über die Koordinierung“ und nicht von der Koordinierung selbst.

- Bitte um Zusendung der Antworten auf die Umfrage des EZPWD Nr. 456 vom 2. September 2005, an Parlamente, die auf sie noch nicht geantwortet haben;
- Bitte um Verifikation von den Befragten der von ihnen gegebenen Antworten: Wurden sie im angehängten Sammelbogen richtig klassifiziert?;
- Frage nach dem Status der Parlamentspräsidenten in den einzelnen Parlamenten Europas: in welchen Parlamenten befinden sie sich zugleich an der Spitze ihrer Parteien und in welchen Parlamenten werden sie über politische Antagonismen gestellt;
- Frage nach dem Informationsfluss aus den Treffen der interparlamentarischen Foren in die nationalen Parlamente und Einfluss solcher Informationen auf die Arbeiten und Entscheidungen dieser Parlamente: Wird ein Bericht aus einem jeden Treffen erstellt und wie ist seine eventuelle Funktion?;
- Frage nach der Art und Weise der Wahl der Parlamentarier, die an den Treffen der interparlamentarischen Foren teilnehmen sollten: Stützt sich die Wahl auf die politische Parität, auf die objektiven Qualifikationen oder gibt es hier noch andere Kriterien?

Es erheben sich ebenfalls weitere Fragen an manche internationalen parlamentarischen Institutionen:

- Wie sind die Rechtsgrundlagen für das Handeln der einzelnen interparlamentarischen Foren?
- Wie sind die Regelungen der Geschäftsordnung, welche die Art und Weise des Funktionierens dieser Foren bestimmen?

*Erstellt von Stanisław Puzyna*

**Zusammenfassung der Antworten  
auf die Umfrage des EZPWD Nr. 456 zum Thema  
der Teilnahme der Parlamente der europäischen Staaten  
an den interparlamentarischen Versammlungen, Konferenzen,  
Vereinigungen, Organisationen, Netzen, Unionen, Räten,  
Foren und gemeinsamen Ausschüssen**

**A.** Welchen interparlamentarischen Versammlungen, Konferenzen, Vereinigungen, Organisationen usw. gehört zum gegenwärtigen Zeitpunkt (mit dem Status des Mitglieds, des assoziierten Mitglieds, des Beobachters, ...) Ihr Parlament an?

**1. Konferenzen / Treffen der Parlamentspräsidenten / Präsidenten der Parlamente**

- Globale Beziehungen
  - Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Mitglied]
  - Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedsländer der G8  
*Antworten aus:* Großbritannien (House of Commons), Italien (Abgeordnetenhaus) [Mitglieder]
- Paneuropäische Beziehungen<sup>27</sup>
  - Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten  
*Antworten aus:* Österreich, Belgien (Repräsentantenhaus, Senat), Deutschland (Bundesrat), Polen (Senat) [Mitglieder]
  - Vereinigung der Senate Europas  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Mitglied]
- Überregionale Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Kontinents
  - Treffen der Präsidenten der an der Adriatisch-Ionischen Initiative teilnehmenden Parlamente  
*Antworten aus:* Kroatien, Griechenland, Italien (Abgeordnetenhaus), Slowenien (Nationalversammlung) [Teilnehmer]
  - Treffen der Präsidenten der an der Quadrilateralen Initiative „hoher Ebene“ teilnehmenden Parlamente  
*Antworten aus:* Kroatien, Slowenien (Nationalversammlung), Ungarn, Italien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]

---

<sup>27</sup> Paneuropäische Beziehungen – dies bedeutet potenziell alle Mitgliedsstaaten des Europarates.



- Treffen der Präsidenten der an der Quadrilateralen Initiative „unterer Ebene“ teilnehmenden Parlamente  
*Antworten aus:* Albanien, Bulgarien, Mazedonien / FYROM, Italien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]
- Außenbeziehungen der EU-Mitgliedsstaaten oder Ländergruppen
- Konferenz der Parlamentspräsidenten und Generalsekretäre des Commonwealth (CSPOC)  
*Antworten aus:* Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus) [Mitglied]
- Innenbeziehungen im Rahmen der Europäischen Union / Regierungen  
*Antworten aus:* Belgien (Repräsentantenhaus, Senat), Dänemark, Deutschland (Bundesrat), Estland, Finnland, Frankreich (Nationalversammlung), Griechenland, Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus), Italien (Abgeordnetenhaus), Litauen, Lettland, den Niederlanden (Repräsentantenhaus), Polen (Senat), Portugal, der Slowakei, Slowenien (Nationalrat), Spanien, Schweden, Ungarn, Zypern [Mitglieder]; Bulgarien, Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Kandidaten]; Kroatien, der Türkei [Beobachter]
- Subregionale Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union
- Treffen der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedsländer der Visegrad-Gruppe (V4)  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Teilnehmer]
- Treffen der Präsidenten der Parlamente der Staaten der Regionalen Partnerschaft – Österreichs, Polens, Tschechischer Republik, der Slowakei, Sloweniens, Ungarns  
*Antworten aus:* Polen (Senat), Slowenien (Nationalversammlung) [Teilnehmer]
- Außenbeziehungen der Europäischen Union
- Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Partnerländer Europa-Mittelmeer  
*Antworten aus:* Belgien (Senat), Zypern, Deutschland (Bundesrat), Polen (Senat), Italien (Abgeordnetenhaus) [Mitglieder]

## **2. Interparlamentarische Unionen / Räte / Versammlungen / gemeinsame Ausschüsse / Vereinigungen/ Konferenzen / Foren<sup>28</sup>**

- Globale Beziehungen
- Interparlamentarische Union (IPU)

---

<sup>28</sup> Delegationen werden durch Mitgliedsparlamente der Unionen / Vereinigungen / Konferenzen / Foren formell bestimmt.

*Antworten aus:* Armenien, Belgien (Repräsentantenhaus, Senat), Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland (Bundestag), Estland, Finnland, Frankreich (Nationalversammlung), Georgien, Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus), Israel, Italien (Abgeordnetenhaus), Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien / FYROM, den Niederlanden (Repräsentantenhaus), Norwegen, Österreich (Föderalrat, Nationalrat), Polen (Senat), Portugal, Russland (Staatsduma), Slowenien (Nationalversammlung und Nationalrat), Schweden, der Schweiz (Föderalversammlung), Tschechischer Republik (Abgeordnetenhaus, Senat), Zypern [Mitglieder]

● Nordatlantische oder transatlantische Beziehungen

– Parlamentarische Versammlung der NATO

*Antworten aus:* Belgien (Repräsentantenhaus, Senat), Bulgarien, Dänemark, Deutschland (Bundestag, Bundesrat), Estland, Frankreich (Nationalversammlung), Griechenland, Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus), Italien (Abgeordnetenhaus), Lettland, Litauen, den Niederlanden (Repräsentantenhaus), Norwegen, Polen (Senat), Portugal, Rumänien (Abgeordnetenhaus), der Slowakei, Slowenien (Nationalversammlung), Tschechischer Republik (Abgeordnetenhaus, Senat), den Vereinigten Staaten (Repräsentantenhaus, Senat) [Mitglieder]; Armenien, Finnland, Georgien, Israel, Kroatien, Mazedonien / FYROM, Österreich (Föderalrat, Nationalrat), Russland (Staatsduma), Schweden, der Schweiz (Föderalversammlung) [assoziierte Mitglieder]; Bosnien-Herzegowina [Beobachter]

– Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber

*Antworten aus:* Repräsentantenhaus der USA

● Paneuropäische Beziehungen

– Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE)

*Antworten aus:* Armenien, Belgien (Repräsentantenhaus, Senat), Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Zypern, Dänemark, Deutschland (Bundestag, Bundesrat), Estland, Finnland, Frankreich (Nationalversammlung), Georgien, Griechenland, Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus), Italien (Abgeordnetenhaus), Kroatien, Litauen, Lettland, Mazedonien / FYROM, den Niederlanden (Repräsentantenhaus), Norwegen, Österreich (Föderalrat, Nationalrat), Polen (Senat), Portugal, Rumänien (Abgeordnetenhaus), Russland (Staatsduma), der Slowakei, Slowenien (Nationalrat), Schweden, der Schweiz (Föderalversammlung) [Mitglieder]; Israel [Beobachter]

– Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PA)

*Antworten aus:* Armenien, Belgien (Repräsentantenhaus, Senat), Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland (Bundestag), Estland, Finnland, Frankreich (Nationalversammlung), Georgien, Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus), Italien (Abgeordnetenhaus), den Niederlanden (Repräsentantenhaus), Kroatien, Litauen, Lettland, Mazedonien / FYROM, Norwegen, Österreich (Föderalrat, Nationalrat), Polen (Senat), Portugal, Rumänien (Abgeordnetenhaus), Russland (Staatsduma), der Slowakei, Slowenien (Nationalversammlung), der Schweiz (Föderalversammlung), Schweden, Tschechischer Republik (Abgeordnetenhaus, Senat), Zypern [Mitglieder]; Israel [Beobachter]

- Überregionale Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Kontinents
  - Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)  
*Antworten aus:* Deutschland (Bundestag), Norwegen, Polen (Senat), Russland (Staatsduma), Schweden [Mitglieder]
  - Zentraleuropäische Initiative (CEI) - Parlamentarische Dimension  
*Antworten aus:* Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Italien (Abgeordnetenhaus), Kroatien, Mazedonien / FYROM, Österreich (Föderalrat, Nationalrat), Polen (Senat), Tschechischer Republik (Abgeordnetenhaus, Senat), Rumänien (Abgeordnetenhaus), der Slowakei, Slowenien (Nationalversammlung) [Mitglieder]
  - Versammlung der WEU – Interparlamentarische Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung  
*Antworten aus:* Belgien (Repräsentantenhaus, Senat), Deutschland (Bundestag), Frankreich (Nationalversammlung), Griechenland, Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus), Italien (Abgeordnetenhaus), den Niederlanden (Repräsentantenhaus), Portugal [Vollmitglieder]; Estland, Litauen, Lettland, Polen (Senat), der Slowakei, Slowenien (Nationalversammlung), Tschechischer Republik (Abgeordnetenhaus, Senat) [assimilierte Mitglieder]; Norwegen [assoziiertes Mitglied]; Bulgarien, Rumänien (Abgeordnetenhaus) [assimilierte assoziierte Mitglieder]; Dänemark, Finnland, Österreich (Föderalrat, Nationalrat), Schweden [ständige Beobachter]; Zypern [assimilierter ständiger Beobachter]; Kroatien [assimilierter assoziierter Partner]; Russland (Staatsduma) [ständiger Gast]; Bosnien-Herzegowina, Mazedonien / FYROM [Spezialgast]
  - Parlamentarische Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC)  
*Antworten aus:* Armenien, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Rumänien (Abgeordnetenhaus), Russland (Staatsduma), der Slowakei [Mitglieder];

- Deutschland (Bundestag), Frankreich (Nationalversammlung), Israel [Beobachter]
- Nordischer Rat  
*Antworten aus:* Dänemark, Norwegen, Schweden [Mitglieder]; Griechenland [Gast]
  - Ukrainisch – Polnische Interparlamentarische Versammlung  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Mitglied]
  - Versammlung des Sejms der Republik Litauen und des Obersten Rates der Ukraine  
*Antwort aus:* Litauen [Mitglied]
  - GUAM [Georgien, Ukraine, Aserbaidzhan und Moldawien] Parlamentarische Versammlung  
*Keine Antwort*
  - Forum der Parlamentarier der Gruppe für interparlamentarische Beziehungen der Russischen Föderation und des Sejms der Republik Litauen mit der Kaliningrader Duma  
*Antwort aus:* Litauen [Teilnehmer]
  - Parlamentarische Initiative des Südkaukasus (SCPI)  
*Antwort aus:* Georgien [Teilnehmer]
  - Europäische Staaten oder Ländergruppen, die mit dem Ausland zusammenarbeiten
    - Parlamentarischer Ausschuss der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA)<sup>29</sup>  
*Antwort aus:* Norwegen [Mitglied]
    - Konferenz der Parlamentarier der Arktischen Region  
*Antworten aus:* Finnland, Russland (Staatsduma), Schweden [Mitglieder]; Polen (Senat) [Teilnehmer]
  - Überregionale Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union
    - Interparlamentarischer Beneluxrat (Benelux-Parlament)  
*Antworten aus:* Belgien, Luxemburg, den Niederlanden (Repräsentantenhaus) [Mitglieder]

---

<sup>29</sup> Seitdem das EWR-Abkommen in Kraft getreten ist, gibt es tatsächlich zwei parlamentarische Ausschüsse der EFTA: das Komitee der Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten (MPS), das sich mit Fragen des EWR und den Formen der Präsenz der EFTA im Gemeinsamen Parlamentarierkomitee des EWR (EEA JPC) beschäftigt, und das Komitee der Parlamentarier aus den EFTA-Staaten (CMP), das sich mit allen anderen Angelegenheiten, darunter auch mit den Drittlandbeziehungen befasst.

- Baltische Versammlung  
*Antworten aus:* Estland, Finnland, Litauen, Lettland [Mitglieder]
- Außenbeziehungen der Europäischen Union
- Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung (EMPA)  
*Antworten aus:* Belgien (Repräsentantenhaus, Senat), Deutschland (Bundestag), Frankreich (Nationalversammlung), Griechenland, Israel, Italien (Abgeordnetenhaus), Lettland, Litauen, den Niederlanden (Repräsentantenhaus), Österreich (Föderalrat, Nationalrat), Polen (Senat), der Slowakei, Slowenien (Nationalversammlung), Schweden, Tschechischer Republik, Zypern [Mitglieder]; Deutschland (Bundesrat), Rumänien (Abgeordnetenhaus), Tschechischer Republik (Abgeordnetenhaus) [Beobachter]
- Gemeinsame Parlamentarische Ausschüsse (JPCs): EU - Bulgarien, EU - Kroatien, EU - Mazedonien / FYROM  
*Antworten aus:* Bulgarien, Kroatien, Mazedonien / FYROM [Mitglieder]
- Gemeinsamer Parlamentarischer Ausschuss (JPC) des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)  
*Antwort aus:* Norwegen [Mitglied]
- Innenbeziehungen – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
- Interparlamentarische Kommission der Mitgliedsländer der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (IPA CIS)  
*Antworten aus:* Armenien, Russland (Staatsduma) [Mitglieder]
- Parlamentarische Versammlung der Russisch-Weißrussischen Union  
*Antwort aus:* Russland (Staatsduma) [Mitglied]

### **3. Konferenzen / Treffen der Präsidenten oder Vertreter bestimmter parlamentarischer ständiger Ausschüsse**

- Überregionale Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Kontinents
- Treffen der parlamentarischen Ausschüsse der Parlamente, die an der Adriatisch-Ionischen Initiative teilnehmen  
*Antworten aus:* Griechenland, Italien (Abgeordnetenhaus), Kroatien, Slowenien (Nationalversammlung)
- Innenbeziehungen im Rahmen der Europäischen Union / Governance
- Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC), die durch das Parlament des Landes organisiert und geleitet wird, das die Präsidentschaft in der EU innehat  
*Antworten aus:* Belgien (Repräsentantenhaus, Senat), Dänemark, Deutschland (Bundesrat), Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus), Litauen,

Österreich (Föderalrat, Nationalrat), Polen (Senat), Slowenien (Nationalrat), Zypern [Mitglieder]; Bulgarien, Kroatien, Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Beobachter]

- Konferenz der Präsidenten der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten der Parlamente der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Kandidatenstaaten für den Beitritt zur Europäischen Union, die durch das Parlament des Landes, das die Präsidentschaft in der EU innehat, organisiert und geleitet wird

*Antwort aus:* Polen (Senat) [Mitglied]

- Treffen der Präsidenten oder Vertreter entsprechender ständiger Ausschüsse der Parlamente der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Kandidatenstaaten für den Beitritt zur Europäischen Union, das durch das Parlament des Landes, das die Präsidentschaft in der EU innehat, organisiert und geleitet wird

*Antwort aus:* Polen (Senat) [Mitglied]

- Treffen der Präsidenten ständiger Ausschüsse der Parlamente der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Kandidatenstaaten für den Beitritt zur Europäischen Union, das durch das Europäische Parlament und das Parlament des Landes, das die Präsidentschaft in der EU innehat, organisiert und geleitet werden

*Antwort aus:* Polen (Senat) [Teilnehmer]

- Treffen ständiger Kommissionen des Europäischen Parlaments mit den Vertretern der ständigen Kommissionen der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und der Kandidatenstaaten für den Beitritt zur EU

*Antwort aus:* Polen (Senat) [Teilnehmer]

- Überregionale Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union

- Treffen der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten, für nationale Verteidigung und für Angelegenheiten der Europäischen Union der Parlamente der Mitgliedsländer der Visegrad-Gruppe (V4)

*Antwort aus:* Polen (Senat) [Teilnehmer]

- Treffen der Ausschüsse für Angelegenheiten der Europäischen Union der Parlamente Estlands, Litauens, Lettlands und Polens

*Antwort aus:* Polen (Senat) [Teilnehmer]

- Treffen der Ausschüsse [für Verkehr, für Finanzen] der Parlamente der Regionalen Partnerschaft – Österreichs, Polens, Tschechischer Republik, der Slowakei, Sloweniens und Ungarns

*Antwort aus:* Polen (Senat) [Teilnehmer]

#### **4. Interparlamentarische oder parlamentarische Organisationen / Vereinigungen / Konferenzen / Treffen / Netze [für Parlamentarier]**

- Globale Beziehungen
  - Parlamentarier für Globales Handeln (PGA)  
*Antworten aus:* Italien (Abgeordnetenhaus), Polen (Senat), Rumänien (Abgeordnetenhaus) [regelmäßige Teilnahme]
  - Parlamentarisches Netzwerk der Weltbank (PNoWB)  
*Antworten aus:* Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Mitglied]; Finnland, Polen (Senat), Italien (Abgeordnetenhaus) [gelegentliche Teilnahme]
  - Parlamentarische Konferenz der WTO  
*Antworten aus:* Italien (Abgeordnetenhaus), Polen (Senat) [regelmäßige Teilnahme]
  - Internationale Vereinigung der Parlamentarier für Informationstechnologien (IPAIT) [Vertrag zur Gründung der IPAIT, 2002 (Seoul, Korea)]  
*Antworten aus:* Finnland, Italien (Abgeordnetenhaus), Polen (Senat), Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Mitglieder]
  - Weltverband der Parlamentarier für Habitat  
*Antworten aus:* Kroatien, Finnland, Italien (Abgeordnetenhaus), Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]
  - Weltorganisation der Gesetzgeber für eine ausgewogene Umwelt (GLOBE) [amerikanische Niederlassung]  
*Antworten aus:* Estland, Russland (Staatsduma) [Teilnehmer]
  - Globale Organisation der Parlamentarier gegen Korruption (GOPAC)
  - Antwort aus: Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]
  - Interparlamentarische Konferenz zum Thema Drogen  
*Antwort aus:* Italien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]
  - Interparlamentarische Konferenz für Menschenrechte und Religionsfreiheit  
*Antwort aus:* Italien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]
  - Internationaler Parlamentarierversammlung für Landwirtschaft und Fischerei (IPAAF)  
*Antworten aus:* Russland (Staatsduma), Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]
- Paneuropäische Beziehungen
  - Intereuropäisches Parlamentarier-Forum für Bevölkerung und Entwicklung (IEFPFD)  
*Antwort aus:* Russland (Staatsduma) [Teilnehmer]
- Überregionale Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Kontinents
  - Südosteuropäischer Kooperationsprozess (SEECF)

- Antworten aus:* Griechenland, Mazedonien / FYROM, Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]
- Parlamentsforum Cetinje  
*Antworten aus:* Griechenland, Mazedonien / FYROM, Rumänien (Abgeordnetenhaus), Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus) [Teilnehmer]
  - Europäische Staaten oder Ländergruppen - Außenbeziehungen
    - Europäische Parlamentarier für Afrika (AWEPA)  
*Antworten aus:* Italien (Abgeordnetenhaus), Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]; Polen (Senat), Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus) [gelegentliche Teilnahme]
    - Parlamentarische Konferenz der Barentssee  
*Antwort aus:* Russland (Staatsduma) [Teilnehmer]
    - Konferenz Junger Parlamentarier Europa-Asien<sup>30</sup>  
*Antwort aus:* Italien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]
    - Konferenz der Parlamentarier italienischer Herkunft  
*Antwort aus:* Italien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]
    - Interparlamentarische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (CSCM)<sup>31</sup>  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Beobachter]
    - Parlamentarische Vereinigung der französischsprachigen Länder  
*Antworten aus:* Armenien, Frankreich (Nationalversammlung), Mazedonien / FYROM, Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Mitglieder]; Bulgarien, Polen (Senat), der Schweiz (Föderalversammlung) [assoziierte Mitglieder]; Litauen [Beobachter]
    - Parlamentarische Versammlung des Commonwealth (CPA)  
*Antworten aus:* Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus), Zypern [Mitglieder]
    - Internationale hellenische interparlamentarische Union (World Hellenic Interparliamentary Union)  
*Antwort aus:* Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Mitglied]
    - Interparlamentarische Versammlung über Orthodoxie (IAO) [Mitglied]  
*Antworten aus:* Armenien, Bulgarien, Zypern, Griechenland, Polen (Senat), Russland (Staatsduma), Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Mitglieder]

---

<sup>30</sup> Konferenz Junger Parlamentarier Europa-Asien wurde unter der Schirmherrschaft der Asien-Europa-Stiftung (ASEF) organisiert. Das vierte Treffen der Konferenz Junger Parlamentarier Europa-Asien fand zwischen 17. und 20. November 2002 in Venedig (Italien) statt.

<sup>31</sup> Sie wurde zur Parlamentarischen Versammlung für den Mittelmeerraum (PAM) umbenannt



- Parlamentarisches Forum der portugiesischsprachigen Länder  
*Antwort aus:* Portugal [Teilnehmer]
- Interparlamentarische Kommission für Niederländische Sprachunion  
*Antwort erhalten aus:* den Niederlanden (Repräsentantenhaus) [Mitglied]
  
- Innenbeziehungen im Rahmen der Europäischen Union / Governance
  - Europäische Konferenz der nationalen Parlamente über Informations- und Kommunikationstechnologien (EPRI)  
*Antworten aus:* Polen (Senat), Italien (Abgeordnetenhaus) [Teilnahme]
  - Interparlamentarische EUREKA-Konferenz  
*Antworten aus:* Polen (Senat), Italien (Abgeordnetenhaus) [gelegentliche Teilnahme]
  - Europäische Interparlamentarische Weltraumkonferenz (EISC)  
*Antworten aus:* Belgien (Senat), Italien (Abgeordnetenhaus) [Teilnehmer]
  
- Außenbeziehungen der Europäischen Union
  - Parlamentarische Konferenz der Länder des Stabilitätspaktes für Südosteuropa / Parlamentarische Konferenz des Stabilitätspaktes (SPPC)  
*Antworten aus:* Italien (Abgeordnetenhaus), Kroatien, Mazedonien / FYROM, Polen (Senat), Rumänien (Abgeordnetenhaus) [Mitglieder]
  - Europa-Mittelmeer-Forum für Parlamentarierinnen  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Mitglied]
  - Parlamentarische Partnerschaft Asien - Europa (ASEP)  
*Antworten aus:* Belgien (Senat), Finnland, Italien (Abgeordnetenhaus) [Teilnahme]
  
- Beziehungen der außereuropäischen Staaten oder Ländergruppen mit europäischen Staaten
  - Vereinigung Asiatischer Parlamente für den Frieden (AAPP)  
*Antworten aus:* Zypern, Russland (Staatsduma) [Teilnahme]
  - Parlamentarisches Asien-Pazifik-Forum (APPFA)  
*Antwort aus:* Russland (Staatsduma) [Teilnahme]

## **5. Vereinigungen / Treffen der Generalsekretäre der Parlamente**

### **– Globale Beziehungen**

- Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (ASGP)  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Mitglied]

- Paneuropäische Beziehungen
  - Treffen der Generalsekretäre der Parlamente, die der Parlamentarischen Versammlung des Europarates / dem Europäischen Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation angehören<sup>32</sup>  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Teilnehmer]
- Beziehungen im Rahmen der Europäischen Union / Governance
  - Treffen der Generalsekretäre der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten<sup>33</sup>  
*Antworten aus:* Kroatien, Deutschland (Bundestag), Polen (Senat) [Teilnehmer]

## 6. Treffen / Netze der Beamten in den Kanzleien der Parlamente

- Globale Beziehungen
  - Bibliotheken und wissenschaftliche Dienste für Parlamente - Sektion des Internationalen Verbandes der bibliothekarischen Vereine und Institutionen (IFLA)  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Mitglied]
- Paneuropäische Beziehungen
  - Netzwerk des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)  
*Antworten aus:* Deutschland (Bundesrat), Polen (Senat) [korrespondierende Mitglieder]; Israel [Beobachter]
  - Innenbeziehungen im Rahmen der Europäischen Union / Governance
    - Netz der Verbindungsbeauftragten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und der Parlamente der Kandidatenstaaten für den Beitritt zur EU, die für Kontakte mit der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union verantwortlich sind  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Verbindungsbeauftragter]
    - Netz der Verbindungsbeauftragten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und der Parlamente der Kandidatenstaaten für den Beitritt zur EU, die für Kontakte mit dem Europäischen Parlament verantwortlich sind  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Verbindungsbeauftragter]
    - Netz der durch die Parlamente delegierten Beamten, die für die Angelegenheiten der COSAC (Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts-

---

<sup>32</sup> Treffen finden gleichzeitig mit der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten statt.

<sup>33</sup> Treffen finden zwecks der Vorbereitung der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU statt.

und Europaangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union) verantwortlich sind und dieses Netz bilden

*Antworten aus:* Belgien (Repräsentantenhaus, Senat), Deutschland (Bundesrat), Großbritannien (britisches Unterhaus und Oberhaus), Österreich, Polen (Senat), Slowenien (Nationalrat), Zypern [Beamten der parlamentarischen Delegationen]

- Netz IPEX (Interparlamentarischer Austausch der Informationen über die EU)  
*Antwort aus:* Polen (Senat) [Korrespondent]

**A.** Welchen interparlamentarischen Versammlungen, Konferenzen, Vereinigungen, Organisationen,... plant sich Ihr Parlament (mit dem Status des Mitglieds, des assoziierten Mitglieds, des Beobachters,...) in absehbarer Zukunft anzuschließen?

- Bosnien-Herzegowina
  - NATO
  - Europäische Union
- Deutschland (Bundesrat)
  - Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung (EMPA) [Statuswechsel vom derzeitigen *Beobachter* zum *Mitglied*]
- Frankreich (Nationalversammlung)
  - Parlamentarische Versammlung für den Mittelmeerraum (PAM)
- Kroatien
  - Europäische Union
  - NATO
- Litauen
  - Litauisch - Polnisch - Ukrainische interparlamentarische Versammlung
- Mazedonien / FYROM
  - COSAC
  - Parlamentarische Versammlung der Schwarzmeereswirtschaftskooperation (PABSEC)
- Polen (Senat)
  - Versammlung des Sejms der Republik Litauen und des Sejms der Republik Polen
  - Treffen der Ausschüsse für Angelegenheiten der Europäischen Union der Parlamente der Mitgliedsstaaten der Visegrad-Gruppe (V4)

- Litauisch - Polnisch - Ukrainische interparlamentarische Versammlung
- Netz ständiger Vertreter zum Europäischen Parlament der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und der Parlamente der Kandidatenstaaten für den Beitritt zur EU
- Portugal
- Parlamentarische Versammlung für den Mittelmeerraum (PAM) (vermutlich)
- Zypern
- Parlamentarische Versammlung für den Mittelmeerraum (PAM)

*Erstellt von Stanisław Puzyna*

**HINWEIS**

Alle Antworten auf die von den Veranstaltern des Seminars geschickte Umfrage sind auf einer Internetseite des EZPWD zu finden.

# Ergänzende Materialien

MARIA VALERIA AGOSTINI

*Chefin der Abteilung für Internationale Angelegenheiten des Senats Italiens*

---

## Die parlamentarische Dimension der Nachbarschaftspolitik der EU im Mittelmeerraum

### Vorwort

Zum einen möchte ich, nicht nur offiziell, unseren Kollegen vom Senat der Republik Polen zur Organisation dieses lehrreichen Seminars gratulieren. Ich weiß, dass das Definieren seines Programms keine Selbstverständlichkeit war, wenn man das Spektrum der besprochenen Körperschaften und der eventuellen Verflechtung ihrer Kompetenzbereiche berücksichtigt.

Ich bin davon überzeugt, dass das EZPWD (Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation) und die Europäische Konferenz der Parlamentspräsidenten ideale Foren sind, in den wir die vorhandenen Formen der dauerhaften mehrseitigen interparlamentarischen Zusammenarbeit analysieren können, was das Ziel dieses Seminars ist. Dieses Forum garantiert einen breiteren Kontext als die Foren, die lediglich die EU-Mitgliedstaaten umfassen, und es ist wahrscheinlich, dass es auch für die Arbeitsgruppe, die sich mit der Rationalisierung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa befasst und durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union gegründet wurde, nützliche Richtlinien festlegen kann.

Dieses Seminar steuert sehr ehrgeizige Ziele an, das heißt:

- Vorbereitung eines ausführlichen und aktuellen Verzeichnisses der vorhandenen Formen der dauerhaften mehrseitigen interparlamentarischen Zusammenarbeit;
- Klassifizierung der verzeichneten Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit nach den rechtlich-organisatorischen Grundlagen ihres Funktionierens;

- Skizzieren der kurzen Geschichte ihrer Entstehung und ihres Bestehens sowie dessen, was sie bis jetzt geschafft haben;
- Beschreibungen der formellen und informellen Funktionen und Kompetenzen.

Zu meiner Aufgabe gehört die Darstellung der parlamentarischen Dimension der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union im Mittelmeerraum. Wie wir alle wissen, wurde die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union, die jetzt sowohl die nordöstlichen als auch die südlichen Grenzen der Europäischen Union mit ihrer Reichweite erfasst, 1995 im Mittelmeerraum durch den Barcelona-Prozess eingeleitet.

Die EU-Politik im Mittelmeerraum wurde seit dieser Zeit verändert. In Bezug auf die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihrer Partner wurden neue Elemente eingeführt, im Rahmen deren der bilateralen Dimension der Euro-Mediterranen Zusammenarbeit im Vergleich zur regionalen Ebene der Vorrang gegeben wurde. Die Instrumente der finanziellen Unterstützung, mit dem aktuellen Programm MEDA, sollten durch ein neues Instrument der „Nachbarschaft“ ersetzt werden.

Die interparlamentarische Zusammenarbeit hat sich infolge der Nachbarschaftspolitik nicht verändert: Die mit dem Barcelona-Prozess aufgezeichnete parlamentarische Dimension ist immer der aktuelle Ausgangspunkt, der zur Gründung der Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung (EMPA), die ich später ausführlicher bespreche, und der Konferenz der Präsidenten der Euro-Mediterranen Parlamente sowie des Euro-Mediterranen Forums für Parlamentarierinnen, die ich weniger ausführlich bespreche, führte.

Anschließend werde ich die anderen interparlamentarischen Körperschaften des Mittelmeerraumes kurz präsentieren, und damit hoffe ich meinen bescheidenen Anteil an der Erreichung der Ziele dieses Seminars zu haben. Diejenigen unter uns, die an der vorjährigen Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union in Budapest teilgenommen haben, werden sich die Rede des Bundestagspräsidenten erinnern, der ebenfalls in der Einführung in das Programm dieses Seminars erwähnt wurde. Nach der Erfüllung der ihm durch die Haager Konferenz zugewiesenen Aufgabe, die in der Durchführung einer Analyse zum Thema der Art und Weise der Rationalisierung der europäischen interparlamentarischen Körperschaften bestand, unterstrich Herr Thierse die Komplexität dieses Problems und die Schwierigkeiten in der Identifizierung einer gemeinsamen Vorgehensweise und der Darstellung von Empfehlungen. Er bestimmte jedoch drei Bereiche,

die, seiner Meinung nach, eventuell reformiert werden könnten. Einer dieser Bereiche war der Mittelmeerraum.

Es ist eher unwahrscheinlich, dass er hier konkret die parlamentarische Dimension des Barcelona-Prozesses meinte oder dass er ihn, ohne in ein breiteres Spektrum der in diesem Raum tätigen interparlamentarischen Organe zu bringen, überlegte. Im Zusammenhang damit werde ich diese Tätigkeiten beschreiben, um den Personen, die die Schlussfolgerungen aus diesem Seminar ausarbeiten werden, ein ausführlicheres Bild zu schaffen.

### Die parlamentarische Dimension der mediterranen Partnerschaft: Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung, Konferenz der Präsidenten der Euro-Mediterranen Parlamente und Euro-Mediterranes Forum der Parlamentarierinnen

Es ist allgemein bekannt, dass die Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung (EMPA) die wesentlichste Körperschaft des Barcelona-Prozesses ist. Sie hat ihren Anfang in der Barcelona-Deklaration vom 1995, die die mediterrane Partnerschaft ins Leben gerufen hat. Die parlamentarische Dimension war von Anfang an ein Teil des Arbeitsprogramms. Insbesondere der Abs. 5 besagt: „Das Europäische Parlament wird zur Ergreifung der Initiative mit anderen Parlamenten in der Angelegenheit des künftigen Euro-Mediterranen Parlamentarischen Dialogs eingeladen, der den gewählten Partnervertretern den Meinungs austausch über viele Fragen ermöglichen könnte.“

Das Europäische Parlament knüpfte an die in Barcelona ausgesprochene Einladung an und gründete im Oktober 1998 offiziell das Euro-Mediterrane Parlamentarische Forum. Nach dem Prozess, der die Ausarbeitung der Geschäftsordnung durch eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe umfasste, nahm das Forum während der in Neapel vom 2. bis 3. Dezember 2003 stattfindenden fünften Sitzung die Empfehlung an, die seine Umwandlung in die Euro-Mediterrane Versammlung betraf. Die nächste Außenministerkonferenz billigte die Empfehlung, die bewirkte, dass die neue Versammlung zur Institution der Partnerschaft wurde.

Die Versammlung hat insgesamt 240 Mitglieder. 120 davon werden durch 10 mediterrane Partner (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien, die Türkei und Palästinensische Autonomiegebiete), 45 durch das Europäische Parlament und 75 durch die nationalen Parlamente der Europäischen Union (drei für jeden Mitgliedstaat) berufen. Solch eine



untypische Mitgliedschaftsform ist das Ergebnis der während der Ausarbeitung der Geschäftsordnung ausgeführten komplexen Mediationsarbeiten. Drei Voraussetzungen waren zu berücksichtigen:

- Sicherung der gleich großen Vertretungen von der Nord- und Südküste des Mittelmeers;
- Erreichung des Gleichgewichts zwischen den Vertretungen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der EU;
- Erhaltung der Gesamtzahl der Versammlungsmitglieder auf einem vernünftigen

Im Zusammenhang damit unterscheidet sich die Mitgliedschaft in der EMPA von dem Modell, das im Falle anderer komplexen interparlamentarischen Körperschaften gilt, in denen die Vertretung in der Regel zur Größe eines jeden nationalen Parlaments proportional ist. In der Euro-Mediterranen Versammlung darf jedes Parlament von der Südküste 12 Mitglieder berufen, während die Parlamente von der Nordküste nicht mehr als je 3 Mitglieder berufen dürfen. Die Zweikammerparlamente müssen deswegen die Rotationsmechanismen annehmen oder Lösungen finden, um eine gleich große Vertretung zu garantieren.

Dem Europäischen Parlament steht eine breite Vertretung zur Verfügung, weil die Versammlung durch das Europäische Parlament gegründet wurde und die parlamentarische Dimension der EU-Politik repräsentieren sollte.

Die Zusammensetzung der die Versammlung bildenden Organe erfüllt dieselben Anforderungen und leitet sich von denselben Grundsätzen her. Jede ihrer drei Ausschüsse, die ungefähr die drei Körbe der Partnerschaft (Partnerschaft im Rahmen der Politik und Verteidigung; wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft; soziale, kulturelle und humanitäre Partnerschaft) widerspiegeln, hat 80 Mitglieder: die Hälfte davon kommt aus den südlich gelegenen Staaten des Mittelmeerraumes, 15 vom Europäischen Parlament und die letzten 25 Mitglieder von den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten von der Nordküste des Mittelmeers, so dass ein jeder EU-Mitgliedstaat je ein Mitglied in jedem Ausschuss hat. Das Büro der Versammlung hat hingegen 4 Mitglieder (zwei aus den Drittländern des Mittelmeerraumes, ein vom Europäischen Parlament und ein vom nationalen Parlament), die der Reihe nach die einjährige Funktion des Vorsitzes erfüllen.

2005 entschied das Büro der EMPA von der Gründung eines *Ad-hoc-Ausschusses* der Versammlung, der sich mit den Rechten der Frauen im Mittelmeerraum befasst und fast ausschließlich Frauen zu Mitgliedern hat. Die Vorsitzende dieses Ausschusses ist Frau Grażyna Ciemniak aus Polen.

Zwei Grundsätze der gleichen Vertretung des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Drittländer sowie die gleiche Zahl der Vertreter des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente in der europäischen Komponente üben ebenfalls einen Einfluss auf das Abstimmungs-system der Versammlung aus, das fast genau so komplex wie das System des Ministerrates der EU ist. Der Absatz 9(3) der Geschäftsordnung der Versammlung besagt, dass:

„die Versammlung die Entscheidungen auf dem Wege des Konsenses und bei der Anwesenheit der Hälfte der Delegaten +1 auf der Seite jedes der beiden Bestandteile der Versammlung, das heißt des europäischen Teils und des Teils der Partnerstaaten, trifft.

Wenn der Konsens nicht erreicht werden kann, trifft die Versammlung die Entscheidungen mit der qualifizierten Stimmenmehrheit von mindestens vier Fünfteln der Stimmen der Vertreter jeder der beiden Gruppen des europäischen Teils und von mindestens vier Fünfteln der Stimmen der Vertreter der Partnerstaaten.“

Trotz seiner Komplexität erweist sich dieses Abstimmungs-system bisher als zuverlässig. Faktisch wurde eine hochqualifizierte Stimmenmehrheit abgegeben, was zu positiven Resultaten führte, wenn es sich um größeren Ausgleich der auf diese Art und Weise vereinbarten Dokumente handelt.

Als beratende Körperschaft, die im Rahmen des so genannten Barcelona-Prozesses funktioniert, kann die Versammlung Resolutionen verabschieden und Empfehlungen über beliebige Aspekte der Zusammenarbeitsprogramme erlassen. Die Versammlung kann auf Antrag der Ministerialkonferenz zu bestimmter Frage ihre Meinung äußern.

Die Beziehungen zur Regierungsdimension der Partnerschaft sind durch die Teilnahme der Europäischen Kommission und der Vertreter der Ministerialkonferenz an den Sitzungen der Versammlung sowie durch das Übergeben der Beschlüsse und Empfehlungen der Versammlung an die Europäische Kommission und an den Rat gesichert. Jeder durch die Versammlung gefasste Beschluss wird in die Tagesordnung des Ausschusses der Hohen Beamten aufgenommen.

Die Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Versammlung hängen selbstverständlich von den Schwierigkeiten ab, auf die der Barcelona-Prozess sowohl bei Bildung der Freihandelszone als auch in Angelegenheiten politischer Natur stieß. Auch in der Versammlung fanden manchmal die aus der dramatischen Lage im Nahen Osten resultierenden Spannungen einen Widerhall. Die EMPA ist jedoch das einzige Forum des interparlamentarischen Dialogs zwischen Israel und Palästina und das ist eine Tatsache, die nicht zu unterschätzen ist.

Wie bereits gesagt wurde, gab die Euro-Mediterrane Partnerschaft ebenfalls Impulse zur Gründung der Konferenz der Präsidenten der Euro-Mediterranen Parlamente. 1999, in Palma de Mallorca, tagte diese Körperschaft, kurz nach der Gründung des Euro-Mediterranen Forums, zum ersten Mal. Die Konferenz findet jetzt praktisch alle zwei Jahre statt. Ihr fehlen jedoch gut definierte Strukturen und Prozeduren. Die Debatten konzentrieren sich meistens auf die drei Körbe der Partnerschaft. Gegen Ende einer jeden Sitzung werden die Schlussfolgerungen auf dem Wege des Konsenses vereinbart.

Auf der anderen Seite nahm das Frauenforum seine eigene Geschäftsordnung an, die ihm die Aufgabe zuweist, die Implementierung der internationalen Konventionen und der Handlungspläne zu kontrollieren, die den Schutz der Rechte von Frauen und die Förderung der Bestätigung und der Umsetzung des Prinzips der gleichen Chancen von Frauen und Männern in der nationalen Gesetzgebung und in der Regierungspolitik zum Ziel haben. Das Forum bilden vier Delegationen der Parlamentarierinnen aus jedem Signatarstaat des Barcelona-Prozesses. Es hat auch vier Frauen vom Europäischen Parlament zu Mitgliedern. Dieses Organ hält einmal im Jahr eine Plenarsitzung in dem Land ab, das den Vorsitz innehat. Diese Funktion wird nach dem Rotationsprinzip ausgeübt. Das Forum versammelte sich vier Mal, wobei die letzte Sitzung 2003 in Amman, in Jordanien stattfand.

Die anderen interparlamentarischen Körperschaften,  
die im Mittelmeerraum tätig sind: Sondergruppe Mittelmeer  
(GSM) der Parlamentarischen Versammlung der nato;  
Konferenz der Präsidenten des „5+5“-Dialogs; Konferenz  
der Präsidenten der Adriatisch-Ionischen Initiative;  
Parlamentarische Versammlung des Mittelmeerraumes

Ein genauerer Blick auf die anderen Körperschaften, die im Mittelmeerraum funktionieren, zeigt uns vier weitere Foren des parlamentarischen Dialogs.

Die erste und gleichzeitig wichtigste Körperschaft ist wegen der strategischen Bedeutung der Versammlung, der sie angehört, die Mediterrane Sondergruppe der Parlamentarischen Versammlung der NATO (GSM). Diese parlamentarische Initiative entstand nach der Gründung durch den Nordatlantikrat des so genannten mediterranen Dialogs.

Die Mitgliedschaft und der Aufgabenbereich des parlamentarischen Forums sind viel umfangreicher als die Regierungsdimension. Außer den 26 NATO-Mitgliedstaaten wurden Parlamente aus 11 Staaten von der Südküste

des Mittelmeeres zur Teilnahme eingeladen, das heißt: Algerien, Zypern, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Mauretanien, Marokko, Palästinensische Autonomie, Arabische Republik Syrien und Tunesien. Davon haben 5 Staaten den Status des assoziierten Mitglieds (d.h. Algerien, Israel, Jordanien, Mauretanien und Marokko) und vier den Beobachterstatus (d.h. Zypern, Ägypten, Palästinensische Autonomie und Tunesien). Es steigen ebenfalls die Chancen auf den Dialog und auf die Partnerschaft mit den Golfstaaten.

Innerhalb der neun Jahre seit der Gründung ist die Mediterrane Sondergruppe zu einem wichtigen Teil der Agenda der Versammlung der NATO geworden, und spiegelt somit die wachsende Bedeutung der mediterranen Agenda selbst in einer so wichtigen Organisation wie die NATO wider. Ein solcher Gewinn an Bedeutung fand in letzter Zeit seinen Ausdruck in der Geschäftsordnung der Versammlung. Während der alljährlichen Sitzung im November 2004 in Venedig änderte die Versammlung den Absatz 35 der Geschäftsordnung, und fügte entsprechende Bestimmungen hinzu, die die GSM-Gruppe betrafen, die somit einen Status, der einem großen nicht ständigen Ausschuss ähnlich ist, erlangte.

Unter anderen mediterranen ständigen Organen sind noch zwei informelle Versammlungen der Parlamentspräsidenten zu erwähnen, die auf solche Art und Weise organisiert werden, um parallele Regierungsstrukturen widerzuspiegeln: Konferenz der Präsidenten der Adriatisch-Ionischen Initiative und Konferenz der Präsidenten des „5+5“-Dialogs.

Die parlamentarische Dimension der Adriatisch-Ionischen Initiative ist ein paralleles Organ der Regierungsdimension, das im Mai 2000 in Ancona (Italien) gegründet wurde. Seine erste Konferenz fand im April 2001 in Zara (Türkei) statt. 2004 fand vierte Konferenz statt. Die Konferenz umfasst sieben Länder des Adriatisch-Ionischen Raumes. Von diesen Ländern sind drei die Mitglieder der EU (Griechenland, Italien und Slowenien) und vier keine EU-Mitgliedstaaten (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien-Montenegro).

Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Länder des „5+5“-Dialogs wurde im Februar 2003 ins Leben gerufen. Ihre letzte Sitzung fand im Vorjahr in Rabat (Marokko). Sie besteht aus 5 Ländern von der Nordküste (Frankreich, Italien, Malta, Portugal, Spanien) und 5 Ländern von der Südküste, die der Arabischen Union Maghreb (Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien) angehören. Sie bildet für den „5+5“-Dialog die parlamentarische Dimension, das informelle Diskussionsforum sowie das Forum der Zusammenarbeit zwischen den

Außenministern der westlichen Länder des Mittelmeerraumes, das fast ausschließlich die Erhaltung eines offenen Dialogs mit Libyen zum Ziel hat.

Die beiden besprochenen interparlamentarischen Institutionen haben keine inneren Organe. Sie sind jetzt zwar bemüht, sich jedes Jahr zu versammeln, doch es fehlen ihnen angemessene regulierende und organisatorische Strukturen. Die Sitzungen finden frei nach dem Willen der einzelnen Mitglieder statt, die die Treffen in ihren Ländern organisieren wollen, und enden mit der Abschlusserklärung, die auf dem Wege des Konsenses verabschiedet wird.

Parlamentarische Versammlung des Mittelmeerraumes ist eine eher andersartige Körperschaft. Sie entstammt der Interparlamentarischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (CSCM), die 1992 im Rahmen der Interparlamentarischen Union nach der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (CSCE) über die Beziehungen zwischen West- und Osteuropa gegründet wurde.

Vierte Konferenz fand im Februar 2005 in Nafplion (Griechenland) statt. Sie entschied von der Institutionalisierung und Umwandlung des CSCM-Prozesses in diese neue Versammlung, die sich ab 2007 ihre eigene Arbeitsordnung, ihren eigenen Haushalt und ihr eigenes Sekretariat bestimmen sollte.

Wie viele von uns wissen, ist diese Entscheidung auf scharfen Widerspruch des Europäischen Parlaments gestoßen. Um die kostspielige Aufgabenüberschneidung in dem bereits durch den Handlungsbereich der Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung umfassten Bereich zu vermeiden, wandte sich der Präsident des Europäischen Parlaments an alle Parlamentspräsidenten, damit sie keine nationalen Delegationen entsenden.

In letzter Zeit jedoch, während des Vorbereitungstreffens der in Neapel stattfindenden Eröffnungssitzung, besprachen die Mitglieder der Versammlung des Mittelmeerraumes, die in Kürze gegründet werden soll, die Einzelheiten der Zusammenarbeit mit der EMPA und beschlossen, dass das Projekt der Gründung der neuen Versammlung des Mittelmeerraumes fortgesetzt werden soll. Sie stellten fest, dass sich zwei Körperschaften ergänzen können und unterstrichen, dass alle Mitglieder vom gleichen Status in der neuen Versammlung profitieren werden.

Die Analyse dieser Kontroverse gehört nicht zu unseren Aufgaben. Das Verzeichnis der Analogien und Ähnlichkeiten zwischen den regionalen interparlamentarischen Körperschaften im Hinblick auf die geopolitischen Bereiche, die sie mit ihrer Reichweite erfassen, auf ihren Charakter und ihre Bedeutung im Kontext der mehrseitigen Entscheidungsorganen kann sich jedoch als nützlich erweisen:

- Geopolitische Bereiche

Zwei kleinere Konferenzen der Parlamentspräsidenten umfassen lediglich einen Teil des Mittelmeerraumes („5+5“ im Westen und Adriatisch-Ionische Initiative im Osten). Auf der anderen Seite umfasst die Versammlung des Mittelmeerraumes das ganze Becken und alle 23 Länder, die an das Mittelmeer grenzen.

Die parlamentarischen Körperschaften der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMPA, Konferenz der Präsidenten der Euro-Mediterranen Parlamente, Frauenforum) vereinen zehn südliche Länder, die am Barcelona-Prozess teilnehmen, mit 25 Staaten der Europäischen Union, und reichen somit praktisch bis nach Mittel- und Nordeuropa. Die Sondergruppe Mittelmeer der Versammlung der NATO ermöglicht, dass sich an einem Tisch die Delegationen der europäischen und mediterranen Staaten samt Kanada und den USA versammeln.

- Charakter

Alle drei Konferenzen der Parlamentspräsidenten sind informelle Foren. Die Versammlung des Mittelmeerraumes und die EMPA werden durch Prinzipien ihrer Zusammensetzung, ihrer Rechte, ihres Handlungsbereichs und ihrer Prozeduren geregelt. Die GSM-Gruppe der Versammlung der NATO wird durch die Geschäftsordnung anerkannt und geregelt.

- Eventuelle Bedeutung in mehrseitigen Entscheidungsprozessen

Es wurde bereits festgestellt, dass die GSM-Gruppe der Versammlung der NATO gegründet wurde, um im Rahmen des Atlantikpaktes den Mediterranen Dialog widerzuspiegeln. Wir haben ebenfalls festgestellt, dass die Konferenz der Präsidenten der Länder des „5+5“-Dialogs und die Konferenz der Präsidenten der Adriatisch-Ionischen Initiative die Foren widerspiegeln, in denen sich die Außenminister treffen. Die Versammlung des Mittelmeerraumes hat jedoch keine entsprechende Regierungsorganisation.

In diesem Bereich hat die EMPA einen Vorsprung gegenüber den anderen Körperschaften. Wie bereits erwähnt wurde, hat sie Beziehungen nicht nur zu den nationalen Parlamenten, sondern auch zu den Institutionen der Europäischen Union und intergouvernementalen Körperschaften der mediterranen Partnerschaft (Außenministerkonferenz, EuroMed-Komitee, Ausschuss der Hohen Beamten).

## Schlussfolgerungen

Im Bereich der Rationalisierung der mediterranen interparlamentarischen Körperschaften können verschiedene Vorgehensweisen auftauchen.

Im Rahmen der parlamentarischen Dimension der Partnerschaft müssen die ersten Maßnahmen das Euro-Mediterrane Forum für Parlamentarierinnen betreffen. Es werden Gespräche mit dem Ziel geführt, dieses Forum und den durch die EMPA gegründeten Ad-hoc-Ausschuss für Frauenrechte zusammenzuschließen. Der Vorschlag wurde während der französischen Präsidentschaft in der Sitzung des Ausschusses für Koordinierung des Forums in Paris angenommen. Die erste Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses der EMPA, die am 28. März 2006 in Warschau stattfand, äußerte andere Ansicht. Zwei Tatsachen können die weiteren Änderungen beeinflussen. Zum einen haben die beiden Körperschaften dieselbe Mitgliedschaft und dieselben Ziele, was von der offensichtlichen Duplizierung zeugt. Zum anderen ist der Ausschuss der EMPA geeigneter, weil seine Beschlüsse, nach der Abstimmung und Verabschiedung durch die Plenarsitzung, einer entsprechenden Regierungsorganisation der mediterranen Partnerschaft und den EU-Institutionen vorgelegt werden.

Im Falle des Ausschusses der EMPA müssen noch zwei Sachen geklärt werden: nationale Repräsentation und Repräsentation des Geschlechts. Wenn es sich um die nationale Repräsentation handelt, unterscheiden sich die beiden Körperschaften. Das Forum fordert, dass vier Frauen Mitglieder jeder nationalen Delegation und jeder Delegation des Europäischen Parlaments sind. Sowohl der Ad-hoc-Ausschuss als auch die ganze EMPA tendieren jedoch nach Süden und in die Richtung des Europäischen Parlaments, weil von den 40 Mitgliedern 20 aus dem Süden kommen, 8 dem Europäischen Parlament und nur 12 den nationalen Delegationen angehören. Die Anzahl der Plätze ist somit nicht ausreichend, um in diesem Organ die Delegationen aller EU-Mitgliedstaaten repräsentieren zu können.

Wenn es sich um die Repräsentationen im Hinblick auf das Geschlecht handelt, kann das Konzept, das darin besteht, dass dem Ausschuss ausschließlich oder zumindest in Mehrheit Frauen angehören, kurzfristig nicht realisiert werden, weil Frauen im Rahmen der EMPA eine kleine Minderheit bilden.

Solche Probleme können durch die Annahme folgender Maßnahmen gelöst werden:

- Verdoppelung der Anzahl der Ausschussmitglieder von 40 auf 80, genau wie im Falle anderer Ausschüsse der EMPA;

- Einbeziehung einer Delegatin in alle Delegationen, denen bisher ausschließlich Männer angehörten. Das zusätzliche Mitglied kann an den Sitzungen des Ad-hoc-Ausschusses teilnehmen.

Wenn die neuen Delegationen zusammengestellt werden, muss jedes Parlament dem oft nicht genügend beachteten Absatz 2(4) der Geschäftsordnung größere Aufmerksamkeit schenken. Dieser Absatz fordert die Parlamente der Mitgliedstaaten auf, unter Beachtung der rechtlichen Regelungen jedes dieser Länder, in ihren Delegationen die Präsenz der Parlamentarierinnen zu gewährleisten.

Ein weiterer Weg der Rationalisierung mediterraner Körperschaften könnte darin bestehen, dass die Konferenz der Präsidenten der Euro-Mediterranen Parlamente die einzige Gelegenheit wird, bei der sich die Parlamentspräsidenten treffen werden. Es wäre begründet, wenn der „5+5“-Dialog nach dem Beitritt Libanons zur Partnerschaft und nach der Auflösung der Adriatisch-Ionischen Initiative wegen der EU-Erweiterung auf den westlichen Balkan aufgegeben werden sollte.

In diesem Zusammenhang würde die Konferenz der Präsidenten der Euro-Mediterranen Parlamente eine Rolle annehmen, die für die Konferenz der Parlamentspräsidenten geeigneter ist. Sie würde ebenfalls der Funktion ähnlicher sein, die sich die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union durch die Annahme des Art. 2 einräumte, der ausdrücklich die Durchführung politischer Debatten untersagt und als Ziel der Konferenz den Schutz sowie die Förderung der Funktion der Parlamente anhand des Erfahrungsaustausches, der Förderung der Ausarbeitungen und der gemeinsamen Initiativen in Angelegenheiten, die die Rolle der Parlamente und die Gestaltung der parlamentarischen Arbeiten betreffen, bestimmt.

Die Zukunft der Versammlung des Mittelmeerraumes und der Sondergruppe Mittelmeer (GSM) der Versammlung der NATO ist schwieriger vorzusehen. Sie kann von den internationalen Änderungen abhängen. Die GSM ist deswegen wichtig, weil sie das einzige Forum des interparlamentarischen Dialogs im Mittelmeerraum ist, an dem die Vereinigten Staaten beteiligt sind. Die Versammlung des Mittelmeerraumes hat jedoch den Vorteil, dass sie alle Staaten, die an das Mittelmeerbecken grenzen, nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung umfasst. Ihr Dialog kann sich jedoch als fruchtlos erweisen, weil diesem Forum die Regierungsebene fehlt und weder die EU noch die USA ihre Mitglieder sind.

Das Szenario könnte sich ändern, wenn der Vorschlag, den Italien und Spanien in den 90er Jahren gemacht haben, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (CSCM) zu gründen, wie im Falle der



CSCE in Europa, was zum Ende des Kalten Krieges beitrug, revidiert würde. In diesem Falle könnte die Versammlung des Mittelmeerraumes, die im Rahmen der Interparlamentarischen Union gegründet werden sollte, zum Plan für die parlamentarische Dimension des unschätzbaren Dialogs im Bereich des Friedens im Nahen Osten werden. Es ist jedoch allgemein bekannt, dass ein solcher Dialog keine konkreten Ergebnisse bringt, bis die Vereinigten Staaten sich nicht für ihn engagieren. Nach allgemeiner Ansicht sollten außer den USA auch China und Russland im Rahmen der Vereinten Nationen engagiert werden.



**Assembly of Western European Union**  
**The Interparliamentary European Security and Defence Assembly**

*Präsentation im Seminar zum Thema*  
*Überansnationale parlamentarische und interparlamentarische Versammlungen*  
*in Europa des 21. Jahrhunderts*  
*unter dem Patronat vom Europäischen Zentrum für Parlamentarische*  
*Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)*  
Warschau, am 8. und 9. Mai 2006.

Michael Hilger

## Die interparlamentarische Kontrolle der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Kurze Präsentation der Versammlung der Westeuropäischen  
Union (WEU V) / der Interparlamentarischen Europäischen  
Versammlung für Sicherheit und Verteidigung

Die Versammlung der Westeuropäischen Union, der die Delegationen nationaler Parlamente angehören, ist eine europäische Versammlung, die aufgrund des Vertrages gegründet wurde. Sie ist für die Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten verantwortlich und wird „bei Debatten, die diese Bereiche betreffen, als Muster der interparlamentarischen Zusammenarbeit angesehen<sup>1</sup>“. Die Versammlung, die keine Vollstreckungsfunktion hat, hat jedoch breite Kompetenzen als beratende Körperschaft. 1954 wurde sie als parlamentarisches Äquivalent des Rates der Westeuropäischen Union aufgrund der Pariser Protokolle, die den Brüsseler Vertrag vom 1948 über die europäische Zusammenarbeit im Bereich der

---

<sup>1</sup> Luc Frieden, Verteidigungsminister Luxemburgs, der während der Plenarsitzung der Versammlung im Dezember 2004 die doppelte Präsidentschaft der WEU V und der EU vertritt.

Sicherheit und Verteidigung modifizierten und ergänzten, gegründet<sup>2</sup>. Die erste Sitzung der Versammlung fand 1955 in Straßburg statt. Gegenwärtig befindet sich der Sitz der Versammlung in Paris, in der Nähe von Trocadero. Artikel 5<sup>3</sup> des Vertrages enthält eine Klausel der vorbehaltlosen gegenseitigen Verteidigung, was die Verteidigung der Vollmitglieder der WEU V mit der NATO verbindet (Artikel 4)<sup>4</sup>. Die Versammlung wurde gemäß dem 9. Artikel<sup>5</sup> gegründet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben insgesamt 37 Länder das Recht ihre parlamentarischen Vertreter vom unterschiedlichen Status an die Sitzungen der Versammlung zu entsenden. Unter diesen Ländern gibt es alle Mitgliedstaaten der EU und die europäischen Mitgliedstaaten der NATO, sowie die im Balkangebiet gelegenen Länder. Die Delegationen aus Russland und aus der Ukraine haben den Status der ständigen Gäste. Zurzeit zählt die Versammlung fast 400 Mitglieder. Die Zusammensetzung der Delegationen spiegelt die Größe der einzelnen Länder und das politische Spektrum der in diesen Parlamenten vertretenen Fraktionen wider. Wenn es sich um die 10 vollberechtigten Mitgliedstaaten handelt, dann gehören dieselben parlamentarischen Vertreter der WEU V auch der Parlamentarischen Versammlung des Europarates an.

Mitgliedschaft in der Versammlung der Westeuropäischen Union: Die Parlamentarier haben je nach dem Status ihrer Delegation ein unterschiedliches Stimm- und Teilnahmerecht.

---

<sup>2</sup> Der offizielle Titel lautet: „Der Vertrag über die Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Zusammenarbeit sowie über die Gemeinschaftliche Notwehr, unterzeichnet am 17. März 1948 in Brüssel, geändert anhand des den Brüsseler Vertrag modifizierenden und ergänzenden Protokolls, unterzeichnet am 23. Oktober 1954.“

<sup>3</sup> „Wenn irgendeine der Hohen Vertragsparteien in Europa angegriffen wird, werden die anderen Hohen Vertragsparteien der angegriffenen Vertragspartei gemäß den Bestimmungen des Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen jede mögliche militärische und andere Hilfe erteilen.“

<sup>4</sup> „Im Rahmen der Erfüllung des Vertrages werden die Hohen Vertragsparteien und andere durch Sie gemäß den Bestimmungen des Vertrages gegründeten Organe mit der Organisation des Nordatlantikpaktes eng zusammenarbeiten. Indem der Rat und seine Agentur den unerwünschten Charakter der Vervielfältigung des Armeekaders der NATO erkennen, werden sie sich auf eine entsprechende Armeegewalt der NATO verlassen und Informationen sowie Rat in Armeeangelegenheiten einholen.“

<sup>5</sup> „Der Rat der Westeuropäischen Union erstellt einen alljährlichen Tätigkeitsbericht [...] für die Versammlung, der die Vorstandsvertreter des Brüsseler Vertrages [...] angehören.“

Full Members	Affiliate Members	Affiliate Associate Members	Affiliate Associate Partner
Belgium	Czech Republic	Bulgaria	Croatia
France	Estonia	Romania	FYROM
Germany	Hungary	<b>Permanent Observers</b>	
Greece	Latvia	Austria	<b>Permanent Guests</b>
Italy	Lithuania	Denmark	Russian Federation
Luxembourg	Poland	Finland	Ukraine
Portugal	Slovak Republic	Ireland	<b>Special Guests</b>
Spain	Slovenia	Sweden	Albania
The Netherlands	<b>Associate Members</b>	<b>Affiliate Permanent Observers</b>	Bosnia and Herzegovina
United Kingdom	Iceland	Cyprus	Serbia and Montenegro
	Norway	Malta	
	Turkey		

**Legende:**

**Full Members – Vollmitglieder**

- Belgium – Belgien
- France – Frankreich
- Germany – Deutschland
- Grece – Griechenland
- Italy – Italien
- Luxembourg – Luxemburg
- Portugal – Portugal
- Spain – Spanien
- The Netherlands – Niederlande
- United Kingdom – Vereinigtes Königreich

**Affiliate Members – Angegliederte Mitglieder**

- Czech Republic – Tschechische Republik
- Estonia – Estland
- Hungary – Ungarn
- Latvia – Lettland
- Lithuania – Litauen
- Poland – Polen
- Slovak Republic – Slowakische Republik
- Slovenia – Slowenien

**Associate Members – Assoziierte Mitglieder**

- Iceland – Island
- Norway – Norwegen
- Turkey – Türkei

**Affiliate Associate Members**

– **Angegliederte Assoziierte Mitglieder**

- Bulgaria – Bulgarien
- Romania – Rumänien

**Permanent Observers – Ständige Beobachter**

- Austria – Österreich
- Denmark – Dänemark
- Finland – Finnland
- Ireland – Irland
- Sweden – Schweden

**Affiliate Permanent Observers**

– **Angegliederte Ständige Beobachter**

- Cyprus – Zypern
- Malta – Malta

**Affiliate Permanent Observers**

– **Angegliederte assoziierte Partner**

- Croatia – Kroatien
- FYROM – Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien

**Ständige Gäste**

- Russian Federation – Russische Föderation
- Ukraine – Ukraine

**Special Guests – Spezialgäste**

- Albania – Albanien
- Bosnia and Herzegovina – Bosnien-Herzegowina
- Serbia and Montenegro – Serbien-Montenegro

Mit der Annahme des Vertrages von Nizza, der dazu führte, dass im Jahre 2000 die Ausübung mehrerer Ämter der WEU V an die Europäische Union übergeben wurde, blieb die Angelegenheit der parlamentarischen Kontrolle

der neuen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die die EU von der WEU V erbt, eine offene Frage. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments, die im Art. 21 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Union bestimmt wurden, wurden nicht erweitert. Die Versammlung der WEU wurde zur Seite geschoben, weil vom Vertrag über die Gründung der EU (EUV) die Bestimmung gestrichen wurde, die die WEU zum integralen Teil der Entwicklung der Europäischen Union machte. Die Regierungen der Mitgliedstaaten billigen und fördern die Versammlung als Forum für die strategische Reflexion über die mit der europäischen Sicherheit und Verteidigung verbundenen Angelegenheiten. Die Versammlung wurde also dazu angeregt, interparlamentarische Plattform der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu werden, deren Aufgabe die Kontrolle der intergouvernementalen europäischen Handlungen in allen Bereichen der Sicherheit und Verteidigung, einschließlich der Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung ist. Angesichts der fehlenden offiziellen Billigung dieser Funktion im Vertrag über die Europäische Union und des immer noch geltenden modifizierten Brüsseler Vertrages handeln die Mitglieder der Versammlung der WEU auf der Grundlage der ihnen im Rahmen der rechtlichen Struktur der WEU zugeteilten parlamentarischen Instrumente. Sie wurden im modifizierten Brüsseler Vertrag, in der Charta der Versammlung, in der Geschäftsordnung und in den durch den Rat und die Versammlung der WEU geschlossenen Verträgen bestimmt.

In der Praxis macht das System, das *double batting* (Ausübung von zwei Funktionen gleichzeitig) genannt wird und zwischen der EU und der WEU besteht, den Dialog zwischen den Parlamentariern der Versammlung und ihren Regierungen in Sachen, die die Handlungen der Regierungen auf der EU-Ebene betreffen, leichter. Zwei Funktionen gleichzeitig übt Hoher Vertreter der EU, Javier Solana, der für die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) und die ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) verantwortlich ist, aus. Er ist auch der Generalsekretär der WEU. Die Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten der EU und der WEU gehören sowohl dem Ministerrat der EU als auch dem Ministerrat der WEU an. Die Mitglieder der intergouvernementalen EU-Entscheidungsgörperschaft für Außen-, Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten, des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) vertreten ebenfalls ihre Regierungen im ständigen Rat der WEU in Brüssel. Dementsprechend gibt es *de facto* eine interparlamentarische Struktur, von der die nationalen Parlamente, wenn sie sich mit den Angelegenheiten aus dem Bereich der GASP und der ESVP befassen, Gebrauch

machen können. **De iure** findet jedoch die Ausübung von zwei Funktionen gleichzeitig keine Anwendung im parlamentarischen Bereich. Unter dem rechtlichen Aspekt wird der „WEU-Parlamentarier“ nicht unbedingt als „EU-Parlamentarier“ angesehen, obwohl er ein Mitglied des nationalen Parlaments des EU-Mitgliedstaates ist. In der aktuellen politischen Wirklichkeit wenden sich die Minister der Mitgliedstaaten natürlich nach wie vor an ihre Parlamentarier und debattieren in den Plenarsitzungen der Versammlung und in den regelmäßigen Treffen der Ausschüsse der Versammlung sowie in den Treffen der Mitglieder des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees / des Ständigen Rates der WEU über die ESVP. In so sensiblen Bereichen, wie Sicherheit und Verteidigung, suchen die Regierungen der Mitgliedstaaten der EU nach einer soliden demokratischen Legitimität. Deswegen brauchen sie die Unterstützung der nationalen Parlamente. Die Versammlung sichert die interparlamentarische Förderung der intergouvernementalen Handlungen. (Es muss erinnert werden, dass das 24. Protokoll des Europäischen Verfassungsvertrages den Beschluss über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der WEU und der EU beinhaltet)

### **GASP und ESVP – wer kontrolliert die sich schnell entwickelnden Bereiche der intergouvernementalen Politik?**

Die intergouvernementale Zusammenarbeit in der EU bildet sowohl im Rahmen der GASP (der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik), als auch im Rahmen der ESVP (der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik) ein sich schnell entwickelndes Politikfeld. Das ist vor allem in Bezug auf das Krisenmanagement sichtbar, das die EU von der WEU im Jahre 2000 übernahm. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden 11 Missionen auf vier Kontinenten geführt: von den zivilen beratenden Missionen, über die Schulungsmissionen in Kinshasa oder in Odessa, bis zur Operation Althea in Bosnien-Herzegowina, wo die bis jetzt größte Anzahl der EU-Soldaten in der Geschichte der Europäischen Union (über 6 000 Soldaten) konzentriert wurde.

In Brüssel bildete die EU feste Entscheidungsstrukturen für ihre zivilen und militärischen Operationen, die mit dem Krisenmanagement verbunden sind (Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), Militärausschuss, Militärstab). Die Regierungsvertreter versammeln sich und treffen gemäß den Anweisungen, die sie von ihren Regierungen erhalten, Entscheidungen über die Art der zu unternehmenden Missionen, über die Teilung der Kosten und im Falle der militärischen Missionen über die Zahl der Soldaten, die an einer bestimmten Mission teilnehmen sollen, sowie über die Person, die jene Operation leiten soll. PSK ist ebenfalls für die Leitung der laufenden Operationen verantwortlich.

Die unvollendeten Angelegenheiten der Konvention:

Das demokratische Paradox der ESVP – die EU-Parlamentarier werden informiert, entscheiden jedoch nicht, die nationalen Parlamentarier treffen Entscheidungen, sind jedoch nicht ausreichend informiert

Die oben beschriebene Vorgehensweise, die besagt, dass die Struktur der WEU der Realisierung des Ziels der EU dient, entspricht im Falle der ESVP nicht vollkommen den Erwartungen. Deswegen sind die nationalen Parlamentarier, die die Versammlung bilden, Befürworter der Übertragung des interparlamentarischen *acquis* von der WEU auf die EU und dabei auch der Gründung im Rahmen der EU-Strukturen einer interparlamentarischen Körperschaft. Der Konvent und die Intergouvernementale Konferenz (zum Thema) Vertrag über eine Verfassung für Europa, die nach dem Konvent stattfand, machten Fortschritte in dieser Richtung. Weil die meisten jedoch „keine neuen Institutionen“ wollten, bietet die im Vertrag über eine Verfassung für Europa vorgeschlagene Lösung neue Möglichkeiten der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Sie geht aber nicht so weit, um eine den vorhandenen Versammlungen ähnliche interparlamentarische Körperschaft zu schaffen. Vor allem erfordert sie nicht vom Rat der EU, dass er mit der Körperschaft, der die nationalen Parlamentarier angehören, zusammenarbeiten muss.

Wenn es sich um die Kontrolle der Regierungen durch die Parlamente handelt, dann sollte man zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament unterscheiden. Und im Falle der nationalen Parlamente sollte man zusätzlich zwischen ihrer Tätigkeit auf der nationalen und europäischen Ebene unterscheiden.

Auf der nationalen Ebene übt ein jedes nationale Parlament eine demokratische Kontrolle über die Regierung seines Staates aus. Es bestehen erhebliche Unterschiede in den Kompetenzen der Parlamente gegenüber den Regierungen. Manche Parlamente haben breite Entscheidungsbefugnisse, andere nur beschränkte, jedoch alle haben das letzte Wort in Sachen des Haushalts für die Landesverteidigung. Sie entscheiden auch oft, ob die Soldaten ins Ausland geschickt werden sollen, auch wenn die Entscheidungen vom Unternehmen einer solchen Operation auf der europäischen Ebene im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik getroffen werden. Die Parlamentarier sind ebenfalls die zuverlässigsten Vermittler von Informationen zwischen Politikern und Bürgern, denen Politik Nutzen bringen soll.

Für die nationalen Parlamente ist es nicht einfach, Informationen über den Entscheidungsprozess der ESVP, der auf der europäischen Ebene erfolgt, zu

erhalten, denn sie haben keinen festen Zugang zu den europäischen Institutionen. Sie verlassen sich demnach ausschließlich auf ihre Regierungen, die ihnen die gemäß den Kriterien der Nationalpolitik ausgearbeiteten Informationen beschaffen. Die nationalen Parlamente sind verpflichtet, die von der EU getroffenen Entscheidungen zu bewerten, ohne dabei die Möglichkeit zu haben, auf dieser Ebene vertreten zu werden. Die Regierungen haben dagegen die Möglichkeit, sich im EU-Rat regelmäßig zu konsultieren.

Aus diesem Grund sind die nationalen Parlamente im Rahmen anderer Arten der intergouvernementalen Zusammenarbeit, wie z.B. in der NATO oder in der OSZE für die interparlamentarische Zusammenarbeit (zwischen den Parlamentariern aus vielen Ländern) engagiert und wenden sich für den notwendigen Informationsaustausch, für den Dialog und für die Konsultationen an die intergouvernementale Exekutivkörperschaft der Präsidentschaft (zum Beispiel der regelmäßige Dialog zwischen der Parlamentarischen Versammlung der NATO und dem Generalsekretär der NATO, oder der Meinungs austausch zwischen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der Präsidentschaft der OSZE).

Im Gegensatz zu ihnen wird das Europäische Parlament anhand Art. 21 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Union und der mit dem Rat geschlossenen interinstitutionellen Vereinbarungen über die Entwicklung der GASP und ESVP informiert. Es erhält regelmäßig Informationen entweder von der Präsidentschaft oder vom Hohen Vertreter der GASP. Auch die Tatsache, dass sich die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Brüssel in der Nähe des Europäischen Rates befinden, schafft viele Möglichkeiten eines inoffiziellen Dialogs.

Das Ergebnis dieser Situation ist ein **demokratisches Paradox**: Einerseits treffen die nationalen Parlamente Entscheidungen über die Finanzmittel sowie über andere Mittel, die der GASP und der ESVP zur Verfügung gestellt werden, andererseits haben sie jedoch weder Struktur (es fehlt eine interparlamentarische EU-Körperschaft, mit der man einen interparlamentarischen Dialog aufnehmen könnte) noch Informationen (es fehlt ein regelmäßiger Dialog mit der EU-Leitung), die sie brauchen, um die ihnen von der Verfassung zugewiesene Aufgabe (also die parlamentarische Kontrolle der eigenen Regierungen auf der nationalen Ebene) zu erfüllen. Gleichzeitig werden die EU-Parlamentarier informiert. Sie stimmen aber über die Verteidigungshaushalte nicht ab.

Trotzdem finden manche, dass die nationalen Parlamente ausschließlich die eigenen Regierungen in ihren Ländern kontrollieren sollten. Die Ergebnisse der durch Free University of Brussels durchgeführten wissenschaftlichen



Untersuchung, die im WEU-Bericht über die Art der durch die nationalen Parlamente ausgeübten Kontrolle über die Stationierung der Streitkräfte verwendet wurden, beweisen jedoch, dass die Missionen der ESVP in meisten Fällen nicht so große Debatten entfesseln, weniger parlamentarische Anfragen, die an die Regierung adressiert werden und weniger Verhörungen der für diesen Bereich zuständigen Regierungsmitglieder provozieren als andere militärischen Missionen. Die Ergebnisse des Berichts zeigen ebenfalls, dass die Parlamentarier, die Mitglieder der Versammlung der WEU sind, über die Missionen der ESVP besser als diejenigen informiert sind, die sich ausschließlich auf die nationalen Informationsquellen verlassen.

In Zukunft können (müssen aber nicht) die Kompetenzen des Europäischen Parlaments, das jetzt schon eine wichtige Rolle bei der Kontrolle des für die GASP bestimmten gemeinsamen EU-Haushalts spielt, im Rahmen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zum Beispiel anhand der verstärkten Version des Art. 21 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Union erweitert werden. Den nationalen Regierungen bleiben vermutlich ihre Entscheidungsprärogativen, auch im Falle der weiteren „Brüsselisierung“ dieses Politikfeldes, erhalten.

Dies bedeutet, dass die parlamentarische Kontrolle der GASP und der ESVP keine Aufgabe ist, die ausschließlich zu den Kompetenzen eines Organs gehört. Das europäische Parlament und die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU haben die sich einander ergänzenden und nicht miteinander konkurrierenden Prärogativen. Es wäre ideal, wenn das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente, indem sie von ihren Stärken Gebrauch machen würden, würden sie möglichst eng miteinander zusammenarbeiten.

Die Bewertung der Beschlüsse des Verfassungsvertrages,  
die die Rolle der nationalen Parlamente bestimmen und des Potentials  
des interparlamentarischen Modells, das dem größeren Engagement  
der nationalen Parlamente für die GASP und ESVP dient

Die durch den Konvent vorgeschlagene und im Protokoll<sup>6</sup>, das den Anhang zum Verfassungsvertrag war, enthaltene Lösung verpflichtet das Europäische

---

<sup>6</sup> Das Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union: „Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente bestimmen gemeinsam die Art und Weise der effizienten und regelmäßigen Organisation und Förderung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der Europäischen Union“. „Die Konferenz der Parlamentarischen Ausschüsse für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Parlament und die nationalen Parlamente dazu, die interparlamentarische Zusammenarbeit in der EU zu organisieren. Darüber hinaus schlägt das Protokoll „die Konferenz der Parlamentarischen Ausschüsse für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ (der die Vertreter der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, nach dem Modell von der heutigen CEAC, ebenfalls unter der französischen Abkürzung COSAC bekannt, angehören sollten) vor und ermöglicht die Organisation der interparlamentarischen Konferenzen über die Angelegenheiten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Was ermöglichen die Bestimmungen der Verfassung? Die heutige Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten beschränkt sich auf die Treffen zwischen dem Europäischen Parlament und den Ausschüssen der nationalen Parlamente, die für die Kontrolle der GASP und der ESVP zuständig sind. Manche dieser Treffen finden regelmäßig (zum Beispiel die Treffen zwischen den **Vorsitzenden der Ausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments**) statt, und andere werden ad hoc organisiert. Da es keinerlei formale Pflicht gibt, sind sie davon abhängig, ob sich ein bestimmtes Organ des Rates oder des Ausschusses mit diesem Gremium treffen will. Nach jedem Treffen werden weder ausführliche Berichte noch andere wichtige Dokumente erstellt. Über die Empfehlungen wird nicht abgestimmt. Und für die Parlamentarier sind doch die Dokumente dieser Art die Grundlage ihrer Bewertung des intergouvernementalen Handelns, die für die Öffentlichkeit sehr wichtig ist. Solche Dokumente tragen ebenfalls zur größeren Transparenz der Regierungsmaßnahmen bei. Charakteristisches Merkmal der vorhandenen interparlamentarischen Versammlungen ist die Fülle der Berichte und Empfehlungen, die den in Ausschüssen geführten Diskussionen und vorgenommenen Abstimmungen entspringen. Darüber hinaus wird in vielen Parlamenten das Amt des Ausschussvorsitzenden automatisch mit dem Vertreter der Regierungspartei besetzt. Deshalb ist eine solche parlamentarische Zusammenarbeit einer Gefahr ausgesetzt, bloß die Debatten auf der intergouvernementalen Ebene widerzuspiegeln und die Meinungen eines großen Teils der Vertreter in den nationalen Parlamenten zu ignorieren.

**Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (CEAC).** Ihr ursprüngliches Ziel war das Aufnehmen der Gemeinschaftsangelegenheiten der EU. Das ist keine interparlamentarische Versammlung, obwohl sie einige ihre Merkmale hat. In der Regel nehmen an ihr viele Regierungsvertreter teil. Es sind jedoch meistens nur die

Regierungsmitglieder jenes Landes, das der Gastgeber der Konferenz ist. Der CEAC gehören die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten an. Jedes Land, auch das, das Zweikammerparlamente hat, schickt an die Treffen der Konferenz nur sechs Parlamentarier. Die Tatsache, dass die Delegationen nicht zahlreich sind, weckt Zweifel, ob sie eine richtige Widerspiegelung der Größe ihrer Länder (ihres politischen und militärischen Ranges) und der in den nationalen Parlamenten vertretenen politischen Fraktionen sind. Die CEAC stimmt über die Empfehlungen nicht ab, sondern publiziert die von den Delegationschefs ausgearbeitete „Zusammenfassung“.

Also noch bevor die Zukunft der Europäischen Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden in Frage gestellt wurde, wo man „gegen“ sie stimmte, wurde ein kleiner Fortschritt im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten geschafft. Die Schwäche des Konferenzmodells besteht darin, dass er die Notwendigkeit des Dialogs mit der EU-Leitung nicht berücksichtigt, obwohl es ein Forum des interparlamentarischen Meinungs austauschs bildet.

Wenn die nationalen Parlamente ohne einen gemeinsamen Zugang zur europäischen Ebene ihre Aufgaben auf richtige Art und Weise nicht realisieren können und wenn die im Verfassungsvertrag vorgeschlagenen Lösungen nicht genug überzeugend sind, entsteht die Frage nach dem Modell der interparlamentarischen Versammlung. Ihr gesamter Wert hängt von vielen Faktoren ab:

Die Zusammensetzung der interparlamentarischen Körperschaft: In der Regel spiegeln die interparlamentarischen Versammlungen die Größe der Mitgliedstaaten und der in den nationalen Parlamenten vertretenen politischen Gruppierungen wider. Eine Entscheidung über die Anzahl der Delegationsmitglieder, die zu der interparlamentarischen EU-Körperschaft entsandt werden sollten, muss getroffen werden. Die Delegationen, die die Delegationen der Vertreter der Parlamente zum Europarat zum Vorbild nehmen, würden insgesamt 396 Mitglieder zählen (zum Vergleich hat das Europäische Parlament zum gegenwärtigen Zeitpunkt 732 Mitglieder). Eine andere mit der Mitgliedschaft verbundene Sache ist die Frage, ob unter den Mitgliedern der Ausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten, für Europaangelegenheiten und für Verteidigungsangelegenheiten der nationalen Parlamente eine entsprechende Anzahl der Vertreter zu einer solchen interparlamentarischen Körperschaft gefunden wird.

Der Informationsfluss zwischen dem EU-Rat und der interparlamentarischen Körperschaft: Die Verpflichtung des EU-Rates, damit er

der interparlamentarischen Körperschaft schriftliche und mündliche Berichte über seine intergouvernementale Tätigkeit übergibt, würde zum Beginn und zur Förderung des Dialogs zwischen den Parlamentariern und den Regierungen beitragen. Diese und andere Dokumente der EU würden die Basis für die Kontrollarbeiten der interparlamentarischen Körperschaft sein. Die Mitglieder sollten ebenfalls die Möglichkeit haben, den EU-Rat mündliche und schriftliche Fragen zu stellen, auf die er in vernünftigen Zeitrahmen antworten sollte.

**Genauerer Blick auf *acquis* der interparlamentarischen Versammlung der WEU: Die Regierungen sind verpflichtet die nationalen Parlamentarier zu informieren**

Art. 9 des modifizierten Brüsseler Vertrages verpflichtet die Mitgliedstaaten der WEU dazu, der Versammlung jedes Jahr einen schriftlichen Bericht über ihre Tätigkeit im Bereich der Sicherheit und Verteidigung abzustatten. Der Bericht wird an sechs ständige Ausschüsse<sup>7</sup> geschickt, die ihn überprüfen. Er wird zur Grundlage ihrer politischen Arbeit und ihrer Empfehlungen, die der Abstimmung der Versammlungsmitglieder unterzogen werden.

Darüber hinaus muss der Bericht, im Falle der Versammlung der WEU, *gemeinsam* durch alle im Rat der WEU vertretenen Regierungen abgestattet werden. Ein solcher Bericht kann daher einen viel höheren politischen Wert als eine Präsentation des Vertreters nur einer Regierung („Präsidentschaft“) oder eines Vorstandsmitglieds („Generalsekretärs“) haben, die nicht für den ganzen Rat verbindlich ist. Auf der anderen Seite spiegelt das gemeinsame Dokument nur den geschafften Konsens wider und kann daher keinen Wert haben. Aus diesem Grund wird der Jahresbericht in den Plenarsitzungen, die zwei Mal im Jahr, meistens im Juni und Dezember, stattfinden, von dem amtierenden Ratsvorsitzenden (von dem Minister, der die Präsidentschaft vertritt) mündlich abgestattet, der sich dann zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik seines Landes äußert. Anschließend antwortet er auf die an ihn als amtierenden Ratsvorsitzenden und Außenminister seines Landes gerichteten Fragen der

---

<sup>7</sup> Die wichtigsten politischen Aufgaben werden vom Verteidigungsausschuss, vom Politischen Ausschuss und vom Ausschuss für Technologie und Raumfahrt sowie vom Ausschuss für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit erfüllt. Außer der Ausarbeitung von Berichten über die an diese Ausschüsse durch die Versammlung gerichteten Angelegenheiten organisieren die Ausschüsse regelmäßig stattfindende Kolloquien über die aktuellen Themen, die die Sicherheit und Verteidigung, die Rüstungszusammenarbeit sowie insbesondere die Technologie und den Raumfahrt betreffen. Zu den anderen Ausschüssen gehören: der Haushaltsausschuss und der Verwaltungsausschuss sowie der Geschäftsordnungsausschuss.

Mitglieder. Jedes Mitglied der Versammlung kann auch dem Rat schriftliche Fragen stellen.

Im Rahmen der Arbeit in den Ausschüssen legen die unter den Mitgliedern der Ausschüsse berufenen Berichterstatter die Projekte der Berichte und Empfehlungen vor. Die Berichterstatter treffen sich während der Ausarbeitung von Empfehlungen mit den Regierungsvertretern, mit den Beamten von den intergouvernementalen Organisationen, wie NATO oder EU, mit den Vertretern des Militärs und mit den unabhängigen Experten. Nach der im Ausschuss geführten Debatte über die Berichte, die eine Antwort auf das Jahresbericht des Rates sind, stimmt die Versammlung über die Projekte der in diesen Berichten enthaltenen Empfehlungen ab. *Der Rat ist verpflichtet, zu den durch die Versammlung angenommenen Empfehlungen Stellung zu nehmen.* Ähnliche Pflicht gibt es außer dem Europarat in keiner interparlamentarischen Organisation.

Die Antworten auf die schriftlichen Fragen und Empfehlungen sind manchmal kurz und bündig, doch je mehr Regierungen sich über das Potential des Informationsflusses im Klaren wird, desto erschöpfender und vielseitiger werden die Antworten (siehe: getrenntes Dokument).

Darüber hinaus können die Antworten auf die folgenden Fragen davon entscheiden, welche Möglichkeiten die interparlamentarische EU-Körperschaft haben wird, um die schwachen Seiten der Konferenzmodelle zu überwinden:

- Hat die interparlamentarische Körperschaft die Freiheit und die nötigen Mittel, die ihr erlauben, ständige Ausschüsse zu gründen?
- Hat die interparlamentarische Körperschaft die Möglichkeit, Berichte auszuarbeiten und die Empfehlungen der formalen Abstimmung zu unterziehen?
- Steht den Parlamentariern ein ständiger Stab internationaler Mitarbeiter zur Verfügung?
- Wie ist die Übermittlung der Rückinformationen zwischen der interparlamentarischen Körperschaft und den nationalen Parlamenten organisiert?
- Ermöglichen die nationalen Parlamente die Führung einer regelmäßigen Debatte über die Ergebnisse der durch die interparlamentarische Körperschaft ausgeführten Arbeit?
- Würde sie einen festen Sitz haben (Brüssel)? / Würde sie reisen müssen, damit die Plenarsitzungen in den Hauptstädten verschiedener EU-Mitgliedstaaten stattfinden?

Der Verfassungsvertrag und seine Protokolle ermöglichen die Aufnahme im Rahmen der EU einer regelmäßigen interparlamentarischen Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Es ist jedoch zweifelhaft, ob das in diesen

Dokumenten vorgeschlagene Konferenzmodell, bei allen seinen oben beschriebenen schwachen Seiten, die interparlamentarischen Instrumente solch einer Art schaffen könnte, die die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU brauchen, damit sie die ihnen von der Verfassung zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Es wird jedoch vom Europäischen Parlament und insbesondere von den nationalen Parlamenten abhängen, ob sie die Möglichkeiten, die vor ihnen die Verfassung eröffnet, wahrnehmen und eine effiziente und regelmäßige interparlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der EU organisieren und fördern und entsprechende Instrumente im Rahmen der EU schaffen. Wenn der Verfassungsvertrag zum Gegenstand der nächsten Verhandlungsrunde zwischen den Mitgliedstaaten werden sollte, so sollte man die Gelegenheit zur Verstärkung der Verfassungsbestimmungen bezüglich der Rolle der nationalen Parlamente ohne Zögern wahrnehmen. Die aktuellen Bestimmungen könnten auf solch eine Art und Weise verbessert werden, damit die nationalen Parlamente mehr für die intergouvernementalen Politikfelder der EU engagiert werden und der Rat für sie zuständig wird. Die Regierungen der europäischen Staaten müssen noch tatsächlich überzeugt werden, dass das Schaffen eines Prozesses auf der europäischen Ebene, der den regelmäßigen Dialog und Konsultationen im Rahmen einer bestimmten Struktur mit der Körperschaft ermöglicht, in der die nationalen Parlamentariern aus allen Mitgliedstaaten vertreten werden, in ihrem Interesse liegt.

DAVID HOBBS  
DIE PARLAMETARISCHE VERSAMMLUNG DER NATO





**Parlamentarische Versammlung der NATO**

Präsentation von  
David Hobbs  
Stellvertretender  
Generalsekretär

**Die bisherigen Namen**

1955	<ul style="list-style-type: none"> <li>•Konferenz der Parlamentarier der NATO Mitgliedstaaten</li> <li>•NATO Parlamentarier Konferenz</li> </ul>	
1966	<ul style="list-style-type: none"> <li>•Nordatlantische Versammlung</li> </ul>	
1999	<ul style="list-style-type: none"> <li>•Parlamentarische Versammlung der NATO</li> </ul>	

## Die ursprünglichen Ziele der Versammlung



- Stärkung der transatlantischen Partnerschaft



- Kontaktaufnahme zwischen den Parlamenten der Mitgliedstaaten und den Behörden der NATO

- Förderung der Ziele der Allianz



## Artikel 2 des Washingtoner Vertrages



“Die Parteien werden zur weiteren Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen beitragen, indem sie ihre freien Einrichtungen festigen, ein besseres Verständnis für die Grundsätze herbeiführen, auf denen diese Einrichtungen beruhen, und indem sie die Voraussetzungen für die innere Festigkeit und das Wohlergehen fördern. Sie werden bestrebt sein, Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Parteien zu fördern.”



## Zusätzliches Ziel





























- Schaffung eines Bindegliedes zwischen den Parlamenten der Mitgliedstaaten und den an der Partnerschaft mit der NATO beteiligten Parlamenten

### Die ursprünglichen Ziele der Versammlung

- » Stärkung der transatlantischen Partnerschaft
- » Kontaktaufnahme zwischen den Parlamenten der Mitgliedstaaten und den Behörden der NATO
- » Förderung der Ziele der Allianz

## Mitgliedschaft in der Versammlung, Anzahl der Parlamentarier



	Belgien	7		Luxemburg	3
	Bulgarien	6		Niederlande	7
	Dänemark	5		Norwegen	5
	Deutschland	18		Polen	12
	Estland	3		Portugal	7
	Frankreich	18		Rumänien	10
	Griechenland	7		Slowakei	5
	Großbritannien	18		Slowenien	3
	Island	3		Spanien	12
	Italien	18		Tschechien	7
	Kanada	12		Türkei	12
	Lettland	3		Ungarn	7
	Litauen	4		Vereinigte Staaten	36

## Asoziierte Mitglieder



	Staat	Zahl der Parlamentarier		Staat	Zahl der Parlamentarier
	Albanien	3		Moldau	3
	Armenien	3		Montenegro*	3
	Aserbaidschan	5		Österreich	5
	Finland	4		Russische Föderation	10
	Georgien	4		Serbien*	5
	Kroatien	3		Schweden	5
	Mazedonien	3		Schweiz	5
				Ukraine	6

\* Die Zahl der Plätze für Montenegro und für Serbien wird während der nächsten Plenarsitzung der NATO PV in Madeira, Portugalien, in Mai 2007 abgestimmt





## Parlamentarische Beobachter



	Staat	Zahl der Parlamentarier
	Australien	3
	Ägypten	3
	Bosnien und Herzegowina	3
	Japan	3
	Kasachstan	3
	Palestinänsischer Legislativrat	3
	Tunesien	3

## Assoziierte Mitglieder aus dem Mittelmeerraum



	Staat	Zahl der Parlamentarier
	Algerien	6
	Israel	4
	Jordanien	4
	Marokko	6

## Andere Delegationen



	Europäisches Parlament	Delegation von 10 Personen, quasi-assoziiertes Status
	OSZE PV	Aus 3 Personen bestehende Delegationen, die zu Sitzungen und Seminaren eingeladen werden
	WEU-Versammlung	
	Parlamentarische Versammlung des Europarates	

## Ausschüsse und Unterausschüsse in der Versammlung



<b>Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unabhängiges Montenegro: frühe Bewertung und Aussichte für euroatlantische Integration</li> </ul>
<i>Specialbericht</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schutz der wichtigen Infrastruktur</li> </ul>
<i>Unterausschuss für Demokratisches Regieren</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Staat und Religion im Schwarzmeerraum</li> </ul>

## Ausschüsse und Unterausschüsse



Ausschuss	Unterausschuss
Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratische Regierungsweise</li> </ul>
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten</li> <li>• Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit</li> </ul>
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und konvergenz</li> <li>• Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen</li> </ul>
Politischer Ausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NATO Partnerschaften</li> <li>• Transatlantische Beziehungen</li> </ul>
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Weiterverbreitung von Militärtechnologie</li> </ul>



## Andere Foren:

• Sondergruppe Mittelmeerraum



• Parlamentarischer NATO-Russland Ausschuss



• Interparlamentarischer Ukraine-NATO Rat



## Umriss von einem typischen Jahresprogramm



### Plenarsitzungen im Frühjahr und im Herbst



## Ein typisches Jahresprogramm



- 3-4 Rose-Roth Seminare
- 1 Parlamentarisches Transatlantisches Forum, Washington
- 2 mediterrane Seminare
- 1 Gemeinsame Ausschusssitzung (JCM), sog. Februartreffen, Brüssel und Paris
- 1 Gemeinsame Ausschusssitzung (JCM) in Moskau
- 1 Ausschusssitzung in Kiev
- 16 Sitzungen der Unterausschüsse
- 1 Sitzung der Sondergruppe Mittelmeer
- 1 alljährlicher Studienbesuch
- 2 Sitzungen des Interparlamentarischen Rates NATO-Ukraine
- 2 Sitzungen des Parlamentarischen Ausschusses NATO-Russland
- 1 Sitzung des Ständigen Ausschusses
- 1 Programm für Neue Parlamentarier
- 2-3 Sitzungen im EP über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- 2-3 Seminare / Werkstätte des Euroatlantischen Partnerschaftsrats
- 2-3 Schulungen für Mitglieder des Parlamentsbüros
- 4-5 Präsidentenbesuche



## Interessengebiete der Ausschüsse



### Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

- NATO-Transformation:  
operative Aspekte

### Unterausschuss für Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten

- Die Rolle der NATO für die  
Sicherheit im Südkaukasus

### Unterausschuss für Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit

- Transatlantische  
Beziehungen und  
Veränderungen in der US-  
Stationierungsstrategie im  
Ausland

## Interessengebiete der Ausschüsse



### Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

- Trends auf dem Weltmarkt für Energie und ihre strategischen und wirtschaftlichen Folgen

#### *Sonderbericht*

- Entwicklung Afrikas und die Verpflichtungen der G8

#### Unterausschuss für Ost-West- Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz

- Die mit der Transformation in der Ukraine verbundene Krise

#### Unterausschuss für Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen

- Die wirtschaftliche Entwicklung in Westchina

## Interessengebiete der Ausschüsse



### Politischer Ausschuss

- Afghanistan und die Zukunft der Allianz

#### Unterausschuss für NATO- Partnerschaften

- Die Rolle der NATO für die Sicherheit in Zentralasien

#### Unterausschuss für Transatlantische Beziehungen

- Der Iran als Herausforderung für die transatlantische Zusammenarbeit

## Interessengebiete der Ausschüsse



### Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

- Klimaänderungen - Zu einer Strategie nach Kyoto

### Unterausschuss für Verbreitung der Militärtechnologie

- Irans Nuklearpolitik

## NATO und Parlamentarische Versammlung der NATO



- Teilnahme des Generalsekretärs der NATO an den Sitzungen der Versammlung
- Ad-hoc-Sitzungen der Nordatlantikkonferenz und der Versammlung
- Teilnahme des Präsidenten der Versammlung an den Gipfeln der Staatsoberhäupter und Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten
- Alljährliche Treffen des Gemeinsamen Ausschusses (JCM) in der NATO-Hauptquartier
- Gemeinsames Engagement für verschiedene Treffen, Seminare und Schulungen
- Offizielle Antworten des Generalsekretärs der NATO auf die Empfehlungen der Versammlung
- Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern der beiden Organisationen



## Themen



- Transatlantische Beziehungen
- Rolle und Bedeutung der Allianz
- Missionen der Allianz in Afghanistan, Kosovo, Darfur usw.
- Irakkrieg und seine Folgen für die Allianz
- Terrorismus



## Themen



- Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
- Fähigkeiten der Allianz
- NATO Erweiterung



## Themen



### Vertiefung und Erweiterung der Partnerschaft

- Europäische Union
- Russland
- Ukraine
- Südkaukasus
- Balkanregion
- Südlicher Mittelmeerraum und Mittlerer Osten



## Andere aktuelle Themen



- Weißrussland
- China
- Nordregion



## Leistungen der PV der NATO



Sie ist ein Forum des transatlantischen Dialogs

Sie fördert Partnerschaft und Zusammenarbeit auf der legislativen Ebene

Sie engagiert und integriert Parlamentarier aus den Partnerländern für die Arbeiten der Versammlung

Sie ist ein Bindeglied zwischen den Behörden der NATO und den Parlamentariern

Sie verbessert das gegenseitige Verständnis für Probleme und Standpunkte der Partner

Sie stärkt die Transparenz der NATO-Politiken

Sie macht die Gesetzgeber mit wichtigen Fragen aus dem Bereich der Sicherheit und Verteidigung bekannt

Sie gewährleistet den Parlamentariern eine legislative Übersicht über die Fragen, die die Verteidigung und die Streitkräfte betreffen

Sie fördert den Ausbau der Kontakte zwischen Militär und Zivilsphäre

Sie fördert die NATO-Erweiterung



**NATO Parliamentary Assembly**  
**Assemblée parlementaire de l'OTAN**

PROF. JACEK KURCZEWSKI

Leiter des Lehrstuhls für Rechts- und Sittensoziologie  
Institut für Angewandte Sozialwissenschaften, Universität Warschau  
Vizemarschall des Polnischen Sejms der ersten Wahlperiode (1991-1993)  
[j.kurczewski@uw.edu.pl](mailto:j.kurczewski@uw.edu.pl)

## Der Begriff der Rationalität in den modernen Sozialwissenschaften

Obwohl die Rationalität traditionsgemäß dem, was nicht rational oder irrational ist, gegenübergestellt wird, und jemanden zur Vernunft bringen, scheint das einfachste Argument zu sein, das einen Streit endgültig beilegt, sorgen in den Sozialwissenschaften selbst die Begriffe der Vernunft und der damit verbundenen Rationalität immer häufiger für Gesprächsstoff. Ohne in technische Details einzudringen und sich nur darauf beschränken, die verbreitetsten Ansichten zu präsentieren, müssen wir uns für eine Weile bei folgenden Angelegenheiten aufhalten: was ist eigentlich der Verstand und wie ist seine Rolle im menschlichen, dabei auch im sozialen Leben der Menschen sowie welche Typen der Rationalität, von der man im Kontext des sozialen Lebens sprechen kann, gibt es.

1. Die erste Frage erfordert, dass wir uns auf die Ebene der allgemeinen philosophischen Reflexion beziehen, welche die modernen Sozialwissenschaften nicht meiden, ganz im Gegenteil, sie schalten sich aktiv in die gewöhnlich von den Philosophen geführten Debatten ein. Oft führt die Unkenntnis oder oberflächliche Kenntnis der philosophischen Tradition zur Formung ganz neuer und origineller Standpunkte. Während René Descartes mit seinem *cogito ergo sum* für den Vater des modernen europäischen Rationalismus gehalten wird, wird heutzutage immer häufiger auf den philosophischen Gedanken von Baruch de Spinoza berufen, der als Gegenteil des cartesianischen Gedankens angesehen wird. Spinoza nimmt jedoch im Axiom 2 an, dass „Der Mensch denkt“, und wie der polnische Philosoph Leszek Kołakowski betont, „ist der Rationalismus Spinozas jene Besonderheit seiner Doktrin, die bei ihrer Lektüre wohl am schnellsten ins

Auge fällt“<sup>1</sup>. Der Ausgangspunkt für die Analyse bei Spinoza ist jedoch nicht unser Denken, sondern das Bestehen der dem Denken äußeren Realität. Kolakowski formuliert dabei zwei Bezeichnungen des Rationalismus, die des Zitates wert sind. In der ersten Bezeichnung wird der Rationalismus dem Irrationalismus gegenübergestellt und ist eine „Doktrin, die an den menschlichen Verstand und sein Erkenntnisvermögen glaubt, und alle Arten der intuitiven und mystischen Erkenntnis, jede «nicht-diskursive Betrachtung», jede Erkenntnis, die angeblich weder in Worten ausgedrückt, noch weitergegeben werden kann, und schließlich jede wundersame Erkenntnis, die aus diesem Grund keinen Nachweis benötigt, ablehnt“. In der zweiten Bezeichnung wird der Rationalismus dem Empirismus als eine Doktrin gegenübergestellt, die „an die Möglichkeit und Bedeutung des von der Erfahrung unabhängigen Wissens glaubt und verkündet, dass die vollkommenste Erkenntnis «allein von den Verstandeskräften» Gebrauch macht und ohne Kontakt der Sinne mit der Außenwelt auskommt“.

Bereits diese Vorbemerkungen machen begreiflich, wie viel Platz der allgemeine Begriff des Rationalismus für verschiedene Anschauungen lässt. Obwohl Spinoza selbst die Beziehungen des Menschen zu der ihn umgebenden Welt betonte, legte er ein großes Gewicht auf das analytische Denken als höchste Erkenntnisform, deren Beispiele seine eigenen ethischen und theologisch-politischen Erwägungen sind, die sich auf die axiomatisch-deduktive Methode stützen. Es ist hinzuzufügen, dass die Phänomenologie von Husserl, die das höchste Maß der analytischen Methode war, von seinen Nachfolgern sowohl gegen den als „Intellektualismus“ verstandenen „Rationalismus“ als auch gegen den ihm entgegengesetzten „Empirizismus“ gerichtet wurde und bestrebt ist, „formale“ und „materielle“ Strukturen unserer Erfahrung zu verbinden.

2. Vilfredo Pareto, studierter Ingenieur und einer der Begründer der modernen analytischen Ökonomie, versuchte ebenfalls im Rahmen der Soziologie das Modell des rationalen Denkens als einen Kanon, auf den sich alle Gedanken beziehen werden, durchzusetzen. Alles, was die Kriterien eines wissenschaftlichen Gedankens nicht erfüllt, ist irrational. Kein Wunder, dass die Gesellschaftstheorie von Pareto gleichzeitig eine Theorie des irrationalen Denkens ist, das nach den von ihm angenommenen Typen der Vorurteile geordnet ist, die wiederum aus den natürlichen Trieben des Menschen (Residuen und Derivationen) entstehen. Die historische Herangehensweise an

---

<sup>1</sup> Einführung zu der polnischen Ausgabe von *Etyka* von Spinoza, Warschau, PWN, 1954, S. XV.

die Frage der Rationalität bedanken wir jedoch Max Weber, der aus ihr die soziologische Kernfrage machte. Der Ausgangspunkt ist die Bemerkung, dass nur in einem Punkt der menschlichen Raumzeit, im modernen Westen, zur Entstehung der Zivilisation kam, in der die rationale Religion, das rationale Recht, der rationale Staat und die rationale Wirtschaft zusammenlaufen, und der einmal begonnene Prozess der Rationalisierung ging in alle Welt hinaus.

Der okzidentale Rationalismus entstand im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Die Untersuchungen von Weber werden von Habermas weitergeführt, der Veränderungen sieht, denen die Rationalität in den postliberalen Gesellschaften unterliegt. Hier verbinden sich die endogen geschaffenen Probleme mit dem Prozess der wirtschaftlichen Akkumulation, und in der anderen Richtung – die mit den durch den Staat unternommenen Rationalisierungsmaßnahmen verbundenen Probleme<sup>2</sup>. Auf der einen Seite entstand der organisierte Kapitalismus und auf der anderen Seite – der bürokratische Sozialismus. Der Pfad der kapitalistischen Modernisierung bedeutet, dass das wirtschaftliche System im Evolutionsprozess den Primat gegenüber der Gesellschaft als Ganzes übernimmt. Die Welt des Lebens, die von den mit der materiellen Reproduktion verbundenen Aufgaben entlastet ist, unterliegt der inneren Differenzierung und löst die selbstständigen Prozesse der Entwicklung der kulturellen Sphäre der Modernität aus. Die wirtschaftlichen Störungen führen systematisch entweder zu Wirtschaftskrisen oder zu Pathologien in der Welt des Lebens. Das von den traditionellen Marxisten mit Verwunderung beobachtete Verschwinden der Wirtschaftskrisen erklärt Habermas mit der Verlagerung der strukturellen Probleme der Wirtschaftsentwicklung durch die privaten Haushalte auf die Pathologien der Welt des Lebens, wie zum Beispiel die Erscheinungen der Entfremdung und der Störung des Kollektivbewusstseins. Im Endeffekt haben wir mit der Vergegenständlichung der kommunikativen Beziehungen, sowie mit der Verselbstständigung der Familien, in denen die innere kommunikative Rationalisierung stattfindet, zu tun.

3. Trotz philosophischer Unterschiede stellt niemand den traditionellen Begriff der Rationalität in Frage. Was in Frage gestellt wird, ist seine Nützlichkeit und sein oberflächlicher Charakter. Seit Pareto entwickelte sich die selbstständige Rational Choice Theory (RCT), die ihre eigene Literatur, ihre eigenen Experten und ihre wissenschaftlichen Institutionen hat. Kaplan überprüfte systematisch dieses Modells nach seinen Schwächen. Auf der einen

---

<sup>2</sup> Jürgen Habermas, *Teoria działania komunikacyjnego*, Bd. II, *Przyczynek do krytyki rozumu funkcjonalnego*, Übers. A.M. Kanowski, PWN, Warschau 2002, S. 687.

Seite sind die Thesen der RCT reizvoll, weil es uns scheint, dass wir Herren der Lage sind und selbst Entscheidungen treffen können, die natürlich rational sein sollten. Die RCT liefert uns jedoch formale Mittel zum Überdenken dieser Entscheidungen. Die einzelnen Auswege sind danach geordnet, wie sie von der Person, welche die Entscheidung trifft, bewertet werden. Je nach der Entscheidung, d.h. je nach dem Handlungsablauf werden den einzelnen Auswegen die Wahrscheinlichkeitsgrade zugeschrieben. Heutzutage helfen Computerprogramme dabei, eine rationale Wahl zu treffen. Obwohl der RCT schon einmal die unberechtigte Übertragung der Marktverhaltensmodelle auf andere nicht kommerzielle Lebensbereiche vorgeworfen wurde, wird heute darauf hingewiesen, dass sich sogar die Marktteilnehmer auf eine von der RCT abweichende Art und Weise verhalten. So war das Ergebnis der von Tversky und seinen Mitarbeiter durchgeführten Analysen. Im Weiteren hat Thaler sie im Text mit viel sagendem Titel „From Homo Economicus to Homo Sapiens“ verallgemeinert, und dabei die Berücksichtigung dessen gefordert, dass: 1) nicht alle Wirtschaftssubjekte in seinem besten Interesse handeln; 2) die Motivation der Menschen, ähnlich wie ihr Verstehen der Situation, in der sie handeln müssen, komplex ist; 3) es starke „emotionale“ Motive gibt, die sich nur schwer modellieren lassen, und dass in den letzten Jahren beim Voraussehen des Verhaltens der Börse doch bessere Ergebnisse erzielt werden konnten, indem die nicht rationalen und rationalen Faktoren berücksichtigt wurden. Wenn das im Rahmen der ökonomischen Verhaltensweisen so schwierig ist, dann um wie viel schwieriger muss es erst im Falle anderer Verhaltensbereiche sein. Das, was wir beobachten, ist die Fähigkeit zur Interpretation von *ex post factum*, das heißt zu erklären, dass diese oder jene Entscheidung rational ist und die Kriterien der RCT erfüllt.

Kaplan<sup>3</sup> stellte die Frage: bedeutet dies, dass wir irrational sind? Wenn wir annehmen, dass es rational ist, nach der RCT vorzugehen, dann ist selbstverständlich die Mehrheit davon, was wir unternehmen, nicht rational, weil es nicht auf die „rationalen“ (im Sinne der RCT) Beweggründe zurückzuführen ist. Kaplan erinnert jedoch an das allgemeine Verstehen der Rationalität als Fähigkeit zur rationalen Argumentation. *But, of course, if being rational is primarily about having reasons of an appropriate kind for the actions we take – being able to defend those actions to ourselves and others – then our failure to act according to RCT both descriptively and normatively is no more a failure to be rational than is our failure to always act out of love or*

<sup>3</sup> Jonathan Michael Kaplan, *Rational Decision Making: Descriptive, Prescriptive, or Explanatory?*, in: Alan Nelson (Hrsg.), *A Companion to Rationalism*, Blackwell, 2002, S. 425–449.

friendship or anger or any other human motivation. How rational we are depends not on whether we have succeeded in maximizing the satisfaction of our preferences given the state of the world, but rather on a much more complex set of holistic and partially social judgement. (...) This kind of rationality will likely to be impossible to define precisely, nor will it always be clear whether, on this kind view of rationality, someone is rational or not<sup>4</sup>. „Der Verstand“ (*reason*) äußert sich in „Gründen“ (*reasons*), und deswegen können beliebige Gründe zur Grundlage einer rationalen Argumentation werden. An dieser Stelle ist zu erinnern, dass Spinoza nach dem bereits zitierten Axiom 2 (Der Mensch denkt) das Axiom 3 hinzufügt, in dem als *modi* des Denkens die Liebe, das Verlangen, und „alles, was als Affekte des Geistes bezeichnet wird“ genannt werden.

4. Jürgen Habermas führte in die Sozialwissenschaften eine neue Bezeichnung der kommunikativen Rationalität ein. Seiner Meinung nach finden die Strukturen der Rationalität die Verkörperung in der alltäglichen kommunikativen Praxis der Welt des Lebens. Trotz der Kritik, die durch die neomarxistische Linke an der Massenkultur geübt wird, erblickt Habermas in ihr ein ambivalentes Potential. Die Massenmedien geben der Kommunikation einen globalen Charakter und auf diese Art und Weise demokratisieren sie, indem sie die Entstehung von vielen öffentlichen Sphären ermöglichen. Zusammen mit den Änderungen des Wertsystems, die Ronald Inglehart feststellte, kommen neue Probleme dazu: Lebensqualität, Gleichberechtigung, individuelle Selbstverwirklichung, Partizipation und Menschenrechte. Diese neuen Konflikte betreffen nach der Meinung von Habermas nicht die Redistribution, sondern die „Grammatik der Lebensformen“; ihre Überträger sind nicht mehr die Teilnehmer des Produktionsprozesses, sondern die Gruppen, die mit diesen Problemen nichts zu tun haben. „Bereiche der Zufälligkeit und Ungebundenheit, die in den modernen Gesellschaften den von den normativen Kontexten befreiten Interaktionen überlassen werden, unterliegen einer so schnell fortschreitenden Erweiterung, dass die innere Logik des kommunikativen Handelns, sowohl in der Privatsphäre, die in den Händen der Familie liegt, als auch in der öffentlichen Sphäre, deren Gestalt in hohem Grade die Massenmedien beeinflussen, «praktisch wahr wird»<sup>5</sup>.

5. Wie bereits anhand dieser sehr skizzenhaften Übersicht zu sehen ist, haben wir in den modernen Sozialwissenschaften mit unterschiedlichen Interpretationen und Anwendungen des Begriffs der Rationalität zu tun.

---

<sup>4</sup> Ebenda, S. 447.

<sup>5</sup> Habermas, op. cit., S. 725.



Einerseits solche, die sie mit konkreten Modellen rationaler Kalkulation der Nützlichkeit verschiedener rationaler Entscheidungen verbinden und andererseits solche, die sich selbst mit der Begründung der Entscheidungen zufrieden geben. Auf der einen Seite solche, die diese Begründung den strikten Regeln der logischen und statistischen Schlussfolgerung unterordnen, und auf der anderen Seite solche, die die unbewusste Rationalität zulassen.

PROF. JACEK KURCZEWSKI

Leiter des Lehrstuhls für Rechts- und Sittensoziologie  
Institut für Angewandte Sozialwissenschaften, Universität Warschau  
Vizemarschall des Polnischen Sejms der ersten Wahlperiode (1991-1993)  
[j.kurczewski@uw.edu.pl](mailto:j.kurczewski@uw.edu.pl)

## Die Rationalität des internationalen Parlamentarismus

Die Vieldeutigkeit des Begriffs „Rationalität“ in den Sozialwissenschaften kommt denjenigen gelegen, die sie in konkreten Angelegenheiten einsetzen wollen. Sie können dann in Abhängigkeit davon, welche Ziele sie sich setzen, zwischen einigen Bedeutungen wählen. Solche Formulierung selbst ist ein Beispiel für die Rationalität, genauso wie sich jede Handlung aus dem bestimmten Vorhaben und den für die Umsetzung dieses Vorhabens nötigen Maßnahmen zusammensetzt. Im Grunde genommen, hat die Bezeichnung der „Rationalität“ den Blankettcharakter: nennen Sie uns Ihr Vorhaben, und wir werden die das Vorhaben mit seiner Realisierung verbindende Argumentation durchführen.

Wenn das Vorhaben noch unklar ist, und der Autor dieser Worte sich genau in dieser Situation befindet, was übrigens ziemlich häufig vorkommt, bleiben selbstverständlich noch einige mögliche, und hier müssen wir ebenfalls hinzufügen, rationale Handlungen übrig. Eine davon ist der Versuch der Deduktion des potenziellen Vorhabens aus dem Wesen der Institution, mit der wir uns befassen. Die Lage ist deswegen komfortabel, weil der Parlamentarismus eine in dem Maße historisch bestimmte Institution ist, dass hier gewisse Vorhaben offensichtlich sind, obwohl dies die Intentionen der anderen nicht ausschließt, mit denen wir uns wegen fehlender Informationen nicht befassen werden.

Drei Sachen scheinen das Parlament auf wesentliche Art und Weise zu charakterisieren: 1) die Entscheidungen werden in ihm als gemeinsam getroffen; 2) diese Entscheidungen sollten nicht ausschließlich denjenigen dienen, die diese Entscheidungen treffen, sondern dem Allgemeingut; 3) Parlament ist ein Forum für Diskussion, die eine Entscheidung herbeiführen

kann, muss es aber nicht. Jeder diesen definitiven Aspekte ist ein Ausgangspunkt der rationalisierenden Handlungen.

Beginnen wir mit der Debatte, die ein hervorragendes Beispiel zu sein scheint, welches das illustriert, was Jürgen Habermas die kommunikative Rationalität nennt. Selbst der Beginn der Debatte ist eine rationale Handlung, wenn wir annehmen, dass die Rationalität in ihrem Wesen in der Begründung irgendeiner Ansicht besteht. Gerade hier findet die spezifische rhetorische Methode, mit der sich Chaim Perelman und Lucie Olbrechts-Tolteca in *Traité de l'argumentation* (1958) befassten, ihre Anwendung. In ihrer allgemeinsten Form ist jede überzeugende Begründung rational, und nicht nur eine solche, die die harten Logikstandards erfüllt, und die einer logisch-rationalen Begründung bedürfte, die in den parlamentarischen Debatten (ähnlich, wie im Falle anderer Debatten im wirklichen Leben) eher selten ist. Warum? Auch wenn die Hörschaft einen Fehler in der Begründung feststellt, und ihre Bemerkung dem Redner mitteilt, dieser jedoch seine Meinung nicht ändert, weil er die Mehrheit hinter sich hat, wird sowieso ein zusätzlicher Effekt erreicht, der in der Formulierung einer Gegenmeinung besteht, die, wenn nicht jetzt, dann vielleicht später, Anerkennung findet. Und wenn auch dies nicht passiert, wird diese Gegenmeinung als Voraussetzung im politischen Urteil dienen, das die falsche Entscheidung erwartet und die Änderung der Gedankenweise einer breiteren Öffentlichkeit herbeiführen kann. Und obwohl sich nach dem Handbuch das richtige Denken selbst gegen Kritik wehrt, weist das Denken häufig in Wirklichkeit verschiedene Lücken, Ungenauigkeiten und Vieldeutigkeiten auf, und wenn sie während der Diskussion ans Tageslicht kommen, können sie noch durch das Richtige ersetzt werden. In diesem Zusammenhang ist zu sagen, dass das Parlament nicht nur die Entscheidungen gemeinsam trifft, sondern sie auch gemeinsam begründet.

Wenn die Entscheidung, durch Abstimmung oder nicht, getroffen wird, entsteht die Frage, die wiederum den Forschern der RCT bekannt ist, und zwar, ob diese Entscheidung im Hinblick auf die erwarteten Auswirkungen rational war. Streng genommen, sollte jedes Mal eine Simulation der Entscheidung unter Berücksichtigung der Nützlichkeit verschiedener Ergebnisse und der Wahrscheinlichkeit des Treffens dieser Entscheidungen durchgeführt werden. Auf diese Art und Weise analysiertes Treffen der Entscheidungen im Parlament würde sich der Prozedur der Rationalität vom quantitativen Charakter annähern und würde sich zum Programmieren eignen. Ein solches Modell wird in der Regel in Steuerdebatten realisiert, wenn die Redner die Kosten der einzelnen Entscheidungen darstellen. Die Erfahrung lehrt uns, dass wir sogar in diesen genau quantifizierten Fällen mit groben Schätzungen zu tun haben,

die sich selten bewahrheiteten, und das Risikoelement ist eindeutig zu groß. Auf der anderen Seite kann der Fehler bei der Voraussage groß sein, jedoch die Kosten der Enthaltung von der Entscheidung können noch höher sein als die aus der falschen Einschätzung entstandenen Kosten, wovon die Politiker, die diese schwierigen Entscheidungen jedes Jahr treffen müssen, generell intuitiv wissen. Das hier angeführte Beispiel und eine ganze Menge anderer Beispiele, die aus der täglichen Praxis aller Parlamente bekannt sind, die in Wirklichkeit die Entscheidungen treffen, führen zur Schlussfolgerung, dass die Rationalität des Treffens von Entscheidungen nur einen annähernd Charakter hat. Die Kritiker sagen, dass dies in diesem Falle nur ein abschreckender Begriff sei, der dabei helfen sollte, die Politiker und insbesondere die Öffentlichkeit zu überzeugen. Die Verteidiger der Rationalität könnten wiederum darauf hinweisen, dass sie uns trotz Unzuverlässigkeit und Schwächen ihrer Werkzeuge von der totalen Unvorhersehbarkeit entfernt und der Ordnung in Angelegenheiten des öffentlichen Lebens nähert.

Jetzt sollten wir die nächste Angelegenheit besprechen, und zwar die Anwendung der „Rationalität“ bei der Bestimmung der Ziele, d.h. das, was Max Weber als substantielle Rationalität nannte. Es wird von den Parlamenten gesprochen, dass sie der Bestimmung des Allgemeingutes dienen sollten, jedoch jeder weiß, wie umstritten diese Ansicht ist. Man könnte sagen, dass sich die Politik auf der Annahme stützt, dass es das Allgemeingut gibt. Ihr Inhalt ist jedoch nicht unumstritten, vor allem deswegen, weil die Mittel ebenfalls zu diesem Inhalt gehören. In dieser Situation sollte nur gesagt werden, dass das Allgemeingut das ist, was als Ergebnis einer gewissen Prozedur angenommen wird. Der Gedanke ist gar nicht so unwichtig, wenn sich hinter der Prozedur die Last der kommunikativen Rationalität schleppt.

Alle Zweifel, die wir erwähnt haben, führen zur Annahme eines gewissen Grundsatzes als ziemlich offensichtlicher Grundlage der parlamentarischen Rationalität. Es ist gerade wegen des Kriteriums der Repräsentation die Vielfalt also Heterogenität. Die parlamentarische Versammlung bilden nicht nur die unabhängigen Parlamentarier, die in einer komplizierten Relation zu den Parteien und Wählern stehen, darüber hinaus gibt es noch die Gesamtheit, ein Netz von Interaktionen, das all diese Menschen, die deshalb gewählt wurden, um ihr Volk zu repräsentieren, in ein Ganzes verbindet. Ich sage das nicht deswegen, um mich in die übrigens sehr interessanten und wichtigen Erwägungen über die innere Struktur des Parlaments zu vertiefen, sondern deswegen, um auf die Hauptmerkmale des Parlaments als Instrumente der Repräsentation des Volkes aufmerksam zu machen.

Bevor die Parlamente die Entscheidungen zu treffen begannen, erfüllten sie eine rein beratende Funktion. Guter Rat, Stellungen wichtiger Teile des sozialen Organismus, also der Länder und Stände, das war das, was das Parlament dem Herrscher anzubieten hatte. Die moderne Demokratie beginnt jedes Mal mit dem Aufstand des Parlaments gegen den legitimen Herrscher. Das Parlament will nicht nur raten, sondern auch davon entscheiden, dass seine Ansicht vom Herrscher zur Durchführung beschlossen wird. Es will von den öffentlichen Angelegenheiten des Landes entscheiden. Der Legitimität des Herrschers muss es seine Legitimität gegenüberstellen, welche die Gesamtbevölkerung ist. Wenn es die Meinung der Gesamtbevölkerung ausdrücken sollte, will es dann im Namen der Gesamtbevölkerung regieren.

Das Erlangen der Entscheidungsgewalt durch das Parlament bedeutet den Anfang des modernen Parlamentarismus. Sie sollte jedoch seine kommunikative Rolle nicht verdecken. Wenn das Thema der Bedeutung der Arbeiten in den Ausschüssen (Sartori) als grundlegender Form der parlamentarischen politischen Arbeit zutreffend aufgegriffen wird, dann sollte man sich auch über die mehrere Stunden, Monate und oft Jahre dauernden Gespräche über bestimmte Themen im Klaren sein, die von den Ausschussmitgliedern geführt werden. Ein Teil der Öffentlichkeit, der sich darin nicht auskennt, konzentriert seine Aufmerksamkeit lediglich auf die Abstimmung vorangehenden Debatten. Im Grunde genommen sind diese Debatten jedoch eher die Gelegenheit, die Ansicht, die bereits im Gange der Ausschussarbeiten formuliert wurde, zu begründen. Während dieser Debatten hoffen die Parteien nicht, die übrigen zu überzeugen, sondern begründen vor sich und vor Öffentlichkeit die durch eine Partei oder von einem einzelnen Parlamentarier genommene Stellung. Die zweite weniger sichtbare Seite der parlamentarischen Medaille sind die weniger formalisierten Diskussionen in den Ausschüssen unter Teilnahme der eingeladenen Experten und Vertreter anderer Staatsorgane sowie anderer bedeutender oder zusammenarbeitender Nichtregierungsorganisationen. In diesen Ausschüssen führt das nähere Vertrautmachen mit den besprochenen Problemen zum Anknüpfen freundschaftlicher Beziehungen zu den Vertretern der einzelnen Konkurrenzgruppierungen. Die Parteiperspektive wird von außen gebracht. Sie ist jedoch auch in hohem Maße von denen gebildet, die von den Sitzungen der parlamentarischen Ausschüssen zurückkommen. Während der Arbeiten werden ebenfalls unterschiedliche Kompromisse geschlossen, ohne die die Tätigkeit des Parlaments unmöglich wäre.

Das Typischste für die moderne Theorie des Parlamentarismus ist jedoch nicht die Verweigerung aller Kontakte zu den Wählern. Diese Theorie

formuliert in dem uns interessierenden Fragment durch die Bestimmung der notwendigen Bedingung das Geheimnis der Repräsentation, um feststellen zu können, dass das Prinzip der Repräsentation erfüllt ist. Diese Bedingung ist in der Formel von Hanna Pitkin zu finden, nach der der Vertreter auf solche Art und Weise handeln soll, dass, obwohl er unabhängig bleibt und seine Wähler handeln und beurteilen können, kommt es zwischen ihnen zu keinem Konflikt. Er ist verpflichtet in ihrem Interesse zu handeln, und dies bedeutet, dass er in der Regel (*normally*) in Konflikt mit ihren Wünschen nicht kommt (Pitkin, *The Concept of Representation* 1972:166).

Diese Idee setzt eine dynamische Beziehung zwischen der Wählerschaft und der Repräsentation voraus, und formuliert die Frage der Vertretung als das, was im Inneren der Gesellschaft abläuft. Sie liefert jedoch keinen universalen Schlüssel zur Lösung der mit der genauen Beurteilung der Repräsentation verbundenen praktischen Fragen. Man kann selbstverständlich beschreiben, wie das die Vertreter selbst tun. Das Weiterbestehen der individuellen oder kollektiven Repräsentation hängt vom positiven Ergebnis im zeitlich begrenzten Wahltest ab, der die Prüfung der Qualität dieser Repräsentation ist. Die Bewertungskriterien sind deswegen komplexer, weil die unerwarteten Änderungen, „Wahlrevolutionen“ weiterer, ausführlicherer Erläuterungen bedürfen.

Daraus ergibt sich die Vielzahl der Kriterien, wie zum Beispiel die soziographische Repräsentativität der Versammlung, die politische Übereinstimmung mit der Wählerschaft, das Erbringen von Dienstleistungen für Wähler. Jede dieser Kriterien erregt Zweifel, jedoch alle scheinen in sich einen Teil der Bindung zu haben, welche die Voraussetzung des demokratischen Systems ist.

Obwohl die demokratische Isomorphie der Versammlung mit der Gesellschaft den Geschmack der soziologischen Aberration hat, und außerdem erwartet niemand heutzutage, dass das Parlament die repräsentative Probe der Gesellschaft ist, werden manche Nicht- oder Überrepräsentationen doch ganz ernst für einen Nachteil der Vertretung gehalten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist dies insbesondere in bezug auf die Präsenz der Frauen im Parlament klar zu sehen. Viele demokratische Länder machten sich Mühe, die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern zu gewährleisten. Diese Frage verdeckt jedoch generell das größere Problem der Verschiedenheit der Repräsentanten. Wenn im allgemeinsten und deswegen sichersten Sinne dieses Wortes eine rationale Entscheidung diejenige ist, die möglichst unter vielen Aspekten auf dem öffentlichen Forum durchdiskutiert wurde, dann ist die Notwendigkeit der Bestrebung nach möglichst großer Vielfalt der

Standpunkte, des Wissens und der Erfahrungen offensichtlich. Aus dieser Sicht ist das Parlament, das ausschließlich aus greisen Männern mit Hochschulabschlüssen besteht, unter dem intellektuellen Aspekt viel ärmer als das Parlament, dem mindestens fünf ehemalige Putzfrauen, fünf Studenten, und dazu noch fünf Frauen mit Hochschulabschluss angehören. Die Heterogenität, von der die Rede ist, es gibt übrigens viele Arten, betrifft selbstverständlich die politischen Parteien, aber auch die Wahlbezirke, die in der Praxis, unabhängig von Reden von Edmund Burke, zumindest teilweise von den Repräsentanten, einschließlich der sie bewohnenden ethnischen Minderheiten, berücksichtigt werden. Das ist keine Isomorphie im Sinne der Widerspiegelung der Proportionen des Wohlstandes, der Ausbildung oder des Geschlechts. Das ist eine Isomorphie im besonderen Sinne der Erfahrungstypen und des Lebenswissens. Es geht nicht darum, um schlecht ausgebildete Menschen zu haben, sondern um Menschen zu haben, die in öffentlichen Angelegenheiten sehr gut ausgebildet sind. Jeder von ihnen sollte fähig sein, selbst bestmöglich zu begründen sowie die Begründung eines anderen zu bewerten. Gleichzeitig sollte die Verschiedenheit der parlamentarischen Gemeinschaft das Risiko der Dominanz eines Standpunktes bestmöglich verkleinern.

*Quod erat demonstrandum.* Die internationalen parlamentarischen Versammlungen sind eine genaue Realisierung des Dogmas des rationalen Parlamentarismus. In Zeiten, wenn das lokale „Allgemeingut“ zur gefährlichen Fiktion wird, welche die notwendige Zusammenarbeit auf der regionalen und globalen Ebene in Frage stellt, sind die internationalen parlamentarischen Versammlungen zum einen – ein in höherem Maße rationales Forum der kommunikativen Zusammenarbeit, also Forum der Diskussion; zum zweiten – auch wenn sie die Entscheidungen nicht gemeinsam treffen, übermitteln sie die Informationen den einzelnen nationalen und lokalen Foren auf solch eine Art und Weise, dass sie die Voraussetzungen für mehr rationales Treffen der Entscheidungen auf regionalen und globalen Ebene schaffen.

Wegen der großen Menge der Begriffe der Rationalität, wird der Verdacht erregt, dass es vernünftig wird, von den Stufen der Rationalität zu sprechen. Eine solche Abstufung könnte eine Grundlage für das rationale Treffen der praktischen Entscheidungen sein. Es gibt gewisse unverhältnismäßige Kriterien der Rationalität: Instrumentale und kommunikative Rationalität. Es scheint, dass sie voneinander abhängig sind. Um das öffentliche Interesse im Auge zu behalten, werden wir selbstverständlich den Funktionsbereich der Repräsentation als eine der Grundlagen für die Bewertung ansehen: Unter diesem Gesichtspunkt – je größere Reichweite der Versammlung (und dies

bedeutet auch die Koalition der nationalen oder regionalen Versammlungen), desto rationaler ist sie. Im Rahmen der Diskussionsfreiheit können in der Praxis verschiedene Stufen unterschieden werden. Auf die Thematik und Möglichkeit der Teilnahme an der Debatte werden verschiedene Einschränkungen auferlegt. Unter dem Aspekt der kommunikativen Rationalität sagen wir, dass je größer die Diskussionsfreiheit ist, (mit fehlender Ordnung nicht zu verwechseln, weil gerade Freiheit bedeutet, dass die Aussagen von zwei Personen, die vom Grund auf unterschiedliche Standpunkte vertreten, gleich lang dauern sollen), desto rationaler ist das Forum. Schließlich das dritte Kriterium ist das Treffen von richtigen Entscheidungen, als auch ihre Möglichkeit. Diese drei Kriterien sind unabhängig. Man kann sich zweierlei Versammlungen vorstellen: eine freie und effiziente Versammlung mit kleiner Repräsentation, oder eine Versammlung mit großer Repräsentation, die jedoch keine Entscheidungen trifft, und sich versammelt, um dem Willen der Zusammenarbeit Ausdruck zu geben. Es ist eine unter dem Aspekt des Allgemeingutes wichtige Tatsache, die jedoch über die Blanketterklärung nicht hinausgeht. Die Bemerkung über die Unabhängigkeit der Kriterien sollte uns dafür sensibilisieren, solche Versammlungen zu schätzen, die zwar kein Mandat für die gemeinsamen Entscheidungen haben, jedoch dem gemeinsamen Dialog dienen.

## Bibliographie

- Jacek Kurczewski, *Posłowie i opinia publiczna*, Warszawa, 1999.  
Chaim Perelman, Lucie Olbrechts-Tolteca, *Traité del'argumatation*, 1958.  
Hanna Pitkin, *The Concept of Represeantation*, University of California Press, Berkeley, 1972.  
Giovanni Sartori, *Representation: Representational Systems* w: David L. Sills, *International Encyclopedia of the Social Sciences*, t. 13, Macmillan and The Free Press, New York, 1968, s. 465-473.  
Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems*, Cambridge University Press, Cambridge 1976.  
Giovanni Sartori, *Theory of Democracy*[poln. Titel *Teoria demokracji*, PWN, Warszawa, 1995].



## PRÄSENTATION VON GUY LINDSTRÖM

### Übernationale und interparlamentarische Versammlungen

des stellvertretenden Direktors des Internationalen Büros  
im Finnischen Parlament  
während der Konferenz des EZPWD in Warschau  
am 8. und 9. Mai 2006

Guy Lindström, zastępca dyrektora Departamentu  
Międzynarodowego, Parlament Finlandii

[guy.lindstrom@parliament.fi](mailto:guy.lindstrom@parliament.fi)

**ASEM** – Asien-Europa-Treffen, das erste Treffen fand 1996  
in Bangkok statt.

**ASEP** – Parlamentarische Partnerschaft Asien-Europa,  
das erste Treffen fand 1996 in Straßburg statt.

2006, im zehnten Jahr der Zusammenarbeit, tagten die beiden  
Gruppen in Helsinki.

## Mission

- ◆ Gründung eines Forums für den auf hoher Ebene stattfindenden Dialog zwischen Asien und Europa
- ◆ Ähnliche Foren gibt es bereits im Rahmen der transatlantischen Beziehungen und im pazifischen Raum
- ◆ Schließen der Lücke in der internationalen dreieckigen Wirtschaftsstruktur
- ◆ Normalisierung der Beziehungen zwischen Amerika, Europa und Ostasien

Die ASEP bildet die parlamentarische Dimension

## Mitgliedschaft

- ◆ Europäische Kommission / Europäisches Parlament
- ◆ 25 EU-Mitgliedstaaten
- ◆ ASEAN + 3 (Brunei, Burma, Kambodscha, China, Indonesien, Japan, Malaysia, Philippinen, Korea, Laos, Singapur, Thailand, Vietnam)

Brunei und Burma haben in der ASEP einen Beobachterstatus.

An richtiger Stelle,  
um sich mit den globalen Fragen zu befassen

- ◆ 40 Prozent der Weltbevölkerung
- ◆ 50 Prozent des Weltbruttoinlandsprodukts
- ◆ 60 Prozent des Handels

Asien hat einen Anteil von 20 Prozent am EU-Export und einen Anteil von 25 Prozent am weltweiten Handelsverkehr

Am 4. und 5. Mai 2006 in Helsinki

- ◆ analysierte die ASEP den Fortschritt in der Zusammenarbeit zwischen Asien und Europa, der in den letzten 10 Jahren gemacht wurde
- ◆ machte sich die ASEP mit der an der Universität in Helsinki und im Japanischen Zentrum für Internationalen Austausch erstellten Studie vertraut
- ◆ wurden spezielle Diskussionen über Klimaänderungen und kulturelle Zusammenarbeit geführt
- ◆ wurde die offizielle Geschäftsordnung der ASEP angenommen
- ◆ wurde die Erklärung der ASEP angenommen

## Neue formale Struktur

- ◆ Schlüsselrolle des Gastgeberlandes
- ◆ Treffen alle zwei Jahre
- ◆ Dasselbe Gastgeberland für die ASEP und das ASEM (wenn das möglich ist)
- ◆ Direkte Verbindung zwischen den beiden Körperschaften (noch unklar in welcher Form; Finnland hofft, dass ein Präjudiz geschaffen wird)
- ◆ Gleichgewicht zwischen den Partnern aus Asien und Europa – Ko-Vorsitz, Redner, Berichterstatter

- ◆ In Helsinki waren fast alle Länder anwesend (ca. 160 Teilnehmer)
- ◆ Hauptsächlich Parlamentarier, kleine Anzahl von Vertretern der Nichtregierungsorganisationen oder anderer Gruppierungen
- ◆ Begrenzte Dauer des Treffens (Treffen dauerte eigentlich einen Nachmittag und einen ganzen Tag)
- ◆ Treffen wurde vom Präsidenten geleitet

## Neue Geschäftsordnung

- ◆ Mitglieder sind grundsätzlich die nationalen Parlamente aller Mitgliedstaaten des ASEM und das Europäische Parlament
- ◆ Die im Kontext des ASEM besprochene Erweiterung; Gleichgewicht zwischen Asien und Europa ist eine wichtige Frage für die Asiaten
- ◆ Regeln, nach denen die Teilnehmer eingeladen werden, die Tagesordnung angenommen und an den Erklärungen gearbeitet wird, sind klar bestimmt
- ◆ Beobachter außerhalb der Mitgliedstaaten
- ◆ Entscheidungen werden auf dem Wege des Konsenses angenommen
- ◆ Land, welches das Treffen veranstaltet, stellt das Sekretariat zur Verfügung
- ◆ Delegationen decken selbst ihre Ausgaben
- ◆ Englisch als einzige offizielle Sprache des Treffens. Delegationen können, falls nötig, für ihren persönlichen Bedarf einen Dolmetscher beauftragen
- ◆ Der Bericht wird vom Gastgeberland abgefasst

## Erklärung der ASEP aus dem Jahr 2006

- ◆ Mehrseitige Zusammenarbeit und starke internationale Organisationen
- ◆ Wirtschaftspartnerschaft ASEM
- ◆ Sicherheit
- ◆ Ermunterung des ASEM-Gipfels, damit er eine Erklärung über Klimaänderungen vorbereitet
- ◆ Bildung und Mobilität
- ◆ Rolle der Nichtregierungsorganisationen in der Bürgergesellschaft im interkulturellen Dialog
- ◆ Initiative, die den Studentenaustausch zwischen den Universitäten in Europa und Asien fördert
- ◆ Erklärung, die am ASEM-Gipfel am 10. und 11. September 2006 in Helsinki präsentiert wurde

## Prioritäten des ASEM für das Jahr 2006

- ◆ Stärkung der Mehrseitigkeit und Aufgreifen der mit der Sicherheitsbedrohung verbundenen Fragen
- ◆ Nachhaltige Entwicklung einschließlich der Fragen, die den Umweltschutz und die Energiesicherheit betreffen
- ◆ Interkultureller und interzivilisatorischer Dialog
- ◆ Globalisierung und Konkurrenz
- ◆ Erweiterung: um Bulgarien? Rumänien? asiatische Länder?

## ASEM / ASEP 2008

- ◆ China
- ◆ Gewinnt dieser Prozess an politischer Relevanz?
- ◆ Mehr Informationen unter [www.asep4.fi](http://www.asep4.fi)

## Nord-Süd-Zusammenarbeit – *Global North-South*

- ◆ Parlamentarisches Netzwerk der Weltbank
- ◆ Gründung im Jahre 2000
- ◆ In Frankreich registrierte Vereinigung, individuelle Mitgliedschaft
- ◆ 800 Parlamentarier aus 110 Ländern

## Prioritäten des Parlamentarischen Netzwerks der Weltbank

- ◆ Förderung und Verantwortung
- ◆ Frühzeitiges Engagement der Parlamente für die Strategien der Armutsbekämpfung
- ◆ Sicherung der frühzeitigen Einbeziehung in die Politik der Weltbank
- ◆ HIV- / AIDS-Frage
- ◆ Internationaler Handel

## Tätigkeit des Parlamentarischen Netzwerks der Weltbank

- ◆ Alljährliche Konferenz, Helsinki, Oktober 2005
- ◆ Direktkontakte zwischen den Parlamentariern und dem Präsidenten der Weltbank und der Leitung des Internationalen Währungsfonds
- ◆ Seminare über die mit der Entwicklung verbundenen Themen
- ◆ Implementierung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Parlamentarier
- ◆ Parlamentarier vor Ort
- ◆ Regionale Angelegenheiten



PROF. ARTUR NOWAK-FAR

Hochschule für Wirtschaftslehre, Lehrstuhl für Europarecht  
[artur.nowak-far@sgh.waw.pl](mailto:artur.nowak-far@sgh.waw.pl)

## Die Rationalisierung der internationalen Zusammenarbeit der Parlamente

### Differenzierung von Formen der internationalen Zusammenarbeit der Parlamente

Eine der Erscheinungen, die dem gegenwärtigen *governance* den Ton angeben, ist eine sehr umfassende internationale Zusammenarbeit von Staaten. Sie zeugt von immer größerem Verständnis der Notwendigkeit der politischen Zusammenarbeit, die immer größere gegenseitige Abhängigkeit der Staaten der Welt sowie immer häufiger sichtbares Bedürfnis nach der Absprache von getroffenen Entscheidungen und Tätigkeiten widerspiegelt. Eine folgendermaßen ausgebauten Zusammenarbeit betrifft auch die nationalen Parlamente, die als aktive Teilnehmer der internationalen Politik auftreten.

Die Zusammenarbeit von den nationalen Parlamenten ist eine der interessanteren Formen der internationalen Kooperation. Besonders interessant jedoch ist die Zusammenarbeit von den Parlamenten der europäischen Staaten, die seit dem Ende der 80er Jahre an Stärke und Ausmaß zunimmt<sup>1</sup>. In ihrem Fall ist sie umso umfassender und differenzierter, dass sie in den institutionellen Rahmen eingeordnet wird, der in einem äußerst differenzierten Netz der internationalen Organisationen funktioniert. Die europäischen Parlamente haben sowohl an der Zusammenarbeit von einer *par excellence* internationalen Reichweite, als auch an solcher Zusammenarbeit, die regional entwickelt wird: Im Rahmen des Europarates, der Europäischen Union selbst sowie subregional, teil. Das Ergebnis ihrer Aktivität ist ein

<sup>1</sup> Siehe A. Maurer, *Parlamenty narodowe po Amsterdamie: adaptacja, dostosowanie skali oraz sukcesywna europeizacja*, in: J. Barcz, S. Puzyna (Hrsg.), *Rola parlamentów narodowych w perspektywie poszerzenia Unii Europejskiej oraz Konferencji Międzyrządowej 2004*, Kanzlei des Senats der Republik Polen, Warschau 2002, S. 172–173.

umfangreiches und differenziertes Netz der funktionalen Verbindungen, das dem Wachstum der Demokratie (und dadurch der Legitimität) des Prozesses des Entscheidungstreffens auf diesen unterschiedlichen Foren dient.

Im organisatorischen Ausmaß bilden unterschiedliche Foren der Zusammenarbeit von den Parlamenten eine Struktur, die schwierig entsprechend zu behandeln ist, sowohl aus Sicht der theoretischen Analyse als auch der Formulierung von richtigen Regeln der praktischen Ausnutzung der Möglichkeiten, die ihr Netz den nationalen Parlamenten schafft. Das bedeutet insbesondere, dass aus Sicht der an dieser Zusammenarbeit teilnehmenden Staaten die Teilnahme an ihr auch nicht einfach in irgendeinem Management ist.

Die oben erwähnten Foren haben unterschiedliche Funktionen. Unterschiedlich sind also ihr Handlungsumfang und ihre politischen Ambitionen, die in ihrem Rahmen realisiert werden können. Auch die Operationsformel und Formen ihres Funktionierens lassen erhebliche Unterschiedlichkeit erkennen, indem sie Gestalt von offiziellen Konferenzen oder Treffen von einem eher inoffiziellen Organisationsrahmen annehmen. Die europäischen Parlamente sind also auf unterschiedlichen Foren repräsentiert, die ihre Vorsitzenden, Mitglieder ihrer speziellen Ausschüsse sowie Gremien in breiterer Form ihrer Repräsentation versammeln. Unter dem Gesichtspunkt ihrer in der Mission bestimmten Reichweite unterscheidet man darunter:

(a) Gremien, die sich mit den internationalen Verhältnissen im weitesten Spektrum befassen – dazu gehört z.B. Interparlamentarische Union (*Interparliamentary Union*);

(b) Gremien der parlamentarischen Repräsentation von Vertragsstaaten der internationalen Organisationen – dazu gehören z.B. die Nordatlantische Versammlung, die im Rahmen der NATO funktioniert, Parlamentarische Versammlung des Europarates sowie OSZE;

(c) Gremien der bilateralen oder vielseitigen regionalen interparlamentarischen Zusammenarbeit in Europa im Rahmen, der über die Europäische Union hinausgeht – zu dieser Gruppe gehören z.B. die Ukrainisch-Polnische Interparlamentarische Versammlung und Ostseeparlamentarierkonferenz, sowie Gremien, die nur für EU-Mitgliedstaaten oder für diejenigen Staaten, für die das Kriterium der EU-Mitgliedschaft, aus Sicht der EU, auf irgendeine Art irrelevant ist, offen sind – eine solche Körperschaft ist z.B. Beneluxrat;

(d) Gremien, die die einzelnen Aspekte der Außenpolitik der Europäischen Union realisieren.

Überwiegende Mehrheit der Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit ist, in der engeren Bedeutung des Wortes, kein Entscheidungsorgan der internationalen Organisationen. Ihre Formel ist vor allem beratend.<sup>2</sup> Ihre gemeinsame allgemeine Mission ist jedoch, wie es in seinem Auftritt auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union (*Conference of Speakers of the EU Parliaments*) am 6. und 7. Mai 2005 in Budapest der Vorsitzende des Bundestags, Wolfgang Thierse, ausdrückte<sup>3</sup>:

„Erstens, Verbreitung und Unterstützung von relevanten Zielen der intergouvernementalen Organisationen gegenüber den nationalen Parlamenten und Gesellschaften [*general public*] und, wenn es notwendig ist, Kontrolle des Beachtens von fundamentalen Regeln jeder von diesen Organisationen. Zweitens bilden sie auch Diskussionsforen, wo sich die Parlamentarier für den Austausch von Erfahrungen in vielen Bereichen der Politik einsetzen können. Sie vereinfachen dadurch bessere Kontrolle von Arbeiten der Regierungen“.

Diese allgemeinen Aufgaben von Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit sind nicht nur im differenzierten institutionellen Rahmen realisiert. In ihrem Rahmen gibt es eine natürliche thematische Differenzierung von den unternommenen Initiativen, Arten des Entscheidungstreffens, Formen ihrer funktionalen Realisierung sowie Methoden der Verwaltung. Gleichzeitig führen diese Differenzierung und wahrscheinlich große Effektivitätsunterschiede, bei Missionen, die doch in politischen Kategorien formuliert werden, und bei Mangel in diesem Fall des Marktmechanismus der Eliminierung von schwachen Organisationen, in einer so differenzierten Gruppe zu einem entsprechend schnellen Verschwinden von Foren, die keine Erfordernisse dieser Effektivität erfüllen, nicht. Das führt manchmal zur Kritik dieser Organisationen.

---

<sup>2</sup> H. G. Schermers, N. M. Blokker, *International Institutional Law*, Martinus Nijhoff Publishers, Boston 2003, S. 584–588.

<sup>3</sup> Rede von Wolfgang Thierse, des Vorsitzenden des Bundestags *Rationalisation of Cooperation in Inter-Parliamentary Assemblies* auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Europäischen Union am 6. und 7. Mai 2005 in Budapest.

## Vorteile und Kosten des Funktionierens des Systems von den Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit

Vorteile und Kosten des Funktionierens von den Foren der interparlamentarischen Repräsentation sind schwer erfassbar. Auch ihre Generalisierung bereitet Schwierigkeiten. Trotzdem scheint es begründet zu sein, dass, wenn diese Gremien „für bestimmte Vorteile“ gegründet wurden, dann mussten diese Vorteile bekannt sein. Der Hauptvorteil in solcher Formulierung ist die Ausübung von ihnen folgender Funktionen:

(a) Funktion der Brücke zwischen der Organisationen, im Rahmen deren die interparlamentarischen Foren arbeiten, und den nationalen Parlamenten und Gesellschaften, was Thierse exemplifiziert als „Verbreitung und Unterstützung von Zielen“ dieser Organisationen identifiziert, im Rahmen deren diese Foren funktionieren, gegenüber den nationalen Parlamenten und Gesellschaften von einzelnen Staaten, die durch parlamentarische Delegationen repräsentiert werden;

(b) Funktion des Mechanismus der Legitimierung und Verbreitung von Grundregeln, die durch die Organisationen realisiert werden, in Rahmen deren interparlamentarische Foren funktionieren, wobei sich der Mechanismus mit irgendwelchen Bewertungs- und Kontrollmitteln des Beachtens dieser Regel bedienen kann, sowie mindestens der Initiierung der politischen Konsumption ihrer Ergebnisse;

(c) Funktion einer mehr oder weniger strukturierten (sowohl thematisch als auch organisatorisch) Plattform für den Austausch von den parlamentarischen Erfahrungen, die unter einen umfangreicheren Prozess sog. *policy transfer*, d.h. Veröffentlichung von bestimmten Politikrichtungen und Regeln ihrer Ausführung, fällt.<sup>4</sup>

Realisierung von diesen Funktionen verursacht Verwirklichung von weiteren und möglicherweise mehr bedeutsamen Zielen, welche die Vergrößerung der Durchsichtigkeit, des gegenseitigen Vertrauens und der demokratischen Legitimierung der Organisation, im Rahmen deren die interparlamentarischen Foren funktionieren, sowie das Schaffen von den Kanälen, die gute parlamentarische und im allgemeinen institutionelle Praktiken veröffentlichen, sind.

---

<sup>4</sup> Was manchmal auch als die „Förderung der Konvergenz“ genannt wird. Siehe z.B. A-M. Slaughter, *The Power and Legitimacy of Government Networks*, in: S. Stern, E. Seligmann (eds.), *The Partnership Principle: New Form of Governance in the 21st Century*, Archetype Publications, London 2004, S. 29.

Gleichzeitig lässt sich bemerken, dass mit dem Funktionieren von den Foren der interparlamentarischen Repräsentation auch wesentliche Nachteile verbunden sind. Dazu gehören insbesondere:

(a) Das Risiko der übermäßigen Verslossenheit des Funktionierens (die sich im Mangel an festen und genug effektiven Strukturen der Zusammenarbeit erkennen lässt) oder – auf der zweiten Stelle – das Risiko der übermäßigen Gleichförmigkeit, was sich in einer weitgehenden Formalisierung und Bürokratisierung zeigen würde;

(b) Das Risiko der Zergliederung oder Verworrenheit der Tätigkeit, deren Folge ist, dass diese Tätigkeit im Übermaß unternommen wird, der über das hinausgeht, was den Bedürfnissen adäquat ist, oder, der die Entstehung von Schwierigkeiten bei der Bestimmung von politischen Prioritäten verursacht, die sich nicht bewältigen lassen.

In der holistischen Sichtweise entsteht zusätzlich ein Problem der geeigneten Koordinierung der Tätigkeit von den einzelnen Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Es ist nicht erwartet, dass die Zusammenarbeit immer eine komplette und kohärente Karte von Initiativen und Foren bildet. Andererseits jedoch kann man sich wünschen, dass diese Initiativen und Foren irgendwie koordiniert werden: Überlagerung von Aufgabenbereichen und eine daraus resultierende Möglichkeit der Entstehung als Folge dieser Erscheinung von Konkurrenz und Konflikten dienen der Realisierung von sinnvollen Aufgaben, wozu die einzelnen Foren berufen wurden, nicht. Deswegen erscheinen vor diesem Hintergrund Vorschläge der Einführung einer klareren Demarkation von diesen Kompetenzen.<sup>5</sup> Es ist ein umso wesentliches Bedürfnis, dass man die Vergrößerung des Umfangs des Interesses von den einzelnen Gremien, sowie die Vergrößerung ihrer Zahl vorhersehen kann.

Andererseits darf man nicht vergessen, dass die Teilnahme an den einzelnen von diesen Foren nur in Ausnahmefällen verbindlich ist. Auch die Formel der Teilnahme an ihnen kann in bezug auf das internationale Recht durch die Staaten differenziert werden, indem sie von der Formel des Beobachters bis zur vollen (und physisch aktiven) Mitgliedschaft übergehen. Auch die Intensität der Teilnahme (gemessen z.B. mit der Zahl und dem thematischen Rang der Treffen) kann unterschiedlich sein. In den meisten Fällen bildet die Unterschiedlichkeit von Foren und Formeln der Teilnahme an ihnen ein bestimmtes politisches Angebot, das durch den Staat ausgenutzt oder nicht ausgenutzt werden kann. Genau aus diesem Grund sind Wahlen von

---

<sup>5</sup> Siehe Auftritt von Thierse.

Mitgliedsstaaten im Hauptumfang eher rational, deswegen die Untersuchung der Zufriedenheit aus der Teilnahme an den einzelnen Gremien, die aus Initiative von Thierse durchgeführt wurde (sie wurde in seinem Auftritt zitiert) weist auf allgemeine Zufriedenheit hin – wobei Vorschläge der Veränderung sind eher in bezug auf die Missionen der Organisation selbst, und nicht auf die technischen Aspekte ihres Funktionierens formuliert. Diese Positionen wurden sogar zu den Vorschlägen der Koordinierung von Aufgaben abgefasst (sie wurden auf den Europarat und die OSZE bezogen).

Unter dem Gesichtspunkt der Wahl, die vor den Staaten in diesem Umfang steht, sowie der Möglichkeit der Ausnutzung von Vorteilen, die aus der Teilnahme an verschiedenen Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit resultieren, kommen folgende Erscheinungen zum Ausdruck:

(a) erhebliche institutionelle und prozedurale „Intensität“, die sich durch viele Entscheidungsgremien und Mangel an deutlichen Grenzen, die ihre Kompetenzen in der gegenseitigen Relation bestimmen, ausdrückt,

(b) ein unterschiedlicher Grad der tatsächlichen Kontrolle der Mitglieder von diesen Gremien in bezug auf Bestimmung von detaillierten Bereichen und Terminplänen ihrer Arbeiten,

(c) eine erhebliche Differenzierung des Tempos von Änderungen von diesen Bereichen und Terminplänen,

(d) eine Schwäche oder sogar ein Mangel an koordinierenden Formeln zwischen einzelnen Gremien,

(e) eine große Wahrscheinlichkeit der Entstehung der Erscheinung von organisatorischer Nichtanpassung unter den Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit und an ihnen teilnehmenden Parlamenten, was auch aus der Differenzierung von parlamentarischen Strukturen sowie aus Kompetenzen von den nationalen Parlamenten resultiert.

Die Ausnutzung der Vorteile aus der Teilnahme an den unterschiedlichen Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit in diesen Bedingungen lässt eine offensichtliche Frage nicht nur nach dem Umfang der Verantwortung des einzelnen Forums für richtiges Funktionieren, sondern auch nach der Verantwortung von seinen einzelnen Mitgliedern für das Geben ihm einer möglichst sinnvollen Gestalt entstehen. Verantwortung dieser Art ist eben die Verantwortung für den Sinn des ganzen Netzes von Gremien der Zusammenarbeit, an denen das bestimmte nationale Parlament teilnimmt.

## Bewertungskriterien der Nützlichkeit von den Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit

Vor dem Hintergrund der bestehenden Vorteile und Kosten des Funktionierens von interparlamentarischen Foren der Zusammenarbeit entsteht die Hauptfrage nach den Bewertungskriterien von ihnen aus unterschiedlichen Sichten. Gegenwärtig betrifft diese Frage am meisten ihre Rationalität, was aber eine vieldeutige Kategorie ist. In einer ihren Auffassungen sollte man überprüfen, ob das bestimmte Forum die auf ihn gesetzten und in seiner Mission ausgedrückten Erwartungen richtig erfüllt. Aus der Sicht des eventuellen Ziels der Sicherung der Systemrationalisierung dieser Art ist eine Bewertung nicht erforderlich, sie stützt sich nämlich auf sehr subjektive Kriterien der politischen Natur, das bestimmte Forum wird aus solcher Sicht gut bewertet, wenn es eine richtige (d.h. gut funktionierte und überzeugende) unter dem Gesichtspunkt der politischen Ziele Plattform der Bestimmung von Einstellungen und der Programmierung von gemeinsamen Tätigkeiten ist. Solch ein nach den wirtschaftlichen Kategorien (genau in der Theorie der Spiele, die sich auf bekannte Zahl der Teilnehmer bezieht) gemessenes Ergebnis würde Möglichkeit des Erzielens von Vorteilen durch alle Teilnehmer des Spiels im Rahmen des in Bedingungen des Bestehens möglichen Forums der Zusammenarbeit der Mitwirkung betreffen (wobei wäre es dann selbstverständlich, dass diese Vorteile in den Bedingungen des Kooperationsmangels das Ergebnis des Spiels überhöhen).<sup>6</sup>

Zurzeit konzentriert sich die Rationalisierung des Funktionierens von diesen Gremien der interparlamentarischen Zusammenarbeit betreffende Diskussion auf Bewertung Effektivität des ganzen Systems von den unterschiedlichen Foren solch einer Zusammenarbeit sowie auf Kosten ihrer Unterstützung durch die nationalen Parlamente. In diesem Kontext entstehen Zerrissenheiten, welche Bewertungskriterien gewählt werden sollten, damit die Bewertung in diesem Umfang möglichst adäquat wäre.

Hauptkriterien, die in diesem Umfang einfallen, beziehen sich auf die Effektivität, die nach den Kategorien der technischen Rationalität gemessen wird<sup>7</sup>, d.h. Effektivität und Effizienz, die insbesondere im Vergleich der Ergebnisse der Tätigkeit mit den Aufwendungen für die Erzielung von diesen Ergebnissen gemessen werden (also mit den Transaktionskosten). Eine

---

<sup>6</sup> Siehe z.B. M. J. Osborne, *An Introduction to Game Theory*, Oxford University Press, Oxford 2004, S. 13–52, 419–449 und R. Axelrod, *The Evaluation of Cooperation*, Basic Books, New York 1984, S. 109–144.

<sup>7</sup> J. D. Thompson, *Organizations in Action*, McGraw-Hill, New York 1967, S. 14–15.

Auffassung dieser Art wurde teilweise in der aus der Initiative von Folketing durchgeführten Untersuchung angewandt, deren Ergebnisse am 2. Februar 2006 dargestellt wurden.<sup>8</sup> In dieser Untersuchung wurden unter anderen Zeit- und Personenaufwand von den ausgewählten Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit gemessen. Obwohl diese Untersuchung sehr wertvoll unter dem Gesichtspunkt der Erkennung dieses Problems war, lies und lässt sie die Durchführung der Bewertung nicht, die sich auf das Messen von Vorteilen und Kosten der Teilnahme der Parlamente an diesen Gremien stützt. Die Vorteile wurden in dieser Untersuchung mit den Kosten nicht verglichen. Auch die Kosten wurden dort ziemlich eng behandelt. Die Untersuchung von Folketing, obwohl sie eine mögliche Richtung für künftige Analysen zeigte, ermöglichte jedoch keine komplette Bewertung der Effektivität des Funktionierens von den durch sie umfassten Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Damit die Untersuchung zu diesem Zweck nützlich wäre, müsste sie die aus den einzelnen Treffen im Rahmen der überprüften Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit resultierenden Vorteile messen und die Wahrscheinlichkeit der künftigen Vorteile berücksichtigen. Hier ist jedoch Bewertung ganz unmöglich, denn sie bräuchte mindestens:

(a) die Anwendung der Bewertung von einzelnen, als Folge von bestimmten Treffen in bestimmtem Zeitabschnitt getroffenen Entscheidungen, was wesentliche Schwierigkeiten der technischen und politischen Natur (darunter die auf die Wahl eines richtigen Maßstabs des Werts der Entscheidung bezogenen Schwierigkeiten) bereitet;

(b) das Umfassen mit der Bewertung der erzielbaren künftigen Vorteile, die beispielsweise aus dem Gewinnen eines effektiven Kanals des Austauschs von Meinungen, Wissen und Erfahrungen resultieren (was wiederum die Bestimmung der Wahrscheinlichkeit des Erzielens von Vorteilen auch erfordern würde).

Da die Einholung von Informationen dieser Art sehr schwierig ist und wird, selbst wenn ausführbar, werden Versuche der Anwendung dieses Verfahrens mit einem wahrscheinlichen Fehler belastet, der sich aus der Notwendigkeit des Ausnutzens von subjektiver Bewertung ergibt. Man sollte eher Kriterien der Systembewertung formulieren, die auf der Identifikation der richtigen, für effektiv funktionierende mehrteilige Organisationssysteme formulierten Praktiken beruht. Solche Auffassung würde Betrachtung von allen

---

<sup>8</sup> Siehe Note prepared by the Danish Presidency for the meeting of the Working Group convened by the Speakers of the EU Parliaments on the question of the rationalization of European interparliamentary organizations.



bestehenden und erst entstehenden Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit als ein System erzwingen, von dem man eine (irgendwie aufgefassten) Rationalität der Tätigkeit erwartet. Damit dieses System tatsächlich diese Hauptanforderung erfüllt, muss es innerlich koordiniert sein. Seine innere Koordinierung beruht auf:

(a) der Bestimmung des Umfangs der Übereinstimmung und Konkurrenzfähigkeit von seinen einzelnen Bestandteilen,

(b) der Feststellung von eventuellen Abhängigkeiten der Tätigkeiten zwischen einzelnen Bestandteilen.

Nach der Ausführung dieser Tätigkeiten sollte man zusätzlich:

(a) bestehende und zur Bestimmung notwendige Bereiche des Mitwirkens von einzelnen Gremien der interparlamentarischen Zusammenarbeit identifizieren, die zusätzlich auf der Bestimmung des Wesens dieses Mitwirkens beruhen,

(b) Möglichkeit der Anwendung von Hauptmethoden der Koordinierung identifizieren.

Die Ausführung dieser tiefgründigen detaillierten Bewertung würde eine Formulierung von qualitativ besseren Schlussfolgerungen ermöglichen, die das betreffen, wie man das bestehende System der interparlamentarischen Zusammenarbeit reformieren kann. Es ist bemerkenswert, dass Elemente dieser Analyse teilweise schon angewandt oder empfohlen werden (beispielsweise in den in dieser Bearbeitung zitierten Dokumenten).

### Bestimmung des Umfangs der Übereinstimmung und Konkurrenzfähigkeit von den einzelnen Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit

Im Moment, wenn es bewertet wird, ob die Teilnahme eines bestimmten nationalen Parlaments an den interparlamentarischen Foren der Zusammenarbeit rationalisiert ist, sollte man vor allem die eventuelle Übereinstimmung oder Konkurrenzfähigkeit der Missionen von diesen Foren überprüfen. Es ist nur eine Hauptbewertung, deswegen ist es nicht immer sinnvoll, eventuelle Überschneidungsbereiche von diesen Missionen zu eliminieren, denn es bedeutet einen tief greifenden politischen Eingriff in die Handlungsweise eines bestimmten Forums. Wenn es keine solche Möglichkeit gibt, oder wenn sie aus irgendwelchen Gründen nicht berücksichtigt werden kann, dann muss das Parlament entscheiden, mit der Teilnahme an welchen

Gremien, die nicht zusammenhängenden (inkompatiblen) Missionen haben, sollte es aufhören. Man darf jedoch nicht vergessen, dass die typischste Situation ist, wenn sogar die einzelnen Parlamente eine gewisse Möglichkeit des Erzwingens der Änderung von Richtungen und Formen der Tätigkeit von den einzelnen Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit haben.

Im Falle der Analyse der Übereinstimmung oder Rivalität in der Tätigkeit von den interparlamentarischen Gremien sollten alle diese Gremien als ein System betrachtet werden. In einer solcher Auffassung, indem man das Funktionieren eines der Foren der Zusammenarbeit analysiert, sollte man andere Gremien, an denen Arbeiten die nationalen Parlamente teilnehmen, als seine so genannte Aufgabenumwelt (*task environment*) behandeln, in bezug auf welche Relationen der Zusammenarbeit und Konkurrenz überprüft werden. Diese Umwelt sollte ein Gegenstand einer tiefgründigen Analyse sein. Ein Hauptziel einer solchen Analyse wäre Feststellung, welche von den Zielen und Aufgaben der anderen Foren mit den Zielen und Aufgaben des Gremiums kompatibel sind, welche ein Bezugspunkt einer solchen Bewertung sind, und welche von ihnen sich überschneiden (und eventuell zueinander eine Konkurrenz bilden). Dort, wo sich Ziele und Aufgaben überschneiden, sollte eine weitere Bewertung durchgeführt werden, ob dadurch Bemühungen von zwei oder mehr Gremien verstärkt werden (so ist am meisten im Falle von Informationsaktionen und Werbungen, auch der unabhängig geführten, um die zusammen unternommenen Zieltätigkeiten nicht zu erwähnen), und welche sich gegenseitig abschwächen (z.B. durch das Ausnutzen von denselben organischen Ressourcen<sup>9</sup>). Auch dann, wenn eine Übereinstimmung von zwei oder mehr Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit festgestellt wird, sollte man bestimmen, worauf sie beruht. Die Feststellung der Übereinstimmung kann einfach ein Ermessen in sich bergen, dass zwei oder mehr Gremien in völlig unterschiedlichen Sphären funktionieren (das würde eine scheinbare Übereinstimmung bedeuten, die besser als „Mangel an irgendwelchen Relationen“ bezeichnet werden sollte) oder eine Identifizierung eines Bereiches einer gegenseitigen Ergänzung oder Abhängigkeit eines Gremiums von einem anderen. In einem solchen Fall reicht ausschließlich eine Bestätigung der Übereinstimmung von politischen Zielen nicht, unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung von Kosten des

---

<sup>9</sup> Wir haben in diesem Fall mit der sog. Abhängigkeit (*dependence*) zu tun, deren Folge, nach Thompson, Rivalität um die sich in der Aufgabenumwelt befindenden Ressourcen ist – in bezug auf Ausschüsse der interparlamentarischen Zusammenarbeit bedeutet es Rivalität um Ressourcen (darunter Zeit) von den an ihnen selbst teilnehmenden nationalen Parlamenten. Siehe J. D. Thompson, *op. cit.*, S. 30–31.

Funktionierens von Gremien der interparlamentarischen Zusammenarbeit, die als ein System behandelt werden, ist eine Identifizierung von größerer Bedeutung, worauf auch die operative Übereinstimmung beruht (im aktuellen Funktionieren). Eine so aufgefasste Übereinstimmung hat eine Gestalt des Netzes der Interdependenz (von dreierlei Art) der Tätigkeiten, die in jedem der mit der Analyse umfassten Gremien unternommen werden<sup>10</sup>:

(a) gepoolte Interdependenz (*pooled interdependence*), wo die Tätigkeiten die Qualität eines Prozesses verbessern, sie sind aber auf keine andere Art und Weise miteinander verbunden,

(b) sequentielle Interdependenz (*sequential interdependence*), wo die Tätigkeit im einem Gremium im Allgemeinen den Sinn des Unternehmens der Tätigkeit im zweiten Gremium bedingt,

(c) reziproke Interdependenz (*reciprocal interdependence*), wo das Erreichen eines Ziels durch ein Gremium direkt die Effektivität der in einem anderen Gremium unternommenen Tätigkeiten bedingt und umgekehrt, indem es dadurch zu einer strengen und systematischen Zusammenarbeit bringt (und gelegentlich über Möglichkeit der Überlegung der Verbindung von beiden Gremien in ein Forum entscheidet).

### Identifizierung der Möglichkeit der Anwendung von Koordinierungsmethoden

In der allgemeinsten Auffassung bedeutet die Koordinierung eine Einordnung oder Einlegung von irgendetwas (darunter von Gegenständen und Prozessen) in eine logische, unter dem Gesichtspunkt eines Rationalisierungsmodells der Realität, Ordnung gegenüber sich oder gegenüber dem System, dessen Teil dieses „irgendetwas“ ist. Eine charakteristische Eigenschaft eines solchen Verstehens der Koordinierung ist das, dass die Bewertung, ob sie besteht, und wenn ja, dann ob sie in wesentlichem Maße ausreichend ist, hängt davon ab, was eine Ganzheit ist, deren Teil ein oder mehr beobachteten Elementen sind.

Aus pur technischer Sicht sind die Koordinierungsmethoden (die in klassischen Bearbeitungen von March und Simon, und insbesondere Thompson<sup>11</sup> identifiziert sind) folgendermaßen:

---

<sup>10</sup> *Ebenda*, S. 54–55.

<sup>11</sup> Es geht um: J. G. March, H. A. Simon, *Organizations*, John Wiley, New York 1958, und insbesondere J. D. Thompson, *op. cit.*, S. 55–56.

(a) *Koordinierung durch Standardisierung*, die insbesondere darauf beruht, dass den Tätigkeiten die einzelnen Bestandteile des Systems von Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit, die aus Rücksicht auf Anforderungen des Kontextes der Routine bestimmt wurde, zugeteilt werden, und dass zu diesem System irgendwelche festen Regel der Tätigkeit in den sich wiederholenden Situationen eingeführt werden,

(b) *Koordinierung durch Plan*, die darauf beruht, dass allen wesentlichen Tätigkeiten in diesem System der räumlich-zeitliche Rahmen zugeteilt wird, und dass der Inhalt der gegenseitigen Relationen zwischen ihnen bestimmt wird,

(c) *Koordinierung durch gegenseitige Anpassung* (anders: durch Ausnutzung der Rückkopplung), die auf der Sicherung der Mechanismen von schneller Informationstransmission im Rahmen des oben erwähnten Systems von Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit beruht (was aus einem anderen Grund eine Notwendigkeit der Sicherung der entsprechenden Auswahl von diesen Informationen erzeugt).

Eine separate Anwendung von oben erwähnten Koordinierungsmethoden wäre keine richtige Lösung. Eine Hauptfunktion der Koordinierung durch Standardisierung ist nämlich die Ablenkung der „administrativen Aufmerksamkeit“ von den Routineangelegenheiten, die sich wiederholen oder die Eliminierung der übermäßigen, unnötigen in Hinsicht auf die Art des Funktionierens eines bestimmten Amtes (oder sogar des ganzen Verwaltungsapparates) Unterschiedlichkeit der Tätigkeiten. Auch zwei übrig gebliebenen Arten der Koordinierungsmethoden haben Teilziele, von welchen beispielsweise diese weniger ersichtlichen erwähnt werden sollten:

(a) *Koordinierung durch Plan* dient auch der Sicherung der Durchsichtigkeit und Vorausschbarkeit von Tätigkeiten der einzelnen Parlamente (im Kontext eines bestimmten Ausschusses) für seine eigenen Mitglieder und Partner,

(b) *Koordinierung durch gegenseitige Anpassung* dient auch der Beschränkung von versteckten Kosten, die sich aus den Zeitverlusten ergeben, die dann entstehen, wenn Vertreter von den Parlamenten in manchen Gremien nach Informationen suchen müssen, die jemand schon irgendwann während der Arbeit in einem anderen Gremium der interparlamentarischen Zusammenarbeit gewann.

Unter dem Gesichtspunkt von den interparlamentarischen Foren der Zusammenarbeit würde die Koordinierung durch Standardisierung eine Ausarbeitung von relativ einheitlichen Praktiken in allen Gremien erfordern, welche die Tätigkeit in den für die Sicherung von eventuellen Anpassungstätigkeiten in allen Bestandteilen des Systems von diesen Gremien

notwendigen Sphären betreffen. Das bedeutet, dass im Kontext ihres Funktionierens die Koordinierung durch Standardisierung und Koordinierung durch gegenseitige Anpassung (die vor allem durch einen angemessenen Durchfluss von Informationen erzielt wird) miteinander eng verbunden sind. In der Praxis hängen jedoch die politische Form und der politische Inhalt des Programms der einzelnen Foren der Zusammenarbeit von den nationalen Parlamenten ab, die an diesen Foren teilnehmen. Wenn die Möglichkeit der Kontrolle von diesen zwei Fragen (insbesondere jedoch vom Inhalt des Programms der Tätigkeit von einem bestimmten Gremium) genug groß ist, dann kann man in den Mechanismen des Informationsaustauschs innerhalb der einzelnen Parlamente den wesentlichsten Koordinierungsmechanismus erkennen. Die entsprechend informierten Mitglieder, die ihre Parlamente in einzelnen Gremien repräsentieren, werden sich nämlich um Entfernung aus den Programmen ihrer Tätigkeiten dieser Punkte bewerben können, mit welchen sich schon andere Gremien der interparlamentarischen Zusammenarbeit befassen.

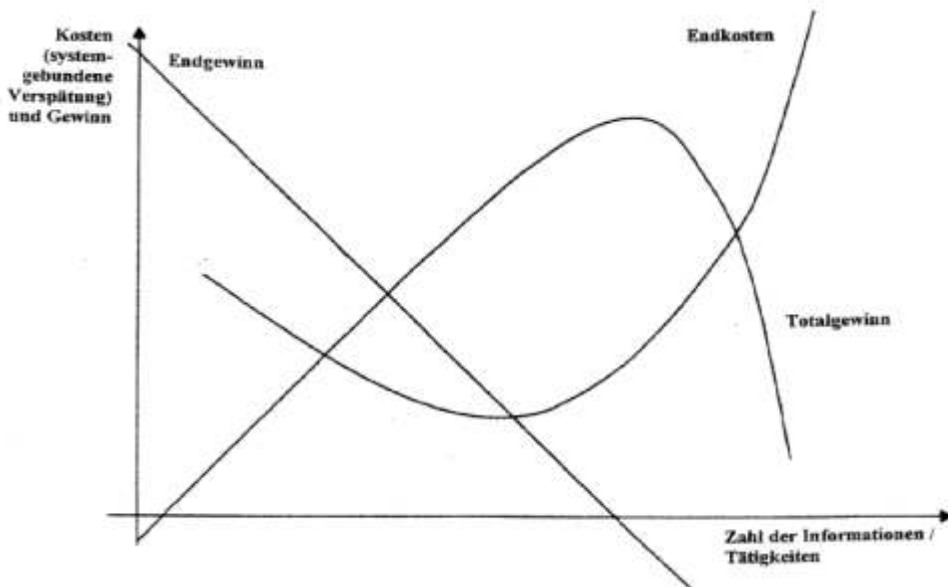
In bezug auf die konkrete Praxis der Koordinierung innerhalb der einzelnen Parlamente kann man auf die Möglichkeit der Ausnutzung von detaillierten bestimmten Methoden hinweisen, welche die Formung und Repräsentieren der nationalen Einstellungen erleichtern, und die gleichzeitig den Umfang der Rationalisierung der Tätigkeit, sowohl der einzelnen Bestandteile des Systems der interparlamentarischen Zusammenarbeit als auch des ganzen Systems, erhöhen. Man erwähnt hier insbesondere eher Methoden, welche die Koordinierung unterstützen und nicht der Kern von ihr sind: ein ausdrücklicher Vorbehalt von irgendwelchen Angelegenheiten ausschließlich für spezielle Organisationseinheiten der Verwaltungsdienst des Parlaments, Bestimmung von vielen Koordinierungszentren (was eine Gestalt der Delegierung von Koordinierungsaufgaben ist), Verbesserung vom Prozess der Vorbereitung der Teilnahme an einzelnen Foren, Einschränkung der Teilnahme an manchen Foren, Verbesserung des Informationsflusses innerhalb der Parlamente sowie Bestimmung und Veröffentlichung von allgemeinen Hauptrichtungen der Politik eines bestimmten Parlaments, die Maßstäbe für mehr konkretisierte Entscheidungen sind<sup>12</sup>.

---

<sup>12</sup> Adaptation der Formel in bezug auf Bearbeitung von H. Kassim, *Introduction*, in: H. Kassim, A. Menon, B. G. Peters, V. Wright (Hrsg.), *op. cit.*, S. 8.

## Problem der Rationalisierung des Systems

Auch aus der Argumentation von rein wirtschaftlichen Natur ergibt sich die Notwendigkeit der angemessenen Auswahl sowohl von Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit, an welchen die einzelnen Parlamente teilnehmen möchten, als auch von Informationen, die sie zum Zweck der Koordinierung verarbeiten müssten. Diese Argumentation erkennt in der interparlamentarischen Zusammenarbeit Systemvorteile (in Form der Realisierung von ihren Hauptzielen, die im zweiten Teil dieser Bearbeitung dargestellt wurden). Andererseits weist wirtschaftliche Ansicht darauf hin, dass eine solche vielseitige Teilnahme an großer Zahl der Foren der interparlamentarischen Zusammenarbeit (vergleichbar mit der erheblichen und differenzierten Aktivität von einzelnen Foren) muss zu den Koordinierungsschwierigkeiten führen – vor allem jedoch verursacht, dass sich die Nutzen einfach verringern müssen (es sei denn, samt dem Wachstum der Aktivität werden die Foren der Zusammenarbeit oder Parlamente die Größe der Ressourcen, die ausschließlich für Bedienung ihrer Aktivität im interparlamentarischen Bereich eingesetzt werden, entsprechend steigern). Man kann diese Abhängigkeit folgendermaßen darstellen:



**Zusammenhang zwischen Gewinn aus Informationen / Tätigkeiten und deren Zahl**

Die Zeichnung oben stellt das Hauptdilemma der Auswahl des Umfangs ihrer interparlamentarischen Zusammenarbeit in unterschiedlichen Foren durch die einzelnen Parlamente, sowie Auswahl der Zahl der in jedem Gremium dieser Zusammenarbeit unternommenen Initiativen dar. In dem Maße, wie der Umfang oder die Zahl wächst, steigen auch die daraus resultierenden allgemeinen Vorteile, sie verbinden sich aber mit den wachsenden Systemkosten (darunter Transaktionskosten – vor allem des Kennenlernens der im Rahmen der Zusammenarbeit entstehenden Informationen sowie ihrer Systemverarbeitung). Der Totalgewinn beginnt in dem Moment zu sinken, in welchem der Endgewinn schon Minuswerte nimmt, d.h. zusätzliche Informationen stören das ganze System und verhindern schon das richtige Funktionieren des Systems ihrer Verarbeitung. Es ist mit den von einer bestimmten Grenzzahl der Informationen wachsenden Grenzkosten (also mit den sich aus der Vergrößerung der Menge von übermittelten Informationen um noch eine ergebenden) ihrer Verarbeitung korreliert.

## Schlussfolgerungen

Das gegenwärtige System der interparlamentarischen Zusammenarbeit ist sehr kompliziert. In großem Maße wurde er auf dem Prinzip der Trägheit, in den Bedingungen des Mangels an der strukturellen Reflexion über ihr System gebildet. Das ist die Ursache eines immer stärker fühlbaren Bedürfnisses nach einer Reform dieses Systems auf solche Art und Weise, um Transaktionskosten ohne den Verlust von evidenten Vorteilen zu senken.

In der geplanten Reform müssen Änderungen zusammenlaufen, die das Funktionieren des Systems von den Gremien der interparlamentarischen Zusammenarbeit selbst, die einzelnen Bestandteile dieses Systems sowie die an diesen Foren der Zusammenarbeit teilnehmenden Parlamente selbst betreffen. Im Falle der nationalen Parlamente selbst sollte man für eine Verbesserung von Kanälen der inneren, die Arbeit in den einzelnen Gremien der Zusammenarbeit betreffenden Information, sorgen. In bezug auf die einzelnen Foren der Zusammenarbeit sollte man vor allem eine bessere Einschätzung der Vorrangigkeit von den Operationstätigkeiten sichern, wodurch sie ihre Missionen realisieren. Zusätzlich sollte man eine überflüssige Zergliederung von diesen Tätigkeiten oder Unanpassung ihrer Zahl an die Möglichkeiten ihrer Ausführung eliminieren (was eine Funktion von den durch die teilnehmenden Parlamente besessenen Ressourcen und Kompetenzen ist). In bezug auf Systemänderungen ist eine Fortsetzung des gegenwärtigen

Prozesses der Übersicht von Aufgaben und Tätigkeiten der einzelnen Foren der Zusammenarbeit in Hinsicht auf ihre gegenseitige Übereinstimmung richtig. Diese Übersicht sollte jedoch tiefgründig sein und die aus dem Funktionieren eines bestimmten Gremiums resultierenden Vorteile sowie einen konkreten Kern der Übereinstimmung berücksichtigen.



## TEILNEHMERLISTE

<b>Lp.</b>	<b>Vorname und Name</b>	<b>Staat / Organisation</b>	<b>Versammlung</b>	<b>E-Mail</b>
1.	Noël IGOT	Belgien	Abgeordnetenammer	protokol@nt14.parliament.bg
2.	Sonja LANGENHAECK	Belgien	Senat	sl@senate.be
3.	Ludy MICHIELS	Belgien	Benelux-Parlament	lm@senate.be
4.	Sena BAJRAKTAREVIĆ	Bosnien und Herzegowina	Skupstina	sena.bajraktarevic@parlament.ba
5.	Azra BRANKOVIĆ	Bosnien und Herzegowina	Skupstina	azra.brankovic@parlament.ba
6.	Ratko DJOKIĆ	Bosnien und Herzegowina	Skupstina	ratko.djokic@parlament.ba
7.	Maria MISSOVA	Bulgarien	Nationalversammlung	protokol@nt14.parliament.bg
8.	Jasna VITAS-ŽUBI	Kroatien	Sabor	jvitas@sabor.hr
9.	Morten KNUDSEN	Dänemark	Folketing	iamokn@ft.dk
10.	Allan SIKK	Estland	Riigikogu	allan.sikk@riigikogu.ee
11.	Guy LINDSTRÖM	Finnland	Eduskunta	guy.lindstrom@parliament.fi
12.	Michel ANTOINE	Frankreich	Nationalversammlung	mantoine@assemblee-nationale.fr
13.	Pascale FORGET	Frankreich	Nationalversammlung	pforget@assemblee-nationale.fr
14.	Guillaume RENAUDINEAU	Frankreich	Senat	g.renaudineau@senat.fr
15.	Kim VAN DOOREN	Niederlanden	Eerste Kamer	kim.vandooren@eerstekamer.nl
16.	Darius DEGUTIS	Litauen	Sejmas	darius.degutis@lrs.lt
17.	Ankica KRSTEVSKA	Mazedonien	Sobranie	a.krstevska@sobranie.mk

18.	Andreas MAURER	Deutschland	Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit	andreas.maurer@swp-berlin.org
19.	Birgit SCHRÖDER	Niemcy	Bundestag	birgit.schroder@bundestag.de
20.	Thomas GRUNERT	EP	Europäisches Parlament	grunert@europarl.eu.int
21.	Dionyz HOCHTEL	EP	Europäisches Parlament	dhochel@europarl.eu.int
22.	Johanna COPPOLECCHIA-SOMERS	EP	Europäisches Parlament	jcoppolecchia@europarl.eu.int
23.	Andrzej DZIUBECKI	Polen	Senat	andrzej.dziubecki@nw.senat.gov.pl
24.	Robert GRZESZCZAK	Polen	Willy-Brandt-Zentrum, - Breslauer Universität	robertgrzeszczak@yahoo.de
25.	Andrzej JANUSZEWSKI	Polen	Senat	januszew@nw.senat.gov.pl
26.	Mikołaj KARŁOWSKI	Polen	Sejm	mikolaj.karlowski@sejm.gov.pl
27.	Leszek KIENIEWICZ	Polen	Sejm	leszek.kieniewicz@sejm.gov.pl
28.	Małgorzata KORZENIOWSKA	Polen	Senat	korzenio@nw.senat.gov.pl
29.	Artur KUCHARSKI	Polen	Sejm	artur.kucharski@sejm.gov.pl
30.	Wojciech KULISIEWICZ	Polen	Sejm	wojciech.kulisiewicz@sejm.gov.pl
31.	Jacek KURCZEWSKI	Polen	Warschauer Universität	j.kurczewski@uw.edu.pl
32.	Ewa NAWROCKA	Polen	Senat	nawrocka@nw.senat.gov.pl
33.	Artur NOWAK-FAR	Polen	Hochschule für Wirtschaftslehre	artur.nowak-far@sgh.waw.pl
34.	Ewa POLKOWSKA	Polen	Senat	secretary.general@nw.senat.gov.pl
35.	Stanisław PUZYNA	Polen	Senat	puzyna@nw.senat.gov.pl
36.	Lidia SPYRKO vel ŚMIETANKO	Polen	Senat	smietan@nw.senat.gov.pl
37.	Wiesław STAŚKIEWICZ	Polen	Sejm	wieslaw.staskiewicz@sejm.gov.pl

38.	Anna SZKLENNIK	Polen	Senat	szklenni@nw.senat.gov.pl
39.	Irena SZYMANOWSKA	Polen	Senat	szymanow@nw.senat.gov.pl
40.	Regina WAŚOWICZ	Polen	Sejm	regina.wasowicz@sejm.gov.pl
41.	Marek ZIÓLKOWSKI	Polen	Senat	ziolkowski@nw.senat.gov.pl
42.	Ewa JANUSZEWICZ	Polen	Informationsbüro des Europarates	
43.	Hanna MACHIŃSKA	Polen	Informationsbüro des Europarates	
44.	Ewa POPLAWSKA	Polen	Polnische Wissenschaftsakademie	
45.	Cristina FERREIRA	Portugal	Assembleia da República	crisrina.ferreira@ar.parlamento.pt
46.	Jana SCHNEEWEISSOVA	Tschechische Republik	Abgeordnetenhaus	schneeweissovaj@psp.cz
47.	Veronika SYKOVA	Tschechische Republik	Abgeordnetenhaus	sykovav@psp.cz
48.	Alexandru MOCANU	Moldawien	Parlament der Republik Moldawien	a.mocanu@parlament.md
49.	Eugen GASNAS	Rumänien	Senat	egasnas@senat.ro
50.	Adrian MAREŞ	Rumänien	Abgeordnetenhaus	amares@cdep.ro
51.	Jewgienij BOROWIKOW	Russland	Rat der Föderation	ums@council.gov.ru
52.	Matjaž PLEVELJ	Slowenien	Nationalversammlung	stasa.kobi@dz-rs.si
53.	Dušan ŠTRUS	Slowenien	Nationalrat	dusan.strus@ds-rs.si
54.	Thomas ALLVIN	Schweden	Riksdag	thomas.allvin@riksdagen.se
55.	Aziz AYDIN	Türkei	Türkische Große Nationalversammlung	azizaydin@tbmm.gov.tr
56.	Marianna GYÖRKÖS	Ungarn	Nationalversammlung	marianna.gyorkos@parlament.hu
57.	Liam LAURENCE SMYTH	Großbritannien	House of Commons	laurencesmythlc@parliament.uk
58.	Adèle BROWN	Großbritannien	House of Commons	brownac@parliament.uk
59.	Maria Valeria AGOSTINI	Italien	Senato della Repubblica	v.agostini@senato.it

60.	Claudia TREZZANI	Italien	Camera dei Deputati	trezzani_c@camera.it
61.	Paul COOK	PV der NATO	PV der NATO	pcook@nato-pa.int
63.	Spencer OLIVER	PV der OSZE	PV der OSZE	spencer@oscepa.dk
62.	Michael HILGER	WEU-Versammlung	WEU-Versammlung	mhilger@assembly.weu.int
64.	Natia GAPRINDASZWILI	PABSEC	PV der Organisation der Schwarzmeerwirtschaftskooperation	natia@pabsec.org
65.	Wojciech SAWICKI	PV des Europarates	PV des Europarates	wojciech.sawicki@coe.int
66.	Kjell TORBIÖRN	Europarat	Europarat	kjell.torbiorn@coe.int